

Willy Klages

Offene Fragen der Geschichte

Band 15

Chronik von 2019 bis April 2020



<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Danksagung und Widmung	2
Vorbemerkungen	3-4
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands im Jahre 2019	5-254
Januar bis April 2020	255-321
Hinweise für den Leser	322-324
Quellen- und Literaturnachweis	
Bildnachweis	

Danksagung und Widmung

Die Sprache wurde dem Menschen gegeben, um zu widersprechen.

Karel Capek (1890-1938, tschechischer Schriftsteller)

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:

Hans Herbert von Arnim, Doris Auerbach, Beate Bahner, Tilman Knechtel, Wolfgang Bittner, Volker Bräutigam, Holger Douglas, Angelika Eberl, Jürgen Elsässer, Uli Gellermann, Jonas Glaser, Roy Grassmann, Manfred Haferburg, Peter Haisenko, Peter Helmes, Thorsten Hinz, Oliver Janich, Marc Jongen, Robert Kennedy jr., Herbert Kickl, Paul Klemm, Friedhelm Klinkhammer, Horst Koch, Enrico Komning, Vera Lengsfeld, Bernhard Loyen, Herbert Ludwig, Claudia Mäder, Karsten Mark, Karel Meissner, Jochen Mitschka, Cyril Moog, Albrecht Müller, Karl-Jürgen Müller, Rita Müller-Hill, Beatrix Novy, Rüdiger Paschotta, Joachim Paul, Ramin Peymani, Daniell Pföhringer, Hermann Ploppa, Rainer Rupp, Götz Ruprecht, Fabian Sarbach, Ivo Sasek, Jens-Steffen Scherer, Martin Sellner, Erika Steinbach, Sven von Storch, Holger Strohm, Ulrich Teusch, Alice Weidel, Karlheinz Weißmann, Reinhard Werner, Jens Wernicke, Gerhard Wisnewski, Ernst Wolff und Alfred Maurice de Zayas.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Vorbemerkungen

Die Demokratie ist ein Verfahren, das garantiert, daß wir nicht besser regiert werden, als wir es verdient haben.

Spottvers der 68er Bewegung

Die planmäßige Deindustrialisierung Deutschlands läßt notgedrungen den Verdacht aufkommen, daß spätestens nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Oktober 1990 die systematische Restabwicklung des Morgenthau-Plans eingeleitet wurde. Nach dem sog. "Morgenthau-Plan", der am 15. September 1944 in Quebec durch Roosevelt und Churchill unterzeichnet wurde, sollte das "Problem Deutschland" bereits endgültig und radikal erledigt werden, um das "Nazireich" auf die Stufe eines Agrarlandes zurückzuführen.

Der "Morgenthau-Plan" wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zwar teilweise aufgeschoben, da die Deutschen damals noch während des "Kalten Krieges" gebraucht wurden. Trotz alledem wurden schließlich wesentliche Bestandteile des "Morgenthau-Plans" nach der deutschen Kapitulation von den alliierten Militärregierungen übernommen und realisiert.

Die westlichen Alliierten "verschenkten" damals zum Beispiel nicht nur die wertvollen landwirtschaftlichen Überschußgebiete östlich der Oder und Neiße, sondern sie stimmten außerdem zu, daß Millionen von Reichs- und Volksdeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat vertrieben wurden.

Nach der Zerschlagung der UdSSR im Dezember 1991 begann still und heimlich der sogenannte "Great Reset", der große globale Umbruch bzw. der globale Umbau. Der "Great Reset" wurde hauptsächlich durch die engeren Kreise der Finanzeliten finanziert, zu denen zum Beispiel die Familien Rothschild und Rockefeller sowie Gates, Schwab, Soros, Musk, Bezos, Zuckerberg und viele andere Milliardäre zählen, um die klassischen demokratischen Strukturen weltweit durch eine Koalition von multinationalen Unternehmen zu verdrängen.

Diese gemeingefährlichen "Gutmenschen" planen in erster Linie die Auflösung aller Nationalstaaten sowie die "Befreiung" der Menschen von Freiheit, Selbstbestimmung, Eigentum, Sicherheit und Identität.

Die "Neue Weltordnung" strebt mit Hilfe ihrer weltweiten Netzwerke (Vereinte Nationen, UN-Sonder- und Unterorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Interessenverbände usw.) in absehbarer Zeit eine Weltgesellschaft aller Weltbürger in einem totalitären Welteinheitsstaat mit einer diktatorischen Weltregierung und "ausgewählten NWO-Führern", mit einem Weltparlament, mit einem Weltgerichtshof, mit einer Weltbank, mit einer Weltarmee und einer Weltpolizei an.

Dieser totalitäre Welteinheitsstaat (ein Machtzentrum, ideologische Ausrichtung und politische Gleichschaltung der Bevölkerung, verbunden mit pseudodemokratischen Elementen) dient naturgemäß nicht dem Schutz von Menschenrechten und fördert nicht das friedliche Zusammenleben der Menschen. Dieser Moloch unterstützt in erster Linie menschenverachtende Maßnahmen, die in der Absicht begangen werden, alle sozialen und ökonomischen Existenzen zu vernichten sowie nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen als solche ganz oder teilweise zu zerstören, obwohl sie gemäß UN-Resolution vom 9.12.1948 den Tatbestand des Völkermordes erfüllen.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete z.B. über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen. ...<<

Der angebliche Kampf der selbsternannten Gutmenschen um Freiheit und Gleichberechtigung

aller Menschen verfolgt tatsächlich nur das NWO-Ziel, ein perfides totalitäres System der planmäßigen Gleichschaltung, der systematischen Ausbeutung, Versklavung und der gnadenlosen Unterdrückung zu etablieren. Um ihre totalitäre Öko-Diktatur zu realisieren, nehmen die skrupellosen Globalisten auch den Tod von Millionen Menschen billigend in Kauf.

Immer wenn man die Meinung der Mehrheit teilt, ist es Zeit, sich zu besinnen.

Mark Twain, eigentlich Samuel L. Clemens (1835-1910, nordamerikanischer Schriftsteller)

Nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands erfolgte die Destabilisierung Deutschlands nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Zerstörung unseres Landes wurde von den NWO-Verantwortlichen seit Jahrzehnten im Rahmen der neuen Weltordnung geplant und systematisch realisiert.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Übernahme der DDR hatte der Vasallenstaat BRD seine Aufgaben erfüllt und konnte deshalb endgültig beseitigt werden.

Zunächst wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet. Aufgrund der großen Medienmacht der Regierungsparteien blieb die demokratische Meinungsäußerung zwangsläufig auf der Strecke, denn Meinungsfreiheit steht und fällt bekanntlich mit der Kontrolle der Macht durch freie, kritische, öffentliche Medien (sog. "Vierte Gewalt").

Um das solidarisch geprägte deutsche Sozialsystem bzw. den deutschen Sozialstaat und damit die gesamte Wiederaufbauarbeit (sog. "Wirtschaftswunder") der deutschen Vor- und Nachkriegsgeneration abzuwickeln bzw. vollständig zu vernichten, setzten die zahllosen gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlanger der neuen Weltordnung in der Bundesrepublik Deutschland auf bewährte Destabilisierungsmaßnahmen.

Die Deutschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der staatlichen Organisationen und der Nichtregierungsorganisationen seit Jahren regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat.

Die Finanzkrise, die Euro-Krise, der angeblich menschengemachter Klimawandel, die Massenmigration, die Corona-Pandemie und der Ukraine-Konflikt etc. waren offensichtlich lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung in der Bundesrepublik Deutschland, um von dem eigentlichen Hauptziel dieses hinterlistigen Krieges abzulenken.

In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen geht es in erster Linie tatsächlich darum, durch einen totalen Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes alle Gesellschaftsstrukturen zu zerstören, um unser Heimatland insgesamt zu liquidieren.

Diese fortlaufende Aufzeichnung beschränkt sich aufgrund der unzähligen Ereignisse der Weltgeschichte auf die Erläuterung von wesentlichen historischen Fakten und Problemen der jeweiligen Perioden. Die Schwerpunkte dieser Chronik bilden die deutsche und europäische Geschichte.

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von 2019 bis April 2020

2019

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann kaum noch geh'n.

Spottvers der 68er Bewegung

09.01.2019

BRD: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 9. Januar 2019 folgender Bericht über die Entstehung des Grundgesetzes Deutschlands (x1.014/...): >>**Finis Germania oder: Deutschlands Demokratie ist verloren - Teil 1 Warum wir zurück in der Zeit der Monarchien und der Aristokratie sind**

Von *Jochen Mitschka*

... Die Entwicklung, die wir in den letzten über zwei Jahrzehnten beobachteten, wäre sicher nicht in einer direkten Demokratie möglich gewesen. Nun wurde uns immer gesagt, daß das Grundgesetz keine direkte Demokratie erlaube, damit der Pöbel nicht Politik, wie in der Weimarer Republik, möglich machen kann. Tatsächlich aber hatten die Besatzungsmächte und Verfasser des Grundgesetzes Angst davor, daß die Menschen den Kapitalismus ablehnen und den damals in Konkurrenz stehenden Kommunismus einführen wollten.

"1948, als die Beratungen für das Grundgesetz begannen, standen die Zeichen klar auf Trennung. Ein eigener westdeutscher Staat würde geschaffen werden - so wollten es die westlichen Siegermächte. In Deutschland war dieses Ziel unpopulär. Das Volk wünschte eine Vereinigung. In der sowjetisch besetzten Zone wurde dafür offiziell geworben.

Vor diesem Hintergrund fiel im Westen die Entscheidung, bundesweite Volksabstimmungen generell auszuschließen. Im instabilen Gleichgewicht der Großmächte und dem Bemühen deutscher Politiker, zwischen Besatzern, alten und neuen Eliten ihren Platz zu finden, schienen Referenden ein Risiko, insbesondere wenn die Stimmung im Volk erkennbar von den Plänen an der Spitze abwich - was so direkt natürlich nicht offen zugegeben wurde."

Das Eigentum, das höchste Gut des Kapitalismus, drohte durch eine Volksabstimmung in Gefahr zu geraten. Schließlich hatten die Menschen in Sachsen 1946 mit 77 % Zustimmung bei 93 % Abstimmungsbeteiligung für die Vergesellschaftung von Betrieben von Naziverbrechern gestimmt. Mit der Begründung, das Grundgesetz sei ja nur provisorisch, wurde schon damals auf eine Volksabstimmung verzichtet.

Aber im Jahr 1989 war der Kommunismus keine Gefahr mehr. Trotzdem fürchtete sich das Establishment davor, die Deutschen über eine Verfassung, die sie nun laut Artikel 146 GG erwarteten, abstimmen zu lassen.

Der Grund, warum die Parteien keine Verfassung und Volksabstimmung darüber zulassen wollen, ist die Angst vor dem Volk. Rainer Kahni hat diese Angst schön formuliert:

"Daß Schluß ist mit der sogenannten repräsentativen Demokratie, daß plötzlich plebiszitäre Elemente in die Verfassung Einzug halten. Daß die heutige Parteiendiktatur, die Diktatur des Kapitals, der Lobbyisten, der Medienzaren, der Finanzindustrie und der Wirtschaftskapitäne ein Ende haben wird oder zumindest an Einfluß verliert. Das Volk könnte sich auf seine Bürgerrechte besinnen und seinen Anteil am Kapital fordern.

Es könnte verlangen, daß über Fragen der Daseinsvorsorge in Volksabstimmungen entschieden wird. Es könnte fordern, daß über die Abgabe von Souveränität an die europäische Union das Volk zu entscheiden hat. Daß bei der Aufnahme von weiteren Mitgliedern in die EU die deutschen Bürger gefragt werden müssen."

Hinzuzufügen ist noch, was in den Augen, ganz besonders der westlichen ehemaligen Besat-

zungsmächte, ganz schlimm wäre, wenn das Volk verlangen könnte, bei Entscheidungen über Krieg und Ausrichtung der "Verteidigungsausrüstung" mitzureden.

Auf Grund des Einflusses der Siegerstaaten des zweiten Weltkrieges, werden die sozialen Grundrechte im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zurückhaltender formuliert als in der Weimarer Verfassung. Letztere enthält im fünften Abschnitt sehr detaillierte soziale Rechte, dagegen übernahmen die Autoren des Grundgesetzes eigentlich nur den Satz, daß Eigentum verpflichtet (Artikel 14, Absatz 2, Satz 1 GG). Die neue Bundesrepublik wird zurückhaltend als "sozialer Bundesstaat" (Artikel 20 Abs. 1 GG) bezeichnet.

Nun sollte man also meinen, daß das Grundgesetz eindeutig von den Eliten für die Eliten geschaffen wurde und daher auch von diesen beachtet werden würde. Leider ist das nicht der Fall. Vielleicht weil das Grundgesetz, damit es von einer möglichst breiten Mehrheit zumindest nicht abgelehnt wird, mit vielen Versprechungen versehen wurde, welche den Menschen Hoffnung versprach. Was aus diesen Versprechungen wurde, will ich in diesem Essay versuchen anzureißen.

Jetzt noch ein Wort zur Überschrift. Kurz nachdem Rolf Peter Sieferle freiwillig aus dem Leben geschieden war, erschien in einem rechten Verlag sein Buch *Finis Germania*. Das Buch war winzig, eher ein "Reclam-Heftchen" und bestand aus den Gedanken eines Historikers, der mit dem Leben abgeschlossen hatte. Dieses Buch, quasi ein Selbstgespräch, verschwand aus der Spiegel-Bestsellerliste, wurde von den Buchhändlern boykottiert und von den Medien verteufelt. Was natürlich dem Streisand-Effekt folgend zu einem Geldsegen für den Verlag führte, der eigentlich boykottiert werden sollte. Dabei basierte der Boykott auf einer vollkommenen Über- und Falschbewertung, wie ich nachwies.

Besonders falsch fand ich, im Nachhinein betrachtet, seine bemängelte "Sozialdemokratisierung" Deutschlands, denn was wir derzeit unter dem Banner von angeblich linker Politik betrachten, ist in Wirklichkeit verkleideter Neoliberalismus und Kolonialismus der übelsten Sorte. Aber ganz falsch ist die Überschrift trotzdem nicht. Denn Deutschland ist tatsächlich "am Ende". Aber aus anderen Gründen.

Was hatten wir Jungen noch damals in den 1960er Jahren an das deutsche Grundgesetz und seine hehren Vorsätze, seinen humanistischen und demokratischen Geist geglaubt und es als Leitlinie für die Politik der Zukunft angesehen.

Verantwortung des Eigentums, Gleichheit vor dem Gesetz, kein Krieg soll mehr von deutschem Boden ausgehen, Sicherung der Privatsphäre, Schutz des Individuums vor dem Staat, und dann die Inspiration der Mitbestimmung in der Montanindustrie, Freiheit der Rede und der Meinung, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Aber was wurde in den nachfolgenden Jahren von diesen Versprechungen, die aus dem Geist des Grundgesetzes stammten, umgesetzt?

Die Würde des Menschen

Bei der Diskussion über dieses Buch mit Freunden schickte mir einer von ihnen einen Text über Art 1. Abs 1. des Grundgesetzes. Es geht um die Würde des Menschen. Aber nicht in dem Sinne, in dem er als Waffe zur Verteidigung illegaler Migration verwandt wird. Die ja alleine deshalb nur Heuchelei ist, weil durch diese deutsche Politik die Würde der Menschen in den Flüchtlings-Lagern der Regierung Syriens und der umliegenden Ländern mit Füßen getreten wird.

Es geht also nicht darum, die "Würde des Menschen" als ideologische Waffe gegen Kritik der Regierungspolitik zu verwenden, sondern aufzuzeigen, daß der derzeitige Stand der Gesellschaft, in der die Märkte die Politik bestimmen, gegen die Würde des Menschen verstoßen. Hier der Nachweis:

In Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes heißt es: *"Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."* Dieser erste Satz, der als

oberste Bedingung aller nachfolgenden Artikel und Bestimmungen den grundlegend humanistischen Charakter des Grundgesetzes ausweist und als Lehre aus zwölf Jahren tiefster Barbarei verstanden werden muß, atmet den Geist der klassischen deutschen Philosophie des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts.

In der gleichen Zeit erhielt mit dem Unabhängigkeitskrieg der Vereinigten Staaten, der Bürgerrevolution im Nachbarland Frankreich und der Sklavenrevolution in der französischen Karibik-Kolonie Saint-Domingue (später Haiti) die Einforderung unveräußerlicher Menschenrechte unmittelbare politische Relevanz. Diese Ereignisse sowie die dabei im Entstehen begriffenen politischen Ideen strahlten wiederum auch auf das Geistesleben im "Land der Dichter und Denker" aus.

Wenn die Väter des Grundgesetzes gleich zu Beginn die Kategorie der Menschenwürde einführen, nehmen sie dabei unmittelbar Bezug auf die praktische Philosophie Immanuel Kants. In der Grundlegung zur Metaphysik der Sitten von 1785 spricht Kant von der Würde im Sinne eines "*unbedingten, unvergleichbaren Werts*", eines inneren gegenüber eines bloß relativen Wertes. Relativen Wert besitzt, was einen Preis hat und durch ein entsprechendes Äquivalent (ein austauschbares Gleichwertiges) ersetzt werden kann.

Ein Äquivalent, das seine Funktion als Träger eines relativen Werts für ein anderes, für einen außer ihm liegenden Zweck erfüllt, wogegen das, was Würde hat, sich selbst Zweck ist und über allen anderen Zwecken steht.

Der Mensch nun besitzt nach Kant Würde, insofern er ein Vernunftwesen ist, das unter moralischen anstatt nur egoistischen Gesichtspunkten zu handeln imstande ist.

Moralisch handeln (und wollen) bedeutet, daß der Mensch die Handlung um ihrer selbst willen vollzieht und nicht etwa der eigenen Bedürfnisbefriedigung (und sei es auch nur der Abwehr eines "schlechten Gewissens") als fremdem Zweck unterwirft. Das moralisch motivierte Handeln leitet sich insofern nicht kausal aus subjektiven Triebfedern (Begehrungen, Neigungen usw.) ab, sondern setzt ein frei und autonom agierendes Subjekt voraus, das sich seine Maximen (Handlungsprinzipien) selbst auferlegt (Autonomie als Selbstgesetzgebung).

Diese moralischen Maximen beanspruchen kraft ihrer Objektivität verpflichtenden Gesetzescharakter und damit Allgemeinheit und Notwendigkeit, das heißt, sie gelten kategorisch (unbedingt) für alle vernünftigen Wesen. So lautet denn die erste Formel des kategorischen Imperativs, also des moralischen Gesetzes:

"Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, daß sie ein allgemeines Gesetz werde."

Vermögend seiner vernünftigen Anlagen ist es dem Menschen im Gegensatz zum Tier also möglich, die Gründe seiner Handlungen (als praktisch-vernünftige, das heißt, moralische) selbst zu schöpfen und nicht nur von seiner biologischen Natur abhängig und durch sie absolut vorgeformt zu sein.

Insofern ist der Mensch damit Person und an sich selbst seiender, unbedingter Zweck. Von daher läßt sich der kategorische Imperativ auch wie folgt formulieren:

"Handle so, daß du die Menschheit sowohl in deiner Person, als in der Person eines jeden anderen jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst."

Damit kehren wir zum Begriff der Menschenwürde zurück, die mithin darin besteht, daß der Mensch selbst Zweck seines vernünftigen Handelns ist. Als Gegenstand der praktischen Vernunft erstreckt sich die Würde auf alle vernünftigen Wesen und damit auch auf alle Menschen, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe oder sozialem Stand.

Politisch-juristisch ausdekliniert mündet der kategorische Imperativ der unumschränkten Achtung vor der Würde eines jeden Menschen in die Formulierung und die praktische Anerkennung der Menschenrechte.

Auffällig an den heutigen Diskursen ist die Vernachlässigung besonders der sozialen Dimen-

sion der im Grundgesetz festgeschriebenen Menschenwürde und der Menschenrechte. Dabei liefert Kant durch die Wahl seiner Begrifflichkeiten selbst Hinweise, die diesen Aspekt sogar ins Zentrum rücken.

Denn wie wir gesehen haben, zeichnet sich die Würde des Menschen gerade dadurch aus, daß der Mensch unbedingten Wert und keinen Preis hat. Was einen Preis (genauer einen Marktpreis) hat, ist nur Mittel für anderes.

Entsprechend beruht aber auch die kapitalistische Funktionalisierung des Menschen zum Träger von mehrwertschöpfender, das heißt, profitgenerierender Arbeitskraft auf einer fehlenden Anerkennung des Menschen als Person.

Dem Menschen wird somit in einer Gesellschaft, deren erster Zweck Profitmaximierung ist, seine Würde abgesprochen. Er wird zum Zahnrad einer auf Ausbeutung, Zerstörung und Krieg fußenden Un-Ordnung degradiert. Der derzeitige Status quo läuft demnach dem Grundgesetz schon in dessen oberster Prämisse zuwider und die Kant'sche Begriffsdefinition der Menschenwürde liefert dafür den Beweis. ...<<

12.01.2019

BRD: Auf der Webseite "https://kenfm.de ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 12. Januar 2019 folgender Bericht über die "Gleichheit vor dem Gesetz" in Deutschland (x1.014/...): >>... **Warum wir zurück in der Zeit der Monarchien und der Aristokratie sind**

von *Jochen Mitschka*

... Gleichheit vor dem Gesetz

Aus "*Gleichheit vor dem Gesetz*" wurde eine durch Parteienklüngel besetzte Justiz, die bis hoch zum Verfassungsgericht vorwiegend aus Interessenvertretern besteht. Wie zuletzt Hadmut Danisch drastisch beschrieb.

"Daß es am Bundesverfassungsgericht kriminell zugeht, habe ich ja nun in den letzten Jahren ausgiebig beschrieben. Und daß das Bundesverfassungsgericht früher mal respektabel und nützlich, inzwischen aber nur noch eine Politfarce ist, auch.

In dem Maß, in dem die Parteien zu Korruptionssümpfen wurden (korrupt waren sie eigentlich schon immer, aber inzwischen sind sie nichts anderes mehr, das hebt den Anteil der Korruption an der Parteisubstanz nahe an die 100 %) und es mit dem Wiederausbruch sozialistisch-kommunistischer Denkweise dazu kam, daß es bei Posten nicht mehr um Können und Aufgabe, sondern nur noch um Quoten, Günstlingswirtschaft und Political Correctness mit Installation von Politoffizieren geht, ist auch das Bundesverfassungsgericht qualitativ abgestürzt und zum Loch aus korruptem Morast geworden. Die Posten werden willkürlich nach Parteienproporz und zur Durchsetzung der Parteiziele besetzt, und so läuft es auch im Bundesverfassungsgericht."

Wenn man diese Zeilen liest und andererseits weiß, daß das deutsche Bundesverfassungsgericht Befugnisse und Rechte hat und sich teilweise selbst zuordnete, wie kein anderes höchstes Gericht in der Welt, sollte der Rest des Artikels zu denken geben. Insbesondere wenn man sich erinnert, daß auch das Versprechen im Grundgesetz, daß sich das "deutsche Volk" nach der Wiedervereinigung eine Verfassung geben wird, nie eingelöst wurde. Wie groß muß die Angst der Parteien vor "dem Volk" sein, daß sie es nicht wagen, es über eine Verfassung selbst bestimmen zu lassen.

Es wurde noch nie gegen einen hohen Politiker, weder des völkerrechtswidrigen Krieges gegen Jugoslawien, noch wegen des meiner Meinung nach als Angriffskrieg zu wertenden Syrieneinsatzes, jemals ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, auch nicht nach expliziten Anzeigen. Das bestätigt eindrücklich, was ein Richter in seinem Blog feststellte:

"Zwar hat das Grundgesetz eine Dreiteilung der Staatsgewalt vorgesehen, die Politik ließ aber den 1949 vorgefundenen, aus dem Kaiserreich überkommenen Staatsaufbau unverän-

dert. Bis zum heutigen Tage. ... Deutschland kennt nur zwei organisatorisch voneinander unabhängige Träger der Staatsgewalt, die Legislative und die Exekutive. In dem gegenwärtigen deutschen Staatsaufbau ist die Judikative in die Exekutive integriert - der gesamte Justizapparat untersteht der Regierung. Die Justizminister arbeiten in Bund und Ländern unter dem Dach einer Regierung, deren Mehrheitsentscheidungen ausgesetzt und zur Regierungsloyalität verpflichtet. ... Deutschland baut nicht auf die Begrenzung von Macht durch eine organisatorische Dreiteilung der Staatsgewalt. Es beschränkt die Gewaltenteilung des Artikel 20 Grundgesetz auf geschriebene Worte. Die Legislative ist gegenüber der Exekutive organisatorisch selbständig, die Judikative ist es nicht." (sic)

Angeblich soll es also, dem Autor Udo Hochschild zufolge immerhin noch zwei unabhängige Einheiten geben, die Exekutive, also die Regierung, und die Legislative, das Parlament. Aber dabei macht er einen Gedankenfehler. Die Regierung wird im Rahmen von Parteienabsprachen im Parlament bestätigt und besteht aus den sie bildenden Parteien, die im Parlament die Mehrheit haben. Wo ist da die Trennung?

Wolfgang J. Koschnik beschreibt die Rolle der Parlamente, die ja angeblich die Exekutive kontrollieren sollen wie folgt:

"Die Parlamente haben einen einzigen Zweck: Sie müssen die Entscheidungen der Regierung abnicken, sonst gar nichts. Parlamente in den entwickelten repräsentativen Demokratien sind Abnickvereine. Für etwas anderes sind sie gar nicht da. Dafür allerdings kosten sie einen Haufen Geld. Das könnte man billiger haben."

Die Parteien bestimmen die Regierung (also die Exekutive), die Richter (also die Judikative) und sind selbst die Legislative, während es natürlich eine Opposition im Parlament gibt, die aber in grundsätzlichen Fragen niemals gegen die Interessen von Parteien agieren wird - nicht zuletzt weil sie selbst auch mal an die Macht will. Außerdem sind sich die Parteien in Einem einig: Neue müssen ausgeschlossen werden.

Zuerst war es die Partei "Die Linke", die in jeder Richtung diskriminiert wurde. Nachdem diese aber ihre einst wichtigsten Grundsätze, wie NATO-Ausstieg oder Banken-Kontrolle und Kriegsbeteiligungswiderstand stillschweigend, zumindest gefühlt, begraben hatte, wurde sie zunehmend "regierungsfähig". Und an den Regierungsbeteiligungen in verschiedenen Landesregierungen kann man sehen, wie sehr sich dann dieses frühere Schreckgespenst dem Mainstream angepaßt hatte. Wo sich dann ihre Politik kaum von der anderer Regierungen unterscheidet.

Nun ist es die AfD. Mit allen Mitteln wird versucht, sie von den Trögen der Steueralimentierung fern zu halten, was allerdings vergeblich ist, da die Wut in der Bevölkerung so groß ist, daß sie gerne übersieht, daß die AfD eigentlich gar keine Alternative darstellt. Aber durch das Fokussieren auf die populistisch leicht auszubeutenden Fehler der herrschenden Parteien in der Migrationsfrage sammelt die AfD fleißig Wähler. Und je beharrlicher die Fehler der Politik von den etablierten Parteien, einschließlich der Opposition ohne die AfD verteidigt und die dissidenten Stimmen verunglimpft werden, desto größer wird der Zulauf.

Zurück zum Kern: zur Gewaltenteilung. Auch Wolfgang Koschnik kommt zu dem Schluß, daß es in Deutschland keine Gewaltenteilung mehr gibt und zitiert Roman Herzog mit den Worten:

"Wenn sich in der politischen Wirklichkeit eines Staates nicht mehr wie bei Montesquieu Legislative und Exekutive als miteinander echt konkurrierende Gewalten gegenüberstehen, sondern einerseits ein Konglomerat aus Regierung und parlamentarischer Mehrheit und andererseits die Opposition als parlamentarische Minderheit, die zudem durch das Mehrheitsprinzip jederzeit überstimmt werden kann, kann von einer Gewaltenteilung vernünftigerweise nicht mehr die Rede sein."

Koschnik zeigt so viele Beispiele für das dumpfe Abstimmen von Bundestagsabgeordneten,

ohne Ahnung über die Vorgänge zu haben, daß er zur vernichtenden Aussage kommt, daß die Parlamentarier "tumbes Stimmvieh" wären.

Aber wie soll es eine Gleichheit vor dem Gesetz ohne Gewaltenteilung in der wirklichen Welt geben?

Und wenn man schon bei Gleichheit vor dem Gesetz ist, sollte man die Besteuerung nicht vergessen. Ein großer Teil der Bevölkerung ist gezwungen, 100 % ihres Einkommens für die Ausgaben des Überlebens auszugeben. Und nachdem Steuern, Versicherungen und Zwangsabgaben, wie die für die Rundfunkgebühren, geleistet wurden, fallen praktisch auf alle Ausgaben die Mehrwertsteuer an.

Also auf sowieso versteuertes Einkommen (Einkommensteuer, Kirchensteuer, Solidaritätsabgabe) fallen noch mal die Mehrwertsteuer und die anderen Steuern an, die sich so in den Kosten des täglichen Lebens verstecken. Mineralölsteuer, Sektsteuer, Alkoholsteuer, KFZ-Steuer, Versicherungssteuer, dutzende weitere Steuern. Schafft der Mensch dann doch noch im Laufe eines Arbeitslebens so viel Geld zu sparen, daß er mit viel Eigenleistung ein Häuschen bauen oder kaufen kann, fallen die Grunderwerbssteuer an und anschließend die Grundsteuer, die in manchen Fällen wie eine kleine Miete ausfällt.

Muß ich jetzt erklären, daß beim Kauf von Gold und Aktien keinerlei Steuern anfallen, ebenso wenig wie für das Kerosin des privaten Jets? Oder wollen Sie wissen, wie man ohne Mehrwertsteuer eine Luxusjacht kaufen kann?

Oft werden von Besitzenden solche Einwände als "Neiddebatte" abgetan. Aber die Unverschämtheiten der Selbstbedienung des Establishments haben ein Ausmaß angenommen, wie seit der Zeit der absolutistischen Monarchien nicht mehr. Und so wie damals verstehen die Menschen langsam, daß es nicht um Neid, sondern Fairneß geht.

Koschnik stellt lapidar fest, daß die deutschen Gering- und Durchschnittsverdiener die höchste Steuer- und Abgabenlast in ganz Europa tragen. Auch Singles und Doppelverdienerhaushalte werden nirgendwo so hoch besteuert wie in Deutschland - verglichen mit 30 OECD-Staaten. Während bei Spitzenverdienern dagegen eine deutlich niedrigere Belastung zu vermelden ist.

"Google hat 2017 knapp 20 Milliarden Euro durch legale Steuerschlupflöcher aus Europa herausgeschleust. Der Mutterkonzern Alphabet transferierte diese Summe über die Niederlande auf die Bermudas, wie aus Dokumenten an die Niederländische Handelskammer hervorgeht."

Dort zahlt Google keine Steuern. Und welcher Rechtsordnung unterliegt Bermuda?

"Bermuda ist ein Überseegebiet des Vereinigten Königreichs. Das politische System orientiert sich am Westminster-System. Staatsoberhaupt ist Königin Elisabeth II., die durch einen von ihr ernannten Gouverneur vertreten wird."

Auch wenn das Gebiet weitgehend autonom verwaltet wird, obliegt die Außen- und Sicherheitspolitik Großbritannien. Und die soll überhaupt keine Einflußmöglichkeit auf die Steuerpolitik des Landes haben?

Schauen wir uns die "zehn besten Steuerparadiese" für die Superreichen einmal an. Eine Internetseite für Finanzinteressierte hat eine Rangordnung aufgestellt:

1. Bahamas
2. Andorra
3. Monaco
4. Bulgarien
5. Panama
6. Mauritius
7. Dubai
8. Guernsey

9. Cayman Islands

10. Schweiz

Alle diese Länder, bis auf Dubai, sind im Prinzip abhängig von EU-Politik und der Politik der USA. Wobei die USA ja sogar im eigenen Land Steuerparadiese zulassen, die noch "besser" sein sollen als Panama, meint zumindest die Zeit. Wobei ich etwas enttäuscht bin, Luxemburg nicht in der Auflistung zu finden. Gab es doch lange Zeit die Möglichkeit, mit einer Briefkastenfirma mit weniger als 1 % Einkommenssteuer auf Gewinne innerhalb der EU legal davon zu kommen.

"Diese vertraulichen Steuervereinbarungen boten 343 internationalen Konzernen aus 82 Ländern, darunter Apple, Amazon, eBay Europe S.à.r.l., Heinz, Pepsi, Ikea und Deutsche Bank die Möglichkeit, auf Kosten der Nachbarländer "aggressive Steuervermeidungsmodelle" zu realisieren. Ihre Steuern ließen sich so auf unter ein Prozent drücken."

Und es ist klar, daß der Kommissionspräsident der EU, der das organisierte, dann später erkorren wurde "gegen Steuervermeidung in der EU" vorzugehen. Und die Parteien mit Milliarden Budgets, den klügsten Beratern und zehntausenden von Akademikern wussten natürlich von Nichts und sind für Nichts verantwortlich. Und alle sind vor dem Gesetz gleich. ...<<

13.01.2019

BRD: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 13. Januar 2019 folgender Bericht über die Friedenpflicht Deutschlands gemäß Grundgesetz (x1.014/...): >>... **Warum wir zurück in der Zeit der Monarchien und der Aristokratie sind**

von *Jochen Mitschka*

... Kein Krieg soll mehr von deutschem Boden ausgehen.

"Die Deutschen müssen das Töten lernen" lautete der Titel des Spiegels, Ausgabe 47/2006. Und genau dieser Tenor verstärkte sich in den darauf folgenden Jahren bis zur Neujahrsansprache 2018/2019 der Bundeskanzlerin - und wird noch oft zu hören sein.

Das Brechen des Versprechens, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen soll ist die größte Enttäuschung von allen.

Der völkerrechtswidrige Krieg gegen Jugoslawien war der Sündenfall. Möglich gemacht nur durch eine drastische Veränderung der ehemaligen Anti-Kriegs-Partei "Bündnis 90/Die Grünen".

"Im Fall Kosovo wurden der Öffentlichkeit ja mit Kriegsbeginn im März 1999 die dreistesten Lügen erzählt. Weder gab es eine "serbische SS", wie Joschka Fischer behauptete, noch das von Verteidigungsminister Rudolf Scharping behauptete "KZ im Fußballstadion von Pristina", noch hat sich der ebenfalls von Scharping kolportierte "Hufeisenplan" als Wahrheit herausgestellt."

Und da das mit den Lügen so gut geklappt hat, die Anti-Kriegs-Bewegung erfolgreich zertrümmert worden war, ging es dann munter so weiter. Es folgte eine Serie von Militäreinsätzen, bei denen sich Deutschland förmlich aufdrängte, allen voran "die Grünen".

"Die zwischenzeitlich bekannt gewordene Äußerung des damaligen US-Außenministers Colin Powell, wonach die USA "keine konkrete Hilfe für den Afghanistan-Einsatz verlangt haben, rücken jedoch das Agieren der rot-grünen Bundesregierung in ein anderes Licht, da diese sich offenkundig aufgedrängt hat, mit der Bundeswehr in Afghanistan mitmischen zu dürfen."

Denn das deutsche Establishment wollte endlich wieder bei den großen Staaten mitspielen. Und dafür war ihrer Meinung nach Krieg führen eben notwendig. Die Stufen der Militarisierung Deutschland zu beschreiben, würde ein Buch füllen. Aber die meisten werden sich an die Reden von Bundespräsident, NATO-Geschäftsführer, EU-Politikern usw. erinnern, die alle in einer wie abgesprochenen Reihenfolge von Deutschland forderten, wieder zu lernen "Opfer zu bringen". Und dazu würden eben ein starkes Militär und Auslandseinsätze, natürlich nur im

Dienst von Frieden und Demokratie, notwendig. "Deutschland muß wieder mehr Verantwortung übernehmen". Und Verantwortung übernehmen bedeutet, bereit zu sein, Kriege zu führen.

"Die Einsatzrealität der Bundeswehr hat sich deutlich verändert. Deutschland muß wieder mehr Verantwortung übernehmen."

Wie verlogen diese "Interventionen" für Menschenrechte, Demokratie und "Frieden" sind, habe ich ausführlich in meinem Buch über die Menschenrechtsindustrie im humanitären Angriffskrieg dargelegt.

Schließlich führte es so weit, daß man ein Versprechen abgab, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Rüstung auszugeben. Nach einer Schamfrist ließ man sich an das Versprechen erinnern und erklärte nun dem erstaunten Wähler: "Wir haben es versprochen, jetzt müssen wir es einhalten". Um das Zwei-Prozent-Ziel zu erreichen, müßte Deutschland insgesamt mehr als 80 Milliarden Euro (80.000.000.000) für das Militär ausgeben, was dazu führt, daß Deutschland zu einer Militärmacht aufsteigen wird, die höhere Rüstungskosten ausweist als Rußland - ein Land, das über eine Atomstreitmacht verfügt und die größte Fläche aller Staaten der Erde schützen muß.

Ein Land, das von einer feindlich eingestellten NATO eingekreist wird, deren das die Politik bestimmende Land (die USA) alleine mehr als zehn Mal so hohe Rüstungsausgaben jährlich aufbringen, wenn man die Ausgaben für die Atomstreitkräfte mit einrechnet; die zudem nicht im Rüstungsbudget, sondern dem des Energieministeriums enthalten sind.

Die immer wieder erwähnten zwei Prozent Rüstungsausgaben waren erstmalig beim NATO-Gipfel in Wales 2014 festgeschrieben worden, und das mit den Stimmen der deutschen Regierungsparteien, ohne die Bevölkerung zu fragen. Die Zustimmung bedeutete eine eindeutige Absage an Abrüstung und Entspannung und eine drastische Kursänderung der Politik. Als Bundesaußenminister war der SPD-Politiker Frank-Walter Steinmeier der Verantwortliche.

"Konkret wurde in Wales beschlossen, daß die NATO-Staaten "darauf abzielen, sich innerhalb von zehn Jahren auf den Richtwert von zwei Prozent zuzubewegen" und mindestens 20 Prozent davon in "neues Großgerät einschließlich damit zusammenhängender Forschung und Entwicklung" zu investieren."

Das Grundgesetz war schon lange nicht mehr ernst genommen worden von den Regierenden Deutschlands.

"Allerdings fand der Artikel 26 Absatz 1 des Grundgesetzes nie Berücksichtigung. Er lautet nach wie vor: "Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen." Daß die Väter und Mütter des Grundgesetzes damit erst recht die Führung eines Angriffskrieges unter Strafe stellen wollten, ergibt sich von selbst. Dennoch wurde der unmißverständliche Verfassungsauftrag wie auch die Strafbestimmung des Paragraphen 80 StGB aufgrund der politischen Interessenlage von "staatstragenden" Juristen einfach außer Kraft gesetzt."

Und immer ist auch das Sprachrohr der Grünen, die TAZ an vorderster Medienfront dabei, Militäreinsätze zu fordern, zu denen uns die dortigen Menschen gar nicht eingeladen haben, sondern bei denen es um reines nachkoloniales Herrscherverhalten geht. Basierend auf Lügen. Und damit die Parteien nicht bei jedem Angriffskrieg der NATO oder einer "Koalition der Willigen" überlegen müssen, mit welchen neuen hanebüchenen Argumentationen auch immer die Anzeigen von Menschen zurückgewiesen werden, die in ihrer Naivität oder als Widerstandsaktion noch an das Grundgesetz und Rechtsstaat glauben, hat man den Strafrechtsparagraph 80 durch eine "Harmonisierung mit EU-Recht" ersetzt.

"Nach Artikel 26 Absatz 1 Grundgesetz ist schon die Vorbereitung eines Angriffskrieges verfassungswidrig. Die entsprechende Strafbestimmung, der Paragraph 80 des Strafgesetzbuches,

wurde gestrichen. Der neu eingefügte § 80a StGB stellt keinen Ersatz dar. ... Diese Gesetzesbestimmung bietet - im Gegensatz zu Artikel 26 Absatz 1 Grundgesetz und dem bisherigen Paragraphen 80 Strafgesetzbuch - einen weiten Spielraum für Interpretationen, zumal die Charta der Vereinten Nationen völkerrechtswidrige "humanitäre Interventionen", "präventive Selbstverteidigung" oder "Nothilfe" (wie zum Beispiel im Kosovo-Krieg) in der Vergangenheit nicht verhindert hat. Damit ist der Willkür - wie bisher - Tür und Tor geöffnet."

Durch diesen Schachzug wird dem Generalbundesanwalt viel Arbeit erspart, mußte er doch in der Vergangenheit lange und ausschweifende Begründungen schreiben, warum er der Anzeige wg. § 80 StGB nicht nachging. Und so wurde ein weiteres Versprechen des Grundgesetzes kurzerhand durch die Parteien außer Kraft gesetzt, ohne das aber mit dem sogenannten Volk zu besprechen.

Aber es war wirklich lästig, immer wieder Begründungen zu finden wie: "Führen eines Angriffskrieges" ist ja nicht gleichbedeutend mit "Vorbereitung eines Angriffskrieges", um Anzeigen abzuwehren. Obwohl die Väter und Mütter des Grundgesetzes der Meinung waren, daß damit sogar eine Steigerung des Verbots gemeint war, also nicht NUR der Angriffskrieg selbst, sondern SCHON DIE VORBEREITUNG unter Strafe gestellt werden sollte. Aber wenn es nun mal nicht da stand. ... Gegen die Macht der Parteien gab es nun mal kein Gegenmittel.

"Deutschland muß mehr Verantwortung übernehmen" wird seit Jahren wie eine Gebetsformel von allen Parteien wiederholt. Natürlich durfte es auch nicht in der Neujahrsansprache der Bundeskanzlerin fehlen. Hier zwei kurze Auszüge aus der Rede, die nichts Gutes für Deutschland erwarten lassen:

"Das bedeute, daß Deutschland mehr Geld für humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe ausgeben wird, aber auch Verteidigungsausgaben."

Das heißt im Klartext, die 80 Milliarden Euro Rüstungsausgaben, oder zwei Prozent vom BIP, also fast eine Verdopplung, werden kommen. Ihre Formulierung ließ keinen Widerspruch zu.

"Deutschland müsse für eigene Überzeugungen wieder stärker eintreten, argumentieren und kämpfen. ... Zugleich setze sich die Bundesregierung dafür ein, die Europäische Union robuster und entscheidungsfähiger zu machen."

Mit anderen Worten: Die EU-Armee wird kommen, und damit sind endgültig alle Schleusen für neue Kriege geöffnet, weil das Grundgesetz damit umgangen wird, und im Zweifel ist der § 80 StGB ja endlich entfernt worden.

Und so ist es logisch, daß Deutschland die Speerspitze der NATO-Kräfte an der Grenze zu Rußland ist. Ein Land, das wir vor nicht allzu vielen Jahren überfielen und das den Krieg mit dem größten Blutzoll aller Nationen der Welt bezahlen mußte - mit fast 30 Millionen Menschenleben.

"Wie im Kalten Krieg setzt die Allianz auf Abschreckung und will Rußlands Präsidenten Wladimir Putin klarmachen, daß sie ihre osteuropäischen Mitglieder nicht im Stich lassen wird. Als Reaktion auf die Krim-Annexion beschloß die NATO bei ihrem Gipfel in Wales 2014 den Readiness Action Plan. Am 1. Januar übernimmt Deutschland als sogenannte Rahmennation erneut die Führung der damit verbundenen schnellen Eingreiftruppe."

Daß die "Ukraine Krise" nicht durch Rußland, sondern die NATO hervorgerufen worden war, hat schon Kees van der Pijl in seinem Buch über MH17 beschrieben. ...<<

16.01.2019

BRD: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 16. Januar 2019 folgender Bericht über die Freiheit der Rede und der Meinung (x1.014/...): >>Finis Germania oder: Deutschlands Demokratie ist verloren - Teil 6

von *Jochen Mitschka*

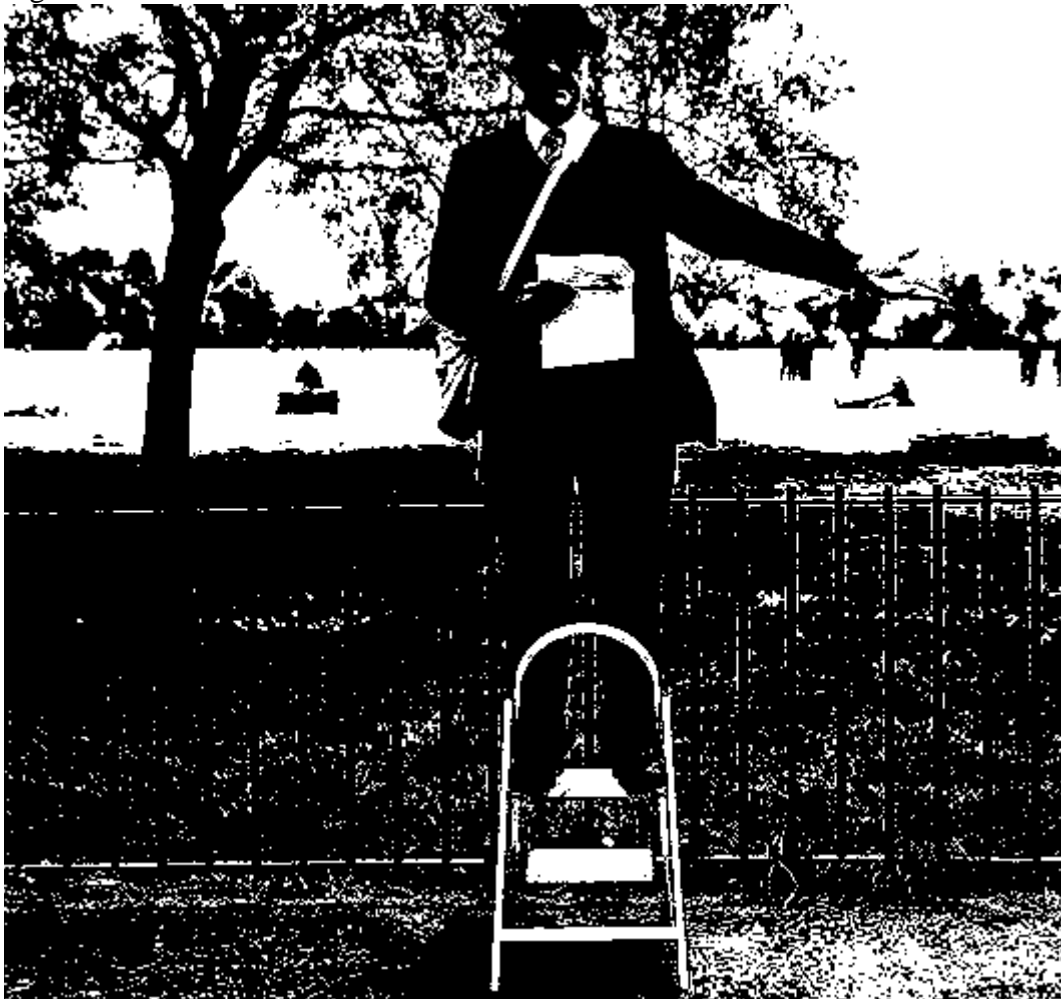
... Freiheit der Rede und der Meinung

Meinungsfreiheit wird ausdrücklich und als hervorragend wichtig für eine Demokratie genannt. Meinungsfreiheit wäre gegeben, wenn jede Meinung, MINDESTENS entsprechend ihrer Vertretung in der Gesellschaft, auch in den Medien Verbreitung fände. Der Ansatz eines Öffentlich Rechtlichen Rundfunks war daher schon der richtige Beginn. Allerdings haben auch hier längst Verwässerungen, bis hin zur Pervertierung den Geist und Zweck in sein Gegenteil verkehrt. Die Widersprüche waren zuletzt so groß geworden, daß sogar das Bundesverfassungsgericht den Staatsvertrag über den ZDF für verfassungswidrig erklärte.

Daß die geforderte "Staatsferne" nur noch Makulatur ist, gesteht sogar die FAZ.

"Das zeigt sich nicht nur am Beispiel der Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, die dem Südwestrundfunk bei der Planung der Wahldebatten im Fernsehen die Grenzen aufzeigen. Es zeigt sich auch bei den benachbarten Sendern. Beim Hessischen Rundfunk wird am 5. Februar ein neuer Intendant gewählt. Es gibt nur einen Kandidaten, den Fernsehdirektor Manfred Krupp. Auf den hat sich die Findungskommission des Rundfunkrats schneller geeinigt, als man gucken konnte. Was damit zu tun hat, daß die CDU ihre Truppen so schnell ordnete, daß der Opposition Hören und Sehen verging."

Zusätzlich zu den Öffentlich Rechtlichen Medien gibt es jedoch inzwischen ja die privaten Medien. Und hier wurde die Meinungsfreiheit noch stärker pervertiert. Denn jeder Medienunternehmer kann seine eigene Meinung den Journalisten vorschreiben, das ist in der Tendenzbetriebsregelung ausdrücklich gesetzlich garantiert. Er ist nicht verpflichtet, eine gesellschaftlich ausgewogene Meinungsvielfalt anzubieten, sondern kann ganz alleine bestimmen, welche Meinung sein Medium vertritt.



Nicht einmal am Speakers-Corner in London darf man alles sagen. Es ist verboten, über die Königin und ihre Familie zu reden.

Gravierend wurde das durch die schriftliche Verpflichtung von Mitarbeitern im Springer Verlag bekannt, alles zu unterlassen, was die Interessen der USA oder Israels beeinträchtigen könnte.

Nun war die Ursprungsidee jene, daß sich eine ausgewogene Berichterstattung alleine daraus ergeben würde, daß es viele unterschiedliche Medienunternehmen gab. Dies ist jedoch durch die weltweite und die deutsche Medienkonzentration widerlegt worden.

Da Medien nichts anderes sind als Unternehmungen, nicht mehr an Personen geknüpft, wie früher Zeitungen einer Stadt an einen führenden Journalisten, können sie verkauft und gekauft werden wie es beliebt. Und wenn jemand eben den Wunsch hat, seine Meinung zu verbreiten, kann er sich im Extremfall alle Medien kaufen.

Ganz so drastisch ist es nicht gekommen, da Medien aber (mit einzelnen Ausnahmen, wie z.B. die Junge Welt oder die TAZ) einer kleinen Gruppe reicher Familien gehören, vertreten sie ganz natürlich die Interessen der Besitzenden - im Zweifel des Establishments.

Ein Artikel von Gerassimov beschreibt auch 2018 noch einmal, daß im Prinzip drei Familien in Deutschland die Meinungsbildung durch ihre Medien bestimmen.

Da ist zunächst der Springer-Verlag, eines der größten Verlagshäuser Europas. Die Bildgruppe erreicht täglich Millionen Bürger und hat den vermutlich größten politischen Einfluß.

Die Familie Mohn kontrolliert die Bertelsmann-Gruppe und die Bertelsmann-Stiftung. Dazu gehört über einen Umweg auch der "Spiegel" der einmal einen sehr guten Ruf von Unabhängigkeit und Dissens hatte. Was sich seit der Übernahme von 25 % durch eine Bertelsmann-Gesellschaft jedoch drastisch veränderte.

Spätestens als 2013 der ehemalige stellvertretende Chefredakteur der "Bild-Zeitung" in die Chefredaktion des Spiegels berufen wurde, sollte jedem die Zeitenwende beim Spiegel deutlich geworden sein. Und zwei Jahre später ging Blome beim Spiegel wieder weg und kehrte in den Springer-Schoß, zu "Bild" zurück.

Bertelsmann übt aber nicht nur über Zeitschriften, Fernsehsender und Radiosendungen Meinungsbildung aus, sondern, ebenso wichtig, mit der Bertelsmann Stiftung. Zur Stiftung Bertelsmann gibt es eine ausführliche Kritik im Internet, die auf Hunderten von Seiten auflistet, wie die Lobbyarbeit der natürlich "gemeinnützigen" Stiftung sich auf das Leben der Menschen auswirkt. Im Bereich Weltpolitik (Weltmacht) beschreibt die Website, daß und wie die Stiftung direkte Drähte zur europäischen Spitzenpolitik nutzt.

Sie will darstellen, daß die Stiftung das Ziel verfolgt, die EU als wirtschaftliche Weltmacht auszubauen und auf allen Kontinenten den ungehemmten Marktzugang für europäische Konzerne zu erreichen. Wie die Autoren außerdem schreiben, möchte Bertelsmann, daß die EU zur politischen und militärischen Weltmacht aufsteigt, damit die wirtschaftlichen Interessen auch mit militärischen Mitteln abgesichert werden.

Private Medien sind also nicht viel mehr als Sprachrohre des Establishments geworden. Wenn man sich das Ranking der weltgrößten Medienkonzerne ansieht, erkennt man, daß die Welt der Medien fast ausschließlich von westlicher Sicht des Establishments beherrscht wird.

Interessanterweise belegt ein deutsches Unternehmen sogar Rang elf. Seine gesellschaftliche Zielrichtung dürfte stellvertretend für die meisten Unternehmungen sein. Für die bereits erwähnte, über Steuerermäßigungen finanzierte Bertelsmann-Stiftung, die wohl die gleiche Philosophie haben dürfte wie der Konzern, kann man im Buch "Die gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmers" nachlesen:

"Die Stiftung betrachtet den Sozialstaat als überdehnt oder gar überholt und vor allem strebt sie eine über den Wettbewerb hergestellte Effizienz als Steuerungsinstrument in allen gesellschaftlichen Bereichen an."

Und immer geht es Bertelsmann deshalb auch um ein Zurückdrängen des Staates, eine Verringerung der Staatsquote und - als Mittel dazu - um die Senkung der Steuerlast. In meinem Buch "Die Menschenrechtsindustrie im humanitären Angriffskrieg" widme ich der Stiftung ein Kapitel, weil es natürlich auch die Militarisierung der Gesellschaft unterstützt. In der Studie "European Defence Strategy" von 2004, erarbeitet von der Venusberg-Gruppe der Stiftung wird Klartext geredet:

"Was Europa dafür brauche, so die Studie, sei eine Streitmacht, die überall hinkommt, *überall kämpfen, essen, bleiben, erweitert werden und zurückkehren kann - alles unter einem autonomen Kommando und Kontrollsystem unter der souveränen politischen Kontrolle der EU.*"

Dann ist da noch die Familie Burda, die in der Öffentlichkeit noch das geringste Profil hat. Dabei bietet die Gruppe ungefähr 540 Medienprodukte in 23 Ländern an. Was in der DDR unmöglich gewesen wäre, war im Westen der Republik eher Standard. Denn die Vergangenheit der Familie Burda wird einige Leser erstaunen:

"Bereits 1933 betonte Franz Burda Senior - der Begründer des Medienkonzerns, damals in der Form einer Druckerei - die nationalsozialistische Gesinnung seines Betriebs. Der Betrieb nahm eine aktive Rolle bei der *Arisierung* während der NS-Zeit ein - 1938 konnte er eines der größten *nicht-arischen* Druckereiunternehmen billig aufkaufen."

Allerdings gilt Hubert Burda als geläutert und ist ein Freund Israels und seiner Politik, ebenso wie die Familie Springer. Was bedeutet, daß zwei Drittel der entscheidenden deutschen Medienmacht sich bewußt zu einer zu Israel eher unkritischen Berichterstattung erklären.

Durch die privaten Medien, neben den Öffentlich Rechtlichen Medien, gibt es jetzt also zwei mediale Machtblöcke. Während die Öffentlich Rechtlichen Medien von den Parteien kontrolliert werden, wird der andere mediale Machtblock durch die viel Vermögen Besitzenden des Landes kontrolliert, jene, die es sich leisten können, selbst ein Medium zu finanzieren oder durch Finanzmacht darauf Einfluß zu nehmen.

Wie Meinung und Politik innerhalb von Jahrzehnten durch Stiftungen wie die Bertelsmann-Stiftung geformt werden, hat die Satire-Sendung "Die Anstalt" am 7. November 2017 sehr eindringlich am Beispiel der Mont Pèlerin Gesellschaft deutlich gemacht. Diese Gesellschaft hat die deutsche soziale Marktwirtschaft im Laufe der Jahrzehnte ihrer Beeinflussung von Journalisten, Wirtschaftsführern und Politikern in ein Zentrum neoliberaler Netzwerke verändert.

Leider sind die Interessen von Politik und Wirtschaft sowie Banken in den letzten Jahrzehnten nicht nur wegen der Drehtürpolitik stark zusammen gewachsen, so daß man inzwischen davon ausgehen kann, daß bis auf Konflikte zwischen verschiedenen Fraktionen der gleiche Meinungstenor vorherrschen wird. Und es gibt einen großen gemeinsamen Nenner. Den kann man sehr gut beobachten im Gleichklang zwischen Politik, Öffentlich Rechtlichen Medien und Privaten Medien. Zum Beispiel in der Berichterstattung über Syrien, der Ukraine, Rußland oder über die Bankenkrise, genannt Finanzkrise der EU.

Unterdrückung der Meinungsfreiheit findet in Deutschland (noch) nicht durch Einsperren und Ermorden kritischer Journalisten statt. Man entzieht ihnen einfach die Lebensgrundlage.

Sie finden keine Arbeitgeber oder Auftraggeber mehr. Beispiele für solche "Ausgestoßenen" sind der Macher des preisgekrönten Films über die Folgen von Uranmunition (Deadly Dust, Frieder Wagner; Andreas von Bülow, ehemaliger Spitzenpolitiker und Autor; Christoph Hörstel, ehemaliger ARD-Korrespondent und Berater der Bundesregierung - bis zu dem Zeitpunkt, da er dissidente Meinungen über den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr zu vertreten begann; Ken Jebsen, der offen und unverklagt sagen kann, daß die Intendanz in seinem Fall gelogen hatte, um ihn loszuwerden, als er in die Kritik von transatlantischen Kreisen geriet.

Und selbst "kleine Fische" werden inzwischen mit Klagen überzogen, obwohl oder gerade weil sie nachweisen, daß sogenannte Qualitätsmedien Falschmeldungen verbreiten. Und sie

werden dann auch noch in den sogenannten sozialen Medien mit Sperren bestraft.

Im Internet erkennt man eine immer größere Einschränkung der freien Meinungsäußerung besonders am sogenannten Upload-Filter, der vom EU-Parlament beschlossen wurde und der Beginn einer totalen Kontrolle der letzten Möglichkeit der freien Informationsbeschaffung sein wird.

Damit ist der Grundstein dafür gelegt, daß das Fenster zur Meinungsfreiheit, das Internet, geschlossen wird, und damit auch das Internet der neuen Aristokratie ergeben ist. Leider ist nicht nur der Bereich der "freien Wirtschaft" und des Staates von zunehmender Gesinnungsgleichmacherei betroffen.

Das Beispiel von Daniele Ganser, der sich weigerte, stumpf der Mainstream-Meinung zu folgen und auch Dinge aussprach, die dem Establishment unangenehm waren, wurde von seiner schweizerischen Universität nicht länger beschäftigt. Unter anderem wurde ihm vorgeworfen, in seinen Forschungen die offiziellen Darstellungen des Attentates von 9/11 gleichberechtigt neben den alternativen Darstellungen zu behandeln.

"Basierend auf der Arbeit der durch Richard Gage geführten Architects & Engineers zur Wahrheitsfindung um die Vorfälle hinsichtlich 9/11, Ersthelfer- und Pilotenorganisationen, Bücher zu diesem Thema von David Ray Griffin und vielen anderen Autoren sowie zahlreichen Augenzeugenaussagen, hat das Rechtsanwaltskomitee zur Untersuchung der Vorfälle um 9/11 ausreichende und unumstößliche Tatsachen präsentiert, die dem US-Staatsanwalt für den südlichen Distrikt von New York übermittelt wurden, um diesen zur Befolgung von bestehenden Gesetzen unter Bezugnahme auf Bundesgesetze zu bewegen."

Wären die alternativen Darstellungen Verschwörungstheorien, hätte kein US-Staatsanwalt ein solches Verfahren eingeleitet. Und auch heute ist noch nicht sicher, ob und wie es sich denn entwickeln wird. Zumindest aber zeigt es, daß die Forschung Gansers durchaus berechtigt war.

Noch deutlicher ist die Entlassung von Tim Anderson, nach über 20-jähriger Dozententätigkeit an der Universität Sydney.

"Tim Anderson, der australische Autor von "Der Schmutzige Krieg gegen Syrien", schrieb eines der ersten kritischen Bücher über den Krieg gegen Syrien. Inzwischen ist das Buch in 10 Sprachen übersetzt, gehört zu den Klassikern der Aufklärung dieses Stellvertreterkrieges der NATO-Länder und Golfdiktaturen gegen Syrien. Nach über 20-jähriger Dozententätigkeit für die Universität von Sydney wurde Anderson nun suspendiert und erhielt Hausverbot."

In weiter führenden Berichten wird deutlich, daß es der Einfluß israelischer Lobbyisten war, der für seine Suspendierung gesorgt hatte, während es bei Ganser eher allgemeine Bedenken des Establishments waren.

"Daniele Ganser hat seinen letzten öffentlichen Lehrauftrag verloren. Die Uni St. Gallen hat sich laut Medienberichten von dem Schweizer Historiker getrennt. Ganser forscht zu westlichen Kriegen, zu 9/11 und zu den Stay-Behind-Organisationen der NATO." <<

18.01.2019

BRD: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 18. Januar 2019 folgender Bericht über den Niedergang des Grundgesetzes (x1.014/...): >>**Finis Germania oder: Deutschlands Demokratie ist verloren - Teil 7**

von *Jochen Mitschka*

Das Grundgesetz ist verloren

Wenn der Sinn des Grundgesetzes verloren gegangen ist, ist auch die Hoffnung Deutschlands verloren, die Ideen und den Geist des Grundgesetzes, den Auswirkungen der enthemmten Globalisierung entgegenzusetzen. Und daß der Geist des Grundgesetzes inzwischen von der Politik mißachtet wird, erkennen sogar Dozenten an Bundeswehrhochschulen.

"Die Präambel formuliert den Friedensauftrag eindeutig: Hier verpflichtet sich das deutsche

Volk dazu, dem *Frieden der Welt zu dienen*. Diese Vorschrift findet ihre Fortsetzung in zwei weiteren Artikeln: Da wäre zum einen Artikel 25, welcher den Vorrang des Völkerrechts vor den Bundesgesetzen festschreibt. Während das Völkerrecht in seiner klassischen Phase den Krieg lediglich hegen sollte und daher *keine Friedenskraft im eigentlichen Sinne* darstellte, erhebt es in seiner modernen Phase, die Pflicht zur Erhaltung des Friedens zur Grundnorm der gesamten Völkerrechtsordnung" (Otto Kimminich/Stephan Hobe) (Herv. im Original).

Zum anderen verbietet Artikel 26 (Absatz 1) nicht nur den Angriffskrieg, sondern stellt bereits dessen Vorbereitung unter Strafandrohung. All diese Bestimmungen sind der Einfügung der Wehrverfassung von 1956 sowie der Notstandsgesetzgebung von 1968 zeitlich vorgängig und normativ vorrangig."

Wie selbstverständlich lesen wir, daß auch Angriffskriege verboten sein sollen, obwohl der Generalbundesanwalt doch sagte, daß Grundgesetz und der damalige § 80 hätte nur die Vorbereitung eines Angriffskrieges unter Strafe gestellt.

Wenn Sie sich die Mühe machen, das ganze Papier von Frau Jaberg zu lesen und dann einen Blick in das Weißbuch der Bundeswehr werfen, werden Sie erstaunt sein, wie weit sich die Politiker der staatstragenden Parteien schon vom Geist des Grundgesetzes entfernt haben. An dieser Stelle würde der Vergleich zwischen Anspruch im Grundgesetz und Wirklichkeit im Weißbuch den Rahmen sprengen.

Wir werden wieder von einer Aristokratie beherrscht, in die man nicht automatisch hinein geboren wird, auch wenn die richtigen Eltern äußerst hilfreich sind, sondern in die man aus der Masse der Beherrschten, durch die richtige Schule, richtige Universität, Clubs aber vor allen Dingen der richtigen Partei, oder Zusammenarbeit mit einer oder mehrerer Parteien, hineinwächst.

Dabei wird akribisch darauf geachtet, daß man die richtige Einstellung hat und vertritt. Insofern hat Claus Kleber vollkommen Recht, wenn er sagt, daß er keine Befehle aus dem Kanzleramt erhält. Er wäre nie auf seine Position gekommen, wenn er nicht automatisch von sich aus wüßte, was die richtige Einstellung, die "Wahrheit" ist, die er verkünden muß. So wie einst die Aristokratie einerseits den Monarchen stützte, andererseits ihn auch erschuf, so gibt es wieder eine neue Schicht der Bevölkerung, die die Untertanen anleitet, belehrt, "nur das Beste" für sie will, während sie ihre Privilegien genießt und voller Unverständnis auf die dumme Bevölkerung hinunter schaut.

Und da ein großer Teil des Establishments aus der Führung der politischen Parteien besteht und diese alle Einheiten des Staates beherrschen, ist keine Veränderung auf freiwilliger Basis zu erwarten.

Die drei Säulen des Staates, Exekutive, Legislative und Judikative. Wir haben gesehen, daß sie zusammen gewachsen sind, daß eine gegenseitige Kontrolle nicht mehr existiert. Und die vierte Gewalt im Staat, die nach der Jahrhundertwende zum 19. Jahrhundert noch die größte Herausforderung der Herrscher war, die Presse, wurde inzwischen zum Sprachrohr der unterschiedlichen Fraktionen der neuen Aristokratie.

Die Wirtschaft, die in Form der bürgerlichen Revolution den absolutistischen Herrschern Stück für Stück Freiheit abrang, bestimmen heute in Form der "Märkte" die globale Politik. Und die Parteien in Deutschland haben nichts getan, um diesen Einfluß zu Gunsten der Menschen ihres Landes einzugrenzen.

Nichts ist verräterischer, als der immer wieder erschallende Ruf nach "Reformen", die im Prinzip nichts anderes bedeuten als Einschränkung der Rechte der Arbeitnehmer oder Verkauf von Gesellschaftseigentum - also Post, Bahn, Krankenhäuser, Telefon, Straßen, Brücken, Schulen, Wasserwerke, Elektrizitätswerke usw.

Womit angeblich mehr "Effizienz" erzeugt werden soll, aber in Wirklichkeit nur höherer Druck auf Arbeitnehmer und höherer Profit für die Investoren bezweckt wird. Und dies bei

letztendlich höheren Preisen für den Verbraucher, der das früher einmal mit seinen Steuern aufgebaut hatte. Hervorragend zu erkennen an dem maroden Zustand der britischen Eisenbahnen bei extrem hohen Preisen.

Es sind nicht nur höhere Preise als im Rest Europas und schlechtere Qualität, sondern auch die geringere Sicherheit, die die Menschen auf Wieder-Verstaatlichung der Eisenbahnen hoffen läßt. Was mit Sicherheit einen neuen Gewinn für die Eigentümer entstehen lassen wird.

Und es sind nicht nur die britischen Eisenbahnen, oder deutsche Wasserwerke, an denen man erkennen kann, was nach einigen Jahren der Privatisierung zu erwarten ist.

Kaum jemand erinnert sich daran, als die Post ein Monopol des Staates war. Der Zusteller war ein Postbeamter. Man kannte ihn und respektierte ihn. Er verdiente genug, um in Urlaub zu fahren, eine Familie zu ernähren und ein Auto zu kaufen. Und die Pension im Alter erlaubte ihm einen ruhigen und beschaulichen Lebensabend. Die Post arbeitete kostendeckend, Verluste deckten Steuern ab, Gewinne kamen dem Staat, also der Allgemeinheit zugute.

Dann kam die Privatisierung. Alles sollte billiger, schneller, günstiger für den Kunden werden. Heute fahren fünf halbleere Diesel-Lieferfahrzeuge bei den gleichen Häusern vor, die Zusteller (vielleicht außer im Fall von DHL, dem Post-Nachfolger) erhalten ein so geringes Gehalt, daß sie kaum davon in der Lage sein werden, eine ausreichende Rente damit aufzubauen. Und ist etwas billiger geworden? Nur für Großkunden, nicht aber für den ehemaligen Postkunden, der sich heute beim Aufgeben einer etwas ungewöhnlichen Sendung mit einer schlecht bezahlten Mindestlohnaushilfe herumschlagen muß, die keine Ahnung hat, was sie mit dem Kunden anfangen soll.

Der Fortschritt besteht darin, daß die Investoren in die Zustellorganisationen die Mitarbeiter so ausbeuten, daß sie einen Profit erwirtschaften.

"Die sog. Bahn- und die sog. Postreform belegen, daß Hauptnutznießer der Teil- bzw. Privatisierung beider Bundesunternehmen die neuen Aktionäre sind. Beschäftigten und Kunden der vormaligen Staatsunternehmen bescherte der Privatisierungsprozeß hingegen vornehmlich gravierende Nachteile"

Butterwegge weist in seinem Buch nach, daß nicht nur der Kunde Nachteile erleidet und, wie oben offensichtlich wird, die Privatisierungen oft gravierende Umweltsünden verursachen, sondern auch ein Verzicht der Verantwortung des Gemeinwesens für sozial Schwächere.

"Durch die Verlagerung von Kompetenzen, Regulierungsfunktionen und Kontrollbefugnissen auf den Privatbereich trug die liberal-konservative Bundesregierung dazu bei, die öffentliche Sphäre zu schwächen und alle Lebensbereich prinzipiell für Markt-, Preis- bzw. Konkurrenzmechanismen zu öffnen, auch solche, die bisher dem Zugriff kommerzieller Betreiber aus guten Gründen entzogen worden waren."

Und am Ende wundern sich die Parteien, warum die Transferzahlungen explodieren, die Politikverdrossenheit zunimmt und die Vermögens- und Einkommensschere immer weiter auseinander klafft.

Obwohl die Feststellungen von Butterwegge durch zahlreiche, aber selten veröffentlichte Untersuchungen belegt werden, soll es immer weiter gehen mit der Privatisierung, während in Großbritannien die Labour-Regierung vielleicht die nächsten Wahlen mit der Ankündigung gewinnen wird, die Eisenbahnen des Landes wieder zu vergesellschaftlichen.

Daß sogar die Bundeskanzlerin Angela Merkel sich ganz offen nicht am Grundgesetz orientiert, wird durch widersprüchliche Aussagen deutlich. Sie erklärte auf der CDU-Regionalkonferenz in Berlin-Brandenburg im Jahr 2010:

"Wir fühlen uns dem christlichen Menschenbild verbunden, das ist das, was uns ausmacht. Wer das nicht akzeptiere, der ist bei uns fehl am Platz."

Im Grundgesetz steht nur nichts vom christlichen Menschenbild. Dort sind humanistische Werte und solche aus den Menschenrechten genannt. Die NachDenkSeiten veröffentlichen

auch eine Liste der GG-Artikel, die das Menschenbild definieren.

"In der Präambel sprechen die Gründungsväter und eine Gründungsmutter davon, daß sich das Deutsche Volk das Grundgesetz *in seiner Verantwortung vor Gott* gegeben habe, doch diese Anrufungsformel bezieht sich nicht auf den Gott des Christentums und schon gar nicht auf einen bestimmten konfessionellen Gottesbegriff. Sonst wären etwa auch die Anhänger jüdischen Glaubens bei uns *fehl am Platze*."

Das Grundgesetz spricht sogar ausdrücklich von Religionsfreiheit, und diese Äußerung der Kanzlerin wäre eine deutliche Verletzung der Glaubensfreiheit.

Dann wieder, ein paar Jahre später erklärt Merkel sinngemäß das Gegenteil, indem sie sagt: "Das Volk ist jeder, der in diesem Land lebt".

Die unverdächtige Neue Zürcher Zeitung schreibt dazu:

"Vom *deutschen Volk* zu sprechen ist immer noch nicht frei von historischem Ballast und wird es eventuell nie sein. Angela Merkel versucht seit geraumer Zeit eine Ära des Post-Nationalismus einzuläuten (etwa auch, indem man das Fußball-Nationalteam als *Die Mannschaft* bezeichnet; man denke außerdem an das Fähnchen-Video, das in sozialen Medien als Symbol für ihre *antideutsche* Gesinnung steht)."

Nun deckt sich rein staatsphilosophisch der Begriff des Staatsvolkes nicht unbedingt mit dem Inhalt der Definition, wer Deutscher ist, den man in Artikel 116 des Grundgesetzes findet. Trotzdem wäre es naheliegend gewesen, diesen bei der Beschreibung eines "Deutschen" heranzuziehen.

"Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat." <<

20.01.2019

BRD: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 20. Januar 2019 folgender Bericht über Deutschlands Scheindemokratie (x1.014/...): >>**Finis Germania oder: Deutschlands Demokratie ist verloren - Teil 9**

von *Jochen Mitschka*

... Und im neunten und letzten Teil zeige ich auf, warum wir in diesem System rein gar nichts dagegen unternehmen können, daß der Geist des Grundgesetzes nur noch ein Potemkinsches Dorf ist.

Wir können nichts dagegen tun

Koschnik erklärt im achten Artikel seiner Artikel-Serie, daß die heute sichtbare repräsentative Demokratie eine Scheindemokratie "im Gehäuse einer vollwertigen Demokratie" wäre. Oder wie ich sagte, ein Potemkinsches Dorf. Er geht noch weiter und behauptet, daß die Parlamente nichts zu entscheiden hätten, was nicht längst entschieden wäre, und daß die Wahlkämpfe zu "verbaler Schaumschlägerei" verkamen.

Auch die Parteitage, die früher einmal die Willensbildung in der Partei abgebildet hatten, wurden seiner Meinung nach "zu nichtssagenden Veranstaltungen", die in erster Linie für das Fernsehen zugeschnitten werden.

Arnulf Baring, auch von Koschnik angeführt, geht so weit, seine Verachtung für Parteitage auszudrücken. Auf die Frage, warum Angela Merkels Kurs auf den Parteitag regelmäßig Bestätigung finden würde, antwortet er:

"Das liegt doch nur daran, daß Parteitage streng hierarchisch von oben nach unten durchorganisiert sind. Es gelingt kaum einem Kritiker, als Delegierter zu einem Parteitag entsandt zu werden. CDU-Parteitage sind mittlerweile Veranstaltungen, wie wir sie aus ehemals kommunistischen Ländern kennen. Das Machtbewußtsein der Kanzlerin zeigt sich übrigens auch darin, daß sie nur zweitklassige Politiker um sich schart, die ihr nicht zu widersprechen wagen."

In diesem Artikel von Koschnik bestätigt er auch meine Feststellung, daß Deutschland ein Parteienstaat ist, und daß alle Staatsgewalt von der Parteienoligarchie ausgeht. Er verweist auf eine Aussage von Weizsäcker, der schon 1982 meinte, daß "sie (Anmerkung des Autors: die Parteien) sich den Staat zur Beute gemacht haben".

Koschnik stellt fest, daß die Macht sich verselbständigt hat und das Volk keinen Einfluß mehr einbringen kann. Er erklärt, daß wir in einer Postdemokratie leben.

Was, wie ich bereits feststellte, logischerweise dazu führt, daß Wahlen sinnlos werden - reine Schauveranstaltungen, um dem Wähler das Gefühl zu geben, daß ER für die Politik verantwortlich ist.

Koschnik sieht einen weiteren Grund für Wahlen. Er sagt, es gehe darum die Loyalität der Massen zu erhalten, um den demokratischen Schein zu bewahren. Bei der Exekution der Politik nach den Wahlen hätte die Regierung mit den "Akteuren aus der Wirtschaft" zu tun. Mit den Wählern beschäftige man sich nach den Wahlen nicht mehr.

Ich denke, daß eine Renaissance der Werte benötigt wird, die mindestens das deutsche Grundgesetz und seinen ursprünglichen Geist wieder zum Vorschein bringt. Während die Neue Rechte nur scheinbar einen Bezug zum Grundgesetz herstellt, um das herrschende System zu kritisieren, hat die Neue Linke mit ihrer Anbietung an ein hegemoniales Imperium, in der Hoffnung einer Erfüllung ihrer antinationalen Träume, das Grundgesetz ebenfalls nur noch als Werkzeug der Kritik.

Und die vielbeschworene "Mitte" ignoriert das Grundgesetz bei eigenen Entscheidungen, setzt es aber noch als Werkzeug ein ("freiheitlich demokratische Grundordnung"), um politische Gegner zu bekämpfen. Aber auch die Parteien sind nicht allmächtig. Sie sind nur eine Fraktion der neuen Aristokratie, es gibt noch andere wichtige Mitspieler bei der Ausformung der Macht.

Koschnik schreibt dazu: "In allen entwickelten Demokratien schwächen Heerscharen von Lobbyisten Gesetzentwürfe ab und blockieren oder zerstören sie gleich ganz. Sie führen ihre Kämpfe im Dunkeln und jenseits aller Öffentlichkeit und haben immensen Einfluß auf Steuern, Gesundheitswesen, Umweltgesetzgebung - der Teufel steckt in den Details, nur sind es milliardenschwere Details, die den demokratisch gewählten Politikern längst aus der Hand geglitten sind. Eine Politik, die noch am Gemeinwohl orientiert ist, gibt es nicht mehr."

In Berlin arbeiten 5.000 Lobbyisten und bei der EU sogar 15.000. Sie haben direkten Zugang zu den Parlamentariern, Ministerialbeamten, ja Ministern und sogar zur Bundeskanzlerin. Aber so wie schon früher Vertreter einer Aristokraten-Fraktion zu einer anderen übergetreten waren, so ist die Drehtürpolitik so lebhaft und dreht sich die Tür so schnell, daß den Protagonisten eigentlich schwindelig werden müßte. Allerdings dreht die Tür meist in eine Richtung. Mit Ausnahme von Bankern, die in der EU mit Vorliebe als nie gewählte Technokraten Regierungen vorgesetzt werden. Aber das wäre ein separates Thema.

Der Wechsel von der Wirtschaft in die Politik findet der FAZ zufolge weniger oft statt als umgekehrt. Eigentlich verständlich, denn die Wirtschaft benötigt das Know-how der Abläufe, die Kontakte, die Informationen, wie und wo Entscheidungen gefällt werden, wo Gesetze anfallen, und natürlich die "guten Beziehungen" der Politiker.

Alles Dinge, die der Politiker seinem Amt, nicht seinen Fähigkeiten verdankt. Was aber offensichtlich nicht als Vorteilsnahme angesehen wird und auch nicht seine Ruhestandsbezüge aus dem politischen Amt schmälert.

Während die Politiker ja bereits ganze Heerscharen von Lobbyisten haben, die ihnen alle möglichen Informationen über ihre Industrien gerne zukommen lassen, haben sie es bisher in Deutschland geschafft, Forderungen nach einer wirksamen verpflichtenden "Abkühlphase" abzulehnen.

Denn nach einer solchen von drei Jahren wäre der Vorteil des abgelaufenen Amtes hinfällig

geworden. Lobbycontrol fordert genau diese Abkühlphase von drei Jahren für Kanzler, Minister, Staatsminister, parlamentarische und beamtete Staatssekretäre sowie für Abteilungsleiter. Bisher vergeblich. Und das, obwohl die Herrschaften auch nach ihrem Amt und ohne neue Anstellung über eine gesicherte Altersversorgung verfügen.

Die Behauptung, die neuen Arbeitgeber würden die neuen Top-Mitarbeiter wegen ihrer fachlichen Kompetenz einstellen, kontert Heiner Thorberg: "Für den Frankfurter Headhunter Heiner Thorberg dagegen geht es um Lobbyismus. *Damit kauft man sich vermeintlich gute Beziehungen in den öffentlichen Bereich dazu*, sagt er. Anders sei nicht zu erklären, daß man Mitarbeiter einstelle, die von Wirtschaft kaum Ahnung hätten."

Und natürlich haben diese Gruppen der Lobbyisten, der Lobbyverbände und natürlich die sie bezahlenden Organisationen der neuen Aristokratie, ebenfalls kein Interesse daran, daß sich irgend etwas ändert. Denn es ist viel einfacher ein paar tausend Mandatsträger zu manipulieren und Gesetze zu schreiben, als mit Öffentlichkeitsarbeit die Wähler zu überzeugen.

Koschnik geht so weit zu erklären, daß die Parteien eigentlich in der Hierarchie der Aristokratie unterhalb der Wirtschaft und ihrer Verbände rangieren würden. Er beschreibt, wie diese Gruppen geschickt die Gesetzgebung aushebeln und erklärt, daß die Politik dagegen hilflos ist.

"Nur der Staat könnte die Grenzen ziehen, innerhalb derer das Gemeinwohl und damit die Selbsterhaltung der Gesellschaft gesichert bleibt. An dieser Aufgabe ist er jedoch in den entwickelten Demokratien gescheitert. Und deshalb entgleitet ihm die Grundlage, auf der er seine Staatsgewalt ausüben darf. Der Staat gibt vor, im öffentlichen Interesse zu handeln und beansprucht deshalb das Gewaltmonopol.

Aber die Legitimität dieses Anspruchs ist erschüttert. Die Bürger entziehen ihm und seinen Repräsentanten das Vertrauen, sie fühlen sich in wachsendem Maße von Staat und Politik verraten und verkauft. Nein, das ist schon nicht mehr wahr: Sie werden von ihm verraten und verkauft. Das ist nicht mehr bloß ein Gefühl, das ja trügen könnte."

Koschnik belegt mit vielen Details seine These. Dabei geht er besonders intensiv auf das Beispiel der Pharmaindustrie ein, aber beispielhaft auch auf die Hotel- und Gaststättenbranche, auf Versicherungen und andere. Die Verquickung der Politik mit der Rüstungsbranche fehlt in der Auflistung. Und gerade hatte sie in den Medien mit der wenig kommentierten Nachricht von sich Reden gemacht, Schadenersatz von der Regierung zu verlangen, weil diese einen vorläufigen (!) Exportstopp für Lieferungen nach Saudi-Arabien verhängt hatte.

Aber es gibt einen weiteren Grund, warum wir nichts ändern können. Nämlich die Verschuldung des Staates. Und Koschnik stellt fest, daß nur die repräsentativen Demokratien so grenzenlos verschuldet sind, wie wir es gerade beobachten.

"Denn es ist schon merkwürdig: Von den zehn oder zwanzig am stärksten verschuldeten Staaten der Welt sind alle entwickelte repräsentative Demokratien. Das kann man nicht bagatellisieren und als einen absonderlichen Zufall bezeichnen."

Der größte Sündenfall in der Verschuldung Deutschlands wurde zweifellos durch die Bankenrettung erzeugt. Wer über das Zusammenspiel von Lobbyisten und Politik informiert ist, wird sich natürlich nicht wundern, daß die Politik die Banken, statt die Anleger gerettet hat. Statt die Banker mit Gefängnis zu bestrafen, wie in Island, was praktisch nicht in den Schlagzeilen der deutschen Mainstreammedien vorkam, erhielten sie schon kurz nach der Rettungsaktion, die den deutschen Steuerzahler voraussichtlich mehr als 68 Milliarden Euro kosten wird, für riskante Transaktionen im globalen Finanzmarkt, besser gesagt im globalen Wettbüro, riesige Boni. Und dabei ist die Bankenkrise noch längst nicht gelöst.

"Die Folgen der Krise sind demnach auch nach zehn Jahren noch nicht bewältigt. Bund, Länder und Kommunen sind weiter damit beschäftigt, heimische Banken zu stützen."

Der Autor des vorstehend zitierten Artikels rechnet vor, daß eine vierköpfige deutsche Familie

mehr als 3.000 Euro für die Pleitebanken bezahlt hatte. Unberücksichtigt blieben die indirekten Folgekosten durch Entlassungen, Konjunkturpakete usw. Aber das Geld wurde nicht bezahlt, es wurde gepumpt und enthemmte die Politiker bei der weiteren Schuldenaufnahme.

Während Koschnik über die zunehmende Verschuldung ausführlich berichtet, und auch erklärt, daß durch die Schuldenlast eine zunehmende Lücke bei der Erneuerung und Erschaffung der Infrastruktur entsteht, schreibt er wenig darüber, wohin die Zinsen der Schuldenlast fließen.

In den Medien findet man Schlagzeilen, wie Deutschland von der Schuldenkrise profitiert, nicht aber, wer der größte Nutznießer über Jahrzehnte war, als die Staaten, auch Deutschland, für die Kredite hohe Zinsen zahlen mußten.

"Grund ist, daß die Anleger deutsche Staatsanleihen als sogenannten sicheren Hafen betrachten. Das führt dazu, daß die Investoren Schuldverschreibungen der Bundesregierung auch dann kaufen, wenn die angebotene Verzinsung immer mickriger wird. Fast alle anderen Euro-Länder müssen hingegen immer höhere Zinsen anbieten."

Aber wohin flossen die Zinsen, die trotzdem noch gezahlt wurden? "Mit 32,8 Milliarden Euro waren die Zinszahlungen des Bundes im vergangenen Jahr nicht nur so niedrig wie seit 1993 nicht mehr. ..." Und wohin flossen die hunderten von Milliarden Zinsen in den Jahrzehnten davor?

Er schreibt nichts von der Geldschöpfung. Denn das Geld, was der Staat sich leiht, ist durchaus nicht das Eigentum eines Anderen.

"Der Zins setzt sich aus vier Komponenten zusammen. Zum einem enthält der Zins die Bearbeitungsgebühr. Dazu kommt die sogenannte Liquiditätsprämie. Die Banken erheben sie, weil sie ein Prozent der Kreditsumme mit Zentralbankgeld absichern müssen."

Mit anderen Worten: Die Banken, die dem Staat Geld leihen, erhalten Zinsen für 100 % des Betrages, müssen aber nur 1 % (bis 3 %) der Summe mit Zentralbankgeld absichern. Der Kredit, der dann auf dem Konto des Gläubigers gutgeschrieben wird und der Bank zurück zu zahlen ist, erhöht - wenn die Bank den Kredit zurück erhält - das Vermögen der Bank um 99 % der Kreditsumme. Wer es nicht glaubt, kann sich ein Video anschauen.

Nun wird man sich fragen, warum nicht die Zentralbanken der Länder das Geld schöpfen und die Kredite direkt an die Staaten vergeben, was auch eine viel bessere Kontrolle der Geldmenge ermöglichen würde. Nun die Antwort ist einfach: "Die direkte Vergabe von Krediten an die öffentliche Hand durch die Zentralbank ist im Euroraum seit der zweiten Stufe der Europäischen Währungsunion von 1994 verboten, d. h. der Staat muß sich Geld bei Geschäftsbanken bzw. am Rentenmarkt leihen."

Sie fragen nun, warum tatsächlich die privaten Banken immer reicher werden, während der Staat immer ärmer wird, warum es dieses Verbot der Geldschöpfung durch den Staat gibt? Wenn Sie so weit gekommen sind, gelang Ihnen ein großer Schritt. Eine solche Geldschöpfung in öffentlicher Hand fordert zum Beispiel ein Buch von Joseph Huber und James Robertson.

"Das Prinzip der Reform ist einfach. Sie besteht aus zwei Teilen:

1. Die Zentralbanken schöpfen den Betrag an neuem Geld, der nach ihrer Einschätzung zur Erhöhung der Geldmenge notwendig ist. Dieser Betrag besteht sowohl aus Bargeld als auch aus unbarem Geld. Er wird den Regierungen als Staatseinnahme zur Verfügung gestellt. Man nennt diesen Geldschöpfungsgewinn zu Gunsten der öffentlichen Hand *Seigniorage*. Die Regierungen bringen das neue Geld durch öffentliche Ausgaben in Umlauf.

2. Es wird nicht mehr möglich sein, daß neues Geld als gesetzliches Zahlungsmittel an anderer Stelle geschöpft wird. Den Geschäftsbanken wird die Möglichkeit entzogen, per Kreditvergabe neues, unbares Geld zu schöpfen, so wie sie das heute praktizieren. Ihre Rolle bei der Kreditvergabe wird auf die Vermittlung von Darlehen auf der Grundlage von bereits vorhande-

nem Geld beschränkt. Wir nennen diese Reform der Geldschöpfung *Vollgeldreform*." ...

In dem Buch werden alle Behauptungen mit denen das Verbot der Geldschöpfung in öffentlicher Hand begründet wurde widerlegt und es wird klar, wie das Establishment der Herrschenden es schaffte, die Umverteilung von unten nach oben sogar gesetzlich zu verankern. Ohne eine Reform der Geldpolitik ist jeder Versuch einer fairen Gesellschaftsordnung zum Scheitern verurteilt.

Zinsen, dank Zinseszinsen, lassen ein Vermögen exponentiell wachsen; was dazu führte, daß Reiche immer reicher wurden, bis es zu der Niedrigzinsphase auf Grund der weltweiten Schuldenkrise kam; was uns wieder zurück bringt zu den Reformen. Denn nun will das Geld, das aus Luft erschaffen wurde und als Zahlen auf Konten ruht, irgendwie zu einem Sachwert werden.

Koschnik schreibt auch nicht, daß die internationalen Organisationen, die Kredite vergeben, inzwischen Länder durch diese Kredite beherrschen. Was deutlich wurde durch die Strangulierung Griechenlands durch die Troika. Diese Macht ist so groß, daß vollkommen unerheblich ist, wer die Politik des Landes bestimmen soll. Selbst die linke griechische Partei Syriza, angetreten mit dem Auftrag des Wählers, die alten Parteien abzulösen, aber auch die Troika abzuschütteln, hatte es nicht geschafft, selbst nachdem eine Volksbefragung ihr ausdrücklich den Rücken gestärkt hatte.

Die Dokumentation "Macht ohne Kontrolle - Die Troika" ist ein Edelstein investigativen Journalismus und hatte doch praktisch keinen Einfluß auf die Macht der Parteien und der Besitzenden, die diese Troika erschufen.

Daß die Lage hoffnungslos festgefahren ist, in einem Sumpf von Lobbyismus, Parteienproporz und Erhaltung des Scheins von Demokratie, beschreibt Koschnik am Beispiel der Zeitumstellung.

Heute weiß jeder, daß das zweimalige Hin und Her im Jahr überhaupt nichts nützt. Und das sind nicht nur Softwareingenieure, die jedes Jahr zwei Mal ins Schwitzen kommen. Koschnik zitiert Forscher, die weit darüber hinausgehen und aus Untersuchung von 120.000 Menschen herausgefunden haben, daß die Zeitumstellung das Rauchen, den Alkohol- und den Kaffeekonsum steigern läßt, zu Depressionen und Fettleibigkeit führt.

Außerdem wurde belegt, daß keinerlei Stromeinsparung realisiert werden konnte, was aus der Beobachtung des Stromverbrauches von sieben Millionen Haushalten errechnet wurde. Im Gegenteil stieg der Stromverbrauch um ein bis drei Prozent an. Was natürlich kaum durch zusätzliche Elektrogeräte verursacht werden kann, weil dafür ersatzbeschaffte Geräte in der Regel weniger Strom verbrauchen. Koschnik bringt noch viele andere Fakten, die zeigen, daß die Zeitumstellung der Bevölkerung eindeutig schadet.

Natürlich konnte die Politik den Fehler, der schon am Anfang offensichtlich war, nicht zugeben. Statt dessen wurde von der EU eine Umfrage veranlaßt. Die Reaktion der Bevölkerung war so groß, daß die Server zusammenbrachen, und natürlich stellte sich heraus, daß die große Mehrheit für eine Abschaffung der Zeitumstellung war. Aber wie reagiert die Politik?

"Die Zeitumstellung in der EU wird doch nicht am 1. April 2019 abgeschafft. Ein neuer Termin könnte der 28. März 2021 sein. Ein "Flickenteppich an Zeitzonen" soll vermieden werden: Einige EU-Staaten erwägen die Zeitzone zu wechseln und wollen sich mit den Nachbarländern abstimmen."

"Die Märkte", die Parteien und die Medien arbeiten so Hand in Hand und sie beherrschen die öffentliche Meinung, wie sie nur zurzeit der "von Gott verliehenen" Monarchien dominiert war. Wir können nichts dagegen tun, außer aufzuschreiben, was passiert. Hoffentlich als Warnung für zukünftige Generationen, die vielleicht die Chance erhalten, nach einer großen Katastrophe doch noch einmal den Reset-Knopf zu drücken. Und so werden die Arbeiten von Rainer Mausfeld, Daniele Ganser und so vielen weniger bekannten Autoren vielleicht eines Tages

so wirken, wie für vorhergehende Generationen die Gefängnisbriefe Antonio Gramscis. Eine Wirkung, die hoffentlich dann in der Zukunft mehr Wirkung zeigt.

"Man muß nüchterne, geduldige Menschen schaffen, die nicht verzweifeln angesichts der schlimmsten Schrecken und sich nicht an jeder Dummheit begeistern. Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens." Antonio Gramsci - Gefängnishefte, H. 28, § 11, 2.232

Koschnik sieht auch keine Möglichkeit, dieses siechende System der repräsentativen Demokratie zu retten. Zu groß ist der Widerstand, auch kleinste Veränderungen an grundsätzlichen Fehlern zuzulassen. Er schreibt:

"Die endgültige Konsequenz wagen viele Menschen auch heute noch nicht zu Ende zu denken; denn die lautet: Der jämmerliche Zustand der Politik unserer Zeit ist die Folge des Niedergangs des demokratischen Systems. Er ist ein Systemfehler, der nicht zu kurieren ist, wenn man sich weiter weigert, ihn als solchen zu erkennen. Ob man ihn kurieren kann, wenn man ihn erkennt, ist auch alles andere als sicher. Denn wenn es ein veritabler Systemfehler ist, dann liegt er definitionsgemäß im System. Kurieren lassen sich dann vielleicht ein paar Symptome, so daß sich das Siechtum des Patienten verlängern läßt. Aber der Fehler im System läßt sich dadurch nicht aus der Welt schaffen."

Ich denke nicht wie Koschnik, daß die Demokratie insgesamt am Ende ist. Ich glaube vielmehr, daß die Pervertierung der Demokratie im Zusammenspiel mit dem, nach dem Wegfallen eines Konkurrenzsystems, sich ins Extreme gesteigerten Kapitalismus das Problem ist.

Noch ein Wort zu "den Anderen", die von unseren Politikern und Medien ja so gerne als minderwertig beschrieben werden. Systeme, denen man am besten mit Bomben den Garaus machen sollte.

Wenn Sie nun all dies gelesen haben sollten, sind Sie dann immer noch der Meinung, daß es einen großen Unterschied zwischen dem Ergebnis der Wahlen in Deutschland und zum Beispiel den Präsidentschaftswahlen in Syrien gibt? Dort gibt es zwar mehrere Kandidaten, aber der Amtsinhaber hat in einem autoritär geführten Staat, der sich im Krieg befindet, natürlich einen enormen Amtsbonus. Wenn trotzdem eine hohe Wahlbeteiligung und ein hohes Wahlergebnis für den Präsidenten zu beobachten ist, ist das wohl eher ein Plebiszit, als eine Wahl. Aber was ist unsere Parteiendemokratie anderes?

Und wie sieht es mit den Wahlen im Iran aus. Ist nicht der Einfluß der Parteien in Deutschland das exakte Abbild des Einflusses der Mullahs im Iran, wenn auch mit anderen gesellschaftlichen und historischen Vorzeichen? Vielleicht hilft der Hinweis, daß die Iraner mit überwältigender Wahlbeteiligung in einem Referendum, nicht nur die erste Verfassung nach der Revolution von 1979 verabschiedet hatten, sondern auch eine folgende Verfassungsänderung - was Deutschen bis heute verwehrt wird. ...<<

28.01.2019

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. Januar 2019 (x887/...): >>Steigende Gefahr eines Blackout

Frankreichs Energieregulierungsbehörde CRE meldete europaweiten Abfall der Netzfrequenz auf 49,8 Hertz

Eine Verkettung unglücklicher Umstände hat in der ersten Januarhälfte zu einem deutlichen Abfall der Netzfrequenz im europäischen Stromnetz geführt. Die Regulierungsmechanismen konnten eine Verschärfung der Situation verhindern. Nichtsdestotrotz machte der Vorfall deutlich, wie anfällig das europäische Stromnetz geworden ist.

In einer Mitteilung hat die französische Commission de régulation de l'énergie (CRE) darauf hingewiesen, daß am Abend des 10. Januar die Frequenz im europäischen Stromnetz auf 49,8 Hertz abgesunken ist. Die normale Netzfrequenz liegt bei 50 Hertz. Die französische Energieregulierungsbehörde bezog sich auf Informationen des Netzbetreibers RTE. Dieser soll in der kritischen Situation am Abend des 10. Januar Großverbraucher in der Industrie automatisch

veranlaßt haben, 1.500 Megawatt für 20 bis 45 Minuten "abzuwerfen".

Ein solcher "Lastenabwurf", das Abschalten von Stromverbrauchern bei Engpässen, gleicht einer Notbremsung. Ausgelöst wurde am 10. Januar die erste Phase eines mehrstufigen Prozesses. Bei einem weiteren Abfall der Frequenz unter 49 Hertz hätten die ersten Privathaushalte damit rechnen müssen, daß bei ihnen präventiv die Stromversorgung unterbrochen wird. Einen solchen Fall hat es in Frankreich vor zwölf Jahren gegeben. Damals wurde bei zehn Millionen Haushalten zeitweise die Stromversorgung unterbrochen.

Bei einer Netzfrequenz von unter 47,5 Hertz würde es schließlich zu einem flächendeckenden Stromausfall, einem so genannten Blackout kommen. Ein solcher Totalausfall gilt als sehr brisant. Verschiedene Netzbetreiber, aber auch Katastrophenschutzbehörden haben sich bereits mit der Frage beschäftigt, wie schnell die Stromversorgung wieder in Gang gebracht werden könnte, sollte es jemals zu landesweiten Netzzusammenbrüchen kommen. Untersuchungen aus der Schweiz und Österreich lassen vermuten, daß der Wiederaufbau der Stromversorgung nach einem flächendeckenden Ausfall eine Angelegenheit von Tagen, nicht von Stunden sein könnte.

Die nachträgliche Beurteilung des Vorfalls vom 10. Januar fiel sehr unterschiedlich aus. Nach Angaben der französischen Regulierungsbehörde bestand für das europäische Stromnetz eine Gefahr. Eine große österreichische Zeitung griff zu der Überschrift: "Europas Stromnetz stand am Rande des Totalausfalls".

Etwas gelassener gab sich der österreichische Übertragungsnetzbetreiber APG. Dieser verneinte, daß Europas Stromnetz knapp vor einer Katastrophe gestanden habe.

In der Tat hat sich gezeigt, daß der automatische Lastenabwurf funktioniert hat. Zudem gelang die Netzstabilisierung auch schon auf einer relativ niedrigen Eingreifstufe. Erneut gezeigt hat sich allerdings auch, wie eine Verkettung unglücklicher Umstände schnell zu einer Krisensituation im europäischen Stromnetz führen kann.

Der Verband der europäischen Übertragungsnetzbetreiber Entso-E ist routinemäßig nach dem Frequenzabfall im kontinentaleuropäischen Übertragungsnetz auf die Suche nach den Ursachen gegangen. Vom Netzbetreiber Tennet Deutschland wurde eine Fehlmessungen auf einer Strecke an der Grenze zu Österreich gemeldet. Dieser Fehler wird jedoch mittlerweile nicht mehr als Ursache betrachtet. Als ein Faktor wird dagegen ein Ausfall in einem spanischen Kraftwerk gesehen. Eine Rolle gespielt hat am 10. Januar offenbar auch ein Frequenzabfall durch den Stromhandel.

Wissenschaftler des Max-Planck Instituts für Dynamik und Selbstorganisation sowie der TU Dresden haben sich bereits mit diesem Phänomen beschäftigt. Die Forscher stellten im europäischen Stromnetz starke Schwankungen in einem Takt von 15 Minuten fest. Im gleichen Rhythmus stimmen sich die Erzeuger auf dem europäischen Strommarkt ab, wie viel sie in das Netz einspeisen.

Auch bei einem internationalen Vergleich machten die Forscher eine interessante Entdeckung. So wurden im vergleichsweise kleinen Stromnetz des Vereinigten Königreiches stärkere Schwankungen festgestellt als im vergleichsweise großen der Vereinigten Staaten. Großbritanniens Stromversorgung ist allerdings auch wegen des Anteils des Wind- und Solarstroms interessant. Generell zeigen sich nämlich in Netzen mit einem größeren Anteil an erneuerbaren Energien zunehmende Schwankungen der Netzfrequenz.

Insbesondere für Deutschland haben diese Befunde eine große Bedeutung. Bereits beschlossen ist die Abschaltung der letzten Reaktorblöcke in deutschen Atomkraftwerken im Jahr 2022. Demnächst soll die sogenannte Kohlekommission auch einen Termin für den Ausstieg aus der Kohleverstromung nennen. Große Kraftwerke waren bislang die Grundlage der Frequenzstabilisierung im Stromnetz. Mit dem geplanten Ausbau der Wind- und Solarstromerzeugung wird deswegen die Instabilität weiter wachsen. Die politisch gewollte Zunahme der Elektro-

mobilität wird sich in dieser Situation zu einer Belastungsprobe für das deutsche Stromnetz entwickeln.<<

Januar 2019

BRD: Der Publizist und Buchautor Ramin Peymani berichtet im Januar 2019 über Greta und die Klimajugend (x1.087/...): >>Die Kindersoldaten des Ökologismus

Die kleine kranke Greta wird weltweit als Ikone der Umweltbewegung herumgereicht und niemand stört sich daran. Die selbsternannten Guten, die sich zu recht empören, wenn in anderen Teilen der Welt Terroristen Kinder als menschliche Schutzschilde benutzen, mißbrauchen das Mädchen mit den geflochtenen Zöpfen nun für ihre eigene totalitäre Ideologie.

Ein Kommentar von *Ramin Peymani*

Greta Thunberg ist eine schwedische Schülerin. Keine ganz normale, aber dazu später mehr. Noch vor Jahren hätte niemand Notiz von ihr genommen. Doch die Zeiten haben sich geändert. Das Mädchen aus Stockholm, das mit seinen 16 Jahren aussieht wie zwölf, wird von der internationalen Presse gefeiert. Dabei hat Greta gar nichts Besonderes getan. Sie hat uns in ihrer pubertierenden Kindlichkeit einfach nur wissen lassen, daß sie sich fürchtet, weil wir ihr angeblich die Zukunft stehlen.

Jeder von uns hat das durchgemacht: Wir haßten die Erwachsenen, manchmal sogar unsere Eltern, fühlten uns ungeliebt und unverstanden. Von einem auf den nächsten Moment färbte sich die rosarote Welt in ein tristes Grau, um kurz darauf wieder strahlend hell zu leuchten. So ist das eben in der Pubertät. Normalerweise legt sich das irgendwann. Nicht so bei Greta. Sie lebt ihre Stimmungsschwankungen bis zum Exzeß aus. Und das seit vielen Jahren.

Mit elf hörte sie auf zu sprechen und zu essen, um ihre Familie zu zwingen, sich der Öko-Hysterie des grünen Panikorchesters zu unterwerfen. Sie wurde depressiv und steigerte sich in Zwangsneurosen, die sich zu psychischen Störungen auswuchsen. Später diagnostizierte man bei ihr das sogenannte Asperger-Syndrom. Ein schwer krankes Kind, das verantwortungsvolle Eltern schützen würden - vor sich selbst und dem Rest der Welt. Statt dessen gestatten die Opernsängerin Malena Emman und der Schauspieler Svante Thunberg, daß Reporter und Öko-Lobbyisten ihre Tochter vor Kameras und Mikrofone zerren und sie auf diese Weise in ihren Zwangsstörungen noch bestärken.

Ähnlich den Nationalsozialisten, schicken die "Umweltaktivisten" in ihrem gnadenlosen Kampf um den Endsieg inzwischen auch Kinder an die Front.

Die kleine kranke Greta wird weltweit als Ikone der Umweltbewegung herumgereicht und niemand stört sich daran. Die selbsternannten Guten, die sich zu recht empören, wenn in anderen Teilen der Welt Terroristen Kinder als menschliche Schutzschilde benutzen, mißbrauchen das Mädchen mit den geflochtenen Zöpfen für ihre totalitäre Ideologie. Denn so ehrenwert das Anliegen des Umweltschutzes grundsätzlich ist, haben sich dessen Verfechter schon lange vom Ursprungsgedanken entfernt.

Den "Umweltaktivisten" von heute geht es um nicht weniger als die Weltherrschaft. Und sie scheinen zu allem entschlossen. Ähnlich den Nationalsozialisten, schicken sie in ihrem gnadenlosen Kampf um den Endsieg inzwischen auch Kinder an die Front, nachdem sie in Kitas und Schulen jahrelang links-grüne Kindersoldaten ausgebildet haben. Immer seltener trifft man auf Jugendliche, die sich einen kritischen Blick auf eine Sekte bewahrt haben, die erschreckende Parallelen zu Scientology aufweist. Diese wird von der eng mit ihr verflochtenen Politik unterstützt, weil Regierungen weltweit die Öko-Bewegung als Herrschaftsinstrument entdeckt haben.

Würde sich Klein-Greta vor der fehlgeleiteten Migrationspolitik ihres Heimatlandes fürchten, hätten wir nie von ihr gehört. Vermutlich wäre sie in der Psychiatrie gelandet. Doch Greta fürchtet sich vor der Umweltzerstörung. So etwas liebt die Journaille! Und so verbreitete sich im Spätsommer die Nachricht wie ein Lauffeuer, daß die Schülerin beschlossen hatte, aus Pro-

test freitags nicht mehr zum Unterricht zu erscheinen. Der Presserummel hat inzwischen Zehntausende dazu angestiftet, ebenfalls die Schule zu schwänzen.

Eltern, bei denen die ökofaschistische Dauerindoktrinierung bisher keinen Erfolg gezeigt hat, sollen über ihre Kinder zur Systemtreue erzogen werden.

"Ich will, daß Ihr in Panik geratet", faßte die junge Schwedin ihre Kampfansage an die Erwachsenen in einem ihrer maliziösen Auftritte zusammen. Angst und Schrecken zu verbreiten, gehört zu den Wesenszügen des Faschismus. Jeder soll wissen, was ihm blüht, wenn er auschert. Die Strategie der Ökofaschisten ist allerdings äußerst perfide: Eltern, bei denen die Dauerindoktrinierung bisher keinen Erfolg gezeigt hat, sollen über ihre Kinder zur Systemtreue erzogen werden. Ihr Widerstand dürfte spätestens dann gebrochen sein, wenn sich ihre Kinder gegen sie wenden, so das Kalkül.

Auch Gretas Eltern sperrten sich anfangs gegen die Verrücktheiten einer damals Achtjährigen, die ihre eigene Familie zu terrorisieren begann. Es wäre interessant zu verfolgen, wie viele Schüler den Rattenfängern noch hinterherliefen, würde man die Forderungen der grünen Sekte konsequent umsetzen. Kein Auto, mit dem man mal schnell zum Ballettunterricht gefahren werden könnte, keine Smartphones, für die Kinder metertief nach seltenen Erden buddeln müssen, und keine Flugreisen in den Robison Club auf Fuerteventura.

Statt Designer-Klamotten gäbe es nur noch fair Gehandeltes aus "One-World-Läden", in denen man ganz sicher einen warmen grauen Wollpullover fände, der wegen der herunter gedrehten Heizung von Oktober bis April ohnehin benötigt würde. Beim Essen hieße es, sich schleunigst an eine vegane Ernährung zu gewöhnen. Natürlich würde die Umstellung auf Bio-Kost die Haushaltskasse arg strapazieren, was eine spürbare Taschengeldkürzung nach sich zöge. Die Welt wäre trotzdem nicht gerettet. Und das Klima muß niemand retten. Retten wir lieber unsere Kinder vor der Klimajugend.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf dem Blog des Publizisten Ramin Peymani "Liberale Werte"

...<<

02.02.2019

BRD: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 2. Februar 2019 (x1.058): >>Das Wundermittel

Direkte Demokratie hat das Potential, unsere siechende Demokratie zu heilen.

von *Fabian Sarbach*

Wie soll es weitergehen auf dem blauen Planeten? Braucht es einen radikalen Wechsel des Systems, einen kathartischen Crash oder gar eine Revolution? Gegen Politikerverdrossenheit und Visionslosigkeit empfehle ich ein altbewährtes Hausmittel aus der Schweiz: "direkte Demokratie". Über Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie bitte folgenden Artikel und fragen Sie NICHT Ihren Abgeordneten oder Qualitätsjournalisten.

1. Wann ist die Einnahme von "direkte Demokratie" angebracht?

Bei Volksempörung, Demonstrationen, Gewaltanwendungen, Rezeptlosigkeit oder allgemeinen politischen Problemen erzielt "direkte Demokratie" gute Erfolge. Zudem macht Abstimmen Spaß und fördert die Lebenszufriedenheit. Vor der Einnahme von "direkte Demokratie" wird gewarnt, wenn Sie selbstherrlicher Politiker, Lobbyist oder Kriegstreiber sind. In diesen Fällen raten wir Ihnen auszuwandern.

2. Welche Formen von "direkte Demokratie" gibt es?

In der Schweiz unterscheiden wir auf Bundesebene zwischen Initiative und Referendum. Will die Regierung Änderungen an der Verfassung vornehmen, muß zwingend eine Volksabstimmung durchgeführt werden. Dies nennt man obligatorisches Referendum. Andere Beschlüsse der Regierung unterliegen dem fakultativen Referendum: Werden innerhalb von 100 Tagen mindestens 50.000 Unterschriften gesammelt, stimmt das Volk über die Gesetzesänderung ab. Beispiele gefällig? Der Kauf von Kampfflugzeugen: abgelehnt 2014, der Beitritt zum Euro-

päischen Wirtschaftsraum EWR: abgelehnt 1992 oder die Einführung der umlagefinanzierten solidarischen Altersrente: angenommen 1948.

Ganz anders ist es bei der Initiative: Hier kann jeder Bürger oder jeder Verein ein eigenes Anliegen formulieren. Sofern gewisse Regularien eingehalten werden, sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt: bedingungsloses Grundeinkommen, Änderung des Geldsystems, Bekämpfung von exorbitanten Managerlöhnen - diese Initiative wurde unter dem Titel "Abzockerinitiative" sogar angenommen! - oder der Bau eines neuen Alpentunnels. Kommen in 18 Monaten 100.000 Unterschriften zusammen, kommt es zur Abstimmung. Unterschriften können überall gesammelt werden: am Bahnhof, in der Einkaufsmeile oder per Post.

Die meisten Initiativen werden allerdings abgelehnt. Von insgesamt bisher 215 Initiativen wurden lediglich 22 angenommen, zum Beispiel das Verbot von Gentechnik, der Baustopp von Atomkraftwerken oder die Ausschaffung krimineller Ausländer. Aber auch abgelehnte Initiativen entfalten ihre Wirkung. Sie setzen die Regierung unter Druck und lösen eine öffentliche Debatte aus. So wurde etwa 2018 die Initiative "Geldschöpfung in öffentliche Hand" zwar abgelehnt, bewirkte aber eine breite öffentliche Debatte über dieses sonst völlig unbeleuchtete Thema.

3. Wie wirkt "direkte Demokratie" und wann wird sie angewendet?

Direkte Demokratie hilft, Diskrepanzen zwischen Regierung und Volkswillen abzubauen und belebt den politischen Dialog. Sie vertieft die politische Diskussion und erhöht die Teilnahme der Bevölkerung an politischen Themen. Sie ermöglicht, Anliegen aus der Bevölkerung zu diskutieren, und verpflichtet die Regierung auf eine bürgernahe und transparente Kommunikation. Sie wirkt gegen parlamentarischen Lobbyismus und Größenwahn von Politikern.

Zudem fördert sie die Erhaltung regionaler Selbstbestimmung. Fast immer wenn das Volk darüber abstimmt, Kompetenzen nach oben zu verlagern - von der Gemeinde zum Kanton, vom Kanton zum Bund oder vom Bund zur EU -, ist die Antwort die gleiche: NEIN. So kommt es, daß die Schweiz sehr dezentral organisiert ist.

Wußten Sie, daß in der Schweiz jedes Dorf die Höhe der Gemeindesteuern selber festlegen darf und über den Bau und Unterhalt von Straßen, Schulhäusern et cetera selber bestimmt? Vielleicht sind auch deshalb die Steuern so niedrig. Meist wird darüber sogar an der Gemeindeversammlung abgestimmt und anschließend mit dem Gemeindepräsidenten bei einem Glas Wein diskutiert. Ein Schweizer ist in erster Linie Bürger seines Dorfes - und die Landeshauptstadt ist weit weg.

4. Welche Risiken und Nebenwirkungen treten bei "direkte Demokratie" auf?

Politiker klagen bisweilen über Machtverlust und Ego-Probleme. Das Führen von Kriegen wird sehr erschwert. Die Schweiz hat seit über 200 Jahren an keinem Krieg mehr teilgenommen, was man von Deutschland leider nicht behaupten kann. Bisher sind keine gravierenden Nebenwirkungen von "direkte Demokratie" bekannt. Die drei dümmsten Einwände gleich vorweg:

"Direkte Demokratie führt zur Todesstrafe". Das ist häufig zu hören, obwohl in der Schweiz natürlich keine Todesstrafe existiert. Das Denkmuster dahinter ist einfach: Ich selber bin ein aufgeklärter Humanist, aber mein Nachbar ist rachsüchtig und irrational, also wird er für die Todesstrafe stimmen. "Das Volk ist verführbar und dumm". Das ist ein häufiger Streitpunkt. Dabei wird scheinbar davon ausgegangen, daß die Herren und Damen Parlamentarier gegenüber Verführungen durch die ihnen zahlenmäßig weit überlegenen Lobbyisten gefeit wären! Zudem ist längst nicht jeder Parlamentarier ein Enkel oder eine Enkelin von Einstein oder Gandhi.

Zugegeben: Nicht jeder Staatsbürger hat eine Uni von innen gesehen, aber dafür von außen. Gesunder Menschenverstand und Lebenserfahrung wird jedenfalls noch an keiner Uni gelehrt. "Direkte Demokratie löst auch nicht alle Probleme". Das stimmt, ist aber trotzdem ein dum-

mes Argument. Direkte Demokratie führt nicht zum Paradies auf Erden, aber sie ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung.

Überhaupt wird die über hundertjährige Tradition der direkten Demokratie in der Schweiz viel zu wenig zur Kenntnis genommen.

Bisweilen sind die Abstimmungsergebnisse sehr erstaunlich: Eine zusätzliche Ferienwoche für alle wurde ebenso abgelehnt wie eine Erbschaftssteuer für Millionäre - von der über 90 Prozent der Bürger profitiert hätten! -, die Arbeitsbefreiung am Nationalfeiertag wurde dann aber doch angenommen.

Kollisionen mit Menschen- und Völkerrecht sind in den bisher über 400 Abstimmungen ausgeblieben, bis auf eine Ausnahme: 2009 wurde die Abstimmung zum "Minarettverbot" angenommen. Gemäß dieser Initiative ist es in der Schweiz nicht erlaubt, Minarette zu bauen. Die vier (!) bereits bestehenden Minarette konnten allerdings stehen bleiben. Die Initiative wurde im Vorfeld so wenig ernst genommen, daß es keine Gegenkampagne gab und alle Umfragen deuteten auf eine Ablehnung.

Daß man am Morgen nicht gerne vom Muezzin geweckt werden möchte, mag zwar verständlich sein, ist aber politisch nicht korrekt. Diese Initiative hat international für Schlagzeilen gesorgt und wird gerne herangezogen, wenn die direkte Demokratie in Frage gestellt werden soll. Was allerdings selten dazu gesagt wird: Seither hat niemand in der Schweiz versucht, ein Minarett zu bauen.

Falls jemand dies versuchen würde, hätte er jedoch gute Chancen auf Erfolg: Das Bundesgericht hat bisher noch keine Rechtssprechung im Sinne der Initiative etabliert, weil noch nie geklagt wurde, und der Europäische Gerichtshof EuGH würde ein Minarettverbot wohl ebenfalls kippen. Viel Lärm um nichts also. Das Völkerrecht und die grundlegenden Rechte der Verfassung haben ohnehin Vorrang.

5. Wie wird "direkte Demokratie" eingenommen?

Bevor abgestimmt werden kann, kommt das eigentlich Wichtige: die öffentliche Debatte! Monatelang werden in den Medien Pro- und Contra-Argumente diskutiert. Im Fernsehen läuft jeweils eine Extra-Sendung, in der Befürworter und Gegner exakt genau gleich viel Redezeit eingeräumt bekommen. Interessenverbände, Regierung und Lobbygruppen bringen sich ein. Nicht selten investieren interessierte Kreise Millionen in die Verbreitung ihrer Meinung - Initiativen gegen finanzstarke Kreise wie Banken und Waffen- oder Pharmaindustrie haben es deshalb besonders schwer. Besonders beliebt ist das Angstmachen: Wenn ihr falsch abstimmt, dann geht die Schweiz unter, also lassen wir doch lieber alles beim Alten!

Zu guter Letzt bekommen alle Stimmberechtigten das Abstimmungsbüchlein und die Wahlzettel zugeschickt. Im Abstimmungsbüchlein steht der Initiativtext und Befürworter und Gegner dürfen darin ihr Anliegen nochmals darstellen. Hier kann man alles noch einmal in Ruhe anschauen. Dann heißt es: Ausfüllen und ab in den Briefkasten oder die Wahlurne.

Nur selten traut sich das Volk, gegen die Meinungsmacht der Medien und Machteliten abzustimmen, aber es kommt vor!

6. Wann ist bei Einnahme von "direkte Demokratie" besondere Vorsicht geboten, darf "direkte Demokratie" auch an unerfahrene Völker abgegeben werden?

Diese Frage ist falsch gestellt. Natürlich haben nicht alle BürgerInnen Zeit und Möglichkeit, alle Abstimmungsfragen vollumfänglich zu studieren. In Parlamenten ist das aber nicht anders: Meist beschäftigen sich nur einige Ausschüsse mit den Details und das Plenum folgt dann den Empfehlungen der Partei. Wie schlecht Parlamentarier bisweilen über Abstimmungen informiert sind, ist oft erschreckend.

Die meisten WählerInnen verlassen sich zumindest teilweise auf die Meinung ihrer Vertrauensgruppen: Gewerkschaft, Partei oder Leitmedien. Allerdings müssen diese Meinungsmacher sich ihr Vertrauen immer wieder neu verdienen. So wurde 2009 ein Gesetz zur steuerlichen

Entlastung von Unternehmen angenommen. Die Regierung hatte versprochen, die Steuereinnahmen würden nicht abnehmen. Die Folge waren aber massive Steuereinbußen und Sparmaßnahmen. Als das Parlament 2017 erneut mit einer "Unternehmenssteuerreform" antanzte, zeigte ihm das Wahlvolk die kalte Schulter: Wer einmal lügt ...

7. Welche Dosierungen von "direkte Demokratie" gibt es?

Direkte Demokratie kann nur in der Dosierung 100 Prozent eingenommen werden. Jede Einschränkung der direkten Demokratie, welche über die Menschenrechte und das Völkerrecht hinausgeht, führt zu Verwässerung und Unterwanderung. Direkte Demokratie können Sie nicht in der Apotheke kaufen, sondern Sie müssen dafür mühsam demonstrieren - auch wenn es regnet!

8. Bei Fragen und Unklarheiten fragen Sie NICHT Ihre Politiker oder Staatsmedien

Auch in der Schweiz lassen sich Politikerinnen nicht gerne vom Volk reinreden. Allerdings traut sich niemand, die direkte Demokratie zu kritisieren. Als der ehemalige deutsche Bundespräsident Joachim Gauck der Schweiz einen Besuch abstattete und dabei öffentlich die direkte Demokratie kritisierte, von der er etwa so viel Ahnung hatte wie ein Frosch vom Fliegen, löste er einen Sturm der Entrüstung aus. Im deutschen Fernsehen wird das Thema - wenn überhaupt - nur mit einem klaren Frame verkauft: *Achtung, Gefahr!* Gerne wird die Minarettinitiative erwähnt und dazu bedrohliche Musik gespielt. Die 400 anderen Abstimmungen werden hingegen kaum erwähnt.

Direkte Demokratie gefährdet das Machtmonopol der Politiker und aus Sicht der Schweizerinnen ist das - frei nach Klaus Wowereit - "auch gut so".

Fazit

... Es reicht! Also: Transparent basteln, "direkte Demokratie" drauf schreiben und ab auf die Straße. ... "Es ist an der Zeit!"

Fabian Sarbach studierte Philosophie in Basel (Master 2008), ist diplomierter Kirchenmusiker und Pädagoge. Er arbeitet als Lehrer und Organist, restauriert Flügel und Klaviere. Er ist verheiratet und hat drei Kinder, die er zu Hause unterrichtet. Fabian Sarbach versteht sich als Teil der Menschheitsfamilie und glaubt an das Gute im Menschen. Er ist ein Feind von Ideologien und setzt auf die Kraft der freien Meinungsbildung- und Äußerung. In diesem Sinne setzt er sich für ein freies Geistesleben ein und hält die Normierung von Bildung im Sinne von PISA für eine schiefe Sache.<<

06.02.2021

BRD: Die Online Zeitung "Epoch Times Deutschland" berichtet am 6. Februar 2019: >>Wall Street Journal: Deutsche Öko-Planwirtschaft markiert "dümmste Energiepolitik der Welt"

Von Reinhard Werner

In einem Kommentar der gesamten Redaktion wirft das Wall Street Journal der deutschen Regierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel vor, die "dümmste Energiepolitik der Welt" zu betreiben. Nach dem überstürzten Atomausstieg beseitigt man nun auch den einzig verbliebenen zuverlässigen Energieträger.

Es kommt nicht oft vor, daß das "Wall Street Journal" (WSJ) im Namen der gesamten Redaktion einen vernichtenden Kommentar über das Gebaren politischer Entscheidungsträger eines Landes abgibt, das geopolitisch nicht als expliziter Gegner der USA gilt.

Um so bemerkenswerter ist der Kommentar vom 29. Januar 2019 zur Energiepolitik der deutschen Regierung, der in Anbetracht der Empfehlung der sogenannten Kohlekommission, bis 2038 aus dieser Form der Energiegewinnung komplett auszusteigen, von der "dümmsten Energiepolitik der Welt" spricht.

Zwar sei dumme Umweltpolitik in ganz Europa Routine, heißt es zu Beginn unter Hinweis auf die Treibstoffsteuern des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, der damit die Proteste

der Gelbwesten ausgelöst hatte. Der sich abzeichnende deutsche Verzicht auf Kohle übertreffe jedoch selbst diesen Maßstab noch problemlos.

Am eigenen Ast sägen

Nachdem die Führung in Berlin bereits bis dato unzählige Milliarden Euro für erneuerbare Energien verschwendet und europäischen Haushalten und Unternehmen mit die höchsten Energiepreise auferlegt habe, stelle Deutschland nun auch das Aus für die einzig zuverlässige Energiequelle in Aussicht, die dem Lande noch verblieben sei.

Derzeit werden 40 Prozent des im eigenen Land produzierten Stroms in Deutschland aus Kohle gewonnen, was, wie das WSJ anmerkt, der höchste Anteil im Norden Europas sei. Wenn sich die Regierung darüber beschwere, daß diese die Umwelt über Gebühr belaste, müsse sie sich die Frage stellen, warum sie dann über mehr als Jahrzehnt falsche politische Entscheidungen getroffen habe.

Dazu gehöre, daß Bundeskanzlerin Angela Merkel es durch eine einseitige Subventionierung unzuverlässiger Wind- und Sonnenenergie geschafft habe, für die Versorgungsunternehmen die Produktion von Erdgas attraktiv zu halten. Als sie im Jahr 2011 unter dem Eindruck der Ereignisse in Fukushima auch noch die "Energiewende" übers Knie gebrochen und das vorzeitige Aus für deutsche Atomkraftwerke verkündet hatte, sei das Zurückgreifen auf billigere, aber schmutzigere Kohle die logische Vorgehensweise gewesen, um "die Versorgungslücken zu füllen, wenn der Wind nicht weht oder die Sonne nicht scheint".

Importe aus Polen und Tschechien notwendig

Das WSJ macht unter Verweis auf Kritiker wie Karen Pittel vom Forschungsinstitut ifo in München darauf aufmerksam, daß Deutschland als Folge des Verzichts auf die Eigenproduktion von Kohle künftig eben solche aus Polen und Tschechien importieren werde. Um die Versorger für die vorzeitige Schließung von Kohlekraftwerken zu entschädigen, würden zusätzliche 40 Milliarden Euro zur Subventionierung erneuerbarer Energien aufgewendet werden müssen, wie auch die Regierungskommission selbst schätze.

Daß sich Merkel deren Ansinnen verschließen werde, davon geht das WSJ nicht aus. Das Blatt hat jedoch noch Hoffnungen hinsichtlich der Einsichtsfähigkeit ihres Amtsnachfolgers: "Ihre Amtszeit als Kanzlerin wird jedoch lange vor dem Kohlestrom enden. Ihr Nachfolger wird Gelegenheit haben, Frau Merkels grüne Torheiten zu benennen, und Deutschlands geplagte Stromkunden sollten hoffen, daß dies der Fall ist." <<

22.02.2019

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 22. Februar 2019: >>Hütet euch vor falschen Propheten

Störung der kollektiven Psyche: Wie eine aufgeklärte Gesellschaft in Infantilität umkippt

Thorsten Hinz

Die Rede der 16jährigen Greta Thunberg bei der Klima-Konferenz im Dezember 2018 in Katowitz war eine Inszenierung für die Medien. Die seither als "Klima-Greta" bekannte Schülerin sprach vor fast leeren Stuhlreihen, wohingegen die Kameraeinstellung dem Fernseh- und Youtube-Publikum eine gespannt lauschende Zuhörerschaft suggerierte. Inhaltlich war die Ansprache so banal wie erwartbar und PR-orientiert:

Ein bezopftes Persönchen aus Schweden, eine Mischung aus Pippi Langstrumpf und autistischem Backfisch, ließ aus der Tiefe seines von Karrierebedenken und Zweckrationalismus unverdorbenen Herzens ein beschwörendes Weltrettungspathos entspringen. Ähnliches wiederholte sich bei ihrem Auftritt im Januar dieses Jahres anlässlich des Weltwirtschaftsforums in Davos.

"Klima-Greta", die seit August 2018 in Stockholm mit freitäglicher Schulverweigerung gegen die Klimaerwärmung protestiert, ist weltweit zur Ikone für die "Fridays For Future-

Schulstreiks", das heißt für demonstrierende, kreischende, hüpfende, plakatschwenkende Unterrichtsschwänzer geworden. Die Grünen-Wähler von morgen kündigen sich an.

Greta steht, wie man weiß, nicht für sich allein. Die Eltern, einschlägige NGOs und Stiftungen haben sich an sie geheftet. Mit Kinder- und jugendlichen Nachwuchsstars verbinden sich gewöhnlich kommerzielle Interessen, aber hier geht es auch um Politik. Auf den Parteitag in den Ländern des Ostblocks traten stets uniformierte Halbwüchsige auf, die in feurigen Reden der Kommunistischen Partei für ihre Politik zum Wohle der Kinder dankten.

Danach traten sie wieder zurück in die Kulissen, denn als Individuen waren sie nicht gefragt. Furchtbare Ausnahmen gab es in der Hochphase des Stalinismus. In der Sowjetunion wurde der zwölfjährige Pawel Morosow, der mit seinem drei Jahre jüngeren Bruder Fjodor die halbe Familie und zahlreiche Dorfbewohner als Feinde der Sowjetmacht denunzierte und ans Messer lieferte, als "Heldenspionier" verehrt.

Auch Greta stellt bereits einen Machtfaktor dar. Die Umweltministerin der belgischen Region Flandern, Joke Schauvliege, mußte nach Kritik an der Schüleraktion zurücktreten. Sie hatte in öffentlicher Rede erklärt: "Ich kann Ihnen garantieren, daß ich nicht nur Geister sehe, sondern daß doch mehr dahintersteckt als nur eine spontane Solidaritätsaktion für unser Klima." Sie verabschiedete sich aus dem Amt mit den Worten, die Äußerungen seien ein Fehler gewesen, "aber keine Lüge".

Schon wird Greta als Quelle der Erkenntnis gehandelt. Kein Rundfunksender und keine Zeitung mochte darauf verzichten, ihre Kritik am deutschen Kohle-Kompromiß zu vermehren. Auch ihre Forderung, reiche Länder müßten die Emissionen jährlich um 15 Prozent reduzieren, ging durch die Medien. Unklar ist bislang, ob und wie sie das Nordstream-Projekt beurteilt. Als CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak auf Twitter milde Kritik übte: "Oh, man ... kein Wort von Arbeitsplätzen, Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit. Nur pure Ideologie", und ein nachsichtiges "Arme Greta" hinterherschickte, erntete er Entrüstung. Eine Grünen-Politikerin nannte ihn sogar "unchristlich". Greta-Kritik als Sakrileg!

"Die Klimakrise hat endlich ihre Erzählerin gefunden", jubelte die Süddeutsche Zeitung. Ihre Eloge auf die kleine Schwedin legt unfreiwillig die verquere Logik der Greta-Jünger offen. Der Autor gibt zu, daß der Klimawandel sich nicht "mit Bestimmtheit vorhersagen" läßt und die Hochrechnungen nur eine abstrakte Idee liefern.

Dies erlaube es den meisten Menschen, vor der Bedrohung die Augen zu verschließen und sich hinter Ausflüchten zu verstecken. "Insofern ist die Klimakrise auch eine Krise des Erzählens." Greta, die am Asperger-Syndrom, einer Variante des Autismus, leidet, sei der Fluchtweg versperrt. Ihr Gehirn sei "anders verdrahtet", weshalb sie zur exklusiven Konzentration auf die Fakten befähigt sei. Diese ließen sie den Klimawandel "als die existentielle Gefahr" begreifen, "die er ist". Sie benötige kein illustrierendes Narrativ dafür.

Nur geht es gar nicht um den "Klimawandel" als solchen, denn den hat es schon gegeben, als der Mensch noch gar nicht existierte. Es ist auch keine Frage mehr, daß der Umweltschutz und die Schonung der Ressourcen weiterentwickelt werden müssen. Der Streit dreht sich zum einen darum, ob die Erderwärmung tatsächlich durch menschliches Handeln verursacht ist. Die andere, daran anknüpfende Streitfrage lautet, ob die vorgeschlagenen oder ergriffenen Maßnahmen überhaupt Wirkung zeigen und in einem vernünftigen Kosten-Nutzen-Verhältnis stehen. Was kann der deutsche Kohleausstieg bewirken, wenn zur gleichen Zeit in China und Indien jedes Jahr Dutzende neue Kohlekraftwerke erbaut werden?

Zu den häufigen Symptomen der Asperger-Krankheit gehören gesteigerte intellektuelle Fähigkeiten auf einem begrenzten Gebiet. Die "Inselbegabungen" gehen mit der Unfähigkeit zur Kommunikation und zum Nachvollzug gegenteiliger Standpunkte einher. Auf die Frage von Spiegel Online, ob sie akzeptieren könne, daß andere Menschen andere Meinungen zum Klima haben, antwortete Greta: "Ich höre diesen Menschen zu. Doch das hier ist ein Schwarz-

Weiß-Thema: Entweder besteht unsere menschliche Zivilisation fort - oder nicht. Es gibt kein Grau, wenn es um unser Überleben geht."

Ihre Kritiker täten ihr nur leid. Solche Aussagen lassen erahnen, wie ein Autismus, der durch die Außenwelt bestärkt und befeuert wird, in objektiven Fanatismus übergehen kann.

Am Ende kann auch Greta nicht liefern, was die versammelte Wissenschaft schuldig geblieben ist: den schlüssigen Beleg für die anthropogene Ursache des Klimawandels. Die Süddeutsche Zeitung setzt dennoch unter Berufung auf Gretas spezielle Hirnverdrahtung voraus, was wissenschaftlich unbewiesen ist. Greta Thunberg wird eine ähnliche Funktion zugeschrieben, die in vormodernen Gesellschaften von der weisen Frau, dem Orakel, der Pythia, der Sibylle, dem blinden Seher, dem Propheten wahrgenommen wurde.

Als Propheten bezeichnete der Soziologe Max Weber einen, "der Kraft seiner Mission eine religiöse Lehre oder einen göttlichen Befehl verkündet". Zugleich trägt er Züge eines "sozial-ethischen Lehrers", der die Mitmenschen "zur Schöpfung ethischer Ordnungen zu bestimmen sucht". Propheten sind dabei nicht nur die Künder, sondern selber Gefäße des Göttlichen.

Zu ihren Merkmalen zählt das Moment der Plötzlichkeit, mit der sie aus dem Nichts auftauchen - so wie Greta in Kattowitz. Das fügt sich ein in die Behandlung der Klimafrage als Zivilreligion, als die Abfolge von Schuld, Reue, Buße und Aussicht auf Vergebung. Speziell in Deutschland bietet sie die tröstende Ergänzung zur Holocaust-Religion, die jene Aussicht auf Vergebung und Entsühnung verweigert.

Vor über hundert Jahren rief der Dichter Stefan George, damals ein Mittdreißiger, den 15jährigen Maximilian Kronberger zur epiphanischen Erscheinung aus und rief einen ästhetisierten Maximin-Kult ins Leben. In seinem 1907 erschienenen Band "Der siebente Ring" ließ er seine Anhänger wissen: "Nun klagt nicht mehr - denn auch ihr wart erkoren - / Daß eure Tage unerfüllt entschwebt ... / Preist eure Stadt die einen Gott geboren! / Preist eure Zeit in der ein Gott gelebt!"

Max Weber fragte spöttisch, was den Buben in Lederhosen denn als neuen Gott prädestiniere. Es handele sich um die rein private Angelegenheit des Dichter-Kreises, die für Außenstehende nichts bedeute. Tatsächlich war der Gott, der erlösen sollte, die Eigenschöpfung von Erlösungsbedürftigen. Für Weber war das ein Kennzeichen einer Sekte, einer Gemeinde vermeintlich Erleuchteter, die im gesellschaftlichen Abseits ihre selbstkreierten Kulte und gestörten Wahrnehmungen pflegten.

Heute handelt die ganze, sich fortschrittlich wahnende Gesellschaft sektenmäßig; in Greta-Maxima hat sie sich aktuell einen Götzen erschaffen. Hier verbinden sich die dialektischen Veitstänze einer an sich irre gewordenen Aufklärung mit der Sehnsucht nach Wiederverzauberung der entzauberten Welt im Zeichen der Klima- und Welterrettung.

Doch es geht auch um Politik. "Die Begrenzung der globalen Erwärmung erfordert schnelle, weitreichende und beispiellose Veränderungen in allen Bereichen der Gesellschaft." So steht es im aktuellen IPCC-Report (Intergovernmental Panel on Climate Change, im Deutschen oft als "Weltklimarat" bezeichnet). Eine globalistische Elite verlangt nach einer staatenübergreifenden Generalvollmacht. Zu ihrer Umsetzung benötigt sie Helfer und Aktivisten, im Zweifelsfall auch neue Morosows.

Der Rußland-Historiker Orlando Figes schreibt über das Morosow-Phänomen, es habe vor allem auf Waisenkinder eine vorbildhafte Wirkung ausgeübt, die keine familiären und normalen zwischenmenschlichen Strukturen kannten. Heute schafft die Abräumung traditioneller Strukturen - Familie, Nation, Geschlecht, Grenzen - eine Tabula-rasa-Situation, in der grüne Nachwuchspolitiker als Rote Khmer denkbar werden.

Der Greta-Kult mag schon bald vorbei sein oder durch einen neuen abgelöst werden. Die untergründige Störung in der kollektiven Psyche der westlichen Welt, deren Symptom er ist, bleibt virulent und gefährlich.<<

23.02.2019

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 23. Februar 2019 (x1.000/...): >>>Kommunismus - Ziehkind der Hochfinanz!

... 10 Dinge, die die Weltgemeinschaft endlich einsehen sollte!

1. Sowohl Kommunisten als auch Nicht-Kommunisten sollten endlich begreifen, daß der Kommunismus ein Ziehkind der Hochfinanz ist. Der Kommunismus ging als reinste Erfindung aus der Hochfinanz hervor. Er ist nichts anderes als ihr strategisches Schlaginstrument, mit dem sie ihren Hauptgegner, den feudalen Mittelstand, zerschmettern. Gutgläubige Kommunisten, also der sklavische Bauernstand der Hochfinanz, verrichten unwissentlich deren Vernichtungskrieg.

So wie aufrichtige Christen schon immer unwissend irgendwelchen Macht- und habgierigen Kirchenfürsten dienen, so dienen aufrichtige Kommunisten schon immer dem reinen Staatskapitalismus bzw. irgendwelchen Staatskapitalisten! Sowohl gutgläubige Christen als auch gutgläubige Kommunisten wurden daher schon immer als ahnungslose Opfer und Täter in einem mißbraucht.

2. Sowohl Menschenrechtler als auch Nicht-Menschenrechtler sollten endlich begreifen, daß die am meisten hochgejubelten Menschenrechte einzig der strategischen Umerziehung der Menschheit und ihrer Versklavung unter das Diktat einer Hochfinanz-Elite dienen. Diese wollen im Namen der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit über den zuletzt allein verbleibenden wehrlosen Arbeiterstand herrschen.

Kommunisten! Laßt Euch nicht weiter von diesen Global-Strategen instrumentalisieren und gegen den Mittelstand und die Religion verhetzen. Verbindet euch statt dessen mit diesen gegen die wahren Angreifer und Menschenfeinde! Sagt nicht weiter mit Mordechai Levi: "Alles, was dein ist, ist auch mein!" Sagt mit den wahren Religionen: "Alles, was mein ist, ist auch dein!"

3. Die Weltbevölkerung sollte endlich begreifen, daß ihre gegenwärtige politische Zwangs-umerziehung haargenau den 5 wesentlichsten Forderungen des Kommunistischen Manifestes entsprechen. Geschaffen aber wurde dieses Kommunistische Manifest von den Hohepriestern einer neuen Geld-Religion: Mordechai Marx Levi - alias Karl Marx - und Friedrich Engels. Diese Geld-Religion wird durch den Staatskapitalismus verkörpert.

Hier einmal zusammengefaßt die fünf zentralsten Forderungen des Kommunistischen Manifestes von Karl Marx und Friedrich Engels:

- Aufhebung des Privateigentums einschließlich aller Produktionsmittel.
- Aufhebung der Familie; an die Stelle der elterlichen und häuslichen Erziehung soll die gesellschaftliche Erziehung treten.
- Aufhebung der Nationalitäten zu Gunsten des Internationalismus.
- Abschaffung von Religion und Moral.
- Abschaffung jeder Monarchie im Namen der Demokratie.

4. Die betrogene Weltbevölkerung sollte endlich begreifen, daß der Schrei nach Demokratie von Anfang an das Haupt-Lockmittel des kommunistisch getarnten Staatskapitalismus war. Der Schrei nach Demokratie bildete schon den ideologischen Schlachtruf der Hochfinanz-Freimaurerei während ihrer französischen Revolution. Das gesamte kommunistische Konzept der Hochfinanz ist daher nichts als ein strategisches Programm zur Abschaffung aller altbewährten Gesellschaftsordnungen und Machtstrukturen.

5. Das Kommunistische Manifest zielt im Namen der Privatisierung auf die Abschaffung jedes Privateigentums ab.

6. Das Kommunistische Manifest zielt im Namen der Demokratie auf die Abschaffung aller nationalen Rechte ab.

7. Das Kommunistische Manifest zielt im Namen des Familien- und Kinderschutzes auf die

Abschaffung der Familie - und vielerlei mehr.

8. Zusammengefaßt trachtet ein Geheimbund, sprich eine seit über 100 Jahren hinterhältig wirkende luziferische Sekte, nach ihrer Eine-Welt-Regierung, ihrer Eine-Welt-Religion und -Moral - und dies dreister Weise im Namen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

9. Will die Weltgemeinschaft samt den aufrichtigen Kommunisten weiterhin die Vergesellschaftung ihres Besitzes, ihres Bodens, ihrer Güter und Produktionsmittel durch dieses trojanische System der Hochfinanz tolerieren, dann möge sie Letzteres weiterhin ungestraft bestehen lassen.

Will die Weltgemeinschaft samt den aufrichtigen Kommunisten weiterhin diesen Globalstrategen dienen und deren innerstaatliche Erziehung weiterhin mit der Auflösung der traditionellen Familie und der Geschlechter bezahlen, dann möge sie weiterhin gegen schuldlose Parteien statt gegen die wahren Urheber der Spaltung streiten.

Will die Weltgemeinschaft weiterhin die Auflösung ihrer eigenen Souveränität tolerieren, dann akzeptiere sie weiterhin ihre Landes- und Staatsverräter, sprich Hochfinanz-Verschwörer, samt ihren blindwütigen Vasallen. Will die Weltgemeinschaft weiterhin die Zerstörung jedes Gottes-Glaubens und jeder Moral durch eine staatlich verordnete Religion, Moral und Ethik ersetzen, dann lasse sie sich weiterhin durch die hochkapitalistisch-kommunistischen Umstürzler ausplündern:

10. Kurzum: Will die Weltgemeinschaft zu guter Letzt jede Autarkie gegen eine Eine-Welt-Regierung einer kommunistisch getarnten Hochfinanz-Sekte eintauschen, dann lasse sie sich weiterhin von diesem alles versklavenden, heimtückischen und hinterhältigen Geheimbund endgültig jeder Freiheit und Selbstverwaltung berauben.<<

24. Februar 2019

BRD: Der deutsche Publizist und Autor Horst Koch berichtet am 24. Februar 2019 (x1.087/...): >>Hütet euch vor falschen Propheten

von *Thorsten Hinz*

Die Rede der 16jährigen Greta Thunberg bei der Klima-Konferenz im Dezember 2018 in Katowitz war eine Inszenierung für die Medien. Die seither als "Klima-Greta" bekannte Schülerin sprach vor fast leeren Stuhlreihen, wohingegen die Kameraeinstellung dem Fernseh- und Youtube-Publikum eine gespannt lauschende Zuhörerschaft suggerierte.

Inhaltlich war die Ansprache so banal wie erwartbar und PR-orientiert: Ein bezopftes Persönchen aus Schweden, eine Mischung aus Pippi Langstrumpf und autistischem Backfisch, ließ aus der Tiefe seines von Karrierebedenken und Zweckrationalismus unverdorbenen Herzens ein beschwörendes Weltrettungspathos entspringen. Ähnliches wiederholte sich bei ihrem Auftritt im Januar dieses Jahres anlässlich des Weltwirtschaftsforums in Davos.

"Klima-Greta", die seit August 2018 in Stockholm mit freitäglicher Schulverweigerung gegen die Klimaerwärmung protestiert, ist weltweit zur Ikone für die "Fridays-For-Future-Schulstreiks", das heißt für demonstrierende, kreischende, hüpfende, plakatschwenkende Unterrichtsschwänzer geworden. Die Grünen-Wähler von morgen kündigen sich an.

Halbwüchsige als Machtfaktor

Greta steht, wie man weiß, nicht für sich allein. Die Eltern, einschlägige NGOs und Stiftungen haben sich an sie geheftet. Mit Kinder- und jugendlichen Nachwuchsstars verbinden sich gewöhnlich kommerzielle Interessen, aber hier geht es auch um Politik. Auf den Parteitagen in den Ländern des Ostblocks traten stets uniformierte Halbwüchsige auf, die in feurigen Reden der Kommunistischen Partei für ihre Politik zum Wohle der Kinder dankten.

Danach traten sie wieder zurück in die Kulissen, denn als Individuen waren sie nicht gefragt. Furchtbare Ausnahmen gab es in der Hochphase des Stalinismus. In der Sowjetunion wurde der zwölfjährige Pawel Morosow, der mit seinem drei Jahre jüngeren Bruder Fjodor die halbe Familie und zahlreiche Dorfbewohner als Feinde der Sowjetmacht denunzierte und ans Mes-

ser lieferte, als "Heldenpionier" verehrt.

Auch Greta stellt bereits einen Machtfaktor dar. Die Umweltministerin der belgischen Region Flandern, Joke Schauvliege, mußte nach Kritik an der Schüleraktion zurücktreten. Sie hatte in öffentlicher Rede erklärt: "Ich kann Ihnen garantieren, daß ich nicht nur Geister sehe, sondern daß doch mehr dahintersteckt als nur eine spontane Solidaritätsaktion für unser Klima." Sie verabschiedete sich aus dem Amt mit den Worten, die Äußerungen seien ein Fehler gewesen, "aber keine Lüge".

Greta-Kritik als Sakrileg

Schon wird Greta als Quelle der Erkenntnis gehandelt. Kein Rundfunksender und keine Zeitung mochte darauf verzichten, ihre Kritik am deutschen Kohle-Kompromiß zu vermelden. Auch ihre Forderung, reiche Länder müßten die Emissionen jährlich um 15 Prozent reduzieren, ging durch die Medien. Unklar ist bislang, ob und wie sie das Nordstream-Projekt beurteilt. Als CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak auf Twitter milde Kritik übte: "Oh, Mann ... kein Wort von Arbeitsplätzen, Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit. Nur pure Ideologie", und ein nachsichtiges "Arme Greta" hinterherschickte, erntete er Entrüstung. Eine Grünen-Politikerin nannte ihn sogar "unchristlich". Greta-Kritik als Sakrileg!

"Die Klimakrise hat endlich ihre Erzählerin gefunden", jubelte die Süddeutsche Zeitung. Ihre Eloge auf die kleine Schwedin legt unfreiwillig die verquere Logik der Greta-Jünger offen. Der Autor gibt zu, daß der Klimawandel sich nicht "mit Bestimmtheit vorhersagen" läßt und die Hochrechnungen nur eine abstrakte Idee liefern. Dies erlaube es den meisten Menschen, vor der Bedrohung die Augen zu verschließen und sich hinter Ausflüchten zu verstecken. "Insofern ist die Klimakrise auch eine Krise des Erzählens."

Greta, die am Asperger-Syndrom, einer Variante des Autismus, leidet, sei der Fluchtweg versperrt. Ihr Gehirn sei "anders verdrahtet", weshalb sie zur exklusiven Konzentration auf die Fakten befähigt sei. Diese ließen sie den Klimawandel "als die existentielle Gefahr" begreifen, "die er ist". Sie benötige kein illustrierendes Narrativ dafür.

Übergang zum objektiven Fanatismus

Nur geht es gar nicht um den "Klimawandel" als solchen, denn den hat es schon gegeben, als der Mensch noch gar nicht existierte. Es ist auch keine Frage mehr, daß der Umweltschutz und die Schonung der Ressourcen weiterentwickelt werden müssen. Der Streit dreht sich zum einen darum, ob die Erderwärmung tatsächlich durch menschliches Handeln verursacht ist. Die andere, daran anknüpfende Streitfrage lautet, ob die vorgeschlagenen oder ergriffenen Maßnahmen überhaupt Wirkung zeigen und in einem vernünftigen Kosten-Nutzen-Verhältnis stehen. Was kann der deutsche Kohleausstieg bewirken, wenn zur gleichen Zeit in China und Indien jedes Jahr Dutzende neue Kohlekraftwerke erbaut werden?

Zu den häufigen Symptomen der Asperger-Krankheit gehören gesteigerte intellektuelle Fähigkeiten auf einem begrenzten Gebiet. Die "Inselbegabungen" gehen mit der Unfähigkeit zur Kommunikation und zum Nachvollzug gegenteiliger Standpunkte einher. Auf die Frage von Spiegel Online, ob sie akzeptieren könne, daß andere Menschen andere Meinungen zum Klima haben, antwortete Greta: "Ich höre diesen Menschen zu. Doch das hier ist ein Schwarz-Weiß-Thema: Entweder besteht unsere menschliche Zivilisation fort - oder nicht. Es gibt kein Grau, wenn es um unser Überleben geht." Ihre Kritiker täten ihr nur leid. Solche Aussagen lassen erahnen, wie ein Autismus, der durch die Außenwelt bestärkt und befeuert wird, in objektiven Fanatismus übergehen kann.

Am Ende kann auch Greta nicht liefern, was die versammelte Wissenschaft schuldig geblieben ist: den schlüssigen Beleg für die anthropogene Ursache des Klimawandels. Die Süddeutsche Zeitung setzt dennoch unter Berufung auf Gretas spezielle Hirnverdrahtung voraus, was wissenschaftlich unbewiesen ist. Greta Thunberg wird eine ähnliche Funktion zugeschrieben, die in vormodernen Gesellschaften von der weisen Frau, dem Orakel, der Pythia, der Sibylle,

dem blinden Seher, dem Propheten wahrgenommen wurde.

Klimafrage als Zivilreligion

Als Propheten bezeichnete der Soziologe Max Weber einen, "der Kraft seiner Mission eine religiöse Lehre oder einen göttlichen Befehl verkündet". Zugleich trägt er Züge eines "sozial-ethischen Lehrers", der die Mitmenschen "zur Schöpfung ethischer Ordnungen zu bestimmen sucht". Propheten sind dabei nicht nur die Künder, sondern selber Gefäße des Göttlichen. Zu ihren Merkmalen zählt das Moment der Plötzlichkeit, mit der sie aus dem Nichts auftauchen - so wie Greta in Kattowitz. Das fügt sich ein in die Behandlung der Klimafrage als Zivilreligion, als die Abfolge von Schuld, Reue, Buße und Aussicht auf Vergebung. Speziell in Deutschland bietet sie die tröstende Ergänzung zur Holocaust-Religion, die jene Aussicht auf Vergebung und Entsühnung verweigert.

Vor über hundert Jahren rief der Dichter Stefan George, damals ein Mittdreißiger, den 15jährigen Maximilian Kronberger zur epiphanischen Erscheinung aus und rief einen ästhetisierten Maximin-Kult ins Leben. In seinem 1907 erschienenen Band "Der siebente Ring" ließ er seine Anhänger wissen: "Nun klagt nicht mehr - denn auch ihr wart erkoren -/ Daß eure Tage unerfüllt entschwebt .../ Preist eure Stadt die einen Gott geboren!/ Preist eure Zeit in der ein Gott gelebt!"

Max Weber fragte spöttisch, was den Buben in Lederhosen denn als neuen Gott prädestiniere. Es handele sich um die rein private Angelegenheit des Dichter-Kreises, die für Außenstehende nichts bedeute. Tatsächlich war der Gott, der erlösen sollte, die Eigenschöpfung von Erlösungsbedürftigen.

Für Weber war das ein Kennzeichen einer Sekte, einer Gemeinde vermeintlich Erleuchteter, die im gesellschaftlichen Abseits ihre selbstkreierten Kulte und gestörten Wahrnehmungen pflegten. Heute handelt die ganze, sich fortschrittlich wahnende Gesellschaft sektenmäßig; in Greta-Maxima hat sie sich aktuell einen Götzen erschaffen. Hier verbinden sich die dialektischen Veitstänze einer an sich irre gewordenen Aufklärung mit der Sehnsucht nach Wiederverzauberung der entzauberten Welt im Zeichen der Klima- und Welterrettung.

Tabula-rasa-Situation

Doch es geht auch um Politik. "Die Begrenzung der globalen Erwärmung erfordert schnelle, weitreichende und beispiellose Veränderungen in allen Bereichen der Gesellschaft." So steht es im aktuellen IPCC-Report (Intergovernmental Panel on Climate Change, im Deutschen oft als "Weltklimarat" bezeichnet). Eine globalistische Elite verlangt nach einer staatenübergreifenden Generalvollmacht. Zu ihrer Umsetzung benötigt sie Helfer und Aktivisten, im Zweifelsfall auch neue Morosows.

Der Rußland-Historiker Orlando Figes schreibt über das Morosow-Phänomen, es habe vor allem auf Waisenkinder eine vorbildhafte Wirkung ausgeübt, die keine familiären und normalen zwischenmenschlichen Strukturen kannten. Heute schafft die Abräumung traditioneller Strukturen - Familie, Nation, Geschlecht, Grenzen - eine Tabula-rasa-Situation, in der grüne Nachwuchspolitiker als Rote Khmer denkbar werden.

Der Greta-Kult mag schon bald vorbei sein oder durch einen neuen abgelöst werden. Die untergründige Störung in der kollektiven Psyche der westlichen Welt, deren Symptom er ist, bleibt virulent und gefährlich.<<

Februar 2019

BRD: Der deutsche Publizist und Buchautor Peter Helmes berichtet im Februar 2019 (x1.088/...): >>Deutschland, quo vadis?

Der Öko-Neo-Marxismus und die Zerstörung unserer Demokratie

DAS sind die ENDZIELE des Masterplans der NEUEN IDEOLOGIE, die auf die Linksdenker Habermas, Derrida, Schellnhuber, Edenhofer u.v.m. zurückzuführen sind.

Diese überaus gefährliche, antidemokratisch-totalitäre neue Ideologie und ihr "Masterplan"

von "einer großen Transformation" wurde im Zusammenwirken aller links-unterwanderten Welt-Organisationen entwickelt und (in Deutschland) seit 2011 formuliert von neomarxistisch rot-grün agierenden Ideologen wie Schellnhuber, Leggewie, Edenhofer und vielen anderen, die selbst vor einer Instrumentalisierung von Papst Franziskus nicht zurückschreckten, der Edenhofers und Schellnhubers vorformulierte und diktierte Texte kritiklos übernommen hat in seiner Enzyklika Laudato-Si.

"Welt im Wandel - Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation"

So lautet der Titel der 2011 von Prof. Schellnhuber publizierten Ideologie-Schrift des rot-grünen Neo-Marxismus und seiner ideologischen Wegbereiter ...

Al Gore, immerhin bekennt sich - so wie fast alle hochrangigen "Democrats" in den Vereinigten Staaten - ganz offen zum Neomarxismus der Frankfurter Schule und zu Adorno und Habermas.

Das sind also alles handfest bewiesene Tatsachen und keine "Verschwörungstheorien"; denn Al Gore sagt das alles selbst von sich.

Was soll sich ändern in der "großen Transformation"?

Und warum soll unsere früher geltende, unsere Freiheit garantierende repräsentative Demokratie mit ihrem Wohlstand für alle sichernden Wirtschaftssystem der Sozialen Marktwirtschaft ersatzlos gestrichen und durch ein rot-grünes totalitäres System ersetzt werden, in dem unsere Freiheit abgeschafft und unsere blühende, Wohlstand für alle garantierende Wirtschaft systematisch für immer vernichtet wird?

Um die Ideologie der "großen Transformation" durchsetzen zu können, waren im Vorfeld bis heute zum einen Angstszenerien als "Vehikel" der Transformation erforderlich, Angst und Hysterie erzeugende Lügen vom Weltuntergang, wie wir es sonst nur von einzelnen Sekten kennen. ...

Die Schellnhuber-Ideologie strebt die KONTROLLE ALLER bisher gesellschaftlich relevanten politischen INFRASTRUKTUREN in unserer Demokratie an, die es politisch zu erobern und zu transformieren gilt, wobei ihm jedes Mittel recht ist!

Früher stand in unserer alten Bundesrepublik Deutschland JEDER EINZELNE MENSCH, JEDER EINZELNE BÜRGER im MITTELPUNKT ALLER POLITIK - und die Würde eines JEDEN MENSCHEN war unantastbar.

Leonardo da Vincis "vitruvianischer Mensch" prägt seit der Renaissance das Ziel einer jeden freiheitlichen Politik: DER MENSCH STEHT IM MITTELPUNKT ALLER BEMÜHUNGEN - Jeder einzelne Mensch ist wichtig, jedes Individuum, jeder von uns!

Mit der wissenschaftlich unhaltbaren Lüge vom menschengemachten Klimawandel und parallel mit der Leugnung eines Schöpfergottes (Schellnhuber und alle Neomarxisten sind Agnostiker bzw. Atheisten) wird die Stelle, an der bisher "Gott" stand, neu besetzt durch die "Natur", "Mutter Erde", "Göttin Pachamama" (= "Mutter Welt") usw.

Wenn die "Natur" unser Schöpfer ist, dann ist selbstverständlich nun die NATUR das absolut Höchste, was es zu heiligen gilt. Der Mensch "verliert" seine Sonderstellung innerhalb der Natur mit all ihren Geschöpfen und muß sich folglich einreihen in die Familie der "Menschenaffen", denen Peter Singer (australischer Philosoph und Ethiker) und die UNO die Deklaration der Rechte der Menschenaffen zukommen lassen wollen.

Der Mensch verliert seine Würde, die bisher so definiert wurde, daß die Würde des Menschen alles das war, was uns unser Schöpfergott als Geschenk zukommen ließ: z.B. unser Leben, das deshalb unantastbar war.

Ohne Gott können wir nur auf unser Recht auf Leben pochen, wenn das irgendwann einmal mehrheitlich so bestimmt wurde. Bis dahin haben wir - ohne Schöpfergott - kein Recht auf Leben. Denn die "Natur" hat keine "personale Struktur".

So sehen wir: Die Frage nach dem Schöpfergott ist eine höchst politische Frage und hat weni-

ger mit "Religion" zu tun, als viele von uns meinen.

An dieser Stelle bringt Schellnhuber sein Bild vom "sinkenden Schiff", auf dem das Wohlergehen der Menschen (der Passagiere) keine Rolle mehr spielt, wenn es nicht gelingt, das Schiff (Erde) vor dem Absaufen zu retten.

Also muß - nach Schellnhuber - die Sonderstellung des Menschen in dieser Welt mit all seinen Lebens- und Freiheitsrechten dahingehend korrigiert werden, daß der einzelne Mensch eigentlich - im Vergleich zur Natur und zur Erde - auf einer Stufe mit Tieren steht und nur nachrangig Beachtung genießen darf.

Schnell sind wir dann bei der "biologischen Gattung" Mensch, dem man seine Sonderstellung unter allen anderen Geschöpfen absprechen muß. ...

Die Klimalüge ist nur der Aufhänger, mit dem die NEUE REVOLUTION unter Verwendung längst überholter totalitärer neomarxistischer Links-Grün-Ideologien durchgesetzt werden soll.

Je schneller wir alle diese Taktik der grün-linken Ökofaschisten und Klima-Schreier begreifen, desto schneller erlangen wir unsere wahre Demokratie, wie wir sie bis 1989 genießen durften, wieder zurück - einschließlich des Wohlstands aller Deutschen, der sich nur aus einem Wachstum der Wirtschaft ergibt.

Wenn uns das alles nicht gelingt, führt das zur Verelendung der Massen, zu sozialem Abstieg, zu einem grün-roten, elitären Funktionärswesen, in dem Wenige die diktatorische Macht über alle anderen ausüben.

Schon einmal bemühte Schellnhuber zeitlich begrenzte und immer mal vorkommende Ereignisse wie das "Ozonloch" oder das "Waldsterben", um zu behaupten, daß dies anthropogen, also menschengemacht, sei.

Seit die damalige Umweltministerin Künast 2003 lapidar in einer Pressekonferenz feststellte, daß das Waldsterben nirgendwo mehr zu sehen sei und daß sich die Wissenschaftler geirrt hätten, wenn sie behaupteten, daß das durch einen Klimawandel zustande kam oder sogar menschengemacht sei, seit diesem Tag hört man nichts mehr vom Waldsterben, außer, daß Deutschland die gesündesten Wälder in der ganzen EU zu verzeichnen habe. Und Künast ermunterte alle Deutschen, mal wieder im gesunden Wald spazieren zu gehen. ...

Man muß kein Prophet sein, um voraussagen zu können, daß sich das "Horrorszenario" vom "Klimawandel schon in Kürze in Analogie zum "Waldsterben" als Seifenblase des "Irrtums" entpuppen wird, nachdem uns der ganze Spaß Billionen von Euro gekostet haben wird, was mit daran schuld ist, daß Millionen von wehrlosen Kindern in der Welt verhungern müssen. ...

So sagt Schellnhuber, daß für die große Transformation nur noch ein sehr kleines Zeitfenster übrig bleibt, daß dies letztlich auch alles gelingt.

Sagt er das, weil er schon heute weiß, daß sich seine Behauptungen vom menschengemachten Klimawandel ebenso in Luft auflösen werden wie die Lügen vom menschengemachten Waldsterben?

Um seine diktatorische Kontrolle über uns Individuen erreichen zu können, muß Schellnhuber als Chefideologe der "großen Transformation" schnellstmöglich in vielen gesellschaftspolitisch relevanten Bereichen unserer Demokratie "transformierend" eingreifen - so glaubt er das jedenfalls: z.B. muß er unsere freie Bewegungsmöglichkeit massiv einschränken.

Dabei geht es Schellnhuber nicht um Klima- oder Umweltschutz, sondern um die die Alleinherrschaft einiger "Öko-Faschisten" über uns freiheitlich-demokratisch denkende und handelnde Bürger.

MOBILITÄT

Durch Fahrverbote und Abschaffung aller PKW mit Verbrennungsmotor bis 2028 will er mittel- bis langfristig jeden Individualverkehr auf größeren Strecken unmöglich machen. Übrig bliebe dann nur das Fahrrad oder die Fortbewegung "per pedes".

Luxemburg wird der erste EU-Staat sein, der seine Bürger - unter Verzicht auf ihren PKW - kostenlos mit kollektiv zu nutzenden Bussen und Bahnen fahren läßt (ab Januar 2020).

Die Einschränkung der individuellen Mobilität führt zur Unbeweglichkeit der Bürger und bindet sie ans Haus, an die Wohnung, an den urbanen Raum, wohin alle Bürger im Rahmen der Urbanisation umgesiedelt werden sollen.

Das bedeutet: Gleichschaltung der Meinungen und der Bildungsinhalte durch politische Indoktrination und Propaganda, durch staatlich diktierte und kontrollierte TV-Sendungen, deren manipulative Kapazitäten gezielt eingesetzt werden zur "Umerziehung" des "einfachen Volkes", das nur durch Manipulation und Medienherrschaft "in den Köpfen aller" zu realisieren sei - und dann "Konsensus" genannt wird.

Früher kannten wir die Diskussion um ein spezielles Thema, den Diskussionsleiter, der neutral darauf achten sollte, daß alle verschiedenen Meinungen geäußert und gehört werden konnten, und den Kompromiß, die Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner ...

Heute wurde die Habermas'sche Diskurs-Konsens-Ethik eingeführt.

Ein vorher bestimmter und auf den "Konsensus" im Vorfeld schon eingeschworener Moderator erlaubt den am Diskurs Beteiligten, ihre Meinung System-immanent kund zu tun, um dann einen permanent gültigen, nicht mehr veränderbaren Konsensus als "gültig für immer" festzulegen.

Manche der Kritiker sprechen deshalb auch von dem diktatorisch festgelegten Konsensus am Ende von Diskursen, ein Konsensus, der nie mehr angezweifelt werden darf und automatisch allgemeingültige Wahrheit, "Konsens-Wahrheit", wird. ...

URBANISIERUNG

Umsiedlung der Landbevölkerung in die Stadt - Urbanisierung als Mittel der Kontrolle des Staates über das Handeln aller Menschen und deren Lebensgewohnheiten.

Abschaffung v. Ackerbau und Viehzucht (weil die methanhaltigen Darmgase der Kühe den Klimawandel verursachen!).

Aufforstungsprogramme für Agrarflächen als Maßnahme zur "Dekarbonisierung", zur Eliminierung des angeblich fürs "Klima" so gefährlichen Spurengases Kohlenstoffdioxid.

In Wirklichkeit führen diese Maßnahmen zu:

Umstellung, Kontrolle und staatlichem Diktat der individuellen Ernährung letztlich hin auf eine rein VEGANE Ernährung - gemäß der "Global Ethic" des "Vaters der Veganer", des Ethik-Papstes aller Grünen, des Euthanasie-Predigers Peter Singer, der die straffreie Tötung behinderter, wehrloser Kleinkinder bis zum Erreichen des ersten Lebensjahres gesetzlich verankert sehen will innerhalb der neuen Ideologie von der "großen Transformation".

Ausnahmen beim Fleischkonsum sind nur vorgesehen für Millionen Muslime, die weiterhin Hühner schlachten und Lämmer brutal schächten und essen dürfen. ... und Muslime und Juden werden als Säuglinge weiterhin ohne Betäubung oder oft unter nur unzureichender Betäubung beschnitten!

ENERGIE:

Bereitstellung unserer Energien nur noch aus "erneuerbaren" Energien" - außer der umweltfreundlichen, sauberen Kernenergie, die ja nach Wiederaufbereitung auch "erneuerbarer Energie entspricht.

Vorgesehen sind:

Energiegewinnung aus Windkraft, Solarenergie (und vielleicht auch aus Wasserkraftwerken oder Tidenhub-Kraftwerken - aber das ist in großem Stil bisher nicht in Sicht! Warum nicht?).

Schellnhuber stellt sich im Gutachten WBGU 2011 übrigens NICHT gegen die Nutzung der Kernkraft. Er schreibt lediglich, daß die Kernkraft, die ohne Zweifel technisch sehr, sehr sicher gestaltet werden kann, am Ende betriebswirtschaftlich zu teuer kommt. ...

Ob er das heute noch einmal so schreiben würde, wage ich zu bezweifeln. Es zeigt aber auch

die Willkür Schellnhubers bei seinen Behauptungen und seine absolute Unzuverlässigkeit, die er bereits unter Beweis gestellt hat, als er 1992-1994 noch behauptete, daß eine mittlere Temperaturerhöhung auf diesem Planeten von nicht mehr als vier Grad Celsius angestrebt werden solle, was - "wissenschaftlich bestens und fehlerfrei erforscht" - voll und ganz ausreichen würde, um den sonst drohenden Klimawandel abzuwehren.

Von 2007 bis zu "Kattowitz 2018" sagte er, daß zwei Grad Erwärmung nicht überschritten werden sollten, und ging in Kattowitz mit seiner Temperaturgrenze auf 1,5 Grad Celsius runter - alles immer bestens wissenschaftlich belegt, wie er sagt. ...

Radikale Umstrukturierung der Marktwirtschaft und Abschaffung des Mittelstandes

Umbau unserer Wirtschaftsstrukturen - weg von der Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen.

Nach Schellnhuber soll die große Transformation möglichst schnell stattfinden, möglichst so schnell, daß die Bevölkerung diese Transformation erst bemerkt, wenn sie europaweit schon längst festzementiert wurde u.a. durch EU-Gesetze ...

Parallel hierzu sollte das Prinzip Brot und Spiele von den Medien ausgebaut werden fürs Volk, zur Schwächung jeder Opposition ...

Deshalb werden wir überflutet von den Medien mit "Fußball-Sommermärchen", mit Kriminalserien (von Tatort bis zu den SOKO-Filmen), mit "Pilcher-Filmen", Traumschiff-Serien, Kochsendungen, "Bares für Rares" u.v.m.

Die wenigen politischen "Gesprächsrunden" in den Öffentlich-Rechtlichen Medien werden nach den Habermas-Kriterien von "Diskurs und Konsens" strukturiert und manipuliert - mit einem vorher inhaltlich längst auf die große Transformation eingeschworenen Moderator, dessen einziges Ziel die Hinführung zum längst vorher feststehenden "Konsensus" ist. Hierfür bemühen manche sogar einen "TV-Sender-eigenen Fakten-Check", der genauso manipulativ durchgeführt wird wie die ausgestrahlte Sendung. Hinzu kommen die Regeln der political correctness ...

So soll in der Bevölkerung ein kollektives neues Bewußtsein geschaffen werden, in dem niemand mehr wagt, den ideologischen Zielen der "großen Transformation" zu widersprechen.

Davon zeugte schon Anfang des neuen Jahrtausends die unerträglich antidemokratische Intoleranz gegenüber Andersdenkenden wie Eva Hermann, Thilo Sarrazin und viele seitdem in den Medien unerwünschte und an den Pranger gestellte "personae non gratae". ...

KOLLEKTIVISMUS statt Individualismus/Personalismus

Unterordnung der Bürger und Einfügen in KOLLEKTIVE Gruppen, in denen der Einzelne sich dem Kollektiv unterzuordnen hat und alle individuellen Strömungen des Denkens und Handelns zu unterdrücken sind.

Beispiel: Einschränkungen der individuellen Mobilität zugunsten kollektiv nutzbarer Fortbewegungsmittel u.v.m.

- Zensur aller Kommunikationssysteme - Internet/TV/Presse/E-Mail/Telefon -

- Gesundheit und generell Versorgung bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit -

- Durch weitere Sparprogramme sollen diese Systeme offensichtlich völlig unfähig gemacht werden, Gesundheit zu fördern, Krankheiten adäquat zu bekämpfen

- und die Lebenserwartung der Bevölkerung soll wohl drastisch reduziert werden auf deutlich unter 100 Jahre Lebenszeit. ...

- Geburtenkontrollen: Neueste Entwicklung

Internet-Werbung von Ärzten, die Abtreibungen vornehmen, soll demnächst straffrei ermöglicht werden. ...

Die Geburtenkontrolle, die seit Anfang der Siebziger Jahre mit Pille, Kondom, Abtreibung usw. breit publiziert wurde, hat mittlerweile zu Riesenproblemen und Beitragslücken im Rentensystem geführt durch die jetzt nachrückenden geburtenschwachen Jahrgänge usw.

- Euthanasie behinderter Kinder (Peter Singer) - Der "Grünen-Ethiker" und "Vater der Veganer-Bewegung" Peter Singer propagiert die straffreie Tötung behinderter Kinder bis zum Erreichen des ersten Geburtstags.

- Freigabe von Drogen - Rauchen von Haschisch soll überall erlaubt werden.

Aber: jetzt gibt es dank der rot-grünen Politik in den EU-Gremien ein vielerorts existierendes Zigaretten-(rauch)Verbot.

- MIGRATION auch, damit die vom Paneuropa-Union-Gründer Coudenhove-Kalergi geforderte eurasisch-negroide Rasse (die Formulierung stammt von Coudenhove-Kalergi) weltweit die Vorherrschaft unter allen Bevölkerungsgruppen übernimmt - einschließlich vieler mit Demokratie und Christentum inkompatibler Religionen wie dem Islam mit seinen menschenverachtenden totalitären Scharia-Gesetzen.

Das alles soll letztlich dem Ziel dienen, die Nationalstaaten so rasch wie möglich zu zerstören. ... und die Migrationspolitik erleichtert die Schaffung einer aus wenigen Diktatoren bestehenden rot-grün-ideologisierten Weltregierung.

Hieran besonders interessiert sind mächtige, weltweit agierende Banken und Märkte, Freimaurerlogen, der Club of Rome, die bereits rot-grün-sozialistisch unterwanderten, weltweit operierenden Organisationen wie die UNO, die WHO, die Weltbank, die UNESCO und UNICEF, der WWF - u.v.m.

Trinkwasserkontrolle IN EINER HAND

Eine der wichtigsten Forderungen des 2014 verstorbenen ehem. Präsidenten aller Welt-Regierungs-Konferenzen nach 1990, Maurice Strong, der bereits laut darüber nachdachte, die weltweite Trinkwasserkontrolle in die Hände von Konzernen zu geben, die weltweit operieren - wie z.B. "Nestlé" und in die Hände der UNO. ...

Strafen und Sanktionen gegen die Opposition

Verstöße gegen die neue ideologisch rot-grün-sozialistisch gefärbte "Weltordnung" der "Großen Transformation" werden wohl in Kürze mit drastischen Strafen belegt. ...

Abschaffung des Bargelds

Bargeldlose Zuteilungs- und Verteilungs-Gesellschaft von oben nach unten - das garantiert "Transparenz" und bessere Steuerbarkeit bei allem, was der "gläserne" Bürger mit seinem erzielten Einkommen privat alles so kauft. ...

Zerstörung der Familie

Anfeindung bestimmter Religionen wie Judentum und Christentum, die die westeuropäische Kultur über Jahrhunderte prägten .

Dafür jetzt: Förderung des Islam mit seiner Scharia als Gegenpol gegen Christen- und Judentum. Aber hier ergeben sich über kurz oder lang Konflikte mit Genderismus und Feminismus.

UNO-Menschen-Rechtserklärung

Aufhebung aller Elternrechte - Das Erziehungsrecht und das Bildungsmonopol liegen ab sofort allein in Händen des "Staates" bzw. der "Weltregierung". ...

Vernichtung der deutschen Auto-Industrie zur Schwächung der Wirtschaftskraft Deutschlands - und letztlich Abschaffung und Verhinderung individuell frei planbarer Mobilität und Aberkennung des Rechts auf freie, staatlich nicht kontrollierte Mobilität

- Schädigung und Bekämpfung jedweder existierender kapitalistischer Wirtschaft - vorrangig Zerstörung unserer sozialen Marktwirtschaft!

- Vernichtung und Entmachtung privat geleiteter Schlüssel-Industrien und Kampf gegen kapitalstarke Unternehmen sowie Abschaffung des Mittelstands!

- Kontrolle jeder Energiebereitstellung und Verwendung durch die Regierungsmacht.

- Unsinnige Windkraft-Mühlen, die ganze Gattungen von Tieren vernichten durch den von den Windmühlen erzeugten Infraschall, der über zwanzig Kilometer alle Infraschall-gesteuerten Kommunikationssysteme der Tiere zerstört, was zu einem hohen Prozentsatz mit

schuld sein soll am Aussterben der Bienen in Deutschland, deren durch Infraschall erzeugter Schwänzeltanz durch Windmühlenschall restlos zerstört wird, so daß sie nicht mehr zu ihrem Bienenstock zurückfinden und tausende von Bienenvölkern sterben.

- Daß diese Windmühlen tausende von seltenen Greifvögeln (z.B. Milane) "schreddern" und daß sie verhindern, daß Brieftauben in den heimischen Taubenschlag zurückfinden, ist mittlerweile allseits bekannt.

- Zugvögel kommen von ihrer Flugbahn ab, und zahllose Bürger erleiden massive gesundheitliche und psychische Schäden durch diese Infraschall-Dauerbelastung.

Alles das wird von den neomarxistischen "Klima-Ideologen" geleugnet, weil "nicht sein kann, was nicht sein darf". Wissenschaftliche Wahrheit ist nur das, was der Ideologie dient an der Macht zu bleiben.

Ziel der "großen Transformation":

* Die Macht- in den Händen weniger rot-grüner Klima-Ideologen

* Die Vernichtung aller wahrhaft demokratischen Regierungssysteme weltweit - jeder einzelne Mensch muß in eine absolute Abhängigkeit hineingeführt werden von der (Welt-)Regierung - beginnend bei der Europäischen Union ...

Der Staat entpuppt sich als angeblich um jeden Bürger besorgte "Über-Mutter". ...

Am Ende der Fahnenstange steht dann die Behauptung: "Ihr benötigt kein Einkommen, kein Vermögen mehr für eure existentielle Sicherheit. Wir geben euch - in unserem neomarxistischen Verteilungsstaat - alles das, was Ihr zum Leben benötigt. Dabei bestimmen WIR, was jeder Einzelne wirklich benötigt!"

Aufhebung und Vernichtung jeder individuellen Freiheit und jeder Kreativität der einzelnen Personen.

Das ist das Ziel derjenigen, die diese neue Ideologie von der "großen Transformation" über Jahre hinweg seit Anfang der Neunziger Jahre entwickelt haben, allen voran H. J. Schellnhuber.

Hierbei wird völlig vergessen oder verschwiegen, daß die größte Ressource auf diesem Planeten die "Ressource Mensch" ist - der Mensch, zu kreativem Handeln befähigt, intelligenzbegabt, mit unendlich vielen wertvollen Ideen und Gedankengängen. Diese Masse an Menschen garantiert ein wesentlich besseres, intelligenteres Handeln als eine Handvoll arroganter Politiker, die glauben, im Denken allen anderen Bürgern weit überlegen zu sein.

Stoppt den Verbots-Staat! Stoppt die grüne und die rote VERBOTSPARTEI!

Wir sind nicht eure "dummen Kinder", und ihr habt kein Recht, euch als autoritäre Oberlehrer aufzuspielen. ...

Gebt uns Parteien und Institutionen, die uns erlauben, in größtmöglicher Freiheit zu leben - nach unseren Vorstellungen. Und gebt uns endlich diese Freiheit wieder zurück, die Ihr uns geraubt habt!

Angela Merkel, damals Umweltministerin im Kabinett Kohl, machte bereits 1994 diesen Schellnhuber zu ihrem politischen Chef-Berater und erteilte ihm seitdem die Aufträge und Freiheiten zur Erstellung unzähliger besthonorierter Gutachten und Polit-Papiere. ...

Hätten nur mehr Menschen in den zwanziger und dreißiger Jahren die Schriften der Nazis gelesen - von Hitlers "Mein Kampf" bis hin zu Alfred Rosenbergs "Mythus des zwanzigsten Jahrhunderts" (in diesem Buch beschrieb Rosenberg die nationalsozialistische "große Transformation"), dann wäre uns so manches erspart geblieben, wenn wir rechtzeitig gegen diese wissenschaftlich unhaltbaren Lügen von der "Arischen Rasse" oder der "Blut-und-Boden-Politik" entschieden gekämpft hätten.

Niemand soll mir erzählen, daß Angela Merkel in diesen neomarxistischen ideologischen Strudel unwissend hinein geraten sei aufgrund ihres "naiven Denkens".

Nein! Diese Frau ist nicht dumm, nicht naiv, sondern sie ist hochintelligent und wurde bisher

katastrophal unterschätzt, nur ist sie leider keine die deutsche Demokratie verteidigende Patriotin, die täglich ihren Amtseid durch Demokratie-fördernde Taten für Deutschland unter Beweis stellt.

Ganz im Gegenteil! Sie wird als die Kanzlerin in die Geschichte eingehen, die Deutschland massiv geschadet hat.

Wir alle wissen, daß sie in Honeckers "BDM", sprich FDJ, eine Führungsrolle innehatte - wir kennen das Kürzel "IM Erika" - und wir alle wissen, daß sie entgegen dem Flüchtlingsstrom "raus aus der DDR" mit ihren Eltern von der freien Bundesrepublik in die stalinistisch geprägte Ulbricht-DDR übersiedelte.

Auch hier empfehle ich das Studium der Biographie dieser Dame, die wesentlich an der Demokratie-feindlichen Entwicklung hin zum Neomarxismus in Deutschland eine Mitschuld hat. Innerhalb der CDU und in weiten Teilen der SPD sowie bei fast allen Grünen haben sich viele dieser Polit-Funktionäre - von Röttgen über Altmaier bis Kramp-Karrenbauer - Schellnhubers freiheitsfeindlichen Ideen angeschlossen.

Um unsere Demokratie restlos zu vernichten und durch das diktatorische Konzept von der neomarxistisch-grünen "großen Transformation" zu ersetzen, verwenden die Feinde der Demokratie von Schellnhuber bis zu Edenhofer strategisch-antidemokratische Mittel in dialektischer Salami-Taktik - Schritt für Schritt - und weichen kurzfristig und vorübergehend auch mal wieder einige Zentimeter von ihren End-Zielen ab, wenn sie merken, daß die Bevölkerung auf dem Marsch in die Unfreiheit nicht weiter mitmachen will.

So schlug Merkel vor, keine Fahrverbote für Diesel in unseren Städten zuzulassen, wenn der von der DUH - Deutsche Umwelthilfe unwissenschaftlich und rein politisch festgelegte Grenzwert von 40 µg Feinstaub pro Kubikmeter Luft nicht ganz erreicht werden sollte und statt dessen knapp unter 50 µg pro Kubikmeter Luft liegt.

Das führte zu einer kurzfristigen Beruhigung der erhitzten Gemüter, wird aber nicht lange vorhalten; denn Merkels minimales Entgegenkommen in Richtung der frei denkenden Bürger wird nicht von langer Dauer sein.

Aber niemand - schon gar nicht Merkel - stellt die Legitimität und das politische Mandat der DUH in Frage oder tritt den Schellnhuber-Ideologien energisch entgegen!

Auffallend sind im Verhalten des PIK und des IPCC (Internationaler Klimarat) sowie der "Schellnhuber-Gefolgschaft" im WBGU besonders folgende Angriffspunkte gegen den freiheitlich-demokratischen Rechts-Staat und gegen die Soziale Marktwirtschaft, die uns durch stetes Wirtschaftswachstum vor allem Wohlstand und Vollbeschäftigung garantierte:

Die permanente Verletzung des Subsidiaritätsprinzips mit dem Ziel der Abschaffung aller subsidiär existierenden Handlungs- und Entscheidungsstrukturen ergibt relativ rasch das Bild einer autoritär-indoktrinären Zentrierung der Macht in Richtung Berlin und Brüssel!

Kurze Anmerkung zum Subsidiaritätsprinzip:

Subsidiaritätsprinzip bedeutet - in einfachen Worten ausgedrückt -, daß die jeweils höhere gesellschaftliche Ebene in einem Gemeinwesen nicht in die Freiheitsrechte der Personen, Verbände und Vereinigungen dirigierend eingreifen darf, so lange diese Untergruppierungen ihre Aufgaben selbst erledigen oder ihren gesellschaftlichen Verpflichtungen selbst nachkommen können.

Und wem passen diese föderal-subsiidiären Strukturen der politischen Ebenen und Zuständigkeiten in unserem Land so absolut nicht in den "Kram"? - Den grün-roten Neomarxisten. ...

All diese hier im Essay aufgeführten Punkte sind die ENDZIELE dieser neuen IDEOLOGIE, die Schellnhuber und Co. "die große Transformation" nennen und die sie diktatorisch der "Welt im Wandel" als neue Werte-Welt vorschreiben! ...

Die "direkte Bürgerbeteiligung" der Zivilgesellschaft wurde im Lissabonner Vertrag verankert. Aber nur wenige wissen, daß diese "Bürgerbeteiligung" über mittlerweile 5.000 NGOs

stattfindet (1988 gab es ca. 24 NGOs), die fast alle von Multimillionären und deren "Stiftungen" finanziert werden und selbstverständlich inhaltlich durch die Ideologie von der "großen Transformation" - vom Genderismus bis zur Migrations- und Klimapolitik - gleichgeschaltet wurden - nicht zuletzt auf den von der UNO veranstalteten "Welt-Konferenzen".

Aber auch unsere Steuergelder gehen in Milliardenhöhe an die grün-roten Linksideologen der "großen Transformation" und ihre NGOs.

So zahlte die Bundesregierung bisher jedes Jahr mindestens 500 Millionen Euro allein an Schellnhubers Vereinigung (WBGU-PIK) und führt das seit 2018 mit Zahlungen an den neuen PIK-Vorsitzenden Edenhofer weiter. ...

Zum Thema der "Bürgerbeteiligung der Zivilgesellschaft" durch NGOs ist mittlerweile so gut wie alles veröffentlicht worden. Die "großen, zentralen" Foundations, die Milliardenbeträge an die von ihnen initiierten und inhaltlich gleichgeschalteten NGOs jedes Jahr zahlen, sind ebenfalls mittlerweile enttarnt worden und allseits bekannt.

Zu den zentralen Stiftungen zählen George Soros' "Open Society Foundation" sowie Oxfam, die europäische Stabilitätsinitiative ESI und zahlreiche sogenannte "think tanks", Kaderschmieden, auch "Denkfabriken" genannt, die das vorrangige Ziel verfolgen, möglichst im Geheimen eine politisch gleichgeschaltete, rot-grün handelnde politische "Elite" heranzuzüchten und neue Aktivisten zu rekrutieren ...

Fehlendes Wirtschaftswachstum

Um das fehlende Wirtschaftswachstum früherer Jahre, das im antikapitalistischen Programm des Club of Rome sowie der "großen Transformation" nicht mehr erwünscht ist, auszugleichen und um die gravierenden volkswirtschaftlichen Unterschiede der einzelnen EU-Mitgliedsländer abzuschwächen, waren riesige Summen an Geldern erforderlich, die mit politisch-wirtschaftlichen Tricks bis heute bereitgestellt wurden - einmal durch die "Null-Zins-Politik" der EZB, dann aber auch durch das Programm Target 2.

TARGET 2 steht für die zweite Generation des Trans-Europe and Automated Real-time Gross settlement Express Transfer System und ist das System der Zentralbanken des Euro-Systems für die schnelle Abwicklung von Zahlungen in Echtzeit.

Diese trickreiche Wirtschaftspolitik und die EZB-Politik sowie die Billionen-Verschuldung der EU-Länder werden uns über kurz oder lang fast unüberwindbare Probleme bescheren, wenn wir nicht sehr schnell zu unserer früher so erfolgreichen deutschen Wirtschaftspolitik zurückkehren und uns nicht mehr auf die unmöglichen Mauseheien und Vorschläge von Macron einlassen (Stichwort: Hedgefonds!) - so geschehen beim "Arbeitstreffen" Macron - Merkel am 28. Juni 2018.

Und noch eine kurze Bemerkung zur Interpretation von Nachrichten und Kommentaren in den öffentlich-rechtlichen Medien z.B. bei ZDF und ARD:

Es gibt keine "Lügenpresse", wenn ich das nicht will. Alles hängt lediglich davon ab, wie ich Nachrichten und Kommentare interpretiere.

Für uns heißt das: Der am meisten niedergemachte Politiker - neben Orban - ist der US-Präsident Trump. Also ist er einer der besten Politiker, die uns helfen können, den Alptraum von der großen Transformation los zu werden.

Oder nehmen wir folgendes Beispiel - der Bericht von einer Messerstecherei am Bahnhof XY: Nachrichtentext:

"Ein Täter mit deutschem Paß stach auf eine Frau mit Migrationshintergrund ein. Das Opfer verstarb noch am Tatort. Ein Terroranschlag konnte ausgeschlossen werden..."

Bei dieser Nachricht können Sie fast sicher davon ausgehen, daß der "Deutsche" namens Mohammed A. nur unverständlich gebrochenes Deutsch spricht, weil er die ersten zwanzig Jahre seines Lebens in Afghanistan (oder Syrien) heranwuchs, bevor er vor drei Jahren in Deutschland eingebürgert wurde. Er erstach seine ebenfalls muslimische Freundin, weil er glaubte, sie

sei fremdgegangen. ...

Nur die völlig Minderbemittelten unter uns sehen "im Kopfkino" einen Deutschen, der seine aus dem Senegal stammende Freundin aus Habgier tötete.

Wenn Sie zuverlässig die Wahrheit über solche absichtlich lückenhaft von unseren Medien berichteten Taten wissen wollen, gehen Sie ins Internet und suchen in Schweizer oder in österreichischen Medien nach dem Vorgang. Dort berichtet man oft noch wahrheitsgetreu und ohne Geheimnistuerei auch über kriminelle Taten verschiedener Ausländer, die (meist) illegal nach Deutschland kamen.

Und noch etwas: An der Fernbedienung des Fernseherers gibt's auch eine "Aus-Taste", die Sie frei und ungezwungen betätigen können, wenn rot-grün-ideologisierte TV-Moderatoren fordern, die Feinstaub-Grenzwerte noch strikter zu fassen als bisher.

Zeitungen sind auf Leser angewiesen, um ihre Presse-Erzeugnisse gewinnbringend verkaufen zu können. Denken Sie daran: Zeitungen muß man nicht kaufen, wenn man nicht will. TV-Sender sind angewiesen auf "Einschaltquoten" - wenn Ihnen mißliebige Moderatoren von Polit-Talkshows aufgrund ihrer politisch extremen Einstellung nicht behagen: Fernseher ausschalten oder auf andere Programme umschalten!

Wichtig ist zuerst einmal, daß Sie alle Ihre Bekannten und Verwandten aufklären über die Pläne der politisch Verantwortlichen, unsere Demokratie einem autoritär-diktatorischen System zu opfern, um die "große Transformation", die neomarxistisch-grün-rote Revolution in unserem Land durchzusetzen. Ich behaupte einmal, daß nur eine verschwindend kleine Minderheit bei diesen Fragen einigermaßen durchblickt. Das müssen und können wir ändern - solange wir noch die Freiheit dazu haben. Darauf warten können wir uns nicht erlauben!

Über mich, Peter Helmes

Warum noch "conservo"?

conservo will gezielt christlich-abendländische Werte vertreten und dem Zeitgeist entgegenwirken. "Moderne" aller Couleur haben wir genug. ...

conservo ist aber auch liberal, weil meiner Meinung nach jeder nach seiner Façon selig werden soll. Meine Grenze endet da, wo die Grenze eines anderen überschritten werden könnte. Meine Wertebasis ist die christlich-abendländische Tradition, der ich mich verpflichtet fühle. Die Einsicht in eine Letztverantwortlichkeit vor Gott und Jesu Liebesgebot bietet eine Basis für eine "menschliche" Gesellschaft.

Wenn wir die christlich-abendländische Grundorientierung verlieren, verlieren wir auch die Kraft zum Selbsterhalt. Ich trete ein für ein geeintes, föderales Deutschland, das seinen Regionen, Traditionen und Kulturen einen besonderen Stellenwert einräumt.

Und ich stehe für ein einiges Europa, das in der westlichen Wertegemeinschaft seine Heimat hat und die jeweilige nationale Identität wahrt und stärkt - ein "Europa der Vaterländer".

... <<

09.03.2019

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 9. März 2019 (x1.000/...): >>>Schreiendes Blut - 100 Millionen Marxismus-Opfer

Um der ständig zunehmenden Hetze, Gewaltexzesse und somit Alleingeltungsansprüche von Linksextremen gegen "Rechts" willen, muß wieder einmal an die Wurzeln des gewalttätigen Kommunismus, sprich Marxismus, erinnert werden - was Kla.TV mit dieser Kurzdokumentation getan hat. Der Wertezerfall unserer Gesellschaft ist allgegenwärtig. Anstand, Disziplin, Tradition, Treue und Familie gelten kaum mehr als erstrebenswert. Doch dies ist keine zufällige Entwicklung, weil der Wertezerfall seine Grundlagen in der "Kritischen Theorie" der Frankfurter Schule hat und seit der 68er-Revolution konsequent umgesetzt wird.

Die seit Mitte der 60er-Jahre in Politik, Medien und Bildung verbreiteten Dogmen knüpfen an die Denkmuster des längst tot geglaubten Marxismus an. Doch der Marxismus war nur

scheintot. Hier die Erklärung:

Der Marxismus verlor in den 20er-Jahren aufgrund der verheerenden Zustände in der Sowjetunion an Attraktivität. Durch die geschehenen Blutbäder war die Bevölkerung westlicher Staaten für die Ideologie des Kommunismus nicht mehr zu gewinnen. So kamen im Jahre 1923 eine Gruppe Soziologen, Philosophen und Psychologen zusammen, um dem Marxismus eine neue Strategie, bzw. Richtung zu geben. Ihr führender Kopf war der Sozialphilosoph Max Horkheimer.

Man gründete das Institut für Sozialforschung (IfS) in Frankfurt, wo man die "Kritische Theorie" entwickelte. Später nannten sich die Mitglieder des IfS Frankfurter Schule. Die Schlagworte der Frankfurter Schule prägen bis heute stark das Weltbild junger Menschen. Die wichtigsten Vertreter der Frankfurter Schule waren: Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse, Erich Fromm, Jürgen Habermas.

Mit der "Kritischen Theorie" versteckte die Frankfurter Schule ihr marxistisches Gedankengut hinter einer vermeintlich wissenschaftlichen Theorie, die altbewährte Institutionen wie Familie, freie Marktwirtschaft und Christentum angreift. Die Kritische Theorie fordert eine Befreiung der Gesellschaft von diesen angeblich unterdrückerischen Institutionen.

Die Kritische Theorie ist unwissenschaftlich, ideologisch motiviert und nicht vom Interesse an Wahrheit und Objektivität geleitet. Die Kritische Theorie greift vor allem die Familie als kleinste und stabilste Zelle einer gesunden Gesellschaft an. Hinter der "Befreiung" von sexuellen Tabus, autoritärer Erziehung und alten Rollenbildern verbirgt sich der marxistische Kampf gegen die Familie.

Ziel und Ideologie dieses Neo-Marxismus ist die Zerstörung der bürgerlichen Wertegesellschaft, um daraus den "neuen Menschen" zu erschaffen, ganz nach der Ursprungsidee der kommunistischen Weltrevolution. Doch betrachten wir auf nachfolgender Liste einmal, auf welchem Fundament der Marxismus samt seinem sogenannten Sozialismus oder Kommunismus erwachsen ist.

Zusammengezählt kommt man auf nicht weniger als 100 Millionen Ermordete, die auf das Konto von Karl Marx, Lenin, Stalin, Trotzki und deren Nachfolger gehen. Sie sind auch die Urväter eines Großteils gegenwärtig steigender Kriminalität, sinkender Geburtenraten, Niveauverlust in Medien, Bildung und Gesellschaft, des Drogenhandels, der Abtreibungspropaganda und vielerlei mehr. Sowohl gewaltbereite Linksextreme in aller Welt, als auch der mittlerweile mit Steuergeldern finanzierte, noch gewalttätigere schwarze Block beweisen, daß der Marxismus bis dato in keiner Weise gedenkt, von seiner Gewalttätigkeit abzulassen.

Der gesamte Wertezerrfall auf allen Ebenen kann nachweislich auf deren ideologischen Ursprung zurückgeführt werden. Die Nachkommen dieser blutbeschmierten Ideologen haben sich erneut an die Schalthebel aller Universitäten, Schulen und auch Massenmedien und Regierungen gesetzt. Man findet sie ganz vorne in der kulturellen Szene mit ihrem Zerfall, bis hinein in die Justiz, in NGOs, in sogenannten humanen Einrichtungen aller Gattung und in Konzernen aller Art.

Dabei wurde die Blutschuld dieser gewalttätigen Ideologie mit ihren Massenmorden noch nie wirklich juristisch gerächt. Wie in aller Welt war so etwas überhaupt möglich? Hier nun die Liste von Opferzahlen marxistischer Massenmorde: Nachfolgende Zahlen der durch Kommunisten getöteten Menschen bezeichnete der Verfasser der Liste als "grobe Annäherungen, basierend auf inoffiziellen Quellen". Es sind also Schätzwerte, die unter Umständen noch höher liegen können:

1. Sowjetunion: 20 Millionen.
2. China: 65 Millionen.
3. Vietnam: 1 Million.
4. Nordkorea: 2 Millionen.

5. Kambodscha: 2 Millionen.
6. Osteuropa: 1 Million.
7. Lateinamerika: 150.000.
8. Afrika: 1,7 Millionen.
9. Afghanistan: 1,5 Millionen.
10. um die 10.000 Tote durch internationale kommunistische Aktivisten ohne Regierungsmacht.
11. DDR: 1.065 Grenz- und Mauertote Massenverbrechen der Marxisten in der Sowjetunion: Exekutionen von zehntausenden Geiseln und Gefangenen ohne Gerichtsverfahren.
12. 1918 bis 1922: Ermordung von Hunderttausenden rebellischer Arbeiter und Bauern.
13. 1922: eine mutwillige Hungersnot mit 5 Millionen Toten.
14. 1920: Ausrottung und Deportation der Kosaken.
15. 1918 bis 1930: Ermordung von Zehntausenden in Konzentrationslagern.
16. 1937-38: Liquidierung von fast 690.000 Menschen im Großen Terror.
17. 1930 bis 1932: Deportation von 2 Millionen Kulaken.
18. 1932 bis 1933: im Holodomor (künstlich und systematisch verlängerte Hungersnot) kamen nach unterschiedlichen Berechnungen zwischen 3,5 und 7 Millionen Menschen um, ein Drittel davon Kinder (einzelne Quellen geben bis zu 14,5 Millionen Menschen an inkl. Erschießungen, Deportationen und fiktiven Geburtenausfällen).
19. 1939 bis 1941 und erneut von 1944 bis 1945: die Deportation von hunderttausenden Polen, Ukrainern, Balten, Moldawiern und Bewohnern Bessarabiens.
20. 1941: Deportation der Wolgadeutschen.
21. 1943: die vollständige Deportation der Krimtataren.
22. 1944: vollständige Deportation der Tschetschenen.
23. 1944: vollständige Deportation der Inguschen. ...
24. ab 1950: langsame Zerstörung der Tibeter durch die chinesischen Kommunisten.
25. 1975 bis 1978: Deportation und Ausrottung der Stadtbevölkerung in Kambodscha.

Es wird Zeit, aufzuwachen und dem nihilistischen Treiben humanitär getarnter Neomarxisten abzusagen: Schluß mit der Zerstörung von Familien, Schluß mit der Zerstörung von Nationalitäten und nationalen Grenzen, Schluß mit der Gender-Ideologie samt aller Frühsexualisierung und Pornographie-Flut; Schluß auch mit einer ständig sich ausweitenden Drogenlegalisierung und dem ganzen Feminismus; Schluß mit der dauernden Propaganda von Transsexualität und vielerlei mehr.

Wo immer der Abbau von altbewährten Praktiken und Ordnungen propagiert wird, wo immer man uns gegen unbeugsame Naturgesetze verführen will, da gilt es, von einer verbrecherischen Ideologie zu reden und diese um des Volkswohles willen zu verbieten. Das Volkswohl muß wieder über jeder zerstörerischen Ideologie stehen.<<

13.03.2019

BRD: Die Online Zeitung "Epoch Times Deutschland" berichtet am 13. März 2019: >>>Buchtitel "Ein Leben frei von Kindern" sorgt nach wie vor für Schlagzeilen

Muttersein, Kind oder Karriere? Da wird das Private schnell politisch. Eine Lehrerin aus Regensburg hat mit ihrem Buch eine neue Debatte ausgelöst: Sie will auf gar keinen Fall ein Kind - der Umwelt und sich selbst zuliebe. Nun gibt es erste Antworten auf ihr Statement.

Verena Brunschweiler ist Lehrerin, 38 Jahre alt und will keine Kinder. Damit macht sie im Moment Schlagzeilen, weil sie ein Buch darüber geschrieben hat. "Kinderfreie Frauen müssen von ihrem schlechten Ruf befreit werden", fordert sie.

Das Hauptargument ihres "Manifestes", wie sie das Buch untertitelt hat: Kinder sind schlecht für die Umwelt, die CO2-Bilanz. Ihr Fazit darum: Je weniger Kinder, desto besser. Ein ziemlich misanthropischer Ansatz.

"Herzlos-Lehrerin" nennt die "Bild-Zeitung" die Autorin. Unter ihrem eigenen Hashtag #Brunschweiger wird sie angefeindet.

Birgit Kelle, Autorin des Buches "Muttertief" und vierfache Mutter, antwortet in einem Gastbeitrag für focus.de auf die "Gebärstreik-Verena" und schreibt, steile Thesen seien immer gut, wenn man ein Buch verkaufen wolle.

Wenn man dann noch im Vorbeilaufen ein paar Millionen Eltern beleidigen kann und das ganze mit einer satten Portion moralischer Überhöhung untermauert, ist es fertig, das Buch für neurotische Frauen diesseits der Menopause."

Eine Nachricht des EU-Statistikamtes Eurostat dürfte Brunschweiger jedoch freuen: Die Gesamtzahl der Babys in der Europäischen Union sank von 5,148 Millionen im Jahr 2016 auf 5.075 Millionen im Jahr darauf. Das bedeutet im Schnitt 1,59 Geburten pro Frau. Deutschland lag sogar noch knapp unter dem EU-Durchschnitt.

Für Brunschweiger, die sich selbst Radikal-Feministin nennt, ist ihr kinderfreier Ansatz ein "bewußter, feministischer Akt". Sie nennt Kinder ein reaktionäres "Projekt" und Mütter, die nur noch den Nachwuchs sehen, "Mombies" - Mama-Zombies.

Literatur-Trend

Mit dem Thema ist Brunschweiger Teil eines kleinen Literatur-Trends. Gerade ist auch das Buch "Mutterschaft" der kanadischen Schriftstellerin Sheila Heti auf deutsch erschienen, das - wenn auch in anderer Form - ebenfalls die selbstgewählte Kinderlosigkeit zum Thema hat.

Die Debatte darum erinnert ein wenig an den Aufschrei, der vor einigen Jahren vor allem durch die Online-Mütterforen dieser Welt ging. Damals räumten einige Frauen nach dem Erscheinen des Buches der israelischen Soziologin Orna Donath "Regretting Motherhood" erstmals öffentlich ein, daß sie es zumindest zeitweise bedauern, Mutter geworden zu sein. Das galt vielen als Tabubruch.

Mütter müssen alles schaffen

Kaum ein Thema wird so heftig diskutiert wie das Muttersein. Kind oder Karriere? Da wird das Private schnell politisch.

Frauen und vor allem Mütter seien in Deutschland ständig konfrontiert mit gewissen Erwartungshaltungen, sagt die Marburger Psychoanalytikerin Helga Krüger-Kirn, die zu Mutterschaft und Geschlechterverhältnissen forscht und unter anderem das Buch "Mutterschaft zwischen Konstruktion und Erfahrung" auf den Markt gebracht hat.

"Gesellschaftlich ist eine Mutter anerkannt, wenn sie alles schafft, Beruf und Muttertätigkeiten optimal vereinbart und vor allem, wenn sie 'gelungene' - sprich erfolgreiche und leistungsfähige Kinder hat", sagt Krüger-Kirn.

Und so tritt auch die selbsterklärte Feministin Brunschweiger ihrer Ansicht nach mit der These, Frauen, die Kinder auf die Welt bringen, schaden der Umwelt, in eine altbekannte Falle: "Das ist so typisch: Mütter sind an allem schuld." (dpa)<<

Japan: Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtet am 13. März 2019 (x1.082/...): >>>Der ausgeblieben Weltuntergang - was ist eigentlich in Fukushima los?

Kernenergie trotz Tschernobyl und Fukushima?

Fast 100 Kernkraftwerke auf der ganzen Welt hatte ich schon gesehen. Ich war auch in Japan - allerdings war Fukushima noch nicht dabei. Meine Organisation hatte sich als zahnloser Tiger entpuppt und auf der ganzen Linie versagt. Ich wäre am liebsten vor Scham in den Boden versunken. Noch am gleichen Abend meldete ich mich freiwillig, um in Fukushima den Kollegen zu helfen. Ich war nicht der Einzige - hunderte Ingenieure der Nuklearindustrie taten das.

Die Erdachse wurde verschoben

Am 11. März 2011 um 14:46 Uhr Ortszeit traf Japan ein schweres Erdbeben. Die Pazifische Platte schob sich ruckartig fünf Meter auf die Nordamerikanische Platte. Die Erdkruste riß auf

einer Länge von 400 Km bis in eine Tiefe von 60 km auf. Das Tohoku-Erdbeben vor der Küste von Fukushima wurde mit 9,1 auf der Richterskala bewertet. Die freigesetzte Energie des Bebens war äquivalent der Energie von 780 Millionen Hiroshima-Bomben.

Das Erdbeben war so schwer, daß sich die Erdachse um 16 cm verschob - seither dreht sich die Erde etwas schneller, die Tageslänge verkürzte sich um 1,8 Mikrosekunden. 400.000 Gebäude stürzten ein. Alle Kernkraftwerke Japans schalteten sich bei dem Beben automatisch ab und gingen in den Notkühlbetrieb über. Das Stromnetz in großen Landesteilen wurde erheblich beschädigt.

Als Folge des Bebens verwüstete ein gigantischer Tsunami die Küstenregion von Fukushima. 22.000 Opfer waren zu beklagen. Das Kernkraftwerk Fukushima mit seinen sechs Reaktorblöcken wurde von einer Wasserwelle von 14 Metern Höhe getroffen und vier tiefer gelegenen Reaktorblöcke wurden überschwemmt und völlig verwüstet. Mit dem kleinen Finger ihrer linken Hand drückte die Flutwelle die eisernen Maschinenhaustore der Reaktorblöcke auf und verwandelte die Turbinen-Gebäude in U-Boote, in denen das Wasser fünf Meter hoch stand. Dort befanden sich aber auch die Notstromdiesel, deren Funktion für diese Anlagen jetzt überlebenswichtig war.

Die umfangreichen Sicherheitseinrichtungen des Kraftwerkes mußten ohne Notstromversorgung versagen und die Reaktorkerne überhitzten sich bis zur Teilschmelze. Das nennt der Fachmann GAU - Größter Anzunehmender Unfall. Durch eine Hitze-Reaktion des Zirkoniums der Brennelemente mit dem Wasserdampf entstanden große Mengen an Wasserstoff, der in Verbindung mit Luftsauerstoff als Knallgas gerne explodiert.

Japans Sicherheitskultur versagte

Zweifelsfrei hatte hier die Unfallvorsorge des Energieversorgers TEPCO (Tokyo Electric Power Company) versagt. Die Welt verstand Japan stets als ein Hochtechnologie-Land und lernte nun: "Hochtechnologieland" bedeutet nicht unbedingt "Hochsicherheitsland". Es war Japans Sicherheitskultur, die versagt hatte.

Die Bilder der Wasserstoffexplosionen in Fukushima wurden weltweit als explodierende Reaktoren wahrgenommen. Als wäre eine solche Katastrophe nicht genug, wurde der GAU in Fukushima mittels dieser Bilder von den deutschen Medien im Einklang mit der Politik regelrecht orchestriert und in einen Super-GAU erhöht. Einen Supergau gibt es sprachlich gar nicht, da GAU schon "Größter Anzunehmender Unfall" heißt.

Eine ungeheuerliche Medienkampagne brach in Deutschland los und spülte ganz nebenbei in Baden-Württemberg einen grünen Ministerpräsidenten an die Macht. Der ARD-Korrespondent Robert Hetkämper relatierte damals darüber, daß in Fukushima Obdachlose und Jugendliche in einem Kamikaze-Einsatz verheizt würden.

Eine heute amtierende Bundestagspräsidentin widmete kurzerhand die Tsunamiopfer zu Strahlenopfern um. Nichts davon stimmte. Es gab keine Strahlenopfer in Fukushima. Die sieben Todesopfer im Werk fielen dem Erdbeben - ein Kranführer stürzte von seinem Kran ab - oder dem Tsunami zum Opfer - sie ertranken in den Fluten.

Die Angst der deutschen Politik vor dem Zeitgeist

Was ist aus den Weltuntergangs-Szenarien geworden, die von den Medien angeheizt, Panik über den Erdball verbreiteten? Nichts, rein gar nichts - außer, daß der Tsunami in Fukushima in Deutschland mehr Kernreaktoren zerstört hat, als im fernen Japan. Ließ doch die deutsche Kanzlerin auf der Tsunamiwelle reitend für ein paar Wählerstimmen einen ganzen Industriezweig gesetzwidrig enteignen, indem die gültigen Betriebsgenehmigungen deutscher Kernkraftwerke eingezogen wurden. Acht Blöcke wurden sofort abgeschaltet, die restlichen werden bis 2022 außer Betrieb genommen - aus Angst vor einem Tsunami in der deutschen Tiefebene?

Nein, aus Angst vor dem Zeitgeist. Genützt hat es der CDU nichts. Die Wahl in Baden-

Württemberg hat sie damals trotzdem nicht gewonnen. Und den deutschen Steuerzahler hat die Kanzlerinnenpanik viele Milliarden gekostet, Milliarden, die anderswo dringend gebraucht wurden. Deutschland hat sich durch den Abschied von der Kernenergie meilenweit vom Erreichen seiner selbstgesetzten Klimaziele entfernt. Lernen aus Fehlern?

Das muß in Deutschland nicht sein. Jetzt wird - genau mit der gleichen Panikmache - ein weiterer Ast abgesägt, auf dem der deutsche Wohlstand sitzt. Die Gretaisierung der deutschen Politik schreitet auch heute noch unaufhaltsam und majestätisch wie eine Tsunamiwelle voran. Und genau so verheerend wie ein Tsunami wird auch die Wirkung sein. Aber ach - das sagend fühle ich mich wie Cassandra- die der Legende nach begabt war, die Zukunft vorherzusagen und dazu verdammt war, daß ihr niemand Glauben schenkte.

Was wurde aus der Zone der Evakuierung?

Unmittelbar nach dem GAU wurde eine 20 km-Zone um das havarierte Kraftwerk von der japanischen Regierung evakuiert. Ob dies notwendig und besser für die Betroffenen war, darüber läßt sich unter Strahlenschutzgesichtspunkten trefflich streiten. Ich glaube, es war eher kontraproduktiv. In den letzten Jahren wurde die Evakuierungszone aufwendig dekontaminiert, ein Vorgang, den man sich in Deutschland nicht vorstellen mag. 15,2 Millionen Kubikmeter "kontaminiertes Erdreich" wurden in der Präfektur Fukushima abgetragen und in 150.000 speziellen Lagerstätten verstaut.

Die Strahlenbelastung in Fukushima Stadt ging von 2,74 Mikrosievert nach dem Unfall auf heute normale Werte von 0,14 Mikrosievert zurück. Ich bin kein Strahlenschutzexperte. Deshalb ein paar etwas laienhafte Erklärungen dazu. (Zum einfacheren Vergleichen gebe ich die Werte in Mikrosievert pro Stunde ($\mu\text{Sv/h}$) und gerundete Zahlen an. In einigen gesperrten Teilen der Evakuierungszone sind die Werte deutlich höher).

Die Luftstrahlung an der Meßstation Odaka - 15 km vom Kernkraftwerk Fukushima Daiichi entfernt und typisch für die wieder zum Heimkehren freigegebenen Bereiche - beträgt 0,14 $\mu\text{Sv/h}$. Das liegt leicht über dem normalen Strahlungsniveau von z.B. New York, ist aber etwas niedriger als in Rom und deutlich niedriger, als in einigen Gebirgsregionen Deutschlands. Eine der höchsten natürlichen Strahlenbelastungen weltweit findet sich im iranischen Ramsar mit Spitzenwerten der effektiven Dosis von 14 $\mu\text{Sv/h}$.

Zum weiteren Verständnis: 5-10 μSv werden für einmaliges Zahnröntgen appliziert und mehr als 50 μSv für einen einfachen Flug von Tokio nach New York. Noch ein Beispiel: 12.000 Computertomographien werden in Deutschland pro Jahr durchgeführt. Bei einer Ganzkörper-CT werden zwischen 1.000 μSv und 10.000 μSv verabreicht.

Mehr als die Hälfte der Evakuierungszone von 371 Quadratkilometer wurde inzwischen wieder für die Bevölkerung zum Wiederbezug freigegeben. Insgesamt kehrten etwa 50.000 Einwohner (2,6 % der Bevölkerung der Präfektur) nicht in ihre angestammte Heimat zurück. Selbst in die Dörfer nahe des Kraftwerkes Fukushima kehrt das Leben langsam zurück. Es wird aber noch Jahre dauern, bis die Narben des Unglücks verheilt sind. Zum Beispiel sind in Odaka Town, etwa 15 km vom Kraftwerk entfernt, erst ein Drittel (2.832 von einst 8.313) der Einwohner zurückgekehrt. Oder in Nami-Town - das erst 2017 freigegeben wurde - sind von den einst 20.000 Einwohnern erst 500 zurück.

Viele der hastig Evakuierten haben in den letzten sieben Jahren eine neue Heimat gefunden und wollen gar nicht zurückkehren. Einige haben auch Angst vor Strahlung und bleiben lieber woanders. Es kommen aber auch Menschen von anderswo nach Fukushima, um sich mit den Unterstützungsprogrammen der Regierung hier eine Existenz aufzubauen. Die "Todeszone" ist längst wieder zum Leben erwacht.

Das Soma Nomaori Samurai-Festival zog jedenfalls im Jahr 2018 über 40.000 Besucher nach Fukushima an. Und landwirtschaftliche Produkte, wie die berühmten Fukushima Pfirsiche, sind wieder gefragt. Doch das ist hierzulande keine Nachrichten wert, da schüttelt sich der

deutsche Haltungsjournalist vor Abscheu.

Wie sieht es heute auf dem Kraftwerksgelände aus?

Eines Vorab: Das Kraftwerk Fukushima ist heute eine Touristen-Attraktion. Tausende Nuklearexperten besuchen jährlich das Gelände. Welcher Nuklearexperte möchte sich nicht adeln, indem er sagt: "Ich war in Fukushima". Es bestehen lange Wartelisten für den Fukushima-Entgruselungsbesuch. Aber es gibt auch genügend normale "23.000 Yen-Sensations-touristen", die das Kraftwerksgelände wenigstens von Weitem sehen wollen. Ich kann mir schönere Orte für meinen Japanbesuch vorstellen.

Die Aufräumarbeiten haben von den hiesigen Medien völlig ignoriert gute Fortschritte gemacht. TEPCO veröffentlicht in regelmäßigen Abständen ein Vorher-Nachher-Video mit der gegenwärtigen Situation auf dem Gelände des havarierten Kraftwerkes - sehenswerte acht Minuten.

Mehr als 6.000 Menschen arbeiten an dem Rückbau des havarierten Kraftwerks und vollbringen Leistungen, die den hiesigen Medien höchstens negativ erwähnenswert sind. Was die linken Journalisten am meisten ärgern dürfte und nicht ins Weltbild paßt: auf dem riesigen Gelände des havarierten Kraftwerks verkehrt ein fahrerloses vollelektrisches Bussystem. Gäbe es das woanders, wären die Jubelmeldungen endlos. Aber - das Kraftwerksgelände ist dekontaminiert und neue Sozialgebäude sowie eine komplett neue Infrastruktur für den Rückbau wurden errichtet.

Im Block 1 wird das zerstörte Gebäude repariert und der Kernbrennstoff aus den Abklingbecken entfernt. Auch das Gebäude des Blockes 2 wurde abgedichtet und die Entfernung des Brennstoffes aus den Becken wird vorbereitet. Am Block 3 wurde ein neues Dach installiert und der Abtransport des Brennstoffes aus den Becken wird vorbereitet. Block 4 ist vollkommen brennstofffrei. In den Reaktoren eins bis drei untersuchen Roboter den Zustand der teilweise geschmolzenen Reaktorkerne, um auch hier den Brennstoff zu entfernen. Dies wird aber noch ein paar Jahre dauern.

Um das Grundwasser am Eindringen und Ausfließen zu hindern, wurde um das gesamte Kraftwerk eine 1.500 Meter lange und 30 Meter tiefe Eis-Mauer in den Boden gefroren. Sie funktioniert wie ein Kühlschranks. Durch tausende von in die Erde getriebene Rohre fließt Kühlflüssigkeit, die das Erdreich wie eine Mauer gefrieren läßt - eine technische Meisterleistung, von der Sie, lieber Leser wohl kaum je etwas gehört haben. ... Daher gilt hier ironisch der erste Haferburgsche Medien-Lehrsatz: "Die deutschen Medien informieren mich umfassend und wahrheitsgemäß - außer auf dem Gebiet, von dem ich etwas verstehe".

Nach dem Unfall mußten die Aufräumarbeiter anfangs unter Vollschutzkleidung und Atemmasken arbeiten. Heute, dank Dekontamination, können sich die Arbeiter auf 96 % des gesamten Geländes in normaler Kleidung ohne Masken bewegen. Mehrere neue Wasseraufbereitungsfabriken dekontaminieren das in den Tanklagern aufgefangene radioaktive Wasser. Dieses Wasser wird noch in großen neuen Tanklagern zwischengelagert, in denen die provisorischen Tanks durch neue, geschweißte Tanks ersetzt wurden. Die Küstenmauer des Kraftwerkes wurde komplett neu wasserdicht erbaut. Große Lager für niedrigradioaktiven Bauschutt wurden eingerichtet.

Japan wird Vorreiter

Wer sehen will, was am 11. März 2011 wirklich in den Reaktoren von Fukushima passierte, sehe sich dieses Video an. Roboter dringen in das Innerste der kaputten Reaktoren ein und zeigen die teilweise geschmolzenen Reaktor-Bauteile. So schlimm der Gau auch war - Japan erarbeitet sich gerade eine echte Vorreiterrolle im Bauen von Robotern, die schier Unmögliches vollbringen. Und man sieht den Ingenieuren den Stolz auf ihre Geräte an, auch wenn man kein Japanisch kann.

Bis 2011 erzeugte Japan ein Drittel seines Stroms aus Kernenergie. Da Japan kaum über eige-

ne Energieressourcen verfügt, belastet der Import von Energieträgern die Japanische Industrie sehr hoch und gefährdet ihre Wettbewerbsfähigkeit. Anders als in Deutschland neigen die Japaner nicht zur Klima- und Atomhysterie.

Deshalb wurde ein Atomausstieg nach Fukushima nicht in Betracht gezogen. Im Gegenteil, die Japaner lernen aus ihren Fehlern. Japan rüstet seine 37 Reaktoren sicherheitstechnisch nach und nimmt sie sukzessive wieder in Betrieb. Die ersten zwei Einheiten wurden bereits 2015 wieder angefahren. Sieben weitere Reaktoren laufen heute wieder. 17 weitere Reaktoren befinden sich gegenwärtig im Prozesse der Wiedererteilung der Betriebsgenehmigung.

Ich habe mir die neuen Sicherheitsmaßnahmen vor Ort in Kashiwazaki Kariwa persönlich angesehen, sie sind durchaus beeindruckend. Gigantische Flutwälle, zusätzliche flutsichere Notstromaggregate, unabhängige Notkühlaggregate, erdbebensichere Notfallgebäude, Vorräte für autarke Langzeitversorgung der Mannschaft, strukturunabhängige Notfallkommunikationsmittel. ...

Getan wird, was menschenmöglich ist, um ein zweites Fukushima zu verhindern. Getan wird alles, damit die Kernkraftwerke wieder angefahren werden können. Weil sie, so seltsam das klingt, von der Regierung für eine sichere Energieversorgung als notwendig erachtet und von der Bevölkerung akzeptiert werden.

Die deutsche Energiewende scheitert am Atomausstieg

Trotz der gigantischen Geldausgaben von über 500 Milliarden Euro wird Deutschland seine selbstgesteckten Ziele der CO2 Einsparung für das Jahr 2020 völlig verfehlen. Die Energiewende ist gescheitert. Die Hauptursache für dieses Totalversagen ist der überstürzte Atomausstieg. Kernkraftwerke sind nun mal die einzige CO2-freie wetterunabhängige Grundlastquelle. Gerichtet werden soll es jetzt mit einem genauso überstürzten Kohleausstieg.

"Aussteigen ohne Einzusteigen" ist das Motto, oder "Mehr vom Selben". Wahnsinn ist, wenn man versucht, mit mehr von denselben Mitteln, die vorher schon nichts brachten, ein besseres Ergebnis zu erzielen.

Um das eigene Komplettversagen in der Energiepolitik zu vernebeln, verweist die Politik jetzt auf Zeiträume weit außerhalb ihrer Legislaturperioden-Kompetenz. So werden halt andere Politiker für das Nichterreichen der nächsten Ziele und die damit verbundene Geldverschwendung verantwortlich sein. Beim Pro-Kopf Ausstoß von CO2 rangiert Deutschland derzeit mit ca. 9 Tonnen pro Jahr auf Platz 24. Die Sieger der "Dekarbonisierung" auf Platz 1 bis 5 heißen Kongo, Niger, Äthiopien, Südsudan und Eritrea mit je weniger als 0,5 Tonnen CO2 pro Kopf und Jahr.

Liebe deutsche Landsleute, sollten Gretas und der Grünen Forderungen nach "der Änderung von Allem" umgesetzt werden, dann wißt Ihr jetzt, wo es hingehet. Und vielleicht meinte ja Angela Merkel genau das, als sie davon sprach, daß die deutsche Politik "Fluchtursachen beseitigen" muß. Nämlich dann, wenn Deutschland es schaffen würde, einen CO2-Ausstoß von kleiner als einer Tonne pro Kopf zu erreichen. Dann bestünden absolut keine Fluchtursachen nach Deutschland mehr. Die Politik ist auf einem guten Weg dazu.

Manfred Haferburg ist Autor des Romans "Wohn-Haft". Der Roman beschreibt auf spannende Weise den aussichtslosen Kampf eines Einzelnen gegen ein übermächtiges System. Ein Kampf, der in den Schreckensgefängnissen des sozialistischen Lagers endet. Ein Kampf, in dem am Ende die Liebe siegt. ...<<

26.03.2019

BRD: Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtet am 26. März 2019 (x952/...):
>>**Der Parteien-Staat**

Gewaltenteilung existiert in Deutschland nur auf dem Papier

Tatsächlich wird alles von einer kleinen Elite kontrolliert

von *Jochen Mitschka*

Wer entscheidet über die Vergabe von Richterämtern? Die Parteien. Wer entscheidet darüber, wer Gesetze beschließen darf? Die Parteien. Und bei wem liegt die exekutive Gewalt einschließlich Beamtenapparat, Polizei und Militär? Raten Sie!

Hinzu kommt: Die oft als "vierte Gewalt" verklärte Presse ist alles andere als unabhängig. Die Parteien mischen über Rundfunkräte und ähnliche Gremien und mittels verschiedener Formen der Einflußnahme mit. Gewaltenteilung? Hieran stimmt nur, daß Gewalt weiterhin eine zentrale Ausdruckform der Machtkartelle darstellt. Von gegenseitiger Kontrolle kann jedoch keine Rede sein, und wer sich diesbezüglich auf die Medien verläßt, ist verlassen.

Immer wieder wird behauptet, daß Deutschland das Prinzip der Gewaltenteilung sozusagen "im Blut" hätte, und ganz ernst nehmen würde. Im Grundgesetz gibt es eine Reihe von Regelungen, die ausdrücklich eine horizontale und vertikale Gewaltenteilung vorsehen. Hinsichtlich der Justiz sagt Artikel 97 (1) GG: "Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen."

Was allerdings nach Ansicht von Richter Udo Hochschild nicht der Fall ist. Bei seinen Argumentationen, die er auf seiner Seite *gewaltenteilung.de* darlegt, macht Hochschild jedoch einen Fehler. Denn wenn er feststellt, daß es statt drei Säulen der Gewaltenteilung nur zwei gäbe, übersieht er eine gewichtige Tatsache.

Eigentlich gibt es nur eine einzige Säule der staatlichen Gewalt in Deutschland. Rechnet man die Medien nun noch als Gewalt im Staat hinzu - als sogenannte "vierte Gewalt", ergäbe das wieder eine zweite Säule - wenn sich denn die Interessen derjenigen, welche die Macht über den Großteil der Medien haben, von jenen Interessen unterscheiden, welche die Parteien bei Ausübung der Staatsmacht verfolgen.

Die Justiz

Beginnen wir mit dem offensichtlichen Fall der Justiz, die der Exekutive untergeordnet ist, und damit keinerlei echte Eigenständigkeit aufweist. Die Seite *gewaltenteilung.de* verrät, daß der Europarat die Bundesrepublik aufgefordert hatte, ein System der Selbstverwaltung der Justiz einzuführen und die Möglichkeit zu ächten, daß der Justizminister der Staatsanwaltschaft Weisungen erteilen kann.

Deutschland ignoriert diese Aufforderung des Europarats nach wie vor.

Daß Richterämter nach Parteizugehörigkeit oder -Neigung ernannt werden, wird niemanden verwundern, der mit offenen Augen durch die Welt geht. Die Politik, in Form eines Konsenses der staatstragenden Parteien, bestimmt über die Karriere von Richtern. Man könnte auch sagen: Die Richterämter werden in Hinterzimmern ausgeklüngelt.

Noch deutlicher wird es, wenn Politiker nach Aufgabe ihres Mandats zum Verfassungsrichter gekürt werden, und dann über die Gültigkeit eben jener Gesetze zu entscheiden haben, die sie oder ihre Parteifreunde selbst verabschiedet haben.

So schreibt die Wochenzeitung "Die Zeit" zur Ernennung des CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Harbarth zum neuen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes:

"Still, fast geräuschlos ist in Berlin ein neuer Richter für das Bundesverfassungsgericht ausgesucht worden, ein Richter, der zudem in zwei Jahren wohl auch Präsident des wichtigsten Gerichts der Republik werden wird. ... Auf Vorschlag der CDU soll in der kommenden Woche der Jurist Stephan Harbarth vom Bundestag zum Verfassungsrichter gewählt werden, zwei Jahre später wird er voraussichtlich Nachfolger des derzeitigen Gerichtspräsidenten Andreas Voßkuhle: erster Mann der dritten Gewalt.

... Roman Herzog etwa war Innenminister von Baden-Württemberg, ehe er Präsident des Verfassungsgerichts wurde (anschließend kehrte er zurück in die Sphäre des Politischen, als er Bundespräsident wurde). Jutta Limbach, die bislang einzige Präsidentin des Verfassungsgerichts, war zuvor SPD-Justizsenatorin in Berlin gewesen. Derzeit sitzen bereits zwei ehemalige Politiker im Verfassungsgericht, Peter Müller, ehemals Ministerpräsident des Saarlandes,

und Peter M. Huber, vor der Berufung an das Gericht Innenminister in Thüringen" (Artikel: ZEIT ONLINE).

Das Grundgesetz schreibt vor, daß die Verfassungsrichter je zur Hälfte von Bundestag und Bundesrat gewählt werden. Also keineswegs vom Volk - den Wählern -, sondern von den Parteien, die selbst wiederum die Regierung durch Koalitionen bestimmen. Mit anderen Worten: Die möglichen Angeklagten suchen sich ihre Richter selbst aus. Wenn eine Studie der Universität Mannheim enthüllt, daß sich höchste Richter "bei ihren Entscheidungen manchmal auch von ihrer Parteinähe leiten" lassen, sollte das daher niemanden überraschen (LTO-Artikel).

Auch ohne auf die umfangreiche Begründung der Seite *gewaltenteilung.de* einzugehen, erkennt man, daß die Justiz eben nicht unabhängig von der Exekutive - oder genauer gesagt: nicht unabhängig von den Parteien - ist, die in der Regel die Regierung bilden, beziehungsweise die sich dabei abwechseln, die Regierung zu bilden.

Und so wird verständlich, warum sich noch kein einziges Regierungsmitglied vor einem Gericht hat verantworten müssen. Weder Altkanzler Kohl bei seiner Verweigerung, Parteispender zu benennen, noch Altkanzler Schröder, der selbst zugab, beim Angriffskrieg gegen Jugoslawien das Völkerrecht gebrochen zu haben.

Kommen wir zur nächsten Säule der Gewaltenteilung.

Die Exekutive

In vielen Ländern wird der Regierungschef direkt vom Volk gewählt. Er stellt die Regierung auf und bestimmt die Richtlinien der Politik. In Deutschland ist dies nicht der Fall. In Deutschland gibt der Wähler seine Stimme einer Partei, die zuvor wiederum einen Kanzlerkandidaten bestimmt hat. Ob und was dann irgendwann mal die Regierung tut, hängt vom "Koalitionsvertrag" ab, der nichts mehr mit den Wahlprogrammen zu tun hat.

Mit anderen Worten: Die Exekutive wird nicht vom Wähler, sondern von Koalitionsverhandlungen bestimmt, die wiederum von Parteien geführt werden. Es gibt keine direkte Einflußnahme des Wählers auf die Regierungspolitik oder auf den Regierungschef. Alles wird durch die Parteien im deutschen Bundestag bestimmt. Mit anderen Worten: Diejenigen, die eigentlich die Regierung kontrollieren sollen, ernennen sie.

Und wenn ein Wähler unzufrieden mit der Situation ist, wird erklärt, er müsse wählen, um "das geringere Übel" zu wählen, oder, um "Schlimmeres zu verhindern". Tatsächlich geht es aber darum, eine ausreichende Wahlbeteiligung zu erreichen, damit die durch die Parteien geformte Regierung legitimiert wird.

Nun zur dritten, der vielleicht wichtigsten Säule der Gewaltenteilung.

Die Legislative

Die angeblich "gesetzgebende Macht" in Deutschland ist der deutsche Bundestag. Nun sehen wir einmal davon ab, daß ein großer Teil der Gesetze inzwischen von Lobbyverbänden vorgeschrieben oder von Beraterfirmen überarbeitet wird. Tatsache ist, daß die Regierung Gesetze einbringt, und diese dann im Parlament, also im Bundestag, besprochen und angenommen oder abgelehnt werden. Theoretisch hat also der Bundestag (bei zustimmungspflichtigen Gesetzen auch der Bundesrat) eine kontrollierende Funktion.

Aber wer ist denn "der Bundestag"? Im Bundestag sind die sogenannten "staatstragenden" Parteien vertreten. Zwischen diesen besteht ein grundsätzlicher Konsens, und wer diesen Konsens nicht teilt, der wird nicht als mögliche Regierungspartei akzeptiert. Welche Veränderungen dann in einer Partei stattfinden, kann man an der Vergangenheit der Grünen studieren, und bei der Partei "Die Linke" an der derzeitigen innerparteilichen Diskussion.

Mit anderen Worten: Die Parteien bestimmen im Bundestag, ob ein Gesetz angenommen oder abgelehnt wird. Dabei spielt der sogenannte, eigentlich rechtlich gar nicht zulässige, "Fraktionszwang" eine große Rolle - sollte der Abgeordnete nicht schon von sich aus, unter Rücksicht auf Ruf und Karriere, angepaßt genug sein.

Also diejenigen, die die Regierung ernannt haben, bestimmen darüber, ob ein Gesetz, das ihre Regierung vorgelegt hat, angenommen wird oder nicht. Um es anders zu erklären: Eine Holding beschließt, eine Firma zu gründen und mit einem Vorstand zu versehen, und setzt dann eigene Leute im Aufsichtsrat zur Kontrolle ein, damit der Vorstand nicht gegen die vorgegebene Politik verstößt. Kleinaktionäre werden als Beobachter gerne zugelassen.

Die Holding gründet außerdem eine Reihe von Zulieferfirmen (Bundesrat) und geht mit diesen ebenso vor. Die Vorstände der Zulieferfirmen und des Hauptkonzerns gemeinsam bestimmen dann unter den aufmerksamen Augen der Aufsichtsräte die Zusammensetzung der Justiz und können innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches auch direkt in Gerichtsverfahren eingreifen.

Hochschild schreibt in seinem Fazit:

"Die im Art. 20 Grundgesetz vorgesehene organisatorische Dreiteilung der Staatsgewalt ist bis heute nicht erfolgt, die deutsche Gewaltenteilung erschöpft sich im Wesentlichen in einem Verfassungsgebot. Ob und in welchem Maße dieses Verfassungsgebot befolgt wird, hängt von dem guten Willen und der Rechtstreue der im Dienst der Öffentlichkeit handelnden Personen ab.

Der seit dem 19. Jahrhundert unveränderte deutsche Staatsaufbau verhindert nicht die Bündelung von Macht in wenigen Händen: Eine politische Partei oder Parteienkoalition stellt die Mehrheit im Parlament sowie die Regierung und beherrscht beide Organe; der Justizapparat untersteht der Regierung. Damit werden Sinn und Zweck des Gewaltenteilungsprinzips verfehlt - der Rechtsstaat in Deutschland hat eine offene Flanke."

Kommen wir zur inoffiziellen, zur "vierten Gewalt im Staat".

Die Medien

Zunächst verfügen die Parteien über ihre "politischen Stiftungen" wohl bald über mehr als 1 Milliarde Euro an Steuergeldern, was zu einem beträchtlichen Teil in mediale Wirkung umgewandelt wird.

"Laut der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) wächst die Zahl der NGOs ständig weiter. Dabei widerspricht die Bundesregierung sich selbst auf ihrer eigenen Website. Denn sie schreibt dort einerseits: 'Auch wenn NGOs keiner politischen Partei zuzuordnen sind und sie für sich in Anspruch nehmen, allgemeine Gesellschaftsinteressen zu vertreten ...'

Somit wären NGOs grundsätzlich apolitisch. Andererseits erklärt die Bundesregierung parteinahe politische Stiftungen zu NGOs, um dann zusätzlich zur Parteinähe, die sich aus Personal, Programm und Mittelzuwendungen ergibt, einzuräumen, daß die Finanzierung deutscher NGO-Projekte im Ausland oft durch die Bundesregierung erfolgt.

Die Stiftungen treten in ihrer Entwicklungsarbeit als deutsche 'Nichtregierungsorganisationen' (NGOs) auf. Die außen- und entwicklungspolitische Arbeit der Stiftungen wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), vom Auswärtigen Amt (AA) und zu kleineren Teilen von anderen Ressorts finanziert" (JM-Blog).

Interessenvertretungen der Parteien, also Parteistiftungen, finanziert durch Steuergelder, werden also als "Nichtregierungsorganisationen" bezeichnet und medial auch so behandelt.

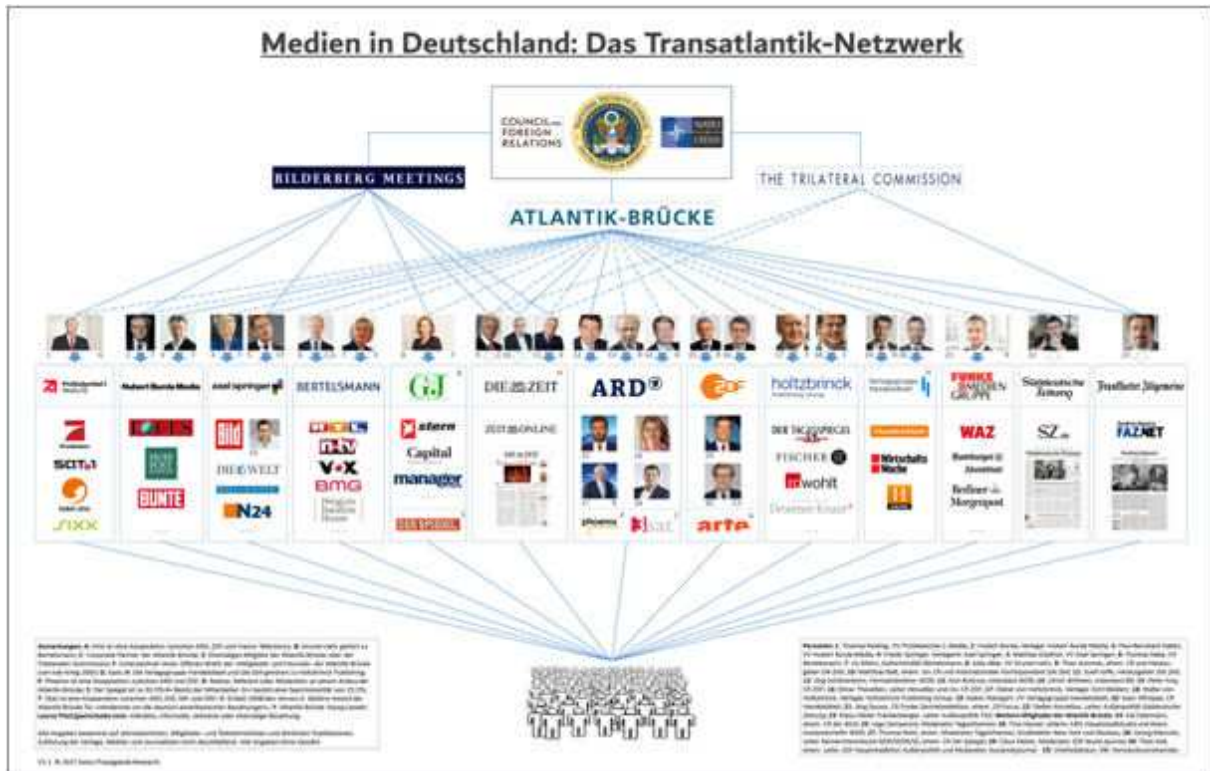
Dann gibt es noch den sogenannten "Öffentlich-rechtlichen Rundfunk".

"Das Modell eines Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks hat versagt. Auch darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Nicht nur die privaten Medien beklagen unfairen Wettbewerb, auch das Verfassungsgericht befand die Einflußnahme der Parteien, im Sinne des Grundgesetzes, als zu groß. Und wer die schwache Rolle von Gewaltenteilung kennt, kann sich vorstellen, was ein solches Urteil wirklich bedeutet. Die Konsumenten ihrerseits sehen die GEZ-Gebühren als Zwang an, ohne daß sie dadurch einen Einfluß darauf erhalten, was ihnen vorgesetzt wird".

Die Öffentlich-rechtlichen Medien werden durch die Parteien und dem zwischen ihnen vereinbarten Konsens und die Koalitionsvereinbarung beherrscht. Wer die derzeitige Berichter-

stattung zu Venezuela beobachtet, wird dem kaum widersprechen können.

Medien in Deutschland: Deutsche Medien und Journalisten sind aus historischen Gründen besonders eng in transatlantische Netzwerke eingebunden. Die Infografik gibt einen Überblick über die wichtigsten Akteure und Verbindungen. Grafik: © SWISS PROPAGANDA RESEARCH.

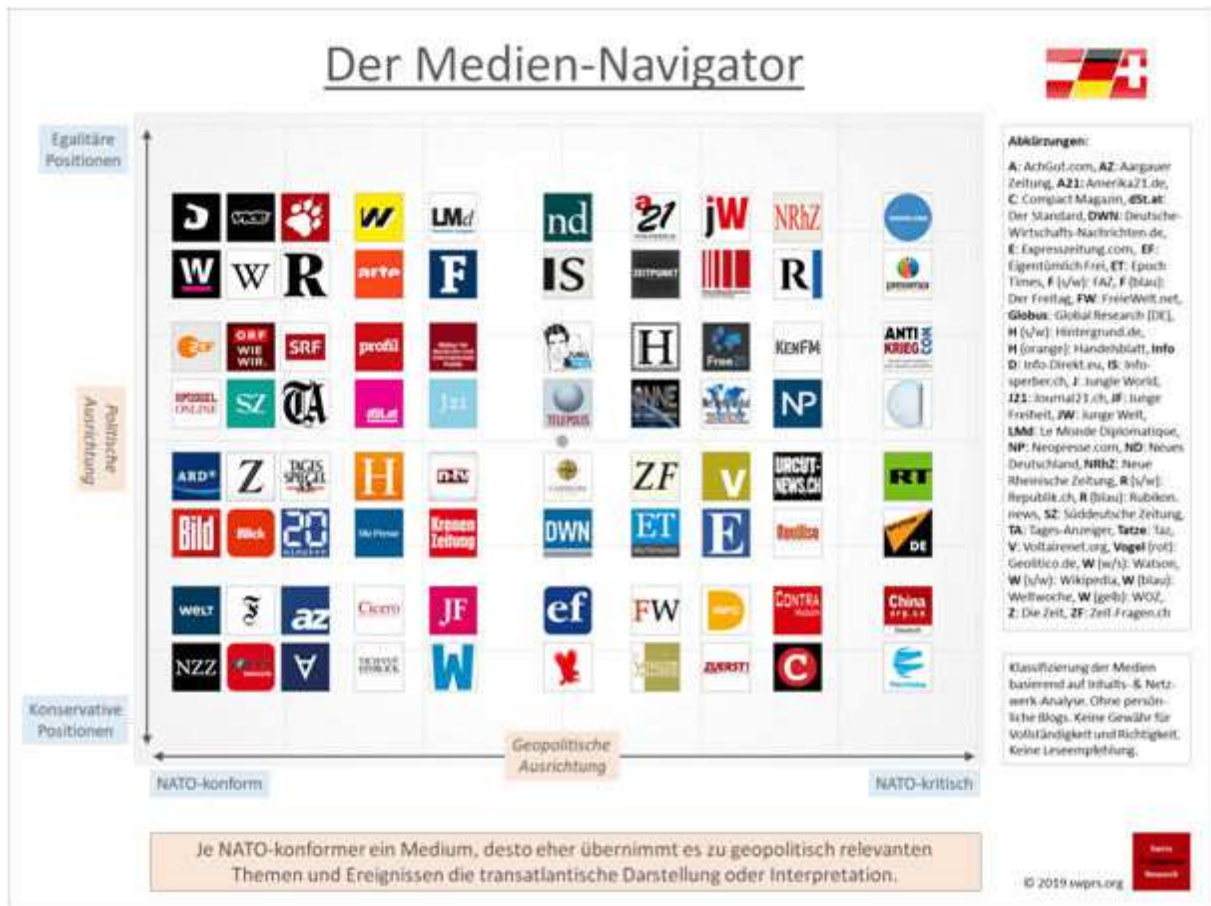


Sowohl Stiftungen als auch die Öffentlich-rechtlichen Medien stehen also, wie die Legislative, die Exekutive und die Justiz, unter der Kontrolle der Parteien. Bleibt die Gruppe der privaten Medien.

"Medien gelten in Deutschland als 'Tendenzbetriebe'. Dies schränkt die Rechte der Mitarbeiter ein und stärkt die Rechte des Eigentümers. Mit anderen Worten, der Eigentümer bestimmt, was geschrieben, gesendet wird. Je weniger unabhängige Medienunternehmen es gibt, desto einseitiger wird natürlich die Berichterstattung. Denn je größer die Unternehmen werden, desto enger sind sie in die Welt der Konzerne und des Finanzwesens eingebunden".

Wie uns die klassische Satire-Sendung "Die Anstalt" in mehreren Beiträgen nahe gebracht hat, existiert keine echte Pluralität der Meinung mehr in den Medien. Vielmehr sind es große Konzerne, welche die Weltbilder, die für sie wichtig sind, durch ihre Medien verbreiten. Fünf Verlage kontrollieren mehr als die Hälfte der Medien. Und alle sind sich einig in den grundsätzlichen politischen Fragen, wie zum Beispiel der Notwendigkeit zu mehr Rüstung, dem gesellschaftlichen Nutzen der "unsichtbaren Hand des Marktes" oder unserer "gemeinsamen Werte" mit den USA.

Der Medien-Navigator 2018: Wie sind deutschsprachige Medien politisch und geopolitisch positioniert? Für den Medien-Navigator 2019 wurden insgesamt 80 verschiedene Publikationen untersucht. (Aktualisiert: Januar 2019). **Grafik:** © SWISS PROPAGANDA RESEARCH.



Diese "vierte Macht im Staat" könnte also nun tatsächlich eine gewisse Kontrollfunktion wahrnehmen, wenn sich denn die politischen Neigungen unterscheiden würden. Sehen wir den letzten Satz im vorherigen Absatz und beobachten wird die Entscheidungen der Regierung:

Zu Rüstung: Ausgaben verdoppeln auf einen Betrag, der den der Atommacht Rußland übersteigt. Zur unsichtbaren Hand des Marktes: die deutsche Lohnpolitik muß "marktgerecht" sein. Und wer die bedingungslose Vasallentreue hinsichtlich der Befolgung von US-Politik im Fall Venezuelas beobachtet, wird auch hierin die "gemeinsamen Werte" erkennen.

Mit anderen Worten: Die vierte Gewalt im Staat, die Medien, sind in der Regel mit den Parteien auf einer Linie, weshalb keine Kontrolle erfolgt.

Fazit

Womit nachgewiesen wäre, daß es keinerlei praktisch wirksame Gewaltenteilung oder -Gewaltkontrolle in Deutschland gibt. Denn die großen Parteien bestimmen die Handlungen der Legislative, der Exekutive und der Justiz. Und über die Medien und "Nichtregierungsorganisationen" der Parteien wirken die Parteien auf die Medien, so daß allenfalls die privaten Medien zur Kontrolle in der Lage wären, sollten ihre Weltbilder sich von denen des Parteienkonsenses unterscheiden. Was aber in Deutschland nicht der Fall ist.



Die Frage steht im Raum: Warum gehen Wähler überhaupt wählen? Immer wieder wird vor Wahlen in ihnen eine neue Hoffnung erzeugt, immer wieder wird auch ein Drohszenario aufgebaut, das es zu verhindern gilt. Und so erreicht der Parteienstaat es immer wieder, ausreichend viele Wähler an die Urnen zu rufen, damit diese dem Staat ihre Legitimation erteilen.

Aber bald sind ja wieder Wahlen. Europawahlen. Dann werden wir wieder für das "Friedensprojekt" EU und gegen die bösen Nationalisten an die Urnen gerufen, während man uns vorgaukelt, die EU wäre Europa, und das EU-Parlament hätte gesetzgebende Gewalt.

Und wie immer werden wir aufgefordert werden, zuzustimmen, daß Europa drastisch für den Frieden aufrüstet, Renten und Löhne niedrig gehalten werden, damit die EU "konkurrenzfähig" bleibt, und daß wir hohe Einkommen schonen, weil das ja gut für alle ist. Wir werden zustimmen, daß Schulen, Krankenhäuser, Straßen und Universitäten an private Investoren verkauft werden, weil die das viel "wirtschaftlicher" können als der Staat.

Und wir werden zustimmen, daß Milliarden an Steuergeldern für Beratungsunternehmen von außerhalb der EU ausgegeben werden, weil europäische - oder auch deutsche - Beamte angeblich nicht in der Lage sind, die EU beziehungsweise Deutschland zu verwalten.

Jochen Mitschka, Jahrgang 1952, war unter anderem Unternehmensberater mit eigenem Unternehmen in Südostasien und einem kurzen Einsatz im Rahmen einer UNO-Maßnahme in Vietnam. Nebenbei verfaßte er unter Pseudonymen Bücher über Politik und Gesellschaft der Region. ... Seit seinem Ruhestand im Jahr 2017 schreibt er ... Bücher mit dem Schwerpunkt Außenpolitik. 2018 erschienen "Die Menschenrechtsindustrie im humanitären Angriffskrieg"; "Schattenkriege des Imperiums - Der Krieg gegen den Iran", und in der gleichen Reihe "Die Zukunft Palästinas"; die E-Books "Israel 2018" und "Finis Germania oder Deutschlands Demokratie ist verloren".<<

März 2019

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 03/2019 berichtet im März 2019:

>>**Die Ökodiktatur der Grünen**

_von Jürgen Elsässer

Kein Volk, kein Recht, kein Diesel - das ist erst der Anfang. Die nächsten Stationen dieses Zugs ins Nirgendwo sind schon vorgezeichnet: keine Industrie, kein Strom, keine Demokratie. Auf frappante Weise ähneln die aktuellen Entwicklungen einem alten Plan.

Im August 1944, als der Zusammenbruch des Dritten Reiches schon absehbar war, formulierte der US-amerikanische Finanzminister eine Agenda für die Zukunft des unterworfenen Feindstaates. "Dieses Programm ... soll Deutschland in ein Land mit vorwiegend agrarischem und ländlichem Charakter verwandeln", skizzierte Henry Morgenthau die Leitlinie seiner Überlegungen. Nur eine Volte der Weltgeschichte verhinderte, daß dieses Vorhaben umgesetzt wurde. Zwar war der US-amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt dem Plan seines Ministers durchaus zugeneigt, aber der weitsichtigere britische Premier Winston Churchill dachte bereits über die Niederlage Deutschlands hinaus.

Mit seinem Diktum "Wir haben das falsche Schwein geschlachtet" nahm er schon den nächsten Gegner ins Visier. Zum Angriff auf die Sowjetunion, bis zu diesem Zeitpunkt noch ein taktischer Verbündeter in der Anti-Hitler-Koalition, wurden die Teutonen samt ihres militärisch-industriellen Komplexes dringend gebraucht; eine Agrarkolonie taugte nicht als Frontstaat. Churchill setzte sich durch und überzeugte Roosevelts Nachfolger Harry S. Truman. Als der Kalte Krieg begann, mußte Morgenthau seinen Schreibtisch räumen.

Die drei Ds

Obwohl der vollständige Text des Morgenthau-Plans nie bekannt wurde, sind seine Eckpunkte ein offenes Geheimnis. Es ging um die berühmten drei Ds: Denazifizierung, Demilitarisierung und Deindustrialisierung. In der frühen Bundesrepublik lief die Entwicklung zunächst in die entgegengesetzte Richtung: Im Wiederaufbau von Wirtschaft und Verwaltung wurden die NSDAP-Mitglieder gebraucht, die Adenauer-Bürokratie war durchsetzt von ihnen. An Abrüstung war nicht zu denken, vielmehr wurde, mit Hilfestellung ehemaliger Wehrmacht-Generäle, die Bundeswehr installiert und in die NATO-Strukturen eingegliedert. Und statt dem neuen Staat die Industrie zu nehmen, griffen die Amerikaner ihr mit dem Marshall-Plan unter die Arme und beförderten das Wirtschaftswunder der 1950er Jahre.

Doch die Freundlichkeiten des Großen Bruders aus Übersee waren an eine bestimmte historische Konstellation gebunden: die Teilung des Globus in zwei verfeindete Blöcke. Mit dem Untergang der Sowjetunion begann der Übergang in eine multipolare Welt, aus Partnern wurden wieder Konkurrenten. Auf unheimliche Weise zeichnen sich im wiedervereinigten Deutschland Entwicklungen ab, die an den Morgenthau-Plan erinnern:

Denazifizierung: Je größer der zeitliche Abstand zu Hitler-Deutschland wird und je weniger alte Parteigenossen noch leben, um so wilder rast der Furor eines faktenbefreiten Antifaschismus. Positionen, die 60 Jahre lang in der CDU/CSU mehrheitsfähig waren, stehen mittlerweile unter Nazi-Verdacht.

Demilitarisierung: Was Morgenthau nicht schaffte, gelingt Ursula von der Leyen mit ihren Beratern von McKinsey mühelos. Die Bundeswehr ist nur noch ein Schrotthaufen, die meisten Panzer stehen in der Werkstatt, Kampfflugzeuge müssen zur Rundumsanierung am Boden bleiben, bei Manövern werden fehlende Geschützrohre durch Besenstiele ersetzt. Die Rüstungsschmiede Heckler & Koch darf das Standard-Sturmgewehr G36 nicht mehr produzieren, der einstige Großwaffenlieferant Thyssenkrupp steht vor der Zerschlagung.

Deindustrialisierung: Die "vollständige Demontage des Ruhrgebietes", einer der Kernpunkte des Morgenthau-Plans, ist seit der Wiedervereinigung zügig umgesetzt worden. Im Dezember 2018 wurde die letzte Steinkohlezeche geschlossen. Die gesamte Region ist zum Armenhaus der Republik verkommen, in ihren No-go-Areas herrschen muslimische Banden, die Infrastruktur verfällt.

Nie wieder Kohle

Doch obwohl das Ruhrgebiet abgewrackt wurde, verteidigte die deutsche Industrie bisher ihre

starke Position und trägt gleichbleibend mit über 20 Prozent zur deutschen Wirtschaftsleistung bei - in Großbritannien und den USA ist die entsprechende Quote auf unter zehn Prozent gefallen. Die neuerlichen Attacken sollen die verbliebenen Zentren der Wertschöpfung attackieren - die Automobil- und die Energieproduktion.

Die immer weiter um sich greifenden Dieselfahrverbote treffen den deutschen Exportschlager schlechthin. In dieser Technologie ist Made in Germany führend. Bezeichnenderweise begann der Abgasskandal in den USA mit Klagen gegen VW und andere deutsche Konzerne. Die Steilvorlage wurde dann hierzulande von den Grünen und ihren Vorfeldorganisationen aufgenommen. Mit der neuen EU-Schadstoffverordnung geht es ab 2021 auch den Benzinern an den Kragen. Die dann geltenden Grenzwerte richten sich gezielt gegen die PS-starken Premiumfahrzeuge aus Bayern und Baden-Württemberg - von Kleinwagen, wie sie vorwiegend in Italien und Frankreich produziert werden, können sie zur Not erfüllt werden.

Das von Bund und Ländern kürzlich beschlossene Kohle-Aus ab dem Jahr 2038 vernichtet den letzten Rest einer eigenständigen Energiebasis - und zigtausende Jobs in den Tagebauländern Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Deutschland ist dann abhängig von Sonne und Wind, deren Stromerzeugung je nach Wetter stark schwankt und die Grundlast für Großbetriebe nicht gewährleisten kann - und von Importen aus dem Ausland, die auch aus französischen Atomkraftwerken kommen.

Ein Treppenwitz der Geschichte ist, daß die grüne Attacke gegen den Diesel mit der Schädlichkeit von NOx begründet, gegen Benzin und Kohle aber mit dem CO₂-Ausstoß argumentiert wird. Tatsächlich hat sich letzterer in Deutschland seit der für den Verbraucher sehr teuren Energiewende 2011 erhöht und nicht verringert. Wollte man ernsthaft etwas dagegen tun, müßte man den Selbstzünder fördern, dessen Kohlendioxid-Bilanz günstiger ist als die der Otto-Motoren.

Die als ökologisches Allheilmittel gepriesene Elektromobilität ist in jedem Fall eine Mogelpackung: Nicht im Fahrbetrieb, wohl aber in der Batterieherstellung fallen ebenfalls Giftstoffe an. Die Gesundheit der Kinder, mit der hochmoralisch etwa die aktuellen Fahrverbote begründet werden, spielt im Falle der E-Autos keine Rolle: Beim Abbau des für sie benötigten Kobalts im Kongo schufteten minderjährige Arbeitssklaven unter hochtoxischen Bedingungen in den Minen von Konzernen und Warlords.

Fluchtpunkt 2040

Wie unser Land in einer nicht allzu fernen Zukunft aussehen könnte, hat Dirk C. Fleck in seinem Roman *GO! Die Ökodiktatur. Erst die Erde, dann der Mensch* schon 1993 prognostiziert. Aus dem Klappentext:

"Wir schreiben das Jahr 2040. Die Umweltbedingungen auf der Erde haben sich dramatisch verschlechtert. In den ehemaligen westlichen Industrieländern regieren radikale Öko-Räte. Es besteht Reise- und Bauverbot. Privatmedien gibt es nicht mehr, als Informationsquelle dient das Staatsarchiv. Vegetarische Grundnahrungsmittel, Einheitskleidung und Wohnraum stellt der Staat. Geld ist abgeschafft.

Jeder Bürger zwischen 18 und 55 ist verpflichtet, seine Arbeitskraft in den ökologischen Neuaufbau zu investieren. Eine verhaltensmanipulierte Armee sorgt für die Einhaltung der zwölf Grundgesetze. In von der Außenwelt abgeschotteten Stadtlagern werden Gesetzesbrecher und Seuchenkranke konzentriert. Gleichzeitig stellt der Staat seinen Bürgern frei, in Meditationskommunen zu leben, wo unter Anleitung spiritueller Lehrer der Versuch unternommen wird, den Menschen mit der Natur zu versöhnen."

Viele trösten sich mit dem Gedanken, daß es wohl nicht so weit kommen werde. Doch sie unterschätzen sowohl die Aggressivität wie das Potential der Grünen. Die Aussage "Es gibt kein Volk" stammt nicht von linksradikalen Eiferern wie Claudia Roth, sondern vom schicken Hoffnungsträger Robert Habeck, der gerade zum Politiker des Jahres 2018 gekürt wurde. Die

vermeintliche Öko-Partei hat in Umfragen weiter zugelegt und rangierte Anfang Februar mit bundesweit 23 Prozent satte zehn Punkte vor der AfD.

Ihr Aufstieg wird befeuert durch das strategische Kalkül der Union: Die CDU in Baden-Württemberg, jahrzehntelang ein treuer Sachwalter der Großindustrie, spürt zwar die Enttäuschung ihrer Stammwähler und würde lieber heute als morgen gegen die unsinnigen Dieselfahrverbote aufstehen. Doch sie hat im Land wie auch künftig im Bund keine andere Regierungsoption als schwarz-grün, solange das Merkel-Establishment jedes Zugehen auf die AfD verweigert und den Ausgrenzungskurs gegenüber den Blauen sogar noch verschärft.

Hinzu kommt die Umorientierung der Automobilkonzerne selbst: In den Chefetagen ist man auf den Ökokurs umgeschwenkt, weil man von den hohen Beschäftigungszahlen herunterwill. Es ist nämlich viel profitabler, Elektrolimousinen mit der Hälfte der Arbeiter, aber zum doppelten Preis zu produzieren, als weiterzumachen wie bisher. Wenn die Regierung die Umstellung auch noch mit Zuschüssen versüßt - um so besser.

Mit Marktwirtschaft hat das freilich nichts mehr zu tun: Es ist staatlicher Zwang, der nach der Energie- auch die Verkehrswende einleitet, ergänzt durch die Mobilisierung der dumm gehaltenen Jugend auf der Straße. Die Planwirtschaft, die sich so herausbildet, kann man ökosozialistisch nennen - aber sie wird weder der Umwelt noch dem Sozialen nutzen, sondern denselben Eliten wie bisher.<<

02.04.2019

BRD: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 2. April 2019 folgender Bericht über die Aufgaben der gleichgeschalteten Massenmedien (x1.014/...): >>**Der Krieg vor dem Krieg**

Kriegsrechtfertigende Ideologien, vorbreitende Propaganda, aggressive Maßnahmen unterhalb der Schwelle militärischer Gewalt - Kriegspropaganda ist nichts Neues, doch sie hat weltweit eine neue Qualität angenommen, zeigt *Ulrich Teusch* in seinem neuen Buch "*Der Krieg vor dem Krieg*". Er analysiert aktuelle und historische Propagandastrategien und beleuchtet die Interessen der Kriegsverkäufer in Politik, Wirtschaft, Militär und Medien.

In einer idealen Welt wäre Politik gleichbedeutend mit Friedenspolitik. Politiker würden alles in ihrer Macht und Kraft stehende tun, um den äußeren und inneren Frieden zu sichern. Den äußeren Frieden durch Diplomatie, Respekt vor dem Völkerrecht, Vertragstreue, Multilateralismus, Institutionenbildung, Friedenserziehung, Abrüstung und Rüstungskontrolle, vertrauensbildende Maßnahmen, Austausch von Menschen und Ideen, Entwicklungshilfe, Interessenausgleich. Den inneren Frieden durch größtmögliche Liberalität und Toleranz, Offenheit der Diskurse, demokratische Mitsprache und Mitbestimmung, rechts- und sozialstaatliche Sicherheit, Verteilungs- und Chancengerechtigkeit.

Doch wir leben nicht in einer idealen Welt. Wir sind - global betrachtet - von Friedenszuständen im Äußeren wie im Inneren weit entfernt und entfernen uns immer mehr.

Der Krieg zwischen der NATO und Rußland hat schon begonnen. Noch fliegen uns zwar keine Raketen um die Ohren, aber wir befinden uns mitten in einem Wirtschaftskrieg, einem Cyberkrieg, einem hybriden Krieg, einem Propagandakrieg - auch einem Krieg mit militärischen Provokationen oder "Nadelstichen". Dort, wo man sich unmittelbar gegenübersteht, etwa in Syrien, bedarf es eines erheblichen Koordinationsaufwands (und manchmal auch beachtlicher Nervenstärke), um den direkten Konflikt und dessen Eskalation zu vermeiden.

Die Grenzlinien zwischen Kriegs- und Friedenszuständen werden immer poröser. Folgt man einem weitgefaßten Kriegsverständnis, dann ist Krieg inzwischen zu einem Normalzustand geworden. Die westliche Führungsmacht führt seit 2001 permanent Krieg. Die politisch Verantwortlichen des Landes bezeichnen ihn als Generationenkrieg, langen Krieg, unendlichen Krieg. Krieg ist für die USA zum natürlichen Zustand geworden, zum Way of Life, zur Raison d'être. Das System braucht den Krieg, um noch funktionsfähig zu sein. Es ist einer

"Kriegssucht" (Philip Giraldi) verfallen.

Krieg geht mit Kriegspropaganda einher, permanenter Krieg mit Kriegspropaganda in Permanenz. In Kriegen kommt es für gewöhnlich zu einer Quasi-Gleichschaltung der etablierten Medien. Und so ist der permanente Krieg möglicherweise der Hauptgrund für die seit Jahren zu beobachtende mediale Formierung. Unter einem Druck dieser Art wird der ohnehin schon enge Mainstream-Korridor zum Laufstälchen. In einer solchen Konstellation kann nicht mehr über die Frage diskutiert werden, ob eine russische Bedrohung überhaupt existiert, sondern nur noch darüber, wie ihr am besten zu begegnen wäre.

Weil der äußere Frieden gefährdet ist, ist es auch der innere. Und weil der innere Frieden gefährdet ist, ist es auch der äußere. Es entsteht eine negative Wechselwirkung zwischen internationalen Spannungen, Konflikten und Kriegen auf der einen Seite und innerstaatlicher Repression, Illiberalität und Demokratie-Erosion auf der anderen.

Wenn die internationalen Spannungen wachsen, wenn tatsächlich Kriegsgefahr be- oder entsteht, dann verschärfen sich auch die innenpolitische Tonlage und Gangart. Die Guten werden von den Bösen, die Freunde von den Feinden geschieden. Die ohnehin schon niedrige Toleranzschwelle gegenüber Dissidenten sinkt weiter ab. Alternativen Kommunikationskanälen, so sie denn größere Resonanz finden, droht Ungemach.

Selbst wer eine mittlere oder vermittelnde Position einnimmt und sich bemüht, die Dinge differenziert zu beurteilen oder nach Gemeinsamkeiten Ausschau zu halten, kann in die Breddouille geraten und als unsicherer Kantonist geführt werden. "Neutralismus" oder "Äquidistanz" lauteten die entsprechenden Vorwürfe im ersten Kalten Krieg, heute spricht man etwas plakativer von Putin- oder Rußlandverstehern. Und wer gar das direkte Gespräch mit Vertretern der anderen Seite sucht und irgendwo in ihrer Begleitung erwischt wird, muß sich auf den Vorwurf der "Kontaktschuld" gefaßt machen.

Es ist eine böse, alte Tradition: Ganz früher war von Kettern oder Hexen die Rede, im 19. Jahrhundert dann von Unruhestiftern, Aufrührern, Demagogen, Gottesleugnern oder vaterlandslosen Gesellen. In der Weimarer Republik sprach man von Erfüllungspolitikern, in der Bonner Republik von Verzichtspolitikern. Man diffamierte Andersdenkende als Kulturbolschewisten oder Salonkommunisten, verortete sie in einer Fünften Kolonne oder unter den nützlichen Idioten.

Man beschwor den Konsens und die Solidarität der Demokraten gegen die Verfassungsfeinde, empfahl Gesellschaftskritikern: "Dann geh doch nach drüben, wenn's dir hier nicht paßt!", warnte vor den Sympathisanten des Terrors oder dessen geistigen Wegbereitern. Man sonderte die guten Realos von den bösen Fundis oder Chaoten. Man war (und ist) schnell bei der Hand mit Vorwürfen wie Rassismus, Antisemitismus oder Antiamerikanismus. Wer unbequeme Fragen stellt, bringt "Hate Speech" oder "Fake News" in Umlauf. Und wer besonderes Pech hat, wird über Nacht zum Populisten (ob rechts oder links), zum Querfrontler oder Verschwörungstheoretiker erklärt.

Es ist immer das gleiche, öde Spiel. Die eigenen Reihen schließen - Störenfriede ausgrenzen. Ein denkbar primitives Verfahren. Vermutlich hätte man es schon längst aufgegeben, wenn es nicht immer wieder so schöne Erfolge zeitigen würde.

Ulrich Teusch: "Der Krieg vor dem Krieg. Wie Propaganda über Leben und Tod entscheidet", Westend Verlag<<

03.04.2019

BRD: Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet am 3. April 2019 (x1.107/...): >>>Geschlechterquoten - der neue Rassismus

Die Realisierung der Geschlechterquoten in Politik und Gesellschaft wird gewaltig vorangetrieben. Durch sie soll eine Benachteiligung der Frauen aufgrund ihres Geschlechtes beseitigt werden. Dabei findet unter der Parole der Emanzipation des Menschen von der Bindung an

das Geschlecht gerade diese Anbindung statt. Denn unabhängig von Fähigkeit und Tüchtigkeit der Individualität wird Frauen eine Stellung allein deswegen garantiert, weil ihr Körper weiblichen Geschlechtes ist. Eine Bevorzugung aufgrund körperlicher Merkmale bezeichnet man heute allgemein als Rassismus.

An die Spitze dieses blinden Feminismus hat sich nun der Landtag von Brandenburg gesetzt und am 31. Januar 2019 per Gesetz beschlossen, daß ab 2020 die Wahllisten der Parteien paritätisch mit Männern und Frauen besetzt werden müssen. "Dazu sollen die Gremien der Parteien zuerst getrennte Listen für Männer und Frauen erstellen. Danach wird eine gemeinsame Liste abwechselnd mit Männern und Frauen besetzt."

Die Parteien werden gezwungen, 50 % Frauen unabhängig vom Grad ihrer Befähigung allein deswegen aufzustellen, weil sie Frauen sind. Wenn aber der Partei viel mehr geeignete und auch fähigere Männer zur Verfügung stehen, bedeutet dies deren Zurücksetzung und Diskriminierung, nur weil sie Männer sind. Das ist Geschlechts-Rassismus.

Zwar wird damit noch nicht die Parität im Parlament erreicht, denn die Wähler haben immer noch die Möglichkeit, unter den aufgestellten Personen die Fähigsten, also gegebenenfalls auch mehr Männer als Frauen - oder natürlich auch umgekehrt - zu wählen. Zur 50 %-Quote im Parlament müßte man schon die Wähler gesetzlich zwingen, ihre Stimmen paritätisch zu vergeben. Das kommt wohl auch noch, müßte aber eigentlich schon am Grundrecht der freien, gleichen und geheimen Wahl scheitern.

Gleichheit, Ungleichheit und Freiheit

Im Landtag von Brandenburg sind heute knapp 39 % Frauen, im Bundestag sind es 31,3 %, wobei der Frauenanteil der einzelnen Fraktionen sehr unterschiedlich ist. Während er in der Fraktion der AfD 10,8 %, der CDU/CSU 19,9 % beträgt, hat er in der Grünen-Fraktion bereits über die Hälfte, nämlich 58,2 % erreicht - worüber sich kein Mann aufregt.

Es gibt kein Gesetz, das Frauen hinderte oder gegenüber Männern benachteiligte, sich in Parteien zu engagieren und ein Abgeordneten-Mandat anzustreben. Insofern herrscht völlige Gleichberechtigung. Denn das Grundrecht der Gleichheit bezieht sich auf die rechtliche, die Gleichheit vor dem Gesetz, die jedem deswegen zusteht, weil er ein Mensch ist, unabhängig von seiner körperlichen, seelischen oder geistigen Verschiedenheit.

Frauen und Männer sind nicht gleich, sondern verschieden. Diese Ungleichheiten sind in der Unterschiedlichkeit ihrer körperlichen und seelischen Verfaßtheit, ihrer Begabungen und ihrer Erziehung in Elternhaus und Schule begründet. Das sind natürliche, schicksalhafte Ungleichheiten, die verschiedenartige Ausgangspositionen für das Leben darstellen.

Worauf es ankommt ist, was der Einzelne daraus machen kann, daß er nicht gehindert wird, in der freien Entfaltung seiner Persönlichkeit sein Möglichstes an Fähigkeiten und an Tüchtigkeit im Leben zu erwerben. Denn das, was er im Leben leisten kann, entscheidet darüber, ob und in welchem Maße er für die verschiedensten Positionen geeignet ist, benötigt und gewünscht wird.

Aber wofür sich eine Frau interessiert, welchen Beruf sie anstrebt oder ob sie in die Politik geht, ist alleine ihre freie Entscheidung, die der Staat zu akzeptieren hat. Er kann nicht von der Gesellschaft fordern, daß Frauen zu einer bestimmten Quote im Parlament vertreten sein müssen. Das entspringt einer totalitären ideologischen Gesinnung.

Die Freiheit der Persönlichkeitsentfaltung bedeutet Wettbewerb, in dem allein die Fähigkeiten und Leistungen der Persönlichkeit entscheiden. Dieser Wettbewerb darf nicht durch Vorrechte der Geburt oder des Geschlechts, also durch Gattungs- oder Gruppenmerkmale jenseits der persönlichen Tüchtigkeit verfälscht werden.

Dann wird in das Grundrecht der Freiheit eingegriffen. Wenn eine Partei gesetzlich gezwungen wird, Männer und Frauen paritätisch als Kandidaten aufzustellen, wird sowohl die Freiheit der Partei auf Aufstellung der Fähigsten verletzt, als auch in das Recht derjenigen Männer

auf die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit eingegriffen, die durch diese formale Geschlechterparität nicht zum Zuge kommen, obwohl sie wesentlich fähiger wären als die Frauen, die primär wegen ihres weiblichen Geschlechts aufgestellt worden sind; was natürlich auch umgekehrt gelten würde.

Geschlechter-Apartheid

Es wird durch das Gesetz ein neuer Rassismus eingeführt. Der alte diskriminiert Menschen aufgrund allgemeiner körperlicher Eigenschaften, die sie von den eigenen unterscheiden, der neue diskriminiert Menschen, weil sie die spezifischen körperlichen Eigenschaften des weiblichen Geschlechtes nicht aufweisen. Für diese Gender-Ideologie zerfällt die Menschheit in zwei Rassen, die je durch das Geschlecht bestimmt sind und in die der Einzelne als Persönlichkeit wieder verschwindet. Jede sexuelle Rasse soll ihre Interessen gleichermaßen geltend machen können.

Daher heißt es auch in der Beschlußempfehlung des brandenburgischen Innenausschusses:

"Die gesetzlichen Vorgaben sollen keine Anwendung auf Parteien, politische Vereinigungen oder Listenvereinigungen finden, die satzungsgemäß nur ein Geschlecht aufnehmen und vertreten wollen." 2 Parteien, die also nur männliche oder nur weibliche Interessen vertreten, sind vom Zwang der Parität ausgenommen.

Der anthroposophische Philosoph Lorenzo Ravagli schreibt dazu treffend:

"Nach der Logik dieses Vorschlags kann es nur noch zwei Parteien geben: die der Männer und die der Frauen. Die herkömmlichen Parteien werden entlang der Geschlechterdifferenz zweigeteilt. Damit wird eine neue Apartheid eingeführt. Das Prinzip der entsexualisierten, nicht rassistisch organisierten, allgemeinmenschlichen Repräsentation, das bisher das Parteienwesen bestimmte, wird aufgehoben. Dasselbe gilt für die Gesellschaft. Männer sollen nicht mehr die Interessen von Frauen, Frauen nicht mehr jene von Männern vertreten können. Nicht mehr ein Mensch repräsentiert den anderen, sondern das Geschlecht repräsentiert sich selbst.

Die Privilegierung von Parteien, die rein männliche oder rein weibliche Interessen vertreten, entstellt die Geschlechterphobie, die diesem Vorschlag zugrunde liegt, zur Kenntlichkeit. Er teilt aufgrund der Furcht vor "toxischer Männlichkeit" die gesamte Gesellschaft in zwei biologisch determinierte Großgruppen, die durch eine minimale, aber unüberwindbare genetische Differenz voneinander unterschieden sind. Eingeführt wird das Gesetz im Namen der Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit. In Wahrheit ist es Ausfluß einer Veterinärphilosophie, die den Menschen ausschließlich als biologisches Wesen definiert."

Genderismus

Zudem steckt das brandenburgische Rassismus-Gesetz nach der Ideologie des Genderismus noch voller Widersprüche. Es hat deren postulierte Vielfalt der Geschlechter, die aktuell bis zu 60 Geschlechtsidentitäten reichen soll, überhaupt noch nicht berücksichtigt. Zwar denkt der Innenausschuß in seiner Beschlußempfehlung immerhin an das personenstandsrechtliche dritte Geschlecht, macht aber zugleich einen inkonsequenten Rückzieher, indem er schreibt:

"Um die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum dritten Geschlecht und in deren Folgen die Änderungen des Personenstandsgesetzes zu berücksichtigen, soll eine Regelung eingeführt werden, nach der Personen, die weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht zuzuordnen sind, frei entscheiden können, für welche Liste sie sich um einen Listenplatz bewerben wollen."

Kein Wunder, daß man sich mit diesem Salto rückwärts beißendem Spott aussetzt. So bemerkt Peter Grimm dazu:

"Stünde nicht so etwas Elementares wie die freie Wahl auf dem Spiel, müßte man hier laut auflachen. Diejenigen, für die derzeit in vielen öffentlichen Einrichtungen extra Unisex-Toiletten gebaut werden, weil sie bei der Notdurft von der Entscheidung fürs Damen- oder Herren-Örtchen überfordert sein könnten, sollen sich umstandslos für die Männer- oder Frau-

enliste entscheiden müssen? Wir könnten hier die Unisex-Wahlliste empfehlen und dann könnte im Wahlrecht alles beim Alten bleiben."

Nach der Logik des Genderismus müßten ja alle 60 "Identitäten" entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung in legislativen Körperschaften vertreten sein. Diese inflationäre Aufsplitterung der Gesellschaft in nicht nur 2, sondern 60 Geschlechter-Rassen machte die ganze Absurdität dieser rassistischen Ideologie offenbar.

Jede postulierte Rasse macht, wie L. Ravagli treffend schreibt, sich in ihrer spezifischen Eigenart geltend, deren Unterschied zu anderen danach nicht aufhebbar ist und von anderen nicht vertreten werden kann. Dies trägt zum Zerfall des auf Kompromiß und Konsens angewiesenen Gemeinwesens in ein Aggregat von abgeschlossenen sexuellen Gattungen bei, die stets primär ihre eigenen Interessen und Vorteile verfolgen.

Andererseits stehen diese verschiedenen "Geschlechts-Identitäten" im Widerspruch zur These des Genderismus, daß die Geschlechtseigenschaften soziale Konstrukte seien. Wenn sie das sind, kommt aber keinem Geschlecht Realität zu, und sie sind alle gleichermaßen politisch bedeutungslos. "Die Identität des Einzelnen kann folglich nicht durch seine biologischen Merkmale, sie muß durch etwas anderes bestimmt sein."

Man muß sich auf das besinnen, was als das über allen körperlichen Differenzierungen Hinausgehende den eigentlichen Menschen ausmacht.

Der selbstbestimmte Mensch

Die berechtigte Kritik am Rassismus gründet auf der Empörung gegen die Reduzierung des Menschen auf Merkmale seines physischen Leibes. Man empfindet, daß der Wert jedes Menschen in seinem seelisch-geistigen Wesen besteht, unabhängig davon, in welchem Leibe es wohnt. Der Genderismus, als vermeintlich emanzipatorische Bewegung, verfällt mit der Quotenregelung der Geschlechter gerade wieder dem Rassismus. Der eigentliche Mensch, seine Individualität, tritt hinter dem Leib zurück, nach dessen Merkmalen er bewertet wird.

Das Wort "Mensch" "verweist auf das, was allen Exemplaren der Gattung trotz ihrer individuellen Unterschiede gemeinsam ist. Es heißt nicht: 'der Mensch ist Frau' oder 'der Mensch ist Mann'." Als leibliches Gattungswesen ist der Mensch nicht frei, sondern wird in seinen Handlungen von den körperlichen Vorgaben der Gattung bestimmt.

Daher schrieb Rudolf Steiner:

"Wer die Menschen nach Gattungscharakteren beurteilt, der kommt eben gerade bis zu der Grenze, über welcher sie anfangen, Wesen zu sein, deren Betätigung auf freier Selbstbestimmung beruht. Was unterhalb dieser Grenze liegt, das kann natürlich Gegenstand wissenschaftlicher Betrachtung sein. Die Rassen-, Stammes-, Volks- und Geschlechtseigentümlichkeiten sind der Inhalt besonderer Wissenschaften. Nur Menschen, die allein als Exemplare der Gattung leben wollten, könnten sich mit einem allgemeinen Bilde decken, das durch solche wissenschaftliche Betrachtung zustande kommt.

Aber alle diese Wissenschaften können nicht vordringen bis zu dem besonderen Inhalt des einzelnen Individuums. Da, wo das Gebiet der Freiheit (des Denkens und Handelns) beginnt, hört das Bestimmen des Individuums nach Gesetzen der Gattung auf. ... Das Individuum muß seine Begriffe durch eigene Intuition gewinnen.

Wie der einzelne zu denken hat, läßt sich nicht aus irgendeinem Gattungsbegriff ableiten. Dafür ist einzig und allein das Individuum maßgebend. Ebenso wenig ist aus allgemeinen Menschencharakteren zu bestimmen, welche konkreten Ziele das Individuum seinem Willen vorsetzen will. Wer das einzelne Individuum verstehen will, muß bis in dessen besondere Wesenheit dringen, und nicht bei typischen Eigentümlichkeiten stehen bleiben."

Der Geist des Menschen ist individuell und begründet seine Individualität durch einen Urakt eigenen Denkens, von dem alle sonstigen Eigenschaften der Individualität abgeleitet sind, wie Lorenzo Ravagli es auf den Punkt bringt. "Ja, ohne diesen Urakt könnte von 'individuellen

Eigenschaften' gar keine Rede sein, da es sich um Eigenschaften der Individualität handelt, die ohne diesen Bezugspunkt keine Eigenschaften wären. Die Vernunft allein ist imstande, zwischen unterschiedlichen Interessen, Identitäten und Eigenschaften zu vermitteln, weil alle - als Bestimmungen des Denkens - aus ihr hervorgehen. Der Partikularismus der Geschlechtsrassen beruht dagegen auf der Verneinung der Individualität."

Er weist auch treffend darauf hin, daß dem Prinzip der Parität das gleiche Denkmuster einer Geschlechter-Apartheid zugrunde liege, nach dem in patriarchalischen Religionen das Verhältnis der Geschlechter geregelt wird, auch wenn es keine hierarchische Überordnung des einen über das andere Geschlecht postuliert, wie sie sowohl in Formen des Christentums vorkommen, als auch besonders ausgeprägt das Leben im Islam bestimmen.

Die feudalen Ständegesellschaften in Europa waren in der Vergangenheit noch stark von dieser religiösen Geschlechterordnung geprägt. "Die bürgerlichen Emanzipationsbewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts überwandten die religiös bestimmten Ständegesellschaften mit ihren starren Geschlechtsrollenzuweisungen, indem sie die demokratische Gleichheit im allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht sowie in der Gleichheit aller vor dem Gesetz verankerten." Der fanatische Genderismus ist dabei, diese mühsam errungene Gleichheit wieder aufzuheben, indem er neue Privilegien der Geburt einführen will.

Demokratie fußt auf der Gleichheit aller Menschen, nicht der Geschlechter. Gesetzliche Parität der Geschlechter bedeutet insofern einen Rückfall in den Feudalismus. Sie ist gegen die freie Individualität gerichtet.<<

23.04.2019

Schweiz: Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 10 berichtet am 23. April 2019: >>Ich habe an einem Faden des Lügengespinnstes gezogen, und es ist alles ans Licht gekommen"

Buchbesprechung von *Rita Müller-Hill*

In der Sendung Les Terriens du samedi, ausgestrahlt am 9. März im französischen Fernsehen Canal+, wurde Philippe de Villiers vom Journalisten Thierry Ardisson gefragt, ob Angela Merkel die Geschichte Walter Hallsteins, des ersten Präsidenten der Europäischen Kommission, bekannt war, als sie am 13. November 2018 im Deutschen Bundestag eine große Lobrede auf ihn hielt. Philippe de Villiers antwortet sehr ernst: "Ja, und ich denke, sie hat gelogen."

Erläuterung zum Buchtitel

Auf den ersten Seiten seines Buches erzählt Philippe de Villiers, wie er dazu gekommen ist, sich mit der Geschichte der EU zu beschäftigen, und wie der Titel seines Buches zustande kam. Er berichtet auf Seite 19 von einer Unterhaltung mit dem langjährigen (1958-1968) französischen Außenminister Maurice Couve de Murville, der dieses Amt schon während der Präsidentschaft Charles de Gaulles innehatte. Im Laufe dieser Unterhaltung habe sich Couve de Murville über den Marshallplan, dessen Akzeptanz er als Unterwerfung bezeichnete, über Walter Hallstein und den europäischen Einigungsprozeß geäußert: ... "Ach Europa! Das Europa der Gründerväter! Es genügt, wenn Sie an einem Faden ziehen, dann kommt alles." - "Aber an welchem Faden?" - "Am Faden des Lügengespinnstes."

Öffnung der Archive

Ein Professor der Sorbonne, den Philippe de Villiers nicht namentlich nennt, kommentierte später diesen sybillinischen Spruch: "Couve de Murville hat das erste Stottern des europäischen Projektes miterlebt. Er wußte alles über alle, über die Trugbilder und die Hintergedanken, die ganze Verwickeltheit, das Getue, den faulen Zauber. Am Faden ziehen sollte in seinem Sinne sicher heißen: an die Quelle gehen." "Aber an welche Quelle?", fragt de Villiers. "An die Quelle der Informationen, die in den Archiven schlummern. ... Sie sind nicht mehr geheim, sie sind nach und nach geöffnet worden, zugänglich gemacht worden", bekam er zur Antwort.

Als de Villiers vermutet, daß nun viele Forscher in die Archive stürzen, muß ihn der Professor enttäuschen. Es seien nur sehr wenige, die das tun. Und auf die Frage, warum die Forscher so wenig neugierig seien, erhält er zur Antwort, dies geschehe aus Vorsicht. Man könne seinen Lehrstuhl, seinen Lehrauftrag, seinen Job, seinen Verleger verlieren. - Auf die Frage, ob es sich da um ein Tabu handle, bekommt er zur Antwort: "Mehr als das, es geht um einen Mythos, eine Ideologie, ein Glaubenswerk. Alles, was diese Gründerväter betrifft, liegt im Bereich des Heiligen, Unberührbaren." - "Eine offizielle Wahrheit, also."

Diese Unterhaltung ist eine Art Initialzündung. Philippe de Villiers stellt vier Arbeitsgruppen zusammen, die er seine "Brigaden" nennt, und schickt sie auf die Quellensuche.

Im Buch dokumentiert er mit 28 Faksimilekopien auf 111 Seiten die Richtigkeit seiner Aussagen. Und Philippe de Villiers spricht aus, was nicht ans Licht der Öffentlichkeit kommen sollte. Nur ein enger Kreis von Eingeweihten wußte, wie die Dinge wirklich waren. General de Gaulle, der nicht zu diesen gehörte und den man lieber unschädlich gemachte hätte, wußte aber auch seit der Gründung der "France libre" in London (1940): Jean Monnet war nicht auf seiner Seite. Er vertrat die Interessen Amerikas, das auf den mit Hitler kollaborierenden Marschall Pétain setzte und de Gaulle als Störfaktor ansah.

"Philippe de Villiers hatte also Forschergeist und den Mut, sich in die Archive zu begeben und zu veröffentlichen, was er dort fand: Dokumente, die eindeutig beweisen, daß Jean Monnet von der CIA für seine Aktivitäten als Gründervater Europas bezahlt wurde, daß Robert Schumann eine zwielichtige Gestalt war, die zwischen den jeweiligen Machthabern hin und her wechselte und letztlich im Dienste der US-Amerikaner war."

Forschergeist und Mut

Im deutschsprachigen Raum hat Andreas Bracher bereits 2001 die sakrosankte Europa-Ideologie in Frage gestellt. In Zeit-Fragen wurden 2010 und 2011 zwei Artikel veröffentlicht, die eindeutig aufzeigten, in wessen Diensten Jean Monnet stand und in welche Netzwerke er eingebunden war.

Und Walter Hallstein, NS-Ausbildungsoffizier und juristischer Spezialist der Nazis für "Das Neue Europa", stellte seine Dienste ebenfalls den Amerikanern zur Verfügung.

Wer es wirklich wissen wollte, fiel jetzt bei der Veröffentlichung von de Villiers Buch nicht aus allen Wolken. Einiges ist jedoch neu: zum Beispiel die Tatsache, daß Monnets "Memoiren" nicht von ihm selbst geschrieben wurden, sondern im Auftrag Kennedys, bezahlt von der Ford Foundation, von einer Historikergruppe verfaßt wurden.

Wie entstanden Jean Monnets "Memoiren"?

De Villiers erzählt, wie er hinter dieses Geheimnis gekommen ist. Diese Episode ist beispielhaft für de Villiers Vorgehen: Die vielen menschlichen Beziehungen, die er in seinem Leben eingegangen ist, seine Fähigkeit zuzuhören, gepaart mit einem guten Gedächtnis und einer gehörigen Portion Humor, führen dazu, daß er auch Jahre später noch in der Lage ist, bestimmte Informationen, die er anfangs nicht verstand, in ihren Kontext einzuordnen und ihren Sinn zu erfassen. Wegen der Eindrücklichkeit und des exemplarischen Charakters sei an dieser Stelle etwas genauer darauf eingegangen. Da es noch keine offizielle deutsche Übersetzung des Buches gibt, sind alle Passagen von der Autorin des Artikels übersetzt worden.

Philippe de Villiers besucht als Student Jacques Chapsal, seinen ehemaligen Professor der Politischen Wissenschaften, der während ihrer Unterhaltung überraschend Besuch von seinem Kollegen und Freund, dem Professor für moderne Geschichte Jean-Baptiste Duroselle, Autor eines Grundlagenwerks der Internationalen Beziehungen, - dem Duroselle, den damals jeder Student kannte - erhält. De Villiers darf bleiben und erhält Einblick in die Entstehungsgeschichte der Memoiren Jean Monnets. Chapsal fragt Duroselle: "Und, was machen diese Memoiren? Geht es voran?"

Duroselle: "Ja. Die Studenten arbeiten hart daran. Wir haben die Arbeit aufgeteilt."

Chapsal: "Das ist ja sicher wichtig für die Stiftung und für ihr Renommee in den USA."

Duroselle: "Ja, aber noch viel wichtiger, lieber Jacques, ist es für die Vereinigung Europas. Sie braucht einen neuen Anstoß, neuen Elan."

Bei anderer Gelegenheit sagt der französische Diplomat und Politiker Jean Francois-Poncet: "Die Memoiren Jean Monnets sind 'die kleine rote Bibel der Vereinigung Europas', die wir so dringend brauchen."

Wer wollte dieses Buch?

In diesem Zusammenhang stellt Philippe de Villiers drei Fragen: Wer hat diese Memoiren in Auftrag gegeben? Wer hat sie bezahlt? Wer hat sie geschrieben?

An dieser Stelle des Buches wird deutlich, wie unterschiedlich man an die Beantwortung solcher Fragen herangehen kann. Im umfangreichen Referenzwerk, der von Eric Roussel verfaßten Biographie Jean Monnets, werden Namen über Namen genannt. Menschen, mit denen Monnet in Kontakt war. Aber wer waren diese Leute? Welche Funktionen übten sie aus? In welche Netzwerke waren sie eingebunden? Welche Interessen verfolgten sie? In wessen Diensten standen sie? Von wem wurden sie bezahlt?

Dem ist de Villiers nachgegangen, hat die Zahlungsbelege gefunden und ist zu dem Ergebnis gekommen: Die US-Amerikaner haben das Werk in Auftrag gegeben und bezahlt. Dazu muß man Hintergrundwissen haben und den Mut, es offenzulegen. De Villiers beweist, daß die Ford Foundation als Geldgeber nicht einfach nur die Ford Foundation war, sondern einer der Geldverteiler der CIA. Wer hat die Memoiren verfaßt? Duroselle als leitender Professor verteilte die Arbeit an eine Gruppe von Studenten. Pierre Gerbet, Eric Westphal, André Kaspi, Richard Mayne. "Es funktionierte wie eine Maschine, die Nachforschung, Erzählung und Schreiben herstellt."

Jean Monnet selbst interessierte sich kaum für das Werk. Geschrieben wurde es letztlich von François Fontaine, einem Romanautor, der im Römischen Reich die Vorankündigung einer vollendeten Europäischen Union sah.

Wir haben bei unseren eigenen Nachforschungen festgestellt, daß die oben genannten Autoren fester Bestandteil der "Monnet-Forschung" sind. Sie werden immer wieder zitiert - insbesondere zitieren sie sich gegenseitig -, wenn man sie konsultiert, wird man im Kreis herumgeschickt.

EU eine Etappe auf dem Weg zur Welt-Governance?

Nur der letzte Abschnitt der Memoiren Jean Monnets stammt von ihm selbst. Und da erschließt sich nach Philippe de Villiers das Geheimnis seiner Intentionen: Die Europäische Gemeinschaft ist kein Ziel an sich. Wichtig ist, daß die alten Nationen von gestern mit ihrer jeweiligen Souveränität nicht mehr der Rahmen sein sollen, in dem die aktuellen Probleme gelöst werden. Die Gemeinschaft als solche ist nur eine Etappe auf dem Weg zu Organisationsformen der Welt von morgen.

Da erhebt sich dann in der Sicht Philippe de Villiers die Welt-Governance, Globalia, die von allen Attributen wie Souveränität, Demokratie und verschiedenen Völkern "befreit" ist. Der Traum vom planetarischen Management, die Beherrschung der Menschheit durch die Technik, durch einen allumfassenden Markt in einen dauerhaften Frieden gehüllt und eine grenzenlose individuelle Freiheit garantierend. "Weicher, aufgeklärter Despotismus", sagte Jacques Delors zustimmend dazu.

Das Buch Philippe de Villiers' hat bereits viele Leser gefunden. Der Autor tritt in vielen Fernsehsendungen auf und hält den hinterhältigen Fragen vieler Journalisten auf beeindruckende Weise stand. Das Presseecho reicht von "das ist alles nicht neu" über "Verschwörungstheorie" bis "Unwahrheit". Philippe de Villiers zeigt auf, wer die wirklichen Verschwörer sind, wer ein Interesse daran hat, daß die Wahrheit im dunkeln bleibt, und welches die Interessen, Ziele und Beweggründe der europäischen Vereinigung sind und waren. Ein äußerst lesenswertes Buch,

hinter das die Geschichtswissenschaft nicht mehr zurückgehen kann. ...<<

24.04.2019

BRD: Auf der Webseite "https://kenfm.de ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 24. April 2019 folgender Bericht über die Scheindemokratie (x1.014/...):

>>STANDPUNKTE - Das Primat der politischen Parteien oder wie die "repräsentative Demokratie" nur elitaristische Politik verschleiern

Von *Jochen Mitschka*

Wie in meinem Essay "*Finis Germania oder Deutschlands Demokratie ist verloren*" beschrieben, haben die politischen Parteien längst das Grundgesetz nach ihren Vorstellungen ausgehöhlt, den Staat in ihre Gewalt gebracht und "Gewaltenteilung" zu einem Witz verkommen lassen. All das sekundiert von der inzwischen durch Kapitalinteressen geleiteten Medienindustrie. Ein Freund hat mich nun auf eine Rede der Bundeskanzlerin Angela Merkel aufmerksam gemacht, in der genau diese These bestätigt wird - daß nämlich der Konsens, oder besser gesagt das Kartell der politischen Parteien in Deutschland die Politik bestimmen und nicht der Wähler. Zwar wurde die Rede aus dem Archiv der Bundesregierung gelöscht, aber noch gibt es alternative Links zu dem Text.

Die Bundeskanzlerin hielt diese Rede anlässlich der Vorstellung des Allensbacher Jahrbuchs der Demoskopie "Die Berliner Republik" am 3. März 2010 in Berlin. In dem Text wird deutlich, daß die Demoskopie keineswegs ein Mittel für die politischen Parteien ist, den Willen des Volkes, des Souveräns zu ermitteln, und die Politik danach abzustellen. Vielmehr wird sogar mit einer gewissen Abscheu gesprochen, gegenüber der "*Aufgeregtheit des Augenblicks*", den anscheinend die Wähler, nicht natürlich die Politiker, umtreibt.

Und so erkennt man, daß die Parteien nicht bemüht sind, die Sorgen und Nöte der Menschen aufzugreifen und zu bekämpfen, sondern nur versuchen, aus den Umfragen zu ermitteln, welche Überzeugungskraft notwendig ist, um die Bedenken der Menschen wegzudiskutieren. Merkel sagte:

"Die Politik kann allerdings lernen, welche Sorgen und Hoffnungen mit einem bestimmten Projekt verbunden sind. Man kann erahnen, wie viel Überzeugungskraft gegebenenfalls notwendig ist, um ein wichtiges, notwendiges Projekt durchzusetzen."

Aber es geht noch besser. Merkel erklärte, daß die Parteien die Aufgabe haben zu herrschen, und dafür von der repräsentativen Demokratie den Auftrag bekommen, und dann vier Jahre Zeit haben, diese Herrschaft gegenüber dem Wahlvolk zu erklären. Sie sagte explizit:

*"Aber genau deshalb bin ich auch zutiefst davon überzeugt, daß es richtig ist, daß wir eine repräsentative Demokratie und keine plebiszitäre Demokratie haben und daß uns die repräsentative Demokratie für bestimmte Zeitabschnitte die Möglichkeit gibt, Entscheidungen zu fällen, dann innerhalb dieser Zeitabschnitte auch für diese Entscheidungen zu werben und damit Meinungen zu verändern. **Wir können im Rückblick auf die Geschichte der Bundesrepublik sagen, daß all die großen Entscheidungen keine demoskopische Mehrheit hatten, als sie gefällt wurden.***

*Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die Wiederbewaffnung, die Ostverträge, der Nato-Doppelbeschluß, das Festhalten an der Einheit, die Einführung des Euro und auch die zunehmende Übernahme von Verantwortung durch die Bundeswehr in der Welt - **fast alle diese Entscheidungen sind gegen die Mehrheit der Deutschen erfolgt.** Erst im Nachhinein hat sich in vielen Fällen die Haltung der Deutschen verändert. Ich finde es auch vernünftig, daß sich die Bevölkerung das Ergebnis einer Maßnahme erst einmal anschaut und dann ein Urteil darüber bildet. Ich glaube, das ist Ausdruck des Primats der Politik. Und an dem sollte auch festgehalten werden."* (wie vor)

Mit anderen Worten: Die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland erklärte, daß wichtige Beschlüsse der Parteien, die das Parlament und die Regierung kontrollieren, im Ge-

gensatz zum Willen des Wahlvolkes gefällt worden waren. Auch Beschlüsse, die über Krieg und Frieden entschieden. Sie erwähnt explizit die Teilnahme am Krieg gegen Afghanistan, der nach fast 18 Jahren wohl bald als verloren angesehen werden muß. Es ist ein Angriffskrieg, an dem Deutschland auf Grund des Drucks der Grünen teilnehmen wollte, ohne Notwendigkeit bzw. Aufforderung durch die USA. Ein Angriffskrieg, der angeblich dann dank der Überzeugungskraft der Parteien vom Wahlvolk akzeptiert worden wäre.

Ebenso gibt die Vorsitzende der größten Partei Deutschland zu, daß "*die zunehmende Übernahme von Verantwortung durch die Bundeswehr in der Welt*" gegen den Willen der Mehrheit der Deutschen durch die politischen Parteien durchgesetzt wird.

Angeblich wäre auch hierzu im Nachhinein das Volk bereit gewesen, die Entscheidung der politischen Elite zu legitimieren. Da die Wähler tatsächlich immer wieder Parteien wählen, die eigentlich das Gegenteil von dem tun, was sie, die Wähler wünschen, ist dieser Schluß nicht von der Hand zu weisen.

Und schließlich erklärt sie deutlich, daß es ein "Primat der Politik" gäbe. Gemeint ist, daß die politischen Parteien Deutschlands die Politik des Landes bestimmen, ohne Rücksicht auf den Wunsch und Willen der Wähler.

Merkel bestätigt hier also in der Rede meine These, daß wir von einer neuen Aristokratie beherrscht werden, einem System, das man früher als Herrschaft einer "*wohlwollenden Aristokratie*" bezeichnet hätte. Wobei die Aristokratie ja nur der Vermittler und zeitweise Moderator zwischen dem eigentlichen Herrscher und dem Untertanen ist. Daraus ergibt sich aber eine wesentliche Frage, nämlich die nach der Verantwortung für Fehler.

Wer trägt die Verantwortung

Nehmen wir das Beispiel des Afghanistan-Krieges. Was passiert, wenn die Welt erkennt, daß die Unterstützung des Angriffskrieges Deutschlands gegen Afghanistan letztlich lediglich das Land zerstörte und unglaubliches Leiden und Not über die Menschen gebracht hat, statt "Brunnen und Mädchenschulen", und daß der Krieg nun nach fast 18 Jahren als verloren angesehen werden muß?

Wenn die Menschen begreifen, daß der Krieg lediglich die organische Entwicklung der Gesellschaft unterbrach, Flüchtlingsströme verursachte und das Land weiter spaltete, wodurch 18 Jahre ungenutzt blieben, ja sogar noch durch die Zerstörungen wie 30 Jahre Rückschritt wirken? Wer trägt die Verantwortung dafür, wenn die politischen Parteien im Konsens, entgegen dem Willen der Wähler (!) diesen Krieg führten? Wer trägt die Verantwortung, wenn Afghanistan uns eines Tages auf Schadenersatz verklagt, wegen der dem Land zugefügten Kriegsschäden?

Oder schauen wir uns ein weiteres Beispiel an: ... *das Festhalten an der Einheit, die Einführung des Euro*". Wenn sich nachträglich herausstellt, daß die Euro-Einführung mit Tricks, Täuschungen und falschen Versprechungen entgegen des Willens der Mehrheit der Deutschen erfolgte, und daß dies nun zu einem Grundproblem der EU wurde, wer wird dafür zur Verantwortung gezogen?

Und als letztes Beispiel betrachten wir die "*die zunehmende Übernahme von Verantwortung durch die Bundeswehr in der Welt*", mit der nach Angaben der Bundeskanzlerin auch eine Mehrheit der Deutschen nicht einverstanden war. Wer trägt die Konsequenzen der Politik, die zum Beispiel durch immer weiter gesteigerte Rüstungsausgaben, zu Lasten der sozialen Entwicklung und Infrastruktur gehen? Wer trägt die Konsequenzen und die Verantwortung, wenn diese Politik zu immer größeren Spannungen mit anderen Ländern, insbesondere Rußland führt, weil deutsche Politiker glauben, sie müßten wieder Panzer an die Ostfront verlegen?

Und um es auf die Spitze zu treiben: Mit dieser Politik ist auch die Stationierung von Kernwaffen der USA auf deutschem Boden verbunden, gegen die auch ein Vorbehalt in der Bevölkerung besteht. Wer trägt die Verantwortung dafür, wenn es tatsächlich durch Versehen oder

Absicht zu einem Atomschlag gegen diese Stationierungsorte kommt. Weil diese Standorte im Rahmen einer immer größeren Spannung aufgrund der irren Rüstungsausgaben der NATO, nur als Bedrohung aller Nicht-NATO-Staaten angesehen werden kann, und von Rußland und anderen Staaten als unmittelbare Bedrohung angesehen werden?

Tatsache ist, daß wir von einer selbsternannten Elite beherrscht werden, die die Gewinne (im weitesten Sinn) privatisiert und die Verluste sozialisiert. Und so ist es eben auch mit der Verantwortung.

Pensionen der Aristokratie gesichert, Zeche zahlt die Masse

Schauen wir uns die Politik der Bundesregierung gegenüber Syrien an. Deutschland war aktiv am Versuch beteiligt, bewaffnete Gruppen in Syrien zu unterstützen, die die legitime Regierung des Landes stürzen wollten. Als Folge entstand ein verheerender Krieg, bei dem bis heute Teile des Landes durch NATO-Truppen als Folge des Angriffskrieges, an dem Deutschland schließlich über die "Koalition" beteiligt war, besetzt sind.

Nach dem Krieg wird Syrien ohne Zweifel Reparationsforderungen gegen Deutschland richten. Und in einem ähnlichen Fall waren die USA bereits einmal zu vielen Milliarden Dollar Schadenersatzzahlungen an Nicaragua verurteilt worden. Sie hatten, ähnlich wie in Syrien, im Contra-Krieg die Rebellen unterstützt und auch aktiv durch Minen in den Bürgerkrieg eingegriffen. Während die USA als allmächtiger Hegemon darüber lacht und einfach zur Tagesordnung übergeht, wird Deutschland diese Forderung nicht so einfach ignorieren können. Wer trägt dann dafür die Verantwortung?

Während die neue Aristokratie, bedingt durch "Nebenbeschäftigungen", welche die Mandats-träger dank der Bekanntheit und Einflußmöglichkeiten ausüben, aber auch die opulenten Abgeordnetenpensionen, keinerlei Zukunftsangst haben müssen, drohen für den normalen Rentner und Arbeitnehmer Renten- und Gehaltskürzungen, Arbeitslosigkeit, Steuererhöhungen und eine vernachlässigte Infrastruktur und gekürzte Sozialleistungen, um die Pläne der Aristokratie durchzusetzen.

Elitarismus

Die Definition von Elitarismus in Wikipedia, also des Gedankengutes, das aus der Rede der Bundeskanzlerin deutlich wurde, sagt:

"Elitarismus oder Elitismus ist eine Ideologie, die vom Bewußtsein getragen ist, einer Elite anzugehören, und sich in einer elitären Haltung manifestiert. Sie definiert sich im Gegensatz zum Pluralismus."

Während die neue Aristokratie also ständig von Pluralismus, Buntheit der Kulturen und Meinungsfreiheit redet, realisiert sie in Wahrheit eine elitaristische, ja absolutistische Herrschaft, die sich in Begriffen wie "Alternativlos" oder "müssen wir der EU folgen" oder "haben wir der NATO versprochen" wiederfinden. Eine Herrschaft, die dann mit Hilfe der Medien den Menschen so dargestellt wird, als ob es eine Herrschaft im Sinne und zum Nutzen der Gesamtheit der Wähler wäre.

Man kann ja durchaus der Meinung sein, daß die Herrschaft einer Elite für ein Land von größerem Nutzen sein kann, als eine Regierungsführung, die davon abhängt, welche gesellschaftliche Gruppe gerade in der Lage ist, seine Interessen vor die anderer zu stellen. Oder anders gesagt, eine Regierungsführung die auf ständigem Ausgleich der Interessen verschiedener Strömungen im Land beruht. Vor allen Dingen für jene, die die Herrschaft ausüben, ist eine elitaristisch absolutistische Herrschaft natürlich viel einfacher. Man kann eine solche Form der gesellschaftlichen Ordnung durchaus positiv sehen. Aber eine solche Ordnung bedingt, daß jene, welche diese Art der Herrschaft ausüben, auch dafür die alleinige Verantwortung tragen!

Es muß ja nicht gleich die Guillotine sein, wie in Frankreich, oder die Versklavung wie im Mittelalter, oder der Seidensack, auf den man mit Sandelstöcken schlug, bis sich der Inhalt

nicht mehr bewegte, wie in Thailand. Es würde schon reichen, den Protagonisten der Elite, die den Schaden verursacht haben, ihre Mindestrente zu begrenzen, oder bei offensichtlichen Regelbrüchen, auch mit Gefängnisarrest zu bestrafen.

Im deutschen System der sogenannten repräsentativen Demokratie aber trägt ganz alleine der Wähler die Folgen der Entscheidungen, die durch das "Primat der Politik" gefällt werden, und nicht selten zu katastrophalen Ergebnissen führen. Und der Wähler hat keine Möglichkeit, etwas dagegen zu unternehmen, denn schließlich hat er durch die Abgabe seiner Stimme bei der Wahl die Herrschaft der Elite legitimiert. Man könnte sagen, analog zur Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft, bei welcher der Vorstand "entlastet" wird, entlastet der Wähler das System des Parteienkartells durch Abgabe seiner Stimme am Wahltag.

Pluralismus

Ganz klar aber dürfte nun sein, daß es nicht richtig ist, daß wir in Deutschland in einer pluralistischen Gesellschaft leben. Denn die Definition laut Wikipedia für Pluralismus lautet:

"... Der wesentliche Aspekt des Pluralismus, daß die Macht nicht zentral gebündelt, sondern auf verschiedene, voneinander relativ unabhängige Gruppen der Gesellschaft verteilt ist, steht im Gegensatz zu einer Herrschaft oder Hegemonie einer jeweils bestimmten sozialen Klasse oder Elite."

In Deutschland haben wir aber die Macht gebündelt auf den Parteienkonsens, auf das Parteienkartell. Schauen wir uns an, als Bundeskanzler Schröder mit SPD und Grünen den Sozialabbau in Deutschland in Gang brachte. Natürlich wurde er nicht wiedergewählt, aber die dann die Regierung übernehmende CDU verstärkte den Trend sogar noch. Parteienkonsens könnte nicht deutlicher gezeigt werden. Und wer die letzten großen Koalitionen beobachtete, der kann sich kaum des Eindrucks verwehren, daß hier etwas zelebriert wurde, das nicht selten an gesellschaftliche Systeme erinnert mit einer einzigen erlaubten Partei. Auch dort gibt es natürlich "pluralistische Strömungen" innerhalb der Partei.

Die Tatsache, daß die Parteien sehr bemüht sind, innerhalb der eigenen Klasse der Aristokratie, also der Parteien, möglichst viele Teile der Gesellschaft aufzunehmen ist lediglich Makulatur. Sie soll vortäuschen, daß die Gesellschaft pluralistisch organisiert ist, tatsächlich aber werden nur jene Teile der Gesellschaft aufgenommen, die mit dem Konsens innerhalb der Partei und dem Parteienkartell insgesamt, übereinstimmen.

So haben die "christlich sozialen" Parteien sicher auch Muslime und Mitglieder anderer Religionen in ihren Reihen, aber das beherrschende Element ist die Ideologie der Partei, nicht die Religion. Ebenso hat die AfD sicher Migranten in ihren Reihen, aber diese vertreten eine ebenso restriktive Migrationspolitik wie die ganze Partei. Und natürlich hat die FDP auch Arbeitnehmer als Mitglieder, aber die sind, wie die Partei der Meinung, daß alles für Arbeitnehmer gut ist, was für die Arbeitgeber gut ist.

Pluralismus ohne plebiszitäre Politik ist nicht möglich. Nur wenn die Gesamtheit der Menschen eine Entscheidung fällen kann, kann man von Pluralismus sprechen. Der Grund liegt darin begründet, daß jeder Mensch unterschiedliche gesellschaftliche Rollen ausübt. Der Muslim ist ebenso Arbeitnehmer oder Rentner wie der Christ. Der Arbeitgeber ist auch Teil einer Familie. Der Lehrer ist auch Vater. Der Rentner ist möglicherweise auch Hauseigentümer. Und immer wird die Person abwägen müssen, welche dieser Rollen für eine Entscheidungsfindung wichtiger ist.

Fazit

Deutschland wird durch eine selbst ernannte Elite verwaltet, die sich als neue Aristokratie gebärdet, aber die Verantwortung für von ihr verursachte Politik der Gesamtheit der Bevölkerung zuschiebt. Begründet mit "Demokratie". Sie verweigert sich plebiszitären Elementen, aus der Befürchtung heraus, nicht mehr die Politik betreiben zu können, die diese Aristokratie für richtig hält. Und so lange die Wähler alle paar Jahre dieser Aristokratie durch Abgabe der

Stimme die "Entlastung" erteilt, wird sich auch nichts daran ändern. Und so werden wir alle die Folgen von Aufrüstung, Kriegen, Verkauf von Allgemeingut, Abbau von Sozialleistungen und Verfall der Infrastruktur tragen müssen.<<

25.04.2019

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 25. April 2019 (x1.000/...): >>>Aufregung um globale Erwärmung sei keine Wissenschaft sondern Propaganda

... Die Aufregung um die globale Erwärmung ist groß: An der 21. UN-Klimakonferenz Anfang Dezember 2015 in Paris wurde ein Klimaabkommen beschlossen. Dieses gründet sich auf die unbewiesene Modellvorstellung der menschengemachten Klimaerwärmung und sieht die Begrenzung der globalen Erwärmung auf deutlich unter 2° Celsius vor.

Um dieses Ziel zu erreichen, müßten die Emissionen der angeblichen Treibhausgase weltweit zwischen 2045 und 2060 auf null zurückgefahren werden. Kohlendioxid (CO₂) sei gemäß der Treibhaustheorie das am weitesten verbreitete Treibhausgas. Sein Ausstoß sei drastisch zu drosseln und ein Teil sogar wieder aus der Erdatmosphäre zu entfernen.

Die von der schwedischen Schülerin Greta Thunberg ausgelösten "Schulstreiks für das Klima" sind inzwischen zur globalen Bewegung "Fridays for Future" (zu Deutsch Freitage für die Zukunft) angewachsen. Weltweit gehen Schülerinnen und Schüler freitags während der Unterrichtszeit auf die Straßen, um zu erreichen, daß das Übereinkommen von Paris eingehalten wird. Auch politisch wird die Aufregung um die globale Erwärmung ausgeschlachtet. In kantonalen Wahlen in der Schweiz im Jahr 2019 konnten die grünen Parteien mit Abstand die meisten Sitze dazugewinnen.

Ein wichtiger Auslöser für die Aufregung um die globale Erwärmung war der 2006 vom ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore inszenierte Dokumentarfilm "Eine unbequeme Wahrheit". Die Menschheit, so warnte Gore, stehe vor Katastrophen ungeahnten Ausmaßes. Er äußerte seine Befürchtung, daß die Menschheit mit den durch sie selbst verursachten Abgasen die äußere Atmosphärenschicht mit verheerenden Folgen schädige.

Maßgeblichen Anteil daran aber habe das Kohlendioxid (CO₂), dessen Konzentration seit Beginn der Aufzeichnungen von Roger Revelle im Jahre 1957 kontinuierlich immer weiter angestiegen sei. Obwohl der Film von und mit Al Gore zum dritterfolgreichsten Dokumentarfilm aller Zeiten wurde, blieben auch kritische Reaktionen nicht aus. DIE WELT schrieb am 20. März 2007, daß Hauptdarsteller Al Gore "unhaltbare Übertreibungen über die Erderwärmung präsentierte".

An britischen Schulen darf der Film seit Oktober 2007 nicht mehr unkommentiert vorgeführt werden. Ein Gericht verlangte, bei einer Vorführung auf insgesamt neun benannte Fehler hinzuweisen. Unter anderem, daß das Abschmelzen der Gletscher in der Westantarktis und in Grönland nicht "in naher Zukunft", wie im Film behauptet, die Meeresspiegel dramatisch ansteigen lasse, sondern allenfalls in Jahrtausenden. Auch deutsche Medien ließen damals eine kritische Auseinandersetzung mit den scheinbar unumstößlichen Wahrheiten einer von Menschen verursachten globalen Erwärmung durchaus noch zu.

So strahlte der Fernsehsender RTL am 11. Juni 2007 eine überarbeitete deutsche Fassung des britischen Dokumentarfilms "Der große Betrug mit der globalen Erwärmung" aus. Die RTL-Sprecherin leitete den Film, unter dem Titel "Der Klimaschwindel", mit folgenden Worten ein: "Beim G8-Gipfel in der vergangenen Woche hier in Deutschland einigten sich die Regierungschefs auf gemeinsame Ziele beim Klimaschutz, um die Erderwärmung zu stoppen.

Die Zauberformel dabei lautet: Wir alle sollen Energie sparen und weniger Abgase verursachen. Aber sind diese Bemühungen womöglich völlig sinnlos? Genau das behaupten jetzt namhafte Wissenschaftler in einer aufsehenerregenden britischen TV-Dokumentation. Der Mensch habe nämlich überhaupt keinen Einfluß auf das Klima. Die angeblich drohende Kata-

strophe sei in Wahrheit nichts anderes als Panikmache."

RTL geriet daraufhin ins Kreuzfeuer von Verfechtern eines von Menschen verursachten Klimawandels. Der damalige RTL-Chefredakteur Peter Kloeppe mußte klein beigeben und vermeldete, es sei ein Fehler, "den Einfluß der Menschen auf unsere Erde und ihr Klima völlig in Frage zu stellen". Aber ist es wirklich ein Fehler, Behauptungen in Frage zu stellen, über die sich die Wissenschaft beileibe nicht so einig ist, wie es im Fall des Klimawandels propagiert wird?

Zwei Dutzend durchaus namhafte Klima- und Wetterforscher - unter ihnen auch Autoren des Weltklimarats IPCC selbst - kommen in der britischen TV-Dokumentation zu Wort. Ihrer Ansicht nach wird die Rolle des CO₂ als Treibhausgas sehr stark übertrieben, die natürlichen Ursachen der Erderwärmung, vor allem die Sonnenaktivitäten, würden dagegen sträflich vernachlässigt. ...<<

28.04.2019

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/14210" berichtet am 28. April 2019 (x1.085/...): >>Der größte Massenmord der menschlichen Geschichte

Vortrag von *Holger Strohm*

Dr. phil. Holger Strohm ist ein führender Umweltschützer. Er gibt eine Einschätzung zur aktuellen Weltlage und erläutert Zusammenhänge zu lebenszerstörenden Ereignissen wie Kriege, Umweltzerstörung und den Werteverfall auf allen Ebenen.

Dr. Strohm, geboren am 7. August 1942 in Lübeck, ist ein Autor von mehr als 40 Büchern. Bekannt wurde er durch seine Sachbücher zu Gefahren der Atomenergie und zur Sicherheit von Kernkraftwerken. 1971 schrieb er mit dem Bestseller "Friedlich in die Katastrophe" sein erstes Buch zu diesem Thema. Seine zahlreichen Bücher und Vorträge trugen viel zur Gründung der Öko- und Anti-Atomkraftbewegung bei. So wird Strohm als einer der federführenden Umweltschützer bezeichnet.

Strohm studierte Fertigungstechnik, Business Administration, Betriebskommunikation, Betriebspsychologie sowie Erziehungswissenschaften. Er arbeitete als Lehrer und war unter anderem als Sachverständiger in den USA, für UN-Gremien und den Innenausschuß des Deutschen Bundestages tätig. Er ist Träger der Verdienstmedaille des Bundesverdienstordens und Preisträger der internationalen Umweltschutzmedaille.

Unter dem Titel: "Der größte Massenmord der menschlichen Geschichte" berichtet nun der 76-Jährige über Zusammenhänge und Ursachen vieler Konflikte und Nöte, die sich zurzeit auf unserem Planeten ereignen. Dabei wirft er viele Fragen auf. Sind die vielen Kriege der letzten Jahrzehnte, sowie auch der Erste und Zweite Weltkrieg, zufällig entstanden?

Oder steht hinter dieser Zerstörung, der weltweiten Verschuldung, dem Werteverfall auf allen Ebenen, der immensen Umweltverschmutzung usw. ein sorgfältig ausgearbeiteter Plan? Gibt es Menschen, die diese mißliche Lage schon vor langer Zeit geplant und niedergeschrieben haben? Und was haben die Guidestones in Georgia, USA, und der Plan, die Weltbevölkerung auf unter 500 Millionen Menschen zu reduzieren, damit zu tun?

Sehen Sie jetzt die Einschätzung von Holger Strohm.

Auszug aus dem Vortrag von Prof. Dr. Walter Veith:

"Also die Freimaurer, die in den USA als Freimaurer bekannt sind, und hier sind viele Unterlagen darüber, da braucht man nicht darüber zu diskutieren, Bill Clinton ist 33., Newt Gingrich, Bob Dole, Jack Kemp, Storm Thurmond, Colin Powell, Jesse Helms, Barry Goldwater, Al Gore und, und, und. Viele! Und alle, die Präsidenten waren. Barry Goldwater usw. Colin Powell - alles Freimaurer, Liste nach Liste, nach Liste. Wenn ihr noch ein paar in Europa haben wollt: Sogar Yasser Arafat ist 33. Grad, Ronald Reagan, Michail Gorbatschow, Helmut Kohl, Schimon Peres, François Mitterand, Yitzhak Rabin, Willy Brandt, Gerald Ford, Karl Marx, Frederick Engels, Roosevelt, Winston Churchill usw. usw.

Und da ist die Liste: Kissinger, Hoover, Cecil Rhodes, Aleister Crowley, eine ganz interessante, Billy Graham. Alle sind sie drauf. Lord David Owen, Plato, Jimmy Carter..., na ja, wie lang braucht man die Liste noch. Königin Elisabeth ist die Königin des 300er Bilderbergerkomitees. Sie ist eine der Höchsten da in diesem Mittelpunkt. Und noch ein paar Interessante: Hillary Clinton ist 6 ° Grand Dame - darüber werden wir in den nächsten mehr reden. Otto of Habsburg, die Bushs natürlich sind nicht nur Freimaurer, sondern Illuminaten, Skull and Bones usw.

Die Illuminatenmitglieder so nebenbei: Jacob Astor, McGeorge Bundy, Andrew Carnegie, Walter Freeman, Harriman, Ted Kennedy, Rockefeller Sr., David Rockefeller, Lee Teng-hui und alle möglichen. Wir brauchen sie nicht alle nennen. Gut, aber sie sind stolz drauf sogar.

Hier sehen wir Präsident Eisenhower, der Hoover hier verehrt mit dem 33 ° Grand Cross bei einer Zeremonie im Weißen Haus - 33. Grad. Also diese hohen Freimaurer regieren nicht nur in Europa, sie regieren überall. Und da sind sie alle, alle angebracht als 33 ° Freimaurer. Die Letzten tun sie nicht drauf, aber in ein paar Jahren sind die auch dabei."

Das Einzige aber - das, was sicher ist - ist, sie sind Satanisten. Und kein anderer als Jesus hat das bereits gesagt. Jesus nannte Satan ausdrücklich den Herrscher dieser Welt. Die ganze Welt liegt in der Macht dessen, der böse ist. Die Bibel bezeichnet Satan als Gott des Systems der Dinge. Und Jesus zweifelte nie daran, daß alle Regierungen dieser Welt sich in Satans Hand befinden.

Das ist also ganz eindeutig. Und das sieht man auch an den sogenannten Guidestones in Georgia. Das sind sechs Granitplatten, die 7 m hoch sind, über 120 Tonnen wiegen. Und im Zentrum ist eine Platte, um die sich vier weitere sternförmig gruppieren, die nach bestimmten Sternen ausgerichtet sind und der Sonne und dem Mond. Und auf ihnen stehen die zehn Gebote der Neuen Weltordnung in acht modernen Sprachen und vier altertümlichen. Und dort steht eigentlich angeblich Harmloses drin, jedenfalls erscheint das so, wenn man es vernünftig liest. Aber, wenn man dahinter blickt, kann einem nur grausen.

Die ersten beiden dieser Gebote lauten ...

Die Veröffentlichung der Guidestones 1980, 322, beinhaltet folgenden Text:

"Behaltet die Menschheit unter 500 Millionen im steten Einklang mit der Natur."

Wir sind jetzt 7 bis 8 Milliarden Menschen auf der Erde. Genau weiß das keiner, und die Zahlen sind veraltet. Vermutlich sind wir 7,5 Milliarden. Das heißt, 7 Milliarden Menschen, 94 %, müssen weg. Das sind du und ich; aber diese Herren, die das Sagen haben, selbstverständlich nicht.

Als Zweites heißt es:

"Steuere die Fortpflanzung weise in Verbesserung von Tauglichkeit und Vielfalt."

Und so geht das immer weiter. Das Ganze ist eindeutig ein Text der Neuen Weltordnung, eigentlich ein Kunstwerk. Aber es ist ein satanisches Kunstwerk. Darauf weist auch die Gründerzahl hin. Nämlich 322 ist der Erkennungscode von Skull and Bones, einer satanischen Loge, in der unter anderem amerikanische Präsidenten waren und sind.

Und dreimal 22 ist bekanntlich 66, also das kabbalistische Wort für den Teufel. Weiterhin sind in diesem okkulten Monument viele versteckte Botschaften. Elisabeth Roth, Professor Dr., schreibt in ihren drei Bänden - dies ist aus zwei Bänden etwas, was interessant ist. Und zwar, der Geheimplan, das Handbuch zu den Guidestones, dort heißt es unter anderem: "Wir werden ein Geldsystem etablieren, das sie für immer gefangen nimmt und ihre Kinder in Schuld und Schulden. Wir werden ihre Aufmerksamkeit auf Geld und materielle Güter richten, so daß viele nie eine Verbindung mit ihrem inneren Selbst herstellen. Wir werden weiche Metalle, Alterungsbeschleuniger und Beruhigungsmittel in Nahrung und Wasser benutzen. Auch in der Luft. Die Metalle werden dazu führen, daß sie ihren Verstand verlieren."

Das sind also Aluminium, Kupfer usw. über die Chemtrails. "Wir versprechen ein Heilmittel

auf unseren vielen Bereichen zu finden, aber wir werden sie füttern mit mehr Gift. Die Gifte werden über ihre Haut und den Mund aufgenommen werden und ihr Gehirn und Fortpflanzungssystem zerstören. Die Gifte werden in allem versteckt sein, was sie umgibt. In dem was sie trinken, essen, atmen und tragen. Wir werden sie lehren, daß die Gifte gut sind. Mit spaßigen Bildern und Musiktönen. Wenn sie gebären, werden wir Gifte ins Blut ihrer Kinder injizieren und sie davon überzeugen, es ist für ihre Hilfe.

Wir werden früh beginnen, wenn ihre Gehirne jung sind. Wir werden auf ihre Kinder zielen, mit dem was sie lieben - Süßes. Wenn ihre Lernfähigkeit beeinträchtigt wurde, werden wir Medikamente erschaffen, die sie kränker machen und andere Krankheiten verursachen, wofür wir noch mehr Medikamente erstellen werden. Wir werden sie durch unsere Macht von uns gelehrt und schwach machen. Sie werden deprimiert, langsam und übergewichtig wachsen. Wir werden sie ablenken mit Unzucht, äußeren Genüssen und Spielen. Sie werden tun, wie wir es sagen.

Wenn sie sich weigern, werden wir Möglichkeiten finden, bewußtseinsverändernde Technologie in ihrem Leben einzusetzen. Wir nutzen Angst als unsere Waffe. Wir werden ihre Regierung aufbauen und innerhalb Gegensätze etablieren. Wir werden beide Seiten besitzen. Sie werden für uns die Arbeit durchführen und wir werden von ihren Schulden/Schulden gedeihen.

Wir werden sie dazu bringen, sich gegenseitig umzubringen, wenn es uns paßt. Wir werden alle Aspekte ihres Lebens kontrollieren und ihnen sagen, was und wie sie zu denken haben. Sie werden damit beschäftigt sein, einander zu töten, bis unser oberstes Ziel erreicht wird. Wir werden auch weiterhin damit machen, daß sie durch Bild und Ton in Angst und Wut leben." Und so weiter.

Wie soll nun diese Bevölkerungsreduzierung geschehen? Indem man die Menschen auf 500 Millionen zurückbringt. Das geschieht zum einen über Radioaktivität. Wir wissen also, daß jeder zweite Mensch in der industrialisierten Welt mittlerweile an Krebs erkrankt. Und der größte der krebserzeugenden Substanzen, also ein Karzinogen, ist Radioaktivität. "Friedlich in die Katastrophe" - in diesen beiden DVDs sagen die besten Experten wie gefährlich Radioaktivität ist.

Professor Dr. Dr. John Gofman, der sowohl Physiker als auch Arzt war und der Direktor des National Livermore Laboratory, ein Forschungsinstitut in den USA, und ein hoher Angestellter der Atom-Energie-Kommission, war der führende Plutoniumforscher.

Er hat festgestellt, daß ein einziges Kilogramm Reaktor-Plutonium ausreichend ist, um dutzenden Milliarden Menschen auf der Erde ihre tödliche Lungenkrebsdosis zu verpassen, wenn Plutonium gleichmäßig verteilt wird. Aber Plutonium wird gleichmäßig verteilt. Dafür sorgt es selber, denn es oxidiert, wenn es mit Luft oder Wasser in Berührung kommt und schwebt als kleines Teilchen davon und wird eingeatmet oder geht über die Nahrung in den Körper. Und wir haben hunderte Tonnen von diesem Zeug produziert. Aber das hat anscheinend nicht gereicht, weil es wohl lange dauert, bis der Krebs richtig effektiv ist.

Frieder Wagner hat diesen preisgekrönten Film angefertigt - "Todesstaub" (Anm. "DEADLY DUST"). Und er berichtet darüber, wie Atommüll, der in den Wiederaufbereitungsanlagen und Anreicherungsanlagen anfällt, zu tödlichen Geschossen gefertigt wird, also für Bomben, für Maschinengewehrmunition, für Panzermunition oder für riesige Bomben, mit denen unterirdische Bunker geknackt werden sollen. Und dieses Zeug besteht hauptsächlich aus Uran 238, was nicht spaltbar ist und deswegen keinen Wert besitzt für die friedliche oder kriegerische Atomindustrie.

Das ist aber sehr schwer und durch dieses ungeheure Gewicht ist es als Geschloß gut geeignet und wenn es im Panzer oder im Bunker eindringt, erzeugt es durch die Reibung eine Hitze von 5.000 Grad und dabei verbrennt es explosionsartig und erzeugt kleine Nano-Teilchen,

kleine, kleine Winzigeilchen aus Radioaktivität. Und Uran 238 hat eine Halbwertszeit von 4,6 Milliarden Jahre. Das Zeug verschwindet nie. Und es wird mit dem Wind und dem Regen vor sich hergetrieben

und es wurde in allen Kriegen - in allen demokratischen Kriegen der NATO - eingesetzt und ist mittlerweile überall auf der Welt nachweisbar. Und dort, wo es eingesetzt wurde, sind die Krebsraten hochgeschossen. Aber auch in dem Rest der Welt wird es immer mehr für Krebs sorgen. Dies ist also ein Massenmord, wie er vorher nie existiert hat. Aber es wird noch mit anderen Methoden betrieben; und zwar hatte FOCUS am Anfang dieses Jahres 2019 einen umfangreichen Artikel: Sperma-Alarm.

Und dort wurde berichtet, daß die Spermien bei den weißen Männern in den Ländern Europa, Nordamerika, Australien sowie Neuseeland, drastisch zurückgegangen sind. Faktisch ist nur noch eine Minderheit der Männer überhaupt in der Lage, Kinder auf normalem Wege zu zeugen und, wenn dies weitergeht, so heißt es: "Wenn die Entwicklung so weitergeht, ist in spätestens 30 Jahren für die meisten Paare eine Zeugung auf natürlichem Wege, nicht mehr möglich."

Aber genug Spermien liefern dagegen Männer aus Südamerika, Afrika und Asien. Das ist ja genau das, was die neue Weltordnung hat. Die weiße Rasse soll durch eine negroide Mischrasse ersetzt werden. Dies hat man jetzt betrieben. Und zwar - wie ist dies geschehen? - daß die Spermien alle kaputt gehen und die Männer langsam zu Frauen werden? Unter starkem Verdacht stehen sogenannte EDCs - Endocrine Disrupting Chemicals. Dabei handelt es sich um hormonell wirksame Chemikalien, z.B. Weichmacher in Plastik oder UV-Blocker in Sonnencremes.

Diese Weichmacher in dem Plastik agieren im menschlichen Körper wie das weibliche Hormon Östrogen; und wir wissen ja, daß alle Lebensmittel darin verpackt sind und von diesen Verpackungen, von diesen Plastikfolien, gehen diese Substanzen, - oder von den Plastikflaschen -, in die Nahrung, in die Medikamente, in Kosmetika, in Spielzeuge, Textilien usw. Wir nehmen sie mit der Nahrung auf, mit dem Wasser und der Luft. Und die Körper der Männer werden immer weiblicher und ihre Zeugungsfähigkeit verschwindet - sagt FOCUS - und weist darauf hin, daß das eine enorme Gefahr ist, weil eine Fortpflanzung dann nicht mehr möglich ist.

Ein weiteres Mittel, um uns zu dezimieren sind Kriege, die ja zurzeit wieder propagiert werden. Die Kriege in Korea, Indochina, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien usw., kosteten Millionen Menschen das Leben und verwüsteten ihre Länder. Zurzeit droht ein kalter Krieg zwischen der NATO und Rußland. Die Folgen sind Wettrüsten und eine massive Feind-/Kriegspropaganda. Medien und Berichterstatter führen die Kriegstrommel. Regierung und ihre Geheimdienste inszenieren Täuschungsmanöver und Hetzkampagnen.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Integrity Initiative, die 2.500 Nachrichten produziert hat, um die Bevölkerung auf den 3. Weltkrieg einzustimmen. Diese Initiative wurde von der britischen Regierung, dem amerikanischen Außenministerium und der NATO finanziert. Sie hat ein riesiges Netzwerk aufgebaut, bestehend aus Politikern, Chefredakteuren, Geheimdiensten, Generälen, Wissenschaftlern, um Greuelpropaganda gegen Rußland, Syrien, China usw., gezielt zu verbreiten. Dazu paßt, daß Merkel und Macron am 22.1.19 in Aachen einen Vertrag unterzeichnet haben, der eine Intensivierung der Kriegsvorbereitungen bedeutet. Und sie wollen die abrückenden US-Truppen in Syrien ersetzen, um Assad zu stürzen.

Die Kriegsmaschinerie der Ursula von der Leyen wird weiter hochgerüstet, obwohl wir ja wissen, daß da alles nicht funktioniert; aber hauptsächlich, um die Bevölkerung auf Krieg einzustimmen. Im Jahr 2000 gab es acht Länder ohne eine Zentralbank, die von Rothschild kontrolliert wurde. Heute sind es nur noch vier. Diese acht Länder waren: Afghanistan, Iran, Sudan, Libanon, Kuba, Nordkorea, Iran, Syrien. Wir wissen, daß in vier dieser Länder der Krieg

stattgefunden hat. Seitdem kontrolliert Rothschild deren Notenbanken. Nun fehlen noch Kuba, Nordkorea, Iran, Syrien usw. Aber auch dort ist man am Arbeiten.

Schon 1871 wurden die drei Weltkriege vorausgesagt in allen Details, und zwar von Albert Pike, ein Hochgradfreimaurer. Er ist in etwa das "Der Gott unter den Freimaurern", der den schottischen Ritus gegründet hat, also die Hochgrade von 30-33 Grad. Und er hat an Mazzini (der war der Kopf der Illuminaten) 1871 einen Brief geschrieben, in dem er die drei Weltkriege vorausgesagt hat und genau beschrieben hat, was dort geschehen wird. Und zwar hat er erklärt: Der erste Weltkrieg diene dazu den Kommunismus aufzubauen und die Königshäuser zu beseitigen und Deutschland zu schwächen.

Der zweite Weltkrieg wurde geführt, um Deutschland zu zerstören, die Russen zu bestrafen, Juden zu töten, damit man Israel bekommt. Und der dritte Weltkrieg - so hat er vorausgesagt - würde zwischen Israel und seinen islamistischen Nachbarn geschehen, und würde sich von dort auf die ganze Welt ausdehnen, und so entsetzliche und schreckliche Greuel verursachen, daß die Menschheit, geschockt von diesen schlimmen Ereignissen, dann sich der Diktatur der neuen Weltordnung unterwerfen würde.

Auszug aus dem Vortrag von Prof. Dr. Walter Veith:

"Im August 1871 schreibt Albert Pike einen Brief an Mazzini, in dem er den Plan auslegt, was in dieser Welt passieren muß, welche Kriege kommen müssen, bis wir endgültig diese Eine-Welt-Regierung haben und den Protestantismus endgültig vernichtet haben. Toll! Also ein Krieg gegen Christus! Was ist passiert nach dem Zweiten Weltkrieg? Genau das ist passiert.

Und dann einen Dritten Weltkrieg - den haben wir ja noch nicht, aber es sieht ja interessant aus, was in der Welt passiert - der soll im Mittelosten passieren, und es soll ein Krieg sein zwischen dem Judentum und dem Islam, der sich in der ganzen Welt verbreitet. Und dieser Krieg zwischen den Moslems und den Juden, der soll endgültig dieses Armageddon herbeiführen.

Albert Pike erklärt dann das noch ein bißchen mehr und schreibt dann auch hier in einem anderen Brief, wie das passieren soll: "Wir wollen die Nihilisten und die Atheisten erst mal gründen, also dieses kommunistische, atheistische System, und dann wollen wir einen Kataklysmus herbeibringen, einen Krieg und ein Leid, wie es vorher noch nicht gab, so schrecklich. Der Erste und der Zweite Weltkrieg, der war ja genau so.

Und im Endeffekt wollen wir den Menschen zeigen, was absoluter Atheismus eigentlich erreichen kann. Ein blutiges Blutbad soll es geben. Und am Ende soll dieser Atheismus und das Christentum gleichzeitig besiegt werden, und die reine Doktrin Luzifers mit der Vernichtung des Christentums und des Atheismus gleichzeitig soll herbeigebracht werden."

Und wir streben mit einer großen Zielstrebigkeit auf den Dritten Weltkrieg zu - und auf den größten Massenmord der menschlichen Geschichte.

Michael Lüders hat dieses Buch geschrieben: "Armageddon im Orient". Michael Lüders ist ein Nahostexperte, und zwar einer, der richtig Ahnung hat, weil er hat lange Zeit für "Die Zeit" und andere Zeitschriften geschrieben. Und in diesem Buch beschreibt er, wie der Dritte Weltkrieg unaufhörlich auf uns zukommt. Und er sagt: "Das Ganze wird durch eine wahnsinnige Heuchelei geprägt.

Der Iran wird als Bösewicht dargestellt. Dabei war der Iran noch nie so demokratisch und menschlich wie heute. Früher, als die Ayatollahs dran waren, haben Israel und Amerika Atomkraftwerke an ihn geliefert und auch an den Schah, und die Atombombentechnologie. Es wurden die Raketen im Iran gebaut für den Iran. Israel hat ganze Fabriken gebaut und Anlagen für Raketentests, und lieferte das Wissen zum Bau der Raketentechnologie und zum Bau der Atombombe. Und diese Raketen konnten sogar mit Atomsprengköpfen versehen werden.

Das Nuklearprogramm wurde den Iranern förmlich aufgezwungen. Und die iranischen Raketen wurden am Anfang direkt aus Israel geliefert. Und auch unter Khomeini, dem vermeintli-

chen Todfeind, wurde im besten Einvernehmen Iran weiter aufgerüstet und erhielt umfangreiche Rüstungsdeals. 1980 einigte sich Reagan und die CIA-Chefs George Bush und William Casey auf umfangreiche Waffenlieferung und Ersatzlieferung an Iran unter der Bedingung, daß die amerikanischen Geiseln erst nach der Amtseinführung Reagans freigelassen werden. Im irakisch-iranischen Krieg lieferte Washington Waffen an beide Seiten zum Nutzen der US-Rüstungsindustrie.

Und obwohl die USA 1984 ein offizielles Waffenembargo gegen den Iran verhängt hatten, erhielt das Khomeini-Regime über 80 % der Waffen aus Israel und aus den USA.

Yitzhak Rabin erklärte 1987 gar den Iran als besten Freund Israels.

Die USA verkauften ihre Waffen auch an Osama bin Laden, aus dessen Reihen die Taliban hervorgingen und al-Qaida und der IS. Ohne amerikanische Unterstützung gäbe es diese Terrororganisationen gar nicht. Erst wurden Probleme geschaffen, und dann, bei ihrer Lösung, anscheinend noch andere, neue Probleme geschaffen und neue Krisen herbeigeführt. Ein Teufelskreis, der den Abbau demokratischer Rechte und eine stringente Überwachung der eigenen Bevölkerung notwendig macht.

Nun wird Saudi-Arabien aufgerüstet. Nach Amerika und USA geben die Saudis am meisten für Waffen aus. Sie haben ungeheure Deals insgesamt über 800 Mrd. Dollar mit den Amerikanern abgeschlossen. Einer der Golfstaaten hat sein erstes Atomkraftwerk gebaut, Saudi-Arabien plant ein Dutzend weiterer plus die Technologie, um Atombomben herzustellen. Und der saudische Prinz hat klargemacht: "Diese Bomben sind für den Iran bestimmt." Und das wiederum bedeutet, daß es dort, so meint Michael Lüders, fast schlafwandlerisch zu einem Dritten Weltkrieg kommt, der so entsetzlich sein wird, und der den größten Teil der Menschheit auslöschen wird.

Wir sehen aber, daß diese Kriege ganz systematisch geplant, vorbereitet und durchgeführt werden. Es ist ein einziger Wahnsinn. Wenn wir Menschen nicht aufwachen und diese Machthaber zum Teufel jagen, werden wir alle sterben. Das sollte uns klar sein. Es ist wirklich an der Zeit, aufzuwachen und sich zu wehren.<<

30.04.2019

BRD: Die Online Zeitung "Epoch Times Deutschland" berichtet am 30. April 2019: >>Dual Fluid Reaktor: Dieser Kernreaktor ist ungefährlich und grün - CO2-Problem gelöst?

Atomstrom ist grün, wäre da nicht die stete Gefahr des Super-GAU's. Ein Entwicklerteam hat mit dem Dual-Fluid-Reaktor einen neuen, sicheren Reaktortyp patentieren lassen. Das Beste ist jedoch der Brennstoff: Atommüll aus anderen Kraftwerken.

Der Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland ist beschlossene Sache, doch der Atommüll bleibt, und das für viele Tausend Jahre. Es sei denn, ein findiger Forscher hat eine geniale Idee

...

Götz Ruprecht und sein Team von Physikern des Berliner Instituts für Festkörper-Kernphysik sind diese findigen Forscher. Sie haben einen Kernreaktor der vierten Generation entwickelt und patentieren lassen (PCT/DE2012/000957). Einerseits ist dieser intrinsisch sicher, das heißt ein Unglück wie einst in Tschernobyl oder jüngst in Fukushima sei unmöglich, andererseits kann dieser Reaktor mit dem Atommüll aus anderen Kraftwerken betrieben werden. Ein Endlager im heutigen Sinne würde damit entfallen.

Natürlich produziert auch der neue Reaktor "Atommüll", doch die meisten dieser Stoffe "besitzen Halbwertszeiten von deutlich unter hundert Jahren", berichtet die "Welt". Ruprecht ergänzt: "Nach diesem Zeitraum könnten 90 Prozent der Spaltprodukte aus dem Zwischenlager entnommen werden, nach 300 Jahren der Rest." Das heißt, ein Endlager muß statt einigen tausend Jahren "nur" 300 Jahre halten.

20.000 Tonnen Atommüll könnten erneut genutzt werden

In den USA gibt es bereits Dutzende junge Firmen, die sich mit dem Thema Kernenergie 4.0

und entsprechenden Reaktoren beschäftigen. Darunter auch Bill Gates Firma TerraPower. Auch in Europa ist dieser Forschungsgedanke angekommen und hat mit dem "Dual-Fluid-Reaktor" (DFR), dem Zwei-Flüssigkeiten-Reaktor des Berliner Instituts für Festkörperphysik ein erstes Ergebnis geliefert. ...

Kernphysiker Götz Ruprecht erklärt:

... "Ein Vorteil dieses Reaktorprinzips besteht darin, daß sich hier gleichermaßen Natururan, abgereichertes Uran, Thorium und eben auch alle abgebrannten Brennelemente besonders effizient nutzen lassen", so Ruprecht.

Das heißt, die etwa 20.000 Tonnen Atommüll aus deutschen Zwischenlagern können, statt irgendwann unter der Erde zu verschwinden, in einem Reaktor erneut genutzt, abgereichert und nach einer Lagerzeit von wenigen Hundert Jahren sicher entsorgt werden.

Man müsste die Pellets aus den alten Brennstäben nur zermahlen, das Pulver in einem chemischen Reaktor in Salze umwandeln und diese dann in den Flüssigsalz-Kreislauf einbringen."

"Dual-Fluid-Reaktor" mit flüssigem Salz und Blei

Während in einem klassischen Kernkraftwerk die Brennelemente in einem Wasserbad stehen, das die Wärme ableitet - daher der Name Siedewasserreaktor - befinden sich die Brennelemente des Dual-Fluid-Reaktors in einem Bad aus flüssigem Blei. Dies hat zwei entscheidende Vorteile. Blei hat eine verhältnismäßig große Wärmekapazität und bietet gleichzeitig - im Gegensatz zu Wasser - eine hervorragende Abschirmung gegen radioaktive Strahlung.

Über einen Wärmetauscher im Blei-Kreislauf kann der Reaktor der Berliner Physiker wie jedes andere Kraftwerk Wasserdampf erzeugen. Dieser kann wiederum eine Dampfturbine antreiben und damit elektrische Energie bereitstellen. Weitere Nebenprodukte des Dual-Fluid-Reaktors umfassen wertvolle Edelmetalle, unter anderem Ruthenium, Rhodium und Palladium. Ihren Gesamtwert schätzen die Forscher auf mehrere Millionen Euro. Auch das in der Medizin benötigte Radioisotop Mo-99 kann im Überfluß erzeugt werden.

Die Vorteile dieses Reaktors liegen auf der Hand - grüner Strom, kaum Atommüll und oben-drein seltene und wertvolle Edelmetalle. Was aber passiert, wenn doch etwas schiefgehen sollte. Was passiert im Falle einer übermäßigen Energiefreigabe?

Sollte es - aus welchem Grund auch immer - zu einer starken Erhitzung der Salzschnmelze kommen, dehnt sie sich aus. Die wiederum führt zur einer Reduktion der Dichte der Schmelze und zu einer verringerten Leistungsabgabe. Darüber hinaus haben die Forscher eine Schmelzsicherung vorgesehen, die sich im Fall der überhöhten Temperatur auflöst. Dann fließt die gesamte Reaktorflüssigkeit in unterirdische Auffanggefäße, so daß die Menge in jedem Behälter unterkritisch bleibt. Die Forscher des Instituts für Festkörper-Kernphysik gehen jedoch davon aus, daß es niemals zu einer solchen Situation kommen wird.

1,5 Milliarden Euro für ein neues Atomkraftwerk

Auch wenn die derzeitige politische Situation den Bau eines neuen Kernkraftwerks in Deutschland nahezu undenkbar macht, haben die Berliner Forscher auch seine finanziellen Kennzahlen berechnet. Die Baukosten für einen Reaktor mit drei Gigawatt thermischer und 1,5 Gigawatt elektrischer Leistung belaufen sich auf etwa 1,5 Milliarden Euro, wovon etwa 45 Prozent für den Kraftwerksbau veranschlagt sind. Die Produktionskosten der elektrischen Energie belaufen sich auf etwa 0,65 Cent pro Kilowattstunde und liegen damit deutlich unter den Stromkosten der Photovoltaik von circa drei bis elf Cent pro Kilowattstunde.

Neben der Bereitstellung elektrischer Energie ermöglichen die hohen Temperaturen der Bleischmelze von etwa 1.000° Celsius auch die thermische Spaltung von Wasser in Sauerstoff und Wasserstoff und könnte so einen Beitrag für die Mobilität der Zukunft leisten. Marktreif ist der Dual-Fluid-Reaktor jedoch noch nicht. Bisher haben die Wissenschaftler sämtliche Funktionen lediglich berechnet.

Eine erste Studie, die die Machbarkeit und Sicherheit des Dual Fluid Reaktors belegen könnte,

dürfte mindestens vier Millionen Euro kosten", so Ruprecht, "die Entwicklung eines Teststands, mit dem sich die praktische Machbarkeit des Dual Fluid Konzepts demonstrieren ließe, würde mindestens 20 Millionen Euro erfordern."

Derartige Geldsorgen dürfte Bill Gates Firma TerraPower nicht haben, auch sie forschen an einem Reaktor auf Basis einer Salzschnmelze.<<

17.05.2019

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 17. Mai 2019: >>Intoleranz gegenüber Abweichtlern

Redefreiheit: Politisch kampagnenfähig ist nur, wer Zugriff auf den öffentlichen Raum hat

Thorsten Hinz

Die Themenliste des öffentlich nicht mehr oder kaum noch Verhandelbaren wird immer länger. Sie umfaßt den Schutz des ungeborenen Lebens, Zweifel am anthropogenen Klimawandel, die Gender-Ideologie, den Islam, die zunehmenden Kulturkonflikte im Land, die Zuwanderung und anderes.

Wer sich abweichend von der offiziellen Sprachregelung äußert, stellt sofort fest, daß seine Meinungsfreiheit sehr schmal bemessen ist. Schlimmstenfalls wird ihm gedroht, daß seine Meinung eine "faschistische" und damit ein Verbrechen sei. In der liberalen Variante wird ihm zwar bestätigt, daß er frei darin sei, seine Meinungen, Überzeugungen, Erkenntnisse zu pflegen, er aber kein natürliches Recht besitze, sie öffentlich auszubreiten.

Andersdenkende, die den Konflikt scheuen, leben Meinungsfreiheit daher innerhalb der Grenzen aus, die in diesen Versen gezogen sind: "Ich denke, was ich will / Und was mich beglückt, / Doch alles in der Still / Und wie es sich schicket."

Das Refugium der Privatheit kann gar nicht hoch genug geschätzt werden, zumal es von den Gesinnungswächtern massiv in Frage gestellt wird. Doch politische Wirksamkeit entfaltet die Widerrede erst, wenn sie die Öffentlichkeit erreicht und in den politischen Diskurs eingeht.

In diesem Sinne bezeichnet "Meinungsfreiheit" das Recht auf Präsenz im öffentlichen Raum. Nehmen Andersdenkende es heute in Anspruch, werden ihnen demokratiefeindliche "Wortergreifungsstrategien", auf Gewaltandrohung angelegte "Aufmärsche" und menschenfeindliche "Hetze" unterstellt. Das Selbstverständliche wird zum Skandalon erklärt. Immerhin bietet das Internet eine alternative Möglichkeit für Informationsaustausch, Analyse und Diskussionen. Hinsichtlich des Reflexionsniveaus, der analytischen Schärfe und des Sprachwitzes überbieten Plattformen und Blogs die durchschnittlichen Standards der Tagespresse, der politischen Magazine und Talkshows.

Doch vorerst handelt es sich nur um einen erweiterten Samisdat. Darunter verstand man im kommunistischen Ostblock die Verbreitung systemkritischer Literatur über nichtoffizielle Kanäle. Die großen Weichen werden immer noch andernorts gestellt. Politisch kampagnenfähig ist nur, wer Zugriff auf die großen Pressenhäuser, die Rundfunk- und Fernsehkanäle hat, wer Hörsäle, Versammlungsräume und Bühnen besetzt. So ist es Politik und Medien gelungen, die Mär der ausländerfeindlichen Hetzjagd von Chemnitz in die Welt zu setzen und den Ausgangspunkt der Bürgerproteste - den Mord an einem Deutschen durch einen Asylbewerber - so gut wie vergessen zu machen.

Es ist ein Irrtum zu meinen, daß solche Manipulationen nur die ausnahmsweisen Schwächeanfänge eines sonst intakten Systems sind. Nein, hier wird ein ganzes Arbeits- und Funktionsprinzip anschaulich. In einem im Sommer 2018 in der New York Times erschienenen Aufsatz hat der amerikanische Philosophie-Dozent Bryan W. Van Norden eine exemplarische Innenansicht und Selbsterklärung der Medienpraxis geliefert und aus linksliberaler Sicht gerechtfertigt. Eine deutsche Übersetzung wurde im Kulturmagazin des Goethe-Instituts, das Goethe, unter der Überschrift "Kein Recht auf Publikum" veröffentlicht.

Bezeichnenderweise beginnt Norden mit einem Zitat aus Herbert Marcuses Essay über "Re-

pressive Toleranz", in dem bedauert wird, daß in den Debatten der Massenmedien die Dummheit genauso viel Raum erhält wie die Intelligenz - ein Befund, dem man unabhängig vom politischen Standpunkt zustimmen kann. Da der Zugang zur weiten Öffentlichkeit - durch Fernsehsender, Zeitungen, Zeitschriften, Vorträge usw. - eine knapp bemessene Ressource sei, brauche es, so Norden, "treuhänderische Wächter der rationalen Debatte", die für einen "gerechten Zugang" sorgen.

Die "Verweigerung institutioneller Verbreitungswege" sei keine "Zensur", sondern ein vernünftiges Korrektiv. Norden widerspricht dem englischen Philosophen John Stuart Mill (1806-1873), der die absolute Meinungs- und Publikationsfreiheit verlangt hatte, weil auch eine falsche Meinung eine produktive Auseinandersetzung auslösen könne, in der die wahrheitsgemäße Sichtweise sich neu legitimiere.

Zu Mills Lebzeiten sei das richtig gewesen, weil falsche Ansichten etwa zur Sklaverei und zur Rolle der Frau weit verbreitet gewesen seien und eine Erörterung solcher Fragen mehrheitlich abgelehnt wurde. Unter Berufung auf die freie Meinungsäußerung konnte die "Tyrannei der Mehrheit" umgangen und die Debatte dennoch geführt werden. Unter heutigen Umständen sei die Auffassung dagegen "naiv". Denn während die schrankenlose Redefreiheit im 19. Jahrhundert dazu diene, die "Tyrannei der Mehrheit" zu überwinden, würde sie sie heute begünstigen und den rationalen Diskurs zerstören.

Wie aber unterscheidet man "offensichtliche Unwahrheiten" vom rationalen Argument, "die renitenten Ignoranten und intellektuellen Hochstapler" von denen, "deren Kompetenz außer Frage steht" und die deshalb auf "gerechten Zugang" pochen dürfen? Die Antwort Nordens ist keine philosophische, sondern eine rein politische. Die falschen sind die "rechtsextremen Ansichten" (worunter auch die genannten Themen fallen).

Der Experte für fernöstliche Philosophie ist verräterisch nahe beim Marxisten Marcuse, der dafür plädiert hatte, "den Konservativen und der politischen Rechten" die Toleranz zu entziehen, "noch ehe sie aktiv werden können". Das bedeute "Intoleranz auch gegenüber dem Denken, der Meinung und dem Wort".

Gewiß seien das "antidemokratische Vorstellungen", die sich jedoch notwendigerweise aus dem tatsächlichen Zustand einer Gesellschaft ergeben, in der "die Basis für allseitige Toleranz zerstört" sei. Dafür Sorge unter anderem die "Herrschaft der monopolistischen Medien" als "Instrumente ökonomischer und politischer Macht", die ein falsches Bewußtsein erzeugten. "Die Bedingungen, unter denen Toleranz wieder eine befreiende und humanisierende Kraft werden kann, sind erst herzustellen."

Um seine Toleranz-Vorstellungen unanfechtbar zu machen, läßt Marcuse sie eschatologisch auf: "Das Telos der Toleranz ist Wahrheit." Norden zitiert den Satz zwar nicht, doch bildet der Anspruch, die Wahrheit gegen die Lüge zu verteidigen, den Ausgangspunkt seiner Ausführungen. Seine Wahrheitskriterien, die das Recht auf ein Massenpublikum begründen, sind denkbar schlicht.

Er plädiert dafür, daß Öffentlichkeit "auf Grundlage von Leistung und gesellschaftlichem Nutzen gewährt wird". Das erste Kriterium ist ein qualitatives, das zweite ein pragmatisches. Nur gibt es auch nützliche Täuschungen und Unwahrheiten und kann des einen Nutzen des anderen Schaden sein. Und ein Experten- oder Elitenkonsens kann auf einem gemeinsamen, fundamentalen Irrtum beruhen.

In der DDR wurde jeder Schüler im Staatsbürgerkunde-Unterricht mit dem Lenin-Zitat konfrontiert: "Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist." Von diesem Standpunkt aus verbreitete jeder, der der Marxschen Lehre widersprach, die Unwahrheit. Es war also vollkommen richtig, daß ihm der Mund verboten und er zur Machtlosigkeit verurteilt war. Nicht um die Wahrheit ging es, es ging um den Machterhalt der marxistisch-leninistischen Staatspartei!

Um Machterhalt geht es auch heute. So behauptet Norden, amerikanische Universitäten hätten der "fairen und ausgewogenen Diskussionskultur einen Schaden" zugefügt, als sie den Politikwissenschaftler Charles Murray einluden, seine "pseudowissenschaftlichen Thesen" zu diskutieren. Murray hatte 1994 gemeinsam mit dem Psychologieprofessor Richard Herrnstein das Buch "The Bell Curve" verfaßt, in dem sie Unterschiede in der durchschnittlichen Intelligenz der Rassen konstatieren und diese auch auf genetische Veranlagungen zurückführen.

Was daran wissenschaftlich oder bloß "pseudowissenschaftlich" ist, wäre zu diskutieren, doch Murrays Gegner wollen dekretieren statt in einen fairen Meinungsstreit einzutreten. Im März 2017 war der Wissenschaftler im Middlebury College in Vermont eingeladen. Auf Youtube kann man die tatsächlichen Tyrannen in Aktion sehen: ein wutschnaubender Studenten-Mob, der den Referenten niederbrüllt. Murray und eine ihn begleitende Professorin wurden sogar tätlich angegriffen, was Norden bedauert - und zwar, weil das dem "Gegner" Gelegenheit gibt, "die Rolle des Märtyrers" zu ergreifen.

Die Medienkonzentration hat seit den Lebzeiten Marcuses große Fortschritte gemacht. Der Zugang zur Öffentlichkeit kann jetzt noch effektiver kontrolliert werden. Seine geistigen Nachfolger haben sich ganz prächtig darin eingerichtet. Schlichte Geister wie die Grünen-Politikerin Katrin Göring-Eckardt sind Dauergäste in den Medien, der schlaue AfD-Mann Gottfried Curio dagegen nie. Es gibt übrigens bei Marcuse auch erhellende Sätze: "In der gegenwärtigen Periode wird das demokratische Argument zunehmend dadurch hinfällig, daß der demokratische Prozeß selbst hinfällig wird." Streicht man das Adverb "zunehmend", hat man eine exakte Beschreibung der Lage.

Der Aufsatz über Redefreiheit von Bryan W. Van Norden ("Kein Recht auf Publikum") kann im Internet auf der Seite des Goethe-Instituts gelesen werden unter: www.goethe.de<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 17. Mai 2019: >>Atom ist das neue Grün

Renaissance der Kernenergie ist denkbar und machbar: Der Dual-Fluid-Reaktor ist ein möglicher Ausweg aus der verkorksten Energiewende

Karsten Mark

Der Aufsichtsratsvorsitzende des Industriekonzerns Linde AG, Wolfgang Reitzle, redete vergangene Woche in einem Interview mit der Welt Klartext: Es mache ihn "sprachlos", wie "lässig und faktenignorierend die Politik in Deutschland bei Themen wie der Energiewende Grundsatzentscheidungen trifft", sagte der Topmanager. Der großen Koalition unter Angela Merkel warf er vor, mit falschen Weichenstellungen den Wohlstand des Landes aufs Spiel zu setzen. "Die gesamtwirtschaftlichen Folgen werden nicht betrachtet", so Reitzle.

Vielleicht waren es die dunklen Wolken am Konjunkturhorizont, vielleicht hatten ihn auch die jüngsten Forderungen der "Fridays for Future-Schulschwänzer", ein 47-Tage-Ultimatum zum nationalen Stopp der Kohleverstromung an den Essener Konzern RWE, zur Weißglut gebracht. Mit Blick auf die Klimaerwärmung forderte Reitzle, den Beschluß zum Atomausstieg zu korrigieren: "Die Kernenergie sollte weiter Bestandteil unserer Energiepolitik bleiben, weil nur sie grundlastfähig, billig und CO2-frei ist."

Das hatte sich lange keiner mehr getraut: öffentlich eine Lanze für die Kernenergie zu brechen. Wer sich in den vergangenen Jahren überwiegend aus der Tagesschau und ihren öffentlich-rechtlichen Nachrichten-Schwestern über die 2011 von Merkel ausgerufene "Energiewende" informiert hatte, mußte doch glauben: Der Atomausstieg bis Ende 2022 ist ebenso unantastbar wie zweifelsfrei vernünftig. Schließlich betonen dort immer gleiche wie neue Experten, daß der Atom- und Kohlestrom, also das, was die Netzbetreiber allgemein als "Grundlast" bezeichnen, sowieso nur das Netz für die Erneuerbaren verstopft - respektive exportiert wird, weil man ihn in Deutschland gar nicht mehr brauche.

Daß die Realität ganz anders aussieht, zeigt die neueste Prognose der Bundesnetzagentur. Die-

se hält eine Verdoppelung der bisherigen Reserve-Kraftwerksleistung auf 10.647 Megawatt bis zum Winter 2022/23 für notwendig. Das entspricht der Leistung von etwa zehn Kernkraftwerken. Von einem Kohleausstieg ist in diesem Szenario noch gar keine Rede, weshalb die Ermahnung des Netzagentur-Präsidenten Jochen Homann, das mache "die Bedeutung eines zügigen Netzausbaus deutlich", eigentlich nur die halbe Wahrheit darstellt.

Denn mit der Aufgabe der gesamten Kohleverstromung, die politisch aktuell diskutiert wird, fiel gleich ein ganzes Drittel der deutschen Stromversorgung flach - die Kernenergie liegt nur noch bei knapp zwölf Prozent. Und ohne Kohle und Kernkraft hilft auch kein noch so extensiver Netzausbau mehr. Die letzte verbleibende, vom Wetter unabhängige Brückentechnologie zur Stromerzeugung blieben die Gaskraftwerke, die aber wegen des Gaspreises teuer zu betreiben sind, die die Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas vergrößern und ebenfalls aus grüner Ideologie heraus bekämpft werden. Schließlich "blockiert" auch der Strom aus den mittlerweile sehr energieeffizienten Gaskraftwerken potentiell den Ausbau der "grünen" Energiequellen Wind und Sonne.

Der neue Kernreaktor soll absolut sicher sein

Die Lösung, die der Leiter des Berliner Instituts für Festkörper-Kernphysik (IFK Berlin GmbH), Armin Huke, für das Energiewende-Problem präsentiert, scheint ein wenig wie eine Maschine, die zu schön ist, um wahr zu sein: Der Zwei-Flüssigkeiten-Reaktor, ein neuartiger Kernreaktor der Generation IV, soll sämtliche Sicherheitsprobleme bisheriger Kernkraftwerke beseitigen und auch noch das Problem des über Hunderttausende von Jahren strahlenden Atommülls lösen. Als Sahnehäubchen versprechen die Atomphysiker obendrein einen Strompreis von einem Cent pro Kilowattstunde - auf lange Sicht vielleicht sogar nur einen Zehntel Cent. Heute zahlen die Deutschen pro Kilowattstunde zwischen 29 und 30 Cent.

Die Zutaten des neuen Reaktors, für den das Berliner Institut mittlerweile sogar ein internationales Patent hat, sind nicht neu, aber neu konzipiert: Es handelt sich um einen schnellen Brutreaktor, der überwiegend mit günstigem Thorium oder natürlichem Uran statt mit aufwendig angereichertem Uran arbeiten kann, der statt mit festen Brennstäben mit einem nuklearen Brennstoff in einer flüssigen Salzschnmelze funktioniert und der statt mit vergleichsweise ineffektivem Wasser die Wärme mit flüssigem Blei aus dem rund 1.000 Grad heißen Reaktorkern abführt, wobei das Blei exzellent die radioaktive Strahlung absorbiert - Röntgenpatienten kennen die anzulegende Bleischürze.

Nach den zwei Flüssigkeiten, mit denen das neue Reaktorkonzept im Gegensatz zu herkömmlichen Siedewasserreaktoren arbeitet, gaben ihm die Entwickler den Fachnamen Dual-Fluid-Reaktor (DFR).

Das alles erscheint auf den ersten Blick kaum wie eine idyllische Vision zur Erzeugung sanften, nebenwirkungsfreien Ökostroms. Doch die Argumente für den Dual-Fluid-Reaktor, der die Vorteile eines Thorium-Brutreaktors, eines Flüssigsalz-Reaktors und eines metallgekühlten Reaktors vereinen soll, sind bestechend: Der Reaktor soll etwa inhärent sicher sein, also bauartbedingt aus sich selbst heraus nicht überhitzen können. Unter keinen Umständen würde die gefürchtete Radioaktivität in die Umgebung freigesetzt. Ein Super-GAU wie in Tschernobyl oder Fukushima wäre damit ausgeschlossen.

"Sobald die Kernreaktion mehr Wärme erzeugt als optimal, steigt die Temperatur. Das flüssige spaltbare Material dehnt sich aus und kann dann durch seine geringere Dichte weniger Neutronen einfangen, welche die Kettenreaktion aufrechterhalten. Dadurch wird die Wärmeproduktion wieder reduziert, und die Schmelze kühlt sich automatisch wieder ab. Es pendelt sich immer die optimale und unproblematische Temperatur ein", erklärt Projektleiter Götz Ruprecht gegenüber der JUNGEN FREIHEIT.

"Und bei einer echten Überhitzung schmilzt ein Sicherheitsstopfen im Röhrensystem, und das spaltbare Material fließt in mehrere unterirdische Becken ab, wodurch die Kettenreaktion ge-

stoppt wird. Die Restzerfallswärme nähmen dann die meterdicken Betonwände auf, danach die Umgebung." Wasserstoffexplosionen wie in Fukushima oder ein verheerender Graphitbrand wie in Tschernobyl wären in solch einem Reaktor schlicht nicht möglich.

Überdies soll der Dual-Fluid-Reaktor nur noch zum Anfahren teures, hoch angereichertes Uran benötigen - als starke Neutronenquelle, die die nukleare Kettenreaktion in Gang setzt. Läuft diese Kettenreaktion dann erst einmal, "erbrütet" der Reaktor seinen eigenen Brennstoff - zumindest in der Theorie. Praktische Erfahrungen mit einem Dual-Fluid-Reaktor gibt es bislang schlichtweg nicht.

In der öffentlichen Forschungsförderung sind neue Reaktorkonzepte nicht vorgesehen. Von offizieller staatlicher Seite stößt das technische Konzept der Berliner Physiker bislang auf "völliges Desinteresse", beklagt Projektleiter Ruprecht. Zudem sei auch die Nuklearindustrie kaum zu begeistern. Das Flüssigsalzkonzept würde am bisherigen Geschäftsmodell mit festen Brennstäben und deren Wiederaufarbeitung rühren.

Einziger Hoffnungsschimmer: die derzeitige konservative Regierung in Polen. Sie plant für die Zukunft mit weniger Kohle, die derzeit etwa 85 Prozent der heimischen Stromversorgung speist, und mit mehr Kernenergie - zunächst mit den zur Zeit gängigen Druckwasserreaktoren, für die Zukunft aber ausdrücklich auch mit dem Dual-Fluid-Reaktor. Demnächst werden es sieben Doktoranden sein, die an der Universität Stettin an ersten Projekten zur praktischen Umsetzung des DFR-Konzepts arbeiten, zudem arbeiten die Doktoranden am Warschauer Nationalen Kernforschungszentrum NCBJ.

"Das ist ein guter Anfang, aber reicht bei weitem nicht", sagt Projektleiter Ruprecht, "die Doktoranden sind noch in der Ausbildung. Doch wir brauchen auch erfahrene Physiker und Ingenieure, erst dann kann wirklich etwas entwickelt werden." In Deutschland gibt es von solchen Fachleuten immer weniger, die Studiengänge für Reaktorbauer wurden durchweg abgeschafft - und Fördergelder für Forschung an Nukleartechnik gibt es erst recht kaum noch.

Niedriger Millionenbetrag für Versuchsanlage nötig

Indes schicken sich die Berliner Physiker an, alte und scheinbar auf ewig währende Probleme der Kernkraft zu lösen: nämlich den Atommüll zu "entschärfen", der derzeit in Zwischenlagern untergebracht ist. In Kernreaktoren herkömmlicher Konzepte werden nur fünf Prozent des Urans in einem Brennstab tatsächlich genutzt, dann springt der Reaktor nicht mehr an. "Wir könnten abgebrannte Brennelemente zermahlen, chemisch geeignet umwandeln und im DFR weiter abbrennen", sagt Götz Ruprecht der JF.

"Die Spaltprodukte, die regelmäßig aus der Brennstoffschmelze herausdestilliert werden, hätten am Ende nur noch Abklingzeiten von 100 bis maximal 300 Jahren - statt bislang 300.000 Jahren." Denn der DFR würde mit schnellen Neutronen arbeiten, womit schwere Nuklide gespalten werden. Es bleiben kleine Mengen unverwertbarer Isotope übrig. Die radioaktiv strahlenden Abfälle, die im öffentlichen Bewußtsein emotional sehr angstbehaftet sind - Stichworte Castor-Transporte nach Gorleben - und ganze Generationen von Umweltbewegten auf Trab hielten, würde der DFR im Gegenteil maximal verwerten und Energie in Hülle und Fülle gewinnen.

Armin Huke und sein Team haben ihr Reaktorkonzept auf eine Leistung von drei Gigawatt ausgelegt. Zum Vergleich: Das zweitleistungstärkste Kraftwerk Deutschlands, das Braunkohlekraftwerk Niederaußem, hat eine Leistung von knapp 3,4 Gigawatt. Diese über drei Milliarden Watt Wärme könnte auch der DFR produzieren - ganz ohne CO₂ in die Atmosphäre zu pusten.

Kritiker wie der aus dem ZDF bekannte Astrophysiker Harald Lesch bezweifeln, daß sich abgebrannte Brennelemente tatsächlich so einfach in den Reaktor einbringen ließen. Auch strahlten die abgebrannten Spaltprodukte zwar weniger lang, dafür aber zunächst weitaus stärker. Zu diesem Ergebnis kam zumindest ein Gutachten, das noch eine rot-grüne Regierungs-

koalition in Norwegen in Auftrag gegeben hatte.

Götz Ruprecht zeigt sich gegenüber Kritikern durchaus selbstbewußt: "Wir würden uns über ein Gutachten, das unser Konzept kritisch überprüft, absolut freuen." Für eine Versuchsanlage ("Demonstrator") mit Originalmaterialien, allerdings ohne Kernspaltung, nebst begleitendem Forschungsprojekt setzt Ruprecht im Gespräch mit dieser Zeitung einen Betrag von 20 Millionen Euro an. Die nötige Summe bis zum Bau eines Prototypen ihres Reaktors schätzen die Forscher auf etwa 10 Milliarden Euro.

Ein serienreifes Kraftwerk soll dann etwa 1,5 Milliarden Euro kosten - was für ein Kernkraftwerk durchaus günstig wäre und nur rund ein Drittel über den Kosten eines modernen Steinkohlenblocks läge. Mit einem geologischen Endlager für die abgebrannten Kernbrennstoffe kalkulieren die Forscher übrigens gar nicht mehr. Die aus Sicherheitsgründen unterirdisch zu bauenden Kraftwerke könnten selber auch als Zwischenlager dienen.

Auf die Effizienz kommt es an

Der Erntefaktor (englisch EROI, Energy return on investment) ist das Verhältnis zweier Energien: der elektrischen Energie, die eine Anlage während ihrer gesamten Lebensdauer produziert, zu derjenigen Energie, die für Bau, Betrieb/Wartung und Rückbau aufgewendet werden muß. Effizienz, Umweltfreundlichkeit und Nachhaltigkeit lassen sich somit mathematisch exakt bestimmen. Photovoltaik- und Windkraftanlagen weisen einen extrem kümmerlichen Erntefaktor auf, der unterhalb der Wirtschaftlichkeitsschwelle von Faktor 8 liegt.

Zwei-Flüssigkeiten-Reaktor

Funktionsschema des Dual-Fluid-Reaktors (DFR): Effizient, CO₂-frei und abfallarm

Der DFR ist ein Kernkraftwerk der vierten Generation, das mit flüssigen statt festen Kernbrennstoffen betrieben wird. Der Trick besteht darin, die Funktionen der Brennstoffzufuhr und Wärmeabfuhr zu trennen. Man erhält so zwei parallele Kreisläufe, die in ihrer jeweiligen Funktion optimiert werden können. Er erzeugt aus Atommüll Unmengen von Energie. Auf ein Endlager kann verzichtet werden.<<

Horst Koch berichtet am 17. Mai 2019 in seinem Internet-Blog "www.horst-koch.de" über die Demontage des Industriestandorts Deutschland (x960/...): >>**Wird Erdogan den neuen Berliner Flughafen bauen?**

Von *Peter Haisenko*

Jetzt wird zur Gewißheit, was kluge Köpfe seit Jahren fordern: Die betongewordene Schande BER muß abgerissen werden, weil falsche Materialien verbaut worden sind. Das ist seit 2012 bekannt, aber erst jetzt wird darauf reagiert. Die Planung des BER zielte von Anfang an darauf ab, das Großprojekt zum Scheitern zu verdammen.

Als Herr Ruhnau, der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Lufthansa, zum Projektleiter für den neuen Berliner Flughafen berufen wurde, hatten Insider gleich ein mulmiges Gefühl. Es war der Herr Ruhnau, dem es gelungen ist, den gewerkschaftseigenen Konzern COOP innerhalb eines Jahres zu ruinieren und liquidieren. Wie ich aus informierten Kreisen weiß, hatte er dann den Auftrag, auch die Lufthansa in den Ruin zu treiben. Mit dem faulen Argument, Slots - also Streckenrechte - für die Zukunft zu besetzen, hat er Strecken betrieben mit B 737 (124 Sitzplätze), die durchschnittlich nur mit sechs (!) Passagieren ausgelastet waren.

Er hat offen bekundet, so viele Piloten auszubilden, daß das Überangebot die Gehälter der Piloten drastisch schrumpfen lassen sollte. Das sehr engagierte Lufthansa-Personal hat das nicht zugelassen.

Der BER sollte niemals eine Erfolgsgeschichte werden

Beim Berliner Flughafen hat Herr Ruhnau dann als erstes mit falschen, für Fachleute völlig unsinnigen Grundstückskäufen (Baufeld Ost) etwa sieben Milliarden DM versenkt. Er hat eine Planung vorgelegt, die für eine Stadt mit etwa 700.000 Einwohnern größtmäßig angemessen gewesen wäre. Nachdem er den Grundstein für das Scheitern dieses Prestigeprojekts gelegt

hatte, hat er sich aus dem Staub gemacht und wurde anschließend immer noch in "Elite-Kreisen" hofiert.

Der Werdegang Ruhnaus läßt kaum Zweifel daran, daß er gezielt ausgewählt wurde mit dem Auftrag, das BER-Projekt so zu gestalten, daß es niemals eine Erfolgsgeschichte werden kann. Er hat seinen Auftrag erfüllt. Bereits in den 1990-er Jahren, als Herr Diepgen (CDU) Regierender Bürgermeister war, wurde die Öffentlichkeit über den Baufortschritt des Flughafens vorsätzlich belogen. Das weiß ich von dem damaligen Pressesprecher, der auf die Anweisung zu lügen, sein Amt niedergelegt hat.

Der Aufsichtsrat der Betreibergesellschaft war immer politisch besetzt mit Leuten, die fachlich völlig unbeleckt waren. Ob auch das Methode hatte, lasse ich im Raum stehen. Fest steht heute, daß der Berliner Flughafen zur Lachnummer für die ganze Welt geworden ist. Die Folge ist, daß sich niemand mehr weltweit einen Flughafen von deutschen Firmen bauen läßt. BER hat die Umkehrung des rundherum gelungenen Münchner Flughafens geschafft, der die Aufträge für deutsche Flughafenbauer gesichert hatte. Ob auch das ein Ziel bei der "Planung" des BER war, stelle ich ebenfalls in den Raum.

Der Verdacht der gezielten Sabotage liegt nah

BER wird 2020 nicht eröffnet werden. Die Mängel sind zu gravierend. Es wurden Plastikdübel in Kalksandstein verbaut, die nicht zugelassen sind und die erforderliche Tragfähigkeit nicht aufweisen. Insgesamt sind im BER zu viele Kalksandsteinwände installiert, die nach Gutachten des TÜV komplett rausgerissen und ersetzt werden müßten. Man kann in Kalksandstein keine Dübel setzen, die Lasten tragen sollen. Die Dübel sprengen mit ihrem Druck den Stein, wenn sie nicht aus Plastik sind und aus Plastik dürfen sie nicht sein, wegen des Brandschutzes.

Die Kalksandsteinwände zu ersetzen ist bautechnisch nahezu unmöglich und so wird kaum ein Weg daran vorbeiführen, das ganze Murkswerk abzureißen. Damit geht dann die nächste Milliarde dahin und die Kosten für Nichts werden die Achtmilliardengrenze überschreiten. Nachdem diese Mängel aber bereits seit 2012 bekannt sind, kann man hier nicht mehr von Unfähigkeit sprechen, man muß gezielte Sabotage annehmen.

Abgesehen davon, daß die Neuplanung nach dem Abriß wieder einige Jahre in Anspruch nehmen wird, muß das Projekt dann wieder ausgeschrieben werden. Wer noch daran glaubt, daß dann eine deutsche Firma, ein deutsches Firmenkonsortium, den Zuschlag erhalten wird, glaubt nach dem Debakel nur noch, wer auch an den Weihnachtsmann glaubt. Erdogans Türkei hingegen kann einen neuen Flughafen in Istanbul präsentieren, der zeitgerecht und effizient gebaut worden ist. Das können auch Chinesen oder Russen.

So steht zu erwarten, daß die Industrienation Deutschland seinen neuen Hauptstadtflughafen nicht selbst bauen wird. Kann es noch peinlicher werden, wenn man Türken, Russen oder Chinesen braucht, um in Deutschland einen Flughafen zu bauen? Da könnte der Verdacht aufkommen, daß in höchsten deutschen (!) Kreisen Jahrzehnte nach dem Krieg daran gearbeitet wird, den Morgenthau-Plan umzusetzen, nämlich Deutschland zu deindustrialisieren.

Der ehemals hochgelobte Industriestandort Deutschland kriegt nichts mehr auf die Reihe

Berlin wird innerhalb der nächsten zehn Jahre keinen neuen Flughafen bekommen. Da fühle ich mich doch an einen Kabarettisten erinnert, der Wowereit folgendes in den Mund gelegt hat: Flughafeneröffnung 2013? Ich weiß auch nicht, wie dieser Zahlendreher entstanden ist. (2031) So wird sich der Berliner Senat doch noch gegen seinen erklärten Willen an den Volksentscheid halten müssen, Tegel für Jahre oder Jahrzehnte offen zu halten.

Bahnhöfe, Flughäfen und Bahnstrecken: Nichts bringen unsere Politprofis auf die Reihe. Der Gotthardtunnel ist seit Jahren fertig, aber für die Zulaufstrecke im deutschen Rheintal ist die Planung noch nicht einmal abgeschlossen. Der Brennerbasistunnel wird demnächst fertigge-

stellt, aber die Planung für den Zulauf auf deutscher Seite durch das Inntal hat noch nicht einmal begonnen.

Nein, das kann nicht mehr mit Unfähigkeit begründet werden, das ist Sabotage. Sabotage am Industriestandort Deutschland, an der (unverständlicherweise) immer noch geschätzten deutschen Präzision und Zuverlässigkeit.

Der BER steht symbolisch für die Demontage des Industriestandorts Deutschland. Ausschreibungen werden so schlampig ausgeführt, daß anschließend die Kosten auf das Vielfache ansteigen. Elbphilharmonie oder Stuttgart 21. Wohnraum ist ohne korrekte Ausschreibung an angelsächsische Kapitalgesellschaften verschleudert worden.

Für all das muß natürlich niemand Verantwortung übernehmen. Nein, auch der Spaßbürgermeister Wowereit kann sich weiterhin in seiner üppigen Pension baden. Nach 14 Jahren Merkel ist Deutschland in einem jämmerlichen Zustand. Mißstände abstellen? Wir machen uns Sorgen, wir nehmen es ernst, wir arbeiten daran - aber wir tun nichts. Siehe "Cum-Ex-Geschäfte" die seit 19 Jahren bekannt und nicht abgestellt sind.

Wessen Geschäft betreiben die deutschen Regierungen?

Wie BER zeigt, hat die Demontage Deutschlands schon früher begonnen, nämlich spätestens nach der "Wiedervereinigung", die auch nicht völkerrechtsmäßig abgelaufen ist. Rohwedder und Herrhausen mußten ihr Leben lassen, weil sie mit der Treuhand die "neuen Bundesländer" zu einem Erfolgsmodell machen wollten. Frau Breuel, in Oxford/England ausgebildet, hat dann das gemacht, was man in London schon seit 100 Jahren als oberstes Ziel gesetzt hatte: Die Zerstörung der deutschen Wirtschaftskraft, der man in England nichts entgegensetzen kann. Die Frage ist nun, ob es in den deutschen Regierungen überhaupt Politiker gibt oder gab, die nicht an der Zerstörung Deutschlands arbeiten.

Helmut Schmidt hat Deutschland in die Schuldenfalle geführt. **Helmut Kohl** hat ohne Not auf die "deutschen Ostgebiete unter polnischer Verwaltung" verzichtet und das Angebot Gorbatschows schlank angelehnt, Ostpreußen zurück zu erhalten. **Schröder** hat mit der "Agenda 2010" den sozialen Frieden zerstört und mit **Fischer** Deutschland wieder in Kriege geführt.

Frau Merkel schließlich hat die deutschen Grenzen einfach für alle geöffnet und jegliche Rechtsstaatlichkeit aufgehoben, wenn es um Zuwanderer geht.

Die deutsche Spitzentechnologie Dieselmotoren ist seines Nimbus' beraubt worden. Bayer kauft Monsanto, damit umgehend milliardenschwere Regreßansprüche über amerikanische Gerichte an ein jetzt deutsches Unternehmen gestellt werden können. Die fruchtbare Zusammenarbeit mit Rußland wurde mit ungerechtfertigten Sanktionen zerstört, die Deutschlands Wirtschaft Milliardenverluste bescheren. Deutsche Soldaten stehen wieder an der Grenze zu Rußland. Nichts davon kann als förderlich für Deutschland bezeichnet werden.

Wessen Geschäft betreiben die deutschen Regierungen?

BER steht nur symbolisch für den allgemeinen Niedergang. Infrastruktur und Schulen sind in einem jämmerlichen Zustand. Die "Energiewende" ist Flickwerk und hat Deutschland die höchsten Strompreise gebracht, worunter die deutsche Industrie auch leidet. Ausländische Großkonzerne zahlen in Deutschland fast keine Steuern. Nein, alles in Summe betrachtet, kann nicht mehr Unfähigkeit angenommen werden, es kann nur noch geplante Sabotage sein. Ob der "Deutsche Michel" aufwachen wird, wenn Erdogans Türkei den Berliner Flughafen baut?

Ob es jemals dazu kommen wird, daß die Zerstörer Deutschlands vor Gericht gestellt werden? Das ist unwahrscheinlich, aber wenn doch, sind einige tausend Jahre Haft fällig.

Die unkontrollierte Zuwanderung nach Deutschland hat nicht erst 2015 begonnen.

Schon der damalige Außenminister Fischer hat die unkontrollierte Zuwanderung von Ukrainern befördert, indem er einfach deren Visumpflicht aufgehoben hat. Während die CDU noch 1991 stramm Wahlkampf gegen Zuwanderung gemacht hat, hat Merkel das ins Gegenteil ver-

kehrt.

Wer heute noch glaubt, die Probleme mit Migranten wären zufällig entstanden, der hat das Werk von **Hans Jörg Schrötter** noch nicht gelesen: "Auf nach Germania", in dem er, der Insider aus dem Ministerium, Stück für Stück mit Namen und Titeln den Nachweis führt, daß auch in dieser Hinsicht nichts zufällig abgelaufen ist. "Auf nach Germania" ist erhältlich im Buchhandel oder direkt zu bestellen beim Verlag hier.

Mit dem Werk "**Die Deutschen - Das klügste Volk auf Erden verabschiedet sich von der Geschichte**" belegt Hans-Jürgen Geese den Verdacht, daß unsere "Politprofis" extra so ausgewählt worden sind, damit sie Deutschland den größtmöglichen Schaden zufügen - eben Deutschland zu einem tragischen Fall der Geschichte machen können, indem es nicht mehr als Kultur- und Industrienation weiter existieren wird. Auch dieses Werk ist erhältlich im Buchhandel oder direkt zu bestellen beim Ander-Welt-Verlag. ...<<

22.05.2019

BRD: Die Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V. veröffentlicht am 22. Mai 2019 folgende Anmerkungen zum siebzigsten Geburtstag des Grundgesetzes (x934/...): >>**Erika Steinbach zum 70. Geburtstag des Grundgesetzes**

Geburtstagskind in Not – Anmerkungen zum siebzigsten Geburtstag des Grundgesetzes
Von Erika Steinbach - Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V.

... Nach der Wiedervereinigung gab es die Forderung nach einer gänzlich neuen Verfassung. Um etwa erforderlichen, zwingenden Änderungsbedarf festzustellen oder gar eine neue Verfassung einzufordern, wurde durch Bundesrat und Bundestag die Gemeinsame Verfassungskommission von Bund und Ländern eingesetzt.

Das Gremium kam zu der Erkenntnis, daß größere Änderungen auch nach der Wiedervereinigung entbehrlich seien und daß es aus rein juristischer Sicht keiner Volksabstimmung über das Grundgesetz bedürfe. Allerdings wies es in dem Bericht auch darauf hin, daß die Durchführung eines Volksentscheids über das Grundgesetz durchaus eine integrierende Wirkung zwischen Politik und Bürgern haben könnte.

Wir leben also bis zum heutigen Tage auf dem juristischen Fundament, das die Verfassungsväter und Mütter in schwierigster Zeit auf den Weg gebracht haben.

Was heutzutage beunruhigen muß, ist die blanke Feststellung, daß über elementare Teile des Grundgesetzes selbst die Bundeskanzlerin vorsätzlich hinweggeht. Die Aussage der Bundeskanzlerin, "Das Volk ist jeder, der in diesem Lande Lebt" ist zutiefst verfassungswidrig. Nicht jeder, der sich aus irgendeinem Teil der Welt hier legal oder illegal niedergelassen hat, gehört zum Volk. Unser Grundgesetz ist darin eindeutig.

Das Grundgesetz bestimmt in seinen Artikeln 20 und 116 das glatte Gegenteil. Und das Bundesverfassungsgericht hat am 31. Oktober bereits 1990 dazu klargestellt, daß Artikel 20 Abs. 2 Satz 1 bestimmt, daß das Staatsvolk unseres Landes Träger und Subjekt der Staatsgewalt ist und das Staatsvolk, von dem alle Staatsgewalt ausgeht, nach dem Grundgesetz von den Deutschen, also den deutschen Staatsangehörigen und den ihnen nach Artikel 116 gleichgestellte Personen gebildet wird.

Noch niemals zuvor seit 1949 hat ein Kanzler an der Spitze der Bundesrepublik Deutschland eine zentrale Norm der Verfassung so mir nichts, dir nichts einfach vom Tisch gewischt. Dabei handelt es sich beim Artikel 20 um einen Artikel mit Ewigkeitsgarantie, der nicht einmal mit einer Zweidrittelmehrheit geändert werden könnte. Die Kanzlerin unseres Landes hat hiermit eine rote Linie überschritten. Allerdings nicht erstmals.

Daß bindende Gesetze seitens der Kanzlerin in diktatorischer Selbstherrlichkeit freihändig mißachtet werden, ist keine Ausnahme. Seit 2005 hat die Kanzlerin mehrfach Entscheidungen gegen gültiges Recht und Gesetze getroffen: Von der Eurorettung über den abrupten Atomausstieg innerhalb von nur drei Tagen bis zur rechtswidrigen, unkontrollierten Aufnahme von

inzwischen an die zwei Millionen Migranten reichen die autokratischen Entscheidungen, die unserem Land dauerhaft schwere Lasten aufbürden. Sie hat Deutschland massiven Schaden zugefügt.

Damit hat die Bundeskanzlerin massiv gegen den in Artikel 5 des Grundgesetzes vorgeschriebenen Amtseid verstoßen. Der da lautet:

"Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, daß Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe".

Deutschland ist auf dem Fundament des Grundgesetzes ein Rechtsstaat. Jeder, der in unserem Lande lebt, hat unsere Gesetze zu respektieren und sich nach ihnen zu richten. Politiker, und insbesondere die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, haben in der Gesetzestreue Vorbild zu sein. Eine Kanzlerin, die sich öffentlich gegen elementare Rechtsgrundlagen unseres Staates stellt und sie aktiv mißachtet, hat im Grunde ihr Amt verwirkt.

Beunruhigend daran ist, daß das laut Grundgesetz zuständige Kontrollgremium über die Handlungen der Bundesregierung, nämlich der Deutsche Bundestag, all das hinnimmt und damit die ihm aufgegebene Verpflichtung nicht erfüllt.

Seit 70 Jahren leben wir in einem demokratisch verfaßten Staat. Dafür steht das Grundgesetz. Keine Demokratie der Welt kommt ohne das Recht der Meinungsfreiheit aus. Wo es keine Meinungsfreiheit gibt, da ist demokratisch formulierte Gesetzgebung reine Makulatur. Am Status der Meinungsfreiheit läßt sich der Zustand eines Staatswesens signifikant erkennen. Hier entwickelt sich Deutschland in eine zutiefst beunruhigende Richtung. Immer weniger Menschen wagen, ihre Meinung zu politischen und gesellschaftlichen Themenfeldern offen auszusprechen aus Angst, stigmatisiert zu werden.

Der Umgang mit Männern wie Thilo Sarrazin oder Hans Georg Maaßen macht schlaglichtartig deutlich, wie mit nicht Mainstream konformen Überzeugungen brachial umgegangen wird. Da paßt das Motto, bestrafe einen, erziehe Hunderte. Leider zeigt das erkennbar Wirkung.

Im Bereich unseres wunderbaren deutschen Wortschatzes werden mehr und mehr Begriffe aussortiert, indem man sie stigmatisiert. Seit Jahren zunehmend.

Den Vogel hat der Mann abgeschossen, der seitens der Bundesregierung seit kurzer Zeit für den Schutz der Verfassung zuständig ist: der neue Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang. Er will, so sagte er, mit seiner Behörde dafür sorgen, daß die Grenze zwischen legitimem Protest und Extremismus wieder deutlich erkennbar wird. Er versteigt sich dazu, festzustellen, daß die "Neue Rechte" bewußt nicht mehr von "Rasse" spräche, sondern statt dessen von "Identität, Kultur und Ethnien".

Dieser sogenannte Verfassungsschützer trägt vorsätzlich dazu bei, nicht nur Meinungsfreiheit, sondern mit der Stigmatisierung dieser Unterscheidungsvokabeln auch Wissenschaft und Forschung zu begrenzen.

Eine Demokratie ohne Meinungsfreiheit ist nur noch eine Pseudo-Demokratie. Mit diesem Verfassungsschutzpräsidenten hat die Bundesregierung gewollt den Bock zum Gärtner gemacht. Das muß uns alle in diesem Jubiläumsjahr des Grundgesetzes zutiefst beunruhigen.

Was die Freiheitsrechte unseres Grundgesetzes anbelangt, ist Gefahr im Verzug.

Es gibt ein wunderbares Volkslied:

"Freiheit die ich meine, die mein Herz erfüllt, komm' mit Deinem Scheine, süßes Engelsbild. Magst du nie dich zeigen der bedrängten Welt, führst Deinen Reigen nur am Sternenzelt."

Im siebzigsten Jahr des Grundgesetzes erleben wir ein Geburtstagskind in Not. ...<<

25.05.2019

BRD: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 25. Mai 2019 folgender Bericht über die Folgen des Versailler Vertrages ([x1.014/...](#)): >>>Versailler Vertrag, Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg

Neuere Forschungsergebnisse, die nicht selten unbegründet als "Verschwörungstheorien" oder "Geschichtsrevisionismus" abgetan werden.

Von *Wolfgang Bittner*

Als Verlierer des Ersten Weltkriegs wurde Deutschland durch den Versailler Vertrag mit Reparationen in immenser Höhe belastet. Zuerst waren es 20 Milliarden Goldmark (damals ca. 7.000 Tonnen Gold), eine spätere Forderung belief sich auf 269 Milliarden Goldmark, die in 42 Jahresraten ausgezahlt werden sollten. Ein Teil sollte in Sachleistungen erbracht werden. Außerdem verlor Deutschland die Kolonien, mußte 90 Prozent der Handelsflotte übergeben sowie zwölf Prozent der jährlichen Ausfuhren abtreten. Als das Deutsche Reich mit den Reparationszahlungen in Rückstand geriet, besetzten Anfang 1923 französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet.

Verursacht durch die Reparationszahlungen und diverse sonstige Leistungen entstand in Deutschland zunehmend eine explosive Stimmung. Die Arbeitslosigkeit wuchs ins Unermeßliche, viele Menschen hungerten. Das Ruhrgebiet und das Saarland wurden von Frankreich ausgebeutet, die Provinz Oberschlesien mit Kohlegruben und Eisenverhüttung sowie die Stadt Danzig dem Völkerbund unterstellt. Die Provinz Posen, ein großer Teil Westpreußens, das Gebiet um Soldau und Teile von Hinterpommern mußten an Polen abgetreten werden, das Memelland kam unter alliierte Verwaltung.

Weitere Teile des Deutschen Reiches wie Nordschleswig, Eupen-Malmedy oder das Hultschiner Ländchen fielen an Nachbarstaaten, die linksrheinischen Gebiete blieben besetzt, eine Vereinigung des Deutschen Reiches mit Österreich wurde verboten. Die Grenzen wurden von den Siegern - Franzosen, Engländer, Amerikaner, Belgier, Polen - neu gezogen. Die deutsche Bevölkerung fühlte sich entehrt, unterdrückt und geplündert. Daß diese Situation dazu beigetragen hat, daß Hitler und seine Anhänger an die Macht kamen, ist unter Historikern unbestritten.

"Alleinschuld Deutschlands" und die Folgen

Nach Artikel 231 des Vertrags von Versailles wurde Deutschland und seinen Verbündeten die alleinige Schuld am Ersten Weltkrieg gegeben, und in zahlreichen Publikationen wird bis heute von dieser Alleinschuld oder zumindest von einer überwiegenden Schuld des Deutschen Reiches ausgegangen.

Das war schließlich durch die Unterzeichnung des Versailler Vertrags besiegelt worden. Doch nach neueren Forschungen ist diese Geschichtsauffassung widerlegbar. Danach wurden Deutschland und Österreich-Ungarn offensichtlich Opfer einer raffinierten, intriganten Machtpolitik Großbritanniens, Frankreichs und der global agierenden Kapitallobby in den USA, die auch die Bedingungen für den Vertrag von Versailles bestimmten.

Das Deutsche Reich war nicht nur besiegt worden, es war der Willkür fremder Mächte ausgeliefert. Da es keine Armee mehr hatte, war es zudem schutzlos. Bereits in den Waffenstillstandsverhandlungen war bestimmt worden, daß Deutschland sämtliche Waffen abzuliefern habe. Unter anderem sah der am 11. November 1918 geschlossene Vertrag von Compiègne die Übergabe von 5.000 Geschützen, 25.000 Maschinengewehren und 1.700 Flugzeugen an die Entente vor.

Darüber hinaus die Internierung der deutschen Kriegsflotte, die Ablieferung von 5.000 Lokomotiven und 150.000 Eisenbahnwaggons, die Annullierung des Friedens von Brest-Litowsk mit Sowjetrußland sowie den Abzug der deutschen Truppen aus Ostafrika. Die britische Seeblockade, durch die Zehntausende verhungerten, wurde nicht aufgehoben. Der französische

Marschall Ferdinand Foch triumphierte: Jetzt sei Deutschland "den Siegern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert".

In der Tat hatten die Vertreter Deutschlands, die am 28. Juni 1919 im Schloß von Versailles den Friedensvertrag unterzeichneten, keine Wahl. Ihnen blieb nichts anderes übrig, als die diktierten unmäßigen Bedingungen unter Protest anzunehmen.

Die Versprechungen, die zum Waffenstillstandsabkommen geführt hatten, wurden nicht eingehalten, der 14-Punkte-Plan vom Januar 1918 des US-Präsidenten Woodrow Wilson, nach dem in Europa eine friedliche Nachkriegsordnung hergestellt werden sollte, war Makulatur geworden. Die Siegermächte ließen sich auf keine weiteren Verhandlungen mehr ein, sie verfügten über Deutschland.

Unter den heimkehrenden Soldaten, die ihre Waffen abgegeben hatten, und in der Bevölkerung verbreitete sich eine von der Obersten Heeresleitung ausgehende "Dolchstoßlegende", wonach das deutsche Heer "im Felde unbesiegt" geblieben und von "vaterlandslosen Zivilisten" aus der Heimat verraten worden sei. Beginnend mit dem Kieler Matrosenaufstand war es im Herbst 1918 zu revolutionären Aufständen gekommen, daneben zur Bildung von privaten Truppenverbänden aus ehemaligen Soldaten, den sogenannten Freikorps.

In Oberschlesien fanden, initiiert durch Polen, zwischen 1919 und 1921 drei Aufstände statt, bei denen auch polnisches Militär und schwere Waffen, unter anderem Artillerie und mehrere Panzerzüge eingesetzt wurden, und zwar mit dem Ziel das wichtige ostdeutsche Industriegebiet der Zweiten Polnischen Republik anzugliedern. Es handelte sich um einen Angriff auf das Deutsche Reich, der jedoch für Polen folgenlos blieb.

Der besetzte "heilige Berg" Oberschlesiens", der Annaberg, wurde von Freikorps unter starken Verlusten freigekämpft. 1921 wurde dann in Oberschlesien unter Aufsicht des Völkerbundes eine Volksabstimmung durchgeführt, bei der sich 59,4 Prozent der Bevölkerung für den Verbleib bei Deutschland aussprachen, 40,6 Prozent für den Anschluß an Polen. Trotz dieses eindeutigen Ergebnisses erhielt Polen 1922 einen wirtschaftlich bedeutenden Teil des ober-schlesischen Industriegebiets, darunter die großen Industriestandorte Kattowitz, Königshütte und Ruda.

Das Erstarken des Nationalsozialismus‘

Die Teilung Oberschlesiens wurde als eine erneute Demütigung durch "die Herren von Versailles" empfunden, und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) mit ihrem Führer Adolf Hitler, einem ehemaligen Gefreiten, erhielt immer mehr Zulauf. Am 24. Februar 1920 gegründet, hatte diese rechtsextreme Gruppierung anfangs nur wenige Mitglieder, doch sie entwickelte sich rasch zu einer ernstzunehmenden Organisation im Weimarer Parteienspektrum. Aus den Reichstagswahlen am 14. September 1930 ging die NSDAP mit 18,3 Prozent der abgegebenen Stimmen als zweitstärkste Partei nach der SPD hervor.

Für diesen rapiden Aufstieg, der ohne größere finanzielle Unterstützung nicht möglich gewesen wäre, gab und gibt es unterschiedliche Erklärungen. Die verbreitetste ist eine Finanzierung aus Kreisen der deutschen Industriellen, aber auch andere Geldgeber wurden genannt. Der Hitler-Biograf Joachim Fest vertrat die Ansicht, die NSDAP sei unter anderem aus tschechoslowakischen, skandinavischen und in erster Linie aus schweizerischen Finanzkreisen unterstützt worden.

Jede dieser Thesen oder Mutmaßungen entbehrt allerdings der Logik, denn bis 1930 war die NSDAP lediglich eine unbedeutende Splitterpartei ohne wesentlichen politischen Einfluß. Der russische Historiker Nikolay Starikov stellt daher in seinem Buch "Wer hat Hitler gezwungen Stalin zu überfallen?" die Frage, welches Interesse deutsche Industrielle, Tschechen, Skandinavier oder Schweizer gehabt haben sollten, den relativ bedeutungslosen Extremisten Adolf Hitler zu finanzieren. Und Starikov fragt weiter, wie es möglich war, daß sich die NSDAP innerhalb weniger Jahre zu einer derart mächtigen Organisation entwickeln konnte, vor allem:

wer die wirklichen Finanziere Hitlers waren.

In diesem Zusammenhang nennt Starikov den Namen eines Deutsch-Amerikaners, der in der sonstigen Geschichtsschreibung bisher kaum eine Rolle gespielt hat: Ernst Hanfstaengl, Kunsthändler und US-amerikanischer Geheimagent; später, während des Krieges, beriet er Präsident Franklin D. Roosevelt. Ab 1922 unterhielt er freundschaftliche Beziehungen zu Hitler, stand ihm bei der Abfassung seines Buches "Mein Kampf" zur Seite und gab ihm 1923 ein Darlehen von 1.000 Dollar, für damalige Verhältnisse sehr viel Geld. In den 1920er-Jahren war er Auslands-Pressechef der NSDAP.

Starikov geht so weit, aufgrund seiner Recherchen zu konstatieren, die NSDAP und Hitler seien von Beginn an, also seit Anfang der 1920er-Jahre von interessierten Kreisen aus den USA gefördert und finanziert worden. Zu Hitler schreibt er: "Die Entscheidung, ihn an die Spitze Deutschlands zu stellen, wurde nicht in Berlin, sondern in London und Washington getroffen."

Das Geld für die NSDAP, so Starikov, sei in der Tat aus der Schweiz gekommen, aber "die Finanzierung dunkler Machenschaften und fragwürdiger Geschichten in der Weltpolitik werden immer über Banken und Persönlichkeiten neutraler Länder abgewickelt! ... Die schweizerischen Bankiers haben nur ihre Aufgabe erfüllt. Sie wurden beauftragt - Hitler das Geld zu übergeben."

Des Weiteren vertritt Starikov die Ansicht, England, Frankreich und die Finanz- und Wirtschaftslobby der USA hätten von vornherein die Absicht verfolgt, nicht nur Deutschland ein für alle Mal zu vernichten, sondern es in einen Vernichtungskrieg gegen die bolschewistische UdSSR zu schicken.

Er schreibt: "Jetzt können wir die Frage beantworten, warum die geheimnisvollen ausländischen Sponsoren der jungen nazistischen Bewegung geholfen haben. Die deutschen Nationalsozialisten werden von den äußeren Kräften aktiv für eine Destabilisierung der politischen Situation im Land benutzt. Die Nazis sind hervorragend geeignet, in Deutschland eine Regierungskrise zu provozieren und damit die von den Angelsachsen gehaßte Regierung, die sich erlaubt hat, einen Vertrag mit den Bolschewiken abzuschließen, zu stürzen."

In diesem Gedankengang fährt Starikov fort: "Der vorläufig noch unbekanntes Führer einer kleinen örtlichen Bayernpartei spricht über seine Absicht, den Bolschewismus zu liquidieren, die Fußfesseln des Versailler Vertrages abzuwerfen, eine Diktatur zu errichten und einen starken Staat zu schaffen. Den äußerst seltenen Fall nutzend, daß ein Mann des amerikanischen Geheimdienstes zu ihm kommt, bietet sich Hitler als ‚Schwert der Zivilisation‘ im Kampf gegen den Marxismus, d.h. gegen Rußland an!"

Entlarvend ist, daß Briten und Amerikaner nach Versailles Hitlerdeutschland bei der Tilgung der Schulden entgegenkamen. Darüber sagte der Publizist und Buchautor Werner Rügemer in einem Vortrag anlässlich der 17. Aachener Friedenstage: "Bis zum Ersten Weltkrieg waren die USA - sowohl der Staat wie auch die Unternehmen - bei europäischen Banken verschuldet. Mit dem Ersten Weltkrieg hat sich diese Relation umgedreht.

Am Ende des Ersten Weltkriegs war Europa in den USA verschuldet. Und das ist bis heute so geblieben. Das war das wirtschaftlich-finanzielle Ergebnis des Ersten Weltkriegs. Und dann mußte das zerstörte Europa natürlich wieder aufgebaut werden, insbesondere das zerstörte Deutschland."

Für den Wiederaufbau haben US-amerikanische Banken dann "in zwei großen Tranchen dem Deutschen Reich Kredite gegeben - mit dem Dawes- und Young-Plan 1924 (richtig: 1926) und 1929. Der Kreditgeber hat damit Bedingungen verbunden. In Deutschland war eine Bedingung, daß amerikanische Investoren in Deutschland günstig investieren konnten." ...

Der Weg in den zweiten großen Krieg

Nicht nur das globale Finanzkapital war auf den Krieg in Europa aus. Der US-amerikanische

Publizist John Wear, Autor des Buches "Germans War: The Origins, Aftermath & Atrocities for World War II", vertritt die Meinung, daß auch Präsident Franklin Roosevelt und seine Administration - vor allem aus innenpolitischen Gründen - Krieg wollten und "jede Anstrengung" unternahmen, "den 2. Weltkrieg in Europa anzustiften".

Wear beruft sich, neben anderen Quellen, auf einen geheimen Bericht vom 12. Januar 1939, in dem der polnische Botschafter in den USA, Jerzy Potocki, schrieb: "...es muß gesagt werden, daß die interne Situation auf dem Arbeitsmarkt immer schlimmer wird. Die Arbeitslosen zählen heute bereits 12 Millionen ... Ich kann nur sagen, daß Präsident Roosevelt als cleverer politischer Akteur und Kenner der amerikanischen Mentalität rasch die öffentliche Aufmerksamkeit von der innenpolitischen Situation weg auf die Außenpolitik gelenkt hat."

Zur Strategie Roosevelts zitiert Wear den US-amerikanischen Botschafter in Paris, William Bullitt, wonach Frankreich und England für den Fall eines Krieges die Zusicherung hatten, daß die USA ihre "isolationistische Zurückhaltung" aufgeben und an der Seite Englands und Frankreichs aktiv eingreifen würden.

Bullitt soll gesagt haben, die Vereinigten Staaten seien bereit, ihren Reichtum und ihre Ressourcen zur Verfügung zu stellen: "Sollte der Krieg ausbrechen, werden wir gewiß nicht am Anfang daran teilnehmen, aber wir werden ihn beenden." Zusicherungen Roosevelts an London und Paris belegen auch andere von Wear genannte Quellen.

Von vornherein ging es nach den neueren Forschungsergebnissen (die nicht selten unbegründet als "Verschwörungstheorien" oder "Geschichtsrevisionismus" abgetan werden) ebenso gegen die Sowjetunion wie gegen das Deutsche Reich, auch wenn die westlichen Alliierten offiziell erst einmal mit Rußland paktierten. Danach sollte Hitler, der aus dem Nichts heraus auf die politische Bühne getreten war, die Destabilisierung Deutschlands betreiben und in einen Krieg gegen das bolschewistische Rußland manövriert werden.

Parallelen zur gegenwärtigen Situation bieten sich an, zum Beispiel hinsichtlich des plötzlichen Auftretens von Günstlingen der USA oder von Newcomern im neoliberalen Milieu: In der Ukraine wurde 2014 ein unbekannter Banker namens Arsenij Jazenjuk Ministerpräsident, kurz darauf der Oligarch Petro Poroschenko Staatspräsident, in Frankreich wurde 2017 der unbedeutende Hinterbänkler Emmanuel Macron Präsident und in Venezuela rief sich im Januar 2019 eine Marionette der USA zum "Interimspräsidenten" aus. Die Muster gleichen sich, jede Bewegung, die von der kapitalorientierten Linie abweicht, soll verhindert werden.

Mit Hitler und der NSDAP haben die britischen und US-amerikanischen Geheimdienste in den 20er-Jahren den Geist aus der Flasche gelassen.

Ein Hauptanliegen war - heute erkennbar -, Deutschland und Rußland niederzuhalten und nicht zusammenkommen zu lassen. Diesen in der jüngsten Forschung vertretenen Standpunkt zu benennen, bedeutet weder eine Relativierung der ungeheuren Verbrechen der Nazis noch eine Verleugnung des brutalen Stalinismus.

1937 wurde der Versailler Vertrag von der NS-Regierung gekündigt. Deutschland rüstete auf und steuerte auf den zweiten großen Krieg zu, dessen Folgen bis in die Gegenwart relevant sind. 1945 hat Winston Churchill gesagt: "Dieser Krieg wäre nie ausgebrochen, wenn wir nicht unter dem Druck der Amerikaner und neomodischer Gedankengänge die Habsburger aus Österreich-Ungarn und die Hohenzollern aus Deutschland vertrieben hätten.

Indem wir in diesen Ländern ein Vakuum schufen, gaben wir dem Ungeheuer Hitler die Möglichkeit, aus der Tiefe der Gosse zum leeren Thron zu kriechen." Dabei übersieht oder unterschlägt Churchill allerdings, daß es exakt die englische und US-amerikanische Politik war, die das Desaster mit durchaus gewollten Ergebnissen herbeigeführt hat, wenn auch mit unermeßlichen "Kollateralschäden". Festzustellen ist: Ohne den Ersten Weltkrieg hätte es keinen Versailler Vertrag und damit auch keinen Hitler und keinen Zweiten Weltkrieg gegeben. ...

Der Schriftsteller und Publizist Wolfgang Bittner lebt in Göttingen. 2017 erschien von ihm

das Buch "Die Eroberung Europas durch die USA - eine Strategie der Destabilisierung, Eskalation und Militarisation". Im März 2019 erschien der Roman: "Die Heimat, der Krieg und der Goldene Westen". Der vorstehende Beitrag ist eine Vorveröffentlichung aus dem im Herbst im Verlag Zeitgeist erscheinenden Buch "Der neue West-Ost-Konflikt", das Exkurse zum Ersten und Zweiten Weltkrieg enthält.<<

27.05.2019

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 27. Mai 2019 (x1.000/...): >>**Korruption XXL ungelöst! - Mit Infogigant: "Das Geheimnis der Obelisken"**

Von *Ivo Sasek*

... 15. Mai 2019, Flughafen Genf-Cointrin: Wenn wieder einmal ganz überraschend die Staatsanwaltschaft auftaucht, eine Hausdurchsuchung durchführt und einen Flughafen-Sicherheitschef in Handschellen abführt, wird im Schweizer Volk der Eindruck erweckt, hier werde noch für Sicherheit, Ordnung und Gerechtigkeit gesorgt.

Doch der Schein trügt. Allein die Tatsache, daß hier wieder einmal großer Medienwirbel um einen kleinen Fisch gemacht wird, der ins Netz der Korruptions-Ermittler geraten ist, verschleiert geradezu die Tatsache, daß die wirklich großen Fische mit ihren weltweiten Korruptionsnetzwerken seit Jahrzehnten noch immer frei herumschwimmen. Wovon reden wir? Wir reden davon, daß schon beim bloßen Verdacht auf Korruption, sprich Bestechlichkeit, ermittelt, untersucht und verhaftet wird ... zumindest, solange es nur um so kleine Leute wie benannten Sicherheitschef geht, der gegen heimliche Bezahlung ein paar Aufträge an private Sicherheitsfirmen vergeben hat.

Man hört auch immer wieder von der Aktivität der Wettbewerbs-Kommissionen. Sie sind ganz scharf darauf, einen Riesenwirbel um einzelne Händler zu machen, wenn diese sich durch heimliche Beziehungen und Schmiergelder einen Wettbewerbs-Vorteil in der freien Marktwirtschaft ergattert haben. Auch hier könnte man meinen, daß unsere Ordnungskräfte bestens funktionieren und somit alles im grünen Bereich sei. Doch gar nichts ist im grünen Bereich.

Was uns die Massenmedien seit Jahrzehnten kategorisch verschweigen, und auch von keiner Justiz gebührend geahndet und bestraft wird, sind die weltweit miteinander verfilzten Freimaurer-Netzwerke. Deren gesamte Gilde macht ja buchstäblich nichts anderes, als sich im Geheimen zu treffen, sich mit Geheimzeichen zu versehen, um sich auf diesem Weg unablässig gegenseitig zu begünstigen. Diese Zeichen besagen auf Klein-Gretchen-Deutsch: "Kaufe hier und nicht woanders!"

Im Krieg bedeuten diese Geheimzeichen: "Wenn du eines davon an meinem Haus siehst, mußt du mich verschonen, denn ich gehöre dazu!" Und wenn es um irgendeine Karriere geht: "Wenn ich dieses Zeichen mache, oder du dieses Zeichen siehst, dann wähle mich und nur solche wie mich!" Kurzum: "Wir bringen auf sämtlichen Ebenen nur und einzig uns selber hoch - die Zeichenträger verpflichten sich, sich stets zu bevorzugen und sich gegenseitig zu begünstigen. Wer dagegen unsere Zeichen nicht trägt, nicht zu unserem Geheimbund gehört, muß benachteiligt bleiben".

Trotzdem stehen sämtlichen betrogenen "Nicht-Freimaurern" in aller Welt keine Wettbewerbskommissionen bei, die für sie eifern, obgleich wir hier von Freimaurer-Selbst-Begünstigungssummen in ständigen Billionenhöhen sprechen. Kurzum: Diese gegenseitigen Begünstigungen der Freimaurer unter sich schließen seit Jahrhunderten kategorisch die Mehrheit aller übrigen Wettbewerbsteilnehmer außerhalb der Freimaurerei aus.

Während jedem kleinen Unternehmer sofort eine Strafe droht, wenn er sich durch heimliche Absprachen oder Schmiergelder selber begünstigt, lassen unsere Justizen die Freimaurerei in ihrer großen Gesamtheit einfach straflos gewähren - dazu noch auf weltweiter Ebene - und das

seit Jahrhunderten. Es gab zwar zu gewissen Zeiten Strafverfolgungen, Verbote und sogar Landesverweise für diese Geheimbündler. Die Freimaurerei erwies sich aber stets als so zäh und unausrottbar, wie das jüngst in Verruf geratene Springkraut.

Dies aus dem einen und einzigen Grund, weil ihr Filz auch durch sämtliche Behörden und staatlichen Einrichtungen, Lehr-Einrichtungen und Institute aller Gattung geht. Sie decken sich gegenseitig. Und woran erkennen sie sich? An ihren Geheim-Zeichen: darunter zählen Handzeichen, Zeichen mit den Füßen, Augen, Dreiecke, Winkel-Zeichen, Sonnen-Zeichen, Spinnennetze, Zahlen wie etwa die 322, bis hin zu Totenschädeln, gekreuzten Knochen, Pyramiden-Zeichen, und vielerlei Bündniszeichen mehr.

Nur eine mutige Vereinigung aller benachteiligten Völker zusammen mit Sicherheitskräften, Rechtsdiensten und mit der von Freimaurerei unvermischten Justiz kann dieser weltweiten Korruption, sprich Selbst-Bevorzugung den Riegel vorschieben. Daß es sich hierbei nicht um eine bloße Verschwörungstheorie, sondern eine knallharte Verschwörungstatsache handelt, können Sie leicht aus anschließendem Beitrag ersehen.

Kla.tv-Gründer Ivo Sasek bringt es im nachfolgenden Infogiganten in aller Kürze auf den Punkt. Er verschafft Ihnen einen Überblick über das Geheimnis von Freimaurerzeichen und ihren allerorts auftauchenden Obeliskten. 12 Rubriken INFO-GIGANT Ivo Sasek: "Das Geheimnis der Obeliskten" ...

1. Gibt es eine Geheimorganisation die so mächtig ist, daß sie am Bewußtsein der Völker vorbei weltumspannende Vereinheitlichungen durchsetzen kann? Ja, denn Kla.tv-Teams konnten in nur wenigen Tagen über 1.000 Obeliskten in 122 Ländern ablichten.

Ivo: In Deutschland, Österreich, Schweiz allein 600, Italien, Frankreich, Großbritannien, USA, Spanien, Rußland, Portugal, Ukraine, Tschechische Republik, Australien, Ungarn, Schweden, in Ägypten, Argentinien und Israel, in der Vatikanstadt, Arabische Emirate, Algerien, in Belgien, China, Indien, in Irland, Kroatien, Neuseeland, Norwegen, Philippinen, Südafrika, in Polen, Bolivien, Brasilien, in Finnland, Indonesien, Kanada, in Kolumbien, Marokko, Ghana, Saudi-Arabien, Thailand, Vietnam, in Albanien, Andorra, Angola, in Armenien, Aserbaidschan, Äthiopien, Belarus, Bosnien, Bulgarien, in Sri Lanka, Costa Rica, Dänemark, Dominikanische Republik, in Ecuador und Estland. Georgien, Griechenland, Irak, in Japan, Panama, Kasachstan, Kongo, Mali, Kuba, in Lettland, Libanon, Libyen, in Luxemburg, Litauen, Mexiko, Monaco, Mongolei, Myanmar, Namibia, Kenia, Nigeria, in Peru, Puerto Rico, Rumänien, Somalia, Singapur, Slowakei, Slowenien, Syrien, Tansania, Tunesien, Türkei, Uruguay, Venezuela, Madagaskar und in 30 weiteren Ländern.

2. Wie bedeutend wichtig ist diese Gruppe? Zumindest so bedeutend, daß sie ihre Pyramiden- und Obeliskten-Symbole in aller Welt an Orten wie folgenden anbringen dürfen.

Ivo: An Bahnhöfen und Brücken, Postgebäuden und Gerichtsgebäuden. Bei obersten Regierungsgebäuden und Bundeshäusern, bei Stadttoren und Gefängnisgebäuden, Polizeigebäuden und militärischen Einrichtungen. Dorfplätzen, Rathäusern, Universitätsgebäuden und staatlichen Schulen. In Theatern und Kunsthäusern, in Gemeindegebäuden und Kanzleien, in Dorfbrunnen, Dorfplätzen. Von Mainz bis China, im Himmlischen Platz des Friedens.

Bei Schlössern und Schloßplätzen, an Kriegsdenkmälern und Denkmälern, bei Kirchen, Kirchplätzen, vom vatikanischen Petersdom bis zum russischen Sankt Petersplatz. Klöster, Seepromenaden, Kreisverkehre, Dome, Freikirchen, Krankenhäuser, verschiedenste Bankgebäude und Erholungsparks. In Spielcasinos und Friedhöfen, Geschäftshäusern und in Burgen und tausenderlei mehr. Für solche Bauten und Riesenmonumente werden Millionen bezahlt. Der Unterhalt allein pro Jahr mehrere 100.000 Franken.

3. Ist der Obelisk das einzige Symbol dieser geheimen Elite? Nein, sie haben eine Fülle weiterer Symbole, doch scheinen diese hier ihre bedeutendsten zu sein.

Ivo: Die Pyramide, sie bildet auch jeweils die Spitze eines jeden Obeliskten. Die Pyramide mit

einer Knospe auf der Spitze, die Sonnen-Hieroglyphe. Dieses Symbol der aufgehenden Sonne findet man überall, in Kirchenfenstern und Fassaden von Schlössern, Banken, Torbogen und Brücken, in Stadttoren, Türmen und Staatsgebäuden, in Geschäftsgebäuden und an Türen. Das Bündnissymbol allerorts zu finden von Kirchen bis zu Brücken, von Banken bis zu Gerichtsgebäuden, von Bahnhof, Geschäftshäusern bis Kunsthäusern und Schlössern.

Das Allsehende Auge des Horus, das Spinnennetz und das Erd-Denominations-Zeichen, die Venus-Muschel, Zirkel und Winkel, das Dreieck, die Isis auch genannt Venus, das Templerkreuz, die zwei Säulen Boas und Jachin, die Fleur de Lys - ein typisches Elitekennzeichen, das gleichschenklige Keltenkreuz und die Eule, der Totenkopf mit gekreuzten Knochen, die Zahl 322, der Dagonhut, der Heilige Gral, der Hermesstab, das Doppel W. Freimaurertempel bergen nicht selten all diese Symbole zusammen in sich.

4. Welcher dieser bedeutendsten Symbole kommen am häufigsten vor? Findet man sie auch miteinander kombiniert? Am häufigsten findet sich das Dreieck und dieses kombiniert mit dem Sonnensymbol, dem Auge des Horus oder einem der anderen bedeutenden Symbole.

Ivo: Die Oberlandesgerichte von Sachsen-Anhalt und Mannheim tragen dieselben Symbolkombinationen wie etwa die Jesuitenkirche oder die Schloßkirche von Mannheim. Auch der Dom von Würzburg trägt ein und dieselben, wie etwa das Operngebäude in Frankfurt, das Polizeihaus oder Kunsthaus in Bremen. Dieselben Kombinationen auf Friedhöfen, Stadttheatern, Landgerichten, Rathhäusern. Ein und dieselben in Münstern, Kirchen, Staatskanzleien. In Hauptbahnhöfen, Museen, Schlössern, Hotels und allerlei Geschäftshäusern.

In aller Welt sind es die gleichen Zeichen an gleichartigen Gebäuden. Keinen Unterschied zwischen Postgebäuden, Gemeindegebäuden, Regierungsgebäuden, zu allen möglichen Geschäftsgebäuden, Kathedralen oder Polizeigebäuden. Überall ein und dasselbe. Ob beim Kornhaus oder der Kantonspolizei in Bern, von russischen Friedhöfen bis zur Hauptwache Urania in Zürich. Von Residenzen in Würzburg bis zum Bundesministerium in Wien. Vom Passauer Dom bis zur Kasaner Kathedrale in St. Petersburg. Die Zeichen der Geheimbünde begleiten uns auf Schritt und Tritt, doch niemand sagt uns warum.

5. Gibt es weltweite Übersichten und genaue Zahlen von Obelisken an bedeutenden Standplätzen? Allein in den vergangenen Jahrzehnten kamen Tausende von Obelisken dazu. Jede genaue Zahlenangabe wäre daher unseriös. Es kommen aber noch artverwandte Gebilde des Obelisken in aller Welt hinzu.

Ivo: Hier die Recherchebilder unserer Kla.TV-Teams. In nur wenigen Tagen lichteten sie mühelos 1.026 Obelisken in 122 Ländern ab. Dabei entdeckten sie aber zugleich zahllose, der Welt noch völlig unbekannt Pyramiden, so etwa in Afrika, Ägypten, Sudan, Mali, in Vorderasien und Asien, Irak, Iran, China und Kambodscha, Nord-, Mittel- und Südamerika, Belize, Guatemala, Honduras, Mexiko, Peru, in ganz Europa. Frankreich, Griechenland, Italien, Spanien und tata, ... den legendären Turm zu Babel.

Auch dieser war nicht rund, wie man uns bis dato weiß gemacht hat. So sieht das Google-Earth-Fundament aus, das der Archäologe Koldewey in 18-jähriger Kleinstarbeit ausgegraben hat. Auch die 1890 veröffentlichte Zeittafel der Weltgeschichte, einem viktorianischen Wandatlas entnommen, offenbart den Turm zu Babel als gigantischen Obelisken. Da die Turmspitze in den Wolken geplant war, hätte seine Endgestalt folglich etwa so ausgesehen (Bild im Film) oder so (Bild im Film).

6. Was hat der Obelisk überhaupt für eine Bedeutung? Zur Bedeutung des Obelisken finden sich folgende brisante Informationen.

Ivo: Im Islam verkörpert der Obelisk den Teufel. Am Schluß jeder Haddsch-Pilgerreise nach Mekka findet eine rituelle Steinigung dieses Teufels statt. Hier wird er gerade von mehr als drei Millionen Muslime aus aller Welt gesteinigt (Bild im Film). Der Obelisk, anfangs ein Monolith, war dem babylonischen Sonnengott Samas geweiht. Der Teufel kommt aber erst im

Hochgrad ins Spiel, wo man Luzifer, dem Lichtträger, seine Seele zu weihen hat. Diesem brachte man auch gerne Menschenopfer dar. Mit Vorliebe Kinder. Obeliskens sind also mehr als nur schmucke Steinsäulen.

Die Sonnenanbetung und Menschenopfer galten allerdings nicht der Sonne, weil ja diese nur der Schatten von dem Herrscher Nimrod war. Wie Nero in Rom sich zu Gott machte und Anbetung forderte, so auch Nimrod als Sonnengott in Babylon. Dieser Ur-Luzifer-Kult wird noch bis heute von okkulten Machteliten der sogenannten Neuen Weltordnung praktiziert. Der Obelisk ist auch ein Phallus-Symbol. Eine Luzifersekte treibt mit anderen Worten auf Sex und Teufel komm raus ihre Weltherrschaft voran. Obeliskens sind deren Antennen zur magischen Beeinflussung der Völker. Die Kugel auf dem Obeliskens schattet die Weltherrschaft Luzifers vor.

7. Der Nimrod-Luzifer-Kult breitete sich also von Babylon aus in alle Welt. Fand denn eine Sintflut auch wirklich statt? Gibt es dafür Beweise? Welcher Weg machte Nimrods allseitige Ausbreitung möglich? Was gab den Anreiz dazu?

Ivo: Nimrod war laut Genesis 10 der erste okkulte Gewalthaber, der schon 50 Jahre nach der Sintflut dem Gott des Himmels und der Erde den totalen Krieg ansagte. Die biblisch bezeugte Sintflut wird übrigens auch von vielen Kulturen der Welt bildgewaltig bestätigt. Wie etwa von den Sumerern durch das Gilgamesch-Epos, durch das arkadische Atrahasis-Epos, von moslemischen bis chinesischen Kulturen und so weiter.

Nimrod kehrte zu den Okkultverbindungen mit überirdischen Mächten zurück, die als Hauptverursacher der Sintflut bekannt waren. Im Verbund mit seinen okkulten Gefährten schwor er Gott Rache. Ihr Turm zu Babel sollte jedem künftigen Gott und jeder Sintflut trotzen. Sein Sonnenkult versprach jeder künftigen Generation Schutz. So stilisierten sich Nimrod und seine Frau Semiramis zu Himmelsgöttern hoch, die bis heute alles durchdringen und mitreißen. Von Babel über Indien, nach Altpersien, Ägypten, bis Libyen, Griechenland, Rom, zu den Germanen, bis hin zu uns.

8. Um sich an dem Gott der Sintflut zu rächen, erklärte sich Nimrod selber zu Gott, und es gelang ihm, seinen Kult in allen Völkern zu etablieren. Und wie der Gott der Bibel viele Namen trägt, gelangte auch Nimrod in anderen Kulturen zu vielen Namen.

Ivo: Nimrod wurde unter vielen verschiedenen Namen bekannt, doch stets ging es um seinen Kult mit ihm als Mittelpunkt. Schon die Babylonische Kultur nahm ihn als Oannes an und andere. In Ägypten wurde er bekannt als Osiris.

Im Verlauf der Griechischen Kultur als Chronos oder Zeus, Sohn des Chronos, auch als Herkules, also Nimrod der Riese oder Nebrod. Dann wiederum auch als Bassareus, das ist der Weintraubenlagerer. Oder Dionysus, der Sündenträger. Als Phoroneus, der Flußgott. Berosus, der Gott des Feuers. In der Syrischen Kultur wurde aus Nimrod Dagon. In Israel und Kanaan wurde Baal aus ihm. In der Römischen Kultur wurde Nimrod sowohl zu Saturn als auch zu Bacchus. In der Germanischen Kultur zu Belus. In der Spanischen zu He-Roè.

Nimrod und seine Frau-Mutter Semiramis symbolisierten die Pantheons der Mythologie, sprich die Gesamtheit der Götter eines Volkes. Nimrod symbolisiert den Gott des Krieges, seine Frau Semiramis, die Göttin der Liebe.

Ruth: Okay, Nimrod und Semiramis. Die Semiramis habe ich auch noch nie richtig gehört. Diese Semiramis, kennt ihr die? Bißchen. Also ich nicht so genau, darum würde ich gern noch ein bißchen weiter hören. Was ist diese Semiramis?

9. Wer genau war Semiramis und welchen Verlauf nahm ihr Name in der Geschichte?

Ivo: Semiramis war ursprünglich die Frau von Kusch, einem Enkel Noahs. Weil auch Kusch ein Rebell war, tötete man ihn, sandte seinen zerteilten Körper zur Abschreckung an alle umliegenden Städte und Völker. Seine Frau Semiramis verbreitete das Gerücht, Kusch sei zum Himmel aufgestiegen und mit der Sonne eins geworden. Am Tag herrsche er nun vom Him-

mel her und des Nachts von der Unterwelt her. Als die Hure Semiramis dann ihren unehelichen Sohn Nimrod gebar, behauptete sie, er wäre die Reinkarnation ihres vergöttlichen Mannes, der als Retter der Menschheit zurückgekommen sei.

Semiramis heiratete daher ihren Sohn Nimrod. Später wurde auch sie in allen Nationen zur Göttin erhoben, die zum Himmel aufgefahren sei und wird bis zum heutigen Tag als Mutter Gottes oder Königin des Himmels verehrt. Seither ersetzen die Kultanhänger Nimrods in allen Kulturen, deren geübten Bräuche und Persönlichkeiten mit ihren eigenen Figuren. So stellt zum Beispiel der Christbaum- oder der Oster-Kult mit seinem Osterschinken, seit Babylon einzig Nimrod den Ermordeten und Wiederauferstandenen dar. Der okkulte Gehalt Nimrods blieb immer derselbe.

10. Genauso wie Nimrod zu vielen Gottestiteln gelangte, erlangte auch Semiramis verschiedene Namen und Gesichter in allen Kulturen. Welche weiblichen Göttinnen in den verschiedenen Kulturen sind identisch mit Semiramis?

Ivo: Semiramis Name und Gestalt wandelte sich im Laufe der Geschichte folgendermaßen. In Babylon hieß sie zuerst Semiramis, die Königin des Himmels. Im späteren Babylon wurde sie zu Rhea oder Ishtar. Im Libanon hieß sie Ashtoreth, in Ägypten Isis oder Hathor, in Assyrien wurde sie zu Beltis, in Phönizien zu Astarte, in Griechenland nannte man sie Aphrodite, in Rom Cybele, Diana oder Marya.

Hier glaubt das Basis-Volk der Katholischen Kirche und auch alles nichteingeweihte Volk der Welt noch immer, diese Frau mit Kind im Arm wäre Maria die Mutter Jesu. Doch es ist Semiramis als Marya, die Göttin des Waldes. In Indien nennt man sie Isi oder Devaki, in China Hengo oder Ma-Tsoopo, in Mexiko Coattilcue, in Skandinavien Frigg, Freyda. Für die Filmkenner unter uns, das hat nichts mit Ricky Friday zu tun.

11. Tausende von Jahren vor der Geburt Jesu feierten Babylonier den 25. Dezember als den Geburtstag ihres Sonnengottes, sprich ihres Herrschers Nimrod. Semiramis, die Witwe Nimrods war seine Mutter. Sie behauptete, die Königin des Himmels zu sein. Wie hieß jener Sohn, den Semiramis an einem 25. Dezember geboren hatte - und was wurde aus ihm?

Ivo: Als dieser Sohn zur Welt kam, machte Semiramis die Menschen glaubend, die Strahlen der Sonne, sprich ihres Ehemannes, hätten dieses Kind gezeugt. Daher wurde er Dammuzi, Sohn des Sonnengottes genannt. Dieses Kind wurde zur dritten Person jener frei erfunden göttlichen Trinität. Als Tammuz über einem Holz getötet wurde, behauptete Semiramis, sein Blut hätte über Nacht einen grünen Baum heranwachsen lassen.

Dieser Baum wurde zu unserem berühmten Weihnachtsbaum zur Ehre des Tammuz. Dieser Baum-Obelisk hatte also noch nie etwas mit Jesus zu tun. Jesus wurde fernab des 25. Dezembers geboren. In Babylon hieß dieser Sohn zuerst Dammuzi, er war der heidnische Messias. Im späteren Babylon Tammuz, in Israel und Libanon auch Tammuz, in Ägypten wurde er zu Osiris oder Horus. In Assyrien zu Herkules, in Phönizien zu Bacchus, in Griechenland zu Dionysus, in Rom zu Attis, in Indien zu Krishna, in China zu YI, in Mexiko zu Quetzalcoati, in Skandinavien zu Balder.

12. Im weltweiten Rückblick auf die Völkerentwicklung resümiert Offenbarung 18: " Babylon! Überdies waren deine aristokratischen Führer die Großhändler der Erde: Durch deine Zaubereien und Pharmazeutika sind alle Nationen verführt worden!"

Wie viel hat dieser endzeitliche Gerichtsspruch Gottes mit dem zu tun, was wir hier alles gesehen haben? Wer sind diese babylonischen Großhändler heute, die mit ihren Zaubereien alle Nationen verführen?

Ivo: Es sind die Okkult Freimaurer und sie zeigen ihre Symbole auch ganz offen. Ihre Tempel sind voll von satanischen Symbolen, innen wie außen.

Der Hochgrad-Satanist und Freimaurer Crowley brachte es mit Dreieck, Hut und Gesamtstellung auf den Punkt. Politische Satanisten spielen mit ihren Symbolen selbst bei Stadtplanun-

gen oder in Reisepässen. Baphomet steht für das nihilistische Genderprogramm. Das meint Auflösung der Geschlechter. Mann, Frau, Bock, geflügeltes Wesen, alles in einer Person. Also Rückführung zur Sodomie, zur Transgeschlechtlichkeit und okkultem Sex. Die Muschel meint Semiramis als Meerestgöttin. Auch als Venus, Aphrodite und vielerlei mehr bekannt. Sie war auch eine bewaffnete männermordende Schutzgöttin. Feministin. Eine Schutzgöttin der Huren. Ein Symbol zügellos befreiter Sexualität und Pornolust.

Das Luzifer Sonnensymbol ist weltweit allgegenwärtig. Ausgehend von Zentren wie etwa dem Weißen Haus oder dem Haus des Premiers in England, des Vatikans, der Jesuiten. Sie alle tragen das luziferische Sonnengott Zeichen Nimrods. Ihre Bündniskordel und ihr Netz bedeutet, verschworen alle Welt im babylonischen Netz zu fangen.<<

28. Mai 2019

BRD: Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet am 28. Mai 2019 (x1.108/...): >>Arabische Sippen und Clans - archaische Elemente einer anti-freihheitlichen Kulturinvasion

Die vorwiegend aus islamischen Ländern unaufhörlich grenzenlos einwandernden Menschen sind weitgehend kulturellen und religiösen Bindungen verhaftet, die durch archaische Strukturen blutsverwandter Gruppen sowie einer theokratischen Religion geprägt sind, denen der Einzelne völlig untergeordnet ist. Dies führt zu immer mehr sich abkapselnden Parallelgesellschaften, die der hier veranlagten demokratischen Ordnung, welche auf der Selbstbestimmung freier Individualitäten beruht, ablehnend und feindlich gegenüberstehen.

Die blutsverwandte Gruppe

Seit den 1960er Jahren bereits konnten Millionen von Menschen nach Deutschland einwandern, ohne daß dazu ein Einwanderungsgesetz der Volksvertretung als gesetzliche Grundlage existierte, das für eine Auswahl und verbindliche Integration gesorgt hätte - bis heute. Die tief sitzende völlig andersartige Prägung der orientalischen Menschen wird in der medialen Öffentlichkeit in der Regel nicht thematisiert. Ohne sie zu kennen, sind aber ihr Verhalten und das Entstehen von unter sich bleibenden, ja vielfach feindseligen, kriminellen Parallelgesellschaften nicht zu verstehen.

Der zentrale Punkt ist, daß sie im Gegensatz zur europäischen Menschheit seelisch noch sehr stark im Gruppenbewußtsein von blutsverwandten Gemeinschaften verankert sind. Familie und Sippe sind als Kollektive die bestimmenden sozialen Kräfte, in denen der Einzelne weitgehend eingebettet ist. Er empfindet sich in der Regel nicht als eine davon unabhängige, in sich selbst gegründete Ich-Persönlichkeit mit eigenen Lebensvorstellungen, sondern als ein Glied der Gemeinschaft, ohne die er nicht leben könnte, deren Zusammenhalt und Lebensregeln ihn mitumfassen und seine Lebenswege stark bestimmen.

Bei den überwiegend dem Islam angehörigen Immigranten verbindet sich die Stellung des in der Blutgemeinschaft gebundenen, der Autorität des Sippen-Ältesten unterworfenen unselbständigen Menschen mit der Stellung des Allah völlig Ergebenen, Unterworfenen, der seinen Worten und Gesetzen unbedingten Gehorsam schuldig ist. Der Wille Allahs aber ist total und umfaßt alle Lebensbereiche, auch den politisch-rechtlichen. Das ganze Leben muß Abbild des religiösen Lebens des Islam sein.

Die abendländische Ich-Entwicklung

Demgegenüber kam es in Europa, bereits beginnend im antiken Griechenland, zu einem allmählichen Herauslösen des einzelnen Menschen aus der Gebundenheit an die Abstammungsgemeinschaft.

Auch die im Zuge der Völkerwanderung sich herausbildenden europäischen Völker lösten sich immer mehr aus dem vorher vorherrschenden blutsgebundenen Rassenzusammenhang heraus und nahmen immer wieder Teile anderer Völkerschaften in sich auf. Sie entwickelten sich zu seelischen oder Sprachgemeinschaften, in denen der Einzelne zwar in eine gemeinsa-

me Seelenwelt eingetaucht, aber nicht von ihr zwingend abhängig ist und sich so als individueller Mensch von ihr innerlich auch emanzipieren und kulturelle Elemente anderer Völker in sich aufnehmen kann.

Der stärkste Impuls zur Emanzipation des Einzelmenschen aus den Blutsgemeinschaften ging vom Christentum aus. Christus sah es als an der Zeit an, das innerste geistige Wesen des Menschen, sein Ich, zu stärken und aus der Abhängigkeit der Blutsbande zu befreien. Die zentrale und radikalste Aufforderung dazu findet sich im Lukas-Evangelium Kap. 14, Vers 25-26: "Wenn jemand zu mir kommt und sich nicht frei machen kann von seinem Vater und seiner Mutter, von seinem Weibe und seinen Kindern, von Brüdern und Schwestern, ja sogar von seiner eigenen Seele, der kann nicht mein Jünger sein."

Damit ist sicher nicht gemeint, sich von seiner Familie zu trennen, sondern sich innerlich von der Bestimmung, die vom gemeinsamen Blut ausgeht, zu befreien. Ja, man soll sich auch von seinen Seelengewohnheiten, die ja bisher durch die Kräfte der Blutsgemeinschaft geprägt wurden, frei machen. Dann bleibt nur noch, sich auf sein innerstes geistiges Ich zu stellen und all sein Handeln aus der eigenen Erkenntnis selbst zu bestimmen. Daher sagte Christus auch: "Ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen."

Damit war verbunden, daß sich auch die Beziehung des Menschen zum Göttlichen von dem Erleben loslöste, das aus dem Blut aufstieg, und unmittelbar Sache der sich emanzipierenden Seele und des Ich wurde. Sie ging, ebenso wie in der Sphäre des politisch-staatlichen Lebens, von der Gruppe auf jeden einzelnen Menschen über, unabhängig davon, welchem Verwandtschaftszusammenhang er noch angehörte.

Das Verhältnis des Einzelnen zur Gemeinschaft hat sich dadurch grundlegend geändert. Nicht mehr darf der Einzelne der Gemeinschaft untergeordnet sein, sondern umgekehrt ist die Gemeinschaft für den Einzelnen da und hat seiner Entwicklung zu Freiheit und Selbstbestimmung zu dienen.

Dieser tiefe christliche Ich-Impuls, der in den Idealen der Französischen Revolution von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit eruptiv und schlagwortartig zum Ausdruck kam, liegt als innere, gegen alle Widerstände gärende und treibende Kraft der ganzen geistigen und gesellschaftlichen Entwicklung der europäischen Völker und ihrer amerikanischen Ausgliederungen zugrunde. Und diese Entwicklung ist ja noch längst nicht abgeschlossen.

Die Dramatik der Situation

Der deutsche Islamwissenschaftler libanesischer Abstammung Ralph Ghadban beschreibt die Situation präzise: "Es geht im Grunde genommen um zwei unterschiedliche Zivilisationsmodelle: das westliche Modell, das auf dem autonomen, mündigen Individuum beruht, und das islamische Modell, das auf der Gruppe - sei es die Großfamilie oder der Megastamm der Muslime, die Umma - basiert und die Autonomie und Mündigkeit des Individuums einschränkt. Die beiden Modelle sind inkompatibel, die Integration setzt die Befreiung des Individuums voraus; das bedeutet die Sprengung der Gruppe."

Auch der integrierte deutsch-ägyptische Politologe Hamed Abdel-Samad, als Sohn eines Imam islamischer Insider, stimmt damit völlig überein: "Integration kann aus meiner Sicht nur gelingen, wenn das Individuum sich vom Würgegriff des Kollektivs befreit und seinen eigenen Weg in die freie Gesellschaft beschreitet. Sie kann nur gelingen, wenn der Einzelne alle moralischen und gesellschaftlichen Mauern zwischen sich und der Gastgesellschaft eliminiert und sich ohne Wenn und Aber mit seiner neuen Heimat und deren Werten identifiziert. Geschieht dies nicht, findet keine Integration statt, selbst wenn uns das manche Studie glauben machen will."

Er hat selbst realisiert, was er an radikalen Integrationsschritten fordert, und schreibt: "Ich habe gelernt, mich von allen Bindungen zu lösen, die mein Weltbild oder meine Meinung hätten beeinflussen können. ... Heute lebe ich unter ständigem Polizeischutz. ... Ich war noch nie

unfreier in meiner Bewegung als heute, aber ich war noch nie freier im Geiste als jetzt. ... Ich hasse niemanden und beabsichtige nicht, irgendjemanden zu kränken, doch ich stehe zu meiner Meinung, egal zu welchem Preis. Ich repräsentiere bestenfalls nur mich selbst. ... Ich selbst definiere meine Identität in erster Linie über die simple Tatsache, daß ich ein Mensch bin. Ein Mensch, der mit der Mehrheit der Erdbewohner die gleichen universellen Werte teilt. ... Ich brauche keine Gruppe oder Gemeinschaft, die mir bestätigt, daß ich recht habe."

Diese Integration findet nur bei wenigen statt und bei ihnen auch nur, weil sie es selbst gegen alle inneren und äußeren Widerstände wirklich wollen. Die große Masse bleibt in ihren angestammten Prägungen und wird von der deutschen Regierung und Verwaltung letztlich sich selbst überlassen.

Alle Integrationsprogramme bleiben an der Oberfläche und können allein schon wegen der bewußt zugelassenen Grenzenlosigkeit nicht gelingen. Sie täuschen etwas vor, was von der politischen Kaste überhaupt nicht gewollt wird, da sie als Erfüllungsgehilfen der UNO- und EU-Pläne daran arbeiten, die kulturelle Identität des deutschen Volkes zu zerstören.

Es geht um die Existenz und Zukunft der Entwicklung zur freien, sich selbst bestimmenden Individualität, für die in Europa seit zweieinhalb Jahrtausenden gedacht, gerungen und gekämpft wird. Es sind welthistorische menscheitsverbrecherische Vorgänge ungeheuren Ausmaßes, die hinter oberflächlichem Gerede stattfinden.

Ralph Ghadban weist daraufhin: "In der islamischen Welt hat sich das Individuum von der Großfamilie und der Gemeinschaft aller Muslime, der sogenannten Umma, nicht befreien können. Diese Gruppenorganisation ist von der Religion mit ihrer Scharia zementiert worden. Fast überall in der islamischen Welt regelt die Scharia das Familien- und Erbrecht und verfestigt die patriarchalischen Verhältnisse der Großfamilie. Es gilt für Muslime die im Koran vorgeschriebene Distanzierung von den 'Ungläubigen' wie bei den Traditionalisten, bis zur Gewaltanwendung gegen "Ungläubige " bei den Dschihadisten.

Mit diesem kulturellen Hintergrund sind die Muslime in den Westen eingewandert. Die Hoffnung (des Westens) auf Modernisierung ihrer Kultur und Religion wurde enttäuscht, ein moderner Islam existiert bis heute nicht. Statt dessen sind die islamischen Parallelgesellschaften entstanden, ... weil sie eine globale, alternative und zugleich ausschließende Kultur haben. Ihre starre Kultur bekämpft alle Fremdeinflüsse und erlaubt kein gleichberechtigtes Zusammenleben mit Nichtmuslimen, sie sind überzeugt von der Überlegenheit ihrer Religion, dem Herrschaftsanspruch ihrer Gemeinschaft und können im besten Fall die 'Ungläubigen' nur dulden."

Diese gigantische Konfrontation wird von der Ideologie des Multikulturalismus unterstützt, die maßgeblich eine Integration verhindert. An deren Spitze steht neben den Grünen, im Gleichschritt mit der sozialistischen Internationale, die SPD, die Deutschland in ein neutrales Siedlungsgebiet von Menschen unterschiedlichster Kulturen verwandeln will, wo das deutsche Volk mit seiner Kultur nicht mehr Herr im Hause ist, sondern nur Teil einer Vielfalt von religiösen und kulturellen Lebensformen, in der es schließlich absehbar als Minderheit überstimmt und verdrängt werden wird.

Ralph Ghadban: "Diese Zersplitterung der Gesellschaft wird zudem von der multikulturalistischen Ideologie unterstützt, die die Kulturen bedingungslos respektiert. Nicht mehr die Würde des Menschen, sondern die Würde der Kultur beziehungsweise der Religion wird verteidigt. Bei den muslimischen Bürgern wird vor allem ihre religiöse Identität geschützt und das Grundgesetz somit auf die positive Religionsfreiheit - also auf das Recht, eine religiöse oder weltanschauliche Handlung auszuführen - reduziert.

Die Tatsache hingegen, daß der organisierte Islam die Menschenrechte ausschließlich im Rahmen der Scharia anerkennt, wird ausgeklammert. Multikulti und die falschen Debatten lenken von einem entscheidenden konstitutiven Element ab, das die Existenz der Parallelge-

sellschaft überhaupt erst ermöglicht hat: die islamische Großfamilie."

Die Ideologen des Multikulturalismus projizieren in die homogenen Völker und ihre Kulturen einen Rassismus hinein, der andere diskriminiert. Es ist die übliche Verleumdung des Patriotismus als angeblichen Nationalismus, die nichts miteinander zu tun haben. Die Liebe zur eigenen Kultur schließt die Wertschätzung aller positiven Elemente anderer Kulturen nicht aus. Aber Menschen mit völlig gegensätzlichen, den eigenen Werten und Idealen feindlich gesonnenen kulturellen und religiösen Prägungen aufzunehmen, die eine Integration ablehnen, bedeutet kulturellen Selbstmord.

Die "Multikulti-Ideologie ... stellt die größte Bedrohung unserer Rechtsordnung dar und untergräbt systematisch unser Wertesystem. ... Der Hauptgrund dafür, meine ich, ist vor allem die political correctness, die das Handeln vieler hemmt oder, als Ausdruck von Überzeugung, sogar verhindert.

Das gilt auch für die Politik als letzte und höchste Instanz, sie trägt die volle Verantwortung für die gescheiterte Integration, die sie durch ihre Multikulti-Einstellung verhindert hat. Die Politiker aber haben schließlich wir, die Bürger, gewählt."

Die Parallelgesellschaften

Nach Einschätzung des syrisch-stämmigen Politologen Bassam Tibi, emeritierter Professor der Uni Göttingen, "sind zehn Prozent der Muslime in Deutschland beruflich und gesellschaftlich eingegliedert. Neunzig Prozent leben in Parallelgesellschaften. Die meisten möchten auch gar nicht dazugehören. In Berlin gibt es libanesischen, türkischen und kurdischen Parallelgesellschaften. In Cottbus gibt es schon eine syrische Parallelgesellschaft."

Die Migrantenviertel der Großstädte, die teilweise unzugängliche "No-go-Areas" bilden, sind nur besondere Konzentrationen der sonst mehr verstreut wohnenden Parallelgesellschaften.

"Die Leute, die hierherkommen, werden nicht integriert. Ich habe als Berater mit Verwaltungsleuten über Integration geredet und war erstaunt. Mit Integration meinen sie: Registrierung, Alimentierung, häusliche Unterbringung, bestenfalls Sprachkurse. Integration heißt aber, daß man eine Bürgeridentität annimmt. Zu einer Heimat gehört Identität. Wenn dieser Faktor ausgeschlossen wird, bleibt nichts. Da steckt aber das deutsche Problem: Es gibt kein Identitätsangebot. ...

Ich habe mit libanesischen und türkischen Jungs geredet, die in dritter Generation in Deutschland sind. Sie sprechen fließend Ausländerdeutsch, besser als Türkisch und Arabisch. Aber sie sind nicht integriert, weil sie das Wertesystem nicht anerkennen."

Hamed Abdel-Samad schildert aus seinen Studien in Paris, Marseille, Brüssel, Amsterdam, Aarhus, Kopenhagen, Malmö, Bonn und Berlin:

"Überall in diesen Zonen trifft man auf die gleichen Phänomene: abgeschottete Communitys, die ihre Mitglieder, besonders die Frauen, streng überwachen und mit Skepsis und Verbitte- rung auf die Mehrheitsgesellschaft blicken. Überall hört man von den gleichen Problemen: soziales Elend, Zunahme von Kriminalität, Gewalt und Schießereien, Drogenkonsum und Arbeitslosigkeit. Überall sieht man verschleierte Frauen, die Angst haben, fotografiert zu werden, und große Gruppen junger Männer, die herumhängen."

"No-go-Areas ... funktionieren nach dem gleichen Prinzip. Das Kollektiv bestimmt, wie sich die Individuen zu verhalten haben. ... Überall dort, wo das Kollektiv das Sagen hat, gibt es keine Freiheit. Und da, wo die Freiheit fehlt, gibt es keine Integration."

Die Clans

Nach Ralph Ghadban unterscheidet sich der Clan von der klassischen Großfamilie, aus der er herauswächst, dadurch, daß er eine stärkere interne Solidarität aufweist und sich, insbesondere bei der ethnischen Gruppe der Mhallamiya, mit der Blutrache von der Außenwelt abgrenzt. Bei entsprechender Intensität des Stolzes auf die Überlegenheit des Islam steigt daraus eine besonders große Verachtung der Deutschen und ihrer Werte auf, aus der sich die Clankrimina-

lität entwickelt.

"Sie haben gemerkt, daß in unserer offenen, toleranten Gesellschaft die Menschen als Individuen und autonome mündige Bürger, die das Gewaltmonopol des Staates respektieren, ihnen als aggressiv auftretende Gruppe ausgeliefert sind. Deshalb haben sie die Gruppensolidarität des Clans weiterentwickelt und verfestigt und damit seine Funktion geändert. Während der Clan in der Heimat dem Schutz der Gruppe diente, hat er sich heute in Deutschland zu einer kriminellen Organisation entwickelt."

Clans können mehrere Hunderte bis Tausende von Mitgliedern umfassen. Sie spezialisierten sich auf Raubüberfälle, Drogenhandel, Schutzgelder, Prostitution: Überall, wo es etwas zu holen gibt, sind sie vertreten. "In den letzten Jahren floriert für die Clans jedoch die Geldwäsche. Deshalb investieren sie in Restaurants, Shisha-Bars, Bäckereien und Immobilien."

"Bei der klassischen organisierten Kriminalität finden sich Menschen sozusagen freiwillig zusammen und begehen Verbrechen. In den Clan wird man hineingeboren und hat keine andere Wahl, das mitzumachen. Das bedeutet nicht, daß alle Clan-Mitglieder kriminell sind, aber durch die Verwandtschaft und die Clan-Solidarität sind sie gezwungen oder werden gezwungen, über die Untaten zu schweigen. So kommt es zu einer Art Zwangsgemeinschaft und Schweigekartellen. ...

Diese Strukturen sind viel schwieriger zu durchschauen und aufzubrechen. Die Polizei kann sie auch nicht unterwandern, wie es in anderen kriminellen Milieus möglich ist. Außerdem beschert der Profit Wohlstand für den ganzen Clan und sorgt so weiter für Zusammenhalt. Die Stärke des Clans ist auch das Mobilisierungspotential. Schnell können Brüder und Cousins als Mitstreiter rekrutiert werden. Nie hat man es nur mit einem Gegenüber zu tun. Derartiger Zusammenhalt ist inzwischen ganz untypisch für die stärker individualisierte Gesellschaft des Westens. Das macht auch Gerichtsprozesse schwierig und legt manche Verhandlung regelrecht lahm."

... Man kann ahnen, was noch auf uns zukommt. ...

Zur quantitativen Verbreitung sagt Ralph Ghadban: "Wenn wir von Clans in Deutschland sprechen, reden wir in den meisten Fällen von den libanesisch-kurdischen Clans, insbesondere den Mhallami-Kurden, die aus halbnomadischem Ursprung ein besonders großes Zusammengehörigkeitsgefühl haben. ...

Nach Einschätzung des Bundeskriminalamtes umfaßt diese Gruppe etwa 200.000 Personen. Hinzu kommen in letzter Zeit etwa Clans aus Tschetschenien, Albanien, Kosovo, auch jesidische Clans, die ähnlich organisiert und teilweise auch als Clan kriminell aktiv sind."

Und Hamed Abdel-Samad schreibt: "Allein in Berlin herrschen zwanzig Clans mit 9.000 Mitgliedern über fünf Stadtviertel. Früher machten sie Geld durch Drogenhandel, Schutzgelderpressung und Zuhälterei, jetzt betreiben sie Geldwäsche durch Immobiliengeschäfte. ... Über Drittmänner kauften sie etwa in Berlin Immobilien, die sie dann der Stadt für teures Geld als Unterkünfte für Flüchtlinge anboten. Auch in Sicherheitsfirmen haben sie schon lange ihre Finger drin. ... Altbekannt ... ist die Tatsache, daß diese Clans häufig die sogenannten Friedensrichter stellen, die vermeintlich nur innermuslimische Streitereien schlichten und nach Scharia-Regeln lösen. Tatsächlich vereiteln diese selbst ernannten Richter polizeiliche Ermittlungen und decken die kriminellen Machenschaften der Clans."

Als erstes Bundesland hat jetzt, wie Epoch Times berichtet, "Nordrhein-Westfalen ein Lagebild zur Clankriminalität vorgelegt, wonach im bevölkerungsreichsten Bundesland 6.449 Tatverdächtige aus 104 Clans binnen drei Jahren 14.225 Straftaten begingen. Laut der am Dienstag in Düsseldorf vorgestellten Analyse des Landeskriminalamts (LKA) NRW waren mehr als ein Drittel dieser von 2016 bis 2018 registrierten Taten sogenannte Roheitsdelikte wie Bedrohung, Nötigung, Raub und gefährliche Körperverletzung.

'Wir haben es hier eben nicht mit Eierdieben und Tabakschmugglern zu tun. ... Clankriminali-

tät ist keine Kleinkriminalität - wir reden von schweren Verbrechen bis hin zu Tötungsdelikten', erklärte Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU)."

Mitglieder der Clans fühlen sich mitunter so sicher, daß sie zunehmend ermittelnde Polizisten durch Warnungen und Drohbotschaften einzuschüchtern versuchen. Clans bedrohen auch Zeugen, um sie von belastenden Aussagen abzuhalten, und sogar die Justiz. "Ein Berliner Staatsanwalt stand deshalb unter Personenschutz und konnte sich außerhalb seiner Wohnung nicht mehr frei bewegen."

Auch vor der Bedrohung von Richtern scheuen sie nicht zurück, wie Ralph Ghadban in seinem Buch "Arabische Clans - Die unterschätzte Gefahr" schildert, was Focus in einem Artikel aufgreift: "Nach dem Urteil im "Ampelmord-Prozeß" (2012) haben die Angehörigen des Verurteilten im Landgericht Hildesheim randaliert, sie beschimpften und bedrohten den Vorsitzenden Richter, der mit großem Polizeiaufgebot aus dem Gebäude gebracht werden mußte.

Weil sich die Situation auch vor dem Justizgebäude nicht beruhigte, rückte sogar eine Polizeihundertschaft an."

"Wer die Wahrheit sagt, braucht ein schnelles Pferd", sagt ein chinesisches Sprichwort. Wer konnte noch vor Jahrzehnten ahnen, daß es bald auch bei uns Realität werden würde? Ralph Ghadban versucht mit seinem Buch und in Interviews, die Politiker und die schlafende Mehrheit der Deutschen aufzuwecken für die großen Gefahren, die sich im Land entwickeln.

Das Aufzeigen der Zusammenhänge und die Warnung vor dem, was da heranrollt, können den Clans natürlich nicht gefallen. So konnte es nicht ausbleiben, daß sich ihr Fokus auch auf ihn richtet. Rund 80 Haßbotschaften haben ihn inzwischen erreicht, z. T. mit "mehr oder minder unverhüllten Morddrohungen". Darunter war die Aufforderung: "Überall, wo ihr ihn findet, seid mit ihm gnadenlos."

Gezielte Konfrontation

Kürzlich warnten, wie Epoch Times berichtete, Ex-Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen vor einer wachsenden Einflußnahme islamistischer Bewegungen:

"Er habe in seiner früheren Funktion immer wieder den Eindruck gewonnen, daß die Erkenntnisse der Verfassungsschutzämter nicht mit 'der notwendigen Sensibilität' aufgenommen worden seien. Sowohl in Deutschland als auch in Europa würden extremistische Bestrebungen unterschätzt, sagte Maaßen. Es handle sich um 'eine schleichende Entwicklung, ein Gift', mahnte er mit Bezug nicht nur auf Islamismus."

Dabei treten innerhalb der islamistischen Bewegungen ja die arabischen Clans ganz offen auf, und es gibt auch außerhalb des Verfassungsschutzamtes genug Warner. Die Erkenntnisse des Amtes werden von der Politik ebenso wie diejenigen der Islamwissenschaftler nicht nur "nicht mit der notwendigen Sensibilität aufgenommen", sie werden ganz offensichtlich bewußt ignoriert. Man läßt die Entwicklung, die man durch die unkontrollierte Grenzöffnung gezielt herbeigeführt hat, bewußt laufen. Das ist das Ungeheuerliche, das sich die meisten Menschen in Deutschland nicht klarmachen, weil es so unglaublich ist.

Maaßen beklagte auch, ebenso wie bereits Ralph Ghadban und andere Islamwissenschaftler, "daß staatliche Stellen im Kampf gegen radikalen Islamismus kein Gegenüber auf Seiten moderater oder säkularer Muslime fänden. 'Es gibt nicht diese Ansprechpartner in Deutschland - Es gibt zu viele Ansprechpartner in Deutschland', sagte Maaßen mit Blick auf die Vielzahl muslimischer Verbände. 'Es fiel uns damals ausgesprochen schwer, der Politik muslimische Organisationen zu benennen, die nicht vom Verfassungsschutz beobachtet werden'.

Es funktioniere nach seiner Erfahrung nicht, Radikalisierung mit Hilfe von Extremisten einzudämmen, sagte Maaßen. 'Ich bin immer wieder gegen eine Betonwand gelaufen', sagte er zu Gesprächen mit Vertretern der Muslimbruderschaft, die die Errichtung eines Staates mit islamischen Werten anstrebt und vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Die andere Seite habe stets zunächst über Islamfeindlichkeit sprechen wollen."

Maaßen kritisierte, "in Deutschland habe man noch nicht begriffen, daß man mit dem Islam nicht umgehen könne wie mit christlichen Kirchen ... Auf einer Auslandsreise als Verfassungsschutzchef habe ihn ein Kollege aus dem arabischen Raum verständnislos gefragt, ob er sich denn nicht die Freitagsgebete der Moscheen zur Billigung vorlegen lasse. Das könne natürlich keine Lösung sein. ...

'Die bringen ihre Denke mit nach Deutschland, wissen aber, daß sie in Deutschland im Grunde genommen all das machen dürfen, was sie in den arabischen Staaten dort nicht machen dürfen', warnte Maaßen mit Blick auf Islamisten. 'Wir müssen das einfach im Kopf behalten, daß ... in den muslimischen Staaten man ganz anders damit umgeht, und daß sie im Grunde genommen hier ein Wild West für sich haben'.

Er beklagte auch, zum Teil erhaltenen Vereinigungen staatliche Fördergelder, vor denen der Inlandsgeheimdienst ausdrücklich warne."

Aus alledem geht doch hervor, daß die islamistischen Bewegungen und ihr Kampf gegen die mitteleuropäische freiheitliche Kultur offensichtlich von den deutschen Politikern gewollt werden.

Die Beweise dafür reichen von der fortdauernden unkontrollierten Masseneinwanderung, dem UN-Migrationspakt und die Verleumdung derjenigen, die dagegen protestieren, über die vielfältigen Behauptungen "Der Islam gehört zu Deutschland" und Merkels Lüge: "Das Volk ist jeder, der in diesem Land lebt", bis zu dem, was in diesem Artikel beschrieben wird.

Wann wachen die medial eingelullten Urnengänger endlich auf und realisieren, von welchen Typen sie eigentlich beherrscht und in die Zerstörung geführt werden?! Wer hätte gedacht, daß die bisher schon partiell verwendeten Begriffe von "Volksverrättern" und "Volkszertretern" einmal eine solche Dimension erhalten würden.<<

31.05.2019

BRD: Der deutsche Unternehmer Sven von Storch berichtet am 31. Mai 2019 in der Internet- und Blogzeitung "Die Freie Welt": >>Mainstream-Medien und NGOs puschen die Grünen
Liebe Leser!

Die Grünen werden gezielt aufgebaut, um EU-Zentralismus, Klima-Hysterie, Gender-Politik und Multikulturalismus durchzusetzen.

Die großen Mainstream-Medien und NGOs versuchen mit aller Kraft, ihre kulturmarxistische Agenda durchzusetzen. In Deutschland werden besonders die Grünen gepuscht, um Dieselfahrverbote, CO2-Steuer, Gender-Politik, Quotenregelungen, Abtreibung, Auflösung der Familien, EU-Zentralismus, Masseneinwanderung und Multikulturalismus durchzusetzen. Die Klima-Hysterie um Greta Thunberg und die YouTube-Attacken haben gezeigt, wie raffiniert PR-strategisch die Pseudo-Öko-Globalisten und EU-Lobbyisten vorgehen.

Doch unsere erfolgreiche Aufklärungsarbeit über die alternativen Medien und sozialen Netzwerke zeigt, daß es auch in die andere Richtung geht. Und das ist jetzt nötiger denn je, bevor die Grünen das Ruder übernehmen und mit der rückgratlosen Union eine Koalition schaffen, die Deutschland ins Abseits führt.

Matteo Salvini in Italien, Viktor Orbán in Ungarn und Nigel Farage in Großbritannien zeigen, wie man auch gegen die Massen- und Mainstream-Medien, gegen globalistische NGOs und EU-Lobbyisten erfolgreich Politik machen kann, um den Wahnsinn zu stoppen.

In Ungarn konnten die patriotischen und EU-kritischen Kräfte den deutlichsten Wahlerfolg erkämpfen. Trotz des internationalen Medienkrieges konnte die Fidesz-Partei des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán einen grandiosen Sieg erringen. Mit mehr als 56 Prozent der Stimmen hat sie ein Ergebnis eingefahren, von dem die CDU/CSU in Deutschland nur träumen kann: Die Ungarn stärken ihrem Viktor Orbán den Rücken.

Grandios ist auch das Ergebnis, daß der EU-Kritiker und Vater des Brexit, Nigel Farage, einfahren konnte. Seine gerade erst frisch gegründete Brexit-Partei hat über 31 Prozent der

Stimmen geholt. Die Konservativen von Theresa May sind auf rund 8 Prozent abgerutscht. Damit haben die Briten nochmals deutlich unterstrichen, daß sie für den Brexit sind: Brexit-Partei: Nigel Farage ist strahlender Sieger.

In Italien konnte Matteo Salvini mit seiner Lega punkten. Die Partei kam auf Platz 1 in seinem Land. Im neuen EU-Parlament wären die Lega und die Brexit-Partei die stärksten Parteien. Das ist ein deutliches Signal für Brüssel: Lega und Brexit-Partei stärkste Parteien im neuen Parlament. ...<<

05.06.2019

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 5. Juni 2019 (x1.000/...): >>>70 Jahre Kriegsende: Opferzahlen und vertuschte Kriegsverbrechen

Zum Gedenken an den D-Day vor 75 Jahren fand am 05.06.2019 ein großer Festakt im britischen Portsmouth statt. Kla.TV nimmt dies zum Anlaß, die Opferzahlen sowie vertuschte Kriegsverbrechen des Zweiten Weltkrieges noch einmal näher zu beleuchten.

Anläßlich des heutigen Festaktes im britischen Portsmouth zum Gedenken an den D-Day vor 75 Jahren, strahlen wir heute die folgende Archivsendung aus: "70 Jahre Kriegsende: Opferzahlen und vertuschte Kriegsverbrechen".

"Erst wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang gefunden hat in die Geschichtsbücher der Besiegten und von der nachfolgenden Generation auch geglaubt wird, kann die Umerziehung als wirklich gelungen angesehen werden."

Ob sich dieses Zitat des amerikanischen Publizisten Walter Lippmann (1889-1974) in den letzten 70 Jahren bewahrheitet hat, möge jeder kritische Zuschauer selbst beurteilen. Und damit begrüße ich Sie verehrte Damen und Herren zu unserer neuen Sendereihe: "70 Jahre Kriegsende". Tatsache ist, daß mit dem Kriegsende nach der Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 der Krieg für Millionen von Menschen noch nicht zu Ende war. Dies betraf weite Teile der Zivilbevölkerung, von denen sich unzählige auf der Flucht befanden, aber auch Millionen von Soldaten in Kriegsgefangenschaft.

Diese Sendereihe in den folgenden Tagen ruft in Erinnerung, daß jeder in Gang gebrachte Krieg seine Opfer im einfachen Volk fordert: Menschen die tagtäglich ihren Pflichten nach gehen und um ein harmonisches Leben bemüht sind, werden durch gezielte Kriegspropaganda zu Ausführenden gemacht und sind letztendlich auch die Leidtragenden. Hinterher schreiben dann die Siegermächte ihre Version der Geschichte und lassen sich als Befreier feiern. Ob wir aus unserer Geschichte gelernt haben? Vielleicht lassen unsere "Befreier" von damals und NATO-Partner von heute schon morgen einen Marschbefehl gegen Rußland erschallen ...

Doch nun werfen wir einen Blick in die Vergangenheit! Und zwar auf die Kriegs-Opferzahlen, im Wandel der Zeit. Anfang 1945 befanden sich offiziell 630.000 Einwohner und hunderttausende Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten in Dresden. Nach den Bombenangriffen zwischen dem 13. Februar und dem 17. April 1945 vermeldete die reichsdeutsche Verwaltung 253.000 Tote. Danach seien noch zehntausende Leichen geborgen worden. Zwischen 1992 und 1994 gab die Dresdener Stadtverwaltung bekannt, daß eine Opferzahl von 250.000 bis 300.000 Toten realistisch sei.

Die Ausstellung "Verbrannt bis zur Unkenntlichkeit" im Jahr 1995 beziffert die Verluste aufgrund aller Luftangriffe auf Dresden zwischen Februar und April 1945 hingegen nur noch auf etwa 25.000 Menschen. Auch eine Historiker-Kommission, die von der Dresdener Stadtverwaltung beauftragt wurde, hatte sich 2010 in ihrer Abschlußerklärung endgültig auf 25.000 Luftkriegstote "geeignet". Die Online-Enzyklopädie Wikipedia übernahm schließlich die Nennung dieser Kommission und reduzierte sie nochmals etwas nach unten auf 22.700 bis 25.000 Opfer.

Der letzte DDR-Oberbürgermeister von Dresden, Wolfgang Berghofer, hatte noch bestätigt, daß lediglich 35.000 Bombenopfer eindeutig identifiziert werden konnten, während die An-

zahl der nicht identifizierten Toten unbekannt sei. Tatsache ist also: Wir kennen die genaue Zahl der Opfer nicht. Als sicher erscheint nur, daß die Verursacher des angloamerikanischen Bombenmassakers an einer historischen Dokumentation hoher Opferzahlen nicht interessiert waren. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Entwicklung der Opferzahlen nach dem Atombombenabwurf auf Hiroshima.

Auch hier ist das "Phänomen" der sich rückläufig entwickelnden Opferzahlen im Vergleich von verschiedenen Lexikon-Ausgaben erkennbar: Das dtv-Lexikon von 1967 beziffert insgesamt 423.000 Tote. Das moderne Lexikon/Verlag Bertelsmann von 1984 erwähnt 280.000 Bombenopfer samt Spätfolgen - und laut Wikipedia (Stand 2000) starben bei dem Abwurf, samt Spätfolgen, bis 1946 schließlich nur noch 90.000 bis 166.000 Menschen.

Die Kriegsverbrechen, die Deutschland im Zweiten Weltkrieg vor allem an den Juden beging, sind weithin bekannt und gelten als unentschuldig. Viele Kriegsverbrechen jedoch, welche an der deutschen Bevölkerung durchgeführt wurden und Zahlen über Deutsche, die infolge des 2. Weltkrieges ihr Leben lassen mußten, werden bis heute verschwiegen. Hier einige Beispiele:

Wenig bekannt, ist die Tatsache, daß allein durch gezielte Luftangriffe der Alliierten auf deutsche Wohngebiete 800.000 deutsche Zivilisten getötet wurden. Außerdem wird bis heute in der Geschichtsschreibung die gewaltsame Vertreibung von 17 Millionen Deutschen aus ihrer angestammten Heimat weitgehend vertuscht. Zu diesen Vertreibungen sagte Winston Churchill im englischen Parlament am 15.12.1944 folgendes:

"Die nach unserem Ermessen befriedigendste und dauerhafteste Methode ist die Vertreibung. Sie wird die Vermischung von Bevölkerungen abschaffen, die zu endlosen Schwierigkeiten führt ... Man wird reinen Tisch machen. Mich beunruhigen diese großen Umsiedlungen nicht, die unter modernen Verhältnissen besser als je zuvor durchgeführt werden können."

Was Churchill wohl mit modernen Verhältnissen meinte ...

Schauen wir aber weiter, welche Kriegsverbrechen noch in unseren Geschichtsbüchern vertuscht werden. Nach Kriegsende mußten infolge der alliierten Nachkriegspolitik mindestens 9,3 Millionen Deutsche unnötigerweise ihr Leben lassen, davon zwei Millionen deutsche Kriegsgefangene in sowjetischen Lagern und über eine Million in den Rheinwiesenslagern der amerikanischen "Befreier".

Der amerikanisch besetzte Teil Deutschlands glich nach Ende des 2. Weltkrieges einem riesigen Gefangenenlager. Millionen Männer wurden auf dem freien Feld in selbst gegrabenen Höhlen hinter Stacheldrahtzäunen gefangen gehalten.

Bereits einen Tag nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, am 9. Mai 1945, gab der verantwortliche General und spätere US-Präsident Dwight D. Eisenhower den Befehl, daß die Gefangenen kein Essen von der Bevölkerung erhalten durften. Und dies, obwohl sie am Verhungern waren. Auch drei Zugladungen Nahrungsmittel des Roten Kreuzes aus Frankreich und Belgien mußten wieder umkehren. Auf diese Weise wurden ca. eine Million deutsche Kriegsgefangene systematisch vernichtet.

Dies alles blieb 44 Jahre lang verborgen, bis 1989 das Buch eines Kanadiers "Other losses" (Die anderen Verluste) die Greuelthaten öffentlich machte.

Allerdings verschwand dieses Buch durch starke Negativkritik in der New York Times und anderen Zeitungen schnell in der Versenkung. Auch ins Internet gestellte Filmdokumentationen zu den sogenannten Rheinwiesenslagern werden bis heute immer wieder gelöscht, meist aus "urheberrechtlichen Gründen".

Es stellt dich darum die Frage: Warum wird versucht, diese Greuelthaten zu vertuschen? Wieso informiert uns niemand darüber, was nach 1945 geschehen ist?

Eine mögliche Antwort ist folgende: Einer der größten Medienkonzerne der Welt, die amerikanische NBC Universal Inc. ist Marktführer in Sachen meinungsbildende Geschichtsliteratur

im deutschsprachigen Raum und zudem Besitzer des Historik-Fernsehsenders History. Auch ZDF-History unterhält eine Kooperation mit dem amerikanischen Sender. Mit anderen Worten könnte man sagen: Die Befreier bzw. die Besatzer Deutschlands diktieren den Deutschen, was sie über ihre Geschichte wissen und nicht wissen dürfen.

Meine Damen und Herren, nach diesen Fakten können Sie sich nun selbst ein Bild machen, ob sich das anfangs gehörte Zitat des amerikanischen Publizisten Walter Lippmann in den letzten 70 Jahren bewahrheitet hat oder nicht. ...<<

13.06.2019

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 13. Juni 2019 (x1.000/...): >>Warum in Deutschland die Frage nach Beendigung der Rußland-Sanktionen nicht gestellt werden darf?

... Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer löste durch ein Treffen mit Rußlands Präsident Wladimir Putin am Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg, eine teils heftige Debatte aus. Kretschmer warb dort am vergangenen Freitag, dem 07.06.2019, für das Ende der Rußland-Sanktionen. Zudem lud er Putin nach Sachsen ein. Zwischen Sachsen und Rußland bestehen seit der DDR-Zeit enge Beziehungen, vor allem auch in der Wirtschaft. Durch die Sanktionen brachen die einst boomenden Wirtschaftsbeziehungen extrem ein. Auf Äußerungen Michael Kretschmers, es gäbe im Osten durchaus eine eigene Meinung in der Sanktionsfrage, erntete er teils heftige Kritik.

Wieso ist ausgerechnet die Beziehung zu Rußland solch ein Reizthema? Sehen Sie im Anschluß eine Archivsendung von Kla.TV, die aufzeigt, weshalb dieses Feindbild zwischen Rußland und Deutschland kein Zufall ist und wer ein Interesse daran hat, es um jeden Preis aufrecht zu erhalten.

Archivsendung, 21.03.2015: DIE DEUTSCHE FRAGE

Nur auf eine Bedrohung hätten die US-Amerikaner keine Antwort parat. Friedman spricht ein mögliches deutsch-russisches Bündnis an. "Wenn deutsches Kapital und deutsche Technologie mit russischer Arbeitskraft und russischen Ressourcen kooperiert, wäre das eine existentielle Bedrohung für die USA" so Friedman. Jedoch sei die Position Deutschlands unbestimmt und damit das größte Problem.

"Die deutsche Frage" veranschaulicht nach George Friedman "Die Deutschen haben ein sehr komplexes Verhältnis zu den Russen" behauptet er. Diese Unbekannte nennt er die "Deutsche Frage". Diese bestehe bereits seit 1871 und sei bis heute das größte Problem der USA. Deswegen würden US-Regierungen seit einem Jahrhundert versuchen, ein solches "deutsch-russisches Bündnis zu verhindern".

Hören und sehen Sie gleich im Anschluß noch mehr über den Sicherheitsgürtel rund um Rußland, über die USA, wie sie alle Ozeane der Welt kontrollieren und darüber, wie sie strategisch stets beide Kriegsseiten unterstützen, wenn es Ihnen persönlich nützt. Vernehmen Sie auch mehr zur deutschen Frage. Wer diesen roten Faden kennt, wird künftig auch alle weiteren Ereignisse in der Welt mühelos einordnen können.

Der Moderator des *THE CHICAGO COUNCIL ON GLOBAL AFFAIRS: Mein Name ist Nick Brand, und ich bin der Direktor der gemeinsamen Programme bei "The Chicago Council on Global Affairs". Danke Ihnen, daß Sie gekommen sind. Ich nutze diese Möglichkeit für die Begrüßung von George Friedman hier bei "The Chicago Council". Ich denke, er ist zum ersten Mal hier. Danke, daß Sie bei uns sind.*

George Friedman: Kein Ort kann auf Dauer friedlich bleiben. Auch die USA nicht. Ich meine, wir (USA) werden von Kriegen begleitet. Europa wird - wie ich vermute - zwar nicht zu den großen Kriegen zurückkehren, aber es wird wieder zum menschlichen Normalfall zurückkehren: Es wird seine Kriege haben, seine Friedenszeiten und es wird seine Leben verlieren. Es wird keine 100 Millionen Tote geben, wie im letzten Krieg, aber die Idee von der europäi-

schen Auserwähltheit - wie ich denke - wird dazu beitragen.

Es wird Konflikte in Europa geben, es gab schon Konflikte in Jugoslawien und jetzt auch in der Ukraine. Europas Beziehungen zu den Vereinigten Staaten - wir haben keine Beziehungen mit "Europa". Wir haben Beziehungen mit Rumänien, wir haben Beziehungen mit Frankreich, aber es gibt kein "Europa", mit dem die USA Beziehungen hätte.

Moderator N. Brand: Bitte der Herr dort. Frage aus Publikum: Ist der islamistische Extremismus die Hauptbedrohung für die Vereinigten Staaten, und wird er absterben oder wird er auch weiterhin fortbestehen?

George Friedman: Er ist ein Problem für die Vereinigten Staaten, aber keine existentielle Bedrohung. Man muß sich damit angemessen befassen. Wir haben andere außenpolitische Interessen. Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Weil vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. Wenn Sie ein Ukrainer sind, werden Sie Ausschau danach halten, wer Ihnen als Einziger helfen kann. Und das sind die Vereinigten Staaten.

Letzte Woche oder vor etwa 10 Tagen war der Oberbefehlshaber der amerikanischen Bodentruppen, General Ben Hodges, in Europa zu Besuch in der Ukraine. Er kündigte dort an, daß die US-Militärberater in die Ukraine offiziell kommen sollen. Eigentlich hat er dort die Medaillen an die ukrainischen Kämpfer verteilt, was das militärische US-Protokoll verbietet, daß die Medaillen an Ausländer verliehen werden. Doch er tat das, weil er zeigen wollte, daß die ukrainische Armee seine Armee ist. Dann ging er. Und die Vereinigten Staaten liefern den baltischen Staaten Waffen, Artillerie und andere Militärausrüstung - den baltischen Staaten, Rumänien, Polen und Bulgarien - das ist ein sehr interessanter Punkt.

Gestern haben die Vereinigten Staaten angekündigt, daß sie vorhaben, Waffen in die Ukraine zu liefern. Das wurde dementiert, aber sie tun das; die Waffen werden geliefert. Und bei all diesen Handlungen agieren die USA außerhalb der NATO. Denn NATO-Entscheidungen müssen von allen NATO-Mitgliedern einstimmig getroffen werden. Der Punkt bei der ganzen Sache ist, daß die USA ein "Cordon Sanitaire", einen Sicherheitsgürtel, um Rußland herum aufbauen. Und Rußland weiß das. Rußland glaubt, daß die USA beabsichtigen, die Russische Föderation zu zerschlagen. Ich denke, wir wollen sie nicht töten, sondern nur etwas verletzen bzw. Schaden hinzufügen.

Jedenfalls sind wir jetzt zurück im alten Spiel. Und wenn Sie einen Polen, Ungarn oder Rumänen fragen, sie leben in einer ganz anderen Welt als die Deutschen, und die Deutschen leben in einer ganz anderen Welt als die Spanier. Also, es herrscht Uneinigkeit in Europa. Aber was die Ukrainer bevorzugen werden, das werde ich Ihnen genau sagen: Sie werden versuchen, die USA in ihr Land zu holen. Die Vereinigten Staaten aus ihrem fundamentalen Interesse kontrollieren alle Ozeane der Welt. Keine Macht hat das jemals getan. Aus diesem Grunde marschieren wir in die Völker dieser Welt ein, und sie können nichts dagegen tun. Und das ist eine sehr schöne Sache.

Die Aufrechterhaltung die Kontrolle über die Ozeane und im Weltall begründet unsere Macht. Der beste Weg, eine feindliche Flotte zu besiegen ist, daß diese errichtet wird. Der Weg, den die Briten gegangen sind, um sicherzustellen, daß keine europäische Macht die Flotte bauen konnte, ist, daß die Europäer einander bekämpften. Die Politik, die ich empfehlen würde, ist die, die Ronald Reagan angewandt hat im Iran und im Irak (Iran-Irak-Krieg 1980-88). Er unterstützte beide Kriegsseiten, sodaß sie gegeneinander kämpften und nicht gegen uns. Es war zynisch. Es war nicht moralisch vertretbar, aber es funktionierte.

Und das ist der Punkt: Die Vereinigten Staaten sind nicht in der Lage, ganz Eurasien zu okkupieren. In dem Moment, wo unsere Stiefel den dortigen Boden berühren, sind wir demogra-

fisch zahlenmäßig unterlegen. Wir können eine Armee zerschlagen, aber wir sind nicht in der Lage den Irak zu besetzen. Schon die Idee, daß 130.000 US-Soldaten ein Land mit 25 Millionen Menschen okkupieren. Das Verhältnis zwischen der Anzahl der Polizisten und der Einwohner in New York ist größer als das Verhältnis von US-Soldaten und der irakischen Bevölkerung war.

Also, wir sind nicht in der Lage, überall militärisch zu intervenieren, aber wir sind in der Lage, erstens, die gegeneinander kämpfenden Mächte zu unterstützen, damit sie sich auf sich selbst konzentrieren können. Sie zu unterstützen - politisch, finanziell, militärisch, Waffen liefern und die US-Berater aussenden. Und in außerordentlichen Fällen - wie wir in Japan vorgegangen sind, nein, in Vietnam, Irak und Afghanistan - mit Präventivschlägen ("spoiling attacks") intervenieren.

Die Taktik der Präventivschläge beabsichtigt nicht, den Feind zu besiegen, sondern sie verfolgt das Ziel, den Feind aus der Balance zu bringen. Das versuchten wir in jedem Krieg, wie z.B. in Afghanistan, wo wir al-Qaida aus der Balance brachten. Das Problem, was wir haben, seit wir so jung und dumm sind, ist, daß wir die Feinde aus der Balance bringen. Anstatt zu sagen: "Wir haben den Job gut gemacht, laß uns nach Hause gehen", sagen wir: "Mann, das war aber leicht, laßt uns hier noch eine Demokratie aufrichten." Das war der Moment unserer Geistesschwäche, von der wir befallen wurden. Deswegen die Antwort darauf lautet, die USA können nicht überall in Eurasien militärisch intervenieren.

Man muß selektiv intervenieren und möglichst selten. Eine militärische Intervention stellt für uns einen Sonderfall dar, die letzte Möglichkeit. Wir können nicht im ersten Schritt schon US-Truppen aussenden. Aber wenn wir die Truppen schicken, dann - und das haben wir schon aus Erfahrung klar verstanden - muß die Intervention eingeschränkt erfolgen und nicht gigantische Ausmaße erreichen.

Hoffentlich haben wir es dieses Mal verstanden, denn gewöhnlich dauert es eine Weile, wenn Kinder im Unterricht lernen. Aber Sie haben absolut Recht, wir als ein Imperium können das (überall intervenieren) nicht tun. Die Briten damals haben Indien nicht okkupiert, sie haben einfach die einzelnen Staaten Indiens genommen und ließen sie gegeneinander kämpfen. Sie haben die britischen Offiziere bei der indischen Armee installiert. Die alten Römer haben auch keine Truppen in entlegene Regionen außerhalb des Römischen Imperiums entsandt, sondern sie haben pro-römische Könige dort eingesetzt.

Diese Könige regierten für das römische Imperium in anderen Ländern, und sie waren verantwortlich für die Aufrechterhaltung des pro-römischen Friedens an den Grenzen des Imperiums. So war es z.B. auch bei dem Parther-Reich. Also, Imperien, die versuchen direkt in okkupierten Gebieten zu regieren, solche Imperien scheitern, wie es z.B. mit dem Nazi-Imperium der Fall war. Denn niemand hat so viel Macht, um direkt zu regieren. Da muß man schon clever vorgehen.

Wie auch immer, das ist nicht unser Problem. Es bedeutet eigentlich, daß wir ein Imperium als solches sind. Wir sollten aber deswegen nicht denken, daß wir uns entspannen könnten, nach Hause gehen und uns über nichts Sorgen machen. Wir sind erst etwa im dritten Kapitel des Buches.

Moderator N. Brand: Bitte die nächste Frage. Frage aus Publikum: Habe ich Sie richtig verstanden, daß die europäische Währung Euro nicht überleben wird?

George Friedman: Die Frage, die jetzt für die Russen auf dem Tisch ist, ist, ob man die Ukraine als eine Pufferzone zwischen Rußland und dem Westen haben will, die wenigsten neutral bleiben wird oder wird der Westen in die Ukraine so weit vordringen, daß er nur 100 Kilometer von Stalingrad und 500 Kilometer von Moskau entfernt sein wird. Für Rußland stellt der Status der Ukraine eine existentielle Frage dar. Und die Russen können bei dieser Frage nicht einfach so weggehen und loslassen.

Für die USA gilt, wenn Rußland sich weiter an die Ukraine hängt, werden wir Rußland stoppen. Dafür wurden Maßnahmen unternommen für die General Hodgens eingesetzt wurde, um dafür beschuldigt zu werden. Es geht um die Präpositionierung von Truppen in Rumänien, Bulgarien, Polen und die baltischen Staaten. Das Intermarium ("Zwischenmeer-Land"), das Territorium zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee, wovon Pilsudski träumte. Das ist die Lösung für die USA. Und die Sache, worauf wir keine Antwort parat haben, ist die Frage, was wird Deutschland in dieser Situation unternehmen.

Die reale unbekannt Variable in Europa sind die Deutschen, wenn die USA diesen Sicherheitsgürtel aufbauen, nicht in der Ukraine sondern zu dem Westen, und der Einfluß der Russen in der Ukraine wird schwinden. Wir wissen nicht, wie die deutsche Haltung ausfallen wird. Deutschland ist in einer sehr eigenartigen Lage. Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder ist im Aufsichtsrat von Gazprom. Die Deutschen haben ein sehr komplexes Verhältnis zu den Russen. Sie wissen aber selbst nicht, was sie tun sollen. Sie müssen ihre Waren exportieren, die Russen können ihnen die Waren abnehmen.

Andererseits verlieren sie ihre Freihandelszone, die sie brauchen, um andere Sachen aufzubauen. Die Hauptbefürchtung der USA ist, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien mit russischen Rohstoffressourcen und russischer Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden, die die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern versuchen. Also, wie kann man erreichen, daß diese deutsch-russische Kombination verhindert wird? Die USA sind bereit, die Karten auf den Tisch zu legen. Es ist die Linie zwischen dem Baltikum und dem Schwarzen Meer.

Seitens Rußlands waren die Karten bisher immer schon auf dem Tisch. Für sie ist entscheidend, daß die Ukraine ein neutrales Land wird, kein pro-westliches. Weißrußland ist hier eine andere Angelegenheit. Nun, wer mir eine Antwort darauf geben kann, was die Deutschen in dieser Situation tun werden, der kann mir auch sagen, wie die nächsten 20 Jahre Geschichte aussehen werden. Aber unglücklicherweise müssen die Deutschen immer wieder diese Entscheidung treffen. Und das ist das ewige Problem Deutschlands.

Deutschland ist wirtschaftlich enorm mächtig, aber gleichzeitig geopolitisch sehr zerbrechlich. Sie wissen niemals, wo und wie sie ihre Exporte verkaufen können. Seit 1871 war das immer "Die deutsche Frage". Und die Frage Europas. Denken Sie über die "Deutsche Frage" nach, welche jetzt wieder mal aufkommt. Das ist die nächste Frage, die wir stellen müssen, was wir aber nicht tun, weil wir nicht wissen, was die Deutschen tun werden.

Moderator N. Brand: Ganz herzlichen Dank an George Friedman und einen herzlichen Dank auch an den Chicago-Club für das Co-Sponsoring dieses Abends. Einen guten Abend!

George Friedman - der Chef von Strategic Forecasting, INC (abgekürzt STRATFOR) ist ein führender privater US-amerikanischer Think-Tank, der die Analysen, Berichte und Zukunftsprojektionen zur Geopolitik, zu Sicherheitsfragen und Konflikten in aller Welt anbietet.<<

15.06.2019

BRD: Die Desiderius-Erasmus-Stiftung veranstaltet am 15. Juni 2019 in Berlin einen Kongreß zum Thema Meinungsfreiheit (x1.032/...): >>Von Free Speech zu Hate Speech

Von Marc Jongen

- eine Dialektik der Aufklärung

für Äußerungen, die vielleicht anstößig sind, provokativ, vielleicht auch verletzend für einige, deren Tolerierung aber gerade der Prüfstein wäre, ob eine Gesellschaft sich noch frei und offen nennen darf oder nicht.

Mein Vortrag gliedert sich in 11 Thesen, die im Folgenden vorgetragen und kommentiert werden:

1) Artikel 5 Grundgesetz wird gebrochen in Deutschland. Eine Zensur findet wieder statt. Auch die Freiheit von Wissenschaft und Forschung ist ernsthaft gefährdet. Das läßt sich etwa

an den Folgen des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes sowie anhand der Medienberichterstattung über die sogenannte Flüchtlingskrise oder jüngst über die Ereignisse von Chemnitz demonstrieren.

Für die Zukunft lassen die geplanten oder angedrohten Einschränkungen der Presse- und Redefreiheit im Rahmen des "Global Compact for Migration" sowie die Pläne des Europäischen Rats zur "Bekämpfung der Verbreitung von Desinformation im Internet" weitere massive Eingriffe befürchten.

Das habituelle Sperren regierungskritischer oder auch nur andersdenkender Personen auf Facebook aufgrund des Netzwerk-Durchsetzungsgesetzes, das immer wieder Bürger an ihrer freien Meinungsäußerung hindert und dafür bestraft, kennen Sie alle. Derzeit noch weniger bekannt sind die weiteren Einschränkungen der Meinungsfreiheit, die die erwähnten Initiativen, vor allem der unselige "Global Compact for Migration", nach sich ziehen werden.

Die AfD hat im Bundestag dafür gesorgt, daß über dieses Vertragswerk überhaupt erst gesprochen und debattiert worden ist. Die Altparteien hätten es sonst heimlich, still und leise durchgewinkt, und Frau Merkel hätte es in Marrakesch unterschrieben - was sie dann ja auch getan hat, allerdings unter lautem und argumentativ untermauertem Protest der AfD.

Der Titel meines Vortrags soll zum Ausdruck bringen, daß wir es in den westlichen, sogenannten aufgeklärten, freien und demokratischen Gesellschaften mit einem besorgniserregendem Rückgang an politischen Freiheitsgraden und Äußerungsmöglichkeiten zu tun haben - für den ganz normalen Bürger, aber auch für Intellektuelle und Wissenschaftler. Die Ursache dafür ist das Einsickern totalitär-linken Gedankenguts in ehemals liberale Institutionen und Mentalitäten. Diese Entwicklung ist deshalb besonders schwer zu demaskieren, weil sie gerade unter Rückgriff auf aufklärerische Werte und Argumente legitimiert wird.

Deshalb spreche ich von einer Dialektik der Aufklärung. Will heißen: Die liberalen Gesellschaften scheinen aus sich selbst heraus die Dämonen zu gebären, die am Ende für ihre Liquidierung oder zumindest für ihre schwere Gefährdung sorgen.

Free Speech steht hier nicht für die gleichnamige Bewegung an den US-amerikanischen Universitäten in den 1960er Jahren, sondern wird viel weiter gefaßt, als aufklärerisches Ideal der freien Rede durch freie Bürger in einer freien Gesellschaft.

Das steht am Anfang einer Entwicklung, deren negativer Endpunkt heute die sogenannte "Haßrede" oder Hate Speech ist. In den meisten Fällen ist das ein rein denunziatorischer Begriff.

Was steht nun in diesem Vertrag? Ich will es Ihnen kurz zitieren. Als Ziel 17 wird in diesem Vertrag die "Beseitigung aller Formen der Diskriminierung und Förderung eines auf nachweisbaren Fakten beruhenden öffentlichen Diskurses zur Gestaltung der Wahrnehmung von Migration" genannt. Das mag sich für das arglose Ohr noch irgendwie akzeptabel anhören. Dann kommt aber als Nummer 33 die Verpflichtung für die unterzeichnenden Staaten:

"Wir verpflichten uns, im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsnormen alle Formen der Diskriminierung zu beseitigen und Äußerungen, Handlungen und Ausprägungen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz gegenüber allen Migranten zu verurteilen und zu bekämpfen."

Das Ganze soll zu einer "konstruktiveren Wahrnehmung von Migration und Migranten" führen. Man ahnt schon, auf welche massive Zensur die Sache hinausläuft. Wer noch Zweifel hat, der wird durch den nachfolgenden Klartext belehrt:

"Wir werden a) Rechtsvorschriften erlassen, umsetzen oder aufrechterhalten, die Haßstraftaten und schwerere Haßstraftaten, die sich gegen Migranten richten, unter Strafe stellen, und Strafverfolgungs- und andere Beamte darin schulen, solche Straftaten zu erkennen, zu verhindern und darauf zu reagieren ..." Die Beamten sollen also daraufhin "geschult" werden, diese Straftaten überhaupt erst zu erkennen. Man sieht leicht, welche Form von Meinungsäußerungen

hier unter Strafe gestellt werden sollen, nämlich solche, die auf den ersten Blick noch gar nicht als Straftaten erkannt werden können.

Es soll mit anderen Worten eine Art Gehirnwäsche an den Beamten vollzogen werden. Auch die Medien sollen natürlich dementsprechend auf Linie gebracht werden, unter anderem "durch Sensibilisierung und Aufklärung von Medienschaffenden hinsichtlich Migrationsfragen und Migrationsbegriffen, durch Investitionen in ethische Standards der Berichterstattung und Werbung" und durch Einstellung von Finanzierung solcher Medien, die diesen Standards nicht entsprechen und die sich damit der "Fremdenfeindlichkeit" und des "Rassismus" schuldig machen. Da wird Gesinnungsjournalismus von höchster Stelle aus installiert und herangezchtet.

In eine ähnliche Richtung geht die Europäische Kommission.

In einem sogenannten "Fact Sheet" zur erwähnten "Bekämpfung von Desinformation im Internet" vom 26. April 2018 steht: "Die Kommission fordert die Plattformen auf, ihre Bemühungen zur Bekämpfung von Desinformation spürbar zu verstärken." Es wird ein "ehrgeiziger Verhaltenskodex" gefordert, der die "Selbstregulierung" unterstützen soll. Und dann, als unverhohlene Drohung: "Sollten sich die Ergebnisse nicht als zufriedenstellend erweisen, könnte die Kommission weitere, auch regulatorische Maßnahmen vorschlagen."

Wir müssen uns im Klaren sein: Dieser Prozeß ist im vollen Gange und die AfD tut im Bundestag alles, um darüber aufzuklären und ihn aufzuhalten. Im Ausschuß für Kultur und Medien, dem ich als Obmann der AfD-Fraktion angehöre, ist das eines der Hauptthemen. Es ist völlig klar: Unterhalb dieser wohlklingenden Phrasen, die schon ihre eigentliche Intention, wenn man genauer hinhört, erkennen lassen, geht es um totalitäre Kontrolle der öffentlichen Meinung und Unterdrückung der freien Meinungsäußerung der Bürger. Dagegen ist Widerstand nötig.

2) Die politisch motivierte Einschränkung der Presse-, Medien- und Meinungsfreiheit greift unmittelbar Artikel 1 Grundgesetz an: "Die Würde des Menschen ist unantastbar." Diese Würde liegt nämlich im geistigen Teil des Menschen begründet, zu dem, philosophisch gesehen, unabdingbar auch die (praktische und transzendente) Freiheit gehören. Das kann mit Verweisen auf die deutschen Idealisten Kant und Fichte gezeigt werden, deren Philosophien die Verfasser unseres Grundgesetzes inspiriert haben.

Eine Einschränkung der Meinungsfreiheit über die bestehenden Straftatbestände Verleumdung, üble Nachrede und Volksverhetzung hinaus beleidigt den Menschen in seinem geistigen/freien Wesen und widerspricht damit der freiheitlich-demokratischen Kultur der Aufklärung. Das ist ganz wichtig. Die Verletzung der Menschenwürde wird häufig mit der Einschränkung der körperlichen Entfaltungsmöglichkeiten des Menschen in Verbindung gebracht. Niemand darf hungern und frieren, jeder braucht ein Dach über dem Kopf und so weiter. Das ist alles schön und gut und richtig.

Aber der geistige Teil des Menschen, der den Menschen eigentlich zum Menschen macht, nämlich die Fähigkeit, frei zu urteilen, seine Meinung zu bilden und sich zu äußern, ist eigentlich der Kern der Menschenwürde. Insofern werden wir alle in unserer Menschenwürde beleidigt, wenn wir von unserer Regierung derart gegängelt und in unserer Redefreiheit eingeschränkt werden.

Ich will nur stellvertretend aus der Vorlesung "Über die Würde des Menschen" aus dem Jahr 1794 von Johann Gottlieb Fichte zitieren, der mit allerhöchstem Pathos die Menschenwürde preist und nach einer langen Aufzählung, was die geistige Freiheit ausmacht und wie diese erst das geistige Licht in der Welt und in der Natur aufgehen läßt, zu dem Schluß kommt:

"Das ist der Mensch; das ist jeder, der sich sagen kann: Ich bin Mensch. Sollte er nicht eine heilige Ehrfurcht vor sich selbst tragen und schaudern und erbeben vor seiner eigenen Majestät! - Das ist jeder, der mir sagen kann: Ich bin." Ein hohes, vielleicht überspanntes Pathos,

aber es markiert den glanzvollen Beginn unserer bürgerlichen Freiheitstradition. Vergleichen Sie das mit dem Tiefpunkt, an dem wir heute angekommen sind, und Sie können die eklatante Diskrepanz mit Händen greifen.

3) In der Spät- oder Post-Moderne herrscht schon seit längerem eine "neue Unübersichtlichkeit" dadurch, daß alle ehemals überschaubaren politischen Verhältnisse und Antagonismen in (oft mehrfacher) dialektischer Brechung vorliegen und sich mithin in paradoxer Gestalt präsentieren. Im Hinblick auf das Thema Meinungsfreiheit bedeutet das, daß deren Einschränkung, einst von finsternen reaktionären Mächten betrieben, heute im Namen der Aufklärung, der freien, "toleranten" und "weltoffenen" Gesellschaft gefordert wird.

Das heißt, die Ideen und Begriffe, die im Morgengrauen der Aufklärung zur Emanzipation des Menschen aus geistiger Knechtschaft und politischer Unfreiheit hin zu einer Gesellschaft freier Bürger geführt haben, drohen jetzt zur Errichtung eines neuen geistigen Zwangsregimes mißbraucht zu werden.

Man kann das am Beispiel der Toleranz sehr gut nachvollziehen. Der Toleranzgedanke hat sich in seiner modernen Form in der religiösen Sphäre herausgebildet, zunächst ging es um die Gewissensfreiheit, die Martin Luther jedem Einzelnen zugestanden hat. Niemand kann nach Luther zwangsbekehrt werden, der Glaube an Jesus Christus ist ein Geschenk des Heiligen Geistes, er kann nicht mit Gewalt erzwungen werden.

Daraus ergibt sich die Gewissensfreiheit, aus der sich allmählich der Toleranzgedanke entwickelt hat. In der Aufklärungszeit wurde er über die religiöse Sphäre hinaus erweitert. Nicht nur die andere Konfessionen sollen jetzt toleriert werden, sondern auch andere Haltungen einschließlich des Atheismus. Andersdenkende insgesamt sind in ihrer Andersheit zu akzeptieren. John Locke ist hier zu erwähnen, als wichtiger Autor mit Schriften über die Toleranz, auch Voltaire, oder denken Sie an Nathan den Weisen von Lessing.

All das sind wichtige Meilensteine. Die europäische Aufklärung bringt eine enorme Aufwertung des Individuums mit sich, nämlich das glauben und denken zu können, was man will, wie auch öffentlich vertreten zu können, was der inneren Überzeugung und dem Gewissen entspricht. Für diese positive Toleranzhaltung, die wir uns in Europa erkämpft haben, und auf die wir stolz sein können, haben viele Männer und Frauen ihr Blut vergossen.

Wenn wir diesen Toleranzgedanken nun aber an eine Religion oder Kultur wie den Islam herantragen, der die Aufklärung und diese Kämpfe nicht durchgemacht hat, dann erwachsen daraus ernsthafte Probleme.

Es gibt nämlich berechtigten Grund zur Sorge, daß der Islam, sobald seine Anhänger in der Mehrheit oder auch nur zahlreich genug sind, die Toleranz nicht üben wird, die seine Funktionäre jetzt noch so wohlfeil im Munde führen. Darauf aufmerksam zu machen, ist die Pflicht eines jeden wachsamem Staatsbürgers und frei denkenden Menschen.

Kein Geringerer als der erzliberale Philosoph Karl Popper hat das Prinzip dazu in seinem Buch aus den 1940er Jahren "Die offene Gesellschaft und ihre Feinde" formuliert. Er plädiert darin für die offene, tolerante Gesellschaft, benennt aber auch eine klare Grenze der Toleranz. Man müsse gegen die Intoleranten selbst Intoleranz üben, weil diese sonst die tolerante und offene Gesellschaft am Ende zerstören werden!

Wir, die AfD und alle, die ihr geistig nahestehen, warnen seit Jahren vor solchen Entwicklungen, blicken auf die Schwierigkeiten und Gefahren, die mit dem Islam verbunden sind, und sagen klar: keine Toleranz gegenüber den Intoleranten! Die schlechten Erben der Aufklärung, die Linken, greifen uns dafür an, denunzieren uns als die Feinde der offenen Gesellschaft und pervertieren damit vollkommen den Toleranzgedanken.

In ihrem Mund ist "Toleranz" zu einem Ekelwort geworden, das wir nicht mehr hören können, weil sein ursprünglicher Sinn vollkommen entstellt wurde. Toleranz heißt Respekt vor dem Individuum, nicht Vergötzung von Kulturen, die die Individual- und Freiheitsrechte mit Füßen

treten.

4) Den Grundgedanken einer solchen "Dialektik der Aufklärung" - daß eine gut gemeinte Tendenz zur Emanzipation aus erniedrigenden und unterdrückenden Verhältnissen am Ende in eine Welt führt, die "im Zeichen triumphalen Unheils strahlt" - haben Theodor W. Adorno und Max Horkheimer in ihrem gleichnamigen Buch aus den 1940er Jahren klassisch umrissen.

Daß die Erben der "Kritischen Theorie" heute selbst dazu beitragen, eine "Dialektik der Aufklärung" innerhalb der Tradition der Kritischen Theorie dergestalt zu wiederholen, daß sie den Idealen und Zielen der Aufklärung - oftmals bona fide - zuwiderhandeln, kann als ironische Bestätigung der Thesen Adornos und Horkheimers betrachtet werden.

Was ist damit gemeint?

Die These von Horkheimer und Adorno besagt, daß der Vernunftgebrauch, der den Menschen befreien und aus unterdrückenden Verhältnissen herausführen sollte, am Ende dazu geführt hat, daß er sich in den schlimmsten gegenseitigen Unterdrückungs- und Entfremdungsverhältnissen wiederfindet.

Das Buch ist während des Zweiten Weltkriegs geschrieben, wodurch man vielleicht versteht, wie diese düstere Sicht zustande kommt. Philosophisch ist das natürlich eine hochumstrittene These, gegen die man vieles einwenden kann. Die Erben der Kritischen Theorie, die heutigen Linken, sorgen aber verstörender Weise dafür, daß genau das eintritt, was Adorno und Horkheimer beschrieben haben.

Man könnte auch von einer selbsterfüllenden Prophezeiung sprechen. Die linke Art des "Vernunftgebrauchs" führt in eine Welt, in der man sich nicht mehr frei äußern kann und in der wir Angst haben müssen, daß unsere Autos angezündet werden oder Schlimmeres geschieht. Das ist eine ironische "Dialektik der Aufklärung" zweiten Grades, herbeigeführt von der Linken selbst. Soweit meine Pointe für die philosophisch Interessierten.

5) Anhand des Weges von Free Speech (wie von Baruch de Spinoza, John Locke, Voltaire, John Stuart Mill und anderen theoretisch begründet) zu Hate Speech (ein aus den USA stammender und dort u.a. von Catharine MacKinnon, Charles Lawrence, Mari Matsuda und Richard Delgado prominent vertretener politischer Kampfbegriff) läßt sich die "Dialektik der Aufklärung" neueren Typs gut veranschaulichen:

Wo früher großmütig auch explizit falschen und anstößigen Positionen das Recht zur öffentlichen Verlautbarung zugestanden wurde, wird heute der böse Blick des Verdachts auf immer zahlreichere Meinungsäußerungen geworfen, schreitet die Kriminalisierung und Pathologisierung "politisch unkorrekter" Äußerungen - als "Haßverbrechen" - immer weiter voran.

Das Konzept der Haßrede wurde an den Universitäten der USA ausgebrütet und ist inzwischen auch in Europa in die Phase der politischen Umsetzung eingetreten. Das heißt, man versucht es in Gesetze zu gießen und Straftatbestände daraus zu konstruieren. Sprachphilosophisch gesehen basiert es auf der problematischen Annahme, es gäbe Sprechakte, die unmittelbar zugleich Taten sind. Anders gesagt, es gäbe Äußerungen, die für sich genommen schon ein Verbrechen, ein sogenanntes Haßverbrechen, darstellen.

Man nimmt also an, daß diese Worte so sehr verletzen, daß sie der Schwere nach einer Körperverletzung gleichkämen. Damit wird aber die Empfindsamkeit und Empfindlichkeit derjenigen, die sich von diesen Worten verletzt fühlen, zum Maßstab dessen gemacht, was noch erlaubt ist und was nicht mehr erlaubt ist, was, wie es heißt, "politisch korrekt" ist.

Gemeint sind die "Schneeflocken-Studenten", die sich an den amerikanischen Universitäten tummeln und die sich von der kleinsten Andeutung einer Herabsetzung beispielsweise ihrer ethnischen Gruppe oder ihres Geschlechts schon derart verletzt fühlen, daß sie sich in sogenannte "Safe Spaces", Schutzräume, flüchten müssen, wo sie sich dann erholen können. Diese Art von Kinderzimmern wird in den USA ganz offiziell an den Universitäten installiert.

Ganz so weit ist es bei uns noch nicht, aber wir sind auf dem besten Weg dorthin, und dem muß unbedingt Einhalt geboten werden, weil hier ein ernsthafter Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit stattfindet. Es werden bereits literarische Klassiker von potentiell anstößigen Stellen gereinigt, mit "Trigger Warnings" ausgestattet, oder aus Rücksicht auf zartbesaitete Seelen ganz aus dem Lehrplan gestrichen. Daher gilt:

6) "Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden." Das darf aber nicht nur innersozialistisch gelten, wie von Rosa Luxemburg ursprünglich gemeint, sondern universell. Da gerade der Andersdenkende im Verdacht steht, von Haß getrieben zu sein, öffnet ein Straftatbestand "Haßrede" einer giftigen Verdachtshermeneutik Tür und Tor und liefert den Regierungen die Gelegenheit, unliebsame politische Gegner durch Kriminalisierung zu bekämpfen, den demokratischen Meinungsstreit damit zu suspendieren.

Um das zu vertiefen, müßte man ein Buch des russischen Philosophen Boris Groys aufschlagen: Unter Verdacht: Eine Phänomenologie der Medien. Dort könnte man lernen, daß die Medien bereits ihrer Struktur nach so angelegt sind, daß sie derartige Unterstellungen, Projektionen und Verdachtsstimmungen extrem befördern.

Das Internet ist der ideale Nährboden für Verschwörungstheorien. In diesen Medienräumen, in denen man nie weiß, wer eigentlich dahintersteckt, wer der Urheber der Texte und Bilder ist, die da auf den medialen Oberflächen aufflackern, kann das Nazi-Phantom natürlich wunderbar gedeihen und geistern. Man weiß nie: Wer ist jetzt Nazi und wer nicht? Man kriegt ihn nicht zu fassen, und es gibt ja wahrscheinlich nur noch sehr wenige echte Nazis in Deutschland. Ich habe noch keinen kennengelernt, muß ich gestehen.

Die Neonazi-Gruppen sind ein unappetitliches Phänomen, aber überschaubar und sämtlich polizeibekannt. Dennoch geistert das Nazi-Phantom auf den Medien-Oberflächen herum und suggeriert Allgegenwart. So kann eine inflationäre Nazi-Vermehrung stattfinden und die AfD dieser Hexenjagd unterzogen werden, die wir tagtäglich erleben.

Als Rechtfertigung für die Sachbeschädigungen, körperlichen Angriffe und beruflichen Diskriminierungen, die wir ertragen müssen, wird angeführt, die AfD würde "Haß schüren". Einen Beweis bleibt man schuldig. Wenn dagegen die Antifa und ihre linken Freunde auf den Straßen Berlins oder anderswo lautstark die Parole skandieren "Ganz Berlin haßt die AfD!", dann gilt das nicht als Haßrede. Seltsamer Widerspruch.

7) Die Verurteilung von Hate Speech hat einen berechtigten Kern. Dem ist im bisherigen deutschen Strafrecht durch §§ 185 bis 188 StGB aber schon hinreichend Rechnung getragen (üble Nachrede, Verleumdung usw.). Darüber hinaus ist es nicht möglich, einen etwaigen Straftatbestand oder Zensurgrund "Haßrede" definitorisch so einzugrenzen, daß er nicht zumindest grob mißbrauchsanfällig wäre und die Gründe, die gegen ihn sprechen, deutlich überwögen.

Das läßt sich anhand der Beispiele für Hate Speech der Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung oder Landesmedienanstalten deutlich machen. Auf einem übersichtlichen Informationsblatt, das auch im Internet zu finden ist, sind folgende Musterbeispiele für Hate Speech aufgeführt:

1. "Bewußte Verbreitung uninformativer oder falscher Aussagen", wie zum Beispiel: "Flüchtlinge haben alle teure Handys" oder "Flüchtlinge müssen im Supermarkt nicht bezahlen". Man sieht: Das sind keine groben Beleidigungen, sondern eher generalisierende Tatsachenbeobachtungen.

Sehr viele sogenannte Flüchtlinge sind tatsächlich mit Handys unterwegs, daher auch die massenweise Verbreitung der "Merkel-Selfies" als Einladungssignale in alle Welt. Auch gibt es Fälle, in denen Flüchtlinge im Supermarkt nicht bezahlt haben, da die Verkäuferinnen aus einem falsch verstandenen Toleranzgedanken heraus angewiesen wurden, das einfach zu tolerieren. Das namhaft zu machen, gilt jetzt als "Haßrede". Generalisierung ist verboten, es han-

delt sich sämtlich um "Einzelfälle", egal wie gehäuft sie vorkommen.

2. "Bedienen von Stereotypen und Vorurteilen durch bestimmte Begriffe und Sprachmuster" wie zum Beispiel: "Homo-Lobby", "Asylantenflut", "Das Boot ist voll", "Ausländer raus" oder "drohende Islamisierung". "Ausländer raus" ist tatsächlich eine üble Parole, die zu beanstanden ist. Inwieweit sie kriminalisiert werden muß, ist eine andere Frage.

Zu "drohende Islamisierung" folgendes: Ein Gericht in Koblenz hat kürzlich ein lokales Burkini-Verbot wieder aufgehoben. Wir müssen diese seltsame islamische Bademode hinnehmen, können uns nicht dagegen wehren. Und ruft nicht bereits vielerorts in Deutschland der Muezzin vom Minarett? Berechtigte Kritik daran und sogar die Tatsachenbeobachtung selbst sollen als Haßrede diffamiert und verboten werden. Das steht ganz klar im Widerspruch zum Grundsatz der Meinungsfreiheit.

8) Ein (selten vernommenes) Hauptargument gegen das Konzept der "Haßrede" ist die Schwierigkeit, die Emotion des Hasses von der des Zorns - der ein "gerechter" sein kann, wenn er sich auf tatsächliche Mißstände bezieht -, klar genug abzugrenzen.

Wer auch den "gerechten Zorn" verbieten will, erzieht die Bevölkerung zu politischer Lethargie und zu lämmerhaftem Duldertum gegenüber Willkürherrschaft und Unterdrückung. Auch dies ist ein Anschlag auf die Menschenwürde und eine Anleitung zur politischen Unmündigkeit. In diesem Zusammenhang habe ich des Öfteren von der antiken Seelen-Lehre gesprochen und dort den Thymos hervorgehoben, der neben dem Logos und dem Eros einer von drei Seelen-Bereichen ist, wie klassisch bei Platon beschrieben.

Während der Logos der vernünftige Teil und Eros der begehrende Teil des Menschen ist - der Teil, der uns auch zu Konsumenten macht -, umfaßt der thymotische Teil alles, was mit Stolz, mit Ehre mit Gerechtigkeitsinn, mit Zorn wie auch den übleren Emotionen in dieser Richtung zu tun hat. Dieser thymotische Bereich ist der des Politischen, in dem sich die Kämpfe um Macht und Anerkennung abspielen.

Dazu eine kleine Anekdote. Ich war vor kurzem zu einem Podiumsgespräch bei der "Deutschen Welle" eingeladen, an dem auch Frau Thea Dorn teilnahm - ihr Künstlernamen leitet sich übrigens von Theodor W. Adorno ab. Frau Dorn verkündete zu diesem Thema tatsächlich, daß der Thymos in der Politik keine Rolle spielen dürfe, das führe nur zu übler Aufhetzung des Volkszorns.

Genau diese Haltung liegt dem zugrunde, was als "Postpolitik" bezeichnet worden ist. Die Bürger sollen sich nicht mehr leidenschaftlich engagieren. Sie sollen zu leicht manipulierbaren, indoktrinierbaren Konsumenten erzogen werden, die von den Medien und der Politik mit den Phrasen versorgt werden, die ihnen vorgaukeln, sich als denkende und vor allem auch moralisch hochstehende Personen zu begreifen. Während in Wahrheit die Voraussetzung für Denken wie auch für Moralität die geistige Freiheit ist, die ihnen aberzogen wurde.

Ich fühle mich da immer an Monty Pythons Film "Das Leben des Brian" erinnert. In einer Szene versucht Brian, der zu seinem großen Verdruß für den Messias gehalten wird, dem Volk zu erklären, daß es nicht nötig ist, einem Messias zu folgen, und die Leute zum Selbstdenken zu animieren. Er sagt: "Ihr seid doch alle Individuen. Und jeder von euch sollte versuchen, es für sich selbst rauszufinden".

Und unten steht die Masse, und antwortet wie aus einem Mund: "Ja, wir sind alle Individuen. Und wir sollten versuchen, es für uns selbst rauszufinden." Zu einer solchen Masse sollen wir heute systematisch erzogen werden. Die Parolen der Aufklärung phrasenhaft wiederholend - und damit deren Sinn Hohn sprechend.

9) Weitere, vor allem sprachphilosophisch fundierte Argumente gegen die Kriminalisierung oder Zensur von Hate Speech hat Judith Butler, die Hohepriesterin des Genderismus, in ihrem Buch "Haß spricht" von 1997 vorgelegt. Als sie 2011 den Adorno-Preis in Deutschland verliehen bekam und aus diesem Anlaß absurderweise des Antisemitismus bezichtigt wurde, hat

sie sich mit Argumenten verteidigt, die auch in der heutigen Debatte um angebliche "Haßverbrechen" Gültigkeit besitzen.

Das hinderte Frau Butler allerdings nicht, gegen den Auftritt des Aktivisten Milo Yiannopoulos an der Universität Berkeley wie auch gegen meinen Auftritt am Hannah Arendt Center in New York (am 12.10.2017) zusammen mit anderen US-Intellektuellen in einem offenen Brief zu protestieren. Folgendes Zitat stammt aus einem früheren Aufsatz von Frau Butler, sie nahm darin den Autor Lawrence Summers in Schutz, der als Antisemit bezeichnet wurde, weil er Israel-Kritik geübt hatte. Ins Deutsche übersetzt stand da:

"Was gebraucht wird, ist ein öffentlicher Raum, in dem solche Themen überlegt debattiert werden können, und es gilt zu verhindern, daß dieser Raum von bestimmten Arten des Ausschlusses und der Zensur definiert wird. Die Welt des öffentlichen Diskurses wäre eine, von der kritische Perspektiven ausgeschlossen wären - wenn es Zensur gäbe - und die Öffentlichkeit würde dahinkommen sich selbst so zu verstehen, daß sie im Angesicht von offensichtlicher und illegitimer Gewalt nicht frei spricht. "

In meinem Vortrag am Hannah Arendt Center in New York sagte ich unter anderem, daß die Juden in Frankreich heute das Land in großer Zahl verlassen und zwar nicht wegen der Populisten, sondern weil sie zunehmend von muslimischen Antisemiten attackiert werden. Die illegale Masseneinwanderung hat zu vielen Gewaltverbrechen und zu einer Erhöhung der Kriminalitätsrate geführt.

Genau das wird mir nun von Frau Butler und ihren Gesinnungsgenossen als Islamophobie, als Rassismus ausgelegt, und meine Einladung an das Hannah Arendt Center in einem offenen Brief scharf kritisiert und als Fehler bezeichnet. Das zeigt in aller Deutlichkeit:

10) Es fällt der linksliberalen akademischen Welt äußerst schwer, ihren eigenen besten Einsichten in Bezug auf die Meinungsfreiheit im Angesicht tatsächlich "anderer" Meinungen treu zu bleiben. Ihr habituelles Anlegen doppelter Standards - je nachdem ob die "Guten" oder die "Bösen" sprechen -, läßt ein Konzept wie Hate Speech als Teil einer übergeordneten politischen Agenda erscheinen, in der es nicht um die Durchsetzung universeller Menschenrechte, sondern um die Interessen- und Machtpolitik wohldefinierter Gruppen geht.

An dieser Stelle noch ein Verweis auf das Buch "Haß spricht" von Judith Butler, das interessanterweise ein starkes Plädoyer für eine möglichst weitreichende Redefreiheit enthielt - damals, 1997, als sie sich noch in der Minderheit wähnte. In einer rezenten Besprechung des Buches heißt es dazu: Dieses Plädoyer Butlers "erfolgt aus der Überzeugung, daß die Mächtigen auch in der Zensur Wege finden, ihre Position zu vertreten.

Nur wenn der Möglichkeitsraum weit offengehalten wird, haben die Minoritäten eine Chance, gehört zu werden. Man kann, so Butler, der Instrumentalität des Sprechens nicht entgehen. Versucht man es doch, läuft es auf eine Zensur hinaus, in der der Zensor gewollt oder ungewollt seine Kategorien zur universellen Moral erhebt."

Schöne Worte. Sobald sie an der Macht sind, erheben die Linken ihre Kategorien allerdings zur universellen Moral und werden ihren früheren Bekenntnissen untreu. Es gibt letztlich keine universelle Moral. Und wenn es sie gibt, dann ist sie sozusagen nur von der göttlichen, aber von keiner menschlichen Position aus einsehbar. Es sind immer Interessen, die die Position dieser Allgemeingültigkeit für sich präbendieren und usurpieren, die beanspruchen, die Kriterien dafür zu definieren. Sobald das geschieht, begeben wir uns auf den Weg in eine totalitäre Gesellschaft.

Das droht heute und das gilt es zu verhindern. Wahrer Liberalismus, der fast schon ausgestorben ist, besteht darin, an diesem Punkt Widerstand zu leisten. Mir scheint, daß für die Linken selbst gilt, was diese immer über den Kapitalismus behauptet haben, nämlich der Kapitalismus werde an seinen eigenen Widersprüchen zugrunde gehen. Die Linke wird an ihren Widersprüchen zugrunde gehen!

11) Freiheit ist eine Frage der Form, nicht der Inhalte. Es gilt daher zu verhindern, daß sich der öffentliche Raum in ein nur noch machtgetriebenes politisches Kampffeld verwandelt, in dem die linksliberalen Kräfte Beute der Linksradiكالen und die freiheitlich-rechten Kräfte Beute der Rechtsradikalen werden, was eine unversöhnliche und gefährliche Polarisierung zur Folge hat - ihre Auswirkungen sind bereits sichtbar. Alle, denen am Erhalt der liberalen Gesellschaft und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gelegen ist, sollten daran mitarbeiten, den Raum des Diskurses, in dem die besten Argumente gewaltfrei miteinander ringen, möglichst weit offen zu halten.

Deswegen sind Veranstaltungen wie die heutige, ist die gesamte Arbeit der Desiderius-Erasmus-Stiftung so wichtig. Denn genau das geschieht hier: ein Offenhalten des Diskursraumes in Zeiten sich verengender Spielräume. ...

Jongen, Marc, geboren 1968, Dr. phil., Mitglied des Bundestages, stellvertretender Landes-sprecher der Alternative für Deutschland (AfD) Baden-Württemberg. ...<<

>>... **Der lange Marsch in die Erziehungsdiktatur**

Von *Karlheinz Weißmann*

Sechs Stellungnahmen:

1. "Weder aus Frankreich, noch aus England, noch aus Deutschland dürfen sie Einwanderungsländer machen. Das ertragen die Gesellschaften nicht. Dann entartet die Gesellschaft."
2. "Daß der durchschnittliche IQ der Schwarzen um eine Standardabweichung, also 15 Punkte, niedriger liegt als der der Weißen, kann als Faktum gelten. Ebenfalls klar sind die statistischen Implikationen: Unter den Weißen befinden sich ... siebenmal so viele Hochintelligente (mit einem IQ über 115) wie bei den Farbigen; unter den Farbigen siebenmal so viele Schwachsinnige (mit einem IQ unter 70) wie bei den Weißen."
3. Hitler hat "so viele Deutsche wie Juden getötet ... Ich kann nur sagen, daß wir bestrebt sind, diese Zeit der Greuel, die man nicht ungeschehen machen kann, zu überwinden. Wir sollten sie aber nun der Vergangenheit überlassen".
4. Es ist "Propaganda", über die Wehrmachtssoldaten zu sagen, ihr "Militärdienst sei eine Art von Verbrechen gewesen, weil Verbrecher die oberste Kommandogewalt besessen hatten". Von denen, die im Kampf starben, gilt, daß sie "glauben durften, daß ihr Kämpfen Deutschland vor dem Äußersten noch rette." "Im Elementaren sind die Kräfte des soldatischen Wesens durch die Jahrhunderte die gleichen geblieben: Mut, Tapferkeit, Befehlsgewalt und Gehorsamsanspruch, Kameradschaftlichkeit, Hilfswilligkeit in Notlagen."
5. Entscheidend ist, daß sich jeder "zutiefst der einzigartigen sittlichen und völkischen Aufgabe und Bedeutung unserer Familien, unserer Mütter und Väter bewußt wird und damit in eine gemeinsame Kampffront für unsere Familie eintritt".
6. "Erhaltung muß den Umsturz ablösen! Um der bewahrenden Weltanschauung Bahn zu schaffen, haben wir uns zu einer Partei der Rechten ... zusammengeschlossen." Zumindest die beiden ersten Zitate dürften erhebliche Irritation auslösen. Aber das war beabsichtigt: Irritation regt zum Nachdenken an.

Zum Nachdenken darüber, unter welchen Umständen es möglich war, daß derlei von einem Sozialdemokraten, dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt, in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau geäußert wurde. Das war 1992, während die zweite Stellungnahme sich in der Zeit fand, fast zwanzig Jahre früher, 1974, in einem Aufsatz ihres Redakteurs, des renommierten Wissenschaftsjournalisten Dieter E. Zimmer.

Der behandelte die genetischen Unterschiede zwischen menschlichen Großgruppen, gemeinhin und immer noch "Rassen" genannt. Die dritte Stellungnahme - zur Notwendigkeit, die im deutschen Namen begangenen Verbrechen "der Vergangenheit (zu) überlassen" - auf Konrad Adenauer zurückgeht. Er hat sie bei seinem Besuch in Israel 1966 formuliert.

Nachdem der israelische Ministerpräsident ihm erklärt hatte, daß keine Wiedergutmachung je

bewirken werde, daß die Schuld der Deutschen gesühnt sei. Adenauer reagierte darauf mit der Drohung, seinen Besuch sofort abubrechen. Er ließ sich nach einer Entschuldigung aber dazu bewegen, lediglich seine Auffassung zu bekräftigen und öffentlich zu machen.

Die vierte Stellungnahme - die über den deutschen Soldaten - geht auf Theodor Heuss zurück, erster Bundespräsident, ein Liberaler reinsten Wassers, ungedient, "Nur-Zivilist". Nebenbei sei erwähnt, daß Heuss besonders stolz auf seine Freundschaft mit Eberhard Wildermuth war, eine "soldatische Natur", wie Heuss betonte, im Ersten Weltkrieg mit dem Eisernen Kreuz beider Klassen ausgezeichnet, im Zweiten mit Ritterkreuz und Deutschem Kreuz in Gold.

Die fünfte Stellungnahme, die zur "völkischen Aufgabe" der Familie, geht auf Franz-Josef Wuermeling zurück, gläubiger Katholik, in der NS-Zeit wegen seiner Haltung aus dem Staatsdienst entlassen. Der Passus gehört zu einer Rede, die er als Familienminister in den fünfziger Jahren im Bundestag gehalten hat. Das letzte Stück, das über die "Partei der Rechten", findet sich im Manifest der Rechten.

Unter der Bezeichnung lief das Programm der "Deutschen Rechtspartei - Konservative Vereinigung", die unmittelbar nach Ende des Krieges von der britischen Besatzungsmacht zugelassen wurde und mit dem Slogan "Wählt rechts!" und Schwarz-Weiß-Rot warb. Maßgeblichen Anteil an diesem im Frühsommer 1945 abgefaßten Text hatte Hans Zehrer.

Zehrer gehörte zu den einflußreichsten Journalisten der Weimarer Zeit, er war der Kopf des "Tat-Kreises", fiel aber nach der Machtübernahme Hitlers unter Berufsverbot, da er die Scheidung von seiner jüdischen Ehefrau verweigerte. In der Bundesrepublik sollte er wieder in eine Schlüsselposition des Pressewesens aufsteigen, unter anderem als engster Berater Axel Cäsar Springers. Ihm war der Aufbau der "Bild", der "Welt" und der "Welt am Sonntag" zu verdanken.

Was soll diese Zusammenstellung? Sie soll etwas deutlich machen, das immer wieder und rasch vergessen wird. Daß nämlich die heute geltenden Denk- und Sprachregelungen nichts weniger als selbstverständlich sind. Daß die Biologie des Menschen von Bedeutung ist, daß die Kollektivschuld einen unerträglichen Vorwurf darstellt, daß der Soldat, auch der deutsche des Zweiten Weltkriegs, Anspruch auf Wahrung seiner Ehre hat, daß die Beziehung zwischen Mann und Frau und die Familie eine entscheidende Bedeutung für die Existenz eines Volkes haben und daß es da, wo es eine Mitte und eine Linke gibt auch eine Rechte geben sollte, das alles steht heute unter Tabu.

Aber nicht auf Grund einer Art Naturgesetz, sondern weil es im Bereich dessen, was man "öffentliche Meinung" nennt, eine bestimmte Machtverteilung gibt. Öffentliche Meinung ist nichts weniger als eine selbstverständliche Größe. Goethe hat sich schon über "die Verfasser von Zeitschriften und Tagblättern" amüsiert, die das Publikum glauben machten, sie bildeten den "wahren Gerichtshof".

Denn von Unparteilichkeit oder Gerechtigkeit des Urteils ist bei den Meinungsmachern keine Rede. Vielmehr ergibt sich die Menge dessen, was sie als relevant und richtig und gut, wie die Menge dessen, was sie als irrelevant und falsch und böse betrachten, auf Grund von Kräfteverhältnissen; Kräfteverhältnisse zwischen denen, die auf die Verbreitung von Meinungen Einfluß nehmen können.

Im Regelfall, zum Beispiel in der alten Bundesrepublik, handelt es sich um Konkurrenten mit je verschiedenen Auffassungen. Wenn ich mich an meine Jugend und die Studentenjahre erinnere, habe ich immer noch den Eindruck, als ob wir eine Dauerdebatte geführt hätten. Am Küchentisch und beim Familientreffen, am Rand der Klassenfete und im Konfirmandenunterricht, in der Deutschstunde und im Oberseminar, unter Freunden und bei Vortragsveranstaltungen.

Die Kontroversen waren heftig, ernsthaft, wenn es gut ging, eine Art Duell, wenn es schlecht lief, auch verletzend, aber im Regelfall von der Überzeugung getragen, daß es zwar nicht auf

jedes Argument von jedem ankomme, aber doch darauf, daß zu Gehör gebracht werde, was jemand meinte. Etwas wie "politische Korrektheit" wäre damals nicht vorstellbar gewesen, sondern sofort als das entlarvt worden, was es ist: Zensur.

Wie anders heute. Was eine freie Debatte bedeutet, ist praktisch vergessen. Man darf nur noch äußern, was denen gefällt, die die Uniformierung des Denkens vorangetrieben haben, oder man akzeptiert Ausgrenzung und Ächtung oder legt sich ein sehr dickes Fell zu. Das, was uns gegenwärtig als Öffentliche Meinung geboten wird, spiegelt nicht mehr verschiedene denkbare Positionen, sondern nur noch eine, bestenfalls als Thema mit Variationen. Aus der Machtverteilung ist ein Machtmonopol geworden, und die "Torhüter" (Walter Lippmann) in den Reihen der Meinungsmacher sorgen dafür, daß es erhalten bleibt.

Die Menge des Meinbaren wird dadurch immer kleiner. Es gibt ausgesprochene wie unausgesprochene Denk- und Sprechverbote, manchmal nur als Schere im Kopf, aber von Fall zu Fall auch in juristische Form gebracht, strafbewehrt, um bestimmte Positionen nicht nur zum Schweigen zu bringen, sondern auch ihre Träger mundtot zu machen.

Wenn also nach einer aktuellen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach annähernd zwei Drittel der Bürger überzeugt sind, man müsse heute "sehr aufpassen, zu welchen Themen man sich wie äußert", dann hat das mit einer Menge an Vorgaben und Normen zu tun, die dazu führen, daß der Einzelne vielleicht noch im privaten Kreis, aber nicht coram publico auf bestimmte Art und Weise zu Einwanderung, Islam, der NS-Zeit, den Auswirkungen der Gender-Ideologie oder der Rolle der AfD Stellung nehmen kann.

Interessanterweise zeigt sich auch die Hälfte der Befragten überzeugt, daß dieser Zustand neu ist und immerhin 41 Prozent vertreten die Auffassung, daß das, was man "Political Correctness" nennt, auf inakzeptable Weise die Meinungsfreiheit einschränkt.

Political Correctness ist eine Formel, die zuerst in den USA gebraucht wurde. Dort gehört sie seit den 1980er Jahren zu den Kampfbegriffen linker Kulturkrieger. Das Konzept eines Kulturkrieges oder einer Kulturrevolution hatte die Linke in der Nachkriegszeit entwickelt, als sich immer deutlicher abzeichnete, daß es keine Revolution im Sinne von Karl Marx geben werde. Die Arbeiter kamen als Träger des Umsturzes nicht mehr in Frage, sondern hatte sich auf die Seite des "Systems" geschlagen, die sozialistischen oder kommunistischen Parteien waren in den Vereinigten Staaten bedeutungslos.

Also entwickelte man den Gedanken, die nach wie vor bestehenden "Randgruppen" - alle irgendwie Diskriminierten, von den Schwarzen über die Homosexuellen und Behinderten bis zu den Frauen - gegen die bestehende Ordnung zu mobilisieren und gleichzeitig einen Angriff nicht von der Basis aus, sondern vom Überbau zu führen.

Der wichtigste Theoretiker dieses Ansatzes war Herbert Marcuse. So undeutlich vieles in seiner Konzeption blieb, eines war ihr unschwer zu entnehmen: Sollte die Menschheit in das "Reich der Freiheit" gelangen, das Marx als Ende der Geschichte verheißen hatte, mußte der Kapitalismus zerstört werden. Dazu war die Anwendung von Gewalt legitim, aber es ging auch darum, schon jetzt, noch vor dem großen Kladderadatsch, Einfluß auf die Köpfe zu gewinnen.

Da Marcuses Anhänger in erster Linie Studenten und junge Akademiker waren, hörten sie diese Botschaft mit Begeisterung, und sie machten sich noch eines seiner Argumente zu eigen: daß in Vorbereitung der "freien Association" eine Phase der Unfreiheit unumgänglich sei. Nur dachten sie weder an die Diktatur des Proletariats noch an die Diktatur einer Kaderpartei. Was sie sich vorstellten, war eine "Erziehungsdiktatur".

In seinem 1964 zuerst erschienenen Buch "Der eindimensionale Mensch" schrieb Marcuse noch etwas zögernd von deren Notwendigkeit. Aber er machte deutlich, daß die - selbstverständlich zeitlich begrenzte - Beseitigung von Demokratie und Freiheit notwendig sei, um das Ziel der Emanzipation des Menschengeschlechts zu erreichen.

Die "Erziehungsdiktatur" sollte die Macht an eine Elite übertragen, aber nicht an eine böse und selbststüchtige und reaktionäre Elite, sondern an eine gute und selbstlose und progressive, die die dumpfe Masse in eine lichte Zukunft führen könnte. Deutlicher wurde Marcuse in einem Interview, das er drei Jahre später dem Spiegel gab. Da hieß es dann ganz unverblümt, daß es darum gehe, die Menschen "umzuprogrammieren", daß es deshalb notwendig sei, all diejenigen an Einflußnahme zu hindern, die "reaktionäre" oder "faschistische" Positionen verteidigten.

Die "Erziehungsdiktatur" werde ihnen weder Meinungs- noch Rede- noch Pressefreiheit zubilligen, da sie sich dem gesetzmäßigen Gang der Geschichte in den Weg stellten. Erst an dessen Ende stehe ein Zustand wahrer Freiheit: "Ich glaube", hieß es bei Marcuse, "daß die Revolution zu einer Erziehungsdiktatur tendiert, die sich in ihrer Erfüllung aufheben würde." Diese Vorstellung, daß die Linke als Agentin der Geschichte den Fortschritt antreibe und deshalb das Recht habe, darüber zu entscheiden, was gemeint werden darf und was nicht, war Marcuse keineswegs als erstem eingefallen. Sie steht in einer langen Tradition.

Die beginnt natürlich bei Rousseau und seiner Behauptung, daß die Feststellung der *volonté générale* - des "Gemeinwillens" nicht das Ergebnis von Abstimmungen sein muß. Vielmehr könnten wenige oder ein Einzelner besser als die vielen oder alle wissen, was denn dieser "Gemeinwille" sei. Sie setzt sich fort mit dem, was Rousseaus Schüler Robespierre und Saint-Just während der Französischen Revolution in die Praxis umsetzten. Robespierre unterschied ausdrücklich zwischen "bürgerlicher" - also konkreter - und "politischer" Freiheit, die er nur dem zubilligte, der den Terror der Jakobiner unterstützte.

Seinem Freund Saint-Just wird die Formel zugeschrieben "Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit", und selbstverständlich bestimmten er und seine Gesinnungsgenossen, wer ein "Feind der Freiheit" sei; oft genügte der bloße Verdacht und dem Verdächtigen blieb nichts als der Weg aufs Schafott. Eine ganz ähnliche Vorstellung vertrat auch Rosa Luxemburg mit ihrer berühmten Forderung "Freiheit ist immer zuerst die Freiheit des Andersdenkenden". Denn ihr ging es keineswegs um eine Art Toleranzprinzip, ihr ging es nur um Meinungsfreiheit innerhalb der kommunistischen Bewegung. Von der Freiheit des politischen Gegners war keine Rede.

Angesichts dessen erscheint nur konsequent, daß die glühenden Anhänger Marcuses, die Träger der amerikanischen APO der 1960er Jahre, zwar mit massivem Nachdruck Free Speech - "Freie Rede" forderten, aber jeden niederbrüllten oder attackierten, der anderer Auffassung war als sie. Ein Verhalten, das ihre deutschen Kommilitonen genauso brav kopiert haben wie alles andere, was zur 68er-Bewegung führte, unter Einschluß jenes Prozesses einer schleichenden Machtübernahme da, wo Meinungen gebildet, geformt und verbreitet wurden.

Dieser Vorgang ist in den letzten zwanzig Jahren allmählich an sein Ziel gekommen. Der Politisch-Mediale Komplex, mit dem wir es heute zu tun haben, hat ein Denken von nie dagewesener Einförmigkeit erzeugt, und sich ein breites Instrumentarium verschafft, mit dessen Hilfe unliebsame Auffassungen und die Träger unliebsamer Auffassungen ausgeschaltet werden können.

Wie das vor sich geht, läßt sich an Hand einer beliebigen Zahl von Beispielen aus der jüngsten Zeit illustrieren: die Amtsenthebung Roger Scrutons als Vorsitzender der Königlichen Architekturkommission auf Grund der Denunziation einer linken britischen Zeitschrift, des *New Statesman*, die ihm Islamo- und Homophobie sowie Rechtfertigung sexueller Gewalt unterstellte; die handgreiflichen Auseinandersetzungen anläßlich eines Vortrags von Camille Paglia an der Philadelphia University of the Arts, nachdem die Hochschulleitung dem Ansinnen einiger Trans-Aktivistinnen widerstanden und die Vorlesung der Kulturhistorikerin genehmigt hatte; die systematische Verfolgung des Historikers Jörg Baberowski, Professor an der Humboldt-Universität, die bis ins Privatleben geht, durch eine trotzkistische Sekte, die ihn wegen

seiner scharfen Kritik der kommunistischen Diktaturen als Rechtsextremisten beschimpft; das massive Vorgehen sogenannter Wissenschaftler gegen Günter Nooke, den Afrika-Beauftragten der Bundesregierung, der die Unterentwicklung des Schwarzen Kontinents auf das Fortbestehen von Clan- und Stammesstrukturen sowie die besondere Mentalität der Bevölkerung zurückgeführt hatte.

Aber das, was hier aufgezählt wird, ist nur die Spitze des Eisbergs. Da sind dann auch noch die tagtäglichen Ausspähungen, Intrigen und Bedrohungen durch antifaschistische Blockwarte und die kulturellen Säuberungen: die Entfernung der Bücher Mark Twains aus amerikanischen Bibliotheken, weil darin das Wort "Nigger" vorkommt, der Comics von Hergé mit Tim und Struppi aus britischen Jugendbüchereien, weil sie den Kolonialismus verherrlichten, und der älteren Ausgaben von Pippi Langstrumpf aus schwedischen Kindergärten, weil in denen von einem "Negerkönig" die Rede war; Frankreich streicht den Namen Charles Maurras aus dem Kalender der offiziellen Gedenktage, weil er ein "Reaktionär" war, und in der deutschen Verwaltung schreitet der Kampf gegen das generische Maskulinum fort.

Ohne Zweifel gibt es eine wachsende Kritik an dieser Entwicklung, aber sie kommt bisher kaum zur Geltung. Denn die Hüter der Öffentlichen Meinung haben sich in den letzten Jahrzehnten mächtige Positionen geschaffen und eine Rechtfertigung für ihr Tun entwickelt, die so schmeichelnd mit Begriffen wie "Aufklärung" und "Pluralismus", "Diversität" und "Menschenrechten" daherkommt.

Aber gelegentlich darf man doch einen Blick hinter die Kulisse werfen. Wenn etwa im Framing-Handbuch der ARD erwogen wird, bei der Gestaltung der Sendungen nach dem Prinzip "Kontrollierte Demokratie statt jeder, wie er will" vorzugehen, oder der amerikanische Philosoph Bryan W. Van Norden für das Goethe-Institut ganz offen erklärt, daß das Verständnis von Meinungsfreiheit als Meinungsfreiheit "naiv" sei.

Nur im 19. Jahrhundert, als die Forderung nach Meinungsfreiheit eine Waffe war, um den politischen Gegner der Linken zu besiegen, habe es sich um eine legitime Forderung gehandelt. Das sei heute anders, angesichts von Trump, "Hetze" und "Fake News".

Nun müssen für Van Norden "treuhänderische Wächter der rationalen Debatte" eingesetzt werden, die über einen "gerechten Zugang" zu den Medien entschieden, solchen Zugang aber auch blockieren dürften. Die "Verweigerung institutioneller Verbreitungswege" habe indes nichts mit "Zensur" zu tun, sondern müsse als Vorsorge begriffen werden, um die Verbreitung falscher und abwegiger Anschauungen zu verhindern. Das erinnert nicht zufällig an Marcuses Konzept, aber stärker noch an Jürgen Habermas Forderung nach "Dethematisierung" all dessen, was er und seine Anhänger am liebsten beschweigen möchten:

Selbsterstörung Europas, Zuwanderung, wachsende Kriminalität, Verfall der inneren Sicherheit, Volkstod, Dekadenz. Marcuse wie Habermas gehörten zur "Frankfurter Schule", die einen erheblichen Einfluß auf das politische Denken der Nachkriegszeit ausgeübt hat. Aber anders als Marcuse begriff Habermas relativ rasch, daß das offene Reden von Revolution, Sozialismus und Erziehungsdiktatur in einer modernen Gesellschaft kaum zum Ziel führen kann.

Habermas zieht es vor, von einer "entgegenkommenden Kultur" zu sprechen, die er als "liberal" definiert und seit einiger Zeit mit der Ordnung des Grundgesetzes identifiziert. Dabei betont er, daß ein "gemeinsames staatsbürgerliches Bewußtsein über alle Differenzen" hinweg bestehen müsse.

Aber das Vorhandensein dieses "gemeinsamen staatsbürgerlichen Bewußtseins über alle Differenzen" hinweg, sei ständig zu überprüfen. Und wer diese Überprüfung vornehmen soll, steht selbstverständlich fest. So wie fest steht, daß die, die keine hinreichende Begeisterung für die von Habermas postulierten "universalistischen" Werte an den Tag legen, ausgeschlossen werden vom Prozeß der Meinungsbildung, weil sie den "Saatboden für einen neuen Faschismus" düngen.

Trotz des Alarmtons ist klar: Hier spricht einer mit jener Selbstsicherheit, die nur der Machtbesitz einflößt, und erteilt Zugang zum Diskurs oder verweigert ihn nach Gutdünken. Das ist allerdings nicht, was Habermas selbst einmal als Grundsatz der Meinungsfreiheit angegeben hatte. In seiner Habilitationsschrift Strukturwandel der Öffentlichkeit, hieß es noch:

"Die bürgerliche Öffentlichkeit steht und fällt mit dem Prinzip des allgemeinen Zugangs. Eine Öffentlichkeit, von der angebbare Gruppen eo ipso ausgeschlossen wären, ist nicht etwa nur unvollständig, sie ist vielmehr gar keine Öffentlichkeit". Aber als er das äußerte, zu Beginn der 1960er Jahre, war die Situation auch noch eine andere. Damals war das eigene -linke - Lager das schwächere, und die Forderung nach Teilhabe diente dazu, den Aufmarsch zu decken, um im Kampf um Meinungsmacht eine günstige Position zu besetzen.

Doch das strategische Ziel war niemals nur ein angemessener Teil, sondern das Ganze, ein Endsieg, der alle anderen Meinungen zum Verstummen bringen sollte. Diesem Ziel ist man gefährlich nahegekommen. Allerdings um den Preis, daß das Phrasengewand, mit dem man das eigene Machtstreben verhüllt, immer fadenscheiniger wird. Nur genügt das nicht. Es genügt nicht, zu begreifen, daß das Gerede über mehr Vielfalt, mehr Toleranz und mehr Freiheit verlogen ist.

Es kommt darauf an, den Zusammenhang mit der Verschleierung der Machtverhältnisse zu begreifen und das heißt auch verstehen, daß gegen Macht nur Macht hilft, Gegen-Macht. Und um die zu gewinnen, bedarf es der Entschlossenheit und des Einsatzes.

Nach dem berühmten Wort des Perikles: "Das Geheimnis der Freiheit ist der Mut."

Weißmann, Karlheinz, Dr. phil, geboren 1959, seit 1982 im Höheren Schuldienst des Landes Niedersachsen, Veröffentlichungen als Publizist und Historiker, Stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums der Desiderius-Erasmus-Stiftung.<<

25.06.2019

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 25. Juni 2019 (x1.000/...): >>>Die hinterhältige Umerziehung der Menschheit

Wie viele Anstrengungen, Umerziehungsstrategien sowie neue Lehrpläne und Programme prasseln unablässig auf Eltern und ihre Kinder ein! Kla.TV zeigt anhand zweier konkreter Beispiele auf, wie mittels hinterhältiger Manipulationstechniken die Umerziehung der Gesellschaft fortschreitet. Wann endlich werden solche widernatürlichen Entwicklungen gestoppt, bevor die Staatspolitik sie als sinnvoll erklärt und per Gesetz verordnet?!

Es ist erstaunlich, wie viele Anstrengungen, Programme, Umerziehungsstrategien, Neudefinitionen von Werten und neue Lehrpläne auf uns und unsere Kinder einprasseln. So, als wäre die Natur zu gar nichts in der Lage gewesen mit ihren natürlichen Werte- und Ordnungsprinzipien, die intuitiv alle Menschen - nicht nur Kinder - in sich tragen. Selbst Bewährtes muß "neu erfunden" und umgebaut werden.

Leider jedoch nicht zum Besseren hin, sondern vielmehr zu einem totalitären System, welches keine eigene und freie Meinung toleriert. Und das alles vorgeblich zum Wohl der gesamten Menschheit! Ein recht anschauliches Beispiel hierfür ist die hinterhältige Manipulation durch die Overton-Technik, benannt nach dem amerikanischen Soziologen und Juristen Joseph P. Overton. Diese Technik ist wenig bekannt, kommt aber seit Jahrzehnten mit tragischem Erfolg im politischen Alltag zum Einsatz. Etwas Udenkbares wird so lange immer wieder als sinnvoll dargestellt, bis "jedermann" davon überzeugt ist.

Dieser Methode bedient sich die Staatspolitik, die dafür nicht selten auf die Kunst zurückgreift. Ein Beispiel dafür ist das neue britische Theaterstück "No Kids" (keine Kinder), das auch nach Deutschland kommen soll. Es zeigt zwei Homosexuelle, die auf eine wissenschaftliche Studie stoßen, die besagt, daß ein Kind auf dem Weg zum Erwachsenwerden 58 Tonnen CO2 produziere und somit die Umwelt extrem verschmutze.

Diese Studie wird nun aber ebenso wenig hinterfragt wie die von namhaften Wissenschaftlern

widerlegte Theorie, daß menschengemachtes CO2 alleinverantwortlich für die Klimaerwärmung sei. Statt dessen diskutieren die beiden Homosexuellen nun, ob man zukünftig der Umwelt zuliebe auf Kinder und Autos verzichten solle. Obwohl Kinder doch die Grundlage für den Fortbestand der Menschheit sind, rückt das Undenkbare, nämlich das Abschaffen der Kinder, plötzlich in den Bereich der Möglichkeit. Wird morgen von jedermann das Autofahren und Kinderkriegen eingestellt, nur weil es als sinnvoll deklariert und zur offiziellen Staatspolitik geworden ist?

Wenn es häufig genug als sinnvoll wiederholt wird, ähnlich wie die CO2-Theorie, vielleicht schon. Ein anderes Beispiel für die heimliche Umerziehung der Gesellschaft ist der Welt-Kernlehrplan. Bereits vor Jahrzehnten begann diese weltweite Bildungsreform. Dabei handelt es sich um die Erschaffung eines neuen Menschheitsideals. Durch sozialpolitische Manipulation (auf Englisch "social engineering") und Neudefinierung ethischer Werte soll das Bewußtsein für eine neue globale Gesellschaft erschaffen werden.

Die Vorlage für diesen Bildungsplan lieferte seinerzeit der deutsch-britische Autor Robert Muller (1925-1998), ehemals stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen. Doch diesem perfiden Plan stand von Anfang an ein christliches, muslimisches oder anderweitig religiös-moralisches Wertefundament mit stabilen, gesunden Familien entgegen.

Das brachte um so massivere Maßnahmen auf den Plan, um das neue Menschheitsideal dennoch durchzusetzen. Paul Haubner von der National Education Association of America, zu Deutsch: "Nationale Bildungsvereinigung Amerikas", formulierte die neue Zielgebung Ende des 20. Jahrhunderts sehr drastisch: "Unsere Schulen können nicht zulassen, daß Eltern die Art der schulischen Werteerziehung ihrer Kinder beeinflussen. ...

Unsere Ziele sind unvereinbar mit den ihren." Die Krakenarme dieses Planes wirken längst mit Ganztagschulen, voranschreitender Kindergartenpflicht und Frühsexualisierung weltweit in sämtliche Bildungseinrichtungen hinein. Den Menschen sollen jegliche natürliche und traditionelle Auffassungen entrissen werden.

Diese heimlichen und hinterhältigen Umerziehungsmaßnahmen, deren Liste noch lange fortgesetzt werden könnte, kommentiert der österreichische Autor und Schauspieler Johann Nepomuk Nestroy bereits vor über 150 Jahren so: "Die Zensur ist das lebendige Geständnis der Großen, daß sie nur verdummte Sklaven, aber keine freien Völker regieren können." <<

26.06.2019

BRD: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 26. Juni 2019 folgender Bericht über die Partei "Die Grünen" (x1.014/...): >>**Der**

Grüne Schwindel

Grüne Mehrheit, Grüner Kanzler, Grüne Fassade

Von *Uli Gellermann*

Die GRÜNEN können schwindelerregende Wahlergebnisse verzeichnen: Allein bei den EU-Wahlen erreichte die einstige Alternativpartei mit 20,5 Prozent etwa eine Verdoppelung gegenüber der Europawahl vor fünf Jahren und verwies die SPD auf Platz drei in der Gunst jener, die immer noch glauben, daß Wahlen was ändern könnten. Selbst von der CDU-CSU wanderten 1.240.000 ehemalige CDU- oder CSU-Wähler zur vorgeblichen Öko-Partei. Bei den unter 30-Jährigen, den Wählern der Zukunft, erzielten die GRÜNEN 33 Prozent. Da sehen alle andere Parteien alt aus.

Die wie üblich Mehrheiten erschnüffelnden Medien nahmen in der K-Frage Witterung auf: Der "Stern" brachte Robert Habeck, den Bundesvorsitzenden der Grünen, mit der Schlagzeile "Unser nächster Kanzler?" auf die Titelseite, und die Frau des grünen Spitzenduos bekam bei der "Welt" diesen Leitartikel: "Die nächste Kanzlerin heißt Annalena Baerbock". Waren die GRÜNEN nicht einst die ungeliebten Schmutzkinder des Medien-Stroms? Doch, klar. Als sie konsequent für die Abrüstung der Republik ein- und noch konsequenter gegen Atomkraft

auftraten. Geboren wurde die grüne Partei in der außerparlamentarischen Opposition, auf den großen Demonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluss und in den vielen Kämpfen gegen AKW's, vom Schleswig-Holsteinischen Brokdorf bis zum badischen Wyhl.

Spätestens seitdem der ehemalige Obergrüne Joschka Fischer, durch eine Menschenrechtslüge getarnt, an der Bombardierung Jugoslawiens führend beteiligt war, sollte der Friedenslack der grünen Partei eigentlich ab sein. Aber die vermeintliche Alternativpartei lernte die Regeln des üblichen Parlamentsbetriebs schnell:

Bei Kriegseinsätzen wie dem in Afghanistan reichte häufig ein halbes Nein oder eine stumme Enthaltung zur Wahrung des Scheins. Man war zwar irgendwie dagegen, aber auch ein bißchen dafür, man wollte zwar Wähler und Parteibasis nicht verärgern, aber auch nicht die mächtige USA und deren Platzhalter in den deutschen Medien. Hat geklappt: Immer noch gelten die GRÜNEN als Friedenspartei, irgendwie.

Aber vor allem klappt das grüne Marketing in der Umweltfrage. Erst recht jetzt, wo die Bedrohung durch den Klimawandel jede Menge auch und gerade junge Menschen auf die Straßen treibt, ist das grüne Label bei Wahlen einfach Gold wert. Geradezu vehement erinnert die "Fridays for Future-Bewegung" an die außerparlamentarische Herkunft der GRÜNEN, und während den üblichen Parteien, zu denen inzwischen auch die LINKEN zählen, der Ruf der Sitzungsakrobaten und Tagesordnungs-Jongleure vorausschallt, gelten die GRÜNEN immer noch als ziemlich unverbraucht. Und sogar als jung.

Was angesichts solcher Jogging-Ruinen wie Joschka Fisher geradezu bizarr komisch wirkt. Nicht nur der aufgeschwemmte Fischer und der saturierte, grüne Ministerpräsident und Daimler-Fahrer Winfried Kretschmann strafen das Etikett des Alternativen, das den GRÜNEN anklebt wie altes Kaugummi, augenscheinlich Lügen.

Eine Art blinder Gläubigkeit an das Umweltbewußtsein grüner Mandatsträger prägt das Wahlverhalten ökologisch orientierter Wähler. Der Verrat der Grünen an ihrer pazifistischen Herkunft mag sich herumgesprochen haben, daß auch ihre ökologischen Wurzeln längst angefault sind, scheint weniger bekannt. Als wäre ihr einst in Hessen beschworener Widerstand gegen den Bau eines dritten Terminals am Frankfurter Flughafen nicht längst auf dem Altar der lukrativen Koalition mit der CDU geopfert.

Es waren die GRÜNEN, die als Mitglied der NRW-Landesregierung keinen Finger gegen die Abholzung des Hambacher Forsts gekrümmt haben: Es fährt sich so schön in Dienstwagen. Es kopulierte sich gut im weichen Koalitionsbett mit der SPD.

Doch der wahre Prüfstein ist die Suche nach einem Atommüll-Endlager. Man kann zwar die einstigen Kämpfer gegen die Gefahren der Atomkraftwerke nicht für den Müll der Kernenergie-Industrie verantwortlich machen. Doch längst sitzen die GRÜNEN in einer Reihe von Landesregierungen an den Schalthebeln parlamentarischer Macht.

Seit Jahr und Tag werden Endlagerstätten für die hochgiftigen Hinterlassenschaften der Atom-Industrie benötigt. Und seit Jahr und Tag zeigen die möglichen Lager-Regionen mit dem Finger auf andere Gegenden. Zwar herrscht unter Geowissenschaftlern in Deutschland Konsens, daß die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle nur in Salz- oder Tongesteinen erfolgen sollte. Und die Tongesteine der Schwäbischen Alb und Oberschwabens kämen schon in Frage. Aber davon will die grün geführte Regierung Baden-Württembergs nichts wissen.

Seit dem Januar 2019 regiert in Hessen eine schwarz-grüne Landesregierung. Die einstigen Feinde Volker Bouffier (CDU) und Tarek Al-Wazir (GRÜNE) knutschen seitdem in Frankfurt bis zum Atem- und Politikstillstand. Zwar lagern im hessischen Biblis seit dem 18. 05. 2006 rund 1.400 Tonnen atomaren Mülls. Zwischenlager, kein Endlager. Aber die Koalitionsregierung schweigt:

Keine Alternative, keine Initiative. Der smarte Robert Habeck ist seit dem 28. Juni 2017 stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Na-

tur und Digitalisierung in einem Kabinett der Jamaika-Koalition des Landes Schleswig-Holstein. In diesem Bundesland liegt der Atommüll-Standort Brokdorf. Doch weder von der CDU, der FDP noch den GRÜNEN erfährt man Produktives über die Endlagersuche.

Erbgutveränderungen, Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen: Alles Folgen, die im Atom-Müll lauern. Seit Beginn der Kernspaltung im ersten deutschen Atomreaktor FRM I im Jahr 1957 wurden bis Ende 2007 rund 12.500.000 Kilogramm tödlich strahlender Brennelementmüll erzeugt. Noch kein Kilo Kernbrennstoff wurde entsorgt. Manche radioaktiven Abfälle zerfallen innerhalb weniger Jahre, z.B. Krypton-85: Halbwertszeit 10,76 Jahre. Andere radioaktive Gifte hingegen weisen extrem lange Halbwertszeiten auf: zum Beispiel Jod-129: Halbwertszeit 17.000.000 Jahre.

Ins Endlager käme ein Cocktail aus vielen verschiedenen radioaktiven Abfallstoffen. Ein atomares Endlager muß also Sicherheit über viele Halbwertszeiten geben, über Zeiträume, die unser Vorstellungsvermögen sprengen. Es wäre dringend an der Zeit, aktiv gegen die gefährlichen Folgen der Atomindustrie zu werden. Doch wie schon bei der Sicherung des Friedens: Die GRÜNEN verraten ihre eigenen ursprünglichen Ziele durch Wegsehen, Nichtstun und Mitmachen.

Längst im Parlamentarismus angekommen und eingerichtet, wollen die GRÜNEN nicht an ihre außerparlamentarische Herkunft erinnert werden. So wie es von ihnen keine Initiative aus den Regierungen, in denen sie vertreten sind, für sichere Endlager gibt, so wenig gibt es Impulse für Kämpfe außerhalb der Parlamente. Die grüne Partei hat ihr bequemes Zwischenlager in den Parlamenten gefunden. Die GRÜNEN haben sich als Schwindel herausgestellt, als Fassaden-Ökologen, als Betrug am Wähler.<<

27.06.2019

BRD: Herbert Ludwig berichtet am 27. Juni 2019 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die angebliche Kriegsschuld der Deutschen (x940/...): >>Versailles 1919 - Die Unterwerfung Deutschlands unter das Kriegsschuld-Diktat

Am 28. Juni 2019 jährte sich zum 100. Mal der Tag, an dem die Vertreter Deutschlands erpreßt wurden, das Versailler Diktat zu unterzeichnen und die Lüge von der deutschen Kriegsschuld zu akzeptieren - ein folgenschweres Ereignis, das die weitere äußere und innere Zerstörung Mitteleuropas bis heute bestimmt hat. Um so wichtiger ist es, die wahren Kriegstreiber aufzuzeigen, wie sie heute nachgewiesen werden können. Der Deutsch-Franzose Cyril Moog stellt aufgrund der Forschungen schottischer Historiker übersichtlich das Netzwerk dar, das gegen Mitteleuropa geknüpft wurde (Herbert Ludwig).

Ein Gastbeitrag von Cyril Moog

"Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben."

So lautet der Artikel 231 des "Friedensvertrages" von Versailles, den die deutsche Delegation am 28. Juni 1919 im Schloß von Versailles unterzeichnen mußte, um nicht zu riskieren, daß Deutschland besetzt und die britische Seeblockade, die zu Hunderttausenden von zivilen Toten in Deutschland und Österreich-Ungarn, aber auch in neutralen Staaten wie Dänemark führte, weiterhin aufrecht erhalten werden würde.

Dagegen vertritt der australische Historiker Christopher Clark die These, daß die "Schuld" für den Ersten Weltkrieg keineswegs bei einem einzigen Akteur zu finden sei. Vielmehr sieht er die Ursache in einer verhängnisvollen Kette von Entscheidungen verschiedener Akteure, die zum Krieg geführt haben sollen.

Mit seinem Titel *The Sleepwalkers* (deutsch: *Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten*

Weltkrieg zog, 2012) greift Clark das scheinbar versöhnliche Diktum des ehemaligen britischen Premiers David Lloyd George aus den 1920er Jahren auf, demzufolge keine der europäischen Mächte den großen Krieg wirklich gewollt habe. Vielmehr seien sie alle mehr oder weniger schlafwandelnd blind in die Katastrophe "hineingeschlittert".

Was, wenn es einen solchen Kriegswunsch eben doch gegeben hat? Was, wenn der Krieg erwünscht und von langer Hand geplant gewesen ist - allerdings nicht von deutscher Seite? In ihrem 2013 erschienenen Buch *Hidden History: The Secret Origins of the First World War* offenbaren Gerry Docherty und Jim Macgregor, wie unser Bild von den damaligen Ereignissen in einem ganzen Netz vorsätzlicher Lügen besteht, das die damaligen Siegermächte sorgfältig gestrickt haben, damit es sich tief in der Psyche festsetzt.

Die beiden schottischen Historiker stützen sich dabei auf Fakten und Indizien, die im Laufe der vergangenen Jahrzehnte ans Tageslicht gekommen sind: Tatsächlich habe nicht Deutschland den Ersten Weltkrieg zu verantworten, sondern ein einflußreicher Zirkel in Großbritannien, der lange vor Beginn des Krieges die militärische Niederwerfung Deutschlands angestrebt habe.

Am Anfang war die Angst

Die bislang weitgehend unbekannte Geschichte, wie eine geheime Elite die Menschheit in den Ersten Weltkrieg stürzte, beginnt mit der Angst: der gemeinsamen Furcht einiger Angehöriger der englischen Oberschicht, daß eine Wachablösung anstehen würde, sollte nicht sehr bald etwas äußerst Radikales geschehen. Deutschland war drauf und dran, in wichtigen Bereichen wie Technik und Forschung, Industrie und Handel an England vorbeizuziehen.

Daraufhin wurde im Jahr 1891 in London von Mitgliedern der englischen Herrscherklasse eine Geheimgesellschaft gegründet, deren Ziel nichts Geringeres als die Weltherrschaft war. Zu diesem Zweck sollte das *British Empire* reformiert und auch die engen Verbindungen zwischen Großbritannien und den USA erneuert werden. *"Im innersten Kreis des von Cecil Rhodes gegründeten und finanzierten Geheimbundes stand eine handverlesene Gruppe von Männern, die heimlich die britische Kolonial- und Außenpolitik kontrollierte."*

Dazu gehörten William T. Stead, einer der einflußreichsten Journalisten seiner Zeit, und Lord Esher, der in den letzten Regierungsjahren Queen Victorias die Interessen des Königshauses vertrat und sowohl unter König Edward VII. als auch unter König George V. die imperiale Politik steuerte. Die Gesellschaft konnte zudem auf den großen Einfluß zurückgreifen, den die Familien Salisbury und Rosebury schon seit Langem in der britischen Politik innehatten. Auch King Edward VII. und die dem britischen Establishment sehr nahestehende internationale Bankiersfamilie der Rothschilds konnte miteingebunden werden. ...

Südafrika

Mithilfe massiver Investitionen seitens der Familie Rothschild war Cecil Rhodes in der Lage, mit Gold und Diamanten in Südafrika ein enormes Vermögen anzuhäufen. Hinzu kam, daß die Krone ihm die Erlaubnis erteilte, die *British South Africa Company* zu gründen, durch die er in den Genuß einer eigenen privaten Polizei und einer Armee kam, mit deren Hilfe den Eingeborenen auf brutale Weise mehr und mehr Land abgenommen wurde.

Als der Geheimbund um Rhodes den Entschluß gefaßt hatte, sich das Transvaal-Gold zu sichern, wurde ein unausgeglichener Plan für eine Invasion entwickelt, die dann auf peinliche Weise scheiterte. Daraufhin übernahm Alfred Milner, ein enger Vertrauter von Cecil Rhodes, die Leitung. Es gelang ihm, zum Hochkommissar der Kapkolonie ernannt zu werden, nur um anschließend einen erneuten Krieg gegen die Buren vom Zaun zu brechen.

Während der Kampfhandlungen wurden den Briten jedoch mehrere schwere Niederlagen zugefügt. *"Das britische Heer brauchte nicht lange, um eindrucksvoll zu beweisen, daß es für den Krieg in Südafrika nicht geeignet war."*

Das Blatt wendete sich erst am Anfang des Jahres 1900, nachdem Feldmarschall Lord Roberts

und dessen Stabschef General Lord Kitchener mit 60.000 Mann Verstärkung in Südafrika eingetroffen waren.

Als die Buren zu einem für die Briten äußerst verlustreichen Guerillakrieg übergingen, wandte Kitchener eine Strategie der "verbrannten Erde" an: Die Farmen in den Guerillagebieten wurden zerstört, die Ernten vernichtet und an die 120.000 Farmbewohner, vor allem Frauen und Kinder, in von Alfred Milner abgesegnete Konzentrationslagern interniert. Aufgrund katastrophaler Lebensbedingungen starben 26.000 Frauen und Kinder an Hunger und Krankheiten.

1905 kehrte Milner dann nach Großbritannien zurück, von wo er das nächste Ziel besser anvisieren konnte: das deutsche Kaiserreich.

Deutschland wird ins Visier genommen

Deutschlands wirtschaftlichen, industriellen und kommerziellen Aufstieg wertete die Geheime Soziopathen-Elite um Alfred Milner - Cecil Rhodes war bereits im Jahr 1902 verstorben - als direkte Bedrohung für ihre Weltherrschaftspläne. Zunächst würde man Verbündete für den Waffengang gewinnen müssen, die marode Armee mußte generalüberholt werden und auch die Royal Navy würde ihren historischen Vorsprung nicht einbüßen dürfen.

Außerdem mußte man mit propagandistischen Methoden auch die Öffentlichkeit auf deutschfeindlichen Kurs bringen. König Edward VII., seit 1874 Großmeister der Vereinigten Großloge von England und Protektor der britischen Freimaurerei, ließ sich in die Pläne einbinden und wurde zum Architekten der *Entente Cordiale*, Lord Esher zum Dreh- und Angelpunkt der Bemühungen, die Armee zu modernisieren.

Marokko - der erste Versuch

In der bereits 1904 von London und Paris unterzeichneten *Entente Cordiale* wurden die britische Kontrolle über Ägypten und das Interesse Frankreichs an Marokko bekräftigt. Als Frankreich dazu ermutigt wurde, ein internationales Abkommen mit Marokko zu brechen, um Deutschland damit zum Krieg anzustacheln, schlug Kaiser Wilhelm II. jedoch vor, das Thema einfach auf einer Konferenz mit internationaler Beteiligung zu klären.

Unterdessen lehnte das französische Parlament die Kriegstreiberei des französischen Außenministers Théophile Delcassé ab, der die volle Rückendeckung durch König Edward VII. genoß, und zwang ihn zum Rücktritt. Die Geheime Elite erkannte, daß man die französische Regierung erst noch viel gründlicher würde korrumpieren müsse.

Ein weiterer Verbündeter - das Zarenreich

Auch das Zarenreich sollte zu einem Bündnispartner gegen Deutschland gemacht werden. Mit Hilfe des russischen Außenministers Alexander Iswolski, der von der Geheimen Elite finanziert wurde und fortan einen Bündniskurs mit Großbritannien verfolgte, wurde 1907 ein Abkommen unterzeichnet, das Streitfragen zwischen den beiden Mächten in Afghanistan, Persien und Tibet löste.

Um Rußland schließlich in die *Entente Cordiale* einzubinden, wurde King Edward VII. 1908 nach Reval entsendet, wo er sich mit dem Zaren traf. Edward ließ sich zu dem Treffen von seinen Beratern aus der Geheimen Elite und Mitgliedern des *Committee of Imperial Defence* begleiten, der Zar vor allem von Außenminister Alexander Iswolski, der nicht damit aufhörte, die Balkanstaaten gegen Deutschland und Österreich-Ungarn aufzustacheln. Die Bewegung für ein Groß-Serbien wurde dabei ermutigt, ihre Rachepläne nicht aufzugeben und sich auf spätere Einsätze vorzubereiten.

Eine neue Regierung in England

Noch während sich die Regierungszeit der Konservativen dem Ende näherte, hatten die Konservativen unter Balfour und Landsowne einen geheimen Unterausschuß ins Leben gerufen: das *Committee of Imperial Defence*. Das Gremium nahm geheime Militärgespräche mit Frankreich und Belgien auf. Das Thema: Wie würde man bei einem Krieg gegen Deutschland vorgehen? Als schließlich ein Regierungswechsel anstand, konnte die geheime Elite H. H.

Asquith zum Premierminister machen, Richard Haldane zum Kriegsminister und Edward Grey zum Außenminister, so daß die Außenpolitik nahtlos fortgesetzt werden konnte.

Alle drei waren enge Freunde und Bewunderer Alfred Milners, mit dem sie regelmäßig in Kontakt standen. Sämtliche Informationen zu ihren Aktivitäten verheimlichten sie vor dem liberalen Kabinett, um in aller Ruhe weiter auf einen Krieg mit dem Deutschen Reich zuzusteuern. Während Außenminister Grey die Pläne für den Krieg weiter vorantrieb, gab Kriegsminister Haldane der Armee eine neue Struktur. Admiral Sir John Fisher wiederum verpaßte der Flotte eine radikale Modernisierung: die Kriegsschiffe sollten fortan mit Öl befeuert werden. Später übernahm Winston Churchill diese Aufgabe.

Die Reihen schließen sich

Die Geheime Elite wollte in der Öffentlichkeit das Gefühl vermitteln, daß Deutschlands Flottenbauaktivitäten eine Bedrohung für Großbritannien darstellten. Zu diesem Zweck förderte Lord Northcliffe in seinen Blättern ausgedachte Schauergeschichten über eine deutsche Invasion in England, ebenso über zahlreiche deutsche Spione, die angeblich verdeckt im Land agierten. Währenddessen wurden überall im Empire Ableger der Geheimgesellschaft gegründet, um die "Dominions" stärker zu einer Einheit zu verschmelzen und auf den Krieg vorzubereiten; auch die USA sollten stärker eingebunden werden.

Schon Cecil Rhodes hatte erkannt, daß die USA eine zentrale Rolle würden spielen müssen, wenn man eine Welt anstrebe, die von der "angelsächsischen Rasse" dominiert werden solle. In den USA sammelte sich die wirtschaftliche Macht immer stärker in einigen New Yorker Familiendynastien, darunter die Häuser Morgan und Rockefeller.

Auch die Rothschilds waren eng mit Morgan sowie mit anderen aufstrebenden Kreditinstituten wie etwa Kuhn, Loeb & Co., Jacob Schiff und Paul Warburg verbunden. Der Geldadel in den USA wirkte massiv auf die Präsidentschaftswahlen von 1912 ein, damit seine Marionette Woodrow Wilson zum Präsidenten gewählt wurde. Wilson ermöglichte anschließend die Gründung des Federal Reserve Systems im Jahre 1913, das US-amerikanische Zentralbankensystem, mit dem maßgeblich der Erste Weltkrieg finanziert werden konnte.

Der zweite Versuch - Fes und Agadir

1911 wurden Gerüchte einer Rebellion in Fes gestreut. Daraufhin setzte Frankreich ein großes Truppenkontingent in Marsch, das sich dann als Besetzungarmee entpuppte. Deutschland protestierte lediglich, indem es ein kleines Kanonenboot nach Agadir entsandte. Dies wurde allerdings von der Geheimen Elite maßlos übertrieben: Man behauptete, Deutschland wolle in Agadir einen Marinestützpunkt errichten und von dort aus die Seefahrtswege bedrohen.

In Frankreich selbst widersetzte sich der neu gewählte Ministerpräsident Joseph Caillaux den Kriegshetzern und nahm Verhandlungen mit dem Deutschen Reich auf. Erneut also gingen die Deutschen nicht in die Falle und handelten schon wieder eine diplomatische Lösung aus. Die Geheime Elite würde die vollständige Kontrolle über die französische Regierung übernehmen müssen.

In ganz Europa, in Großbritannien und im Empire suchte sich die Geheime Elite Politiker und Diplomaten, die sie nach ihrem Willen formen konnte. In Paris setzte sie Alexander Iswolski, inzwischen russischer Botschafter in Paris, darauf an, den amtierenden französischen Ministerpräsidenten Caillaux zu schwächen, und ihn durch Raymond Poincaré ersetzen zu lassen, einen überzeugten Revanchisten.

Unter Poincaré verwandelte sich das französisch-russische Bündnis von einem Verteidigungsabkommen hin zum Kriegsabkommen. 1914 hielten französische Banken über 80 Prozent der russischen Staatsschulden: Poincaré und seine Förderer koppelten die Darlehen an die Bedingung, daß Rußland sein Militär ausbaue und das Eisenbahnnetz so modernisiere, daß sich die Truppen schneller gegen Deutschland in Stellung bringen lassen könnten. Die Rothschild-Häuser in London und Paris arbeiteten Hand in Hand daran, Rußland über verschlungene Ka-

näle mit dem notwendigen Kapital zu versorgen.

Pulverfaß Balkan

Als das Jahr 1912 anbrach, war es der Geheimen Elite bereits zweimal mißlungen, das Deutsche Reich zu einem Krieg anzustacheln. Marokko schien sich also dafür nicht zu eignen, so daß Agenten der Geheimen Elite die schwelenden nationalistischen Spannungen auf dem Balkan anfachten mit dem Ziel, die ganze Region in einen Brandherd zu verwandeln.

Die Kommandokette lief vom Foreign Office zu Iswolski in Paris, weiter zu Außenminister Sergei Dmitrijewitsch Sasonow in Rußland und schließlich zum russischen Botschafter in Belgrad Nikolaus Hartwig, der als Panslawist die expansionistischen Bestrebungen Serbiens gegen Österreich-Ungarn unterstützte.

Außenminister Sasonow meldete dem Zaren, daß sich die Briten insgeheim verpflichtet hatten, Frankreich bei einem Krieg mit Deutschland zu unterstützen. Entsprechend ermutigt, taten sich die Russen mit dem serbischen Nationalisten Oberst Apis und dessen Organisation "Schwarze Hand" zusammen, um das Attentat gegen den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand vorzubereiten.

Als seine Ermordung gelungen war, sorgte die Geheime Elite dafür, daß sich die Morde in Sarajewo zu einer umfassenden Krise auswuchsen. Dabei erhielt Österreich-Ungarn zunächst eine Menge geheuchelter Unterstützung; auch Deutschland wurde mit Freundschaftsbekundungen und Sympathiebetuerungen hinter Licht geführt.

Auf diese Weise wurde Graf Berchtold, seit 1912 österreichischer Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äußern, schließlich zu einer kühnen Reaktion ermutigt: Er würde der serbischen Aggression ein für alle Mal ein Ende bereiten. Mit anderen Worten: Er würde in die britische Falle tapen und Deutschland getreulich folgen. Wie bereits 1912 reiste der französische Ministerpräsident Raymond Poincaré nach Sankt Petersburg und bekräftigte sein Versprechen, daß Frankreich, sollte Deutschland Österreich beistehen, an der Seite Rußlands in den Krieg ziehen würde.

Im Parlament, in der Presse und in Diplomatenkreisen wurde Deutschland unterdessen vorgezogen, daß sich die Beziehungen zu Großbritannien deutlich gebessert hätten. Dabei trieben die Agenten der Geheimen Elite ihre Vorbereitungen für die Zerstörung des Kaiserreiches immer weiter voran.

Serbiens Antwort auf Österreichs Forderungen setzte schließlich die Falle in Kraft, die man Graf Berchtold gestellt hatte. Während der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg noch verzweifelt nach Wegen suchte, den Frieden zu wahren, und auch Graf Bechtold nun bereit war, "einen Schritt vom Abgrund" wegzutreten, genehmigte der Zar am 26. Juli eine Teilmobilisierung der russischen Streitkräfte. Daß die Generalmobilmachung durch eine Großmacht die erste Kriegshandlung war, galt als allgemein akzeptierte Tatsache.

Am 1. August sandte der russische Botschafter Alexander Iswolski ein Telegramm aus Paris nach Sankt Petersburg: "Frankreichs Kriegsminister, in herzlicher und bester Laune, informierte mich, daß die Regierung sich verbindlich zum Krieg entschieden habe." Also fast 24 Stunden bevor Deutschland die Generalmobilmachung verkündet und Rußland den Krieg erklärt hatte. Um 16 Uhr gingen aus dem zentralen Telegrafenamts in Paris Telegramme mit dem Befehl der Geheimmobilmachung ab.

Zu diesem Zeitpunkt hatten auch Serbien, Österreich, Rußland, Frankreich und Großbritannien auf die eine oder andere Weise damit begonnen, ihr Militär vorzubereiten. Einzig das Deutsche Reich hatte noch nichts unternommen. Erst nachdem der Kaiser 24 Stunden lang vergeblich auf eine Antwort seiner telegrafischen Forderung gewartet hatte, Rußland solle sämtliche Truppenbewegungen entlang der Grenze einstellen, befahl er die Generalmobilmachung.

So entschloß sich das Deutsche Reich als letzte der europäischen Großmächte zu diesem un-

widerruflichen Schritt, der ihm von der Entente Cordiale aufgenötigt wurde. "Wie", fragen Docherty und Macgregor, *"paßt das zu der Behauptung, Deutschland habe den Ersten Weltkrieg begonnen? ... Was sonst hätte Deutschland tun können? Entweder geduldig die eigene Vernichtung abwarten oder zuschlagen, um sich zu verteidigen. Damit die deutschen Streitkräfte bei einem Zweifrontenkrieg überhaupt eine Chance hatten, mußten sie blitzartig Erfolge einfahren."*

Eine gerechte Sache

Der britische Außenminister Edward Grey wußte mittlerweile, daß die britische Öffentlichkeit nicht zum Krieg bereit wäre, wenn Deutschland nicht klar als Aggressor hingestellt werden könnte. Also benötigte er noch unbedingt eine vermeintlich gerechte Sache, um die Briten mit in den Krieg zu reißen: Man fand sie im "tapferen kleinen Belgien", das man vor den verachtenswerten "Hunnen" beschützen müsse.

Als der deutsche Botschafter in London den Vorschlag unterbreitete, daß Belgiens Souveränität gewahrt bliebe, insofern Großbritannien dafür seine Neutralität versprechen würde, bekam er von Außenminister Grey keine aufrichtige Antwort. Statt dessen log er, daß es vorläufig nicht die geringste Absicht gebe, feindlich gegen Deutschland vorzugehen. Auf diese Weise sorgte Grey dafür, daß jedes Angebot von Frieden und Neutralität aus Berlin abgelehnt oder zurückgehalten wurde.

Gleichzeitig zeigte er sich über das deutsche Verhalten überaus empört: Angeblich habe das Kaiserreich alle Bemühungen um Einigung abgetan, um stetig auf den Krieg zuzumarschieren. Dabei wußte er nur zu gut, daß Deutschland notwendigerweise durch Belgien würde marschieren müssen, um sich gegen Frankreich zur Wehr zu setzen.

Am Abend des 2. August übergab der deutsche Botschafter in Brüssel den versiegelten Brief, den Generaloberst Moltke, der Chef des deutschen Generalstabs, ihm vorher zur Aufbewahrung zugestellt hatte. In dem Schreiben hieß es, Deutschland habe verlässliche Informationen, daß Frankreich durch Belgien marschieren und das Kaiserreich angreifen wolle.

Deutschland sei als Reaktion darauf seinerseits gezwungen, in Belgien einzumarschieren. Wenn sich Belgien nicht in den Weg stelle, verspreche Deutschland, nach Ende des Krieges und mit Friedensbeginn das Territorium zu räumen, für alle entstandenen Schäden aufzukommen und die Lebensmittel zu bezahlen, welche von den deutschen Truppen verbraucht würden.

Sollte Belgien die deutschen Einheiten dagegen nicht widerstandslos passieren lassen, sehe Deutschland sich leider gezwungen, Belgien als Feind zu betrachten. Der belgischen Regierung wurden zwölf Stunden Zeit für eine Antwort gegeben, also bis 7 Uhr am Morgen des 3. August. König Albert I. von Belgien schickte Sir Edward Grey eine Botschaft: Belgien werde das deutsche Ansinnen ablehnen, man bitte um die Hilfe Großbritanniens.

Als nun endlich feststand, daß Deutschland die belgische Neutralität definitiv verletzen würde, ließ Außenminister Grey seine heuchlerische Maske fallen und *"machte sein Engagement für eine Sache öffentlich, die nicht benannt werden konnte - den Vernichtungskrieg, den die Geheime Elite gegen Deutschland führen wollte"*.

Im Kabinett ging es nun schlagartig um die Loyalität gegenüber Belgien. Sollten die Briten einfach tatenlos mit ansehen, wie Belgien unter die Räder kommt, wäre der Ruf des Empire auf ewig beschädigt. In Wirklichkeit hatte es bereits seit 1906 streng geheime Militärabkommen zwischen Belgien und Großbritannien gegeben: bis in die kleinsten Details hatten Briten und Belgier ihre Militärtaktik geplant und aufeinander abgestimmt.

Die Neutralität Belgiens war also nichts weiter als eine weitere Lüge, eine Täuschung, die man psychologisch sehr geschickt aufrechterhalten hatte, um die Briten vom Krieg gegen Deutschland zu überzeugen und die Deutschen als Bösewichter darstellen zu können. Nun erklärte Grey im Unterhaus, daß Großbritannien nicht tatenlos zusehen würde, sollte es zu

einer Invasion Belgiens kommen, daß man Frankreich auf See unterstützen und Deutschland davon in Kenntnis setzen würde.

Am 3. August 1914 hielt Sir Edward Grey vor dem Unterhaus eine Rede, in der er noch einmal betonte, wie sehr er sich und seine Kollegen vom Foreign Office darum bemüht hätten, den Frieden in Europa zu bewahren. Er sprach vom furchtbarsten Verbrechen, das je die Seiten der Geschichtsbücher besudelte, dann eilte er aus dem Parlament, um Deutschland das schicksalhafte Ultimatum zu stellen - wohlwissend, daß die Besetzung Belgiens bereits im Gange war, die zentrale britische Forderung also nicht mehr zu erfüllen war. "Das Ultimatum war somit im Grunde eine Kriegserklärung."

Dann unterschrieb König George V. am Abend des 4. August 1914 im Buckingham Palace die offizielle Kriegserklärung. So bekam die Geheime Elite endlich ihren Krieg gegen Deutschland, den sie seit so vielen Jahren angestrebt und geplant hatte. Kaum begonnen, wurde das Kaiserreich auch schon propagandistisch mit Schuld überhäuft.

Vier Jahre später, am 11. November 1918, wurde nördlich von Paris, im Wald von Compiègne, in dem Eisenbahnwagen von General Foch der Waffenstillstand mit Deutschland unterzeichnet.

"Der Vertrag besagte, der deutsche Kaiser habe einen Expansionskrieg geführt und Europa tyrannisiert, während Großbritannien, Frankreich und Rußland alles getan hätten, um dies zu verhindern. Deutschland habe sich der schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Freiheit, die je eine Nation beging, die sich selbst als zivilisiert bezeichnet, schuldig gemacht. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln - Universitäten, Presse, Kirchenkanzeln und dem gesamten Staatsapparat - trug die Geheime Elite diese falsche Schuldzuweisung in die Welt hinaus. Sie diffamierte den Kaiser und Deutschland und glorifizierte die Entente-Mächte."

Gleichzeitig mußte die tatsächliche Verantwortung der britischen Elite für den Krieg vertuscht werden: die wahren Hintergründe sollte auch die Nachwelt niemals erfahren.

Tatsächlich waren diese Leute auch in der Lage, die für sie relevante Geschichtsschreibung zu kontrollieren - und zwar *"von der kleinsten Dorfschule bis hinauf zu den Elfenbeintürmen der akademischen Welt"*. Regierungsunterlagen wurden sorgfältig darauf überprüft, ob sie in die offizielle Version der Geschichte des Ersten Weltkrieges einfließen durften oder nicht. Potentiell belastende Unterlagen wurden verbrannt, aus den offiziellen Registern getilgt, vernichtet, gefälscht oder umgeschrieben.

Geschichte als Immunsystem

Wir können davon ausgehen, daß eine solche Betrachtung der Geschichte - ganz besonders, wenn es sich nun um die wahre Beschreibung historischer Tatsachen handelt - auch heute noch politisch mehr als unerwünscht ist; mit anderen Worten: "volkspädagogisch wertlos", weil eine solche Geschichte wohl nicht dazu beiträgt, die Deutschen "in Schach zu halten". Viele Menschen im In- und Ausland scheinen immer noch eine tief verankerte Angst davor zu haben, daß die Deutschen - sobald sie keine Schuld, oder auch nur weniger Schuld und Gewissensbisse verspürten, jene mörderische Bestie in sich wieder aufsteigen lassen könnten, die für einen Großteil der Greuel des 20. Jahrhunderts verantwortlich gemacht wird.

Dabei sollte man nicht vergessen, daß gerade die offensichtlich ungerechtfertigte Schuldzuweisung in Bezug auf den Ersten Weltkrieg selbst nicht ganz unverantwortlich war am Erstarben des Nationalsozialismus. Schließlich diente sie als Rechtfertigung für die Kriegsreparationen, die von den Nationalsozialisten propagandistisch ausgeschlachtet wurden, um gegen die Weimarer Republik, um gegen Freiheit, Demokratie, ja gegen das sogenannte "internationale Judentum" zu wettern.

Selbst die Bundesrepublik wurde noch in die Pflicht genommen und mußte bis etwa 1983 14 Mrd. DM an Reparationszahlungen für den Ersten Weltkrieg zurückzahlen. Eine stolze Sum-

me, wenn man davon ausgeht, daß die Schuldzuweisungen auf Lügen beruhten. Hinzu kamen Zinsen in einer Höhe von 251 Millionen Mark aus den Jahren 1945 bis 1952, die bis zur Wiedervereinigung Deutschlands ausgesetzt und schließlich ab dem 3. Oktober 1990 wieder fällig wurden, und schließlich am 3. Oktober 2010 getilgt wurden. Wichtiger ist jedoch die Frage, welche Wirkung dieses Schuldbewußtsein im Bereich des Seelisch-Geistigen hat.

Wenn es nun wirklich so ist, daß im deutschen Volk - im Sinne einer *"historisch gewachsenen Kulturgemeinschaft, in der die Menschen eine ganz spezifische seelische Grundhaltung zur Welt einnehmen und zu einer besonderen Art des gedanklichen, künstlerischen und religiösen Strebens hinneigen"*, wenn in dieser deutschen Kulturgemeinschaft *"das tiefe Streben veranlagt ist, zu den Ursachen der materiell wahrnehmbaren Welt zu dringen und die Erkenntnis auf die hinter der Oberfläche wirkenden geistigen Kräfte zu erweitern, die den Erscheinungen zugrunde liegen"*, daß "der Deutsche", wie Friedrich Hebbel 1860 schrieb, *"alle Eigenschaften hat, sich den Himmel zu erwerben"*, so kann man sich fragen, welche Folgen dieses Schuldbewußtsein für das Streben nach den geistigen Quellen des Daseins haben könnte.

Könnte es nicht sein, daß die Deutschen vor der eigenen inwendigen Hölle eine solche Angst haben, daß sie wie programmiert davor zurückschrecken, nach den Sternen zu greifen?

Womöglich wirkt das deutsche Schuldbewußtsein, das mit einer Dämonisierung der deutschen Kultur einhergeht, in allen seinen Facetten wie eine Art geistiges Immunsystem.

Betrachtet man nun all die Geschehnisse, die zu den zwei Weltkriegen geführt haben, aus einer geistigen Perspektive, dann können diese Weltkriege als diabolische Inszenierungen erscheinen, die u.a. auch dazu geführt haben, daß die Deutschen so sehr an sich selbst verzweifeln, daß sie keinen Gebrauch mehr von ihren spirituellen Eigenschaften machen, daß ihr Streben, zu den Ursachen der materiell wahrnehmbaren Welt zu dringen, aufgeben, um sich nur noch rein weltlichen Dingen zu widmen.

Möge der Tag kommen, da die Deutschen und alle, die mit der deutschen Kultur auf die eine oder andere Weise verbunden sind, bei klarem Wissen um die grauenhaften Taten der Nationalsozialisten - Taten, die tatsächlich auch im Namen des deutschen Volkes begangen wurden - zurückfinden zu den lichten Quellen ihrer eigenen Kultur.

... Der Artikel wurde zuerst veröffentlicht in *"Der Europäer"* Februar 2019.

Von Cyril Moog ist ein neuer Roman erschienen: Der neue Mensch - 1917-1923 ...<<

28.06.2019

BRD: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 28. Juni 2019 folgender Bericht über die Scheindemokratie (x1.014/...): >>Dysfunktion der Macht um Acht: Die Bundespressekonferenz als Abbild unserer Scheindemokratie****

von *Friedhelm Klinkhammer* und *Volker Bräutigam*

Die Bundespressekonferenz (BKP) in Berlin ist ein untypischer Verein von Journalisten. Er lädt Kanzler, Minister, Regierungssprecher sowie die Spitzenvertreter von Wirtschaft und Gesellschaft dazu ein, auf seiner Bühne Rede und Antwort zu stehen.

Während im Ausland Medienleute üblicherweise von den politisch Mächtigen einberufen werden und deren Informationen in Empfang zu nehmen haben, sollte es in Deutschland genau andersrum vonstatten gehen:

Journalisten erfragen eigenständig Auskünfte von ihren Gästen, Nachrichten werden offen erarbeitet, nichts wird "off the records" durchgestochen, nichts im Hinterzimmer gekauft oder als Auftragsbotschaft vergeben. Falls dieses Konzept je funktioniert hat, so kann heute davon keine Rede mehr sein. Die BPK ist zum Demonstrationsort programmierter Regierungsvlautbarung und journalistischer Rückgratlosigkeit verkommen.

Die versammelten Repräsentanten von Presse, Funk und Fernsehen - wenige Ausnahmen bestätigen die Regel - lassen sich in der BPK Woche für Woche von Politikern und speziell von

den Regierungssprechern ebenso abspeisen, wie man quengelnde Gören mit Gummibärchen abwimmelt.

Das verbale Manna des Staatssekretärs Steffen Seibert und seiner Gefolgschaft aus den Presereferaten der Ministerien besteht meist aus einem Gemisch von Halbwahrheiten, Desinformation, Schönfärberei, faulen Ausreden und Auskunftsverweigerung, dargereicht in bleiernen Floskeln und in einer verklemmten, steifen Atmosphäre. Die Auftritte der beamteten Sprechautomaten sind an Schamlosigkeit und Arroganz kaum zu überbieten. Spürbar reden sie oft wider besseres Wissen und letztlich daran interessiert, sich ihre Posten zu erhalten.

Ein Blick auf den gepflegten Rahmen: Die BPK hat ihren Sitz im Pressehaus am Schiffbauerdamm 40 in Berlin. Die Etage ist angemietet, das Gebäude gehört der Allianz Versicherung AG. Um recht zu bewerten, was sich dreimal wöchentlich im Raum 0103 abspielt:

Da sind bei weitem nicht alle rund 920 BPK-Mitglieder versammelt, sondern üblicherweise höchstens zwei Dutzend Personen, meistens Reporter der Nachrichtenagenturen und der Neuen Medien. Die Stallwache eben. Die Funkhäuser, auch das ARD-Hauptstadtstudio, sind per Standleitung zugeschaltet, ihre Mitarbeiter selten persönlich anwesend. Diese benutzen lieber die eigene Kriechspur zu den Regierenden und bedürfen selten des Umwegs über die BPK.

Rein formal betrachtet könnte die Bundespressekonferenz ein Garant für gelebte Demokratie und Grundgesetzlichkeit sein. Ihre Journalisten könnten als eingetragene Mitglieder des BPK-Vereins realisieren, was Verfassungsrechtler als entscheidend hervorheben:

"Die unerläßliche Voraussetzung für das Funktionieren der repräsentativen Demokratie bildet daher eine jedem Bürger zugängliche Berichterstattung über alle politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge und Entscheidungen, die dem Einzelnen seine individuelle politische Partizipation und Urteilsbildung erst ermöglicht. Diese verantwortungsvolle Aufgabe wird von den Massenmedien wahrgenommen, deren demokratischer Hauptauftrag es ist, jedem Bürger die Handlungsabläufe in Staat und Gesellschaft zur Kenntnis zu bringen und transparent zu machen."

Noch mal zum Nachschmecken: "Verantwortungsvolle Aufgabe, von den Massenmedien wahrgenommen" ist es, "die Handlungsabläufe in Staat und Gesellschaft transparent zu machen"? Ja freilich, schön wär's!

Politische Urteilsbildung und Teilhabe bedürfen nicht nur der Vermittlung aller interessierenden Fakten, sondern auch eines funktionsfähigen Debattenraumes. Nachrichtenanbieter wie ARD-aktuell hätten der Öffentlichkeit nicht nur zu vermitteln, was offiziell - beispielsweise in der BPK - verlautbart wird. Sie müßten ihr Publikum auch über die zugehörigen unterschiedlichen Meinungen informieren, damit es die jeweiligen Positionen gegeneinander abwägen kann:

Durch die Veröffentlichung der politischen Debatten in Parlamenten, Parteien und Interessensgruppen, aber auch durch eigene Kommentierung derselben, sollen die Medien zur Meinungsbildung der Bürger beitragen. Denn nur solche Themen, die in den Massenmedien diskutiert werden, können in einer breiten Öffentlichkeit wirksam werden und im Idealfall - so die urdemokratische Grundidee der Pressefreiheit - der vernünftigsten Meinung zum Durchbruch verhelfen.

Trefflicher läßt sich nicht beschreiben, woran es der Tagesschau und ihren Geschwistern im Geiste fehlt: am diskussionsoffenen Horizont. Unsere Medien verzichten auf Eigenständigkeit, sie driften im Mainstream, sind Teil desselben und verbreiten Einheitskost. Sie prägen uniformierte Denkmuster im Sinne der vorherrschenden Politik. Nicht nur die Tagesschausendungen sind darauf ausgerichtet, das Empfinden und Denken ihres Publikums zu uniformieren

Die Nachrichtensendungen sind Produkte eines Konglomerats von journalistischen Institutionen, Verlagen, Sendeanstalten, politischen Gremien, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen

Interessengruppen, die sich allesamt selten oder nie für die gesellschaftliche Aufklärung ihrer Adressaten engagieren. Vielmehr stützen sie ein krisenanfälliges, ungerechtes, aggressives, der Mitwelt schädliches kapitalistisches System, das einer ausschließlich am privaten Gewinn orientierten Zielsetzung dient. Die Methodik: Informationen auslassen, beschönigen, Feindbilder aufbauen, Scheindebatten anstoßen und führen, den Mächtigen eine Plattform bieten und als ihre allenfalls scheinkritischen Meinungsmultiplikatoren agieren.

Was sich als Informationswesen tarnt, ist tatsächlich eine eingefahrene, reibungslos funktionierende Anlage für sanfte, aber permanente und wirksame Gehirnwäsche. Die Quittung dafür ergibt sich aus Umfragen, die von den kritisierten Medien selbst in Auftrag gegeben werden. Sie erkennen den Mainstream-Medien nur bei sehr oberflächlicher Betrachtung noch einige Glaubwürdigkeit zu. Wer die demoskopisch ermittelten Ergebnisse allerdings unter die Lupe nimmt, stellt fest: Weniger als die Hälfte der Bevölkerung hält die Medien für unabhängig von politischen und wirtschaftlichen Interessen. Ein Offenbarungseid wäre fällig.

Am ehesten wird noch dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den überregionalen und regionalen Tageszeitungen so etwas wie tradierte Glaubwürdigkeit zugebilligt. Aber auch dabei sind 60 Prozent der Befragten der Ansicht, daß unerwünschte Meinungen in der Berichterstattung ausgeblendet werden. Ebenso viele gehen davon aus, daß Vorgaben für die Berichterstattung gemacht werden - vor allem von Seiten der Regierung oder staatlicher Stellen, von der Wirtschaft oder von führenden Parteien.

65 Prozent, also zwei von drei Befragten, sind der Ansicht, daß Journalisten nicht immer sagen dürfen, was sie wirklich denken (ein Manko, das stromlinienförmige deutsche Journalisten gern ihren russischen Kollegen ankreiden). Zwei Drittel fordern eine tiefergehende Berichterstattung: In ihren Augen sollten die Medien Sachverhalte nicht zu sehr vereinfachen oder stereotyp darstellen (66 Prozent) und mehr auf die Folgen der Entscheidungen von Politikern eingehen (61 Prozent).

Die Mehrheit wünscht sich zudem mehr Transparenz in den Medien - die sollten die Herkunft ihrer politischen Informationen kenntlich machen. Die Hälfte der Deutschen wünscht sich, daß die Medien ihnen und ihren Alltagsorgen mehr Aufmerksamkeit schenken. (ebd.)

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht mit seiner Berichterstattung nicht besser da als die kommerziellen Sender. Substantielle Abweichungen zeigen sich nicht. Die rundfunkbeitragspflichtigen Angebote unterscheiden sich allenfalls dank seriöserer Präsentation, geschmackvollerer Krawatten ihrer Selbstdarsteller - und dank ihrer jahrzehntealten Darbietungsriten (Tagesschau-Gong), die gleichzeitig das Signal zum Öffnen des Sechserpacks oder der Weinflasche liefern.

Noch bietet die BPK Journalisten beide Möglichkeiten: Sie können mittels Fragen und Nachfragen an politische Spitzenvertreter sowohl ein realistisches als auch ein illusionäres Bild von politischen Prozessen einholen und verbreiten. Wer diese Chance nutzen will, muß lediglich Mitglied im Verein "Bundespressekonferenz e. V." sein. Der Mitgliedsbeitrag ist erschwinglich. Geleitet wird die BPK e.V. von bekannten Profis der Mainstream-Medien, u. a. von Stephan Detjen, Chefkorrespondent im Hauptstadtstudio des Deutschlandfunks; der Mann fiel nur selten wegen kritischer Distanziertheit gegenüber der Regierung auf.

Untrennbar verbunden mit der BPK und gleichzeitig wichtiges finanzielles Standbein des Vereins ist der "Bundespresseball", ein gesellschaftliches Großereignis, das seit fast 70 Jahren von den Journalisten organisiert wird. Rund 2.500 namhafte Gäste aus Politik, Wirtschaft und Kultur werden dazu eingeladen. Machthaber, Prominente und Journalisten feiern buchstäblich Arm in Arm bei Sekt, Wein und lockerem Geplauder. Das erzeugt Nähe und gegenseitiges Verständnis.

Die Big Band der Bundeswehr sorgte 2018 für den musikalischen Unterhaltungsrahmen. Für die BPK kostenlos konnten somit die Promis im Dreivierteltakt schwofen: NDR-Intendant

Lutz Marmor, WDR-Chef Tom Buhrow, ARD-Aktuell-Sternchen Caren Miosga oder der bourgeoise Flügel der Linkspartei mit Arrivierten wie Katja Kipping und Caren Lay. Mit auf dem Parkett: Altbundeskanzler Schröder, der Grüne Cem Özdemir, Entwicklungshilfeminister Müller, Hessens Ministerpräsident Bouffier - alle, alle kommen gern zum Wohlfühlfest der Meinungs-Mafia.

Gesponsert wird das "Event" vom deutschen Geldadel: "Platin-Partner" Daimler, "Gold-Partner" und mächtiger Finanzdienstleister BNP, "Silber-Partner" Deutsche Post, Facebook, Krombacher. Zum Dank posiert auch schon mal Regierungssprecher Seibert vor den Werbeplakaten dieser Partner und ermöglicht reklameträchtige Pressefotos.

Davon gibt es reichlich, und alle Beteiligten haben etwas davon, jeder auf seine Weise. Der Ball wird traditionell von zwei Paaren eröffnet: mit einem Tänzchen der Bundespräsidenten-Gattin, geführt vom obersten BPK-Journalisten; der Bundespräsident schwenkt derweil die Gattin des BPK-Vorsitzenden übers Parkett.

Ein harmloses Vergnügen mag das nennen, wer sich selbst gern in die Tasche lügt und die Symbolkraft und Bindewirkung solcher Ereignisse unterschätzt: Exponenten von Politik und Medien Arm in Arm. Gehobenes Gesellschaftsleben in einer Atmosphäre von Geld und Geltung. Chapeau! Prösterchen! So sieht sie aus, die Unabhängigkeit unserer Journaille von Politik, Wirtschaft und Kapital: Man kennt sich, man schätzt sich, man amüsiert sich miteinander. Weit abgehoben vom Volk, dem man ja dienen sollte, und das die ganze Chose letztlich bezahlt.

In der steuerbefreienden Satzung der BPK wird in § 3 als Zweck des Vereins vorgegeben, Pressekonferenzen zu veranstalten und seinen Mitgliedern Möglichkeiten einer umfassenden Unterrichtung der Öffentlichkeit zu verschaffen. Soweit es dazu erforderlich erscheint, vertritt der Verein auch die Interessen seiner Mitglieder. Er verfolgt jedoch keine eigenwirtschaftlichen Interessen.

Viele BPK-Verläufe zeigen allerdings nur die Unvereinbarkeit von Wollen und Wirklichkeit. Entweder sind die Regierungsvertreter nicht zu sachdienlichen Auskünften und Antworten bereit - der Hausherr und gastgebende Vorstand der Bundespressekonferenz duldet in aller Regel auch ihre dreisten Unverschämtheiten - oder die versammelten Medienvertreter geben wichtige Informationen nicht an die Öffentlichkeit weiter, weil sie dem Tendenzvorbehalt ihrer Auftraggeber entgegenstehen. Manchmal liegt das informationelle Defizit auch daran, daß es der Reporterschar an sachdienlichem Vorwissen für geeignete Nachfragen mangelte.

Hinzu kommt das häufig geringe Interesse der Mitglieder am Angebot der BPK. Das hat den vormaligen Sprecher des Außenministeriums, Dr. Martin Schäfer (er ist heute Botschafter in Südafrika), sogar schon mal zu der Bemerkung veranlaßt:

Herr Vorsitzender, wenn Sie erlauben, würde ich zunächst erst einmal gern sagen, daß es jedenfalls mich persönlich - ich spreche nur für mich - ganz schön traurig macht, vor welcher leerer Kulisse wir hier sitzen. Wenn ich es richtig sehe, ist hier noch nicht einmal mehr eine Nachrichtenagentur vertreten.

Der spürbaren Wechselwirkung zwischen substanzfreier Verlautbarung der Regierungsvertreter und fehlendem journalistischen Engagement in solchen Pressekonferenzen brauchen wir wohl nicht auf den Grund zu gehen. Es ist aber darauf hinzuweisen, daß sich spannende Informationen und Rückschlüsse gerade dann ergeben könnten, wenn unnachgiebig und treffsicher fragende Journalisten keine aufrichtigen Antworten von den Regierungsoffiziellen bekommen, ein sichtbarer Ausdruck der Mißachtung des Informationsanspruchs der Öffentlichkeit. Solche Momente haben ihren ganz eigenen Informationswert.

Als in dieser Hinsicht vorbildlich sollen hier die hartnäckigen Fragen der Kollegen Tilo Jung (Jung & Naiv) und Florian Warweg (RT Deutsch) genannt sein. Gäbe es diese beiden und die Videoübertragungen ihrer Aktivitäten nicht, würde kaum jemand die Verbalakrobatik erken-

nen, mit der die Politvertreter die Mainstream-Journalisten verladen und den Informationsanspruch des Publikums ignorieren. Auch die ARD-aktuell schweigt sich vornehm über ... (diese) Schweinereien aus. Den Nachrichtengehalt, der solchen Vorfällen innewohnt, übersieht sie geflissentlich.

Warweg und Jung - jeder auf seine Weise und mit eigener Präferenz - scheuen sich nicht, Leerformeln, Verlogenheit und Arroganz der staatlichen Repräsentanten öffentlichkeitswirksam bloßzulegen. Wie bedeutsam ihre Arbeit für die Meinungsbildung der Bürger ist und auf welch großes Interesse sie stößt, haben zum Beispiel die Millionen-Klicks des Rezo-Videos "Die Zerstörung der CDU" gezeigt; in dem Streifen spielt auch die BPK ihre übliche Rolle.

Davon drei Kostproben.

Am 19. Mai hatte Donald Trump dem Iran per "Twitter" die Vernichtung angedroht:

Wenn der Iran kämpfen will, dann wird das das offizielle Ende Irans sein. Drohen Sie nie wieder den Vereinigten Staaten!

Mehrere Journalisten fragten in der BPK die Vertreter des Auswärtigen Amtes und des Kanzleramtes, ob es zu dieser Drohung eine deutsche Stellungnahme gebe. Der Sprecher des Außenministeriums verneinte und rechtfertigte die erstaunliche Zurückhaltung so: Man wolle den Konflikt zwischen dem Iran und den USA nicht weiter anheizen, außerdem kommentiere man keine Tweets des US-Präsidenten.

Auf die naheliegende Frage, warum die Bundesregierung sich in diesem Fall zahm gebe, während sie bei vergleichbaren iranischen "Vernichtungsdrohungen" gegenüber Israel unverzüglich mit harscher Verurteilung reagiere, blieb der Sprecher des Auswärtigen Amtes die Antwort schuldig und wiederholte lediglich:

"Wir sind gegen verschärfende Rhetorik". Und die Sprecherin des Kanzleramts echote ebenfalls nur: Man kommentiere die Trump-Tweets nicht.

Erst auf erneute Nachfrage des RT-Reporters ließ sich die Frau zu der "Erklärung" herbei, die Situation sei im Hinblick auf Israel nicht vergleichbar: Der Aufruf zur Vernichtung Israels sei für die Bundesregierung völlig inakzeptabel und zu verurteilen. Auf den Einwand, die Staatsführung des Iran habe nie von einer Auslöschung Israels gesprochen, sondern immer nur - man kann das werten, wie man will - von der "Vernichtung des zionistischen Regimes", während Trump tatsächlich die Vernichtung eines Staates androhe und damit auch das Leben der Bevölkerung Irans meine, erwiderte die Sprecherin der Kanzlerin inhaltlich nichts.

Spätestens in diesem Moment hätte der gastgebende BPK-Leiter einhaken und deutlich machen müssen, daß es auf einer Sitzung der BPK üblich sei, auf sachliche Fragen auch sachlich zu antworten. Er unterließ es jedoch, gegen die regierungsamtliche Arroganz einzuschreiten. Es bleibt der peinliche Eindruck: Den BPK-Herrschaften geht es nicht in erster Linie um eine "umfassende Unterrichtung der Öffentlichkeit" (§ 3 der BPK-Satzung), sondern eher um das Wohlwollen der Regierungsvertreter.

Nicht minder die Reaktion der ARD-aktuell: Zwar wurde über den Trump-Tweet in der Hauptausgabe der Tagesschau berichtet, aber mit keinem Wort die doppelzüngige Stellungnahme der Merkel-Regierung in der BPK erwähnt. Das offenkundige Motiv: Chefredakteur Dr. Gniffkes regierungsfremde Qualitätsjournalisten wollten "Mutti" Merkel vor öffentlicher Kritik schützen und ließen zu diesem Zweck Doppelstandards gelten.

Ergebnis: Gedanklicher Nachvollzug der regierungsüblichen Rektalvisiten bei US-Präsident Trump sowie Kritiklosigkeit gegenüber der Regierung Israels einerseits, andererseits Hinnahme des passiven, teilnahmslosen Schweigens angesichts der verbalen US-Attacke auf den Iran.

Wie wenig selbstkritisch Dr. Gniffkes Qualitätsjournalisten sind, wird im Vergleich ihrer Berichterstattung über die deutsche BPK mit der über die Pressekonferenzen des russischen Staatspräsidenten Putin deutlich. "Bloß keine Nachfrage!" höhnen sie über ihre Moskauer

Kollegen und bezichtigen sie konformistischer Berufspraxis und fehlender Courage. Volksweisheit:

Wer anderen in der Nase bohrt, ist auch ein Schwein.

Am 17. Juni 2019 problematisierten "die üblichen Verdächtigen" in der BPK deutsche Waffenexporte an die Jemen-Kriegsverbrecher Ägypten und Vereinigte Arabische Emirate, VAE. Der Hintergrund: Waffenlieferungen in Konfliktregionen und an nicht zur NATO gehörende Kriegsbeteiligte sind nach deutschem Recht unzulässig. Fragen an den Regierungssprecher Steffen Seibert:

"Waffen im Wert von 800 Millionen Euro an Ägypten sowie im Wert von 200 Millionen Euro an die VAE: Kann es sein, daß Ägypten und die VAE aus Sicht der Bundesregierung einfach keine 'unmittelbar Beteiligten' sind, Herr Seibert? Dann würde das alles ja Sinn ergeben. (ab 25:05")

- Kann uns ein Ministerium sagen, wer die 'unmittelbar Beteiligten' im Jemen-Krieg sind?
- Werden wir jemals erfahren, wer aus Sicht der Bundesregierung die 'unmittelbar Beteiligten' im Jemen-Krieg sind? Ich frage das hier seit anderthalb Jahren, Herr Seibert; das wissen Sie.
- Sie sagten, daß die Antwort mit den unmittelbar Beteiligten unter anderem in Kleinen Anfragen beantwortet worden wäre. Könnten Sie uns die nachreichen? Könnten Sie sagen, wo wir das finden können? (ab 36:07")

Ich würde gerne wissen, ob es in den letzten zwölf Monaten überhaupt einen Einzelfall gab, in dem negativ entschieden wurde, was das Thema 'Jemen-Krieg/Beteiligte/Waffenexporte' angeht."

Seibert behauptete wider besseres Wissen eine restriktive Praxis bei der Waffenexport-Genehmigung und verwies im Übrigen auf seine Geheimhaltungspflicht. Der gastgebende BPK-Veranstaltungsleiter schwieg dazu, anstatt festzustellen, daß eine so umfassende Geheimhaltungspflicht hinsichtlich der Waffenexporte nicht besteht und rechtlich auch nicht zu begründen wäre; er forderte Seibert nicht dazu auf, seine Antwortverweigerung zu überdenken.

Immerhin zeigte diese Pressekonferenz besonders anschaulich, wie mit beharrlichen und nicht beantworteten Journalisten-Fragen indirekt aufschlußreiche Informationen vermittelt werden können, was der Regierungssprecher sicher gern ausgeschlossen hätte. Nicht nur, wenn es um die blutigste und schmutzigste Art von Geschäften geht, nämlich um den Verkauf von Massenmordwerkzeug ans Ausland, erweisen sich führende Repräsentanten der Politik als Vertuschler, Lügner, als Auskunftsverweigerer und als unseriöse Weißwäscher.

Der Musterfall demonstriert darüber hinaus, wie wenig BPK-Vorstandsvertreter bereit sind, die Bemühungen ihrer kritischen Journalisten zu unterstützen:

Herr Jung, ich verstehe, daß Sie die Antwort möglicherweise nicht zufriedenstellt, das müssen Sie leider so hinnehmen.

Ach ja? Mußte er? Oder hätte der Konferenzleiter und Gastgeber nicht vielmehr dem Regierungssprecher erklären müssen: "Herr Seibert, Sie sind hier zu Besuch, ich muß Sie bitten, sich entsprechend zu benehmen?" Und: "Wenn Sie nicht die Absicht haben, begründete Fragen sachlich zu beantworten, dann sitzen Sie im Augenblick auf dem falschen Platz!"

Jung & Naiv ließ allerdings selbst nicht locker und entlarvte zwei Tage später auf der nächsten Pressekonferenz die stellvertretende Regierungssprecherin Ulrike Demmer als rechthaberische Servierdame von "Fake News":

"... am Montag wollte ich noch wissen, wie viele Rüstungsexportgenehmigungen letztes Jahr abgelehnt wurden. Da hatte Herr Seibert so getan, als ob das geheim sei. Jetzt schreiben Sie heute selbst davon, daß letztes Jahr 88 Anträge auf das Ausführen von Rüstungsgütern abgelehnt wurden, was einem Wert von 39,43 Millionen Euro entsprochen habe. Gleichzeitig hat man letztes Jahr Rüstungsgüter im Wert von 4,8 Milliarden Euro ausgeführt. ... Da steht: Es

gab 11.100 positive Genehmigungen. ... 0,8 Prozent der Anträge auf Rüstungsexporte werden also von der Bundesregierung abgelehnt.

Jetzt sagen Sie ja immer wieder, daß Sie eine restriktive Rüstungspolitik machen. ... Herr Seibert sagte hier noch am Montag: 'Wenn man jeden Antrag genehmigte, könnte man kaum von einer restriktiven Politik sprechen.' Das haben wir doch! Sie genehmigen 99,2 Prozent aller Rüstungsexporte. ... Wenn Sie 99,2 Prozent aller Sachen akzeptieren: Das ist doch nicht restriktiv! (ebd., ab 44:17").

Auch aus dieser brisanten Phase einer Bundespressekonferenz ließ die ARD-aktuell kein Wort an die Öffentlichkeit gelangen. Ausführlich berichtete sie hingegen aus der Veranstaltung, daß dort über die geplanten Änderungen der Grundsteuer keine Informationen gegeben worden seien. Eine Nullnummer.

Derartige Nachrichten-Gewichtung belegt journalistische Ignoranz und Inkompetenz. Sie ist Betrug am Informationsanspruch der Öffentlichkeit. Der Betrugsvorwurf ist angebracht, schließlich zahlt diese Öffentlichkeit die Rundfunkgebühr nicht in der Absicht, sich mit Informationsluschen abfertigen zu lassen.

Das Internet-Angebot des ARD-Faktenfinder schauen sich kaum 20.000 Besucher auf tageschau.de an, während die Zahl der an Jung & Naiv-Interessierten locker die 70.000-Marke überschreitet. Dr. Gniffke, seine Mitverantwortlichen in der Redaktion, seine Vorgesetzten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und dessen aufsichtführende Rundfunkräte, allesamt Siegelbewahrer des deutschen Qualitätsjournalismus, finden die Zweitrangigkeit des "Faktenfinder" offenbar nicht mal peinlich.

So verdienstvoll Jung & Naiv sich oft in der BPK schlägt, so fragwürdig ist manchmal die Rolle, die der Herausgeber Tilo Jung an anderer Stelle spielt: Er schämt sich nicht, einem kritischen Kollegen in den Rücken zu fallen.

Florian Warweg vom russischen Fernsehsender RT Deutsch sprach die Vertreter der Bundesregierung in der BPK am 6. November 2018 auf die Roßtäuscherei mit den sogenannten "Weißhelmen" an, vorgeblich eine syrische Zivilschutzorganisation, erwiesenermaßen jedoch Handlanger von Terroristenbanden, vom Westen unterstützte Kriegspropagandisten, die sich ausschließlich in den von Söldnern und Dschihadisten besetzten Gebieten in Szene setzen. Die Regierungssprecher - Christopher Burger, Außenministerium, Sören Schmidt, Innenministerium - verstrickten sich bei der Beantwortung prompt in Widersprüche.

Ohne erkennbaren Grund sprang ihnen schließlich Tilo Jung zur Seite und betätigte sich als Stichwortgeber. Ganz und gar nicht "jung und naiv", sondern reichlich hinterlistig fragte er den Außenamtssprecher:

Herr Burger, wie bewertet die Bundesregierung die russischen Propagandamaßnahmen gegenüber den Weißhelmen?

Burger, hocherfreut über die unerwartete Steilvorlage, präsentierte sofort die bekannte Propaganda-Schablone: Rußland sei bemüht, die "Weißhelme" trotz deren "unbestreitbarer humanitärer Verdienste" zu diskreditieren.

Die Kolleginnen und Kollegen der deutschsprachigen russischen Medien haben wegen der gehässig und dummdreist hochgetriebenen Russophobie hierzulande ohnehin keinen leichten Stand. Daß ihnen auch ein vermeintlich kritischer Journalist wie Tilo Jung so elementar die kollegiale Solidarität verweigert, ihnen sogar in den Rücken fällt, sagt eine Menge über ihn selbst und über seinen Charakter aus. Er war bereit zur Liebedienerei, und zwar unter Verletzung seiner beruflichen Pflicht, unabhängig vom Fragesteller alle aufschlußreichen Informationen aufzunehmen. Der Fall zeigt die (selbstverschuldete) Begrenztheit journalistischer Arbeitsweise in Deutschland.

Auch ein bekannter Medienkritiker wie Stefan Niggemeier gibt sich solche Blößen. In einem an sich lesenswerten Beitrag über die BPK setzt er sich zwar angemessen mit dem unprofes-

sionellen Gebaren eines WELT-Journalisten auseinander und kritisiert die antirussische Attitüde des Mannes. Zugleich aber verkniff er es sich nicht, ebenfalls über die Kollegen der deutsch-russischen Medien herzuziehen:

Daß auch mich die meisten Wortmeldungen von Sputnik und RT Deutsch nerven, tut nichts zur Sache. Daß sie Fragen stellen, die mich nicht interessieren oder meinem Verständnis der Lage nicht oder oft überhaupt nicht entsprechen: geschenkt. Daß sich viele ihrer Fragen wie Kommentare aus der YouTube-Kommentarspalte anhören, sagt eher was über ihr journalistisches Niveau aus als über ihre Gefährlichkeit ..."

Daß auch seine Erhabenheit, der "Papst der Medienkritik" Niggemeier, seinem Affen Zucker gibt, Pfauenräder schlägt und sich selbst voller Selbstgefälligkeit für überlegen hält: ebenfalls geschenkt.

Wesentlicher ist anderes: Wir steuerzahlende Bundesbürger alimentieren beamtete Regierungspropagandisten und Faktenverdreher wie Seibert, Burger oder Schmidt dafür, daß sie uns faulen Zauber servieren, mit Jahresgehältern bis zu 180.000 Euro und dem Anspruch auf eine Rente von mehr als 120.000 Euro. An die 80.000 Euro jährlich streichen qualitätsjournalistische Pappnasen ein, die den Schmarren aus solchen Hohlräumen wie der BPK durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkkanäle zu uns durchschieben; ihre Gehälter werden aus unseren Rundfunkbeiträgen erbracht. Wir löhnen also indirekt gleich zweimal dafür, daß wir nach Strich und Faden angeschmiert werden.

Wenn es schon sein muß, hochverehrtes Publikum: Wo ist unsere Republik tatsächlich angekommen? Könnten wir uns nicht ohne diese Leute auch selbst verarschen, notabene kostenlos?

Das Autoren-Team: Friedhelm Klinkhammer, Jahrgang 1944, Jurist. 1975 bis 2008 Mitarbeiter des NDR, zeitweise Vorsitzender des NDR-Gesamtpersonalrats und des ver.di-Betriebsverbandes sowie Referent einer Funkhausdirektorin.

Volker Bräutigam, Jahrgang 1941, Redakteur. 1975 bis 1996 im NDR, zunächst in der Tagesschau, von 1985 an in der Kulturredaktion für N3. Danach Lehr- und Forschungsauftrag an der Fu-Jen-Uni in Taipeh.

Dieser Beitrag erschien am 25.06.2019 bei RT-Deutsch.<<

06.07.2019

BRD: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 6. Juli 2019 (x1.063): >>Kein Frieden ohne Gerechtigkeit

100 Jahre nach dem Versailler Vertrag ist Europa tiefer denn je in die Logik des Krieges verstrickt.

von *Karl-Jürgen Müller*

100 Jahre nach Versailles ist die Bilanz ernüchternd. Viele Verantwortliche, allen voran Politiker des Westens, waren und sind auf permanenten Krieg eingestellt, in dem sogenannte Friedensschlüsse nur Etappen auf dem Weg sind, Kriegsziele zu erreichen. Wirklichen Frieden, auch in Europa, gibt es nicht ohne Wahrheit und Gerechtigkeit. Davon waren und sind wir noch immer weit entfernt.

Am Abend des 20. Juni 2019 stand die Welt, folgt man unseren Medien, nur wenige Minuten vor einem Krieg zwischen den USA und Iran und einem Flächenbrand im gesamten Nahen Osten. Was den US-Präsidenten dann doch noch bewogen hat, den Angriff auf Iran abzusa-gen, ist eine wichtige Frage. Der US-Präsident hat getwittert, der Tod von 150 Menschen beim geplanten Angriff - so hatten ihn, heißt es, seine Militärs informiert - wäre für ihn in Anbetracht einer vom Iran abgeschossenen unbemannten Drohne "keine verhältnismäßige" Antwort gewesen. ... Auf Menschenleben Rücksicht zu nehmen, das klingt nach einem ehrenwerten Motiv.

Die USA und Iran ...

Interessant, was demgegenüber der ehemalige deutsche Staatssekretär Willy Wimmer in einem Interview vom 21. Juni geäußert hat:

"Der nächste Krieg (der USA), auch wenn er die Wahlkampfspender zufrieden stellen sollte, könnte der letzte Krieg für das sein, was wir unter USA verstehen. In der Anti-Iran-Koalition ... können unter einem Präsidenten Trump die Interessen dieser Staaten gegenüber dem Iran nur bedient werden, wenn sich die USA selbst zur Disposition stellen.

Wir haben das schon in Nordkorea und in Venezuela gesehen. Die USA werden ausgetestet, und ich sehe bei tatsächlichen und möglichen Rivalen der USA niemanden, der den Iran zu opfern bereit sein könnte." Und wie viele Menschenleben die von den USA ausgehende und nun weiter beschleunigte Sanktionsspirale gegen Iran schon gekostet hat und weiterhin kosten wird, ist schon gar kein Thema.

Karin Leukefeld hat in einem Interview vom 15. Juni 2019 mit Idriss Jazairy, dem Sonderberichterstatter des UN-Menschenrechtsrates zu den Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen auf die Menschenrechte der Bevölkerung des betroffenen Landes, mit Blick auf Syrien erneut auf dieses weitgehend totgeschwiegene Unrecht aufmerksam gemacht.

Dieses Beispiel aus der aktuellen Weltpolitik ist nur ein Beispiel für die These, daß wir den öffentlichen Aussagen unserer Politiker und Medien in international angespannter Zeit kaum noch trauen können und die tatsächlichen Ziele und Zusammenhänge der Politik oftmals verdeckt bleiben. Diesbezüglich hat sich in den 100 Jahren seit Versailles kaum etwas verändert. Welche Folgen hat dies?

... und der Versailler Vertrag

Am 28. Juni 2019 jährt sich zum hundertsten Mal die deutsche Unterzeichnung des Vertrages von Versailles. Über diesen Vertrag gibt es eine Unmenge an Literatur. Hier sei nur kurz Wikipedia zitiert:

"Die deutsche Delegation durfte an den Verhandlungen (über den Vertrag) nicht teilnehmen, sondern konnte erst am Schluß durch schriftliche Eingaben wenige Nachbesserungen des Vertragsinhalts erwirken. Der Vertrag konstatierte die alleinige Verantwortung Deutschlands und seiner Verbündeten für den Ausbruch des Weltkriegs und verpflichtete es zu Gebietsabtretungen, Abrüstung und Reparationszahlungen an die Siegermächte.

Nach ultimativer Aufforderung unterzeichnete Deutschland am 28. Juni 1919 den Vertrag unter Protest im Spiegelsaal von Versailles. Nach der Ratifizierung und dem Austausch der Urkunden trat er am 10. Januar 1920 in Kraft. Wegen seiner hart erscheinenden Bedingungen und der Art seines Zustandekommens wurde der Vertrag von der Mehrheit der Deutschen als illegitimes und demütigendes Diktat empfunden."

Heute gehen viele Sachverständige davon aus, daß der Versailler Vertrag eine enorme Schwächung für die demokratischen Kräfte der noch jungen deutschen Weimarer Republik bedeutete und die Feindschaften zwischen den im Ersten Weltkrieg gegeneinander stehenden Staaten nicht beendete - im Gegenteil. Und auch, daß Hitlers Propaganda und die erneute Kriegsvorbereitung gerade wegen des Versailler Vertrages von zu vielen Deutschen unwidersprochen blieben.

Propaganda und Interessen

Die Propaganda der Siegermächte des Ersten Weltkrieges sah nach 1918 allerdings ganz anders aus. Schon während des Krieges hieß es, zuerst aus Großbritannien, dann auch aus den USA, der Krieg der Alliierten gegen Deutschland sei "the war to end wars" beziehungsweise "the war to end all wars", schließlich der Krieg, "to make the world save for democracy". Wäre der "deutsche Militarismus" ein für allemal besiegt, dann stünde Frieden und Demokratie in der Welt nichts mehr im Wege.

Heute wissen wir, daß es auch die Interessen US-amerikanischer Großbanken an der Rückzah-

lung ihrer enormen Kriegskredite gab, die sie Frankreich, Großbritannien und Rußland gewährt hatten - was bei einer Niederlage dieser Mächte sehr unwahrscheinlich geworden wäre. Auch ein britisches Interesse daran, den lästigen, vor 1914 stark aufstrebenden Konkurrenten auf dem Festland entscheidend zu schwächen. Auch ein französisches Interesse, den "Erzfeind" jenseits des Rheins auf Dauer unten zu halten. Die Liste ließe sich verlängern.

Wessen Interessen?

Aber wessen "Interessen" waren dies, wenn der Preis dafür - zuerst im Ersten und dann im Zweiten Weltkrieg - ein millionenfacher Blutzoll und zerstörte Länder waren. Die Interessen der Völker waren es nicht. Und so war auch der Versailler Vertrag kein Friedensvertrag, sondern eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

Eine Lehre nach Versailles und dessen Folgen hätte nach 1945 sein können: Kein Frieden ohne Gerechtigkeit. Das hat die Welt bis heute nicht geschafft - Teile der Charta der Vereinten Nationen waren ein redlicher und ernsthafter Versuch; aber auch hier bedeutete das Konstrukt des Weltsicherheitsrates und der Siegermächte als Vetomächte einen fundamentalen Bruch der Rechtsgleichheit.

Zur Gerechtigkeit gehört die Wahrheit, soweit man sie kennt und zu akzeptieren bereit ist. Wahrheit nach einem Krieg darf nicht mit Siegerpose und Verachtung für den Unterlegenen einhergehen - sie paßt nur dann zur Gerechtigkeit, wenn sie jedem tatsächlich (objektiv) gerecht wird.

Es darf kein oben und unten geben. Es allen (subjektiv) "recht zu machen" ist nicht das Ziel. Rachegefühle wegen erlittenen Unrechts passen nicht zur Gerechtigkeit, weder auf Seiten der Sieger, noch auf Seiten der Besiegten. Wahrheit ist auch keine wirkliche Wahrheit, wenn sie den Weg zur Versöhnung verbaut. Auch die muß jedem gerecht werden. ... Und einiges mehr kommt hinzu.

Das alles zu verwirklichen ist sehr anspruchsvoll und setzt den Willen und langen Atem aller Beteiligten voraus. Noch sind wir weit entfernt davon - und das Bemühen hat offensichtlich nachgelassen.

Bis heute werden die Völker belogen, wenn es um Krieg und Frieden geht. Der Vertrag von Versailles und dessen Folgen hätte die Menschheit lehren können, daß es so nicht geht. - Die Aufgaben der Menschheit sind groß.

Karl-Jürgen Müller ist Lehrer und unterrichtet die Fächer Deutsch, Geschichte und Gemeinschaftskunde an einer deutschen Berufsschule. Er lebt in der Schweiz und engagiert sich dort ehrenamtlich bei der genossenschaftlich organisierten Zeitung "Zeit-Fragen".<<

23.07.2019

Schweiz: Die Schweizer Tageszeitung "Neue Zürcher Zeitung ("NZZ Digital") berichtet am 23. Juli 2019: >>Yuval Noah Harari: "Vor einer vergleichbaren Herausforderung hat die Menschheit noch nie gestanden"

In 100 Jahren wird das Leben auf Erden ziemlich anders aussehen: Laut Yuval Noah Harari könnten biotechnologische Innovationen bald eine neue Spezies entstehen lassen oder den alten Homo sapiens einem neuen Totalitarismus unterwerfen. Sind diese düsteren Visionen mehr als Spekulationen?

Claudia Mäder

"Five more minutes!" - Yuval Noah Hararis Zeit ist knapp bemessen, gleich zwei Assistenten wachen beim Interview über die Einhaltung des eng getakteten Fahrplans. Der israelische Historiker, der 2002 in Oxford promovierte und heute noch in Jerusalem unterrichtet, ist als gefragter Redner auf der ganzen Welt unterwegs. Jüngst machte er an der Ecole polytechnique fédérale de Lausanne (EPFL) halt. Dort haben wir ihn zum Interview getroffen.

NZZ: Herr Harari, wie man hört, soll aus Ihrem Weltbestseller ein Hollywoodfilm werden. Wenn Sie selber Regie führten, welches Genre würden Sie für Ihre "Kurze Geschichte der

Menschheit" wählen - Drama, Komödie, Katastrophenfilm?

Harari: Wir arbeiten tatsächlich an diesem Projekt, und es ist ziemlich schwierig. Die ganze Menschheitsgeschichte in einem Film darzustellen, ohne bei einer Doku zu enden: Das ist eine knifflige Aufgabe. Zurzeit studieren wir an verschiedenen Formen herum. Den Katastrophenfilm und die Komödie kann ich aber definitiv ausschließen! Im Moment sieht es am ehesten nach einem Drama aus, das aber mit Science-Fiction-Elementen angereichert wird, wobei wir nicht ins Phantastische driften werden. Schließlich erzählen wir eine wirkliche Geschichte.

NZZ: In dieser Geschichte ist der Mensch der Hauptdarsteller. Was ist das hier und heute für Sie: "der Mensch"?

Harari: Ich glaube, daß man im Jahr 2019 vor allem eines über uns wissen muß: Der Mensch ist heute ein "hackable animal" - ein Tier, das gehackt werden kann. Bisher gab es großen Aufruhr und viele Diskussionen um gehackte Computer, Bankkonten, Online-Profile, Smartphones oder staatliche Systeme. Doch noch haben wir nicht richtig begriffen, daß einige Firmen und Staaten parallel dazu auch die Technologien entwickeln und erlangen, um uns Menschen zu hacken.

NZZ: Was soll das konkret bedeuten?

Harari: Einen Menschen zu hacken, heißt: ihn besser zu verstehen und zu durchschauen, als er selber das vermag. Früher oder später werden verschiedene Instanzen, seien es nun Unternehmen oder Staaten, die Gefühle, Wünsche, Ängste und Gedanken der Menschen mit Hilfe von Algorithmen ermitteln können. Die Folgen liegen auf der Hand: Wer die inneren Regungen der Menschen kennt, kann ihre Handlungen antizipieren. Und ihre Begehren natürlich auch manipulieren. Letztlich werden diese Instanzen also immer mehr Entscheidungen an unserer Stelle treffen, weil sie unsere inneren Abläufe absolut perfekt erfassen.

NZZ: Der Mensch kann wohl nur dann derart umfassend gehackt werden, wenn er selber eine Art Computer ist. Glauben Sie, daß wir, mitsamt unseren Gefühlen und Gedanken, nichts als eine Ansammlung von Algorithmen sind?

Harari: Was ich selber glaube, ist nicht von Bedeutung. Ich stütze mich auf die Wissenschaft und gebe das zurzeit dominante Paradigma wieder. Und das lautet in den Life-Sciences ganz klar so: Nicht nur der Mensch, sondern alle Organismen sind im Prinzip Algorithmen, die Informationen verarbeiten. Da kommt also Information rein, das Gehirn - unser eingebauter Algorithmus - verarbeitet sie weiter, und daraus resultieren dann Bewegungen und Entscheidungen, aber eben auch Emotionen, Empfindungen und Persönlichkeitsmerkmale.

NZZ: Wir befänden uns demnach in einem Wettbewerb der Datenverarbeitungssysteme, und der Mensch mit seinem schwachen Algorithmus stünde mittelfristig auf verlorenem Posten?

Harari: Nun, über lange Zeit hinweg verfügte der Mensch über das stärkste System. Zunehmend aber wird es tatsächlich übertroffen von anderen Algorithmen.

NZZ: Diese mechanische Sicht des Menschen gibt es seit langem, schon im 18. Jahrhundert versetzte das Konzept des "homme machine" die Zeitgenossen in Aufregung. Was ist am jetzigen Maschinen-Paradigma neu?

Harari: Die Idee der hochentwickelten Maschine hat als solche tatsächlich nichts Originelles. Wenn Menschen früher mit Maschinen verglichen wurden, dann waren es Uhren oder Dampfmaschinen; sie bildeten die Modelle, nach denen unterschiedliche Bewegungen funktionieren sollten. Mit dem Paradigma des Computers wird nun aber jeder erdenkliche Lebensbereich erfaßt. Alles, bis hin zum sexuellen Begehren, ist nichts als verarbeitete Information: Das Auge oder die Nase nimmt etwas wahr, das Hirn erkennt die Muster der eingespeisten Daten und gibt daraufhin seine Befehle aus. Ob wir uns zu jemandem hingezogen fühlen oder nicht, ist also eine reine Frage der Mustererkennung.

NZZ: In dieser stark auf neuronale Prozesse fokussierten Perspektive bleibt vieles ausge-

klammert: Was ist Bewußtsein und Geist? Wie beeinflußt der lebende Körper den menschlichen "Computer"? Meines Wissens sind diese Fragen bis heute nicht beantwortet. Könnte die vermeintlich so wissenschaftliche Algorithmentheorie nicht eine jener Fiktionen sein, mit denen sich der Mensch so gerne die Welt erklärt?

Harari: Doch, das ist durchaus möglich! Ich bin selber skeptisch gegenüber Teilen dieser Thesen, und zwar eben weil bis anhin gute Theorien zum Bewußtsein und zur Erklärung von subjektiver Erfahrung fehlen.

NZZ: In Ihren Büchern ist von dieser Skepsis aber nichts zu spüren.

Harari: Insbesondere mein letztes Buch war dezidiert politisch gedacht. Es gibt offene philosophische Debatten, ja, aber ganz egal, wie wir uns zu ihnen stellen, eins müssen wir sehen: Die Technologien, die in uns eingreifen können, sind da. Als wir uns noch nach Ähnlichkeiten mit Uhrwerken befragten, gab es keine Möglichkeiten, die menschliche Maschine umzupolen. Das ist jetzt zum allerersten Mal der Fall, und um dieses Problem müssen wir uns dringender kümmern als um die gewiß interessanten philosophischen Fragen.

Wir haben keine Zeit zu verschwenden. Daher täten wir meiner Meinung nach gut daran, die Philosophie eine Weile lang beiseite zu lassen und den Fokus auf das zu richten, was hier und heute geschieht und täglich extremer wird. Ob wir nun ganz genau wissen, wie und wieso das funktioniert, scheint mir in dieser Situation wirklich zweitrangig.

NZZ: Was, zum Beispiel, geschieht denn heute an manipulativen Eingriffen ins Innerste des Menschen?

Harari: Ganz konkret kann ich es Ihnen anhand meiner eigenen Biographie erläutern. Als ich fünfzehn war, habe ich selber nicht realisiert, daß ich schwul bin. Zwar fühlte ich mich von Jungen angezogen, aber es gab eine Blockade in meinem Kopf, ich hatte kein Bewußtsein für meine "andere" sexuelle Orientierung. Heute können Firmen mit geeigneten Technologien die Präferenzen der Menschen ohne weiteres ermitteln - man braucht dafür nur ihre Augenbewegungen aufzuzeichnen. Noch ehe ich selber es begriffen hatte, hätte also irgendein Konzern bemerken können, daß ich am Strand nur Jungs beobachte.

NZZ: Das Resultat wäre wohl eine weitere Personalisierung der Werbung: Die fragliche Firma hätte vermutlich versucht, Ihnen ihre Produkte mit schönen Männerbildern schmackhaft zu machen.

Harari: Ja, aber das ist nur die eine Seite. Natürlich ist es schlimm genug, daß ich auf diese Weise manipuliert und zu vermutlich sinnlosen Käufen animiert werden kann. Jetzt stellen Sie sich aber einmal vor, was passiert, wenn Staaten diese Technologien einsetzen und Ihre sexuelle Orientierung registrieren. Bekanntlich gibt es nicht wenige Länder, die Homosexualität mit dem Tod bestrafen . . . Ich denke, das macht es deutlich: Es ist höchste Zeit, daß wir diese Probleme ernst nehmen und überlegen, wie wir mit ihnen umgehen, wie wir die Zukunft gestalten wollen.

NZZ: Einverstanden. Aber wie soll das gehen? Wer alles menschliche Denken und Handeln auf biochemische Prozesse reduziert, bestreitet in aller Regel auch die Existenz des freien menschlichen Willens. Auch Sie tun das in Ihren Schriften dezidiert. Wie kann der Mensch die Zukunft in die "richtige" Richtung lenken, wenn er nicht frei ist, selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen?

Harari: Wenn ich sage, daß wir keinen freien Willen haben, heißt das nicht, daß wir keine Handlungsmacht besitzen und keine Entscheidungen treffen können. Wir müssen das klar vom freien Willen trennen, und eigentlich würde ich sogar sagen: Je weniger wir an der naiven Vorstellung des freien Willens festhalten, desto mehr Handlungsfähigkeit können wir erlangen.

NZZ: Das müssen Sie mir erklären.

Harari: Es ist doch so: Am einfachsten zu manipulieren sind ausgerechnet jene Leute, die al-

les, was ihnen dauernd durch den Kopf geht, als Ausdruck ihres eigenen Willens oder als Produkt ihres autonomen Geistes sehen. Solche Personen haben keinerlei über sie hinausreichende Neugier und werden sich nie fragen: Moment einmal, wieso genau habe ich nun diese Cornflakes eingekauft oder jene Partei gewählt? Jede Wahl ist diesem naiven Paradigma gemäß einfach ein Reflex des mysteriösen freien Willens. Dagegen bringt es einen sehr viel weiter, wenn man kritisch danach fragt, wie Vorstellungen, Ideen und Wünsche eigentlich entstehen und geformt werden. Denn erst wenn ich begreife, wie stark mein Denken von allen möglichen biologischen, kulturellen und sozialen Faktoren geprägt wird, kann ich mir so etwas wie Freiheit überhaupt erkämpfen.

NZZ: Das würde bedeuten: Man muß sich der äußeren Einflüsse bewußt werden, um sich von ihnen frei zu machen - und letztlich wohlüberlegt auf die Welt einzuwirken?

Harari: Ja, genau. Das Konzept des freien Willens erweckt den Eindruck, daß Freiheit etwas ist, das man einfach so hat. Aber nein: In unserem normalen Zustand sind wir Menschen dauernd in der Zange etlicher Zwänge, unser Denken speist sich aus anderen Quellen als aus unserer "Seele". Was wir zum Beispiel über die Migration denken, hängt davon ab, in welchem Milieu wir leben und welche Medien wir konsumieren. Um frei zu handeln, ist es unerlässlich, all diesen Mechanismen nachzuforschen. Und wer sich fraglos mit jedem seiner Gedanken identifiziert, tut genau das Gegenteil.

NZZ: Was formt in Ihren Augen die Geschichte des Menschen, was treibt sie voran?

Harari: Es ist eine Kombination von vielen Faktoren. Von materialistischen Sichtweisen, die alles auf die Geographie oder die Ökonomie zurückführen, halte ich nichts. Ich glaube dagegen, daß Erzählungen, Fiktionen, Mythologien einen enormen Einfluß auf den Verlauf der Geschichte haben. Denken Sie doch einmal: Sind Nationen nicht die größten Kräfte in der gegenwärtigen Welt?

NZZ: Doch, das kann man gewiß so sehen.

Harari: Eben, und Nationen sind nichts anderes als Geschichten! Wir reden von Russen, Franzosen oder Deutschen, als ob das natürliche Spezies wären, doch das ist völlig falsch. Anders als etwa Schimpansen und Gorillas, die sich biologisch unterscheiden, sind die unterschiedlichen Nationen reine Erfindungen, sie haben absolut keine objektiven Realitäten.

NZZ: Aber sehr reale, nicht selten blutige Auswirkungen - die Konflikte zwischen Franzosen und Deutschen haben Hunderttausende Tote gefordert.

Harari: Natürlich, das belegt ja gerade die Macht der Fiktionen. Diese Nationen, die wir heute als völlig normal erachten, haben vor 5000 Jahren in keiner Weise existiert - und 5000 Jahre sind in der Menschheitsgeschichte eine wahrlich kurze Zeit. Doch der Mensch lebt eben davon und prägt seine Geschichte dadurch, daß er solche Storys erfindet - und dann im Kollektiv an sie glaubt.

Mit dem Geld oder den Rechtssystemen ist es ja nicht anders. Daneben halte ich aber auch Zufälle für enorm wichtig. Daß zum Beispiel das Christentum oder der Islam eine Weltreligion wurde, war mitnichten determiniert. Wäre Mohammed in einer seiner arabischen Schlachten umgekommen, wäre alles ganz anders verlaufen.

NZZ: Wenn Storys so zentral sind, dann ist es entscheidend, was für Geschichten wir uns erzählen . . .

Harari: Natürlich, eben darum investieren wir jetzt ja zum Beispiel in den Film, und übrigens auch in ein Kinderbuch.

NZZ: ... die Frage ist nur: Welche Erzählung braucht die Welt heute?

Harari: Die Menschheit muß zurzeit den Blick schärfen für drei existentielle Herausforderungen: den Atomkrieg, die ökologische Krise und die technologische Disruption (Erschütterung).

NZZ: Seit ein paar Monaten ist Punkt zwei, die Ökokrise, das dominante Thema. Sie selber

fokussieren seit je auf die technologische Herausforderung; den Klimawandel handelten Sie in Ihren bisherigen Büchern nur ganz am Rand bzw. in Unterkapiteln ab. Haben Sie sich überschätzt?

Harari: Es gibt einen guten Grund, warum ich mich auf die dritte Herausforderung konzentriere: Sie ist die komplizierteste. Die Gefahren, die von ihr ausgehen, sind nicht größer, aber vermutlich schwieriger zu erkennen. Natürlich gibt es beim Klimawandel noch die paar Leute, die meinen, das sei alles Fake. Doch keiner steht hin und sagt: Ja, es gibt den Klimawandel, und das ist eine wunderbare Sache, laßt uns die Erderwärmung fördern! Im technologischen Bereich ist die Situation sehr viel diffuser. Es ist ganz und gar nicht klar, ob wir hier etwas stoppen sollen und was wir von den neuen Technologien eigentlich wollen.

NZZ: Viele von ihnen integrieren wir dankbar und freiwillig in unseren Alltag.

Harari: Absolut, und die Forschung, gerade im Hirnbereich, hat ja auch ein großartiges Potential. Just gestern hat man mir auf einem Panel ein wunderbares Projekt vorgeführt, das Gelähmten ermöglichen soll, die Beine wieder zu bewegen. Vereinfacht gesagt, liest da ein Computer die Nachricht im Hirn "Beweg das Bein" und schickt die Information an den richtigen Ort im Körper.

Das ist einerseits phantastisch, bedeutet aber andererseits eben auch, daß ein Computer lesen kann, was in einem Hirn vor sich geht. Ein Bewegungsbefehl ist unproblematisch, klar, aber was ist mit unseren Emotionen oder Ideen? Und nicht nur diese Verbindungen zwischen Computern und Gehirnen haben wir heute, mit Bio- und Gentechnik wird es auch möglich, die menschlichen Körper zu verändern. Wie wollen wir mit alledem umgehen? Vor einer vergleichbaren Herausforderung hat die Menschheit noch nie gestanden.

NZZ: Das ist eine überraschende Aussage für einen Historiker. Mir scheint, daß auch frühere Gesellschaften immense Herausforderungen kannten. Überschätzen Sie nicht die Bedeutung unserer Gegenwart?

Harari: Nein. Alle früheren Revolutionen haben bloß die äußere Welt verändert. Egal, wie stark die Seßhaftigkeit oder das Christentum unsere Kulturen umgekrempelt hat, egal, wie die Reformation die Wissenschaften und die Industrialisierung das Arbeiten verändert haben: Wir sind immer die gleichen Tiere geblieben, die wir schon vor 30.000 Jahren waren.

NZZ: Der Mensch hat sich doch stets verändert, immer hat er sich "optimiert", sich Krücken gebastelt, Prothesen eingesetzt oder die Augen scharfsichtig gelasert.

Harari: Das sind noch immer äußere Adaptationen, nie zuvor gab es die Möglichkeit, die Strukturen von Körper und Geist auf wirklich profunde Weise zu verändern. Doch wenn künstliche Intelligenz und Biotechnologien unsere Gehirne modifizieren, werden aus diesen "Upgrades" komplett andere Menschen resultieren. In 100 oder 200 Jahren wird die Erde von Wesen dominiert sein, die etwa so viel mit uns heutigen Menschen gemein haben wie wir selber mit Neandertalern oder Schimpansen.

NZZ: Wäre es schlimm, wenn der Mensch verschwände?

Harari: Das kommt darauf an, wodurch er genau ersetzt wird. Wie die neuen Wesen beschaffen sein werden, ist ja vollkommen ungewiß. Man sollte sich das Ganze auch nicht als Hollywood-Katastrophe vorstellen, die den jetzigen Menschen vernichtet, sondern als graduellen Prozeß. Ganz allmählich werden sich gewisse Menschen technologisch "optimieren", und dieses Szenario birgt vor allem die Gefahr einer Spaltung: Wenn jene Klassen, die es sich leisten können, langsam zu Supermensch werden, bleibt der alte Homo sapiens abgehängt zurück. Diese extreme Ungleichheit könnte zu einer ganz neuen Art von Regime führen und das alte faschistische Ideal des "neuen Menschen" plastisch durchsetzen.

NZZ: Ich erkenne in diesen Horrorszenarien noch eine ganz andere Gefahr: Sie lenken uns von den sehr realen Problemen ab, die sich hier und jetzt in einigen liberalen Ordnungen zeigen. Mich ängstigt weniger der Aufstieg von Supermensch als jener von autoritären Füh-

ren, zum Beispiel in Osteuropa.

Harari: Aber diese Dinge hängen doch zusammen! Gerade die illiberalen Regierungen stützen sich ja immer mehr auf die fraglichen Technologien, auf künstliche Intelligenz und Big Data. In Ungarn zum Beispiel geschieht das selbstverständlich, und in China entsteht mit einem technologiebasierten gesellschaftlichen Ranking-System geradezu der Prototyp eines neuen totalitären Regimes.

NZZ: Wenn wir einmal von den hypothetischen "neuen Menschen" absehen: Wie sind die Totalitarismen des 20. Jahrhunderts an Schrecken zu überbieten?

Harari: Nun, "total" wird in unserem Jahrhundert wirklich "total" bedeuten. Nicht nur wird Überwachung rund um die Uhr möglich sein, sie wird sich eben auch aufs Fühlen und Denken erstrecken. Die Propagandaslogans eines Regimes nachzubeten, wird künftig nicht mehr reichen. Gut möglich zum Beispiel, daß in Nordkorea in 10 oder 20 Jahren jedermann ein Armband mit Sensoren tragen muß. Fühlt ein Mensch dann innerlich Ärger aufsteigen, während er bei einer Parade dem Machthaber applaudiert - dann wird er umgehend große Probleme bekommen. Eine derart extreme Form von Totalitarismus hat sich nicht einmal George Orwell in "1984" ausmalen können. Aber jetzt ist sie in Reichweite.

NZZ: Sie reden regelmäßig mit wichtigen Politikern, treffen Merkel, Macron und andere zum Gespräch. Welche Ratschläge geben Sie ihnen?

Harari: Ich habe keine Ratschläge oder Empfehlungen abzugeben. Es geht eher darum, die Diskussion zu öffnen, ein Bewußtsein für die Probleme zu schaffen. Die Politiker stecken oft in ihrem Kurzfristdenken fest, selten schauen sie weiter als bis zu den nächsten Wahlen. Ich versuche, ihren Blick auf Dinge zu lenken, die in der Zukunft liegen - die wir aber heute mit Entscheidungen beeinflussen können und müssen.

NZZ: Ist es eine Aufgabe oder gar Pflicht des Intellektuellen, Politik und Gesellschaft aufzurütteln?

Harari: Ja, ich glaube, das ist die Hauptaufgabe von Historikern, Philosophen oder Soziologen. Ein Arzt ist dazu da, Leute zu heilen. Ein Computerexperte hat die Aufgabe, Algorithmen zu entwickeln. Idealerweise sind ihm auch die Gefahren seines Tuns bewußt, und es wäre gut, wenn er die Öffentlichkeit darüber auch in Kenntnis setzte. Primär ist er aber nun einmal mit dem Entwickeln seiner Technologien befaßt. Die Geisteswissenschaftler aber verfehlen ihre wichtigste Rolle, wenn sie nur interne Debatten in ihren Fachgebieten führen. Sie sollen raus, die Leute informieren und Diskussionen führen.

NZZ: Sie waren ursprünglich Mediävist. Jetzt reden und schreiben Sie über alles Erdenkliche, von der Technologie über das Glück bis zum Terrorismus, und die ganze Welt hängt an Ihren Lippen. Wie fühlt sich das an?

Harari: Sehr gut fühlt sich das an, vor allem die Interaktion mit der Öffentlichkeit. Ich bin froh, daß ich nicht mehr in meiner akademischen Blase sitze und nur mit mir selber rede. Doch meine Mittelalterkenntnisse sind eine sehr gute Basis für das, was ich jetzt tue. Ich habe gelernt, in der langen Dauer zu denken, und weiss, daß die Welt, wie wir sie seit fünfzig Jahren kennen, keinen "natürlichen" Zustand darstellt. Weder wird es so weitergehen wie bisher, noch war irgend etwas immer schon so. Menschen können sich ganz unterschiedlich organisieren, und es ist ein ziemlicher Zufall, daß wir hier und heute auf diese scheinbar so normale Weise auf der Welt leben.

Yuval Noah Harari - In seinem ersten populären Buch, "Eine kurze Geschichte der Menschheit" (dt. 2013), hat der Historiker einen Überblick über den Werdegang unserer Spezies gegeben, seine zwei folgenden Werke, "Homo Deus" (2017) und "21 Lektionen für das 21. Jahrhundert" (2018), hat der 43-Jährige ganz auf Gegenwart und Zukunft ausgerichtet.

Harari beobachtet aufmerksam, wie sich Informations- und Biotechnologie entwickeln, und meint, daß die beiden verschmelzenden Forschungszweige das körperliche und geistige Da-

sein des Menschen auf drastische Weise revolutionieren werden, ja den Menschen als solchen auslöschen könnten. Hararis Bücher sind allesamt Bestseller geworden, bis Ende 2018 haben sie sich, übersetzt in 50 Sprachen, 19 Millionen Mal verkauft.

Der israelische Historiker Yuval Noah Harari ist der Autor des Bestsellers "Sapiens: A Brief History of Humankind". Er unterrichtet am Lehrstuhl für Geschichte der Hebrew University of Jerusalem.<<

31.07.2019

BRD: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 31. Juli 2019 folgender Bericht über die deutsche "Scheindemokratie" (x1.014/...):

>>**STANDPUNKTE - Die "Einsäulengewaltenteilung" oder warum Deutschland keine Demokratie, sondern eine Parteienoligarchie ist**

Ein Standpunkt von *Jochen Mitschka*

Seit der Aufklärung wissen wir, daß ein moderner Staat mindestens von drei Säulen der Macht kontrolliert werden muß, von denen jede Säule unabhängig von den anderen ist. Dadurch soll eine gegenseitige Kontrolle ermöglicht werden, damit nicht eine Macht die absolute Kontrolle des Staates in die Hände bekommt. Besonders in Deutschland, nach dem Durchmarsch der Nazis durch die Institutionen der Weimarer Republik, wurde auf Gewaltenteilung bei der Erstellung des Grundgesetzes besondere Rücksicht genommen.

Leider blieb davon aber lediglich die föderale Struktur und die Aufteilung Deutschlands in Bundesländer übrig. Tatsächlich gibt es in Deutschland weder drei, noch mit den Medien vier Säulen der Macht, sondern nur eine einzige. Und diese Säule ist der Parteienkonsens mit dem der Wille des Wählers für unwesentlich, und das "Primat der Politik" zum eigentlichen Souverän wurde. Schauen wir uns die theoretischen Säulen der Macht näher an.

Säule 1 - Die Exekutive.

Das ist also die Regierung. Die Regierung sollte von den Wählern gewählt werden, damit diese die Gesetze, welche von der Legislative, also dem Bundestag, beschlossen werden, in der Praxis durchsetzen. Man sagte, daß die Regierung natürlich nicht Teil der Legislative sein darf, damit sie nicht die Gesetze so formt, wie sie gerne hätte, und auch, damit das Parlament eine wirksame Kontrolle ausüben kann. Und die Regierung müsse direkt vom Volk gewählt werden, sagte man.

Diese "gewählte Regierung" durchzusetzen, dauerte noch etwas in der Geschichte. Denn die Monarchen sahen die Regierung und den Premierminister bzw. Kanzler zu Beginn hauptsächlich als nützlichen Blitzableiter. Die Regierungsmitglieder mußten vom Monarchen bestätigt werden. Reste erkennt man heute noch an der Ernennung durch den Bundespräsidenten. Wenn etwas schief lief in der Regierung, wurde mit Einführung der von einem Premierminister geführte Regierung nicht mehr der Monarch, sondern der Premierminister für schuldig erklärt, und gefeuert.

Das erlaubte den Monarchen zu überleben und bis heute eine Rolle in vielen Staaten zu spielen, auch wenn sie im Laufe der Jahrhunderte den größten Teil ihrer Macht eingebüßt haben. Inzwischen wird in vielen Ländern, die behaupten Demokratien zu sein, der Regierungschef direkt von den Wählern bestimmt. Allerdings in den meisten Fällen erst nach einem sorgfältigen Auswahlprozeß der Bewerber innerhalb der politischen Parteien. (Wer kennt nicht die Vorwahlspektakel in den USA.)

Leider wurde in der Bundesrepublik Deutschland diese Direktwahl der Regierungschefs nie eingeführt. Vielmehr traut man dem deutschen Volk einfach nicht zu, eine so wichtige Entscheidung treffen zu können. Und so verlagerte man die Entscheidung auf die politischen Parteien in die sogenannten Koalitionsgespräche nach einer Wahl.

Das heißt der Wähler hat keine Ahnung, was und wer nach der Wahl die Regierung stellen wird. Was nun in Deutschland unerheblich ist, weil sich die Parteien lediglich in Kleinigkei-

ten unterscheiden, ähnlich wie die verschiedenen Strömungen innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas oder Vietnams. Wobei ... in Vietnam gibt es immer mehr unabhängige Abgeordnete, die durch ein in der Verfassung vorgesehenes Verfahren auch ohne Parteimitgliedschaft gewählt werden dürfen.

Laut Wikipedia waren nach der Wahl von 2016 immerhin 21 Sitze an Parteilose vergeben worden. Und ich habe persönlich in Vietnam erlebt, wie sehr die Partei bemüht ist, den Erwartungen der Massen gerecht zu werden, um die unabhängigen Bewerber nicht überhand nehmen zu lassen. Wie viele Abgeordnete ohne Parteimitgliedschaft gibt es in Deutschland? Hier sind es fast immer solche Abgeordnete, die nach der Wahl, aus der die Wahl möglich machenden Partei ausgetreten waren. Damit wären wir bei der Säule Nr. 2, der Legislative.

Säule 2 - Die Legislative.

Die Legislative oder "gesetzgebende Versammlung" ist in Deutschland der Bundestag. Als solche Parlamente eingeführt wurden, um dem Bürgertum, den Ständen oder "dem Volk" mehr Mitbestimmung bei der Formung von Gesetzen zu geben, waren die Monarchen natürlich bemüht, die freie Wahl zu umgehen, indem sie die Kandidatur von ihrer Zustimmung abhängig machten.

Das gleiche galt natürlich für die Gesetze, die vom Parlament beschlossen wurden. Auch heute noch müssen vom Parlament beschlossene Gesetze vom Bundespräsidenten bestätigt werden. Nur daß heute der gesamte Prozeß durch den Parteienkonsens kontrolliert wird, und nicht von einer echten Gewaltenteilung. Denn sowohl die Abgeordneten, als auch die Regierung, die von den Abgeordneten eingesetzt wird, als auch der Bundespräsident, werden von den Parteien bestimmt.

Der Bundespräsident wird zwar offiziell von der Bundesversammlung gewählt, aber in der Praxis durch den Parteienkonsens in Hinterzimmergesprächen vereinbart. Und natürlich ist es ein Politiker. Ausnahmen haben sich als nicht dem Parteienkonsens dienlich erwiesen und dürften daher kaum noch zum Tragen kommen.

Da gibt es in Deutschland zunächst die Bundestags-Direktkandidaten für einen Wahlkreis. Und natürlich treffen die Parteien die Vorauswahl. Das hat zur Folge, daß zum Beispiel in "sicheren Wahlkreisen", die Ernennung des Kandidaten ganz einfach die Bestimmung des Abgeordneten wird. Und wer jetzt erklärt, daß diese Direktkandidaten ja aber von den Parteimitgliedern gewählt würden, dem würde ich mit einem gewissen Hüsteln entgegnen: Sicher tun sie das, aber wie kamen sie zu der Kandidatur, und wie sind ihre Aussichten, wenn sie nicht vom Parteiestablishment unterstützt werden?

Nun werden aber die meisten Abgeordnetensitze über die Parteilisten vergeben. Das heißt, der Wähler weiß gar nicht, wen er wählt, denn er wählt ja nur eine "Liste". Also auch hier treffen die Parteien eine Vorauswahl. Und nur wer die Unterstützung einer Handvoll einflußreicher Mitgliedern des Parteikaders sicher hat, kann damit rechnen, auf einen aussichtsreichen Listenplatz gesetzt zu werden. Tatsächlich werden Listenplätze gerne auch für besondere Verdienste vergeben, oder durch Auswahl von ethnischen oder anderen Merkmalen, um bestimmte Wählergruppen zur Stimmabgabe zu bewegen. Mit der eigentlichen Person hat das oft wenig zu tun.

Mit anderen Worten: Was früher die Fürsten, die Aristokratie und der Monarch taten, diese Aufgabe haben nun die Partei-Führungen übernommen. Und wenn man nun sagt, es gibt ja auch Parteibefragungen. Dann sollte man sich anschauen, welche personellen Alternativen, und ob es überhaupt Alternativen sind, der Parteibasis vorgeschlagen werden.

Säule 3 - Die Justiz.

Eigentlich soll die Justiz den Bürger vor der Willkür der Regierung schützen. D.h. die Justiz soll aufpassen, daß die Regierung die Gesetze einhält, die von der Legislative, also dem Bundestag, durch die Vertreter des Volkes, bestimmt wurden. Leider aber ist die Justiz in keiner

Weise unabhängig von der Regierung. Staatsanwaltschaften, also jene, die Anklage erheben dürfen, sind weisungsgebunden. Das heißt, die zuständigen Justizminister bestimmen, was die Staatsanwälte tun und lassen. Schön zu sehen, welche Folgen das hat, im CumEx-Skandal oder früher in der Contergan-Affäre.

Und die deutschen Parteien ignorieren ganz einfach den Europarat, der die BRD schon im Jahr 2009 aufgefordert hatte, ein System der Selbstverwaltung der Justiz einzuführen, und die Staatsanwaltschaften unabhängig von den Justizministern zu machen. Was natürlich ebenfalls vom Parteienkonsens ignoriert wurde und nun dazu führte, daß Staatsanwälte keinen EU-Haftbefehl ausstellen dürfen.

Kommen wir zu den Richtern, die dann über Anklagen entscheiden, die von den Parteien bzw. den von den Justizministern bestimmten Staatsanwälten eingereicht, oder eben nicht eingereicht werden. Nun Richterernennungen sind hochpolitische Angelegenheiten, und kein Richter wird in sein Amt kommen, wenn er nicht die richtige Neigung oder gleich das passende Parteibuch in der Tasche hat.

Das gilt sogar für das oberste aller Gerichte, das Verfassungsgericht. Dort ist der Einfluß der Parteien sogar so kraß, daß man dort lieber direkt Politiker als Richter einsetzt, statt sich "nur" auf das Parteibuch oder eine politische Neigung zu verlassen. Selbst die staatstragende "Die Zeit" stellt die Frage "Politiker als Richter?"

"Der Fall des CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Harbarth zeigt: Viele Bürgerinnen und Bürger zweifeln daran, ob jemand so schnell vom parteiischen Politiker zum unparteiischen Richter werden kann. Der Rechtswissenschaftler Volker Böhme-Neßler kann den Argwohn nachvollziehen. Im Gastbeitrag erklärt er, warum so ein Wechsel kritisch für die Demokratie und den Rechtsstaat ist."

Der Wikipedia-Eintrag der höchsten Richter Deutschlands stellt freundlicherweise auch gleich bereit, welche Partei den entsprechenden Richter vorgeschlagen hatte.

Schauen wir uns die Liste der Richter von Oben nach Unten ein wenig an, nachdem wir die Liste nach "Beginn der Amtszeit" sortiert haben. Als erster d.h. zuletzt ernannter Richter taucht der bereits erwähnte Stephan Harbarth auf. Dann sieht man dort als zweiten Eintrag den von Henning Radtke. Er hat keine politische, sondern lediglich eine juristische Karriere hinter sich.

Der nächste Eintrag ist der von Josef Christ. Er war als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundeskanzleramt tätig gewesen, und im Staatsministerium Baden-Württemberg. Er hatte dort als Berater für Ministerpräsident Günther Oettinger gearbeitet "was ihm eine enge Vernetzung in die Politik einbrachte", wie Wikipedia zutreffend schildert. Dort liest man auch "Bei der überraschend schnellen Beförderung sollen ihm seine Kontakte in die Politik geholfen haben."

Der nächste Eintrag ist der von Yvonne Ott. Sie hatte im Hessischen Ministerium der Finanzen gearbeitet und war von welcher Partei vorgeschlagen worden? Richtig, der SPD. Der nächste Eintrag ist der von Christine Langenfeld.

Sie ist die Tochter des CDU-Politikers und rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Carl-Ludwig Wagner. Sie war die Vorsitzende des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration, welche von den wichtigsten deutschen Familienstiftungen finanziert wird, die Deutschland aufzuweisen hat.

Gehen Sie doch mal selbst weiter auf Suche nach den Lebensdaten der obersten Richter Deutschlands, welche die Bürger gegen die Regierung beschützen sollen, weil mehr Recherche dieses Format sprengen würde. Und überlegen Sie dann, ob diese Richter vollkommen unabhängig sind, und die Regierungen im Auftrag der Wähler kontrollieren, daß diese die Gesetze einhalten.

Sie können allerdings auch auf die Seite www.gewaltenteilung.de gehen und sich anschauen,

was der ehemalige Richter Udo Hochschild über die Gewaltenteilung schreibt:

"Die Gewaltenteilung in Deutschland erschöpft sich im Wesentlichen in einem Verfassungsgebot. Ob und in welchem Maße dieses Verfassungsgebot befolgt wird, hängt von dem guten Willen und der Rechtstreue der im Dienst der Öffentlichkeit handelnden Personen ab."

Allerdings macht Udo Hochschild einen kleinen Fehler, wenn er schreibt *"Deutschland kennt nur zwei organisatorisch voneinander unabhängige Träger der Staatsgewalt, die Legislative und die Exekutive."* Denn es gibt keine zwei Säulen. Und hier die Begründung:

Die Regierung wird NICHT vom Volk direkt gewählt. Sie wird von der Legislative, dem Bundestag, in Parteiengesprächen ausgekungelt. Die so entstehende Koalition wird durch den Bundestag eingesetzt, nicht durch den Wähler. Und so wird die Mehrheit des Bundestages wohl kaum eine kritische Kontrolle über etwas ausüben, was sie selbst an die Macht gebracht hat. Wie wir ja auch an der "stabilen" politischen Lage in Deutschland ausgiebig beobachten können, oder an dem Bericht des Abgeordneten Bülow über Fraktionszwang, oder wie Gesetze, sogar solche über Krieg und Frieden, zustande kommen. Von einer *"Kontrolle der Regierung durch das Parlament"* zu reden ist einfach lächerlich.

Außerdem werden die Gesetze nicht vom Parlament, sondern von der Regierung, böse Zungen behaupten, von Lobbygruppen und US-Beraterfirmen, geschrieben. Was auch nicht dem ursprünglichen Sinn der Gewaltenteilung entspricht. Weil die Regierung sich die Gesetze nun so gestalten kann, wie sie sie gerne hätte, und nicht, wie die "Vertreter des Volkes" sie definieren, damit sie von der Regierung eingehalten werden. Natürlich können Parlamentarier Gesetzentwürfe einbringen, aber da die Fraktionen, welche die Regierung gewählt haben, das Parlament bestimmen, haben diese Gesetze keine Aussicht auf Erfolg.

Aber das ist noch nicht Alles. Die parlamentarischen Staatssekretäre, Minister und andere politischen Beamte der Regierung dürfen Mitglieder des Bundestages sein. Das heißt, sie sind Kontrolleure und Kontrollierte in Personalunion. Daß dies nicht nur gegen den gesunden Menschenverstand, sondern auch die Verfassung bzw. das Grundgesetz verstößt ist offensichtlich, darf aber nicht offen ausgesprochen werden.

Juristen, die das vertreten geraten dann schnell in Gefahr, aus dem Justizbetrieb ausgeschieden zu werden. Alternativ könnte man als "Reichsbürger" verunglimpft werden, wenn man auf das Tillesen Urteil hinweist, indem dargestellt wird, daß alle deutschen Gesetze eigentlich rechtswidrig entstanden, weil es keine Trennung zwischen Parlament und Regierung in Deutschland gibt.

Dem Tillesen Urteil des "Tribunal Général in Rastatt", also eines von der französischen Besatzungsbehörde dominierten Tribunals, erklärte zu den deutschen Gesetzen, daß sie *"entgegen der Behauptung, daß es der Verfassung entspreche, in Wirklichkeit von einem Parlament erlassen worden ist, das (infolge der Personalunion von Regierung und Gesetzgebung) eine gesetzwidrige Zusammensetzung hatte, und daß es (durch die Vereinigung der gesetzgebenden Gewalt mit der vollziehenden in der Hand des Bundeskanzlers, Ministerpräsidenten, ihrer Minister und parlamentarischen Staatssekretäre) alle wesentlichen Voraussetzungen einer ordnungsgemäßen und normalen Rechtsgrundsätzen (insbesondere dem Gewaltentrennungsgebot, Art. 20 (2) GG) entsprechenden Regierung verletzt."*

Aber wir wollen ja sicher nicht behaupten, daß alle Gesetze, die in der Bundesrepublik erlassen wurden, wegen der Mißachtung von Art. 20 GG unwirksam sind. Vielmehr ist durch den stillschweigenden Konsens der politischen Parteien eine nicht kodifizierte Änderung des Grundgesetzes erfolgt. Was übrigens nicht nur für den Art. 20 gilt, sondern ebenso für das verfassungsmäßige Verbot von Angriffskriegen, die Achtung der Privatsphäre der Bürger bzw. des Briefgeheimnisses und andere Kleinigkeiten.

Also noch einmal das Fazit der Untersuchung der angeblichen drei Säulen des deutschen Staates:

Es gibt nur eine Säule, nämlich die des Parteienkonsens bzw. der Parteienkoalition, welche die Regierung stellt, und welche zusammen mit den anderen Parteien, die auch gerne in der Regierung mitarbeiten würden, die Verwaltung der Oligarchie in Deutschland darstellen.

Deutschland mangelt es grundsätzlich an strafrechtlichen Regelungen der im Grundgesetz vorgesehenen Verbote bzw. Einschränkungen. Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland haben die Parteien im stillschweigenden Einverständnis die Umsetzung von grundgesetzlichen Geboten und Verboten in Strafrecht unterlassen.

Eine der letzten strafrechtlichen Bestimmungen, welche das Grundgesetz schützen sollten, war der § 80 StGB. Er wurde zum 1.1.2017 gelöscht. Als Begründung wurde die "Harmonisierung mit EU-Recht" angegeben. Und der Parteienkonsens war sich einig, daß das Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges nicht mehr zeitgemäß war.

Die "Harmonisierung" ist natürlich kein vollwertiger Ersatz, da das Völkerrecht die Bestimmung des Grundgesetzes über Angriffskriege in der für Deutschland entscheidenden Form nicht kennt. Aber immerhin hat der Generalstaatsanwalt jetzt weniger Arbeit, die Anzeigen von besorgten Bürgern wegen der Angriffskriege, an denen Deutschland teilnimmt, abzulehnen.

Was ist aber nun mit der vierten Säule? Den Medien?

Nun in Deutschland gibt es ein Gesetz für "*Tendenzbetriebe*", wozu Medien gehören. Dieses Gesetz schreibt ausdrücklich fest, daß der Eigentümer dieser Betriebe den Mitarbeitern Vorgaben machen darf, welche die Meinungsfreiheit der Mitarbeiter drastisch einschränkt. Das berühmteste Beispiel ist wohl die arbeitsvertragliche Regelung des Springer-Konzerns, nach der Kritik an der Politik Israels und den USA zu unterlassen ist.

Das Gesetz stammt aus einer Zeit, als man die Vielfalt der Meinungen erhalten wollte. Nur gibt es diese Vielfalt nicht mehr. Die stimmgebenden Medien in Deutschland gehören einer handvoll Familien und einigen wenigen internationalen Konzernen. Die in den westlichen Ländern maßgebenden Medien können auf ganz wenige Eigentümer reduziert werden. Und diese haben eine eindeutige gemeinsame Zielrichtung: Neoliberalismus weltweit durchzusetzen, und damit das Vermögen vom Staat und vom Mittelstand auf einige Wenige zu verlagern.

Daß sie diesem Ziel immer näher kommen, und das insbesondere in den sogenannten "Demokratien", wird jährlich wieder "bedauernd" festgestellt. Aber da es die Wähler in den Demokratien ja so wollen, meint man, muß es wohl damit seine Richtigkeit haben. Jede andere Annahme wäre ja ein Bestreiten der Tatsache, daß es Demokratien sind.

Um dieser Gefahr der einseitigen Medienbeeinflussung der Wähler entgegen zu treten, hatten kluge Menschen in Deutschland die öffentlich-rechtlichen Medien ins Spiel gebracht. Sie sollten einen "*Marktplatz der Meinungen*" widerspiegeln und eine pluralistische und demokratische Meinungsbildung, als Gegengewicht gegen die "*Tendenzbetriebe*" ermöglichen. Nun hat das einen Haken, denn man machte die Ministerpräsidenten der Länder zu wichtigen Kontrollleuren und Regelerstellern.

Und diese wiederum werden durch die Parteien bestimmt. Man ahnt, was kommt: Die öffentlich-rechtlichen Medien bilden keinen Marktplatz der Meinungen ab, sondern vertreten die Meinung der Parteien. Eine sehenswerte Sendung, die etwas Einblick in das Thema gibt, ist die Geschichte Nr. 26 aus Wikihausen über die Rufmordkampagne gegen Uwe Steimle.

Nun gibt es also die privaten "*Tendenzbetriebe*" welche eine gewisse gesellschaftliche Zielrichtung verfolgen, und die öffentlich rechtlichen Medien, welche die Position der Parteien vertreten. Wenn es nun einen Konflikt zwischen den beiden Meinungen geben würde, könnte es sogar zu einem ernsthaften Diskurs kommen. Nur ... leider gibt es nur marginale Unterschiede zwischen den gesellschaftlichen Zielen der inzwischen dem System angepaßten Parteien, und den gesellschaftlichen Zielen der privaten Medienkonzerne. Beide sind natürlich

nur dem Wohle der Allgemeinheit zugeneigt.

Mit anderen Worten: Was für die Wenigen, die immer reicher werden gut ist, ist auch für die Allgemeinheit gut. Das nennt man "trickle down-Effekt". Und wurde wissenschaftlich schon mehrfach widerlegt. Aber wen interessiert schon was Wissenschaftler sagen, wenn das nicht dem Narrativ des Mainstreams entspricht.

Und natürlich dienen Ausnahmen dazu, zu suggerieren, daß es doch einen Marktplatz der Meinungen gäbe. So werden ab und zu politische Bauernopfer gebracht (tut mir leid, ich will die Bauern nicht beleidigen, deren Arbeit ich höher einschätze als die mancher Politiker, sondern beziehe mich auf das Schachspiel), Scheingefechte gefochten, oder über Kleinigkeiten ein scheinbar verbitterter Streit ausgetragen. Ganz im Sinne einer unterhaltsamen Volksbühnenvorstellung. Und in den Medien dürfen ab und zu auch Stimmen laut werden, die sogar bis zur Systemkritik reichen. Die dann aber gleich mit zigfacher "Lautstärke" übertönt und relativiert werden.

Mit anderen Worten: Es gibt keine vierte Säule der Gewaltenteilung, es gibt keine vierte Säule der Macht im Staat Deutschland. Und die Parteien tun alles in ihrer Macht Stehende, um diesen Status zu erhalten. Dazu gehört auch die Verweigerung, Deutsche über ihre Verfassung selbst bestimmen zu lassen. Während sogar in der angeblichen "Mullahdiktatur" des Iran die Verfassung und sogar jede Änderung daran durch ein Referendum bestätigt werden muß, wird das Grundgesetz in Deutschland im stillen Konsens der Parteien geändert und ausgehöhlt, und der Wähler hat keinerlei Einfluß darauf. Und damit sich an dieser Macht nichts ändert, darf es keine Diskussion über eine Verfassung geben.

Fazit

Wenn nach der EU-Wahl (es war keine Europa Wahl, weil nur der kleinere Teil Europas in der EU organisiert ist), von der Leyen, als eine Politikerin die wichtigste Position der EU-Verwaltung bekleidet, die überhaupt nicht zur Wahl stand, und angeblich auch nie für EU-Politik vorgesehen war, ist dies keine Ausnahme oder seltener Mißgriff, sondern der Beweis, daß die Wähler in keiner Hinsicht irgendeinen Einfluß auf die Politik Deutschlands haben. Noch weniger Einfluß, was in der EU beschlossen wird, und dann "leider in deutsches Recht übertragen werden muß", wie anschließend die deutschen Politiker behaupten.

Und das wird ja auch ganz offiziell von Angela Merkel als positiv bewertet. Nicht umsonst stellte sie in einer Rede fest, daß alle wichtigen Entscheidungen in Deutschland gegen den Willen der Mehrheit gefällt wurden, und daß dieses Primat der Politik auch gut und richtig wäre.

Möglich ist das Regieren gegen den Willen der Mehrheit, weil die Medien nach den Wahlen Jahre Zeit haben, um die Menschen zu indoktrinieren, daß doch alles zu ihrem Besten entschieden worden wäre. Ja, es gäbe hier und da Korrekturmöglichkeiten, deshalb solle man doch wieder wählen, aber bei den wichtigen Entscheidungen wäre doch in der tollen Demokratie Deutschland alles gut gelaufen.

Es gibt nur eine Möglichkeit, die politischen Parteien zu zwingen, dem Wähler mehr Macht einzuräumen und plebiszitäre Elemente zuzulassen: Indem der Wähler durch Wahlenthaltung die Legitimation des Systems bestreitet. Deshalb wäre eigentlich der richtige Name für Menschen die nicht wählen "Delegitimatoren", nicht "Nichtwähler".

Denn dieses Wählen hat, bewußt oder unbewußt, eine Funktion. Sie erlaubt den Parteien zu behaupten, daß sie den Willen der Menschen vertreten. Wenn sie niemand mehr wählt, bricht dieses potemkinsche Dorf zusammen. Aber da vor jeder Wahl Politik und Medien unisono erklären, wie wichtig Wählen ist, oder daß es sogar eine Pflicht wäre, oder wenn behauptet wird, man müsse das "kleinere Übel" stärken, werden weiter politische Parteien die Politik bestimmen, ohne daß der Wähler irgendeinen Einfluß darauf hat.<<

Juli 2019

BRD: Die deutsche Publizistin Vera Lengsfeld berichtet im Juli 2019 (x1.089/...): >>**Roter Hunger - Stalins Krieg gegen die Ukraine**

Autor: *Vera Lengsfeld*

Es gibt Bücher, die zu lesen es viel Überwindung kostet. Bei der Lektüre von Anne Applebaums "Roter Hunger" mußte ich mich mehrmals zwingen, weiterzumachen. Was hier über die politisch inszenierte und exekutierte Hungerkatastrophe in der Ukraine Anfang der 30er Jahre des totalitären 20. Jahrhunderts geschrieben wird erfordert starke Nerven und einen ebensolchen Magen. Aber ich sagte mir immer wieder, daß, was Menschen erleiden mußten, ich es wenigstens zur Kenntnis nehmen muß. Wir müssen in den Abgrund blicken, um Mittel zu finden, nicht endgültig in ihm zu versinken.

Die Ukraine ist Teil Europas und ihr Schicksal ist eng mit der europäischen Geschichte verknüpft. Wer die heutigen Konflikte um die Ukraine verstehen will, muß diese Geschichte zur Kenntnis nehmen.

Während eines großen Teils der Geschichte war das Gebiet, das wir heute Ukraine nennen, was im russischen und im polnischen Grenzland bedeutet, eine Kolonie anderer europäischer Mächte. Seit dem späten Mittelalter gibt es eine ukrainische Sprache, eine ukrainische Küche, Sitten, Bräuche, Legenden und Helden wie Bösewichte. Im 18. und 19. Jahrhundert bildete sich, wie bei anderen europäischen Völkern ein Nationalbewußtsein heraus. Aber fehlende natürliche Grenzen verhinderten lange die Bildung eines eigenen Staates.

Das gelang erstmals in der ukrainischen Revolution 1917, die eine Ukrainische Volksrepublik innerhalb der Russischen Föderation hervorbrachte. Diese Republik war den Bolschewisten von Anfang an ein Dorn im Auge. Sie starteten im Januar 1918 ihren ersten Angriff. Von da an gab es eine fast ununterbrochene ukrainische Nationalbewegung gegen die Bolschewiki. Diese Bewegung war selbst sozialistisch, wollte aber einen eigenständigen Weg. Um die lange Geschichte des Bürgerkrieges kurz zu fassen, kann man sagen, daß es in der Ukraine den heftigsten und längsten Widerstand gegen die Bolschewisten gab.

Neben ihrem nationalen Vorurteil hatten die Bolschewiki auch besondere politische Gründe, die ukrainische Unabhängigkeit abzulehnen. Hier lebten hauptsächlich Bauern und laut marxistischer Theorie waren die Bauern zweifelhafte Elemente.

Hinzu kam, daß die Bolschewiki den Zusammenhang zwischen Ernährung und Macht sehr gut kannten. Sie betrachteten Lebensmittel, wie heute noch die koreanischen Herrscher, als Waffe. Erstmals wurde diese Waffe im "Kriegskommunismus" eingesetzt.

Im Mai 1918 rief der Rat der Volkskommissare eine "Ernährungsdiktatur" aus, stellte eine "Ernährungsarmee" auf und rief den Kampf an der "Ernährungsfront" aus. Hier finden sich alle Elemente des künftigen Holodomor. Der brutalste Ernährungskrieger war Stalin, der mit 450 Rotarmisten nach Zarizyn, heute Wolgograd fuhr und dort mit solcher Härte Getreide beschaffte, daß Leo Trotzki bei Lenin auf Stalins Abberufung drängte.

Lenin folgte Trotzki's Argumenten und holte Stalin zurück. Stalin empfand sein Wirken in der Stadt aber so wichtig, daß er später ihre Umbenennung in Stalingrad verfügte.

Als die Bolschewiki den Bürgerkrieg gewonnen hatten, begannen sie umgehend, ihre Vorstellungen von Landwirtschaft durchzusetzen. Der Kampf gegen die Kulaken wurde ausgerufen, der später in der Liquidierung der Menschen endete, die als Kulaken eingestuft wurden.

Wer waren die Kulaken? Es handelt sich hier um eine Begriffsschöpfung, die im Verlauf der Entkulakisierung immer mehr erweitert wurde. Im August 1929 erließ der ukrainische Rat der Volkskommissare ein Dekret, welches "Kulakenhöfe" definierte: Höfe, auf denen regelmäßig Saisonarbeiter angestellt wurden, zu denen eine Mühle, eine Gerberei, Ziegelei gehörten und deren Besitzer regelmäßig Gebäude oder landwirtschaftliche Geräte mieteten.

Bald fielen darunter aber auch Bauern, auf die das alles nicht zutraf, die aber trotzdem enteig-

net wurden. Sie wurden als Podkulaschniki, Unterkulaken bezeichnet. Es genügte, einmal eine Unzufriedenheit geäußert zu haben. Auf den Höhepunkt des Holodomor 1932 wurde allen Bauern alles weggenommen, auch das Saatgut und die Vorräte für den eigenen Verbrauch.

Die erste Hungersnot ereignete sich Anfang der Zwanzigerjahre. Sie unterschied sich grundsätzlich vom Holodomor. Das Regime gab zu, daß es eine Hungersnot gab, und ließ internationale Hilfe zu. Auslöser der Katastrophe waren das Scheitern des Kriegskommunismus und der ersten Welle der Kollektivierung der Landwirtschaft.

Um diese Krise zu beenden, erfand Lenin die "Neue Ökonomische Politik", die wieder private Initiative und Handel zuließ. Der Erfolg der NEP zeigte, daß auch eine gefesselte rudimentäre Marktwirtschaft viel Kraft entfaltet. Der Hunger hörte schnell auf, aber die Bolschewiki lernten nicht aus ihren Fehlern, sondern wiederholten sie unter Stalin in verschärfter Form.

Was wir heute als Holodomor bezeichnen, die politisch organisierte und exekutierte Aushungerung der ukrainischen Bauernschaft begann Anfang der 30er Jahre mit der zweiten Kampagne zur Kollektivierung der Landwirtschaft. Stalin und seine Sowjetführung führten "außerordentliche Maßnahmen", d.h. den Ausnahmezustand ein.

Die Gewalt, die Stalin zehn Jahre zuvor in Zarizyn angewandt hatte, kam in der Sprache des Kriegskommunismus zurück. Seine Kollektivierungspolitik war das ideologische Werkzeug, das Stalin zum unangefochtenen Führer der KPdSU machte. Er entledigte sich erst der "Linksabweichler" wie Trotzki, nach dem Holodomor beseitigte er die "Rechtsabweichler" wie Bucharin.

In der ersten Welle der Kollektivierung ging es darum, die Bauern durch immer höhere Abgaben zum Aufgeben und Übertritt in die Kolchosen zu bewegen. Als das nicht zum gewünschten Ergebnis führte, begann die Vertreibung der Kulaken aus ihrem Besitz und die Deportationen.

Manchmal konnten die Kulaken in ihrer Region bleiben, aber sie durften sich nur auf den schlechtesten Böden niederlassen. Die meisten aber wurden umgesiedelt, nach Sibirien oder nach Mittelasien. Mit diesen Kulakentransporten begann die Entwicklung des Gulag, des Zwangsarbeitslager-Systems. Die Deportationen fanden mit großer Brutalität statt. Applebaum schildert, daß auch Babys nackt ausgezogen und mit ihren ebenfalls nackten Müttern im Schnee ausgesetzt wurden, während man ihr Haus plünderte.

Verantwortlich dafür waren die Trupps der 25.000, Komsomolzen aus der Stadt, ländliches Lumpenproletariat und Kriminelle, die auf Anweisung der Partei die Entkulakisierung ausführten. Ein im Westen bekannter Entkulakisierer war der spätere Dissident Lew Kopelew, der im Alter tief beschämt war, wenn er an seine Beteiligung zurückdachte. Er konnte es nicht mehr fassen, daß er so mitleidlos, weil ideologisch verblendet war. Auch Wassili Grossman, der später als Kriegsberichterstatter berühmt wurde und der bewegende Romane über den Kampf der Roten Armee verfaßte, gehörte zu diesen Trupps.

"Ich bin nicht mehr behext und sehe die Menschen. Warum war ich wie Eis? Die Menschen haben doch so gelitten und was wurde ihnen nicht alles angetan! Aber immer wieder hieß es: Das sind keine Menschen, das ist Kulakenpack."

Natürlich konnten diese Zustände nicht verborgen bleiben. Es gab immer wieder Genossen, die es wagten, ihm das Elend zu schildern. Schließlich hielt es Stalin für notwendig, Stellung zu nehmen. In einem Prawda-Artikel schob er den Akteuren vor Ort die Schuld an allen Exzessen zu. Sie hätten, trunken von ihren Erfolgen, das richtige Maß verloren. Es sei die Aufgabe der Partei, diese gefährlichen und schädlichen Tendenzen "auszumerzen".

Wer sich nun eine Änderung der Politik erhofft hatte, lag nicht falsch, aber es war eine Veränderung zum Schlimmeren. Am 18. November 1932 wurde eine Resolution verabschiedet, nach der "die vollständige Erfüllung der Getreideabgabepläne erste Pflicht" sei, der alles untergeordnet werden müsse, einschließlich der Saatgutreserven, des Viehfutters und der Le-

bensmittelrationen. Danach wurden die Dörfer von der Geheimpolizei abgeriegelt und den Bauern alles weggenommen.

Die dritte Terrorwelle im Holodomor war auf die vollständige Vernichtung der Bauern durch Hunger ausgerichtet. Die Grenzen der Ukraine wurden abgesperrt, um die Flüchtlinge zu stoppen. Bauern, die es in die Städte geschafft hatten, in der Hoffnung, etwas zum Essen zu ergattern, wurden eingefangen und zurück in ihre Dörfer gebracht. Selbst etwas zu kaufen, wurde ihnen nicht gestattet. Sie waren in den Menschenschlangen, die nach Brot anstanden, leicht an ihren Lumpen zu erkennen. Sie wurden rausgezerrt, auf LKWs verladen und zum Schluß, als sie schon schwach genug waren, einfach in eine Schlucht gekippt, wo sie verendeten.

Die Trupps, die durch die Dörfer zogen, requirierten nicht mehr, sie vernichteten alle Lebensmittel, die sie fanden. Sie waren mit langen Eisenstangen bewaffnet, die sie in Wände, Öfen, Böden stachen, um versteckte Lebensmittel zu finden. Sie holten Brote aus den Öfen, nahmen Suppen vom Feuer und kippten sie aus. Sie bezogen auf Hügeln Stellung, um zu beobachten, ob aus einem Schornstein Rauch aufsteigt, weil gekocht wurde. Zum Schluß war jeder verdächtig, der noch lebte. "Warum seid ihr noch nicht tot?" schreien sie, wenn sie Menschen noch am Leben fanden, denen sie doch bereits alles weggenommen hatten.

Das alles hatte nichts mehr mit Nahrungsmittelbeschaffung zu tun, sondern mit bloßer Vernichtung. Wie es diese Komsomolzen fertig brachten, Menschen so in den Tod zu treiben, ist ein Phänomen, das zeigt, wie weit Ideologien entmenschlichen können. Natürlich waren es nicht die Komsomolzen allein. Sie hatten willige Helfer unter den Ukrainern. Applebaum schreibt, daß etwa die Hälfte dieser ukrainische Helfer selbst verhungerte, weil man ihnen nicht den versprochenen Anteil an requirierter Nahrung ließ, sondern ihnen ihre Beute vollständig abnahm.

Am Ende waren die Menschen so erschöpft, daß jeder Widerstand aufhörte.

Wer sich der Aushungerung der effektivsten Bauern entgegenstellte, auch nur leise Kritik anmeldete, oder als ineffizient bei der Ausführung der Befehle betrachtet wurde, geriet in die stalinsche Vernichtungsmaschinerie.

Davon war Stalins eigene Familie nicht ausgenommen. Als ersten traf es Stalins Schwager Stalislav Reddens, der Chef des ukrainischen Geheimdienstes. Er wurde auf Stalins Befehl abgesetzt und erschossen. Seine Witwe erfuhr erst in der Chruschtschow-Ära von seinem Tod. Stalins Frau Nadeshda Allilujewa, die von Kommilitonen des Moskauer Technikums erfuhr, was sich in der Ukraine abspielte, verübte Selbstmord.

Es gibt keine verlässlichen Zahlen, wie viele während des Holodomor verhungert sind. Die Angaben schwanken zwischen 4 und 10 Million. Während die Menschen verhungerten, exportierten die Sowjets Getreide, Fleisch, Obst, Gemüse und andere Lebensmittel.

Mindestens ebenso viel Energie wie in die Entkulakisierung steckte die Partei in die Kampagne zur Vertuschung des Holodomor. Obwohl hunderttausende zum Skelett abgemagerte Menschen die Bahnhöfe, Bahnstrecken und Städte bevölkerten, kamen die Bolschewiki mit ihrer Leugnung durch. Das gelang, weil die Intellektuellen in der Sowjetunion schwiegen und es willige Helfer im Westen gab, wie der New York Times-Journalist Walter Duranty, der in einem wirksamen Artikel die Berichte über die Verhungerten in der Ukraine für unglaubwürdig erklärte. Erst nach dem Ende der Sowjetunion war es möglich, Licht in dieses dunkle Kapitel der Geschichte zu bringen.

Anne Applebaums Buch ist ein unverzichtbarer Beitrag.<<

02.08.2019

BRD: Auf der Webseite "https://kenfm.de ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 2. August 2019 folgender Bericht über die Klimaveränderung (x1.014/...): >>Entlarvung der CO2-Jünger

Ein Kommentar von *Rainer Rupp*

Das Glaubensbekenntnis der falschen CO2-Propheten wird immer stärker durchlöchert. Entsprechend nervöser und hysterischer sind die Aufschreie der CO2-Klima-Blockwarte, die mangels besserer Argumente glauben, sie könnten mit persönlichen Beleidigungen der "Klima-Leugner" als "rechts" oder gar als "Klima-Nazis" punkten. Auch an der kürzlich veröffentlichten Studie der vier Klimaforscher V.V. Zharkova, S. J. Shepherd, S. I. Zharkov und E. Popova, die an den Universitäten Northumbria, Bradford, Hull und Moskau beschäftigt sind, wird die CO2-Glaubensgemeinschaft wieder schwer zu knabbern haben. Sie sagte nämlich eine Mini-Eiszeit voraus.

Aber im Unterschied zu den unbewiesenen, empirisch nicht nachgewiesenen Annahmen und Vermutungen des CO2-Computermodells, haben die vier Autoren der neuen Studie unter Zugrundelegung echter, empirischer und historischer Klimadaten, unterschiedliche, von der Sonne beeinflussten Zyklen entdeckt und angewandt.

Diese Zyklen sind eine Kombination von sich wiederholenden Sonne- und Erdbewegungen, die sich auch im Laufe der letzten Tausend Jahre real nachweisbar auf das Klima auf unserem Globus ausgewirkt haben. Um das zu beweisen, haben die vier Forscher mehrere dieser ineinander verwobenen Zyklen in ein Klimamodell eingebaut, das für die Vergangenheit erstaunlich genaue Ergebnisse geliefert hat. Daher könnte dieses Modell auch einen einigermaßen genauen Blick in die Zukunft erlauben, solange sich die Zyklen nicht durch einmalige Einwirkungen von außen verändern.

Das Klimamodell der vier Forscher, das unter anderem auf Sonnenaktivitäten, Magnetismus und Umlaufzyklen basiert, ist natürlich weitaus komplexer, als die absurde, derzeit sakrosankte Annahme, daß das Klima nur von genau einer Variablen, nämlich von CO2 und folglich vom Menschen beeinflusst wird.

Die Studie heißt: "Oscillations of the baseline of solar magnetic field and solar irradiance on a millennial timescale" (Schwingungen der Basislinie des solaren Magnetfeldes und der solaren Bestrahlungsstärke auf einer tausendjährigen Zeitskala). Sie wurde am 24. Juni erstveröffentlicht.

Allerdings darf man gespannt sein, wie lange es dauert, bis die Hohen Priester der CO2-Sekte auch dieses Studie als "rechts" oder als *AfD-afin* und daher als unseriös zurückweisen. Dafür genügt schon, wenn ein einziger AfD-Sympathisant die Studie positiv beurteilt. Denn wenn ein erstmal erkannter "Klima-Nazi" zwei plus zwei zusammenrechnet, dann kann das Ergebnis für einen aufrechten Grünen oder Linken oder linken Grünen auf gar keinen Fall vier bedeuten.

Wenn sie freitags nicht "für das Klima" Schulschwänzen würden, hätten sie vielleicht gelernt, daß das CO2-Gas außergewöhnlich "wasserlöslich" ist. Im Wasser geht es eine neue chemische Verbindung ein und beeinflusst den dortigen PH-Wert positiv, um dann wieder vom Wasser in die Atmosphäre zu entweichen, wenn ein temporäres Ungleichgewicht zwischen den beiden Elementen besteht, was u.a. von den jeweiligen Druck- und Temperaturverhältnissen in Wasser und Luft abhängt. So kann Wasser bis zu fünfzig Mal mehr CO2 aufnehmen als die Luft und mal mehr oder weniger CO2 an die Luft abgeben.

Und wenn bei hoher Luftfeuchtigkeit viel Wasser in der Luft ist, ist auch mehr CO2 in der Atemluft. Aber insgesamt reden wir ohnehin nur von Spurenelementen des allerdings lebensnotwendigen Gases. Denn sowohl im Wasser als auch in der Luft ist CO2 das Lebenselixier für alle Pflanzen. Ohne CO2 gäbe es kein Plankton und damit auch keine Fische im Meer und

es gäbe keinen Wald und andere grünen Pflanzen auf der Erde.

Wer zu all dem mehr erfahren will kann sich auf der deutschsprachigen Webseite des "*Europäischen Institut für Klima und Energie, EIKE*" informieren die der CO₂-Glaubensgemeinschaft kritisch gegenüber steht. Daher kann es sich bei EIKE auch nur um eine rechtsradikale Institution handeln, denn - so der Vorwurf in Wikipedia - *die AFD beziehe sich in ihrer verwerflichen Politik des Klimaleugnens oft auf EIKE*.

Wenn man sich jedoch die Arbeiten von EIKE anschaut, dann sind sie - zumindest was die CO₂-Hysterie betrifft - zum selben Ergebnis gekommen, wie die oben genannten vier Sonnenzyklen-Forscher aber auch wie der wohl bekannteste britische Astrophysiker und lebenslange Klimaforscher, der Marxist Piers Corbyn, der das genaue Gegenteil von "Rechts" ist.

Piers Corbyn ist der älteste Bruder des britischen Labour-Vorsitzenden. Schon bereits als Schüler, dann als Student ist er bis heute seinen traditionellen, linken Überzeugungen treu geblieben.

Für ihn bedeutet links immer noch unbeirrt von post-modernen Genderdebatten und sonstigen Ablenkungen fest an der Seite der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu stehen. Vor diesem Hintergrund sieht er auch den CO₂-Betrug als Teil der neoliberalen Globalisierung und als zielgerichtete Aktion zur weiteren De-Industrialisierung der europäischen Länder, *weil das Kapital mit den Billiglöhnen und so gut wie nicht existierenden Lohnnebenkosten in Schwel- len- und Entwicklungsländern weitaus höhere Profite machen könne*, so Piers Corbyn.

Mit Panik und CO₂-Angstmache sollen die Malocher in Europa zur Rettung des Klimas freiwillig dieser De-Industrialisierung zustimmen und sich mit niedrigeren Löhnen und weniger Kaufkraft abfinden.

Im Unterschied zu den CO₂-Jüngern untersucht auch Piers Corbyn den Einfluß der Sonne auf das Wetter. Und seine langfristigen Wettervorhersagen waren bisher sehr beeindruckend, bzw. wurden durch die realen Entwicklungen und nicht durch Computermodelle bestätigt.

Nachfolgend sind einige Ausschnitte aus seinem Interview mit dem holländischen Dokumentarfilmer Marijn Poels aus dem Jahr 2017:

PC: Die tatsächlich zu beobachtenden Beweise zeigen, daß CO₂ eine Wirkung und nicht die Ursache des Klima(wandel)s ist. Der CO₂-Gehalt der Luft hängt von der Oberflächentemperatur der Meere ab. Es gibt nämlich ein dynamisches CO₂-Gleichgewicht zwischen Meer und Luft. Es gibt 50 Mal mehr CO₂ im Meer als in der Atmosphäre. So funktioniert das und die Daten belegen es. Sie zeigen auch, daß der CO₂-Gehalt mit einer Verzögerung von bis zu einigen Hundert Jahren den weltweiten Temperaturveränderungen hinterherhinkt. Das geht seit Millionen Jahren schon so.

Frage: Wie paßt da der aktuell steigende Meeresspiegel rein?

PC: Wahrscheinlich wegen der warmen Periode im Mittelalter vor 800 Jahren. Und zwischen dieser Erwärmung und dem steigenden CO₂ gibt es wegen der komplexen Meeresströmungen, die unter der Wasseroberfläche Hunderte von Jahren brauchen, um einmal rund um den Globus zu zirkulieren, diese bereits erwähnte Verzögerung. Das heißt: menschengemachtes CO₂ steigert den Wert von gar nichts. Der natürliche Prozeß geht weiter; er ist viel größer, als daß der Mensch ihn beeinflussen könnte. Außerdem macht das von Menschen gemachte CO₂ nur 4 Prozent des gesamten CO₂-Flusses aus, der von der Atmosphäre in die Ozeane hinein und wieder heraus führt.

Nehmen wir den Big Ben Tower als Beispiel. Wenn der Tower die Atmosphäre repräsentiert, dann würden die letzten 2,5 cm auf der Spitze des Turms das in der Luft enthaltene CO₂ darstellen. Und der Beitrag, des vom Menschen gemachten CO₂ wäre ein Spritzer von Vogelscheiße obendrauf. Und dann will man uns weismachen, daß das den Klimawandel verursacht. Das ist kompletter, wahnhafter Unsinn.

Um das zu erklären bedürfte es einer Verschwörung der Natur und ihrer natürlichen Vorgänge

gegen den Menschen. Wahnsinn. Aber genau das wird von den Mächtigen propagiert. Termi-
ten z.B. produziere zehn Mal mehr CO₂ als die Menschen.

Frage: Wie sehen Sie die Zukunft?

PC: Weil wir mit unseren bisherigen Prognosen recht nahe an der tatsächlichen Entwicklung
lagen, erwarten wir eine ständige, generelle Abkühlung des Globus bis ca. 2035. Es wird eini-
ge sehr strenge Winter geben. Auch werden kurze heiße Phasen kommen, aber insgesamt wird
es kälter werden, also eine Mini-Eiszeit!

Frage: Aber ich sehe wie überall das Eis schmilzt und in großen Blöcken in die arktischen
Gewässer stürzt. Da ist ein auch eine Polarkappe, die abschmilzt und ...

PC unterbricht und lacht: Aber das ist doch Unsinn. Das, was sie beschreiben ist seit Jahr-
Millionen der Fall. Schnee fällt auf die Pole, breitet sich aus und bricht als Eisblock wieder
ab. Wenn sie einen großen alten Baum haben der in einem Sturm umgeblasen wird, dann sa-
gen sie ja auch nicht, oh, das war der stärkste Sturm seitdem ich hier wohne. Das wäre Un-
sinn. Der Baum war alt und schwach und ist deshalb entwurzelt worden. Das Eis, das wir da
sehen, das abbricht, ist typischer Weise 4.000 Jahre alt. Es ist ein langsam fließendes Eis, das
irgendwann abbricht.

Frage: Ich sehe ständig Tabellen im Fernsehen, auf denen die Temperaturen steigen.

PC: Diese Grafiken sind ein Schwindel. Sie haben aufeinander folgende Datensätze ausge-
wählt und reduzierten die Datenquellen auf eine Art, um zu zeigen daß die Vergangenheit käl-
ter war als die Gegenwart. Mit aufeinanderfolgenden Datensätzen kann man aber unterschied-
liche Graphiken produzieren, je nachdem, welche Jahre und welche Skalierung man dafür
aussucht. So kann man aus einer Mücke einen Elefanten machen.

An dieser Stelle zeigt Corbyn am Beispiel von zwei Graphiken, daß es bei der ganzen globa-
len Erwärmungsdebatte tatsächlich nur um ein gemessenes, halbes Grad Celsius geht, was
genauso gut innerhalb der Toleranz von Meßfehlern liegen könnte. Dennoch werde mit den-
selben Graphiken Angstmache betrieben.

Frage: Angenommen Ihre Theorie ist falsch und die CO₂-Theorie stimmt, was passiert dann?
Ist es überhaupt möglich, das Klima zu stabilisieren, wie wir das heute versuchen?

PC lacht und antwortet mit einem ganz bestimmten "Nein": "Das Hinzufügen oder Wegneh-
men von CO₂ hat keinen Effekt. Wenn Sie CO₂ aus der Atmosphäre entfernen, dann wird
mehr CO₂ aus dem Meer aufsteigen. Und wenn man der Atmosphäre mehr CO₂ hinzufügt,
dann wird es vom Meer absorbiert. So sind all diese Überlegungen kompletter, illusionärer
Unfug." Wenn man wirklich das Klima verändern will, dann ist das ziemlich schwer. Denn
dann müßte man die Sonnenaktivität ändern oder die Sonnenpartikel daran hindern, auf die
Erde zu treffen. Das ist nicht zu machen."

Szenenwechsel, Piers Corbyn redet weiter über die Landwirtschaft:

*"Nun, kleine Bauernhöfe sind ziemlich ineffizient. Man braucht große Höfe, um effizient zu
sein. Für große Konzerne ist es billiger, Lebensmittel im Ausland erzeugen zu lassen. Wenn
sie damit größere Profite machen können, werden sie es tun. Sie schicken Essen rund um die
Welt. Sie haben geradezu Spaß daran, die Tätigkeit der Bauern hierzulande darauf zu redu-
zieren, Windräder anzustarren und für andere Arbeiten subventioniert zu werden, wobei die
Subventionen wiederum von anderen Arbeitern bezahlt werden, damit solche dummen Sachen
gemacht werden.*

*Insgesamt ist das nur Teil eines Plans zur De-Industrialisierung des Westens. Denn Superpro-
fite können mit Arbeitern gemacht werden, die in Indien, der Türkei oder in China Maschinen
bauen.*

*In der Art und Weise wie die EU operiert, kann man sehen, daß die Interessen der Wall Street
voll hinter der EU stehen, der ein Mechanismus zur De-Industrialisierung des Westens inne-
wohnt. Teeside in England ist dafür ein Paradebeispiel:*

Energiepreise in England sind so hoch, daß die Stahlproduktion unprofitabel geworden ist. Daher wurde die Produktion reduziert. Dann kommt eine Firma aus Indien und kauft das Land, um die Fabrik zu retten. Dafür bekommen sie CO2-Subventionen des EU-Emissionshandelssystems. Warum? Weil sie den britischen CO2-Ausstoß reduzieren. Dann verkünden sie, daß die Fabrik nicht mehr zu retten ist. Als nächstes wollen sie die CO2-Subventionen der EU dazu benutzen, um in Indien eine neue Stahlfabrik zu bauen.

Aber der lokale Abgeordnete von Teeside wandte sich dagegen und unterstrich, daß die CO2-Subventionen durch die Reduzierung der eigenen, lokalen Industrien gewonnen worden waren, und daß sie dazu benutzt werden sollten, um hier in England eine neue Industrie aufzubauen. Aber die EU beschloß entsprechend ihrer Gesetzeslage, daß die CO2-Subventionen der indischen Firma gehören und das Geld nach Indien geht.

Also, was ist hier passiert? Wir haben Steuerzahler, die für die Zerstörung ihrer eigenen Industrie in England und der Arbeitsplätze in England und für die Umsiedlung der Industrie nach Indien Subventionen bezahlt haben. Dabei wurde die CO2-Produktion von England nach Indien verlagert, mit dem Resultat, das der weltweite CO2-Ausstoß überhaupt nicht verringert wurde. Wenn das die Rettung des Planeten bedeuten soll, dann wird hier gar nichts gerettet.

Es geht nur um die De-Industrialisierung des Westens, wobei die Ausbeutung der Arbeiter in Indien enorm gesteigert wird. Diese Art von Operationen passieren andauernd rund um die Welt. Solange die multinationalen Konzerne den angeblich vom Menschen gemachten Klimawandel als ideologische Waffen benutzen können, um Superprofite zu machen, wird sich nichts ändern.

Erneuter Szenenwechsel, Piers Corbyn redet weiter über die LINKE und CO2:

"Als die Berliner Mauer fiel, ist die moderne Linke teilweise von ihrem Weg abgekommen. Von ihrer einst geradlinigen, sozialistischen Ideologie hat sie sich abgewandt, hin zu einer rot-grünen Mischung und hat solcher Sachen wie den "Öko-Sozialismus" entwickelte, was immer das bedeuten soll. Und das machte sie natürlich zur idealen Beute für die Ideologie des Klimawandels, die komplett von den Interessen des internationalen Big Business generiert wird.

Wir alle wollen Gutes tun. Und den Planeten schützen ist doch gut. Zum Beispiel all diese Bäume hier, wir sollten sie um ihrer selbst willen schützen. Wir sollten die biologische Vielfalt um ihrer selbst schützen. Aber man sollte das nicht mit einer CO2-Erzählung verbinden. Das ist das Hauptproblem. Wir haben eine Linke, die Parolen hinterherläuft. Wo Leute das, woran sie glauben, damit rechtfertigen, indem sie auf andere verweisen, die auch daran glauben.

Wenn ich also mit Informationen zum Klimawandel komme, dann sagen sie zu mir: "George Bush sagt das Gleiche. Wie fühlt man sich, wenn man mit George Bush übereinstimmt? Da liegst du wohl falsch!" Ich meine, das ist doch albern. Also wenn George Bush in den Raum kommt und zu dir sagt, "heute ist Dienstag", dann wirst du also entscheiden, heute muß Mittwoch sein."

Man muß sich die Fakten und Beweise ansehen, um etwas zu entscheiden. Und wer immer sonst daran glaubt oder nicht, hat absolut nichts damit zu tun ob es wahr ist. Die Öffentlichkeit wird ständig irregeführt. Und die da oben, nutzen alles, was ein grünes Label trägt, um es zu verkaufen.

Dinge wie Windparks und Solarenergie sollten auf Experimente reduziert werden. Ich denke, daß in vielleicht 50 Jahren, Solarstrom sehr billig wird und wahrscheinlich eine der billigsten Energiequellen werden kann. Aber heute ist Kohle am billigsten, gefolgt von Öl. Und diese sollten wir nutzen.

Frage: Hat Öl Auswirkung auf das Klima?

PC: Nein, nicht im Geringsten. Kohlendioxid in der Luft ist Nahrung für Pflanzen. Dieser Baum absorbiert Kohlendioxid und verwandelt es hauptsächlich in Zucker. Dies ist ein Prozeß, der seit Millionen von Jahren stattfindet. Die Kohle im Boden war ursprünglich in der Luft, als es noch viel mehr CO₂ in der Atmosphäre gab. Wenn man die Menge an CO₂ verdoppeln würde, wäre das eine sehr gute Sache, denn es würde die Wachstumsrate der Pflanzen weltweit um 40 % erhöhen. Es wäre von großem Nutzen für unsere Umwelt. Aber es ist unmöglich CO₂ zu verdoppeln, denn es würde nur vom Meer aufgenommen werden, da das Meer und die Luft ständig im Gleichgewicht sind.

Ich denke, die Wahrheit wird ans Licht kommen, wenn die Öffentlichkeit erkennt, daß sie, im Namen der Rettung des Planeten, von den multinationalen Unternehmen ausgeraubt wird. Sie wird Nein sagen. Und wir werden zu einer rationalen Energiepolitik zurückgehen.

Ende des Interviews. ...<<

30.08.2019

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 30. August 2019 ([x1.000/...](#)): >>>**50 Jahre Woodstock: Hippie-Legende oder soziales Massenexperiment?**

Viele kennen die Bilder der sagenumwobenen 68er-Bewegung: Friedensdemos, neue Musik, bunte Kleider, Sex und Drogen, sowie das legendäre Woodstock-Festival. Scheinbar war die Hippie-Bewegung ein durch junge Menschen geborener Neuaufbruch. Doch es gibt handfeste Hinweise, daß diese sogenannte "Gegenkultur" von langer Hand geplant und gesteuert, ja die Jugend gezielt instrumentalisiert wurde ...

Am 15. August 2019 jährte sich das legendäre Woodstock-Festival im US-Staat New York zum 50. Mal. Über 400.000 Menschen waren im Sommer 1969 zu dem dreitägigen Musikfestival gepilgert, das bis heute als Höhepunkt der Hippiebewegung gilt. Die gängige Darstellung der 68er-Bewegung durch die Medien ist die, daß rebellische Jugendliche in den USA gegen die Außenpolitik und die kriegerischen Aktivitäten ihrer Väter protestiert haben und versuchten, sich einen komplett neuen Lebensstil zu schaffen. Ausdruck dieser sogenannten Jugendbewegung waren zum Beispiel Friedensdemonstrationen, neue Musik, bunte Kleider, sexuelle Freizügigkeit und Drogen sowie das legendäre Woodstock-Festival.

Bis heute kennen viele diese Bilder. Sie werden immer dargestellt als eine selbstbestimmte Entwicklung von jungen Menschen, als eine sogenannte "Gegenkultur". Doch war diese Gegenkultur wirklich so selbstbestimmt? Der Autor Robin de Ruiter beschreibt in seinem Buch "Die Köder des Satanskultes" eindrücklich, daß diese Gegenkultur der 60er Jahre vor allem ein groß angelegtes soziales Massenexperiment gewesen sein soll, das die CIA, der britische Geheimdienst MI6 und das Tavistock-Institut an der damaligen Gesellschaft durchgeführt haben.

Das "Tavistock-Institute of Human Relations" zu Deutsch: "Institut für menschliche Beziehungen", befaßt sich mit sozialwissenschaftlicher Forschung und begann seine Tätigkeit im Jahr 1913 im Wellington House (Britisches Büro für Kriegspropaganda) in London. Der Auftrag des Tavistock-Instituts bestand darin, Propagandatechniken zur psychologischen Kriegsführung zu entwickeln, um die öffentliche Meinung in eine bestimmte Richtung zu lenken. Finanziert wurde die Organisation zunächst durch das englische Königshaus, später u.a. von den Rothschilds sowie den Rockefeller-Familienstiftungen.

So seien neue Kennwörter, wie "Teenager" und "Beatgeneration", "Hippies" oder "Blumenkinder", welche die 68er-Bewegung hauptsächlich prägten, vom Tavistock-Institut kreiert worden. Diese Begriffe schufen eine neue, sich klar unterscheidende und sich von bestehenden Normen lossagende junge Bevölkerungsgruppe und sollten laut de Ruiter dazu dienen, die Generationen zu spalten.

Zudem wurde für das gesellschaftliche Massenexperiment eine außergewöhnlich wirkungsvolle bewußtseinsverändernde Droge verwendet, die damals noch nicht verboten war - LSD,

welche von der Schweizer Pharmafirma Sandoz AG hergestellt wurde. So wurden zum Beispiel an die Besucher des Woodstock-Festivals 1969 halluzinogene Drogen wie LSD verteilt und in Getränke gemixt, was Tausende ahnungslose Opfer in tobende Psychotiker verwandelte. Am Ende des Woodstock-Festivals wurde von insgesamt 5.000 Notfällen berichtet.

Sogar John Lennon, der Sänger und Gitarrist der britischen Rockband "The Beatles", erwähnte kurz vor seinem Tod in einem Interview für die Zeitschrift Playboy, daß gewisse Drogen wie LSD mit voller Absicht in der Gesellschaft verbreitet worden waren, um soziales Chaos anzurichten und einen allgemeinen Zusammenbruch der Gesellschaft herbeizuführen.

Robin de Ruiter beschreibt in seinem Buch, daß die damaligen Rockkonzerte dazu dienten, die junge Generation in Massen zu einer drogengesättigten und dem freien Sex frönenden "Gegenkultur" heranzuziehen. Er benennt mit dem Hippie-Aktivist und Clown, Wavy Gravy, einen der Hauptkoordinatoren des Woodstock-Experiments.

Gravy war Mitglied der Künstlergruppe "The Merry Pranksters", die mit einem bunt angemalten Schulbus durch die USA fuhr, um LSD-Happenings zu veranstalten und im Namen von Spaß, Chaos und Drogentrips eine ganze Generation prägte. Gravy soll für den US-Geheimdienst CIA gearbeitet haben und war mit seiner Hippie-Kommune "Hog Farm" zu Deutsch: "Schweine-Farm" offiziell für die Sicherheit des Woodstock-Festivals zuständig.

Laut de Ruiter wurde die gesamte Gegenkultur samt der Rockmusikszene von Handlangern der Geheimdienste unterwandert. Auch die Philosophin Dr. Claudia Simone Dorchain untersuchte die sagenumwobene 68er-Bewegung. Sie kam ebenfalls zu dem Ergebnis, daß es sich um ein Programm der Mächtigen gehandelt habe, die offenbar testen wollten, inwieweit sie Bevölkerungsschichten zur Ohnmacht programmieren könnten.

Der Gipfel der Manipulation sei allerdings, wenn die junge heranwachsende Generation, an der man dieses soziale Massenexperiment durchgeführt habe, die gezielte Beeinflussung ihrer Willensentscheidung als Befreiungsschlag mißinterpretiert.<<

August 2019

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 08/2018 berichtet im August 2019:

>>Schwarzer Kanal, bunte Manipulation: Propagandamuster in DDR und BRD

Wie zu DDR-Zeiten wird auch heute die Öffentlichkeit von der Regierung kontrolliert und gelenkt. Die GEZ-Medien sind keineswegs objektiver als die privaten.

_ von *Enrico Komning*

Wer regiert uns, wer lenkt uns, wer manipuliert uns, und wie funktioniert das Ganze? Warum sind Medien so mächtig und warum so anfällig für absichtliche oder fahrlässige Fehl- und Falschmeldungen? Im Folgenden werde ich nicht auf die sozialen Medien mit all ihrer Inhaltsfülle und ihren Problemen bei DSGVO sowie NetzDG eingehen, denn das würde den Rahmen sprengen, sondern mich an den herkömmlichen Medien wie Presse, Funk und Fernsehen orientieren.

Schon vor 2015, danach aber um so intensiver, wird Kritik an Medien lauter und offener vortragen. Schlagworte wie Lügenpresse, Lückenpresse oder Fake News sind in aller Munde. Mal laut anklagend, mal flapsig behauptend, mal tiefgründig nachweisend. Die Menschen nehmen zunehmend wahr, daß sich die Berichterstattung häufig nicht mehr mit ihren eigenen Wahrnehmungen deckt. Sie erkennen, daß Rundfunk, Fernsehen und Presse etwas ganz anderes berichten als das, was sie selbst erlebt haben.

Journaille und Volk

Das erinnert, zumindest im Osten, sehr an schlimmste DDR-Zeiten, in denen man nach offiziellen Verlautbarungen alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgaben immer überplanmäßig erfüllt hat, die Regale aber leer waren und der Mangel an allen Ecken sichtbar war. So wird die Tagesschau schon mal mit der Aktuellen Kamera verglichen oder die ARD-Sendung Panorama von Anja Reschke mit dem Schwarzen Kanal von Karl-Eduard von

Schnitzler.

Den Medienmachern und deren politischen Hintermännern ist dieser Erkenntnisgewinn der Bürger ein Dorn im Auge. Deshalb werden die oben genannten Ausdrücke als "rechte Kampfbegriffe" verschrien und deren Benutzer in die Nähe von Diktatur-Sympathisanten gerückt. So schrieb Sascha Lobo auf Spiegel Online am 13. November 2016 unter der Überschrift "Lügenpresse ist keine Medienkritik": "Wer "Lügenpresse" schreit, will nicht bloß auch seine Meinung in den Medien sehen, sondern ausschließlich seine Meinung. "Lügenpresse" ist der Ruf nach einer autoritären Gesellschaft."

Mit keinem Wort setzt sich der Autor mit den eigentlichen Kritikpunkten, die gegen die Medien vorgebracht werden, auseinander, sondern würgt die Kritik ab und spielt sie herunter - obwohl er ein gegenläufiges Zitat von Frank-Walter Steinmeier anführt: "Der Meinungskorridor war schon mal breiter. Es gibt eine erstaunliche Homogenität in deutschen Redaktionen, wenn sie Informationen gewichten und einordnen. Der Konformitätsdruck in den Köpfen der Journalisten scheint mir ziemlich hoch. Das Meinungsspektrum draußen im Lande ist oft erheblich breiter."

Der Bundespräsident beschreibt das Problem aber nicht ausreichend. Die Kritik vieler Bürger geht weiter: Laut einer Allensbach-Umfrage aus dem Februar 2016 waren drei Viertel der Deutschen der Meinung, daß die Medien kein korrektes Bild vom Bildungsniveau und Familienstatus der Flüchtlinge des Jahres 2015 zeichnen.

In völligem Gegensatz dazu steht die Selbstwahrnehmung der Presseleute und ihre völlige Selbstüberschätzung. So verglich der Spiegel Journalisten in einem Artikel aus diesem Frühjahr mit den demokratisch gewählten Abgeordneten der Parlamente: "Wenn man so will, sind auch die Medien in Deutschland repräsentativ."

Journalisten haben es zu ihrem Beruf gemacht, die Nachrichten zu gewichten und zu entscheiden, was wichtig und was nicht so wichtig ist." Der Chefredakteur der Berliner Zeitung meinte gar: "Die Medien sind ja die vierte Gewalt." Die Chefredaktion der Zeit hob völlig ab: "Wir Journalisten haben eine Muezzin-Position." Journalisten als religiöse Prediger, die den dummen Schafen die Welt erklären müssen. ...

Auch die Öffentlich-Rechtlichen verbreiten Unwahrheiten und Falschmeldungen. Ihre Unabhängigkeit ist ohnedies gefährdet, denn Politiker sind in ihren Rundfunkräten vertreten, und eine Einflußnahme ist zumindest nicht ausgeschlossen. Auch die Programmdirektoren haben meistens ein Parteibuch. Damit sind nicht wegzudenkende Partei- und Politiknähe vorhanden und entsprechende Abhängigkeiten gegeben, weshalb von Neutralität nicht mehr die Rede sein kann.

Gerade durch Festlegungen im Ende letzten Jahres auch durch Deutschland unterzeichneten UN-Migrationspakt ist offensichtlich, daß Medien genutzt werden sollen, um auf Denken und Ansichten der Menschen einzuwirken. So wird im Ziel 17 des Migrationspaktes als Maßnahme c.) gefordert, "die öffentliche Finanzierung oder materielle Unterstützung derjenigen Medien einzustellen, die systematisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen von Diskriminierung von Migranten unterstützen" - also Geldhahn zu bei kritischer Berichterstattung!

Bilder, die lügen

Gerade bei den Öffentlich-Rechtlichen geht es um Meinungsmache. Und da ist jedes Mittel recht. Nicht nur Verzerrungen, Weglassungen oder Hinzudichtungen, sondern immer wieder auch plumpe Unwahrheiten werden eingesetzt - und bei Enttarnung als sogenannte Fehler heruntergespielt. ...

Framing - Handbuch der Manipulation

Die Meinungsmacher haben erkannt, daß Worte und Sprache in den Medien wesentliche Manipulationselemente sind. Für 120.000 Euro (aus GEZ-Zwangsgeldern bezahlt) ließ die ARD

ein Strategiepapier entwickeln, das nach der Kritikwelle gegen die Öffentlich-Rechtlichen dazu dienen sollte, in der Debatte wieder Oberwasser zu gewinnen. So heißt es in diesem sogenannten Framing-Manual: "Auch und gerade in Zeiten, in denen Gegner der ARD deren Relevanz in Frage stellen", gehe es darum, die Aufgaben und Ziele der ARD "gegen die orchestrierten Angriffe von Gegnern" zu verteidigen. Darauf fragte *Bild.de*: "Sieht sich die ARD in einem Krieg gegen ihre kritischen Zuschauer?"

Framing ist ein Forschungsfeld aus der Linguistik, bei dem es im Kern um die Frage geht, wie bestimmte Sprachmuster, vor allem Metaphern, einen Deutungsrahmen setzen - also letztlich das Denken und auch das Handeln steuern. Es bedeutet, daß Themen in einen Kontext eingebettet werden, der bei den Empfängern bestimmte Assoziationen hervorruft. Ein Beispiel: Es ist ein Unterschied, ob man eine Infrastrukturabgabe als Pkw-Maut oder als Ausländer-Maut bezeichnet.

Das Gutachten enthält Sprachregelungen für Mitarbeiter und ruft dazu auf, Begriffe zu verwenden, mit denen die ARD positiv dargestellt wird. Über den Rundfunkbeitrag heißt es in dem Papier, dies sei keine "Zwangsabgabe" oder "Zwangsgebühr" (so nennen Kritiker der ARD das, was früher GEZ-Gebühr genannt wurde), sondern "unsere finanzielle Beteiligung". Die Arbeit der ARD sei "von moralischen Prinzipien getragen", überzeugt von der eigenen "moralischen Notwendigkeit für das gesellschaftliche Miteinander".

Kritik am Papier kam - man höre und staune - selbst vom WDR-Rundfunkrat: Das Papier sei "keine vernünftige Grundlage für eine Diskussion", sagte die Europa-Parlamentarierin Petra Kammerevert (SPD) bei der Gremiensitzung. Es enthalte nicht mehr zeitgemäße "linke Kampfbegriffe". ...

*_ Der Text basiert auf einem Vortrag bei der AfD Vorpommern-Greifswald am 20. Juni 2019. Enrico Komning (*1968) ist Rechtsanwalt und Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises.<< Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 08/2019 berichtet im August 2019: >>Die*

Demokratiesimulation hakt

_ von Martin Sellner

Meinungsterror in Absurdistan: Je stärker die Herrschenden die Zügel anziehen, desto mehr offenbaren sie ihre totalitäre Fratze. Darin liegt eine Chance für freiheitliche Patrioten.

In den letzten 14 Monaten fanden bei mir drei Hausdurchsuchungen statt. Jedes Mal drang die Staatsmacht in meine Wohnung ein und nahm mir alle elektronischen Geräte - auch mein Handy - ab. ...

Der oberösterreichische Polizeichef sekundierte in der Kronen-Zeitung: "Pures Strafrecht hat bisher noch nicht gegriffen." Daher müsse man sich andere Wege gegen die "Einnistung" der Identitären überlegen. Damit bediente sich der Mann fast haargenau der Wortwahl, die das frühere DDR-Ministerium für Staatssicherheit in ihrer "Richtlinie zur Zersetzung" verwendete.

Die Diktatur der Clowns

Unterdessen feiert das Feuilleton die Gesetzesbrecherin Carola Rackete, der in Italien zu Recht der Prozeß wegen Schlepperei gemacht werden soll. Asylanten dürfen nicht als "Goldstücke", Deutsche aber als "Kötterasse" bezeichnet werden. Hakenkreuzschmierereien auf AfD-Büros gelten als rechte Straftaten, die CDU ruft dazu auf, Rechten die Grundrechte zu entziehen. Und der Grapscher und syrische Migrant Aras Bacho verkündet auf Twitter, "Urlaub in Syrien" machen zu wollen, um seinen "Kopf freizukriegen".

Deswegen wird unsere Gegenwart von zynischen Stimmen als "Clown World" bezeichnet - eine surreale Clown-Welt, in der alles möglich ist und der Wahnsinn Methode hat. Inmitten von Klima-Greta, viralen Rezo-Videos, Kinder-Drag-Queens, Abtreibungspartys, Massenvergewaltigungen, Internetzensurgesetzen und antipatriotischen Algorithmen fällt es manchmal

schwer, einen kühlen Kopf zu bewahren. Man fühlt sich machtlos, überwältigt von Wahnsinn, Frechheit, Gemeinheit und Heuchelei unserer Gegner.

Jedes System muß seinen Totalitarismus verstecken und leugnen, daß es eine echte Opposition gibt. Nur so kann die Zone der Gleichgültigkeit aufrechterhalten werden, die die Säule einer jeden Diktatur ist. Es ist der Raum der Demokratiesimulation, in der jeder Bürger gemütlich vor sich hin leben kann, ohne etwas von Widerstand und Repression mitzubekommen. Deswegen lief sowohl im NS- als auch im Sowjetreich die Kino-Industrie auf Hochtouren - noch bis kurz vor dem Untergang. Gedreht wurden nicht nur Propagandaschinken, sondern auch unpolitisch wirkende Unterhaltungsfilme.

Heute schwindet diese Zone der Gleichgültigkeit Tag für Tag und macht Platz für die wahnwitzige Clown-Welt. Unseren Gegnern wird aber die Dialektik von Autorität und Sanktion auf die Füße fallen: Je mehr sie an der Repressionsschraube drehen, desto weniger Arbeitsspeicher bleibt für die Demokratiesimulation übrig. ...

Martin Sellner ist Kopf der Identitären Bewegung Österreich. 2017 erschien sein Buch "Identitär! Geschichte eines Aufbruchs" (Verlag Antaios) ... <<

16.09.2019

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 16. September 2019 (x1.000/...): >>US-Regierungsberichte zu 9/11 widerlegt: WTC 7 wurde gesprengt

Von *Daniele Ganser*

Kann ein 186 m hohes Gebäude mit einer massiven Stahlskelettkonstruktion in nur sieben Sekunden durch Brand einstürzen? Diese offizielle Theorie des Einsturzes von WTC 7 am 11.09.2001 in New York wurde nun durch fundierte Forschungsergebnisse eindeutig widerlegt. ...

Der Schweizer Historiker und Friedensforscher Dr. phil. Daniele Ganser veröffentlichte am 7. September 2019 im Online-Magazin Rubikon einen Artikel mit neuen fundierten Forschungsergebnissen zu den Terroranschlägen am 11. September 2001 in New York. Diese wissenschaftlichen Ausarbeitungen widerlegen die offiziellen Darlegungen der US-Regierung ganz grundsätzlich.

Hören sie nun den leicht gekürzten Artikel von Dr. Ganser, der unter den Bedingungen einer Creative Commons frei weiterverbreitet werden darf:

Die Sprengung

Die Geschichte der Terroranschläge vom 11. September 2001 muß neu geschrieben werden, denn nun ist belegt: WTC 7 wurde gesprengt. Am 11. September 2001 ereignete sich in den USA der bisher größte Terroranschlag der Geschichte mit rund 3.000 Toten. Die meisten Menschen glauben, beeindruckt durch das Fernsehen, daß damals in New York nur zwei hohe Türme eingestürzt sind. Aber das stimmt nicht, es waren drei. Nämlich die bekannten, über 400 Meter hohen Zwillingtürme WTC 1 und WTC 2 sowie das 186 Meter hohe WTC 7.

Im Unterschied zu den Zwillingtürmen war WTC 7 zuvor nicht durch ein Flugzeug getroffen worden. Trotzdem stürzte die massive Stahlskelettkonstruktion in nur sieben Sekunden um 17:20 Uhr ein. Der Einsturz setzte plötzlich, ohne erkennbare Vorzeichen, ein und erfolgte vollständig in den eigenen Grundriß. Der Einsturz von WTC 7 kann nur zwei mögliche Ursachen haben: Feuer oder kontrollierte Sprengung. Während den ersten zweieinviertel Sekunden fiel der Turm mit seinen 47 Stockwerken im freien Fall, also ohne jeden Widerstand mit Erdbeschleunigung nach unten.

Das Hochhaus WTC 7 bewegte sich also für 25 Meter auf seiner gesamten Breite genauso schnell nach unten wie ein Fallschirmspringer ohne Fallschirm, der vom Dach des Gebäudes springen würde. Wie ist das möglich? Wie kann ein Stahlskelettbau mit 81 starken, senkrechten Stahlsäulen plötzlich in den freien Fall übergehen? Zu dieser wichtigen Frage wurde nun die Antwort gefunden.

Am 3. September 2019, fast 18 Jahre nach dem Terroranschlag, hat der US-Bauingenieur Dr. Leroy Hulsey von der Universität Alaska Fairbanks (UAF) eine 114 Seiten lange fundierte Studie zum Einsturz von WTC 7 veröffentlicht, welche von der NGO *Architects & Engineers for 9/11 Truth* und deren Präsident Richard Gage in Auftrag gegeben worden war. Die Hulsey-Studie kommt nach vier Jahren Untersuchung zu einem klaren und eindeutigen Ergebnis: "Feuer hat den Einsturz von WTC 7 nicht verursacht. Der Einsturz des Gebäudes kann nur durch das praktisch gleichzeitige Versagen aller Säulen erklärt werden", so der Bericht.

Obschon das Wort "Sprengung" im Bericht nirgends vorkommt, ist der Befund von Hulsey eindeutig und überzeugend: WTC 7 wurde gesprengt. Dieses Forschungsergebnis ist eine Sensation. Die ganze Geschichte zum Terroranschlag vom 11. September 2001 und zu dem darauffolgenden Krieg der USA gegen Afghanistan, der am 7. Oktober 2001 begann und bis heute andauert, muß neu geschrieben werden. Auch die Bundeswehr, die am Afghanistankrieg teilnimmt, muß darüber nachdenken, was die Sprengung von WTC 7 bedeutet. Schon seit einigen Jahren wird über den Einsturz von WTC 7 diskutiert.

In England sorgte damals Reporterin Jane Standley vom BBC, die am Tag der Anschläge live aus New York über den Einsturz von WTC 7 berichtete, für Verwirrung. Sie berichtete am 11. September 20 Minuten zu früh über den Einsturz von WTC 7, das Gebäude stand noch und war hinter ihr klar zu sehen. "Das war ein Fehler", sagte Jane Standley später. Auch BBC-Nachrichtenchef Richard Porter entschuldigte sich 2008 für das Versehen.

Als ich vom Einsturz hörte, schaute ich mir die verfügbaren Videos im Internet an. Ich war damals Senior Researcher an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich und kontaktierte 2006 erfahrene ETH Dozenten für Baustatik und Konstruktion. "Nach meiner Meinung ist das Gebäude WTC 7 mit großer Wahrscheinlichkeit fachgerecht gesprengt worden", erklärte mir damals Hugo Bachmann, emeritierter ETH-Professor für Baustatik und Konstruktion.

Auch Jörg Schneider, ebenfalls emeritierter ETH-Professor für Baustatik und Konstruktion, deutet die vorhandenen Daten so, daß "das Gebäude WTC 7 mit großer Wahrscheinlichkeit gesprengt wurde." Diese Aussagen werden nun durch den Hulsey-Bericht bestätigt.

Auch in Deutschland wird seit Jahren über WTC 7 diskutiert. Der Physiker Ansgar Schneider hat das plötzliche und gleichzeitige Nachgeben aller 81 Stahlsäulen zu Recht als "extrem erstaunlich" eingestuft. "Können Sie mir nun eine wissenschaftliche Erklärung geben, wie einzelne, lokal begrenzte Brände es ermöglichen, daß sich die Stahlstützen am östlichen Ende mit denen 100 Meter weiter westlich absprechen, um gleichzeitig nachzugeben?", fragt Schneider in einem Interview, das von Rubikon publiziert wurde. Nur eine absichtliche Zerstörung des Gebäudes könne dies erklären.

In den USA ist die Debatte über WTC 7 schwierig. Im Abschlußbericht zum Terroranschlag von Thomas Kean und Lee Hamilton, der am 22. Juli 2004 der Öffentlichkeit präsentiert wurde, fehlt der Einsturz von WTC 7 völlig. Dieser Bericht kann daher nicht ernst genommen werden, da nicht einmal die Anzahl der eingestürzten Hochhäuser stimmt. "Die Kommission hat ein unangenehmes Problem - die Erklärung, wie WTC 7 praktisch im freien Fall einstürzen konnte - so umgangen, indem sie den Einsturz des Gebäudes einfach nicht erwähnte", protestierte damals der 9/11 Forscher David Ray Griffin.

Danach hat die US-Regierungsbehörde National Institute of Standards and Technology (NIST) in einem anderen Bericht, der am 21. August 2008 publiziert wurde, behauptet, WTC 7 sei wegen Feuer eingestürzt. Der Hulsey-Bericht zeigt nun, daß dies nicht die Wahrheit ist. ... Feuer kann nicht der Grund für den Einsturz dieses Hochhauses gewesen sein. WTC 7 wurde gesprengt.

Der US-Mathematiker Peter Michael Ketcham, der von 1997 bis 2011 am NIST gearbeitet

hatte, aber nicht an der WTC 7-Untersuchung beteiligt gewesen war, hat im August 2016 angefangen, die NIST-Berichte zu lesen. "Ich wurde schnell wütend. Erstens über mich selber: Wie konnte ich so viele Jahre am NIST arbeiten und dies nicht bemerken? Zweitens wurde ich wütend über das NIST", erinnert sich der Mathematiker Ketcham. "Je länger ich nachforschte, desto klarer wurde mir, daß das NIST eine vorgefaßte Schlußfolgerung präsentierte und dafür die Fakten ignoriert und weggelassen hat."

Der Hulseley-Bericht hat die Vertuschung des NIST nun aufgeklärt und damit einen äußerst wichtigen Beitrag zur Aufklärung der Terroranschläge vom 11. September 2001 geleistet. [https://www.rubikon.news/artikel/die-sprengung ...](https://www.rubikon.news/artikel/die-sprengung...) *Dr. phil. Daniele Ganser*<<

19.09.2019

BRD: Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet am 19. September 2019 (x1.110/...): >>Wie eine Rechtspflicht zur Souveränitätsaufgabe konstruiert und das Volk zum "Mythos" gemacht wird

Eine Schar jüngerer einflußreicher Juristen - mit der Macht gut vernetzt und der Idee eines europäischen Superstaates verpflichtet - stellt die grenzenlose Zuwanderung und die damit verbundenen Souveränitätsverluste des eigenen Staates als rechtliche Verpflichtung dar, gegen die auch das deutsche Grundgesetz keine Möglichkeit der Selbstbehauptung eines "mythischen" deutschen Volkes bietet. Die fortgesetzten Rechtsbrüche der Bundesregierung seien keine, es bestehe eine "Herrschaft des Rechts".

Im vorigen Artikel wurde nachgewiesen, daß dem deutschen Asylrecht nach Art. 16a GG und § 18 Asylgesetz, das eine Grenzkontrolle und Zurückweisung aller Asylbewerber aus sicheren Drittstaaten vorschreibt, die EU-rechtlichen Bestimmungen des Schengener Abkommens und der Dublin III-Verordnung nicht entgegenstehen. Eine weitere Behandlung des Themas wäre daher eigentlich überflüssig.

Aber selbst dann, wenn das EU-Recht zwingen würde, Personen, die in Deutschland Asylanträge stellen wollen, trotz Grenzkontrollen jederzeit über die Grenzen einzulassen, dürfte die Bundesregierung dieses Europarecht nach Auffassung vieler Staatsrechtler wie Paul Kirchhof, Udo Di Fabio, Hans-Jürgen Papier, Rupert Scholz u.a., in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, nicht anwenden, weil es den Verfassungsgrundsätzen der Eigenstaatlichkeit und des Demokratieprinzips widerspräche, die dem gesamten EU-Recht vorgehen und von ihm nicht verdrängt werden können.

Damit sind so wesentliche Fragen des Selbstverständnisses des deutschen Volkes, seiner staatlichen Verfaßtheit und seiner Existenz verbunden, daß es außerordentlich wichtig ist, auf diese Thematik noch näher einzugehen.

Erhaltung der Eigenstaatlichkeit

Deutlich haben Verfassungsrechtler den Verfassungsgrundsatz der Eigenstaatlichkeit formuliert. Z.B. Prof. Udo Di Fabio, ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht:

"Der Bund (der deutsche Bundesstaat) hat im Rahmen seiner Kompetenzen dafür Sorge zu tragen, daß elementare Gefährdungen für den Bundesbestand unterbleiben und wirksam abgewehrt werden. Dem kann pauschal nicht entgegengehalten werden, die Bundesregierung sei aus Gründen des Schutzes der Menschenwürde zu Grenzöffnungen verfassungsrechtlich verpflichtet. Das Verfassungsrecht hat mit Art. 16a GG zwar eine klare Entscheidung für das Grundrecht auf Asyl getroffen; es gewährt gem. Abs. 2 aber kein subjektives Recht bei Einreise über einen sicheren Drittstaat."

"Das Grundgesetz garantiert jedem Menschen, der sich auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland befindet und ihrer Herrschaftsgewalt unterworfen ist, eine menschenwürdige Behandlung (Art. 1 Abs. 1 GG). Das Grundgesetz garantiert jedoch nicht den Schutz aller Menschen weltweit durch faktische oder rechtliche Einreiseerlaubnis. Eine solche unbegrenzte Rechtspflicht besteht auch weder europarechtlich noch völkerrechtlich. Entsprechende unbe-

grenzte Verpflichtungen dürfte der Bund auch nicht eingehen."

"Das Grundgesetz setzt die Beherrschbarkeit der Staatsgrenzen und die Kontrolle über die auf dem Staatsgebiet befindlichen Personen voraus."

Der Staats- und Europarechtler Dr. habil. Ulrich Vosgerau konstatiert noch pointierter:

"Nach der Lissabon-Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts findet die Anwendung des Europarechts seine Grenze in der hierbei jedenfalls zu wahren Eigenstaatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland; (nach geltendem Verfassungsrecht) darf Deutschland nicht zu einem bloßen Bundesland oder gar zu einer Verwaltungsprovinz eines gesamteuropäischen De-facto-Großstaates werden."

Zur eigenen Staatlichkeit gehöre wesentlich die effektive Kontrolle des Zugangs zum Staat über die Grenzen. Dies sei gerade in Zeiten besonders wichtig, wo bei dem Ansturm großer Massen von Flüchtlingen und Migranten mit der Kontrolle der Grenzen faktisch die Kontrolle über die Bevölkerungszusammensetzung zusammenfalle. Denn es entziehe sich heute die Abschiebung unerwünschter Ausländer aufgrund der vielfältigen grundrechtlichen, menschenrechtlichen und völkerrechtlichen Bindungen der Bundesrepublik Deutschland mitsamt der mit ihnen verbundenen Verfahrens- und Rechtsweggarantien inzwischen weithin der staatlichen Kontrolle und der demokratischen Steuerung.

"Wer einmal drin ist, wird mit aller Wahrscheinlichkeit bleiben, jedenfalls wird er ohne seinen Willen kaum je mehr zum Verlassen des Landes gezwungen werden können, und über kurz oder lang wird er auch seine Familie nachholen können und dürfen. Die Frage nach dem "Ob" der Einwanderung ist letztlich und meistens in Deutschland mit dem Grenzübertritt bereits entschieden; kontrollieren kann und darf Deutschland derzeit nur diesen Grenzübertritt."

Daher dürfe die Regierung auf die Kontrolle der Grenzen und die Anwendung des deutschen Asylrechts, das eine Zurückweisung aller, die bereits aus sicheren Drittstaaten kommen, nicht verzichten.

Gegenpositionen aus Rechtspositivismus

Die Verkünder eines grenzenlosen EU-Rechts wissen, daß da von Staatsrechtlern gewichtige Argumente geltend gemacht werden, die nicht leicht zu zerpfücken sind. In einem Buch, auf das wir schon im vorigen Artikel eingegangen sind, haben sich mit Stephan Detjen, Chefkorrespondent des Deutschlandfunks, und Maximilian Steinbeis, Betreiber von "verfassungsblog.de", zwei lautstarke und einflußreiche EU-Rechts-Enthusiasten, die eine Schar Gleichgesinnter hinter sich wissen, zur Aufgabe gemacht, dagegen mit den verschiedensten Mitteln vorzugehen.

Auffallend ist, daß sie ganz nach journalistischer Manier stets die Persönlichkeit der Staatsrechtler ironisierend und diskreditierend in ein schiefes Licht stellen, um damit zugleich auch indirekt ihre Argumentation zu schwächen.

Die Autoren sind Verfechter eines EU-Bundesstaates und Vertreter des Rechtspositivismus, einer Rechtstheorie, die für Entstehung, Durchsetzung und Wirksamkeit von Rechtsnormen allein deren positive Setzung (auch Gewohnheit) voraussetzt und keine außergesetzlichen, übergeordneten Rechtsquellen und Maßstäbe wie z.B. das Naturrecht anerkennt.

Daher üben sie grundsätzliche Kritik an der deutschen Rechtswissenschaft und Staatsrechtslehre, die seit jeher ein "zutiefst romantisches Projekt" sei, indem sie sich nicht gern mit dem zufrieden gebe, "was ihr der Gesetz- und Verfassungsgeber an geltendem, positivem Recht hinstellt", sondern "dahinter nach dem Idealen und Eigentlichen" suche. Das demonstrieren sie an einem historischen Beispiel:

"Nach dem Untergang des alten Reiches 1806 waren es Professoren an den vielen verschiedenen Landesuniversitäten des zersplitterten Deutschlands, die aus der föderalen, vielfach noch absolutistisch und polizeistaatlich geprägten Vielfalt des öffentlichen Rechts sowie dem vergleichenden Studium anderer Verfassungsordnungen ein 'allgemeines Staats- und Verwal-

tungsrecht' extrahierten - 'ein Recht, das als solches nirgends galt', das aber die ersehnte liberale Einheit Deutschlands sozusagen vorwegnahm.

Das war ein sehr deutsches Vorhaben. In keinem anderen europäischen Land wäre es der Rechtswissenschaft eingefallen, geschweige denn gelungen, sich in dieser Weise an Gesetzgeber, Bürokratie, Justiz und Anwaltschaft vorbei selbst zum Ausgangs- und Fluchtpunkt der Verfassungsordnung zu machen."

Das verstehen Positivisten offenbar nicht. Dieses "sehr deutsche Vorhaben" ist eben Ausdruck der spezifisch deutschen Kultur, die nicht auf das Pragmatische geht, sondern zur Erkenntnis des Grundes und der Quellen des Rechts strebt. In Deutschland haben sich immer wieder Rechtswissenschaftler und auch Philosophen wie Hegel und Fichte Gedanken über die Ursprünge des Rechts gemacht.

Denn das Recht ist Teil der allgemeinen Moral, der ethisch-sittlichen Auffassungen der Menschen, und es bedarf immer der Überlegung, an welchen Punkten diejenigen moralischen Prinzipien, die besonders grundlegend für die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens sind, aus der Freiheit des Handelns herausgenommen und der allgemeinen Verbindlichkeit unterworfen werden müssen. Dieses ideale, noch nicht gültige Recht muß der Gesetzgebung vorausgehen, die aus ihm zu schöpfen hat. In ihm muß das Recht fortentwickelt werden, und aus ihm heraus müssen auch Interpretationen des gesetzlichen Rechts erfolgen.

Gesetztes Recht, das nicht aus diesen Quellen geschöpft wird, sondern pragmatisch funktional den politischen Willen der Herrschenden ausführt, verliert den Zusammenhang mit der Moral, so daß Recht und Gerechtigkeit auseinanderdriften - ein Kennzeichen des Positivismus.

Diese Rolle, das öffentliche Recht fortzuentwickeln, hätten ab 1949 in der Bundesrepublik zum Leidwesen der Rechtswissenschaft zwar weitgehend das Bundesverwaltungsgericht und vor allem das Bundesverfassungsgericht übernommen, "was aber erhalten blieb, war der Drang zur Eigentlichkeit jenseits des geltenden positiven Rechts. So bestand etwa die bundesdeutsche Verfassungsdoktrin bis zuletzt darauf, daß hinter der vom Grundgesetz verfaßten realen Bundesrepublik der eigentliche Nationalstaat weiter fortexistiere - das Deutsche Reich nämlich."

Zusehends sei die Staatlichkeit der Bundesrepublik selbst zu etwas geworden, das theoretisch gegen das positive Verfassungsrecht habe in Stellung gebracht werden können. Der Bonner Staatsrechtler Josef Isensee habe es deutlich formuliert: Die "Entscheidung der Verfassung, die allen anderen ihrer Entscheidungen voraus liegt und sich in ihnen aktualisiert", sei die "Entscheidung zur Staatlichkeit. Sie ist das Basisprinzip der Verfassung".

Danach sei, so die Autoren, der Staat "selbst die Norm. Und zwar vor der Verfassung." (S. 103). -

Doch eine Eigenstaatlichkeit Deutschlands als Verfassungsprinzip, das es gegen alle Wechselfälle normierten Rechts zu erhalten gelte, gibt es für sie nicht.

Das Irrige des Prinzips der Staatlichkeit vor der Verfassung zeige sich insbesondere an der neuen Rechtsrealität der Europäischen Union, die sich immer mehr ins Bewußtsein der Staatsrechtslehrer geschoben habe und "ihre Doktrin von der Staatlichkeit als Verfassungsvoraussetzung massiv auf die Probe stelle". Bis dahin habe das Europarecht den meisten deutschen Staatsrechtlern als eine Domäne von Sonderlingen gegolten. "Doch jetzt ließ sich die Realität einer neuen supranationalen Verfassungsordnung in Europa nicht länger ignorieren."

Soll wohl heißen, daß diese immer mehr die nationalen Verfassungen verdrängen werde. Denn das Recht wird ihrer Meinung nach sozusagen über die Grenzen hinweg stets nur "im Austausch von Argumenten, Praktikabilitäten und Zielvorstellungen geformt". (S. 14) Es ist also jeweiliges Ergebnis politischer Prozesse, politischen Willens der internationalen Eliten. Recht als Mittel der Machtpolitik.

Auch der amtierende Präsident des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle, Vertreter

einer liberalen Denkschule, habe die Vorstellung, "daß Staatlichkeit sich vor allem über Grenzen und ein Staatsvolk definiere, neunzehntes Jahrhundert" genannt. (S. 128)

Die Dominanz des Eigenstaatlichkeits-Flügels im öffentlichen Recht sei, so meinen die Autoren, ab den 90er Jahren, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und seiner europapolitischen Konsequenzen, allmählich und dann immer schneller geschwunden.

Eine jüngere Generation von Verfassungsjuristen habe an Einfluß gewonnen, die zumeist einen Teil ihres Studiums in London, Harvard, Chicago oder Yale verbracht und von dort nebst allerlei Critical Legal Studies (neue kritische Rechtstheorie) und Law and Economics (ökonomische Analyse des Rechts) die Erkenntnis mitgebracht habe, wie sehr die Fixierung auf den Staat als Rechtsmaßstab politischen Handelns eigentlich "eine deutsche Marotte" sei, die man im Ausland niemandem erklären könne. Die Erkenntnisse dieser jüngeren Generation seien jetzt "zum Mainstream in der Staatsrechtslehre" geworden. - Ihnen ist eben das spezifisch deutsche Rechtsbewußtsein abtrainiert worden.

Demokratieprinzip und Volksidentität

Die Eigenstaatlichkeit hängt unmittelbar mit dem dahinter stehenden Volk zusammen, das sich im Staat einen rechtlichen Rahmen bildet. Das Recht auf Eigenstaatlichkeit ist das Recht des Volkes als Träger der Demokratie, sich eine eigene, ihm angemessene und von ihm bestimmte staatliche Verfaßtheit zu geben. Das Volk darf daher in seiner Identität nicht beeinträchtigt oder gar verdrängt werden. So schreibt der Staatsrechtler Ulrich Vosgerau dazu:

Auch das Demokratieprinzip des Volkes werde durch eine unionsrechtliche Pflicht "zum ungehinderten Einlaß von De-facto-Einwanderern (mögen sie auch sprachlich als Asylanten, Flüchtlinge, Schutzsuchende usw. bezeichnet werden)" verletzt. Dieses besage, daß die Gestaltung der inneren Angelegenheiten eines Landes aufgrund von Legitimationsketten auf Wahlentscheidungen des Volkes zurückgeführt werden müsse.

In einer Demokratie müsse letztlich das Volk - wenn auch vielfältig vermittelt - das Wesen der staatlichen Gemeinschaft prägen. Und es lasse sich schlechterdings nicht bestreiten, daß nichts das Wesen einer konkreten staatlichen Gemeinschaft so zwingend und so unverkennbar präge wie eben gerade die Bevölkerungszusammensetzung.

"Wenn also das Wahlvolk selbst auf einen so basalen und so fundamentalen Umstand wie die Bevölkerungszusammensetzung keinen durchgreifenden Einfluß mehr nehmen könnte, und die Auswahl der Personen, mit denen die Deutschen auf eigenem Grund ihr Leben teilen möchten, demokratischen Entscheidungen dieses Volkes für und über sich selbst entzogen wäre, so wäre das im Rahmen von Art. 79 Abs. 3 GG - selbst bei unionsrechtlich überlagerten Sachverhalten - erforderliche Mindestmaß an demokratischer Legitimation unterschritten und die Verfassungsidentität verletzt."

Und der Freiburger Staatsrechtler Prof. Murswiek konstatiert:

"Die Regierung darf nicht die Identität des Volkes, dem sie ihre Legitimation verdankt, strukturell verändern. Das Volk ist das Subjekt der Demokratie. Die Regierung leitet ihre Legitimation von diesem Subjekt ab, aber darf nicht über das Subjekt verfügen.

Indem die Bundeskanzlerin eine Entscheidung trifft, die sich auf die Identität des Volkes und auf den Charakter des Staates als des Nationalstaats dieses Volkes gravierend auswirkt, ohne das Volk zu fragen, macht sie sich selbst zum Souverän. Das ist mit dem Prinzip der Volkssouveränität nicht vereinbar. ...

Solange das Volk ... nicht gefragt worden ist, ob es der Umwandlung Deutschlands in einen multikulturellen Staat zustimmen will, ist eine Politik der für alle wirklichen oder vermeintlichen Flüchtlinge ohne Obergrenze offenen Grenzen mit dem Grundgesetz unvereinbar."

Polemische Gegenargumente

Demgegenüber bestreiten die Autoren überhaupt die Existenz eines Volkes vor der Verfassung. Erst mit der Verfassung, die sich eine Menschengruppe gebe, entstehe ein Volk. "De-

mokratie heißt Selbstbestimmung des Volkes: Maßgeblich dafür, was und wer zum Volk dazu gehört, ist nicht die Natur, nicht die Kultur und nicht die Tradition, sondern allein die Verantwortung des Demos für sich selbst." (S. 157)

Also was das Volk ist und wer dazugehört, ist danach qualitativ durch nichts bestimmt. Es sei schlicht eine Ansammlung von Menschen, die für sich selbst Verantwortung haben und selbst bestimmen, was sie sein wollen. - Ein völlig entleerter Volks-Begriff, der keiner mehr ist.

Hier wird dem Begriff Selbstbestimmung unvermerkt eine andere Bedeutung untergeschoben. Gewöhnlich versteht man darunter: Unabhängigkeit von jeder Art der Fremdbestimmung, das Vermögen, aus dem eigenen Selbst heraus seine Handlungen (eben selbst) zu bestimmen. Die Autoren wenden die Bedeutung in: das eigene Selbst bestimmen, also entscheiden, wer und was man selbst ist. Eine Sophistik von höchstem Raffinesse.

Das Selbst des Menschen, das eigene Wesen, ist als Geschöpf, so wie es ist, von der Natur oder von Gott vorgegeben. Es ist von daher bereits bestimmt. Auch ein Volk, in das wir hineingeboren werden, finden wir als ein bestimmtes Volk vor, wie es sich historisch mit einer bestimmten Art der Kultur, einer bestimmten Sprache entwickelt hat. Es ist nie von Menschen bewußt bestimmt worden.

Das Besondere, wie die Menschen eines Volkes in einer besonderen Weise seelisch konfiguriert sind, daß wir von typisch italienisch, typisch britisch oder typisch deutsch sprechen, wird nicht zwischen den Menschen abgesprochen und bewußt herbeigeführt. Es gibt keine Vereinbarung, daß sich jetzt alle so verhalten wollen, weder irgendwann in der Vergangenheit noch später. Erst recht nicht entspringt die Sprache mit ihrem weisheits- und kunstvollen Aufbau irgendeiner bewußten menschlichen Konstruktion.

Was Vosgerau, "eine akademisch gescheiterte Existenz", und Murswiek, "ein Einzelgänger und Sonderling mit einerseits respektierten wissenschaftlichen Leistungen ... und andererseits politischen Standpunkten, über die selbst Konservative den Kopf schütteln", vorbrächten, sei vom Grundgesetz nicht gestützt, das die Kriterien selbst nicht festlege, wer zum Staatsvolk gehöre und wer nicht. Es überlasse dies dem einfachen Recht. Es gehe also nicht von einem Volk aus, das schon vor der Verfassung bestehe.

Dabei hat jedoch das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil, auf das Murswiek hinweist, es als "die Grundentscheidung" des Parlamentarischen Rates bezeichnet, nicht einen neuen Staat zu errichten, sondern das Grundgesetz als Reorganisation des von Bismarck gegründeten Staates auf einem Teilgebiet zu begreifen. "Dieses Verständnis der politischen und geschichtlichen Identität der Bundesrepublik Deutschland" liege dem Grundgesetz zugrunde.

"Damit kann natürlich", folgert Murswiek treffend, "nicht eine politische Identität mit überwundenen und überlebten Verfassungen und Regimes gemeint sein, sondern nur die Identität des Staates als desjenigen Staates, in welchem sich das deutsche Volk als durch seine Geschichte, Kultur und Sprache geprägte politische Willensgemeinschaft organisiert hat."

Die Abgeordneten des Parlamentarischen Rates hätten sich auch auf das "unvernichtbare Recht des deutschen Volkes auf eigene Gestaltung der Formen und Inhalte seiner politischen Existenz" berufen, wie ein Abgeordneter formuliert habe, und ein anderer: "Als ein Volk einheitlicher Kultur und Geschichte, einheitlicher Sprache und einheitlicher Grundgesinnung wollen wir diese Gemeinschaft auch in der staatspolitischen Ebene wieder werden."

Daher heißt es ja auch in der Präambel des Grundgesetzes, daß "sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben" habe. Das durch Geschichte und Kultur geprägte Volk geht also selbstverständlich der Verfassung voraus.

Das Verschwinden des Volkes

Doch dies ignorieren die Autoren geflissentlich und nehmen nun das alte Argument aufs Korn, die Zugehörigkeit zum Volk sei durch gemeinsame Abstammung bestimmt. Und triumphierend berufen sie sich auf ein frisches Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Januar

2017, in dem die NPD als verfassungsfeindlich charakterisiert wurde, weil sie ausschließlich nach ethnischen Kriterien bestimme, wer Deutscher sei und sein könne.

"Das Grundgesetz", schreibt das Gericht in der Begründung, "kennt einen ausschließlich an ethnischen Kategorien orientierten Begriff des Volkes nicht." Das Volk, von dem nach Art. 20 GG alle Staatsgewalt ausgeht, bestehe aus denen, die die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten haben und ihnen nach Art. 116 Gleichgestellte. "Wer die deutsche Staatsangehörigkeit erwirbt, ist aus Sicht der Verfassung unabhängig von seiner ethnischen Herkunft Teil des Volkes." Der Träger der deutschen Staatsgewalt sei durch die Gesamtheit der deutschen Staatsangehörigen zu definieren. (S. 173)

Daraus schließen die Autoren: "Im demokratischen Verfassungsstaat beantwortet sich das Volk selbst die Frage, wer es ist und sein will, durch seine Verfassung und daraus abgeleitete Gesetze. Wodurch auch sonst?" Ohne Verfassung seien die Deutschen, was immer sie sonst verbinde, nur ein Haufen Leute, die sich voneinander überhaupt nichts sagen zu lassen brauchen.

"Das Volk als verfassungsgebende Gewalt, als reale, natürliche Einheit von Menschen und der Verfassung vorgelagerte und übergeordnete Macht ist ein Mythos im ganz buchstäblichen Sinne: eine Schöpfungs- und Gründungserzählung, die nicht wahr sein muß, um ihren Zweck zu erfüllen, nämlich Identität zu stiften und die Möglichkeit, den eigenen Anfang und sein Dasein in der Zeit zu begreifen. Dem verfaßten Volk hat dieses mythische verfassungsgebende Volk nichts zu befehlen - dafür hat es sich schließlich zu einem Staat verfaßt."

Der Denkfehler ist offensichtlich. Wenn das Volk keine reine Abstammungsgemeinschaft ist, so ist es damit nicht verschwunden. Es muß vorhanden sein, wenn Aufgenommene, die die Staatsangehörigkeit erwerben, damit "Teil des Volkes" werden. Und wenn es keine ethnisch-physische Gemeinschaft ist, dann muß es eine sein, in der die Menschen durch seelische Gemeinsamkeiten miteinander verbunden sind.

Das Volk ist also eine Seelen- oder Kultur- und Sprachgemeinschaft, die sich in einer spezifischen Art der Dichtung und Literatur, der Musik und Malerei, Philosophie und Wissenschaft, der religiösen Auffassung und auch einer besonderen Art der Rechtsgestaltung real wirksam auslebt. Das ist eine kulturhistorisch gewachsene und nachgewiesene Realität. Es ist nicht erst dann etwas real vorhanden, wenn es rechtlich gefaßt ist.

Die seelisch-geistige Gemeinschaft des Volkes für sich betrachtet, ist noch keine verfaßte Rechtsgemeinschaft. Sie bildet sie sich für die zwischenmenschlichen Beziehungen erst aus. Wer auch sonst? Das ist die Auffassung des Grundgesetzes, wenn es in der Präambel heißt, daß "sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben" habe.

Daß sich das Volk erst mit der Verfassung bilde, ist die Phantasie von halbgebildeten juristischen Philistern, für die die Wirklichkeit nur aus Paragraphen besteht, für die ein Mensch auch erst existiert, wenn er dies durch eine rechtliche Urkunde nachgewiesen hat. Daß ein der Verfassung vorgegebenes Volk in den Bereich der mythischen Erzählung gehöre, ist ihre eigene mythische Erzählung, die mit der Realität nichts zu tun hat.

Die Erhaltung des Volkes als Kultur- und Sprachgemeinschaft erfordert, daß jemand, der in die Volksgemeinschaft aufgenommen werden und die Staatsbürgerschaft erwerben will, sich zuvor nicht nur in die Arbeitswelt, sondern vor allem in das kulturelle Leben des Volkes wirklich integriert hat. Dies muß Voraussetzung der Staatsangehörigkeit sein. Dies ist ja auch die Auffassung der oben geschilderten Staatsrechtler. Doch diese Integration findet bei der heutigen Massenmigration in hohem Maße nicht statt, weil der Begriff des Volkes als Kulturgemeinschaft weitgehend verloren gegangen ist, auch bei der gegenwärtigen Besetzung des Bundesverfassungsgerichts.

Fazit

Der Verlust des Volksbegriffs als seelische Kulturgemeinschaft geht darauf zurück, daß eben die innere Verbindung zu dieser spezifisch deutschen Kultur verloren gegangen ist. Dies kennzeichnet weitgehend die Angehörigen der herrschenden politischen Klasse. Sie sind formal Deutsche, ohne es in Wirklichkeit zu sein. Im Gegenteil, die meisten hassen das Deutsche und wollen, daß es in einer "multikulturellen" Gesellschaft verschwindet und der deutsche Staat in einem europäischen Superstaat aufgeht. Die Autoren dienen ihnen, ob sie es wissen oder nicht, als servile juristische Handlanger zu diesen beiden Zielen.

Ihre Methode ist, mit sophistischen juristischen Argumentationen den Begriff des Volkes jeglichen qualitativen Inhaltes zu entleeren - ein Prinzip, das der dreisten Vorgehensweise ihrer politischen Führerin Merkel entspricht, als sie sozusagen von oben herab bestimmte: "Das Volk ist jeder, der in diesem Lande lebt."

Mit dieser Neudefinition des Volksbegriffs, aus dem der Inhalt verduftet ist, wird der rechtliche Weg für das reale Verschwinden des Volkes durch die unentwegt fortdauernde Massenimmigration freigemacht, wie es von den Globalisten in UNO und EU beabsichtigt ist.

Mit einer solcherart nicht in einer gemeinsamen Kultur verankerten Bevölkerung ist es dann ein leichtes, den bisher eigenen souveränen Staat in einen übernationalen EU-Staat aufgehen zu lassen, in dem die sich selbst bestimmende freie Individualität vollends ausgeschaltet wird.

...<<

26.09.2019

BRD: Die deutsche WDR/SWR-Fernsehsendung "Planet Wissen" berichtet am 26. September 2019 (x1.026/...): >>**Blackout in Deutschland - ohne Strom mit Folgen**

Von *Jens-Steffen Scherer*

Ein flächendeckender Stromausfall ... (würde) unsere verwundbarsten Stellen treffen. Zu groß ist unsere Abhängigkeit von Strom. Entsprechend dramatisch wären die Folgen, selbst wenn uns für nur wenige Tage der Saft ausgeht. ...

Die ersten Minuten nach dem Blackout

Unmittelbar nach dem Eintreten des Blackouts in Deutschland kommt es zum Ausfall aller Kommunikationsnetze. Weder Internet noch Fernsehen funktionieren; und auch wenn Handys noch für einige Stunden Akku haben, besitzen sie dennoch keinen Netzempfang. Als einzige Informationsquelle bleibt vorerst nur das batteriebetriebene Radio.

Durch den Ausfall aller Ampeln und Beleuchtungen kommt es auf den Straßen außerdem unmittelbar zu vielen Autounfällen und Verletzten. Der Blackout verursacht schon nach wenigen Minuten die ersten Todesopfer.

Am Bankautomaten läßt sich kein Geld mehr abheben und die Zahlung per EC-Karte ist nicht mehr möglich. In den Krankenhäusern springen die Notstromaggregate an, um den Betrieb lebensnotwendiger Maschinen zu gewährleisten. Mit jeder weiteren Stunde führt das allgemeine Chaos in den meisten Bereichen zu Personalmangel.

... Durch den Ausfall der Ampeln kommt es zu vielen Verkehrsunfällen.

Ein Tag nach dem Blackout

Nach 24 Stunden wächst die Verunsicherung in der Bevölkerung. Polizei und Feuerwehr versuchen an möglichst vielen Orten Patrouille zu fahren, um die Menschen zu informieren und - wenn möglich - die größten Notfälle per Analogfunk an die Zentrale weitergeben zu können.

Mit dem restlichen Bargeld werden Supermärkte leergekauft. Gleichzeitig geben die letzten Akkus von Laptops und Handys ihren Geist auf.

Während in der Industrie viele Anlagen nicht mehr gesäubert oder gekühlt und deshalb beschädigt werden, sterben in den deutschen Mastbetrieben Hunderte Millionen Kühe, Schweine und Hühner, weil sie nicht mehr versorgt werden können.

Zwei Tage nach dem Blackout

Schon nach 48 Stunden ohne Strom wird die Lage kritisch. Es beginnen ernsthafte hygienische Probleme in Krankenhäusern, Altenheimen und auf den Straßen, da die Müll- und Wasserentsorgung nicht mehr gewährleistet ist - es besteht Seuchengefahr.

Die Feuerwehr versucht noch so gut wie möglich die Kanalisation zu spülen. Das Abwasser der Kläranlagen kann nur noch in Flüsse abgeleitet werden.

In den Krankenhäusern werden zudem die Medikamente knapp und die Notstromaggregate haben keinen Diesel mehr, um weiteren Strom zu erzeugen. Die Zahl der Todesopfer steigt.

Drei Tage nach dem Blackout

Nach spätestens drei Tagen gehen vielen Menschen die Lebensmittelreserven aus und durch die nur wenigen verlässlichen Informationen steigt die Ungewißheit in der Bevölkerung weiter. Aus Verzweiflung schließen sich die ersten kleineren Gruppen zusammen, um auf Beutezug nach Nahrung und Wertsachen zu gehen. Die Anzahl an Überfällen und Einbrüchen steigt, auch begünstigt dadurch, daß viele Kriminelle aus den elektronisch gesicherten Gefängnissen entkommen.

... Die Anzahl an Einbrüchen und Überfällen steigt nach einem Stromausfall

Eine Woche nach dem Blackout

Eine Woche nach dem Blackout brechen auch die letzten Notstromversorgungen in den Rechenzentren zusammen. Da die Reaktoren nicht mehr ausreichend gekühlt werden können, drohen in den acht verbleibenden Atomkraftwerken Deutschlands nun die Kernschmelze und damit der Super-GAU. ...<<

September 2019

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 09/2019 berichtet im September 2019: >>Bilderbergs Europa: Die Drahtzieher der neuen EU-Spitze

_ von Daniell Pföhringer

Die Spitzenposten der EU wurden im Hinterzimmer ausgekungelt. Fraglich ist allerdings, ob dies wirklich auf dem letzten Gipfel in Brüssel geschah - oder schon viel früher und noch heimlicher.

Am 16. Juli läuft Nigel Farage in Straßburg zur Hochform auf. In der ersten Sitzung des neuen Europäischen Parlaments wettet die Brexit-Ikone über die "Mauschelei", mit der Ursula von der Leyen als Kandidatin für den Kommissionsvorsitz ausbaldowert wurde. Dennoch sei er "erfreut" über dieses erneute Beispiel Brüsseler Demokratieverachtung. Schließlich werde dadurch der EU-Austritt Großbritanniens noch populärer. "Gott sei Dank verlassen wir diese Union", ruft der englische Haudegen ins Plenum.

Daß die vormalige deutsche Verteidigungsministerin an diesem Tag dann - allerdings sehr knapp, nämlich mit nur neun Stimmen über dem Durst - zur Nachfolgerin Jean-Claude Junkers gewählt wird, liegt auch daran, daß sie die Zustimmung der Abgeordneten der polnischen Regierungspartei PiS, von Viktor Orbans Fidesz und der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung erhält.

Was die Euroskeptiker dazu bewogen hat, ausgerechnet einer linientreuen Kosmopolitin in den Sattel zu helfen, ist unklar. Kompetenzgründe können es kaum gewesen sein. Von der Leyens Bilanz als oberste Dienstherrin der Bundeswehr prädestiniert sie nicht gerade für höhere Weihen: Sie hinterläßt eine Truppe mit Personalmangel und mangelhafter Einsatzfähigkeit, die Kostenexplosion bei der Sanierung der "Gorch Fock" geht auf ihre Kappe, die Beraffäre hat sie schwer belastet.

Ohnehin erscheint das Prozedere ihrer Kür mehr als rätselhaft. Als Königsmacher gilt Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, der von der Leyen wenige Tage zuvor in einer Nachtsitzung der EU-Staats- und Regierungschefs als Kompromißkandidatin aus dem Hut gezaubert haben soll, nachdem klar war, daß weder der christsoziale Manfred Weber noch der Sozial-

demokrat Frans Timmermans ausreichende Rückendeckung erhalten würden.

Doch möglicherweise ist hier nur ein politisches Theaterstück aufgeführt worden, während hinter den Kulissen längst ausgemacht war, daß weder der Bayer noch der Holländer auf den Thron gehoben werden sollen, sondern die Niedersächsin.

Audienz in der Alpenfestung

Szenenwechsel. 11. Juni 2015: Das Interlpen-Hotel Tyrol in Telfs-Buchen gleicht einer Festung. Schwer bewaffnete Einsatzkräfte der österreichischen Polizei schirmen das von Wald umgebene Luxus-Resort ab, Hubschrauber umkreisen das nahe dem beliebten Tiroler Urlaubsort Seefeld gelegene Bergplateau in 1.300 Metern Höhe, während schwarze Nobelkarossen mit verdunkelten Scheiben vorfahren.

Aus einem der gepanzerten Wagen steigt Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen aus. Schnellen Schrittes eilt sie ins Fünf-Sterne-Haus, wo schon andere Gäste warten. Eingeladen hat ein elitärer Klub, der die Öffentlichkeit scheut und seine jährlichen Treffen als private Zusammenkünfte deklariert, obwohl sich dort die internationalen Spitzen aus Politik, Wirtschaft, Finanzwelt, Medien und Hochadel die Klinke in die Hand geben.

Es war das erste Mal, daß von der Leyen an einer Konferenz der Bilderberg-Gruppe teilnahm - und es sollte nicht das letzte Mal gewesen sein. Auch 2016 in Dresden, 2018 in Turin und dieses Jahr in Montreux saß die Merkel-Vertraute am runden Tisch jener Geheimniskrämer, über die der Managementprofessor und Machtforscher Andrew Kakabadse sagt: "Da trifft sich eine Gruppe von Leuten, die ihre Weltsicht und Philosophie durchsetzen will."

Die Teilnahme an einer Bilderberg-Konferenz sei eine Art Türöffner, so der Autor des Buches *Bilderberg People - Elite Power and Consensus in World Affairs*. "Mit einigen der wichtigsten Leute in der Welt zu fraternisieren, ist wie eine Droge. Es befördert die Teilnehmer in die am meisten bewunderten Zirkel der Macht."

Tatsächlich haben sich die Konferenzen der elitären Nadelstreifentruppe - auch für deutsche Politiker - oft als Karrieresprungbrett erwiesen. So nahm Helmut Schmidt 1973 im schwedischen Saltsjöbaden erstmals am Bilderberg-Tisch Platz - ein Jahr später wurde er Bundeskanzler. Ähnlich verhielt es sich mit Helmut Kohl, der 1982 im norwegischen Sandefjord zu Gast war und kurz darauf Amtsinhaber Schmidt durch ein konstruktives Mißtrauensvotum stürzte. Maßgeblich beteiligt daran war Otto Graf Lambsdorff, der mit Kohl zusammen nach Norwegen gereist war. Angela Merkel wurde im Frühjahr 2005 zur Konferenz nach Rottach-Egern geladen und konnte nur wenige Monate danach ins Kanzleramt einziehen.

Von der Leyen ist nicht die einzige neue EU-Spitzenfunktionärin, die vorher bei den Bilderbergern vorstellig wurde. Auch der künftige Ratspräsident Charles Michel nahm 2015 als belgischer Ministerpräsident an der Konferenz in Telfs-Buchen teil, die designierte Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB), Christine Lagarde, machte dem diskreten Machtzirkel als Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF) 2013 im britischen Watford und 2014 in Kopenhagen ihre Aufwartung.

Auch in diesen Fällen kann kaum davon die Rede sein, daß nur die Besten für Brüssel ausgewählt wurden. Michel scheiterte als Regierungschef, Lagarde wurde 2016 von einem französischen Gericht wegen Korruption und Vorteilsgewährung in ihrem früheren Amt als Wirtschaftsministerin verurteilt. Auf eine Strafe wurde allerdings - seltsam genug - wegen ihrer "Persönlichkeit" und ihres "internationalen Ansehens" verzichtet. Offenbar gab auch hier den Ausschlag, daß beide eingefleischte Eurokraten sind - und das liegt genau auf Bilderberg-Linie.

Geburtshelfer Rockefeller

Der verschwiegene Klub der Reichen und Mächtigen war nämlich von Anfang an treibende Kraft hinter der sogenannten europäischen Integration. Der britische Historiker Richard Aldrich, Professor an der Universität Warwick, schreibt in seinem Buch *OSS, CIA and European*

Unity, "daß die Römischen Verträge (die Geburtsurkunde der Europäischen Gemeinschaft von 1957) ihren Ursprung in den Diskussionen bei Bilderberg im Jahr zuvor hatten".

Schon 1948 hatten Allen Dulles, der spätere Chef der CIA, und William Donovan, von 1942 bis 1945 Leiter des CIA-Vorgängers OSS, das American Committee on United Europe (ACUE) gegründet. Der britische Telegraph berichtete im Jahr 2000: "Die Finanzierung der ACUE erfolgte durch die Ford-Stiftung und die Rockefeller-Stiftung sowie durch Konzerne mit engen Verbindungen zur US-Regierung. Der Präsident der Ford-Stiftung, der ehemalige OSS-Offizier Paul Hoffman, war in den 1950er Jahren gleichzeitig Chef des ACUE."

Aldrich stellt fest: "Es ist auffällig, daß die drei wichtigen transnationalen Elite-Gruppen in den 1950ern aufkommen: Die Europäische Bewegung, die Bilderberg-Gruppe und Jean Monnets Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa haben alle dieselben Ursprünge und bekommen aus denselben Gruppen ihre Unterstützung. Obwohl Bilderberg und die Europäische Bewegung im Allgemeinen dieselben Gründer, Mitglieder und Ziele teilten, stellte Bilderberg wohl den effektiveren Mechanismus des transatlantischen Dialogs dar und entwickelte sich zu etwas, was manche als das signifikanteste diskrete Forum für westliche Eliten ansehen."

Die Frankfurter Rundschau ließ ihre Leser am 7. Juni 2010 wissen: "So ist bekannt, daß auf Anraten David Rockefellers bei einer Bilderberg-Konferenz die Trilaterale Kommission gegründet wurde, eine Denkfabrik zur Zusammenarbeit der Wirtschaftsräume Nordamerika, EU und Japan. Laut den Memoiren des Ex-US-Botschafters in Berlin, George McGhee, kam Bilderberg zudem bei der Mitgestaltung der Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) eine wichtige Rolle zu. Und laut dem Ehrenvorsitzenden des Zirkels, dem belgischen Unternehmer Étienne Davignon, geht auch der Euro auf Bilderberg zurück."

Schulden- und Migrantunion

Ist es nun an von der Leyen, Lagarde und Michel, als unheilige Allianz die Eurofizierung und Entnationalisierung im Sinne der Bilderberger voranzutreiben? Diese Vermutung liegt nahe. Mit der Französin an der Spitze der EZB scheint der Weg in Hyperinflation und Enteignung vorgezeichnet. Schon als IWF-Chefin befürwortete sie eine ultralockere und durchpolitisierte Geldpolitik.

So wurde erst vor wenigen Monaten unter ihrer Ägide eine Studie veröffentlicht, in der unter anderem vorgeschlagen wird, daß im Falle der Festsetzung eines negativen Leitzinses durch die Zentralbank auch das Bargeld im gleichen Maße entwertet werden soll. Das veranlaßte den früheren Chef des Münchner Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, zu der Bemerkung, daß "es für Deutschland Zeit" wäre, "den Euro aufzugeben".

Der Liberale Charles Michel trat im Dezember 2018 als belgischer Ministerpräsident zurück, als seine flämisch-nationalistischen Koalitionspartner von der Nieuw-Vlaamse Alliantie verhindern wollten, daß Belgien im tunesischen Marrakesch den UN-Migrationspakt unterschreibt. Mit dieser Haltung ist der Liberale ein idealer Spießgeselle von der Leyens, die gleich nach ihrer Wahl zur Kommissionspräsidentin das europäische Asylsystem in Frage stellte. "Ich habe nie wirklich verstanden, warum Dublin mit der einfachen Gleichung begann: Wo ein Migrant zuerst europäischen Boden betritt, muß er oder sie bleiben", sagte die Christdemokratin und fügte hinzu: "Wir müssen Dublin reformieren, um mehr Fairneß und Lastenverteilung zu erreichen."

Lagarde als Schöpferin der totalen Schuldenunion, Michel und von der Leyen als Vollstrecker der totalen Migrantunion - die Bilderberg-Vision der Vereinigten Staaten von Europa nimmt Gestalt an.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im September 2019 im COMPACT-Spezial Nr. 23 (x345/80-82): >>>Der Freimaurer-Versteher

_ von Jonas Glaser

Wie kaum ein zweiter Autor nutzt Dan Brown in seinen Kriminalromanen Geheimgesellschaften wie die Illuminaten oder Freimaurer zur Erzeugung von Spannung. Geht es ihm dabei lediglich um den Effekt - oder transportiert er eine Botschaft?

Dan Brown versteht sich auf die Wollust des Schreckens.

Freimaurer sind Pop. Auf gleicher Stufe mit den Illuminaten. Wie langweilig wäre Populärkultur ohne dunkle Mächte. Geheimbünde verleihen dem Dasein existentiellen Thrill, liefern mythischen Rohstoff, der jedes Szenario über die Alltagsödnis erhebt. Tod nach Krankheit, im Alter oder bei einem Unfall? Mord aus Habgier, Eifersucht, Haß? Wie langweilig! Wie gewöhnlich! Verschwindet hingegen jemand, weil er verborgenes Wissen eines sinistren Ordens ausplaudern wollte, klingt eine andere Saite an: Geheimnis und Suspense wirken sinnstiftend. Mögen Teufel und Dämonen verstorben sein - eine Gruppe düsterer Kuttenträger tut's im Notfall auch.

Der Nervenkitzel, der Schock, die Gänsehaut sind die Orgasmen einer sinnentleerten Gesellschaft. Mythenumrannte Strippenzieher haben die Funktion finsterer Aphrodisiaka. Soll Mozart etwa mit 36 Jahren an elenden Lebensumständen verstorben sein? Klingt drittklassig! Knalliger kommt es, wenn er ermordet wurde, weil er seine Zauberflöte mit Freimaurerverweisen gefüllt hatte.

Ebenso Stanley Kubrick: Starb der Starregisseur an einem banalen Herzinfarkt? Nicht doch, zwei Tage zuvor hatte er den Schnitt für *Eyes Wide Shut* abgeschlossen: Ein Erotikdrama, das (auch) von einer Geheimloge handelt, angeblich voller Verweise auf Freimaurer-Riten... Wer mag Kubricks Tod da noch für Zufall halten? So bekommen Film und (Ab-)Leben des Filmmachers eine zusätzliche Dynamik.

Die Pyramiden von Washington

Jemand, der diese Dramaturgie beherrscht wie kein Zweiter, ist der US-Schriftsteller Dan Brown. Seine "Aufwertung" der Realität durch geheime Zeichen, Verweise, Andeutungen und Verschwinden verleiht selbst Hochburgen der Langeweile frischen Glanz. Der Erfolg gibt ihm recht: Seine Werke bringen die Kassen der Buchhändler und Kinobesitzer zum Überlaufen, obwohl er auf direkte Erotik verzichtet. Brown sagt: "Ich schreibe nur über Themen, bei denen ich Experte bin." Dafür versteht er sich auf die Wollust des Schreckens. Nachdem der Autor in *Illuminati* (2003) den heute wohl bekanntesten Geheimbund literarisch verwertet hatte, knöpfte er sich für *Das verlorene Symbol* (2009) die Freimaurer vor.

Wie *Sakrileg* (2004) - 2006 unter dem Originaltitel *The Da Vinci Code* verfilmt - behandelt auch dieser Roman ein spirituelles Thema: Die Logen, so heißt es, hüteten jahrtausendealtes Wissen über ungehobenes Potential im Menschen. Zu Beginn kommt der Symbologe Robert Langdon nach Washington D.C., um dort einen Vortrag über Freimaurersymbolik zu halten. Dabei zeigt der geheimnisvolle Mal'akh (meint so viel wie: göttlicher Bote) übermäßiges Interesse an der verborgenen Überlieferung. Um die Mithilfe des Forschers bei der Recherche zu erpressen, entführt er dessen Kollegen und Gastgeber Peter Solomon. Die Deadline ist ultraknapp: Eine Nacht hat Langdon Zeit...

"Die Welt ist ein seltsamerer Ort, als wir dachten."

Dan Brown

Kurz darauf wird in der zentralen Rotunde des Kapitols eine abgetrennte Hand entdeckt, deren Zeigefinger bedeutungsvoll in die Höhe weist. Auf ihr finden sich rätselhafte Tattoos. Mehr noch, die Hand gehört dem entführten Kollegen Solomon, der - wie Langdon erfahren muß - den Freimaurern angehört. Der Symbologe entziffert die Bedeutung der Tätowierung, die ihn direkt ins Senate Basement unter der alten Krypta des Kapitols verweist.

Damit ist der Startschuß für eine klassische Schnitzeljagd à la Dan Brown gefallen: Schnell stellt sich heraus, daß eine Pyramide in der US-Hauptstadt den Schlüssel zur Lösung enthält. Aber wie finden? Washington ist voll von Pyramiden! Am Ende der 700-seitigen Nacht in Laboren und Bibliotheken landet Langdon auf der Spitze des Obeliskens, des Washington Monument. Dessen Grundstein birgt des Rätsels Lösung: Die antike Forderung "Erkenne Dich selbst" findet ihre Antwort darin, daß Gott in jedem Menschen sei.

Auch hartgesottene Dan-Brown-Fans müssen zugeben, daß dies ein allzu simples, grausig enttäuschendes Dénouement darstellt. Wieso diesen Satz über Generationen hinweg geheim halten? Weshalb ihn so aufwendig verbergen? Oder hat dieser Absturz ins Banale, ins allzu Bekannte eine dramaturgische Bedeutung?

Entmythisierung des Obskuren

Schon in *Illuminati* erweist sich der titelgebende Geheimbund keineswegs als gefährlich. Zwar heißt es zu Beginn, er wolle die katholische Kirche zerstören, weil der neue Papst sich allzu sehr den modernen Wissenschaften annäherte, und auch Rom präsentiert sich wie Washington als Stadt sprechender Symbole und Artefakte - so die Engelsstatue, die auf die Illuminatenkirche zeigt. Dennoch stellt sich am Schluß heraus, daß das Komplott aus den Reihen des Vatikan kam - eine False-Flag-Aktion, die man den Illuminaten in die Schuhe schieben wollte.

Ähnlich verfährt Brown mit den Freimaurern. Der Autor schildert deren tempelartiges Gebäude, am Eingang von steinernen Sphinxen flankiert, und innen voll seltsamer Zeichen, Codes und Zahlen. Den Wein trinkt man dort aus Totenschädeln. Aber jenseits solcher Gruseffekte erweist sich die Geheimgesellschaft als harmlos, ebenso ihre verborgene Überlieferung. Wieder baut Brown eine riesige Drohkulisse aus Hieroglyphen, bizarren Verbrechen und Geflüster auf, um sie am Schluß krachend einstürzen zu lassen.

Im Falle der Freimaurer wäre eine Dämonisierung auch schwergefallen, da sich zahlreiche US-Präsidenten unter den Mitgliedern befanden. Browns Anliegen war vielmehr, die Bedeutung der Freimaurerei für die amerikanische Geschichte aufzuzeigen. Sein Interview-Statement "The world is a stranger place than we thought" ("Die Welt ist ein seltsamerer Ort, als wir dachten") verweist auf diesen Umstand.

Der Autor stellte seinen Roman "Inferno" in der englischen Freemasons Hall vor.

Auch die realen Freimaurer waren über Browns Entmythisierung erfreut. So gestattete ihm die Leitung der englischen Freemasons Hall, in ihrem Gebäude seinen folgenden Roman, *Inferno* (2013), zu präsentieren. John Hamill, ehemaliger Chefbibliothekar der Vereinigten Großloge von England, begründete diesen Entschluß laut Freimaurer-Wiki so: "Wir wollen den Menschen mit dem Dan-Brown-Abend und mit allen anderen öffentlichen Events bei uns zeigen, daß wir nach außen offen sind."

Zu dieser neuen Öffnung gehöre aber nicht nur Browns *Inferno*-Präsentation: "Wir sind bereit: Sie können Veranstaltungen ausrichten, Sie können kommen und in dem Gebäude herum-schlendern, Sie können die Bibliothek und das Museum benutzen, Sie können Fragen stellen, und die Fragen werden beantwortet. Das paßt alles zu unserem Anliegen, viel mehr an die Öffentlichkeit zu gehen."

Bezüglich Brown erklärte Hamill, daß der Bestsellerautor im persönlichen Gespräch seine Hochachtung vor den Freimaurern bekannt habe: "Wir unterhielten uns über Das verlorene Symbol und den Hype um das Buch, und er sagte, er könne das gar nicht verstehen. Dort, wo er in Amerika aufwuchs, wohnte er vier Straßen von der lokalen Loge entfernt, und so wußte er einiges über die Freimaurer. Er sagte, warum sollte ich eine der wenigen Organisationen, die in der Gesellschaft Gutes tun, schlechtmachen?"

Brown bestätigte diese Haltung im Gespräch mit der Zeitung *The Independent*: "Ich empfinde nichts als Bewunderung für eine Organisation, die Menschen verschiedener Religionen zu-

sammenbringt. ... Statt zu sagen, "Gott gehört uns", verwenden sie Symbole, mit denen jeder leben kann. ... Freimaurerei ist keine Religion, sondern ein Ort, an dem sich Menschen über die Grenzen ihrer eigenen Religion hinweg treffen können. Sie ermöglicht Begegnungen auf Augenhöhe."

Memento mori

Aber es ist nicht allein die Begegnungsoption, die den Autor an den Freimaurern fasziniert. Mit dieser Geheimgesellschaft teilt er den Wunsch, das schmerzhaftes Schicksal alles Existierenden nicht zu verdrängen: die Sterblichkeit. Im Gespräch mit der Bild-Zeitung fragte man ihn nach dem ersten Satz des Romans:

"Das Geheimnis liegt darin, wie man stirbt." Was für eine Botschaft, wollte der Interviewer wissen, transportiere er damit? Browns Antwort: Dieser Satz "ist Teil meiner Lebensphilosophie - und die der Freimaurer: "Memento mori" - Vergiß nie, daß Du sterben wirst! Sie und ich - wir alle werden sterben. Aber wir versuchen jeden Tag, den Tod zu vergessen, zu verdrängen, zu verleugnen. Deshalb müssen wir uns immer fragen: Wofür leben wir?"

Vielleicht ist dieses Memento mori auch Grund dafür, daß Kriminalliteratur und -filme seit Jahren einen Dauerboom erfahren. Schließlich ist dieses Genre neben Horror doch der einzige Bereich, in dem Ängste und Tod ungeschönte Thematisierung finden. Kleine Löcher inmitten der großen Verdrängungsblase.

Ist Dan Brown also ein Aufklärer, der bloß zur Errichtung von Spannungsbögen populäre Verschwörungstheorien verwendet, um sie am Ende spektakulär platzen zu lassen? Zumindest beherrscht er dieses Spiel so geschickt, daß der Leser sich nach der Lektüre ängstlich fragt, ob nicht doch mehr dahinterstecken könnte. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 09/2019 berichtet im September 2019: >>**Janichs Welt _ Klima-Planwirtschaft**

Seit mehreren Wochen versuche ich nun schon, unter dem Hashtag *#Oliwillreden* einen prominenten Klima-Alarmisten dazu zu bewegen, mit mir oder einem der Professoren, die skeptisch gegenüber der Hysterie sind, zu debattieren. Bisher haben alle die Aufforderung ignoriert oder abgelehnt. Der Grund ist klar: Ihnen fehlen die Argumente.

Kein Wunder: Die Klimasteuerung muß selbst dann scheitern, wenn an der These von der menschengemachten Erderwärmung etwas dran wäre. Grüne und angegrünte Altparteien folgen nämlich genau jener Ökonomik, die schon den Ostblock zusammenbrechen ließ. Bereits vor über 100 Jahren haben Vertreter der Österreichischen Schule erläutert, woran die Planwirtschaft scheitern muß: weil echte Marktpreise fehlen, die anzeigen, wie knapp ein Gut ist. Dieses Manko gibt es auch beim CO₂, selbst wenn durch den Handel mit CO₂-Zertifikaten das Gegenteil suggeriert wird. Es sind Politiker, also Planwirtschaftler, die festlegen, wie viel Kohlendioxid-Vermeidung gut wäre.

Sogar der Weltklimarat gibt in seinem "Third Assessment Report" von 2001 zu: "Das Klimasystem ist ein gekoppeltes, nichtlineares chaotisches System. Daher ist die langfristige Vorhersage zukünftiger Klimazustände nicht möglich." Ohne eine solche Vorhersage ist natürlich auch keine Steuerung möglich. Planwirtschaft führt immer zur Verschwendung knapper Ressourcen. So errechnete das Ifo-Institut im April, daß Elektroautos 28 Prozent mehr CO₂ verbrauchen als Dieselfahrzeuge.

Selbstverständlich fiel sofort die versammelte Öko-Mafia über die Studie her. Das Mindeste, was man sagen kann, ist, daß für die Herstellung Kobalt gebraucht wird, das in Entwicklungsländern und China unter unmenschlichen Bedingungen zum Teil von Kindern abgebaut wird. Ohne die künstlich erzeugte Nachfrage der staatlichen CO₂-Planer würde dieses Problem gar nicht existieren.

Windräder wiederum verbrauchen ein Gut, das wirklich knapp ist, nämlich Grund und Boden. Solange die Wertschöpfung durch technischen Fortschritt schneller steigt als die Bevölkerung,

ist das unproblematisch. Aber gerade dieser Marktmechanismus wird durch Planwirtschaft ausgehebelt. Windräder verbrauchen ein Vielfaches an Platz im Vergleich zu Kohle- oder Atomkraftwerken. Sie töten Vögel und Insekten, die wiederum bei der Nahrungsmittelerzeugung eine große Rolle spielen.

Physiker der Universität Heidelberg kamen zudem kürzlich zu dem Schluß, daß - trotz Milliarden-Ausgaben für Erneuerbare Energie - der CO₂ Ausstoß kaum gesunken ist. Zitat: "Zwar ist der CO₂-Ausstoß in den Jahren nach der Wiedervereinigung leicht zurückgegangen (um 25 Prozent), weshalb 1990 gern als Referenzdatum genommen wird. Dieser Rückgang lag jedoch vor allem an der Deindustrialisierung der neuen Bundesländer." Deindustrialisierung und damit der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands sind denn auch das offensichtliche Ziel der Klima-Alarmisten.

Die Öko-Diktatur ist noch schlimmer als die kommunistische.

Die Öko-Diktatur ist aus zwei Gründen noch schlimmer als die kommunistische: Die Ostblockführer wußten zumindest, daß fast alle Menschen gerne ein Auto fahren würden (trotzdem dauerte die Lieferung zehn Jahre, und die Qualität war lausig). Außerdem versuchten die KPdSU und ihre Bruderparteien "nur", die Produktion zu kontrollieren.

Das führte zu Ineffizienz, aber immerhin gab es bestimmte Produkte. Die aktuelle Klimaplanwirtschaft setzt jedoch direkt beim Konsumenten an. Der Green New Deal der Demokraten in den USA will Flugreisen und das Auto gleich ganz unmöglich machen, im Zweifel mit Verboten. Die gelten natürlich nur für das gemeine Volk und nicht für die Elite, versteht sich.<<

11.10.2019

BRD: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jepsen erscheint am 11. Oktober 2019 folgender Bericht über die Weltwirtschaftskrise 1929 ([x1.014/...](#)): >>>**The Wolff of Wall Street: Weltwirtschaftskrise 1929**

Wirtschaftsjournalist Ernst Wolff erklärt ... erklärt uns heute: "Weltwirtschaftskrise 1929".

Am Ende des 1. Weltkrieges gab es einen ganz großen Gewinner: Die Banken der Wall Street, die an die verschiedenen Kriegsparteien zahllose Kredite vergeben hatten.

Zwar waren die größten Schuldner - Großbritannien, Frankreich und Italien - nach Kriegsende zunächst nicht in der Lage, diese Schulden zurückzuzahlen, doch da half die US-Regierung nach: Sie sorgte 1919 im Versailler Vertrag dafür, daß Deutschland zu sogenannten "Reparationszahlungen" verpflichtet wurde.

Offiziell dienten diese Gelder der Wiedergutmachung. Tatsächlich aber flossen sie über London, Paris und Rom zur Begleichung der jeweiligen Kriegsschulden wieder in die Wall Street. Und da Deutschland wegen dieser Reparationszahlungen das Geld für den Wiederaufbau fehlte, flossen sie gleich weiter - als Kredite nach Deutschland.

Auf diese Weise entstand ein Schuldenkreislauf, der die amerikanischen Großbanken immer mächtiger machte. Da zugleich die US-Industrie und die US-Landwirtschaft ihre Produktivität auf Grund der Rationalisierung und der Einführung der Massenproduktion erheblich steigern konnten, kam es zu einem enormen Wirtschaftsboom, der als "Die Goldenen Zwanziger Jahre" in die Geschichte eingegangen ist.

Auch diesen Boom nutzten die US-Banken für sich, indem sie eine wahre Kreditschwemme entfachten und unter anderem das bis dahin unbekannte Prinzip der Ratenzahlung einführten. Die so angeheizte Nachfrage trieb die Aktienkurse der großen Konzerne in die Höhe, so daß außer den professionellen Investoren auch Millionen von Kleinanlegern zu spekulieren begannen.

Auch hier erkannten die Banken ihre Chance und entwickelten das Prinzip des "Hebelns". Beim Aktienkauf zum Beispiel mußten Anleger nur noch einen Teil des Kaufpreises für eine Aktie aufbringen - den Rest erhielten sie als Kredit von der Bank.

Wie verführerisch das war, zeigt ein konkretes Beispiel: Kaufte ein Anleger eine Aktie für \$ 100, konnte er einen Kredit über \$ 90 aufnehmen und mußte nur die restlichen \$ 10 selbst aufbringen. Sprang der Kurse der Aktie um nur 10 Prozent auf \$ 110, hatte der Anleger seinen Einsatz verdoppelt.

Auf diese Weise entstand ein wahrer Kaufrausch auf Kredit. Aber der hielt nicht ewig an und sobald der Kreislauf ins Stocken geriet, die ersten Verluste gemacht und die ersten Kredite zurückgefordert wurden, begann das künstlich aufgeblähte Kredit-Gebäude in sich zusammenzufallen.

Entscheidend war dann das Eingreifen der US-Zentralbank Federal Reserve: Sie erhöhte zweimal die Zinsen, erschwerte so die Bedienung der Schulden und trieb die Kreditnehmer in immer größerer Zahl dazu, ihre Aktien zu verkaufen. Das Ergebnis ist bekannt: Die Aktienpreise stürzten ins Bodenlose, die New Yorker Börse erlebte im Oktober 1929 den größten Crash des Jahrhunderts.

Die Folgen für die arbeitende US-Bevölkerung waren dramatisch: Über 100.000 Betriebe mußten schließen, Millionen verloren ihre Jobs, die Obdachlosigkeit griff um sich. Und auch viele, die dem Börsenrausch nicht verfallen waren, verloren alles, denn mehr als zehntausend kleine und mittlere Banken gingen bankrott - und selbst die, die überlebten, mußten einer großen Zahl von Kunden eröffnen, daß sie deren Geld verspekuliert hatten.

Es gab aber auch diesmal einen großen Gewinner - die Banken der Wall Street. Sie konnten das Geschäft der in Konkurs gegangenen kleineren Banken übernehmen und so einen gewaltigen Machtzuwachs verzeichnen.

Das nach den USA am härtesten von der Weltwirtschaftskrise betroffene Land war Deutschland. Da die US-Banken ihre Kredite nach dem Crash abzogen und die ausstehenden Schulden einforderten, ging die Weimarer Republik wirtschaftlich und finanziell in die Knie: Betriebe mußten reihenweise schließen, die Arbeitslosigkeit schoß in die Höhe. Die Politik reagierte mit eisenharten Sparmaßnahmen, die man heute als Austeritätspolitik bezeichnen würde: Die Steuern wurden erhöht, öffentliche Aufträge gekappt, Sozialleistungen und Löhne gekürzt.

Die Folge war eine Massenverelendung, die es den Nationalsozialisten ermöglichte, an die Macht zu kommen und ihre Herrschaft zu errichten.

Warum ist es so wichtig, diese so weit zurückliegenden Zusammenhänge zu verstehen? Aus einem einfachen Grund: In unserer Zeit werden noch mehr Kredite vergeben als damals und es wird in weitaus größerem Maße als in den Zwanziger Jahren spekuliert. Das heißt: Die Risiken, unter denen wir leben, sind wesentlich höher als am Ende der Weimarer Republik.

Es gibt allerdings zwischen damals und heute einen gravierenden Unterschied: Wenn das gegenwärtige Kartenhaus in sich zusammenfällt, kann niemand sagen kann, die Geschichte hätte uns nicht gewarnt.

Die Zeit ist reif für ein demokratisches Geldsystem!<<

21.10.2019

BRD: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 21. Oktober 2019 folgender Bericht über die Meinungsmanipulation durch die Medien (x1.014/...): >>**Der schmerzliche Verlust der Medien**

Albrecht Müllers Buch "*Glaube wenig, Hinterfrage alles, Denke selbst*"

Rezension von *Wolfgang Bittner*

Es ist nicht das erste Buch, das Albrecht Müller, ehemals aktiver Politiker und seit 2003 Herausgeber des Internetforums NachDenkSeiten zu gesellschaftspolitischen Fragen veröffentlicht hat. Kürzlich ist nun "*Glaube wenig, Hinterfrage alles, Denke selbst*" erschienen, ein außerordentlich wichtiges, aufklärendes Buch. Man will es nicht glauben, aber es ist wahr und beweisbar: Die sogenannten Qualitätsmedien in Deutschland haben in ihrer übergroßen Mehrheit schon lange ihre Bedeutung als Vierte Gewalt und Korrektiv im System der Gewaltenteil-

lung verloren.

Deutlich wird das vor allem, wenn wir die politischen Artikel der marktbeherrschenden Zeitungen lesen, Sender wie den Deutschlandfunk hören oder im Fernsehen die Tagesschau oder das Heute-Journal schauen. Kaum ein kritisches Wort über die Aggressionspolitik der USA und der NATO, dagegen eine permanente Hetze gegen Rußland. Das ist aber nicht das Einzige, es geht gegen alles, was sich dem verdummenden, zum Teil verlogenen Mainstream entgegenstellt. Und der Mainstream wird von genau diesen Medien gemacht.

Albrecht Müller kritisiert diese herrschende Meinungsmanipulation und Indoktrination, die zur Erosion des demokratischen Rechtsstaats maßgeblich beiträgt, mit treffenden, zum Teil erschütternden Beispielen. Das kostet heutzutage viel Mut und ist ihm hoch anzurechnen. Er stellt fest: "Wir leben in einer Zeit, die wesentlich von neoliberaler Ideologie und ebensolchen Taten geprägt ist, und das genaue Gegenteil wird unter die Leute gebracht. Das ist perfekte Meinungsmache und kein Zufall."

Allein schon die Wortwahl (das "wording") gibt Aufschluß über eine der Methoden bewußter Manipulation. So werden mißliebige Regierungen "Regime" oder "Diktatur" genannt, Baschar al-Assad ist ein "Schlächter", der saudische Meuchelmörder Mohammad bin Salman al-Said bleibt ein Kronprinz. Müller führt siebzehn Beispiele für Manipulationen an, darunter die Verkürzung von Sachverhalten, das Verschweigen, die permanente Wiederholung und Übertreibung, das falsche Expertentum usw.

Des Weiteren lenkt er den Blick auf gravierende Fälle von Meinungsmache sowie auf die entsprechenden Strategien. Ein Beispiel ist die Behauptung eines demographischen Wandels, die zur privaten Vorsorge geführt hat, wodurch den Versicherungen und Banken das Geld der Bevölkerung in die Kassen gespült wurde. Ein zweites Beispiel ist die systematisch betriebene Wende von der Friedenspolitik ("Nie wieder Krieg") zur neuen Konfrontation mit Rußland und damit zu der schon seit Jahren herrschenden Kriegsgefahr in Europa.

Auch die Auflösung der Deutschland AG und die Steuerbefreiung für Veräußerungsgewinne der großen Vermögen wurden von den Medien werbewirksam begleitet. Über die Folgen, nämlich den Verkauf Tausender Unternehmen an zumeist angelsächsische Kapitalgruppen und Hedgefonds wurde der Mantel des Schweigens gebreitet - "Monopoly auf Steuerzahlerkosten".

Die von den Medien betriebene Manipulation betreffe auch das Personal der Parteien, schreibt Müller. Die Spitzenkandidaten der SPD von Rudolf Scharping bis Martin Schulz seien "rauf- und runtergeschrieben" worden, während die "wahrlich nicht fortschrittlichen Personalentscheidungen", die Angela Merkel in der letzte Zeit eingefädelt habe, propagandistisch unterstützt würden: Der Aufstieg von der Leyens zur Präsidentin der EU-Kommission wie auch die Einsetzung Kramp-Karrenbauers, "dieser aus den 1950er Jahren übrig gebliebenen Kalten Kriegerin", als Vorsitzende der CDU und Bundesverteidigungsministerin.

Gut zu wissen ist in diesem Zusammenhang, daß viele der leitenden Journalisten wie auch der führenden Politiker nicht nur Konzerninteressen vertreten, sondern auch US- und NATO-Netzwerken angehören oder nahestehen. Damit läßt sich erklären, zu welchem Zweck und mit welchem Ziel ein beträchtlicher Teil dieser Manipulationen stattfindet. Denn die Frage ist doch letztlich: Wer manipuliert die Manipulierer. So läßt sich dann auch eine Antwort hinsichtlich der Sanktions- und Aggressionspolitik, der fortschreitenden Aufrüstung und Militarisierung finden.

Schon vor Erscheinen des Buches wurden Albrecht Müller und sein Internetforum in der Süddeutschen Zeitung diffamiert. Da hieß es am 13. September 2019 in einem "Streiflicht" unter anderem: "Herr Müller war, lange her, mal Planungschef im Kanzleramt, in der Ära Brandt/Schmidt. Gemeine Kritiker - in wessen Solde stehen sie eigentlich? - sagen ihm nach, er leide, wie mancher ältere Herr, an der Ignoranz der Menschheit, die sich keinen Deut für

ihn interessiert, obwohl er doch alles viel besser weiß. Seit Beginn der Regierung Kohl denkt er darüber nach (daher der Name seines Politblogs), warum niemand auf ihn hört, und er kann es sich und seinen Followern einfach nicht erklären."

Wie mit derartigen Medienangriffen umzugehen ist, hat Albrecht Müller bereits 1972 als Wahlkampfleiter Willy Brandts gelernt und praktiziert, als dem SPD-Kanzlerkandidaten seine uneheliche Geburt und sein Exil vorgeworfen wurden: Keine "vornehme Zurückhaltung", kein demütiges Abducken ob solcher Gemeinheit. Müller ging dagegen offensiv vor, jetzt auch in eigener Sache.

In seinem viel gelesenen Blog schrieb er, in "erprobter Weise" werde versucht, die NachDenkSeiten in die Verschwörungs- und Querfrontecke zu stellen, wobei sein hohes Alter als Herausgeber dazu diene, ihn und sein Forum in ein schlechtes Licht zu rücken.

Er wandte sich an die Leserinnen und Leser mit der Bitte, ihn zu unterstützen und sein Buch zu propagieren.

Das fand große Resonanz, und der Erfolg blieb nicht aus, "Glaube wenig, Hinterfrage alles, Denke selbst" liegt inzwischen in allen Buchhandlungen und steht seit dem 21. Oktober auf der Spiegel-Bestsellerliste. "Wir müssen zweifeln und widersprechen", schreibt Albrecht Müller. "Das wird leichter, wenn wir uns mit anderen verbinden. Wenn wir ein eigenes Milieu einer lebendigen Gegenöffentlichkeit schaffen, wenn wir uns austauschen, wenn wir kommunizieren."

Zu wünschen ist, daß diese Antimanipulationsschrift über die "aufgeklärte" Leserschaft hinaus viele Menschen erreicht, die weiter zur Aufklärung beitragen.

Albrecht Müller, "Glaube wenig, Hinterfrage alles, Denke selbst. Wie man Manipulationen durchschaut", Westend Verlag 2019, 144 Seiten ... <<

28.10.2019

BRD: Der deutsche Kernenergetiker und Autor Manfred Haferburg berichtet am 28. Oktober 2019 über die Rettung des Weltklimas (x1.021): >>... Ihr habt aus den ambitionierten deutschen Vorreitern verpeilte Geisterreiter gemacht, die auf Eurem toten Pferd im Welt-Klima-Ranking hinter Malaysia und Uruguay her humpeln. Ihr habt aus begeisterungsfähigen Jugendlichen hysterische Irrgeleitete gemacht, die einem wirren Okkultismus hinterherlaufen, dessen Heilige ein autistischer Teenager ist. Schon in wenigen Jahren werden dieselben Freitagshüpfer gegen Euch demonstrieren und fragen, wo denn ihre Arbeitsplätze und der Wohlstand geblieben sind. ...

Fangen wir damit an, ob das Ziel der Deutschen Energiewende, den CO₂-Ausstoß in Deutschland zur Rettung des Klimas um irgendeine Prozentzahl - seien es 60 oder gar 96 Prozent - zu senken, überhaupt Sinn macht. Kann das vergleichsweise kleine Deutschland nennenswert zur weltweiten Klimarettung beitragen?

Der Eiffelturm und ein Blatt Papier

Die Atmosphäre besteht zu 78 Prozent aus Stickstoff und zu 21 Prozent aus Sauerstoff - das sind 99 Prozent. Argon, Dämpfe und Spurengase machen 0,93 Prozent aus. Jetzt sind wir sozusagen beim DDR-Wahlergebnis: 99,93 Prozent, immer noch ohne CO₂.

Nur 4.000 von 10 Millionen Molekülen in der Atmosphäre sind CO₂, das sind 0,04 Prozent. Von den 4.000 CO₂-Molekülen sind 120 menschengemacht. Von diesen 120 menschengemachten CO₂-Molekülen stammen drei (3) aus Deutschland, das sind 0,00003 Prozent der Atmosphäre. Drei CO₂-Gasmoleküle von 10 Millionen Gasmolekülen in der Atmosphäre sind Gasmoleküle aus Deutschland. Der deutsche Beitrag zum weltweiten CO₂ ist so viel, wie ein Blatt Papier im Vergleich zum Eiffelturm.

Um sich das bildlich vorstellen zu können, machen wir mal einen Höhenvergleich daraus: Wenn die Erdatmosphäre so hoch wie der Eiffelturm (324 m) wäre, dann wäre Stickstoff etwa 253 m hoch, so wie der Messeturm in Frankfurt.

Sauerstoff wäre 68 m hoch, so etwa wie die Thomaskirche in Leipzig.

Argon und die Spurengase wären 3 m hoch, wie das Goethe-/Schiller-Denkmal in Weimar.

CO₂ wäre so hoch wie ein Kugelschreiber, etwa 13 cm.

Und der deutsche Anteil am CO₂ wäre so hoch wie ein Blatt Papier, nämlich 0,1 mm. ...

Deutschland will eine gigantische energetische Transformation einleiten, die das gesamte Leben der Gesellschaft umkrempelt und möglicherweise zur De-Industrialisierung führt: wegen 0,00003 Prozent CO₂? Die Welt wird jedenfalls auch dann nicht gerettet werden, wenn Deutschland sich samt seiner Bevölkerung aus unergründlichen Gründen plötzlich in CO₂-freie Luft auflösen würde. ...

Nicht vergessen: Es geht ja angeblich um die Vermeidung von CO₂-Emissionen. Die teuerste Form, CO₂ zu vermeiden, ist nach wie vor die Photovoltaik mit 415 Euro pro Tonne vermiedenes CO₂, gefolgt von der Geothermie (345 Euro) und Offshore-Wind und Biomasse mit je 252 Euro. Die Ertüchtigung eines alten afrikanischen Kohlekraftwerks würde etwa 5 Euro pro vermiedener Tonne CO₂ kosten. Deutsche Förderpolitik zeichnet sich auf diesem Feld traditionell dadurch aus, daß die marktfernsten Technologien am meisten unterstützt werden. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Doch ist selbst den einfältigsten Klimarettern klar: Der Spaß kostet mehr, als man mit den existierenden Steuern einsammeln kann. Wer soll das bezahlen?

Der Deutsche Naturschutzring (DNR), der Dachverband der Naturvereine hatte eine verblüffende Idee. Der DNR: "In privaten Haushalten steckt in Deutschland ein Vermögen von rund sechs Billionen Euro." Im Handlungsprogramm der Umweltverbände für effektiven Klimaschutz "Die Klimakrise - was jetzt getan werden muß" (BUND; Deutsche Umwelthilfe; WWF; Germanwatch; Greenpeace; CAMPACT; NABU; NaturFreunde; Umweltinstitut München) fordert der Deutsche Naturschutzring neben einer umfassenden gesellschaftlichen Transformation aller Lebensbereiche auch eine Vermögensabgabe ...

Sie wollen ran ans Ersparte der Leute, an Omas klein Häuschen. Und zwar baldmöglichst. ...

Wer gegen den Wind spuckt, bekommt die Spucke ins Gesicht. Ihr spuckt gegen einen Orkan. Wenn Deutschland nicht vorher einen katastrophalen Blackout hinlegt, werdet Ihr bis 2030 eine ganze Billion Euro für die Energiewende ausgegeben haben, falls es den Euro dann noch gibt.

Für diese Summe werdet Ihr einen Energiesozialismus aufgebaut haben, in dem Stromzuteilungen für die Industrie und Bürger an der Tagesordnung sind. Die Deutschen sind mit der Energiewende ins Land der Träume einmarschiert. Das Erwachen wird ein Albtraum sein, für die Politik und die irreführten Deutschen. Deutschland macht sich gerade auf den Weg: vom Land der Träume durchs Tal der Deindustrialisierung, auf in die dritte Welt. ...

Verteuern, verbieten, aussteigen - das sind seit einigen Jahren die Grundlagen deutscher Regierungspolitik. Ob CO₂, Diesel, Glyphosat, Gentechnik, Fracking - es wird verteuert, verboten und ausgestiegen, als gäbe es kein Morgen. Und es wird gewendet, was das Zeug hält - Energiewende, Verkehrswende, Mobilitätswende, Agrarwende, Ernährungswende, jüngst sogar eine Glückswende - Deutschland hüpfte fröhlich in eine ökologische Kulturrevolution, die Jugend voran.

Dabei geht es der Politik wohl hauptsächlich um eins: um absolute Kontrolle. Es soll das ganze Leben der Bürger ökologisiert werden, vom Gedanken übers Vermögen, von der Mobilität bis hin zur Diät. Ach, und ehe ich es vergesse - mit einer als CO₂-Steuer getarnten Obendrauf-Mehrwertsteuer soll ordentlich abgezockt werden.

Aber eine Dekarbonisierung der Gesellschaft ist nur in geringem Umfang möglich, denn wir können weder aus Transport, noch aus Heizung oder gar aus Elektroenergie aussteigen, ohne kollektiven Selbstmord zu begehen. Aber bezahlen können wir, ohne daß sich etwas ändert. Derweilen verabschiedet sich die Industrie und die dazu gehörige Infrastruktur leise weinend

aus dem Land.

Einmal kurz ein paar Zahlen aktuell abgebauter Stellen für Deutschland googeln: BASF 6.000, Bayer 12.000, BMW 10.000, Continental 15.000, Covestro 900, Siemens 2.400, Ford 5.000, Volkswagen 7.000, Thyssenkrupp 4.000, Kaufhof 2.600, Kuka 350, Sanofi 140, Deutsche Bank 18.000, WMF 400, Audi 13.500, Bosch 15.000, NordLB 2.400, Goodyear 1.100, Unicredit 2.500, Opel 2.000, Schaeffler 1.300, Airbus 1.100, Telekom 2.000 pro Jahr, EON 5.000, Merck 650, SAP 4.400, Commerzbank 4.300, Miele 770, Windindustrie 26.000.

Das sind nach meiner zugegeben groben Überschlagsrechnung ca. 160.000 Arbeitsplätze. Offenbar hofft die Politik, daß Aluminium und Zement künftig im Internet hergestellt werden und Steuergeld weiterhin auf Bäumen wächst. Die Politik hat Krisen in Herausforderungen umbenannt. Ich möchte nicht in der Haut der Politiker stecken, die sich diesen Herausforderungen stellen müssen. ...

Und was hat es gebracht, das viele ausgegebene Geld? Liebe Politiker, Ihr habt es vergurkt und vergeigt. Es gibt, entgegen Eurer Beschlüsse, keine Million Elektroautos. Und wehe, es gäbe sie - Ihr könntet den Strom zum Laden nicht bereitstellen. Noch an keinem einzigen ganzen Tag haben Eure Windmühlen und Solarpaneele zur normalen Stromversorgung Deutschlands gereicht.

Der CO₂-Spurengas-Ausstoß ist nicht, wie geplant, gesunken. Wind und Sonne haben zwar keine Rechnung geschickt, aber Ihr, die Windmillionäre und Sonnenbarone sehr wohl. Und ihr stellt gerade verblüfft fest, daß es nicht ohne weiteres funktioniert, aus den beiden wichtigsten Grundlastquellen Kernenergie und fossile Brennstoffe gleichzeitig auszusteuern. ...

Um die mit fossilen Treibstoffen betriebenen 42 Millionen Autos, Transporter und Lkw nach und nach mit E-Antrieb zu ersetzen, bräuchte es beim derzeitigen Tempo des Zukaufs nicht einmal ganz 500 Jahre. Um den Strom für 42 Millionen deutsche Autos kohlefrei zu produzieren, wären zusätzlich 20 neue Gaskraftwerke und 27 Millionen Solaranlagen auf Häusern nötig. ...<<

Der deutsche Kernenergetiker und Autor Manfred Haferburg berichtet am 28. Oktober 2019 über die längst gescheiterte Energiewende in der Bundesrepublik Deutschland (x1.021): >> Deutschland gehörte bis zum 11. März 2011 zu den Ländern, die auf Kernenergie setzten. ...

Dann kamen der Tsunami und die Wasserstoffexplosionen von Fukushima, begleitet von einem medialen Tsunami "Deutscher Angst". Die Grünen erlebten einen Aufschwung. In Baden-Württemberg standen Landtagswahlen an. Bundeskanzlerin Merkel änderte ihre Meinung und ließ acht von 17 deutschen Reaktoren per Behördenerlaß schließen ...

Deutschland, das einst die besten Kernkraftwerke der Welt konstruierte, baute und betrieb, kann heute noch nicht mal mehr die erforderlichen Komponenten bauen, geschweige denn einen Reaktor. ...

Nachdem in Deutschland die Kernenergie als politischer Feind weg ist, der Diesel in Agonie liegt, kommt die Kohle dran. 2038 soll das letzte Kohlekraftwerk vom Netz gehen, die Grünen fordern beliebig frühere Termine. Die Gefahr ist groß, daß sie obsiegen, hüpft doch das halbe Land dafür. ...

In Deutschland entscheiden linke Politikwissenschaftler, rote Gewerkschaftsfunktionäre zusammen mit schrulligen Bischöfen und spinnerten Soziologen über die Zukunft der Energiepolitik. Mir ist nicht bekannt geworden, daß kompetente Vertreter der Netzbetreiber in der Kohlekommission waren. Das ist so ähnlich wie bei der Kernenergie-Ausstiegskommission. Da schlugen auch alle möglichen Berufsgruppen den Ausstieg vor, nur keine Ingenieure oder Fachleute. ...

Windenergie trägt ganze 3 Prozent zur Energieversorgung bei. ...

Die tatsächlich im ganzjährigen Betrieb im Mittel gelieferte nutzbare Leistung einer Windkraftanlage ist nur ein Viertel (25 Prozent), die einer Photovoltaikanlage ein Achtel (12 %) der

installierten Leistung. Zum Vergleich: ein KKW erreicht über 90 Prozent Nutzung der installierten Leistung. Wie man sieht, lassen sich mancherlei Erfolgszahlen zu Wind- und Sonnenkraft in die Welt setzen. Aber die halbe Wahrheit bleibt hier eine ganze Lüge. ...

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, auch vom Dach des Bundestages: Ohne eine bezahlbare, großtechnisch nutzbare Speichertechnologie ist die Energiewende verloren. Und diese Speichertechnologie ist noch nicht erfunden. ...

Für eine der nicht seltenen zweiwöchigen Dunkelflauten würde man zur Stromversorgung Deutschlands 21 Terawattstunden Speicherkapazität benötigen. Es sind aber nur 0,04 Terawattstunden vorhanden. Das sind die 36 deutschen Pumpspeicherwerke - alle anderen Speicher tragen gar nicht meßbar bei. Um also die zweiwöchige Dunkelflaute zu beherrschen, benötigt man zusätzlich 17.500 Pumpspeicherwerke der gängigen Größe, die es nicht gibt und die man auch schon auf Grund geologischer Gegebenheiten in Deutschland nicht bauen kann.

...

Die Deutsche Energiewende leidet unter einem nicht korrigierbaren Konstruktionsfehler: Ohne eine bezahlbare großtechnische Speichertechnologie ist die stabile Versorgung eines Industriestaates mit Elektroenergie durch Wind- und Solar nicht zu gewährleisten. Diese Speichertechnologie ist noch nicht erfunden. Ohne eine bezahlbare, zuverlässige und großindustriell nutzbare Speichertechnologie muß die Energiewende scheitern.

Es sollte uns zu denken geben, daß kein einziges Land der Welt den deutschen Vorreitern folgt - so werden aus Vorreitern schnell vom Klimawahn gepackte Geisterreiter. ...

Deutschland hatte eine der zuverlässigsten Stromversorgungen der Welt und Stromausfälle waren unbekannt - der Strom kam in Deutschland seit mehr als 50 Jahren aus der Steckdose. Durch die Energiewende wird nun die ganze Funktionalität des Netzes umgebaut. Das Netz muß jetzt in die Lage versetzt werden, den Strom von abertausenden kleinen Stromquellen wie Windräder und Solardächern "einzusammeln" und dann wieder an Millionen Kunden zu verteilen und dabei immer die 50 Umdrehungen pro Sekunde einzuhalten.

Die "erneuerbaren" Stromquellen sind dazu noch wetter- und tageszeitabhängig. Jetzt machen also nicht nur die Kunden im Stromnetz, was sie wollen, sondern auch noch die Stromerzeuger. Wo früher fünfmal im Jahr eingegriffen werden mußte, sind es heute tausende Male.

...

Die Energiewende ist ein politischer GAU, der Größte Anzunehmende Unsinn der Nachkriegsgeschichte. Und jetzt gießt die deutsche Regierung diesen GAU in Gesetzesform, genannt "Klimapaket". Der Verstoß gegen die Gesetze der Physik und Ökonomie wird in Deutschland Gesetz. ...

Die EEG-Umlage betrug im Jahr 2000 0,16 Cent. Im Jahr 2018 betrug sie 6,88 Cent. Das ist eine Steigerung von über 4.000 %. Zwischen 2000 und 2019 zahlten die Stromkunden mehr als 300 Milliarden Euro EEG-Kosten. Dieses Geld floß im Wesentlichen an die Investoren von Windkraft- und Solaranlagen sowie deren Geschäftspartner. Es wurde ein gigantisches Umverteilungssystem vom kleinen Mann zum wohlhabenden Investor geschaffen ...

Wer gegen den Wind spuckt, bekommt die Spucke ins Gesicht. Ihr spuckt gegen einen Orkan. Wenn Deutschland nicht vorher einen katastrophalen Blackout hinlegt, werdet Ihr bis 2030 eine ganze Billion Euro für die Energiewende ausgegeben haben, falls es den Euro dann noch gibt.

Für diese Summe werdet Ihr einen Energiesozialismus aufgebaut haben, in dem Stromzuteilungen für die Industrie und Bürger an der Tagesordnung sind. Die Deutschen sind mit der Energiewende ins Land der Träume einmarschiert. Das Erwachen wird ein Albtraum sein, für die Politik und die irreführten Deutschen. Deutschland macht sich gerade auf den Weg: vom Land der Träume durchs Tal der Deindustrialisierung, auf in die dritte Welt. ...

Verteuern, verbieten, aussteigen - das sind seit einigen Jahren die Grundlagen deutscher Re-

gierungspolitik. ... Und es wird gewendet, was das Zeug hält - Energiewende, Verkehrswende, Mobilitätswende, Agrarwende, Ernährungswende, jüngst sogar eine Glückswende - Deutschland hüpfte fröhlich in eine ökologische Kulturrevolution, die Jugend voran.

Dabei geht es der Politik wohl hauptsächlich um eins: um absolute Kontrolle. Es soll das ganze Leben der Bürger ökologisiert werden, vom Gedanken übers Vermögen, von der Mobilität bis hin zur Diät. Ach, und ehe ich es vergesse - mit einer als CO₂-Steuer getarnten Obendrauf-Mehrwertsteuer soll ordentlich abgezockt werden. ... Derweilen verabschiedet sich die Industrie und die dazu gehörige Infrastruktur leise weinend aus dem Land. ...

Und was hat es gebracht, das viele ausgegebene Geld? ... Noch an keinem einzigen ganzen Tag haben Eure Windmühlen und Solarpaneele zur normalen Stromversorgung Deutschlands gereicht.

Der CO₂-Spurengas-Ausstoß ist nicht, wie geplant, gesunken. ...

Schon heute ist die Energiewende ein absurdes Geldumverteilungssystem von unten nach oben. Der kleine Mann bezahlt die Subventionen, die der wohlhabende Investor einstreicht. ... In den letzten Jahren hat sich eine Klimarettungsindustrie etabliert, die Milliarden wie nichts verschlingt.

... Ein paar Größenwahnsinnige fühlen sich wie Gott und wollen das Klima beherrschen. Dabei können sie noch nicht einmal das Wetter von morgen präzise vorhersagen. ...

Der größte Profiteur der Kostensteigerungen für Strom ist somit der Bundesfinanzminister. Die Energiewende ist aus ökonomischer Sicht ein absurdes Geldumverteilungssystem von unten nach oben, in der eine Billion Euro - sauer erarbeitet von Stromkunden und Steuerzahlern - an Investoren umverteilt wird und bei der der Staat hemmungslos abkassiert. ...<<

Oktober 2019

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 10/2019 berichtet im Oktober 2019:

>>Demokratie ohne Volk

_von Daniell Pföhringer

... Berliner Scheindemokratie

In jüngerer Zeit ist es vor allem der Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim, der sich als Parteienkritiker einen Namen gemacht hat. ...

In seinem Werk *Die Deutschlandakte. Was Politiker und Wirtschaftsbosse unserem Land antun* (2008) kommt er zu dem erschreckenden Befund, daß sowohl der Regierung als auch dem Parlament über weite Strecken die demokratische Legitimation fehlen. Letzteres komme seiner Funktion als Kontrollinstanz nur ungenügend nach, das freie Mandat sei "nur noch schöner Schein", die Volkssouveränität "eine Fiktion zur Ruhigstellung" der Bürger, die Wahlen eine Veranstaltung "politischer Kartelle".

Nach Ansicht des Verfassungsrechtlers hätten sich die großen Parteien den Staat zur Beute gemacht, betrachteten ihn als Selbstbedienungsladen und überlagerten - obwohl sie laut Grundgesetz zwar an der politischen Willensbildung mitwirken sollen, diese jedoch nicht allein bestimmen dürfen - alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Der gebürtige Darmstädter findet es gut, daß ein neuer Akteur auf den Plan getreten ist, der unabhängig vom Polit-Establishment agiert. "Daß es die AfD gibt, entspricht durchaus dem Sinn der Wettbewerbsdemokratie", so von Arnim in einem Interview mit der Welt. ...

Mehr Macht dem Bürger

Man sollte jedenfalls nicht allein auf das Instrument Partei setzen. Der Wirtschaftswissenschaftler Thorsten Polleit sieht den Ausweg aus der Sackgasse sogar nur "in einer rigorosen Machtbeschneidung der Parteien" durch die Einführung von Volksentscheiden und Direktwahlen.

"Damit solche Änderungen eine Umsetzungschance haben, bedarf es der Rückbesinnung auf die ursprüngliche Idee der Demokratie. Sie steht nicht für Herrschaft der Mehrheit, sondern

für den Schutz der Minderheit - und das individuelle Recht auf Selbstbestimmung", mahnt der Chefökonom der Degussa und Honorarprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth in einem Essay für die Wirtschaftswoche (im März 2019) an.

Er schreibt: "Wollen wir die Demokratie buchstäblich am Leben erhalten, müssen wir daher mittel- und langfristig größer denken - oder besser gesagt: kleiner. Müssen Absetzbewegungen, Sezessionen, Aufspaltungen - kleineren politischen Einheiten den Weg bereiten." Solche Entitäten seien "offen und friedfertig", sie müßten ihre "Bürger und Unternehmer pfleglich, das heißt, als Citoyen und Leistungserbringer behandeln", um ihren Rückzug oder gar ihre Abwanderung zu verhindern.

Polleit, der sicherlich ein Gemeinwesen wie die Schweiz vor Augen hat, kommt zu dem Schluß: "Politische Kleinheit verspricht nicht nur höheren Wohlstand, sondern auch ein Plus an Identität und unmittelbarer "Staatsnähe". Aber auch räumliche Nähe zwischen Regierten und Regierenden hilft, Mißstände im Keim zu ersticken und wirksam zu sanktionieren. Robert Michels' "ehernes Gesetz der Oligarchie" würde auch in kleinen Demokratien wirksam bleiben, gewiß. Aber seine Auswirkungen ließen sich leichter adressieren - und direktpolitisch minimieren."

Doch wie sah es Michels selbst? Er schrieb etwas ratlos: "Die immanenten Nachteile der Demokratie sind nicht zu verkennen. Trotzdem ist als Form die Demokratie das geringere Übel. Das Ideal wäre eine Aristokratie sittlich guter und technisch brauchbarer Menschen. Aber wo ist sie zu finden?" Eine Frage, die auch Kritiker des Parteienstaates beantworten müssen.<<

Die deutsche Publizistin Doris Auerbach berichtet im Oktober 2019 (x1.090/...): >>**Wo die Klimadrangsal ihren Ursprung nahm**

Hintergründe des Klimaschwinds

- Hier die Kurzfassung eines Berichtes von *Doris Auerbach*. Es soll ersichtlich werden, daß man das Klimathema schon lange mißbraucht zur Errichtung einer Weltdiktatur, auf Kosten der westlichen Industriestaaten, besonders Deutschlands. Man muß weit zurückgehen, um den Faden zu entwirren, der sich am Anfang der uns mittels eines angeblich anthropogenen Klimawandels auferlegten Forderungen findet.

Vorauszuschicken ist, daß es in der Erdgeschichte schon immer Klimaveränderungen gegeben hat, die jedoch zu keiner Zeit vom Menschen hervorgerufen worden waren. Alles deutet darauf hin, daß eine vom Menschen verursachte Erderwärmung lediglich eine Hypothese darstellt, die durch Übertreibung und nicht beweisbare Behauptungen maßlos aufgeblasen worden ist.

Allerdings, Wissenschaftler verdanken der Mitwirkung bei diesem Betrug ihre gut dotierte Stellung oder großzügige Förderung.

"Doch schlimmer als die Käuflichkeit einer Handvoll korrupter Wissenschaftler", vermerkte hierzu der US-Autor F. William Engdahl, "wiegt die dahinter stehende mächtige Fraktion der Globalisierungselite, die seit den 1970er Jahren ihr Unwesen treibt. Damals hatte der Rockefeller-Schützling Maurice Strong als Vorsitzender der ersten Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung, die im Juni 1972 in Stockholm stattfand, erstmals den Schwindel von der Erderwärmung, mit dem weltweit eine Politik der Bevölkerungsreduktion realisiert werden soll, präsentiert."

In der Folge war es die US-Anthropologin Margaret Mead, die den Schwindel einer globalen Erwärmung als Teil einer Bewegung, die danach trachtete, das Wachstum der Erdbevölkerung zu begrenzen, 1974 in Gang setzte. ...

Mead hatte zuvor an der UNO-Bevölkerungskonferenz in Bukarest im August 1974 teilgenommen. ... In Bukarest hätte der Kissinger-Plan 'NSSM 200' die Reduktion der Weltbevölkerung einleiten sollen, was allerdings am Widerstand der Entwicklungsländer, die damals dem Motto 'statt Industrialisierung Bevölkerungskontrolle' noch nicht folgen wollten, scheiterte.

Kurz danach begann Mead mit der Organisation ihrer eigenen Konferenz. Diese fand 1975 ... statt. Es war dort, wo der in der Folge unverändert aufrechterhaltene Schwindel einer globalen Erwärmung seinen Anfang nahm. In einer Rede im August 1975 hatte die Anthropologin bereits das Thema vorgegeben: "Die Menschheit habe sich über die Jahre hinweg auf internationale Gesetze über Land und Meere geeinigt, doch jetzt sei die Zeit für das 'Atmosphärenrecht' gekommen".

Dies stellte einen unverhohlenen Aufruf dar, rechtlich bindende Formulierungen zu finden, um ein Ende des wissenschaftlichen und industriellen Fortschritts zu rechtfertigen. ... Auf dieser Konferenz wurde auch die erdachte Behauptung, vom Menschen erzeugtes Kohlendioxid würde die Erde erwärmen, die Polkappen abschmelzen lassen und menschliches Leben gefährden, ausgesprochen. ...

Was Stephen Schneider angeht, so hatte dieser in den 70er Jahren zunächst eine kommende Eiszeit, danach aber den Wärmetod angekündigt; in seinem Vortrag 'Klimaschwankung und die Folgen für die Nahrungsmittelerzeugung' äußerte er sich u.a. wie folgt: "Es gibt eine zusätzliche Angst, nämlich die, daß die menschliche Industrie- und Energieproduktion das Klima beeinflussen ... könnte. Deswegen könnte die Ernährungs-/Klima-Krise unmittelbar bevorstehen ..."

1989 erklärte er: "Um die öffentliche Aufmerksamkeit zu erringen, müssen wir mit einigen angsterzeugenden Szenarien aufwarten und vereinfachte dramatische Erklärungen abgeben; und jedwede Zweifel, die wir haben mögen, dürfen wir nicht laut werden lassen ..." Schneider setzte die Maßstäbe, gemäß denen der IPCC der Öffentlichkeit seine Meinungen ohne jeden Hinweis auf Unsicherheit präsentieren kann. ...

George Woodwell ist ein Klimaerwärmungsfanatiker, dessen öffentliche Äußerungen zeigen, daß er die Menschen ganz allgemein verabscheut. ... Sowohl Veränderungen als auch Erwärmung des Klimas schreibt er dem Umstand zu, 'daß praktisch jede Ecke der Erde mit Menschen zugestopft ist'. ...

In diesem Interview wurde er auch gefragt, wie sein Plan einer 50 % igen Reduzierung der CO₂-Emissionen umgesetzt werden soll. Dies, so Woodwell, erfordere "eine konzertierte Anstrengung auf Seiten von Wissenschaft und Forschung; und die Öffentlichkeit muß genügend aufgebracht sein". Er betonte, daß die Wissenschaft außerdem Druck auf die Regierungen ausüben müsse, damit sie handeln. Woodwells Artikel über die Klimaerwärmung, der 1989 erschien, war mit einer Zeichnung illustriert, die zeigt, wie Meerwasser bis an die Stufen des Weißen Hauses schwappt. ...

Im Vorgriff auf die tatsächliche Forschungsagenda der darauffolgenden Jahre zählte der Konferenzmitveranstalter William W. Kellogg sämtliche Szenarien für eine potentielle Klimakatastrophe auf. Die Freisetzung der Energie, die zum Erhalt einer 'großen Wohlstandsbevölkerung' erforderlich sei, argumentierte er, "könnte die Erde möglicherweise übermäßig erwärmen". Schon damals standen steigende CO₂-Konzentrationen auf der Liste von menschenverursachten Umweltkatastrophen an erster Stelle." ...

1976 brachten dann Mead und Kellogg auch die Idee ins Spiel, CO₂-Emissionen "durch die Zuteilung von Verschmutzungsrechten an jede Nation" zu kontrollieren, eine frühe Version von Al Gores 'Cap-and-Trade-Programm'.

Die erste Weltklimakonferenz ... fand 1979 in Genf statt. Dort war zum ersten Mal die Rede von der Klimabeeinflussung durch die menschliche Gesellschaft.

1979 trat Al Gore in Erscheinung ... Der in der Folge auf Grund seiner Korruption gescheiterte damalige neue Mann der Republikaner, Newt Gingrich, wurde seine rechte Hand. In Al Gores 1992 erschienenem Buch 'Weg zum Gleichgewicht - Ein Marshallplan für die Erde' spielt die Klimakatastrophe eine zentrale Rolle, desgleichen die damit verbundene Forderung nach einer Senkung des Lebensstandards der Massen und einer Verringerung der Weltbevölkerung. ...

'Rette die Erde und bring Dich um'

"Dieses Konzept", schreibt der Autor Dr. Helmut Böttiger, "wurde von der UNO aufgegriffen. Die Umsetzung begann auf der im Oktober 1985 in Villach ... Mit dieser ... vorbereiteten Konferenz begann die Klimapolitik offiziell. Tatsächlich hat diese Konferenz zum ersten Mal eine weltweit verbindliche Kontrolle des CO₂-Ausstoßes gefordert. Diese Forderung wurde von der britischen Regierung und Teilen der US-Administration vorangetrieben, von der UNO vorgetragen und schließlich von immer mehr Nichtregierungsorganisationen (NGOs) nachgebetet. ...

1988 folgte die Gründung des umstrittenen IPCC durch die Vereinten Nationen mit dem Ziel, zu klären, welche Gefährdung von der Erderwärmung ausgehe. ...

Maurice Strong, der den Weltklimarat IPCC ursprünglich mit begründete, schuf diesen nicht als eine wissenschaftliche Körperschaft, sondern als eine politische Einrichtung. Er sagte damals, "er hoffe, daß dies der Kern einer Weltregierung werden würde". Man sollte sich daher endlich bewußt sein, daß es seither vorwiegend darum geht, alle wirtschaftliche und ökologische Macht an eine nicht gewählte Weltregierung abzutreten.

Der Meteorologe Dr. Wolfgang Thüne sieht den IPCC wie folgt: "Es ist ein zwischenstaatliches, von Regierungen installiertes Beratergremium, in dem einige ausgesuchte linientreue Fachwissenschaftler sitzen, der Hauptanteil aber aus Bürokraten, ... besonders aus der grünen Szene, besteht. ..."

Diesbezüglich zitiert Hartmut Bachmann, der bei den Gründungsverhandlungen zum IPCC in den USA dabei war, in seinem Buch 'Die Lüge der Klimakatastrophe - Das gigantischste Betrugswerk der Neuzeit' ...

"Sie müssen wissen, daß der Gründungsauftrag für den regierungsübergreifenden Klimarat wie folgt lautete: '... einzig und allein politischen Zielen dienen'. ... Deshalb wurde beschlossen, zukünftige Klimazustände nur 'Computermodellen' zu entnehmen, die allerdings die Realität nicht abbilden können ...

... Als Generalsekretär des 'Erdgipfels' fungierte Maurice Strong, der 1972 auch den 'UNO-Earth-Day' organisiert und als einer der ersten vor der Klimaerwärmung gewarnt hatte. Später ... äußerte sich Strong wie folgt: "Was würde geschehen, wenn eine kleine Gruppe von Weltwirtschaftsführern zu dem Schluß käme, daß das größte Risiko der Erde von den reichen Ländern herrührt?"

Da die reichen Länder ihr Verhalten nicht freiwillig ändern würden: "Besteht dann nicht die einzige Möglichkeit, die Erde vor der Zerstörung zu retten, darin, die Industriegesellschaft kollabieren zu lassen? Liegt es nicht in unserer Verantwortung, es dazu kommen zu lassen?"

Damit war bereits ausgesprochen, was in der Folge angestrebt wurde, die Verminderung der industriellen Produktion zwecks Rettung unseres Planeten vor einer imaginären Zerstörung.

In Rio de Janeiro wurde auch die erste Erklärung zur Änderung unserer Lebensgewohnheiten abgegeben: "Es ist klar", so Strong, "daß gegenwärtige Lebensstile mit hohem Fleischverbrauch, hohem Verbrauch an Tiefkühlkost, Privatbesitz von Autos, Klimatisierung zu Hause und am Arbeitsplatz, und Wohnen im Eigenheim nicht beibehalten werden dürfen. Eine Verschiebung hin zu einem Lebensstil mit einem Verbrauch, der die Umwelt weniger beeinträchtigt, ist notwendig".

In Rio war es das Ziel, die Weichen für eine weltweite nachhaltige Entwicklung zu stellen ... Nach Einschätzung des IPCC muß daher der Ausstoß an CO₂ bis 2050 weltweit um mindestens 60 % reduziert werden, um den Klimawandel in 'ungefährlichen' Grenzen zu halten.

"Eine weltweite CO₂-Konvention", so Böttiger, "bedeutet unter Berücksichtigung der von den gleichen Leuten betriebenen Atomangst nichts weniger als die weltweite Kontrolle der Produktion und damit der materiellen Versorgung der Menschen. Nach einem Ausstieg aus der Kernenergie läßt sich über CO₂-Quoten festlegen, was in einer Region hergestellt werden darf

und was nicht. Mit der Energieversorgung fest im Griff läßt sich nachhaltig festlegen, was als politisches Wohlverhalten belohnt und was entsprechend bestraft wird. Dieses Herrschaftsmittel haben unsere Verwaltungssozialisten sofort erkannt und aufgegriffen".

Die Agenda 21

Mit der Agenda 21 soll eine Transformation der bestehenden Nationen und des föderalistischen Prinzips durchgesetzt werden, was beinhaltet, daß die demokratisch verfaßten freiheitlichen und souveränen Staaten abgeschafft oder zu einfachen Verwaltungsbezirken heruntergestuft werden. ... Der, wie es sich in der Folge herausstellte, gefälschte Klimabericht, den der IPCC in Kyoto präsentierte, legte den Grundstein dazu, weltweit abzukassieren.

... Die 'Johannesburger Erklärung zur nachhaltigen Entwicklung', 2002.

Von einigen wenigen erarbeitet, wurde sie den Regierungen aufgezwungen. ...

"Wir sind überzeugt, daß die Zeit gekommen ist, die Welt von den Konstruktionen, die sie über Jahrhunderte hinweg entwickelt hat, wegzuführen. Wir leben in einer Zeit, die nach Neuerungen in der globalen Steuerung ruft. Heute ist der Internationalismus ein notwendiger Teil einer gesunden nationalen Politik ..."

Wie die gesamten Reden in Johannesburg zeigen, handelt es sich dabei um eine revolutionäre Umgestaltung des gesamten Lebens auf der ganzen Welt nach einem gemeinsamen Plan; zu diesem gehört u.a., daß Spezialisten der UNO in jedem Bereich des Lebens Verhaltensweisen finden, die nach ihrer persönlichen Vorstellung nicht angemessen und daher zu eliminieren sind.

Deshalb ist der Begriff der 'nachhaltigen Entwicklung' in vielen Bereichen ein Angriff auf die persönliche Freiheit, auf ein Zusammenleben in freien Zusammenschlüssen und auf das unabhängige Denken, denn unter dem Deckmantel 'Nachhaltigkeit' soll eine globalisierte Welt ohne irgendeine Form der Selbstbestimmung als internationales Recht festgeschrieben werden.

...

Die Eröffnung der 12. UNO-Klimakonferenz in Nairobi erfolgte im November 2006. Auf dieser wurde vor den Folgen der Erderwärmung für die ärmsten Länder der Welt gewarnt, und der Klimawandel wurde als einer der schwersten Bedrohungen für die Menschheit bezeichnet. Die Industriestaaten wurden zu neuen Zusagen für den Klimaschutz aufgefordert. ...

Die darauf folgende Weltklimakonferenz in Bali 2007 ... diente der Festlegung eines Verhandlungszeitplans für die nächsten Jahre, damit nach dem Auslaufen des Kyotoprotokolls 2012 ein neues Klimaschutzprogramm nahtlos in Kraft treten konnte. Dort forderten die europäischen Staaten, bis zum Jahr 2050 eine Halbierung des weltweiten CO₂-Ausstoßes zur Eindämmung der globalen Erwärmung zu erzielen.

2008 kamen dann rund 2.000 Teilnehmer zu einer zweiwöchigen UNO-Verhandlungsrunde in Bonn zusammen; festgelegt wurde, innerhalb von 2 Jahren für die Zeit nach 2012 ein umfassendes Vertragswerk zum globalen Klimaschutz als Nachfolgeabkommen für das auslaufende Kyoto-Protokoll zu erarbeiten.

"Die zunehmend bedrohlicher werdenden Signale aus der Wissenschaft", erklärte das deutsche Umweltministerium, "lassen keinen Zweifel: Das künftige Klimaschutz-Abkommen muß die Weichen für eine Low-Carbon-Economy stellen", also für eine kohlenstoffarme Wirtschaft. Dabei müßten die Industrieländer eine Führungsrolle übernehmen, denn sie hätten auch maßgeblich zum Problem der weltweiten Erwärmung beigetragen.

... 2009 in Kopenhagen. ...

Vorausgeschickt sei, daß Baron David Rothschild in einem Interview erklärt hatte, daß es schwierig sei, eine Weltregierung durchzusetzen, aber der Klimagipfel in Kopenhagen sei ein Weg dahin. ...

Ban Ki-moon erklärte seinerseits in der 'Los Angeles Times' 2009: "Wir werden (in Kopenhagen) eine Global Governance Struktur aufbauen" und Herman Van Rompuy sagte dort, dies

sei "der erste Schritt in Richtung eines globalen Managements für unseren Planeten". In Kopenhagen einigte man sich auf einen 'Minimalkonsens' mit dem Ziel, die Erderwärmung auf weniger als 2° C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Zudem versprachen die Industrieländer den Entwicklungsländern offiziell Finanzhilfen für den Klimaschutz.

...

Auf der in Doha, Katar, 2012 abgehaltenen 18. UNO-Weltklimakonferenz wurde die Verlängerung des Kyoto II-Protokolls bis zum Jahr 2020 festgelegt. Schwerpunkt des Treffens war erneut die Suche nach Möglichkeiten zur Bekämpfung der Erderwärmung. ...

Die Verhandlungen über ein Gerüst für einen Weltklimavertrag erfolgten auf dem 2014 währenden Klimagipfel in Lima. Es ging erneut darum, die Emissionen zu reduzieren, vor allem diejenigen, die durch das Verbrennen fossiler Brennstoffe entstehen. Dieser 20. Klimagipfel wurde auch anberaumt, um die Weichen für den Klimavertrag von Paris zu stellen. Auf dieser 21. UNO-Klimakonferenz in Paris, 2015, beschloß man das neue, weltweite Abkommen zum Klimaschutz. Die schärfste Vorschrift, die der Vertrag beinhaltet, besteht darin, daß Investoren ab sofort davon abgehalten werden sollen, in fossile Brennstoffe zu investieren.

"In Paris", vermerkte Oliver Janich, "haben sich größtenwahnsinnige Politiker getroffen, um Gott zu spielen. Sie wollen die Erderwärmung auf 2° begrenzen und meinen das auch noch ernst, wobei es in der Vergangenheit viel höhere Temperaturen bei niedrigen CO₂-Konzentrationen und viel niedrigere Temperaturen bei hohen CO₂-Konzentrationen gab. Derzeit ist die CO₂-Konzentration auf dem niedrigsten Stand seit mehr als 250 Millionen Jahren". Offiziell ist der Pariser Vertrag am 2016 in Kraft getreten; er will die Klimaerwärmung bis Ende des Jahrhunderts auf unter 2° senken, möglichst sogar unter 1,5 Grad C.

... Wie bereits vermerkt, sollen die Industriestaaten hierfür von 2020 bis 2025 jährlich 100 Milliarden \$ bereitstellen; für die Jahre danach soll es ein neues, höheres Ziel geben. Andere Länder 'werden darin bestärkt', sich 'freiwillig' an der Finanzierung zu beteiligen.

Für einige Ernüchterung sollte allerdings folgender Fakt sorgen: "Das Militär wurde als Klimakiller bewußt aus dem Kyoto-Protokoll und aus den anderen UNO-Klimadokumenten, was auf Druck der USA und der NATO-Staaten hin geschah.

II. Teil - Daten zur Erderwärmung

Die Organisationen "United Nations Foundation" und "Better World Fonds" waren 1998 ... für die Vereinten Nationen gegründet worden. Von Timothy Wirth, Präsident beider Institutionen, stammt die Aussage:

"Wir müssen auf der Klimaerwärmung herumreiten, sogar auch dann, wenn die Theorie der globalen Erwärmung falsch sein sollte. Wir tun dabei das Richtige hinsichtlich der Wirtschaft und der Umweltpolitik".

In diesem Sinne war auch Paul Watson von Greenpeace, zu vernehmen: "Es kommt nicht darauf an, was stimmt, sondern nur darauf, daß die Leute glauben, daß es stimmt" ...

... Im Weltklimabericht sagten die Forscher u.a. voraus, daß die Temperaturen schneller ansteigen würden als bislang vermutet. Als Hauptverursacher für den Klimawandel machten die Wissenschaftler den Menschen verantwortlich. Ohne den geringsten Beweis.

Der Vizedirektor des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung, Prof. Dr. Ottmar Edenhofer, machte es sich besonders einfach: "Der Ausstoß von Treibhausgasen führt zur Erderwärmung, das ist weitgehend unstrittig", obwohl es aus den letzten Jahren ca. 800 wissenschaftliche Veröffentlichungen gibt, die die CO₂-Treibhausthese widerlegen.

Und mit der Behauptung, daß der Einfluß des CO₂ auf das Klima schon seit 150 Jahren bekannt sei, wird auf den schwedischen Physiker und Chemiker und Träger des Nobelpreises für Chemie des Jahres 1903, Svante Arrhenius, verwiesen; Arrhenius, der Urgroßvater von Greta Thunberg, ging rein hypothetisch, also ohne Beweise, davon aus, daß CO₂ das Klima erwärmen würde, was er allerdings für einen großen Segen für die Menschheit hielt.

Daten aus 1.200 Jahren widersprechen der Panikmache bezüglich einer globalen Erwärmung.

...

In seinem Buch 'Klimasozialismus' legt der Autor Gerhard Breunig dar, daß Europa vor etwa 7.000 Jahren unbestritten völlig eisfrei war. Seit dem Jahr 1000 wechselten sehr warme mit etwas kühleren Phasen ab. Die mittelalterliche Warmzeit, die etwa um 800 begann und zwischen 1150 und 1300 ihren Höhepunkt erreichte, ermöglichte den Wikingern die Besiedlung von Island und Grönland.

Im Jahr 1130 war es in Köln so trocken, daß man den Rhein durchwaten konnte. Nachdem es im Frühjahr 1342 durch die Schneeschmelze eine Flut gegeben hatte, ereignete sich in Mitteleuropa Ende Juli bis Anfang August die schwerste historisch belegbare Natur- und Umweltkatastrophe der letzten 1.000 Jahre, die auch als Magdalenen-Hochwasser bezeichnet wird. Sie entfachte eine Flutwelle, die fast alle Brücken in Regensburg, Bamberg, Würzburg, Frankfurt, Dresden und Erfurt zerstörte und erhebliche Schäden anrichtete.

Besonders hohe Pegelstände gab es 1451, 1682 und 1784. Das Jahr 1540 war in Europa das heißeste und trockenste Jahr des letzten Jahrtausends; 11 Monate blieb der Regen aus und die Temperaturen sollen durchschnittlich 5 bis 7 Grad höher gewesen sein als in den Jahren davor und danach. Im 15. Jahrhundert froh dann die Ostsee zumindest zweimal komplett zu. Der Winter 1788/89 war der kälteste der letzten 300 Jahre.

Seit 1850 wurde es in Europa dann wieder wärmer, bis zum Jahr 2005 um maximal 0,7° C. So hat Leslie Woodcock, Prof. emeritus für Chemische Thermodynamik an der Fakultät für chemische Ingenieurwissenschaften und analytische Wissenschaft an der Universität Manchester, festgehalten, daß "wir in der Vergangenheit immer wieder auf große Überschwemmungen stoßen, und wir finden Noahs Arche in Regionen des Nahmittelostens, die heute Wüstengebiete sind." ...

Klimaschwankungen in den letzten Jahrhunderten führten auch dazu, daß sich die Eisgrenzen sowohl in der Arktis, als auch bei den Alpengletschern laufend verschoben.

Zwischen 1640 und 1650 schoben sich die Gletscher der Alpen so weit vor wie angeblich seit 10.000 Jahren nicht mehr. Weitere Phasen von Gletschervorstößen gab es von 1818 bis 1820 und von 1850 bis 1855. Dann, innerhalb eines Zeitraums von etwa 40 Jahren, bis um 1900, zogen sich die Gletscher etwa 2 km zurück und die Dicke des Eises verringerte sich. Jedenfalls schmelzen die Alpengletscher bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts.

Der Paläoklimatologe Prof. Augusto Mangini von der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, ist ein Pionier des Klimarealismus, der bereits im April 2007 erklärte: "Wir verfügen über Daten, die zeigen, daß es während der letzten 10.000 Jahre Perioden gab, die ähnlich warm oder sogar noch wärmer waren als heute. Tatsache ist, daß es während diesen erhebliche globale und vor allem schnelle Klimawechsel gegeben hat, die die Menschen sehr stark beeinflussten".

Aus den Daten des deutschen Wetterdienstes ist ersichtlich, daß die Globaltemperatur während der letzten 30 Jahre nicht gestiegen ist. Ferner waren Wärmephasen der Klimageschichte immer solche, in denen es den Menschen besser ging und in denen sich die Biosphäre erholte. Die Austrocknung Nordafrikas zur Wüste Sahara erfolgte z.B. durch eine Klimaabkühlung vor Tausenden von Jahren. Bei einer anhaltenden Klimaerwärmung würde sich die Wüste wieder zurückziehen.

Der I. Teil des Berichts 'Climate Change Reconsidered II - Physical Science', den das 'Heartland Institute' am 28.9.2013 veröffentlichte, kam zu folgendem Schluß: "Selbst wenn sich die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre verdoppelte, so würde eine wie auch immer mögliche Erwärmung mäßig ausfallen und der globalen Umwelt oder dem Wohlergehen der Menschen keinen Schaden zufügen".

Die mehr als 50 Wissenschaftler fanden, daß "es keinen empirischen Beweis gibt, der die Be-

hauptung untermauert, eine Erwärmung um 2° C bedeute eine Gefahr für die Ökologie oder die Umwelt auf der Erde". Zudem lasse sich nicht überzeugend behaupten, daß "eine Erwärmung wirtschaftlich teurer würde als eine vergleichbare Abkühlung."

Die Wärme, vermerkte auch Dr. Tim Ball diesen März, leistete wahrscheinlich der sozialen Entwicklung der Menschheit Vorschub. Es waren vielmehr die kalten Episoden, welche Dürren und Hungersnöte auslösten und Zivilisationen beendeten.

"Keiner weiß, warum er sich vor dem, was man früher ein 'Klima-Optimum' nannte, fürchten soll", vermerkte der bereits zitierte Helmut Böttiger schon Ende 2009. "Zu fürchten wäre eine Abkühlung. Aber alle meinen, die Erde vor einer Erwärmung retten zu müssen. Glaube kann bei entsprechender Arbeit Berge versetzen, aber kaum das Klima".

Es kann kein Zusammenhang zwischen dem Kohlendioxidgehalt der Luft und der Globaltemperatur, die trotz steigenden Kohlendioxid-Gehalts der Luft seit 20 Jahren teilweise sinkt, festgestellt werden. Die einfache Tatsache ist, daß es keinen einzigen Beweis dafür gibt, daß ein bestimmter CO₂-Anstieg einen starken Temperaturanstieg verursachen sollte.

Auch gemäß den Feststellungen des britischen Astrophysiker Piers Corbyn, dessen Spezialgebiet die Sonne und ihre Tätigkeit ist, gibt es keine Belege für die Behauptung, daß Kohlendioxid das Klima anheizt. Die realen Daten über Hunderte von Jahren zeigen, daß die Welttemperaturen nicht dem CO₂ folgen.

Daß die 4 % des CO₂-Ausstoßes des Menschen den natürlichen Ausstoß von 96 % in und aus Meer/Land beeinflussen könnten, hat er als eine lächerliche Verschwörungstheorie bezeichnet. Den Forschungen von Prof. Mangini zufolge verliefen die von ihm einwandfrei dokumentierten Temperaturzyklen offensichtlich synchron zu Schwankungen der Sonnenaktivität.

In einem zusammen mit seiner Kollegin Dr. Nicole Vollweiler 2007 verfaßten Artikel, der auf der Webseite der Pressestelle der Universität Heidelberg verfügbar ist, stellen die Autoren u.a. fest:

"Die Tatsache, daß viele Untersuchungen eine deutliche Korrelation des Klimas mit dem von der Sonnenaktivität beeinflussten Kohlenstoffisotop 14C zeigen, deutet auf einen solaren Antrieb des Klimas hin".

Diesen Juli wurde bekannt, daß die folgende Theorie finnischer Forscher zusammen mit einem Team der Universität Kobe vorangetrieben wird:

"Neue Erkenntnisse deuten darauf hin, daß hochenergetische Partikel aus dem Weltraum, die als galaktische kosmische Strahlung bekannt sind, das Erdklima beeinflussen, indem sie die Wolkendecke vergrößern und einen 'Regenschirmeffekt' verursachen", heißt es in der Studie, deren Zusammenfassung in 'Science Daily' publiziert wurde. Die Ergebnisse sind von großer Bedeutung, da dieser 'Regenschirmeffekt', ein ganz natürliches Ereignis, der Hauptgrund für eine Klimaerwärmung sein könnte und eben nicht von Menschen verursachte Faktoren.

Zur Erinnerung: Der damalige Präsident des IPCC, Rajendra Pachauri, hatte bei einem Treffen mit Walter Fust und Bruno Oberle am 16.10.2007 folgende Forderung vorgebracht: "Die Schweiz muß die Führung im Kampf gegen die globale Klimaerwärmung einnehmen", "die Schweiz habe das Glück, mit den dazu nötigen finanziellen und technologischen Ressourcen ausgestattet zu sein". Vor den Medien unterstrich er sogar, daß die Klimaerwärmung eine Gefahr für den Weltfrieden bedeute.

Sicherlich nicht uninteressant ist in diesem Zusammenhang, daß Pachauri selbst erklärt hat, daß er für die Vereinten Nationen nur Klimatologen rekrutierte, die von der Erklärung der Erderwärmung durch Kohlendioxid überzeugt waren und alle anderen ablehnte.

Im August 2008 ließ die EU dann verlauten, die Erderwärmung mittels milliardenschwerer Klimaauflagen zu bremsen. Der von Barroso als 'das ambitionierteste Klimaschutzpaket der Welt' bezeichnete Plan sah Kosten von ca. 60 Milliarden € vor. ...

Laut Prof. Dr. Ing. Wolfgang Leisenberg, der an der Technischen Hochschule Mittelhessen

Automatisierungstechnik lehrte, hat "das CO2-Dogma mittlerweile den Status einer Zivilreligion erlangt". Aber die mittlere globale Temperatur pendelt seit Jahrtausenden um 15° Celsius und verharrt dort seit 1998 auch heute unverändert.

"Wir stehen vor einem Rätsel", schrieb der Klimaforscher Prof. Hans von Storch 2013: "Sollte die globale Erwärmung weitere 5 Jahre pausieren (was der Fall ist), steckt in den Modellen ein fundamentaler Fehler".

Mit welcher Dreistigkeit hier manipuliert wird, geht aus dem Bericht von Pascal Acot vom 13. August 2019 hervor: "Nachdem der IPCC ohne irgendeinen seriösen wissenschaftlichen Nachweis das baldige Schmelzen der Himalaya-Gletscher vorhergesagt hatte, wurde ihm nicht nur von Wissenschaftlern, sondern auch von den Medien Panikmache vorgeworfen.

Daraufhin richtete Ban Ki-moon, der meines Wissens keinerlei wissenschaftliche Kompetenzen hatte, im Februar 2010 eine Botschaft an das 'Globale Umweltministerforum' in Bali. Er forderte die teilnehmenden Minister und Umweltexperten auf, die Ansichten derjenigen zu ignorieren, die die Gefahren des Klimawandels in Frage stellen.

'Sagen Sie der Welt, daß Sie den Klimawandel einstimmig als eine klare und gegenwärtige Gefahr betrachten'. Eine politische Entscheidung also".

Der IV. IPCC-Sachstandsbericht aus dem Jahr 2007 hatte effektiv vorausgesagt, daß die Himalaya-Gletscher 'bis 2035 oder sogar früher verschwinden könnten'. Diese für seriöse Glaziologen verblüffende Einschätzung war Ende 2009 im Rahmen der Vorbereitungen für die Kopenhagener Konferenz aufgegriffen worden. Erst im Januar 2010 räumte der IPCC seinen 'Fehler' ein, der darauf zurückzuführen war, daß die Regeln für die Beweisführung wissenschaftlicher Arbeiten nicht eingehalten wurden.

Zum IPCC vermerkt auch Acot:

"Dieser ist weit davon entfernt, die Wissenschaft zu sein. Um der Sache der anthropogenen Klimaerwärmung besser zu dienen, hat der IPCC Tausende von Klimatologen, die die Gültigkeit des inzwischen dominierenden Klimadiskurses in Frage stellen, aus seinen Reihen ausgeschlossen".

Gerade bei Meldungen zur Gletscherschmelze gilt es, Vorsicht walten zu lassen. So schrieb Kira Kramer in der 'FAZ' vom 17. August 2019: Die Gletscherschmelze ist ein eindruckliches Merkmal der Klimaerwärmung. Der einstige Gletscher Okjökull auf Island ist heute keiner mehr. Diesen Fakt hat auch die isländische Ministerpräsidentin Katrin Jakobsdottir in der 'New York Times' als ein 'weiteres Zeugnis des irreversiblen globalen Klimawandels' bezeichnet, wozu es auf 'sciencefiles' völlig nüchtern heißt:

"Daß das Eis in Grönland schmilzt, hat einen einfachen Grund: In Grönland ist Sommer. Im Sommer schmilzt das Eis, das sich durch den Schneefall in den Monaten September bis März angesammelt hat. Wäre dies nicht der Fall, das Grönlandeis reichte mittlerweile bis in die Troposphäre"

Festzustellen ist, daß sinistre Vorhersagen weiterhin grünes Licht haben. Einer der wichtigsten Berater und 'Faktenchecker' Greta Thunbergs ist ihren eigenen Angaben zufolge der radikale britische Klimatologe Kevin Anderson, ehemaliger Vizedirektor des Tyndall Center for Climate Research; gemäß Anderson sind die Vorhersagen des IPCC viel zu schwach.

Eine Woche vor dem Klimagipfel in Kopenhagen 2009 war er in der Tageszeitung 'The Scotsman' vom 29.11.2009 wie folgt zitiert worden: Er glaube, daß "nur etwa 10 % der Weltbevölkerung - eine halbe Milliarde Menschen - überleben, wenn die globalen Temperaturen um 4° C steigen. Die Konsequenzen eines solchen Anstiegs wären 'furchterregend'. Wenn es bis 2050 eine Bevölkerung von 9 Milliarden Menschen gibt und wir 4, 5 oder 6° C erreichen, überleben vielleicht eine halbe Milliarde Menschen".

Diesen Juni veröffentlichte die Tageszeitung 'Die Welt' gar die Meldung, daß die Erhitzung der Erde voll im Gang sei: "Schon jetzt hat sie sich nach Befunden des IPCC seit der vorin-

dustriellen Zeit um 1750 um rund 1° aufgeheizt. Geht es weiter wie bisher, ist sie Ende dieses Jahrhunderts wohl gut um 3° wärmer".

Dort findet sich auch zum ersten Mal der Begriff einer klimaneutralen Wirtschaft und die Bezeichnung des Kohlendioxids als 'Klimakiller'.

Eine im Januar 2018 von 31.487 US-Wissenschaftlern unterzeichnete Petition erklärt die Hypothese einer vom Menschen verursachten globalen Erwärmung als falsch; auch sie legt dar, daß Kohlendioxid keineswegs ein gefährlicher Schadstoff ist, der aus der Atmosphäre entfernt werden muß, sondern unterstützt dessen Notwendigkeit; ferner weist sie das Kyoto-Protokoll zurück.

Gleichzeitig haben die Forscher davor gewarnt, daß der Alarmismus der globalen Erwärmung ein 'Pseudokrieg' sei, der darauf abziele, ein Land zu Fall zu bringen. ...

Ferner warnen die Wissenschaftler die Vereinigten Staaten vor der Unterzeichnung internationaler Verträge, die lediglich eine finanzielle Belastung für die Bürger des Landes darstellen, 'die nationale Souveränität stehlen und die Energieproduktion einschränken'.

Wie der Geologe Dr. Roger Higgs diesen Juni in seinem Artikel '25 Punkte, die beweisen, daß CO₂ keine globale Erwärmung verursacht', ausführt, ist der simultane Anstieg von Temperatur und CO₂ eine 'unechte Korrelation'. Der wirkliche Grund der Erwärmung war die Entwicklung der Sonnenaktivität zu einem seltenen Grand Maximum, dessen Zusammenfallen mit der Industrialisierung rein zufällig war. Wenn also der IPCC das CO₂ als 'Verschmutzer' dämonisiert, ist das ein kolossaler Fehler, der für unnötige und ineffektive Bemühungen zur Reduktion dieses Spurengases Billionen Dollar kostet.

Die Frage, wie die Behauptung einer vom Menschen verursachten Erderwärmung trotz fehlender Beweise so erfolgreich propagiert werden konnte respektive kann, ist vermutlich dahingehend zu beantworten, daß die Ergebnisse der Forscher, die wissenschaftliche Arbeiten über die Auswirkungen der Sonne und der Strahlungen aus dem Weltall auf das Klima beinhalten, weitgehend totgeschwiegen werden.

Fakten zum CO₂

Nachdem nun die Theorie der Erderwärmung erfolgreich in Gang gesetzt war, mußte man - damit die absurde Fiktion, der Klimawandel sei vom Menschen verursacht, gut verankert werden konnte - zunächst einmal das CO₂ in einen Schadstoff umwandeln, um in der Folge mit der Umsetzung des angezielten Rückbaus auf industriellem Gebiet beginnen zu können.

Das weltweite Geschäft mit der Angst vor einer 'Klimakatastrophe' wurde mit einer unbewiesenen Behauptung gestartet, die besagt, daß sich der CO₂-Gehalt der Luft in 6 km Höhe sammelt und eine Schicht in der Erdatmosphäre bildet, die dazu führt, daß es auf Erden immer wärmer wird, sofern das CO₂ nicht reduziert wird.

Den 1997 in Kyoto anwesenden Delegationen war vom IPCC die menschengemachte 'Weltklimakatastrophe' verkündet worden; die anwesenden Nationen wurden dazu animiert, das Sitzungsprotokoll zu unterzeichnen und sich dazu zu verpflichten, das für die Pflanzen notwendige CO₂, das man zuvor zum Klimafeind bestimmt hatte, zu bekämpfen. Alle mit der Bekämpfung von CO₂ notwendigen, gesetzlich vorgeschriebenen Ausgaben setzten in der Folge ein gewaltiges weltweites Geschäft in Bewegung.

"Die ganze IPCC-Betätigung", so der vormalige Experten-Gutachter des IPCC, der neuseeländische Chemiker Dr. Vincent Gray, "wurde in Gang gebracht, um 'Beweise' dafür zusammenzutragen, daß die Erde wegen der Zunahme von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen in der Atmosphäre eine 'globale Erwärmung' erlebt. Es bestand niemals irgendeine Absicht, eine ausgeglichene oder unvoreingenommene wissenschaftliche Abschätzung der Klimawissenschaft vorzulegen. Der IPCC ist fundamental korrupt, er legt sich das Klima zurecht. Die einzige 'Reform', die ich mir vorstellen könnte, wäre seine Abschaffung".

Der CO₂-Gehalt der Atmosphäre war in der Entwicklungsgeschichte der Erde immer großen

Schwankungen unterworfen, auf die der Mensch keinen Einfluß hatte. Das Klima selbst hat sich während der gesamten 4,5 Milliarden Jahre Erdgeschichte ohne Korrelation zum atmosphärischen CO₂-Gehalt kontinuierlich gewandelt. Während mehr als drei Viertel der letzten 550 Millionen Jahre lag der CO₂-Gehalt der Atmosphäre 2 bis 15 mal höher als jetzt. So war auch der CO₂-Anteil im Tertiär, dem Zeitalter der Dinosaurier, um ein Mehrfaches höher als in der Gegenwart.

Gleichzeitig gab es nie zuvor und, nach heutigem Wissensstand, nie danach eine größere Pflanzendichte als in jener Zeit. Während der letzten 12.000 Jahre - unsere gegenwärtigen Holozän-Zwischeneiszeit - betrug der CO₂-Gehalt lediglich 250 bis 290 ppm, was die Pflanzen beinahe verhungern ließ. Dies war so bis zum Jahr 1850, als die industriellen CO₂-Emissionen einsetzten und den CO₂-Gehalt steigen ließen. Derzeit ist die CO₂-Konzentration auf dem niedrigsten Stand seit mehr als 250 Millionen Jahren.

Auch dem Astrophysiker Prof. Nir Shaviv sowie dem Geologen Prof. Ján Veizer zufolge lag der CO₂-Gehalt unserer Atmosphäre in früheren Zeitperioden bis zu 18mal höher als heute, während einer Eiszeit sogar 10mal höher.

Das Gasmisch der Luft besteht zu knapp 21 % aus Sauerstoff, zu 78 % aus Stickstoff und zu knapp 1 % aus Argon. Kohlendioxid liegt nur in einer Konzentration von 0,038 Prozent vor; davon produziert die Natur 96 %, den Rest, 4 %, der Mensch; das sind dann 4 % von 0,038 %, also 0,00152 %.

Jedenfalls wird überwiegend ignoriert, daß CO₂ als natürliches Spurengas der Atmosphäre für das Pflanzenwachstum unentbehrlich ist; für die Flora ist der derzeitige Anteil von Kohlendioxid in der Erdatmosphäre von 0,038 % eine untere Grenze, wobei die Pflanzen CO₂ ausschließlich aus der Atmosphäre aufnehmen können und hieraus über die Photosynthese die grundlegenden Kohlenwasserstoff-Verbindungen herstellen, die ein Leben auf der Erde erst möglich machen. Eine CO₂-freie Atmosphäre wäre das Ende allen Lebens und der Tod der irdischen Biosphäre.

Würde der CO₂-Anteil in der Atmosphäre unter ca. 0,014 % sinken, würde Leben auf der Erde nicht mehr möglich sein. Mehr CO₂ in der Luft verbessert das Wachstum der meisten Pflanzen und damit die Welternen; je höher das CO₂-Angebot an die Pflanzen, desto höher und schneller ihr Wachstum. Das Optimum für Pflanzen liegt je nach Pflanzenart beim zehnbis hundertfachen der heutigen 0,038 %.

Bereits 2009 hatte der Physikprofessor Dr. Will Happer aus Princeton erklärt, daß und weshalb "die Angst vor einer Klimaerwärmung durch den Menschen falsch ist. Die Erde leide zur Zeit vielmehr an einem CO₂-Hunger. Fast nie zuvor sei der CO₂-Gehalt auf der Erde so niedrig gewesen wie zur Zeit".

Leslie Woodcock zufolge "wird Kohlendioxid zwar immer wieder als giftiges Gas bezeichnet, aber in Wahrheit ist es das Gas des Lebens"

"Tatsächlich", so auch Greenpeace-Gründungsmitglied Patrick Moore, "sind Kohlendioxid und Wasser die Hauptbausteine allen Lebens. Daher kommt auch die Kohle in dem auf Kohlenstoff basierenden Leben vor, und das ist jedes Leben zu Lande und zu Wasser".

"Wir können nicht behaupten", so der Klimatologe Prof. Ian Clark von der Universität Ottawa, "daß das CO₂ das Klima bestimmt, denn das hat es in der Vergangenheit nachweislich zu keiner Zeit getan. Die Eiskernbohrungen zeigen eindeutig: Zuerst ändert sich die Temperatur, dann folgt die CO₂-Konzentration im Abstand von etwa 600 bis 800 Jahren nach. Der IPCC vertauscht demzufolge Ursache und Wirkung".

CO₂ ist schwerer als die übrige Luft und sammelt sich deshalb am Boden, z.B. von Silos, oder in Senken, und wird in der Natur in großen Mengen produziert. Aus der Erde ausströmendes Methan (CH₄) reagiert mit dem Luftsauerstoff (O₂) und oxydiert zu CO₂ und Wasser (H₂O). Das anthropogene, vom Menschen erzeugte Kohlendioxid ist verschwindend gering, ganz ab-

gesehen davon, daß der dem CO₂ angedichtete Treibhauseffekt eine physikalische Unmöglichkeit ist; was viel eher einen 'Treibhauseffekt' bewirkt, sind Luftfeuchtigkeit, also Schwüle, und ein bewölkter Himmel.

Unter seriösen Fachwissenschaftlern herrscht ein Konsens darüber, daß technische Kohlendioxid-Emissionen keinen schädlichen Einfluß auf das Klima ausüben. Maßnahmen zur Senkung der Kohlendioxid-Emissionen sind deshalb nicht erforderlich. Selbst wenn die globalen technischen Emissionen schädlich wären, würden sie gegenüber den Emissionen der Geo- und der Biosphäre nicht ins Gewicht fallen; die technischen Kohlendioxid-Emissionen machen nur 1,2 % der natürlichen Emissionen aus.

Daß Maßnahmen zur Minderung der Kohlendioxid-Emission nicht erforderlich sind, geht auch aus der von dem MIT-Klimatologen Prof. Dr. Richard Lindzen zusammen mit über 300 Wissenschaftlern im März 2017 an Präsident Trump gerichteten Petition hervor, in der dieser aufgefordert wird, die USA aus der UN-Konvention zum Klimawandel, der 'United Nations Framework Convention on Climate Change' (UNFCCC), zurückzuziehen.

"Wir ersuchen die amerikanische und andere Regierungen, ihre Haltung bezüglich eines überholten internationalen Abkommens zu ändern, welches auf unbedeutende Treibhausgase, primär Kohlendioxid, zielt und strenge Vorschriften zur Folge hat. Seit 2009 haben die USA und andere Regierungen Maßnahmen hinsichtlich des globalen Klimas durchgeführt, die wissenschaftlich nicht gerechtfertigt sind, und die schon jetzt ernste soziale und wirtschaftliche Schäden angerichtet haben und weiter anrichten werden, ohne jeden Vorteil für die Umwelt. Kohlendioxid ist kein Verschmutzer.

Im Gegenteil, es gibt viele klare und eindeutige Beweise, daß ein steigender atmosphärischer Kohlendioxidgehalt für die Umwelt sehr hilfreich ist, um Ernteerträge zu verbessern und andere Pflanzen, die die Nahrungsgrundlage für alles Leben bilden, besser wachsen zu lassen. Es ist ein Pflanzendünger und kein Gift. Wir befinden uns jetzt am Scheideweg.

Die Kandidaten Trump und Pence versprochen, die USA nicht nur aus einem schädlichen internationalen Klimaabkommen herauszuhalten, sondern auch in die Irre führende und sinnlose Restriktionen der Regierung bezüglich der CO₂-Emissionen zurückzufahren. ... Klimadiskussionen waren seit langem politische und keine wissenschaftliche Diskussionen. In diesen ging es darum, ob Bürger oder Bürokraten Kontrolle über Energie, natürliche Ressourcen und andere Posten ausüben sollten. ...".

Eine weitere Petition, die sich gegen den Klimaalarm richtet, haben diesen Juli 90 italienische Bürger und Wissenschaftler unterzeichnet, eine Einladung an die politischen Führungskräfte, eine Umweltschutzpolitik einzuführen, welche im Einklang mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen steht.

Auch diese Petition legt dar, daß uns bewußt sein muß, daß Kohlendioxid kein Schadstoff ist, sondern im Gegenteil für das Leben auf unserem Planeten unentbehrlich.

Es besteht keine Korrelation zwischen dem Kohlendioxid-Gehalt der Luft und der Globaltemperatur. Diese sinkt seit 15 Jahren, obwohl der Kohlendioxidgehalt steigt. "Fakt ist, daß die 0,04 % Kohlendioxid der Atmosphäre ausreichen, um die gesamte 15µm-IR-Abstrahlung zu absorbieren. Das bedeutet, daß noch mehr Kohlendioxid in der Luft nicht noch mehr Wärme produzieren kann. Dies ist auch in einem entsprechenden Enquete-Bericht des Bundestags nachzulesen.

Selbst wenn sämtliche Vorräte an fossilem Kohlenstoff verbrannt würden, ergäbe sich dennoch nur eine Steigerung des Kohlendioxid-Gehalts der Luft von 0,05 %.

Der Grund, warum die CO₂-Atmosphärentheorie niemals funktionieren kann, liegt darin, daß die Ozeane die Menge an CO₂ in der Luft steuern. Ein wärmerer Ozean, der 50mal mehr CO₂ als die Atmosphäre enthält, stößt mehr CO₂ aus und umgekehrt. Das ist grundlegende Physik. So erklärt auch der bereits zitierte Astrophysiker Piers Corbyn hinsichtlich der Vorstellung,

das Klima über CO₂ zu regulieren, daß dies sinnlos sei: Entferne man das CO₂ aus der Luft, ströme es aus dem Meer nach.

Noch bevor sich Norbert Röttgen 2011 in Durban mit dem Konzept der Einführung eines CO₂-Limits für den Menschen 'ausgezeichnet' hatte, war im September 2009 ein Vorschlag dieser Art von Hans Joachim Schellnhuber ergangen: Jedem Menschen, gleich, ob in Berlin oder in Beijing, sollte ein persönliches CO₂-Budget zugeordnet werden; diejenigen, die das Budget überschritten, müßten Steuern zahlen.

Eine niemals realisierbare Forderung, die obendrein als hochgradig totalitär zu betrachten ist. ... Übrigens stieg Kanada noch in der auf das Ende der Kyoto-Konferenz folgenden Nacht aus dem Kyoto-Protokoll aus. Die Auflagen zur Emissionssenkung hätten dem Land auf Grund zu hoher Emissionswerte Strafzahlungen in der sagenhaften Höhe von 13,6 Milliarden \$ beschert. ...

Noch immer zeigen Nachrichtenredaktionen, wenn über CO₂ berichtet wird, Bilder von Kraftwerken, aus denen große weiße Wolken aufsteigen, was natürlich falsch ist, da CO₂ nicht sichtbar ist; was da aufsteigt, ist Wasserdampf. Allein Greta Thunberg kann CO₂ sehen, wie ihre Mutter sagt ...

Nachdem die Fälschung des Kyotoprotokolls, das sogenannte 'Climategate', hinlänglich Gegenstand von Berichten war, selbst in der Tagespresse, widerlegt auch die soeben von Patrick Frank, Professor am SLAC (Stanford University), am 6. September in der Zeitschrift 'Frontiers in Earth Science' veröffentlichte Studie die bisher vorgelegten Klimamodelle.

"Kurz zusammengefaßt ergeben sich folgende Fakten:

- Klimawandelmodelle können die Erdtemperatur nicht vorhersagen;
 - sämtliche Berechnungen der Temperaturentwicklung sind falsch;
 - sämtliche Aussagen, die über den Einfluß von CO₂ auf das Klima gemacht werden, sind damit bedeutungslos;
 - ein Effekt von CO₂ auf das Klima könnte selbst dann, wenn es ihn gäbe, nicht nachgewiesen werden;
 - schon der Fehler in der Modellierung der Langwellenstrahlung, die von Wolken auf die Erde reflektiert wird, ist um das 114fache größer als der Effekt den CO₂ auf das Klima haben soll".
- Wie er darlegt, sind "die Klima-Modellierer nicht in wissenschaftlicher Methodik ausgebildet; sie sind nicht ausgebildet, um wissenschaftlich zu arbeiten; sie sind keine Wissenschaftler".
- Wieso also die erbitterte widernatürliche Bekämpfung des CO₂?

Der menschengemachte Klimawandel

Auch hier findet sich am Anfang Margaret Mead:

"Säen wir genügend Angst, daß der Klimawandel vom Menschen verursacht wird."

Damit war auch diese erfundene Behauptung in der Folge kaum mehr zu tilgen, denn die Ankündigung einer Klimakatastrophe durch vom Menschen erzeugtes (anthropogenes) Kohlendioxid wurde praktisch kritiklos übernommen und geistert seither durch die Reden von Politikern und Beamten sowie durch Berichterstattungen zum Klima.

Als die Vereinten Nationen wie bereits erwähnt im Februar 2007 ein düsteres Bild von einer zu erwartenden Erderwärmung zeichneten, machten auch die Forscher in ihrem Weltklimabericht den Menschen als Hauptverursacher für den Klimawandel verantwortlich.

In diese Fußstapfen trat Gro Harlem Brundtland, die damalige UN-Sondergesandte für Klimaschutz, die uns im Mai desselben Jahres wissen ließ, daß die Industriestaaten für den Zustand der Atmosphäre verantwortlich seien und daher auch die größte Verantwortung für die Reduzierung der Treibhausgase übernehmen müßten.

Auf sie folgte Moritz Leuenberger, der am Nachhaltigkeitsgipfel in Neu-Delhi im Februar 2008 zum 'resoluten Kampf gegen den Klimawandel' aufrief, mit der Aufforderung, sich für jedes Jahr fixe Reduktionsziele beim Ausstoß von klimaschädigenden Gasen zu setzen.

Schon damals ging es um eine CO₂-Abgabe, die, so der damalige Bundesrat, in Form von einer noch bescheidenen pro Tonne CO₂-Abgabe je nach Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes zu erheben wäre. 2011 steigerte sich dann die UNO zu der Erklärung, daß die Auswirkungen des Klimawandels den Weltfrieden gefährdeten: "Negative Folgen des Klimawandels könnten auf lange Sicht bereits bestehende Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit in der Welt verschärfen".

... 2009 gelangte der radikal-ökologische Film mit dem Titel 'Home' in die Kinos, und als DVD an Schulen und Universitäten. Der auch mit Geldern aus dem Regenwald-Projektfonds von Prince Charles finanzierte Film stellte die Behauptung auf, die Menschheit habe nur noch zehn Jahre Zeit, um sich dem angeblichen Klimawandel entgegenzustemmen.

Bereits im Oktober 2010 hatte Harold Lewis, emeritierter Physikprofessor der University of California in Santa Barbara und früherer Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses des US-Verteidigungsministeriums, die menschlich verursachte Erderwärmung als den 'größten und erfolgreichsten pseudowissenschaftlichen Betrug, den ich während meines langen Lebens gesehen habe', bezeichnet.

So wurde auch in der Sendung von Svenja Bergerhoff 'Klimawandel: Ursache Mensch' am 2. 5. 2019 im 'ZDFcheck19' ohne Beweisführung respektive ohne alle Hemmungen erklärt: "Klimaforscher sind sich einig: Hauptursache des Klimawandels ist der Mensch. Unsicherheit in dieser Frage gebe es nicht". Zu sehen war das ausgetrocknete Flußbett des Rheins 2018 in Düsseldorf; die Aufnahme zeigte jedoch nicht etwa den ganzen Rhein inklusive Fährrinne, sondern wunderbar gezielt nur die Ränder des Rheins und natürlich nur den gewollten Abschnitt bei Düsseldorf ...

Auf Radio 'SFR2 Kultur' ging es in der Kontext-Sendung vom 20.5.2019 gar um die Frage, warum Populisten den menschengemachten Klimawandel leugnen. Wieso es ausgerechnet Populisten sein mußten, die doch diejenigen sind, die Identität und Kultur einer Nation hochhalten, blieb offen. Und Nationalrat Roger Köppel mußte sich tatsächlich die Frage gefallen lassen:

"Mit Ihrer Verneinung des menschenverursachten Klimawandels stehen Sie in Opposition zur Klimawissenschaft. Kommen Ihnen nie Selbstzweifel?" ...

Wo immer es um Migration, Populismus und Klima geht, darf 'seine Heiligkeit' Papst Franziskus nicht fehlen. So stärkte dieser im Juni 2017 Kanzlerin Merkel im Kampf gegen den Klimawandel den Rücken und brandmarkte im September Leugner des Klimawandels im Zusammenhang mit der Hurrikan-Serie in der Karibik, den Vereinigten Staaten und Mexiko gar als 'dumm'.

Vermutlich weitgehend unbemerkt verfaßte der 'WBG', der 'Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung - 'Globale Umweltveränderungen' 2011 ein Traktat mit der Überschrift 'Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation', welches nichts weniger beinhaltet als Empfehlungen für die Errichtung einer weltweiten Ökodiktatur unter dem Vorwand einer zu diesem Zweck erfundenen, dem Menschen zuzuschreibende Klimakatastrophe.

Nach Vorliegen des 3. Teils des V. Sachstandsbericht des IPCC für 2014/2015 bezeichnete der bereits erwähnte Leslie Woodcock diesen als 'Schwachsinn', woraus er auch öffentlich keinen Hehl machte. Im IPCC-Bericht heißt es, daß "ein weiterhin anhaltender Anstieg des Kohlendioxids in der Atmosphäre das Überleben der Menschheit gefährde".

Auch Woodcock, ein früherer NASA-Forscher, erklärte in einer Stellungnahme zu den Befürchtungen des IPCC, daß es sich bei der Theorie des vom Menschen verursachten Klimawandels lediglich um eine 'unbewiesene Hypothese' handle.

Hinter der Theorie der maßgeblich vom Menschen erzeugten Klimaerwärmung, die von radikalen linken Umweltschützern in eine Theorie des globalen Klimawandels umgemünzt wurde, stehen seiner Ansicht nach wirtschaftliche Erwägungen: "Wenn man mit wirklichen, aber un-

politischen Wissenschaftlern redet, erklären sie, daß an der Theorie der globalen Erwärmung nichts dran ist. Es geht hier um ein Geschäft, das einigen Leuten sehr viel Geld bringt". ...

Steven Koonin, unter Obama von Mai 2009 bis November 2011 Staatssekretär im Energieministerium, hielt in einem Beitrag im 'Wall Street Journal' vom 20. 9. 2014 jenen Wissenschaftlern, die den Klimawandel als ausgemachte wissenschaftliche Sache sehen, 'törichte' und 'irregeleitete' Positionen vor, die eine richtige Debatte über die Entwicklung des Klimas behinderten. Wie er u.a. erklärte, "gibt es im Detail keine brauchbare Übereinkunft, die auf menschlichen Einfluß schließen ließe." "Wir sind weit von dem Wissensstand entfernt, den wir brauchen, um eine gute Klimapolitik zu betreiben."

Der Wirtschaftsberater des damaligen australischen Premierministers Tony Abbott, Maurice Newman, sagte im Mai 2015, beim Klimawandel handle es sich um einen Schwindel, der vor allem von den Vereinten Nationen benutzt werde, um eine von dieser kontrollierte 'neue Weltordnung' durchzusetzen.

Die UNO, so auch Newman, benutze falsche Modelle, die einen angeblich anhaltenden Temperaturanstieg zeigten, weil sie ein Ende der Demokratie herbeiführen und statt dessen autoritäre Herrschaftsformen durchsetzen wolle.

"Es ist ein gut gehütetes Geheimnis, daß sich 95 % der Klimamodelle, die angeblich eine Verbindung zwischen Kohlenstoffdioxid-Emissionen und der globalen Erwärmung nachweisen, nach fast zwei Jahrzehnten stagnierender Temperaturen als fehlerhaft erwiesen haben", schrieb er am 8.5.15 in einem Kommentar in der Zeitung 'The Australian'. "Tatsächlich geht es darum, politische Macht zu konzentrieren. Der Klimawandel ist dabei nur der Aufhänger". Patrick Moore übte dieses Jahr im März deutliche Kritik an Politikern und NGOs, die vor einer angeblich drohenden Klimakatastrophe durch anthropogene CO₂-Emissionen warnen. "Tatsächlich", so Moore, "ist die gesamte Klimakrise nicht nur Fake News, sondern auch Fake Wissenschaft". Es gebe überhaupt keine Klimakrise. "Es gibt Wetter und Klima überall auf der Welt".

"Natürlich ist Klimawandel real. Es gibt ihn seit Anbeginn der Zeit. Aber er ist weder gefährlich noch vom Menschen gemacht. Der Klimawandel ist ein völlig natürliches Phänomen und die derzeitige moderne Warmperiode hat vor 300 Jahren begonnen, als die Kleine Eiszeit zu Ende ging. Nichts, wovor man Angst haben mußte. Aber die Klima-Alarmisten leben davon, Angst zu erzeugen".

Im März hatte auch der Physiker Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke im Bundestag betont, daß es keinerlei wissenschaftlichen Nachweis für einen menschengemachten Klimawandel gebe.

Letztlich liegt auch das Buch des ehemaligen Umweltsenators von Hamburg, Prof. Dr. Fritz Vahrenholt, 'Die kalte Sonne' vor, in dem dieser, wissenschaftlich eindeutig belegt, jeglichen Einfluß des anthropogenen CO₂ auf das Klima verneint.

"Die menschengemachte Klimakatastrophe", legt Vera Lengsfeld u.a. dar, "ist zu einer Gefahr erklärt worden. Belege für dieses folgenreiche Postulat hätten hochleistungsfähige Computer erbracht, betuern Autoritäten der Klimaforschung. Es gibt gegen die vorgeblich wissenschaftlich begründete Behauptung, der heutige Klimawandel sei ganz oder überwiegend durch menschlich erzeugtes CO₂ verursacht, schwerwiegende und fundierte Einwände. ... "

Bei ihrem Besuch in China Anfang September versäumte es die Bundeskanzlerin nicht, in ihrer Rede ... in Wuhan zum Kampf gegen den Klimawandel aufzurufen. Man ist jeweils fassungslos, was unsere Regierungshäupter zu erklären wissen, obwohl nicht wenige der Zuhörer doch sehr genau über Klimafakten informiert sein dürften. ...

Auf die Idee des menschengemachten Klimawandels wird inzwischen eine preistreibende Energiepolitik aufgebaut, obwohl die Treibhaus-Thesen längst widerlegt sind. Mit im Boot dürften die zum 'Global Round Table on Climate Change' gehörenden 85 Konzerne sitzen, die bereits im Februar 2007 erklärten, den Kampf gegen den Klimawandel aufzunehmen, darunter

Bayer, Allianz, General Electric, Swiss Re, Electricité de France; von den Regierungen verlangten sie, verbindliche Obergrenzen für den Ausstoß von Treibhausgasen festzulegen.

Es war nicht etwa zu lesen, daß es um das Wohl der Menschheit ging, nein, es hieß, daß die Konzerne überzeugt seien, daß der Kampf gegen den Klimawandel 'positive Geschäftsmöglichkeiten schaffe'.

Mit der These des menschengemachten Klimawandels war der Mensch endgültig zum Schuldner gegenüber der Natur abgestempelt.

III. Teil - Wo die Klimadrangsal ihren Ursprung nahm - Klimaschutz - Dekarbonisierung

Mit der Kennzeichnung des Menschen als Schuldner gegenüber der Natur war es in der Folge ein Leichtes, unter dem Deckmantel 'Klimaschutz' damit zu beginnen, längst konzipierte Veränderungen einzuleiten.

Zunächst müßte man ein Einsehen haben, daß wir weder eine Klimakrise noch einen Klimanotstand erleiden und daß diese, existierten sie, mitnichten durch menschliche Bemühungen zu beheben wären.

Was wir schützen können, ist die Umwelt, während der ständig geforderte Klimaschutz eine schlichtweg undurchführbare Vorstellung darstellt, da der Mensch außerstande ist, das Klima auf irgendeine Weise zu steuern, denn dieses unterliegt dem Einfluß des Universums. Wäre ein menschlicher Eingriff vollziehbar, so könnten wir morgen die Wüsten erblühen lassen, die Landschaft jeder Region unseren Bedürfnissen entsprechend verändern, Hurrikans ab- und eine drohende Eiszeit aufhalten. Wer immer die Behauptung ins Feld führt, man könne Klimaschutz durch Gesetze gewährleisten, kann nicht über atmosphärenphysikalische Kenntnisse verfügen. Begriffe wie 'Klimarettung' dienen daher lediglich der Indoktrinierung.

Unter 'Klima' versteht man den Mittelwert der Wetterparameter im Verlauf von 30 Jahren; es kann weder geschädigt noch geschützt werden; es wandelt sich permanent seitdem es Wolken gibt und nicht erst seit wir Auto fahren ...

Das Buch 'Die launische Sonne' von Nigel Calder und den dänischen Physikern Hendrik Svensmark und Egil Friis-Christensen (Kopenhagen) war bereits 1997 editiert worden. Calder hatte seinerzeit die Gründung des IPCC als Wissenschaftsjournalist begleitet; wie bereits vermerkt, hat er offengelegt, daß der Gründungsauftrag für den regierungsübergreifenden Klimarat dahingehend lautete, 'zu beweisen, daß sich der Mensch gegen das Klima versündigt'.

Auf Grund ihrer Forschungen machen die Autoren die Sonne für das Klima verantwortlich; indessen werden ihre Ergebnisse, die die Auswirkungen von Sonne und Strahlungen aus dem Weltall auf unser Klima aufzeigen, weitgehend totgeschwiegen. Damit können die Politiker nichts anfangen. Das würde bedeuten, daß die Flut von Gesetzen, mit denen die Bürger zu immer neuen Abgaben und Steuern gezwungen werden, um die Welt zu retten, nicht mehr zu rechtfertigen wäre.

Dem russischen Geologen Prof. Dr. Oleg G. Sorochtin ... zufolge, kann es, wie er Anfang 2011 darlegte, im Prinzip zu keiner Temperaturkatastrophe auf der Erde kommen. "Von allen Planeten des Sonnensystems", führt er aus, "hat nur die Erde eine einmalige Atmosphäre, die ein förderliches Klima für die Entwicklung höherer Lebensformen sichert.

Dies ist durch eine günstige Konstellation vieler Umstände bedingt, und dadurch, daß die Sonne ein ruhiger Stern ist, daß die Erde in einer optimalen Entfernung von der Sonne liegt, und daß die Erde einen massiven Satelliten (den Mond) hat. ... Was wäre also ein vernünftiges Herangehen an das Klimaproblem? Die von der Natur diktierten Gegebenheiten ruhig und pragmatisch hinzunehmen." ...

Eine 2017 von den Professoren Horst-Joachim Lüdecke und Carl-Otto-Weiß vorgelegte detaillierte Rekonstruktion der Temperaturgeschichte der Erde für die letzten 2.000 Jahre ergibt jetzt genauer, daß das Erdklima von 3 schon bekannten natürlichen 200- bis 1.000-

jährigen Zyklen dominiert wird. Diese 3 Zyklen bewirkten insbesondere den Temperaturanstieg um ca. 0,7° von 1870 bis 2000.

Dieser Anstieg, der offiziell als bisher einziger angeblicher Beweis für den Klimaeinfluß von CO₂ angeführt wird, kann keineswegs dem anthropogenen CO₂ zugeordnet werden, sondern ist natürlichen Ursprungs. Die 3 Hauptzyklen des Erdklimas stimmen überdies gut mit 3 Zyklen der Sonnenaktivität überein. Damit ist belegt, daß das Erdklima auch für die letzten 2.000 Jahre dominant von der Sonnenaktivität bestimmt ist.

Nicola Scafetta von der Duke University in Durham, USA, hatte bereits 2012 gezeigt, daß sich die Hauptzyklen der Sonnenaktivität aus der Bewegung der Planeten, speziell von Jupiter und Saturn, ermitteln lassen.

Angesichts des Einflusses des Sonnensystems und der Galaxis auf die Erde ist es somit absurd, zu behaupten, menschliche Aktivitäten könnten das Erdklima verändern. Zudem gibt es eine überzeugende Korrelation zwischen der Sonnenaktivität und der Temperatur. Dennoch streiten die Forscher des IPCC den Einfluß der Sonne auf das Erdklima kategorisch ab.

Selbst wenn der 'englische Wettergott' Piers Corbyn erklärt: "Die Sonne bestimmt das Klima, CO₂ ist irrelevant", so stößt eine Feststellung dieser Art ganz offensichtlich noch immer auf wenig Akzeptanz. ...

Wie Prof. Shaviv (Jerusalem) im Verlauf eines Klima-Fachgesprächs im deutschen Bundestag am 28.11.2018 dargelegt hat, gibt es keinen Beleg für eine menschengemachte Erderwärmung. Der Weltklimarat gebe nicht zu, daß es statt dessen Beweise dafür gibt, daß die Sonneneffekte für das Klima entscheidend und zu mehr als 50 % für die Erderwärmung verantwortlich seien. Selbst wenn sich der Kohlendioxidausstoß verdoppelte, käme es nur zu einer Erwärmung von 1 bis 1,5 Grad C. Dies aber widerspreche den üblichen 'Schreckensbotschaften'. Wenn aber die Fakten zum Klimawandel 'grundfalsch' sind, so Shaviv, dann seien auch die Vorhersagen 'irrelevant'. ...

Wie diesem im Februar auch von Prof. Lüdecke erklärt worden war, "setzen physikalisch-technische Gesetzmäßigkeiten dem politischen Willen Grenzen; ein Schutz des Klimas und damit des Wetters ist daher unmöglich". Wie er ferner betonte, "gibt es keinerlei wissenschaftlichen Nachweis für einen menschengemachten Klimawandel". ...

Wie eingangs erklärt, kann keine Menschenseele das Klima 'retten'. Wer das behauptet, betreibt eine demagogische Politik und nährt eine gefährliche und trügerische Illusion. ...

Inzwischen ist der 'Klimawandel' zu einem hochideologischen Begriff geworden, der die Utopie der 'Klimarettung' zum Ziel des politischen Handelns und zum moralischen Gebot erhoben hat.

"Klimaschutz", so Dr. Wolfgang Thüne, "bezweckt genau das Gegenteil. Der Schöpfung kann man keinen größeren Schaden zufügen als den, den grünen Pflanzen ihr elementares Nahrungsmittel vorzuenthalten ...".

Aus der Saat des staatlich verordneten Klimaschutzes ist nun die DEKARBONISIERUNG aufgegangen. ... erwarten uns nun mit der Dekarbonisierung die Eingriffe in unsere über Jahre hinweg sorgfältig aufgebaute Energieversorgung.

Zur Wiederholung: Die Forderung von Margaret Mead zum Schutz der Atmosphäre bestand in weltweit durchzuführenden Rückabwicklungen im industriellen Bereich: "Offen gesagt, es kann sein, daß wir an den Punkt gelangen, an dem die einzige Möglichkeit, die Welt zu retten, darin besteht, daß die Industriegesellschaft zusammenbricht".

Die angebliche Klimakrise, deren Abwendung die Reduktion von CO₂ und die Verbannung von Kohle und Atomstrom erfordert, hat hier die Rolle eines 'Rettungsmittels' inne, womit erreicht wird, eine gesunde Wirtschaft wie geplant zurückzufahren.

So hatte der damalige japanische Regierungschef Yasuo Fukuda bereits 2008 ... erklärt ... "Wir müssen dafür sorgen, daß die Welt zu einem kohlenstoffarmen Ort wird. ...

2014 erging dann in Lima ... die UNO-Forderung, bis 2050 massive Einsparungen beim CO₂-Ausstoß zu erzielen, was einer nahezu vollständigen Aufgabe von fossilen Energieträgern wie Kohle respektive Öl gleichkäme: ... eine Auflage, die von Seiten der Regierungen offensichtlich nicht auf die geringste Ablehnung stieß.

Man könnte folgern, daß die von der Bundeskanzlerin noch vor dem G-7 Gipfel in 2015 vorgebrachte Aussage, daß im Laufe dieses Jahrhunderts eine 'Dekarbonisierung' der Weltwirtschaft, also der Ausstieg aus fossilen Energien notwendig sei, um die globale Erwärmung auf maximal 2° zu begrenzen, gewissermaßen in Übereinstimmung mit der UNO-Anweisung erfolgte. Denn in der Ausgabe der 'FAZ' vom 2. Mai 2015 legte auch sie dar, daß die G-7 'beim notwendigen Übergang zu einem kohlenstoffarmen Wirtschaften Vorreiter sein sollten'.

Was die unablässig vorgetragene Nutzung der Sonnenenergie angeht, so bietet sie, wie dies auch Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel darlegt, keine Lösung für eine bezahlbare und verlässliche Energieversorgung. So werden hierfür Stromspeicher benötigt, da nachts keine Sonne scheint.

Ausreichend große und preiswerte Speicher gibt es jedoch nicht. Physiker haben noch nicht einmal einen Grundgedanken, wie solche Speicher aussehen könnten. Die heute propagierten Speicher (Batterien, Pumpspeicherwerke und Wasserstoff aus der Elektrolyse) haben Verluste zwischen 20 und 80 %. Zur Frage, ob Kohlenstoffdioxid klimaschädlich sei, führt er u.a. aus: Diese Behauptung wird strittig diskutiert. ...

Auch der Direktor am Berliner Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft, Prof. Dr. Robert Schlögl, hat diesen August erklärt, daß "die Grundidee der Energiewende absolut unsinnig ist. Unseren Energiebedarf mit Windrädern und Solaranlagen zu decken, sei schlicht unmöglich, denn Wind- und Sonnenenergie unterliegen wetterbedingt hohen Schwankungen".

...

Es gibt fast überall auf der Welt gut erreichbare und kostengünstig zu fördernde Kohlevorkommen; hinzu kommt, daß Kohle relativ einfach transportier- und lagerbar ist. Kohle könnte also nach wie vor bei der Überwindung der Armut durch die Bereitstellung preiswerter und verlässlicher Elektrizität eine Schlüsselrolle spielen, hätte man die Einsicht und den Mut, sich der UNO-Forderung ihrer Abschaffung entgegenzustellen. Inzwischen sind Millionen in alternative Energien gesteckt worden, obwohl zu erkennen ist, daß sie die fossilen Treibstoffe niemals ersetzen können; es sind offenbar auch nie nachdrückliche Kosten/Nutzen-Analysen erstellt worden.

Weltweit, schreibt Patrick Moore, seien rund 90 % der Bevölkerung von fossilen Energieträgern abhängig, und diese zu verbrennen, sei keineswegs schädlich: 'Fakt ist, daß 85 % der weltweit erzeugten Energie von fossilen Energieträgern stammt. Das Kohlendioxid, das beim Verbrennen emittiert wird, wurde seinerseits vor Millionen Jahren aus der Atmosphäre und den Meeren genommen und in Sedimenten gespeichert. Wir lassen es jetzt frei, zurück in die Atmosphäre, wo es das Leben auf Erden befruchten kann'."

Alles deutet darauf hin, daß die gesamten Einschränkungen vor allem Europa treffen. ... Kommt es zu einer Umsetzung vorliegender europäischer Pläne, ist zu befürchten, daß die gesamte Energieversorgung der EU-Länder ohne wissenschaftlich nachgewiesene Not zerstört werden wird.

Im Gegensatz hierzu befinden sich derzeit weltweit 147 Kernkraftwerke und 1.400 Kohlekraftwerke im Bau. ...

In jedem Fall bedeutet, wie bereits vermerkt, ein endgültiger Ausstieg aus der Kernenergie sowie aus Kraftwerken, die auf der Basis fossiler Energieträger Strom erzeugen, eine effektive Entkarbonisierung der Wirtschaft, die nur darauf angelegt sein kann, einen industriellen Schrumpfungsprozeß einzuleiten, der auch die Abwanderung der produzierenden Industrie nach sich ziehen kann. Damit würde sich der Kreislauf der von Margaret Mead geforderten

industriellen Rückabwicklungen schließen. ...

Der Aufsichtsratschef des Industriekonzerns Linde, Wolfgang Reitzle, hat diesen Mai eine Rückkehr zur Atomkraft gefordert. Die gesamtwirtschaftlichen Folgen der Energiewende würden nicht bedacht: "Die Kernenergie sollte weiterhin Bestandteil unserer Energiepolitik bleiben, weil nur sie grundlastfähig, billig und CO₂-frei ist".

... So hat auch Prof. Lüdecke die Frage aufgeworfen, "ob es verhältnismäßig ist, unsere Kohlekraftwerke abzuschalten, wenn nicht die ganze Welt mitmacht, sondern sogar in die entgegengesetzte Richtung steuert?"

Wieso dann die weitgehende Unterwerfung des europäischen Kontinents unter das UNO-Diktat?

Im Gefolge der Dekarbonisierung tritt nun der bereits vorgeprägte Begriff KLIMANEUTRAL offiziell auf die Tagesordnung. Hat man noch nicht entschlüsselt, was die EU-Kommission und unsere Regierungen darunter verstehen, so ist wohl der erste Gedanke, daß sich weder Wetter noch Klima neutral gestalten lassen. ...

Genau dieses Ziel hatte auch die Bundeskanzlerin mit denselben Worten in der bereits 2015 niedergelegt: "Wir sollten uns gemeinsam das Ziel setzen, in diesem Jahrhundert eine klimaneutrale Weltwirtschaft zu erreichen".

Jedenfalls tritt die neue EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen in Merkels Fußstapfen ... 'fest entschlossen' sei, Europa zu einem klimaneutralen Kontinent zu machen; man habe bereits entsprechende Klimaziele bis 2030 vereinbart, aber sie sei 'überzeugt', daß man 'mehr tun' könne und 'ehrgeiziger' sein könnte.

Unter der nunmehr geforderten Klimaneutralität werden Maschinen, Geräte, Tätigkeiten, Produktionsprozesse, etc., dann als klimaneutral oder CO₂-neutral bezeichnet, wenn sie keine Treibhausgas-Emissionen verursachen, oder wenn ihre CO₂-Emissionen auf ein Minimum reduziert und allfällige restliche CO₂-Emissionen mittels Klimaschutzmaßnahmen kompensiert werden.

Als 'klimaschädigend' gelten sie, wenn ihre Emissionen nicht vollständig kompensiert werden können. Folglich müssen unter dem Siegel 'klimaneutral' alle Emissionen ausgeglichen werden, etwa durch den Ausbau erneuerbarer Energien, Abfilterung oder Aufforstung.

Indessen ist vermutlich nicht einmal bedacht worden, auf welche Weise man die unendliche Vielzahl von Emissionen zu erfassen gedenkt, denn die ganz normale gesellschaftliche Tätigkeit erzeugt ständig und überall CO₂, wo immer wir es mit Produktion, Nutztierhaltung, Verkehr, Heizung, Kühlung, etc., zu tun haben. Wie kann man glauben, diese verlässlich registrieren zu können?

Bezüglich eines zu erreichenden klimaneutralen Europas hat der 'Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung 2017 empfohlen, die CO₂-Emissionen aus fossilen Energieträgern bis spätestens 2070 auf Null zu senken. ... Man fragt sich unwillkürlich, welcher geistiger Beschaffenheit diese Herren sind ...

Da Nils-Axel Möerner zufolge das meiste CO₂ über den Ozeanen entsteht, sehen sich die Verfechter einer universalen Klimaneutralität mit der Frage konfrontiert, wie die CO₂-Tilger dieses zu kompensieren gedenken ...

Im Prinzip ist auch ein Weltklimavertrag als undurchführbar zu erachten, da sich klimatisch respektive wettermäßig gesehen zwischen Norden und Süden Welten auf tun. ...

Dem Wetterexperte Wolfgang Thüne zufolge ist es eine "meteorologische Tatsache, daß an keinem Punkt der Erde und zu keiner Jahreszeit der tägliche wie der jährliche Gang der Lufttemperatur und des CO₂-Gehalts in einem Kausalzusammenhang zueinander stehen. Auch die Schaffung eines CO₂-freien Europas, würde an dem Verlauf der Jahreszeiten respektive des Wetters absolut nichts ändern. Dies gilt für alle Regionen der Erde, für die Tropen ebenso wie für die Polarregionen und die Westwindzonen ...".

... Warum ist es nicht möglich, daß sich unsere Regierungen eingestehen, daß ein Ziel wie eine Klimaneutralität völlig absurd ist?

Nur ganz nebenbei: Leute, die allen Ernstes eine 'CO2-neutrale Stadt' fordern, ignorieren ganz offenbar, daß es in einer solchen Stadt kein Bier mehr gibt, da kein Hopfen mehr wächst, auch keine Blumen, da beide CO2 brauchen. ...

Schlußgedanken

Wenn CO2 kein Schadstoff ist, sondern ein für die Vegetation notwendiges Gas, das darüber hinaus nur einen winzigen Anteil der Erdatmosphäre ausmacht, was rechtfertigt dann

- die beständigen Forderungen zur Emissionssenkung, da das Kohlendioxid nicht klimaschädlich sind,

- das Verbot bislang anstandslos funktionierender Öl- und Gasheizungen,

- den umstritten Emissionshandel, dessen Sinnlosigkeit sich allein schon aus den zum CO2 genannten Fakten ergibt.

Da sich die völlig abwegige Behauptung eines menschengemachten Klimawandels zu einem Glaubenssatz zu verfestigen droht, muß auf die gezielt angelegte Entstehung der Klimahysterie hingewiesen werden. ... *Doris Auerbach* ... <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtet im Oktober 2019 über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x358/46-49,52-53): >>**Flucht und**

Vertreibung

_ von *Alfred M. de Zayas*

Die Vertreibung von etwa 15 Millionen Deutschen aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, dem Sudetenland und anderen Gebieten im Osten zählt zu den größten Verbrechen des 20. Jahrhunderts. Millionen verloren ihre Heimat - und oft auch ihr Leben.

"Homo homini lupus", schrieb der römische Dichter Plautus in seinem (Werk) "Asinaria": Seit Jahrtausenden geht der Mensch unmenschlich mit anderen Menschen um. Seit Jahrtausenden werden Menschen benachteiligt, diskriminiert, unterjocht, ausgebeutet, versklavt, vertrieben, massakriert. Sowohl in Imperien als auch in Demokratien grassiert der Rassismus. So wie es Rassismus gegen Afrikaner, Asiaten oder Aborigines gegeben hat und noch gibt, so gibt es seit Langem auch antideutschen Rassismus.

Der lateinische Spruch "Audacter calumniare, semper aliquid haeret" bekommt eine besondere Bedeutung in der Geschichtsschreibung. Mit der Anschuldigung, Kriegsverbrechen begangen zu haben, werden ganze Völker diffamiert - und oft entsteht so eine starre Täter-Opfer-Schablone. Tatsächlich bleibt immer etwas hängen, egal wie absurd oder ungerecht die Unterstellungen sind. Es bleiben ein Schatten, ein Zweifel, eine Abneigung - es sei denn, daß man begreift, daß Verbrechen nicht nur von einer Seite begangen worden sind.

Verbrechen gegen die Menschheit

Audiatur et altera pars - man soll alle Seiten hören, alle Fakten und Ansichten berücksichtigen. So ergibt sich die Frage: Es ist unbestritten, daß die Deutschen im Ersten und Zweiten Weltkrieg schwere Verbrechen begingen - doch wie verhielten sich Amerikaner, Briten, Franzosen, Russen, Polen? Diese Frage ist nicht nur legitim, sondern ethisch. Dabei geht es keinesfalls um Aufrechnung oder Relativierung, sondern um Wahrheit - um eine umfassende und kontextualisierte Darstellung der Historie.

Im Bereich der Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit ("Verbrechen gegen die Menschlichkeit" ist eine falsche Übersetzung aus den Englischen) bekommt man den Eindruck, als ob die Deutschen - oder genauer: die Nazis - ein Copyright auf solche Untaten hätten. Die Filme, Bücher, Artikel, Theaterstücke über die Verbrechen, die von den Nationalsozialisten verübt wurden, kann man kaum noch zählen. Die Perzeption (Wahrnehmung) der Geschichte - und die heute zu ziehenden Konsequenzen - werden verfälscht, wenn nur die eine Seite beleuchtet wird und die Verbrechen von anderen systematisch verschwiegen wer-

den.

Zuweilen werden Historiker, die versuchen, sie zu enthüllen, vom Mainstream dreist als "Revisionisten" oder gar "Rechtsradikale" beschimpft. Unter jenen, die bemüht sind, alle Seiten zu berücksichtigen, befinden sich Horst Boog, Christopher Clark, Andreas Hillgruber, Joachim Hoffmann, Norman Naimark, Stefan Scheil, Gerd Schultze-Rhonhof, Franz W. Seidler und der Verfasser dieses Beitrages. Da alle Opfer von Gewalt dieselbe Menschenwürde besitzen, darf hier nicht selektiert und diskriminiert werden. Dies tun aber viele Journalisten, Juristen, Politiker und auch Geschichtsforscher, deren Schwarz-Weiß-Malerei im Kern menschenverachtend ist.

Quellen, Archive und Zeitzeugen

Das wahrscheinlich größte Verbrechen an Deutschen war die Vertreibung von insgesamt etwa 15 Millionen Reichsdeutschen aus den Provinzen Ostpreußen, Pommern, Ostbrandenburg, Ober- und Niederschlesien, aus dem Freistaat Danzig, sowie Volksdeutschen aus den altpolnischen Gebieten, aus Böhmen, Mähren, Slowakei, Ungarn und Jugoslawien in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges und vor allem nach dem Krieg bis 1949.

Damals wurde nicht nur ein Viertel des deutschen Reichsgebietes in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 unter fremde Verwaltung gestellt, die dort seit 700 Jahren lebenden Deutschen wurden auch enteignet und massenhaft vertrieben. Dies ist ein beispielloses Verbrechen, das nach den Studien des Bundesarchivs, des Statistischen Bundesamtes und des Bundes der Vertriebenen mehr als zwei Millionen Menschen das Leben kostete - und Traumata und unheilbare Wunden bei den Überlebenden hinterließ.

Im Bundesarchiv lagern abertausende Erlebnisberichte von Vertriebenen, darunter viele von Nachkommen der Ermordeten und von Frauen, die vergewaltigt worden waren. Diese enorme Dokumentation, die in den späten 1940er und in den 1950er Jahren zusammengetragen und von Archivaren in Auswertungsbögen erfaßt wurde, ist bisher von deutschen und ausländischen Historikern nur zum Teil ausgewertet worden. Daraus entstand in den 1960er Jahren die achtbändige Dokumentation der Vertreibung, herausgegeben von Prof. Hans Rothfels und Prof. Theodor Schieder.

Auch meine Bücher Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten (Kohlhammer, 1986), Die Nemesis von Potsdam (Herbig, 2005) und 50 Thesen zur Vertreibung (Verlag Inspiration, 2008) basieren zum Teil auf diesen Akten sowie auf persönlichen Interviews mit Zeitzeugen, Opfern, Diplomaten, Politikern und sogar Tätern. Im Bundesarchiv lagern ebenso tausende richterliche Ermittlungen über alliierte Kriegsverbrechen, die von der Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts, einer von Richtern besetzten Behörde, in den Jahren 1939 bis 1945 erstellt wurden.

Diese Akten sind für eine Studie über Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg unerlässlich. Darüber hinaus gibt es in ausländischen Archiven in Washington, London, Bern und so weiter tausende einschlägige Berichte, diplomatischen Schriftverkehr sowie umfangreiches Fotomaterial. Es ist unmöglich, die Megaverbrechen der Vertreibung zu leugnen. Und dennoch gibt es amerikanische, britische, polnische, tschechische und sogar deutsche Negationisten.

Besonders verlustreich waren die Vertreibungen durch polnische Behörden, die sich in keiner Weise an die Bedingungen des Potsdamer Abkommens hielten. Nach Artikel IX des Potsdamer Kommuniqués vom 2. August 1945 wurden die deutschen Ostprovinzen nur unter polnische "Verwaltung" gestellt, und gemäß Artikel XIII sollten die Deutschen "in geordneter und humaner" Weise aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland übersiedelt werden.

Für den Zeitpunkt und die Organisation der Umsiedlung war vor allem der Alliierte Kontrollrat in Berlin zuständig. Gemäß Absatz 3 des Artikels XIII galt ein Vertreibungsmoratorium, bis die Besatzungsmächte in Deutschland für die Aufnahme, Ernährung und Unterkunft der

Auszusiedelnden sorgen konnten. Nur Ungarn hielt sich an das Moratorium, und von "geregelt und human" kann nicht die Rede sein, wie ein ausführlicher Bericht des US-Repräsentantenhauses 1950 feststellte.

Keine gerechte Strafe

Besorgniserregend sind die Bestrebungen von sowjetischen, polnischen, tschechischen und deutschen Historikern, die Vertreibung der Deutschen als sozusagen "legal" beziehungsweise als eine "gerechte Strafe" gegen die Deutschen darzustellen.

Ich habe sämtliche veröffentlichten Akten der Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam sowie auch die nicht-veröffentlichten sogenannten Minutes (Ergebnisprotokolle) in den Archiven ausgewertet. Ich habe den Verfasser des Artikels IX des Potsdamer Kommuniqués, Sir Dennis Allen, den Verfasser des Artikels XIII, Sir Geoffrey Harrison, und Teilnehmer an der Potsdamer Konferenz interviewt, unter anderem den politischen Berater Eisenhowers Robert Murphy (der das Vorwort von Die Nemesis von Potsdam beisteuerte), den Chef der Mitteleuropa-Abteilung im State Department James Riddleberger und den Diplomaten George F. Kennan befragt. Oder besser:

Ich habe sie befragt und hinterfragt. Aus den Akten und aus den Erklärungen der Konferenzteilnehmer wird deutlich, daß es eben nicht um eine "Strafe" gegen die Deutschen ging, sondern um eine geopolitische Maßnahme.

So schrieb Winston Churchill über die deutsch-polnische Grenze: "Was Polen im Osten verliert, könnte es im Westen gewinnen. ... Ich demonstrierte dann mit Hilfe dreier Streichhölzer meine Gedanken über eine Westverlagerung Polens. Das gefiel Stalin." Was Vertreibungen betrifft, schrieb Geoffrey Harrison am 1. August 1945 an das Foreign Office: "Wir gerieten in eine große Auseinandersetzung, die in der Plenarsitzung behandelt werden mußte. ... Sobolew vertrat die Ansicht, daß der polnische und der tschechoslowakische Wunsch, ihre deutschen Bevölkerungen auszuweisen, einer historischen Mission entspreche, welche die sowjetische Regierung keineswegs zu verhindern suche. ...

Cannon und ich wandten uns nachdrücklich gegen diesen Standpunkt. Wir erklärten, daß wir für den Gedanken an Massenausweisungen ohnehin nichts übrig hätten. Da wir sie aber nicht verhindern könnten, wollten wir dafür sorgen, daß sie in einer möglichst geordneten und humanen Weise durchgeführt würden."

Ähnlich äußerte sich der amerikanische Außenminister James Byrnes am 19. Oktober 1945: "Wir sahen ein, daß gewisse Aussiedlungen unvermeidlich waren, aber wir beabsichtigten in Potsdam nicht, zu Aussiedlungen anzuregen oder in Fällen, wo andere Regelungen praktikabel waren, Verpflichtungen einzugehen."

Mit anderen Worten, es ging um eine Art Mission, rein slawische Staaten ohne deutsche Minderheiten zu bilden. Weder in Teheran noch in Jalta oder Potsdam wurde einen Nexus zwischen deutschen Verbrechen und der Vertreibung als Strafe konstruiert. Es ging lediglich um Geopolitik. Die Sowjets behielten die Gebiete, die sie nach dem Hitler-Stalin-Pakt im September 1939 besetzten. Man habe Polen dann eine gewisse "Entschädigung" geben müssen. Und was ist einfacher, als Polen auf Kosten des Verlierers zu entschädigen? ...<<

>>... Völkerrechtliche Bewertung

In Kriegszeiten sind Kollektivstrafen gegen Zivilpersonen in der Landkriegsordnung zur IV. Haager Konvention von 1907 ausnahmslos verboten. Die Deportationen, die durch die Nazi-Regierung gegen polnische und andere Zivilpersonen durchgeführt wurden, wurden im Statut des Nürnberger Tribunals (Londoner Abkommen vom 6. August 1945) als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit eingestuft.

Nazi-Politiker und Militärs wurden nach Artikel 6(b) und Artikel 6(c) des Statuts angeklagt: "Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen, begangen an irgendeiner Zivilbevölkerung".

Punkt 3 Abschnitt B der Anklage betraf "Deportation der Zivilbevölkerung", und spezifischer wurde der Tatbestand der Vertreibungen von Polen in den Jahren 1939/40 in Punkt 3 Abschnitt J aufgenommen. Danach wurden die deutschen Angeklagten in Nürnberg verurteilt.

Auch gemäß der UN-Charta und der UN-Menschenrechtspakte stellt jede Vertreibung eine schwere Menschenrechtsverletzung dar, um so mehr, wenn sie aus rassistischen Gründen geschieht. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Millionen deutschen Opfer der Jahre 1944-49 nur deswegen vertrieben wurden, weil sie Deutsche waren.

Vertreibung und Verschleppung können den Tatbestand des Völkermordes erfüllen. Laut Artikel II der UN-Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermordes ist dafür entscheidend, daß die Verantwortlichen in der Absicht handeln, eine bestimmte nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe ganz oder auch nur teilweise zu zerstören und in dieser Absicht vorsätzlich Mitglieder dieser Gruppen töten, ihnen unerträgliche Lebensbedingungen auferlegen oder andere Tatbestände verwirklichen, die bei Vertreibungen oft erfüllt sind.

Da zumindest einer dieser Tatbestände, nämlich die Zufügung schwerer seelischer Schäden, bei jeder Vertreibung erfüllt ist, sind alle Vertreibungen, die zur zumindest teilweisen Zerstörung einer nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe führen sollen, zugleich auch Völkermorde. Entscheidend ist hier - und das ist wichtig - die (subjektive) Zielsetzung der Zerstörung einer solchen Gruppe und nicht das (objektiv) erzielte Ergebnis. So besagt es der Wortlaut dieser Konvention. Diese Zerstörungsabsicht steht außer Zweifel bei den sowjetischen, polnischen, jugoslawischen und tschechoslowakischen Vertreibungsverbrechen gegen Deutsche.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat in ihrer Resolution 47/121 vom 18. Dezember 1992 die ethnischen Säuberungen, die seinerzeit in Jugoslawien stattfanden, als Völkermord eingestuft. Auch der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien hat Aspekte der dortigen ethnischen Säuberungen als Völkermord eingestuft, namentlich das Massaker von Srebrenica.

Im Fall Bosnien und Herzegowina vs. Jugoslawien vor dem Internationalen Gerichtshof erging am 26. Februar 2007 ein Urteil, in dem das Verbrechen des Völkermordes - etwa in Srebrenica - festgestellt wurde.

Auf der Basis dieser Rechtsprechung läßt sich feststellen, daß die Vertreibung der Deutschen, die mit hunderttausendfachen Morden und Vergewaltigungen um ein Vielfaches schlimmer war als die Vorgänge im ehemaligen Jugoslawien, kaum weniger als genozidal einzustufen ist. Gemäß Artikel 6 des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs von 1998 gelten Vertreibungen als Genozid. Gemäß Artikel 7 gelten sie auch als Verbrechen gegen die Menschheit.

Leider haben die Politiker die Erfahrung der Vertreibung der Deutschen und der ethnischen Säuberungen in Jugoslawien noch nicht verinnerlicht.

Lesen wir die Mahnung des ersten UNO-Hochkommissars für Menschenrechte, José Ayala Lasso, in der Paulskirche am 28. Mai 1995: "Ich bin der Auffassung, daß, hätten die Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mehr über die Implikationen der Flucht, der Vertreibung und der Umsiedlung der Deutschen nachgedacht, die heutigen demografischen Katastrophen, die vor allem als ethnische Säuberungen bezeichnet werden, vielleicht nicht in dem Ausmaß vorgekommen wären."

Schande für die Welt

Zum Schluß sei aus den Artikeln 4-8 der UN-Erklärung über Bevölkerungstransfers, angenommen 1998 von der UN-Menschenrechtskommission, zitiert: "Jeder Mensch hat das Recht, in Frieden, Sicherheit und Würde in seiner Wohnstätte, in seiner Heimat und in seinem Land zu verbleiben.

... Jegliche Praxis oder Politik, die das Ziel oder den Effekt hat, die demografische Zusam-

mensetzung einer Region, in der eine nationale, ethnische, sprachliche oder andere Minderheit oder eine autochthone Bevölkerung ansässig ist, zu ändern, sei es durch Vertreibung, Umsiedlung und/oder durch die Seßhaftmachung von Siedlern ... ist rechtswidrig.

Bevölkerungstransfers oder -austausche können nicht durch internationale Vereinbarungen legalisiert werden. ... Jeder Mensch hat das Recht, in freier Entscheidung und in Sicherheit und Würde in das Land seiner Herkunft sowie innerhalb dessen an den Ort seiner Herkunft oder freien Wahl zurückzukehren. Die Ausübung des Rückkehrrechts schließt das Recht der Opfer auf angemessene Wiedergutmachung nicht aus." (E/CN.4/Sub.2/1997/23).

Es bleibt eine Schande für die ganze Welt, daß die Vertreibungsverbrechen straflos geblieben sind, und daß die Opfer nie eine angemessene Wiedergutmachung erhielten - nicht einmal die soziale und historische Anerkennung, Opfer zu sein.

*_ Prof. Dr. Alfred Maurice de Zayas (*1947) ist US-amerikanischer Völkerrechtler, Historiker und Professor an der Geneva School of Diplomacy and International Relations. Er war als Sekretär des UN-Menschenrechtsausschusses und Chef der Beschwerdeabteilung im Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte tätig. Von 2012 bis 2018 war er unabhängiger Experte des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung.*

Er hat 14 Berichte an den Menschenrechtsrat und die UN-Generalversammlung vorgelegt, unter anderem über die Theorie und Praxis des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und über das Menschenrecht auf Frieden. De Zayas ist Verfasser zahlreicher Gutachten und Bücher zu völkerrechtlichen Fragen sowie Vertreibungsverbrechen und wurde mit mehreren Menschenrechtspreisen ausgezeichnet.<<

04.11.2019

BRD: Herbert Ludwig berichtet am 4. November 2019 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Europäische Union (x948/...): >>Die Europäische Union - von Anfang an Instrument der US-Geostrategie

Die Europäische Gemeinschaft oder Union ist nicht geschaffen, um den Interessen der europäischen Völker zu dienen, sondern diese mit ihrer jeweiligen Souveränität in einer bürokratischen Organisation verschwinden zu lassen - einer wurzellosen übernationalen Staatsform, die nur eine Etappe auf dem Wege zu einem US-gesteuerten planetarischen Management, einer "Welt-Governance" darstellt. Zu diesem Ergebnis kommen die Archiv-Forschungen des französischen Politikers und Publizisten Philippe de Villiers in seinem neuen Buch. 1) ...

Der Aufstieg Jean Monnets (1888-1979)

Schon früh konnte, so referiert Gerald Brei aus einem Kapitel de Villiers', Jean Monnet Kontakte zu einflußreichen Personen gewinnen. Als Vertreter des väterlichen Weinbrandunternehmens aus Cognac schloß er 1911, 23-jährig, in London einen exklusiven Liefervertrag mit dem anglo-kanadischen Handelshaus Hudson's Bay Company "und gewann bei dieser Gelegenheit einen ersten Mentor, Lord Kindersley, künftiger Direktor der Bank Lazard (und von 1914-1946 Direktor der Bank of England), der ihm als Gehilfen die Türen öffnet und wertvolle Kontakte in der Handelswelt verschafft.

Monnet stieg jetzt in den großen Hotels ab und wurde bald ganz anglo-amerikanisch. In einem Brief an Raymond Aron hat er selbst bekannt, "daß er eine doppelte Treuepflicht empfindet, gegenüber England und den USA."

Im Herbst 1914 wurde ihm von der Hudson's Bay Company die Mission anvertraut, dem französischen Premierminister René Viviani die Idee näherzubringen, Logistik und Handelsflotte des Unternehmens für die Armee der Alliierten gegen die Mittelmächte zu nutzen. "Zufällig" war der Anwalt des Familienunternehmens von Monnet, Maître Benon, zugleich auch der Anwalt des Regierungschefs Viviani. "So sind es freimaurerische Freundschaften, die es dem jungen Mann erlauben, vom Premierminister Viviani sofort selbst empfangen zu werden.

In der Folge öffneten sich alle Türen des Grand Orient."

Die geschäftliche Verbindung mit der Hudson's Bay Company kam zustande, so daß Lord Kindersley seinem Protegé Monnet ausdrücklich gratulierte. Durch Monnets Vermittlung erhielt das Kanadische Handelshaus später sogar das Monopol für französische Einkäufe in Kanada.

Dies war aber offensichtlich nur der Anfang einer umfassenden Tätigkeit Monnets für die Alliierten während des Ersten Weltkrieges. Nach Wikipedia arbeitete Monnet in weiteren *"interalliierten Einrichtungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Es handelte sich dabei um paritätisch besetzte internationale Organe: zuerst binational britisch-französisch, dann trinational auch mit Italien und zuletzt auch mit den USA als viertem Partner. In dieser immer enger und straffer werdenden Organisation erfolgte die Koordination der kriegswirtschaftlichen Güternachfrage und -logistik der westlichen Alliierten.*

1917 war so ein komplexes kriegswirtschaftliches Nachfrage-Kartell mit dem Allied Shipping Control als Zentrum entstanden. Es ging dabei um eine umfassende Verwaltung des kriegsbedingten Mangels und um eine effektive Regulierung der entstandenen heftigen Beschaffungskonkurrenz zwischen den Verbündeten."

Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg knüpfte Jean Monnet in den USA, so referiert Gerald Brei aus de Villiers Buch weiter, ein weites persönliches Kontaktnetz, das er selbst "magischen Zirkel" nannte. So lernte er 1919 in der US-Reparationskommission von Versailles den Rechtsanwalt und späteren Außenminister John Foster Dulles kennen und wurde eng mit ihm befreundet.

Dieser verhalf ihm dann 1935 zur Gründung einer eigenen Bank mit seinem Freund George Murnane (*Monnet, Murnane & Co., New York*), in die er selbst investierte. Monnet befreundete sich auch mit dem einflußreichen Wallstreet-Banker Averell Harriman und wurde zusätzlich bei der Investmentfirma Blair & Co. (der späteren Bank of America) aktiv, wo er mit dem Rechtsanwalt John McCloy einen weiteren engen Freund mit zahlreichen Verbindungen gewann.

"Dieser wurde später Präsident der Weltbank, Hochkommissar in Deutschland, Präsident der Chase Manhattan Bank, danach Präsident der Fordstiftung. Er wird auch Verwalter bei der Rockefeller-Stiftung und von 1954 bis 1970 sogar Präsident des Council on Foreign Relations (von wo aus die US-Außenpolitik bestimmt wird). 1941 bis 1945 war John McCloy Unterstaatssekretär im Kriegsministerium und einer der beiden politischen Berater des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, die Jean Monnet direkt führten.

Der andere war Harry Hopkins, die graue Eminenz und einer der für den 'New Deal' verantwortlichen Theoretiker. Von diesem Hopkins druckt de Villiers einen Brief vom Februar 1943 an Monnet ab, der im Befehlston an einen Untergebenen abgefaßt ist und Monnet auf eine geheime Mission nach Algier schickt, um der Politik der USA in Nordafrika zum Erfolg zu verhelfen."

Die Vereinigten Staaten in Europa

Nach dieser gründlichen Vorbereitung war Monnet nach Ende des Krieges der geeignete Mann, die US-amerikanische Vision für die künftige Gestaltung Europas durchzusetzen. Im April 1948 gründeten die Amerikaner in New York das "American Committee for a United Europe", das die bereits 1947 von Winston Churchill angestoßene "Europäische Bewegung" strategisch und finanziell jahrzehntelang unterstützte. Wichtige führende Mitglieder wurden drei erstrangige Geheimdienstler, die alle Direktoren des CIA waren oder wurden: General William ("Will Bill") Donovan, Walter Bedell Smith und Allen Dulles, der Bruder von John Foster Dulles. ...

Von Monnet gingen nun die entscheidende Initiativen zur europäischen Einigung aus. Von ihm stammte der Plan zur Schaffung einer übernationalen Behörde, die die Stahlindustrien

Westeuropas, also auch Deutschlands verwalten und kontrollieren sollte.

Der Plan wurde 1950 als Schumann-Plan bekannt, stammte aber von Monnet. Das neue Gebilde, die "Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl", war der entscheidende Keim der heutigen Europäischen Union, der von vornherein als voller Staat angelegt wurde: mit einer Exekutivbehörde, einem Parlament und einem Gerichtshof. Von 1953 bis 1955 war Monnet der erste Präsident.

1955 gründet er, teilweise vom CIA finanziert, das "Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa", "in dem er", wie der Historiker Andreas Bracher schreibt, *"Vertreter der wichtigsten Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbände der Mitgliedstaaten zusammenbringt. ... Das 'Aktionskomitee' blieb der Öffentlichkeit zwar weitgehend verborgen, war aber bis zu seiner Auflösung 1975 das wohl wichtigste Zentrum, von dem aus jenes Unternehmen vorangetrieben wurde, dem sich Monnet verschrieben hatte: der europäische Einheitsstaat."*

Interessant ist, worauf Gerald Brei hinweist, daß Monnet dieses "Aktionskomitee" 1955 gründete, nachdem er 1954 bei der Gründungskonferenz der Bilderberger dabei gewesen war.

Aus Deutschland waren z.B. Mitglieder des Monnet-Komitees: Kurt Birrenbach, Hans Furler, Kurt Georg Kiesinger, Heinrich von Brentano (alle CDU); Erich Ollenhauer, Willy Brandt, Helmut Schmidt, Walter Freitag (alle SPD) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (Wikipedia). Helmut Schmidt war voll des Lobes über Monnets Weitblick und Detailkenntnis und sprach mit Bewunderung und Verehrung von ihm. Eine rührende Gutgläubigkeit und zugleich erschreckende Realitätsblindheit.

"De Villiers beton", hebt Gerald Brei hervor, *"daß die Lüge für die EU konstitutiv und nicht nur peripher ist. Das angestrebte Ziel, das globalistische Projekt, sei niemals genannt worden, sondern wurde sorgfältig versteckt und mit schön klingenden Phrasen überdeckt."*

Rita Müller-Hill zitiert de Villiers mit den Worten:

"Was in diesem grundlegenden Chaos auffällt, ist die Geheimhaltung bei der Abfassung der Texte; die Protagonisten schreiben sich außerhalb des Rahmens der Institutionen; Schuman gestand später: Es war Jean Monnet, der mit seinen Mitarbeitern in einem kleinen Hotel in der Rue de Martignac, in wenigen Monaten ohne das Wissen der Öffentlichkeit oder gar der Regierung, die Idee der Gemeinschaft für Kohle und Stahl entworfen hat."

Und schon bei dieser Gründung habe Monnet bekannt: *"Unsere Gemeinschaft ist keine Vereinigung der Hersteller von Kohle und Stahl, sie ist in Wirklichkeit der Anfang von Europa, das die Vorwegnahme einer weltweiten Vereinigung ist."*

Das bedeutet, daß die EU die Vorstufe zu einem US-gesteuerten planetarischen Management, einer "Welt-Governance" darstellt, was Churchill schon 1947 in London ankündigte.

Das Recht im Dienste von Wirtschaft und Politik

Gerald Brei hebt hervor, daß de Villiers eindringlich schildere, wie die sogenannten vier Grundfreiheiten der EU zur Schaffung des Binnenmarktes: freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital, das Recht in den Dienst der Nützlichkeit stellen. Alles werde dem Ziel des Binnenmarktes untergeordnet.

"Sämtliche Grenzen werden aufgelöst, seien es Staatsgrenzen oder Unterschiede in den Rechts- und Sozialsystemen. Selbst die einzelnen Rechtsordnungen konkurrieren auf dem Markt der Gesetze und können frei gewählt werden. Nicht einmal die Menschenwürde hat absoluten Stellenwert, sondern muß nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs der EU mit den Erfordernissen hinsichtlich der durch den Vertrag geschützten Rechte in Einklang gebracht werden und unterliegt dem Verhältnismäßigkeitsprinzip."

Hier ist das Recht aus seiner Verwurzelung in der allgemeinen Moral, den ethisch-sittlichen Auffassungen der Menschen, herausgelöst. Das Recht ist aber seinem Wesen nach Teil des moralischen Lebens und zwar der Teil, der wegen seiner besonders gravierenden Wirkung auf

das gesellschaftliche Leben aus der Freiheit des Handelns herausgenommen und allgemein verbindlich gemacht wird.

Das wirkliche Recht ist daher im Rechtsgefühl der Menschen verankert, das ein Gefühl der Gerechtigkeit, d.h. der Moralität ist. Wird das Recht den pragmatischen politischen Zielen und wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen (d.h. der Kapitaleigentümer) unterworfen, verliert es den Zusammenhang mit der Moral, so daß Recht und Gerechtigkeit auseinanderdriften. Damit haben wir es in der EU in weitestem Umfange zu tun.

So ist es folgerichtig, daß *"weder die Richter (des EuGH) noch die Europäische Kommission (welche die Gesetzesinitiative hat) demokratisch legitimiert (sind) und nicht zur Rechenschaft gezogen werden (können). Das ist von Anfang an so geplant gewesen. Die Herrschaft der elitären Technokraten unterliegt keiner Kontrolle, weil es keine Gewaltenteilung gibt.*

Das traditionelle Verständnis von Macht (im Gleichgewicht gehalten durch andere Kräfte und verbunden mit politischer Verantwortung) sei immer mehr durch den diffusen Begriff des Regierens auf mehreren Ebenen ersetzt worden. De Villiers hält das für symptomatisch, weil das System auf diese Weise ohne starke bürgerliche Persönlichkeiten funktioniert. Die Akteure der "governance" würden entkörperlicht und man könne an die Spitze der EU-Kommission einen x-beliebigen Trunkenbold setzen. Das hätte keine Bedeutung mehr."

Die Institutionen entwickeln ein Eigenleben, das sich immer mehr den Einflüssen der Menschen entzieht.

Der Historiker Andreas Bracher weist darauf hin, daß dies die Handschrift Jean Monnets sei, der die Macht der Institutionen von Anfang an veranlagt habe, um sie über den Tod der Persönlichkeiten hinweg dauerhaft zu machen. Monnet habe einmal ausgeführt:

"Jeder Mensch beginnt die Welt von vorne. Nur Institutionen werden weiser; sie speichern die kollektive Erfahrung; und von dieser Erfahrung und Weisheit her werden die Menschen, die denselben Gesetzen unterworfen sind, schrittweise feststellen, nicht, daß sich ihre Natur, aber daß sich ihr Verhalten ändert."

Darin komme ein prinzipielles Mißtrauen gegen das menschliche Individuum zu Gunsten der Institutionen als der eigentlich weltgeschichtlichen Individualitäten zum Ausdruck. *"Institutionen sind, wie ich schon gesagt habe, wichtiger als Menschen"*, heiße es in Monnets Erinnerungen.

Ein- und Ausblicke

"Von Anfang an", resümiert Gerald Brei, *"ging es um die Auflösung der historisch gewachsenen Nationalstaaten, um die Übertragung ihrer Souveränität auf ein supranationales Gebilde (eine Institution). ... Die Protagonisten hätten zwar von einer Stärkung Europas gesprochen, der Bildung einer europäischen Supernation, doch sei es tatsächlich und im Geheimen um eine Enthauptung Europas gegangen, reduziert auf einen Vasallenstatus, entfremdet, unterworfen und machtlos.*

Nach de Villiers haben die "Gründerväter" gut gearbeitet. Die "Vereinigten Staaten von Europa" seien die Vereinigten Staaten in Europa. Die Europäische Bewegung hatte nach dem Ergebnis seiner Recherchen nicht Europäisches. Sie war von den US-Amerikanern vollständig infiltriert und gesteuert." (Gerald Brei)

Und Rita Müller-Hill zitiert dazu de Villiers passend: *"Diese Governance arbeitet seit dreißig Jahren daran, nicht etwa 'Europa aufzubauen' - das heißt, die historische Kontinuität einer Zivilisation zu sichern -, sondern im Gegenteil, alles zu dekonstruieren, um seine emotionalen Gemeinschaften zu untergraben und ihre grundlegenden Grenzen und Orientierungspunkte zu vernichten. Es geht nicht darum, eine 'Europazität' aufzubauen, sondern eine 'Globalität', einen geschichts- und formlosen weiten Spielplatz, der von austauschbaren Menschen bevölkert ist."*

Hier spielt de Villiers auf die von den Globalisten auch in der EU betriebene Massenzuwande-

rung aus kulturfremden Ländern an, durch die die Völker - nach dem Verlust ihrer Souveränität in der EU-Institution - auch ihre kulturelle Identität und die Menschen ihre Orientierung verlieren sollen.

In dem Interview mit *Le Figaro* antwortet er auf die Frage, was er nun mit seinem Buch aufzeigen wolle:

"Daß das heutige Europa, ohne Körper, ohne Kopf, ohne Wurzeln, ohne Grenzen, keine falsche Umsetzung darstellt. Die geöffneten Archive liefern den Beweis: Das dekonstruktive Gen, das die Europäische Union unterhöhlt, befand sich in der DNA der "Gründerväter". Das Programm war von Anfang an festgelegt. Sie wußten, was sie taten und was sie wollten: eine gehirnlose Governance, um sich auf einen globalen Massenmarkt zuzubewegen. Wir sind weit entfernt von einem unabhängigen Europa.

Die beiden von Anfang an vorhandenen aktiven Prinzipien, die Personenfreizügigkeit und die Nichtdiskriminierung, haben wie Radiumstufen gewirkt, die die beiden vor uns liegenden grundlegenden Zivilisationsveränderungen hervorgebracht haben, das Soros-Europa und den Marrakesch-Pakt (UN-Migrationspakt):

Das erste Prinzip - die Personenfreizügigkeit - war die Vorstufe zur Abschaffung der physischen Landesgrenzen, die den austauschbaren, multi-unkultivierten Menschen hervorbringt. Und das zweite, die Nichtdiskriminierung, hat das Ende der anthropologischen Grenze vorbereitet, welche einen "Sandmann» hervorbringt, ohne Humus und ohne Nachkommenschaft."

1) Philippe de Villiers: *J'ai tiré sur le fil du mensonge et tout est venu*. Paris Fayard, 2019 (Deutsch: *Ich habe an einem Faden des Lügengespinnstes gezogen, und es ist alles ans Licht gekommen*) ...<<

Herbert Ludwig berichtet am 4. November 2019 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die angestrebte Weltregierung der geheimen Machteliten (x949/...):

>>Die EU als Vorstufe zu einer Weltregierung

Durch die modernen Kommunikationsmittel können heute die Menschen Anteil nehmen an dem, was fern von ihnen anderen in den entlegensten Gebieten der Erde geschieht. So entwickeln sie immer mehr ein globales Gesamtbewußtsein und wachsen nicht nur der Idee nach, sondern auch real durch die verschiedensten weltweiten wirtschaftlichen, kulturellen und staatlichen Beziehungen zur einheitlichen Menschheit zusammen, in der alle immer mehr erleben, wie sie voneinander abhängig und aufeinander angewiesen sind.

Angesichts der damit verbundenen weltweiten Aufgaben und Probleme, insbesondere auch der globalen Kriege, haben sich daher immer wieder Menschen mit der Idee einer Weltregierung und eines Weltstaates beschäftigt.

So sah der Schriftsteller Ernst Jünger in einem Essay "Der Weltstaat" von 1960 in einer Weltrepublik den einzig verbleibenden Weg. Der Amerikaner Garry Davis rief 1948 die Weltbürgerbewegung ins Leben und forderte die Vollversammlung der Vereinten Nationen, in die er eindrang, zur Errichtung einer Weltverfassung und einer demokratisch gewählten Weltregierung auf. Namhafte Intellektuelle, darunter Albert Einstein,

André Gide, Albert Camus und Jean-Paul Sartre, bildeten ein Unterstützungskomitee, und 750.000 Menschen aus mehr als 150 Ländern ließen sich innerhalb von 2 Jahren in einem Register als Weltbürger eintragen (Wikipedia).

So verständlich solche idealistischen Bestrebungen sind: Sie stammen aus einem Denken, das die heute gewohnte hierarchische Staatsform, in der - gleich welcher Verfassung - stets eine kleine Elite über die große Masse herrscht, auf die ganze Erde überträgt, in der das Schicksal der ganzen Menschheit der Macht einer kleinen Weltelite ausgeliefert wäre. Das Illusionäre der derzeitigen Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen zu gewährleisten, würde in einer solchen Weltdiktatur dann auch für den Letzten vollends zutage treten.

Von dieser von unten angestrebten Weltbürgerregierung ist, wie es bei Wikipedia dezent

heißt, eine "von den aktuellen Machtkonstellationen dominierte Weltregierung" zu unterscheiden. Das wäre eine Weltregierung, die von oben, von den Machteliten der führenden westlichen Staaten auf indirektem Wege ausgeübt und weiter vervollkommen würde. Dafür gibt es nicht nur Indizien, sondern zahlreiche Belege, und davon soll die Rede sein.

Sukzessive Auflösung der Souveränität der Staaten

Versetzt man sich in die wahnwitzigen Gedanken der Machteliten, die eine Weltregierung anstreben, dann müßte die Entwicklung logischerweise durch die sukzessive Auflösung der Souveränität der Nationalstaaten vorangetrieben werden. Dies wurde auch bereits auf den Haager Friedens-Konferenzen von 1899 und 1907 durch Pläne einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit eingeleitet, die man nach dem 1. Weltkrieg im "Völkerbund" institutionalisierte.

Als die Vorbereitungen zur Gründung des Völkerbundes liefen, sagte Rudolf Steiner warnend: *"Überstaaten, Überparlamente begründen, das ist so recht ein Zeichen dafür, daß die Menschen nicht herausschlüpfen mögen aus den alten Denknetzen. ..."*

Während man den einzelnen Staat zerklüften muß in seine drei Glieder (wie in Der Mensch als Maß skizziert), wollen die Menschen das Gegenteil. Sie wollen die ganze Erde ... zu einem großen Staat zusammenschweißen. Sie wollen das Gegenteil von dem, was in den Entwicklungskräften der Zeit begründet ist. Deshalb sollte (der Wissende) wirklich einsehen und es auch überführen in sein Wollen, daß ein starkes Anstürmen notwendig ist gegen dasjenige, was heute noch in der ganz entgegengesetzten Richtung geht."

"Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Staaten durch ein immer engmaschigeres Netz multilateraler Vertragssysteme und Organisationen gebunden und auf das je spezifische Regelwerk festgelegt", welche "die Autonomie der Nationalstaaten systematisch und zum Teil empfindlich beschneiden."

Zu diesen Institutionen gehören die Vereinten Nationen (UN) als Nachfolgeorganisation des Völkerbundes, der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank, die Welt-Handels-Organisation (WTO), die EU, die NATO, der Internationale Strafgerichtshof usw.

Dabei muß man sich klar machen, daß die Übertragung nationaler Kompetenzen auf diese Organisationen noch lange nicht an ihr Ende gekommen ist, sondern ständig weitergetrieben wird und dem internationalen Recht, das dadurch geschaffen wird, stets und ausnahmslos Vorrang vor dem innerstaatlichen Recht zukommt. Die EU gibt bereits ca. 80 % der nationalen Gesetze vor, die von den USA dominierte NATO beherrscht die Militärpolitik ihrer Mitgliedsländer, und welche Macht der IWF auf verschuldete Länder ausübt, erleben wir gegenwärtig in der europäischen Euro-Krise in drastischer Weise.

"Politische Entscheidungsfindung ist in praktisch allen westlichen Ländern weitgehend aus den dafür vorgesehenen verfassungsmäßigen Gremien ausgelagert worden, indem die Entscheidungsvoraussetzungen ... von privaten Stiftungen und Netzwerken oder von supranationalen Institutionen wie EU und UNO erarbeitet werden."

Transparenz ist in solchen Gremien nicht vorgesehen; die Öffentlichkeit bleibt ausgesperrt, und demokratische Kontrolle findet nicht statt. Gewählte Politiker sitzen gewissermaßen nur noch am Ende der Pipeline, und sie haben wenig Einfluß darauf, was in dieser Pipeline transportiert wird, es sei denn, sie gehören selbst den genannten Gremien an. Am Ende beschränkt sich ihre Aufgabe darauf, abzunicken und der Öffentlichkeit als 'alternativlos' zu präsentieren, was zumeist schon längst entschieden worden ist."

Dieses internationale Netz wird von den Regierungen der Staaten geschaffen, also von den Vertretern der Vertreter der angeblich souveränen Völker, über deren Köpfen dies geschieht, ohne daß sie den geringsten Einfluß darauf ausüben könnten.

Die Kompliziertheit des Entscheidungsverfahrens bedeutet, *"daß eine einmal etablierte Ordnung dieser Art praktisch kaum mehr zu ändern ist, jedenfalls nicht auf Initiative einzelner"*

Akteure oder Staaten hin. Staaten, die einmal in ein solches System verstrickt sind, können es nur als Ganzes akzeptieren oder es ganz verlassen - mit allen Nachteilen und Gefahren, die damit verbunden sind."

Es ist ein internationales System, das nicht nur die Integrität der Völker und ihre Eigenständigkeit allmählich auflösen, sondern, damit verbunden, die Selbstbestimmung des einzelnen Menschen und damit jede wahre Demokratie in einem ihm übergestülpten globalen Regelwerk vollends untergehen lassen will.

Welt-Commonwealth

Es liegt auf der Hand, daß eine Weltregierung primär in den Plänen derjenigen liegt, die so wieso durch ihre eigene politische und wirtschaftliche Macht eine Weltherrschaft anstreben: den anglo-amerikanischen Eliten.

Bereits Cecil J. Rhodes (1853-1902), wichtiger Impulsator des britischen Imperialismus, schwebte eine anglo-amerikanische Union vor, welche *"die Regierung der ganzen Welt antreten"* und *"den Frieden der Welt in alle Ewigkeit sichern würde."*

Der mit ihm befreundete W. T. Stead und, wie er berichtete, sowohl die Liberalen unter Lord Rosebury als auch die Konservativen unter Lord Salisbury nahmen diese Idee auf und ergänzten sie mit der einer Föderation der europäischen Staaten, die letztlich unter der Dominanz der anglo-amerikanischen Union stehen müsse.

In dem elitären Kreis des "Round Table", der von Alfred Milner, dem engsten Freund und geistigen Nachfolger Rhodes 1909 gegründet wurde und der bald wesentlichen Einfluß auf die britische Außenpolitik nahm, pflegte man diese Gedanken weiter.

Insbesondere die Mitglieder Philip Kerr und Lionel Curtis *"dachten an die Möglichkeit, ... eine Art Weltgemeinschaft auf gemeinsamer kultureller und weltanschaulicher Grundlage ins Leben zu rufen; aus diesem Hintergrund gingen die britischen Initiativen zur Schaffung des 'Völkerbundes' hervor"*, dessen Präsident der Round-Table Lord Robert Cecil 1923 wurde und bis zu seiner Auflösung 1946 blieb.

Die USA wurden nur deshalb nicht Mitglied des Völkerbundes, weil sich der US-Senat in seiner Autorität von Woodrow Wilson übergangen fühlte und die Ratifizierung des Versailler Vertrages ablehnte, dessen Bestandteil die Satzung des Völkerbundes war (Wikipedia).

Lionel Curtis forderte in seinem Buch "The Commonwealth of Nations" (London 1916), das britische Commonwealth dürfe nicht auf eine Nation oder ein Reich beschränkt bleiben, da es immer wieder durch Kriege bedroht würde, sondern müsse auf die ganze Menschheit ausgedehnt werden, um so den Weltfrieden herbeizuführen.

Es sollte ein anglo-amerikanisch geprägtes Welt-Commonwealth geschaffen werden. Philip Kerr förderte diese Idee mit aller Kraft. Um die Welt vor einem Krieg aller gegen alle zu bewahren, sei *"die einzige Endlösung der Weltstaat"*. Gemeinsam mit Curtis unterstützte er die Paneuropa-Bewegung von Graf Coudenhove-Kalergi. *"Europa - worunter der Kontinent ohne die britischen Inseln verstanden wurde - könne sich langfristig zu einem Commonwealth organisieren, was den Beitritt in das künftige Welt-Commonwealth unter transatlantischer Führung erleichtern würde."*

Übergang der Führung auf die USA

Im Ersten Weltkrieg verlor Großbritannien seine Weltmachtstellung de facto an die USA. Aber die britischen und amerikanischen Eliten arbeiten nach wie vor eng zusammen. Ableger des britischen "Round Table" gibt es auch in den USA. Und auf höchster Ebene existiert seit Ende des Ersten Weltkrieges die enge institutionelle Verbindung der je einflußreichsten Denkfabriken Chatham House in London und Council on Foreign Relations in New York, von denen die Richtlinien der Außenpolitik ausgehen.

"US-Präsident Franklin D. Roosevelt unternahm nach dem Scheitern des Völkerbundes noch während des Zweiten Weltkrieges einen zweiten Versuch, eine Organisation zur Sicherung des

Friedens zu schaffen, und erarbeitete zusammen mit dem britischen Premierminister Winston Churchill die Atlantik-Charta. Am 1. Januar 1942 beriefen sich 26 Staaten in der Deklaration der Vereinten Nationen auf die Prinzipien der Atlantik-Charta." (Wikipedia) Sie wurden 1945 gegründet und haben inzwischen 193 Mitglied-Staaten.

Doch darf man die Bedeutung der UNO nicht überschätzen. Sie ist nur schwer handhabbar, zumal die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates USA, GB, China, Rußland und Frankreich jeweils ein Vetorecht haben, wenn ihre eigenen Interessen berührt sind. Viel effektiver sind die unter strammer US-Führung oder Abhängigkeit stehenden Organisationen wie NATO, IWF und EU für die anglo-amerikanischen Interessen einzusetzen und zum weiteren Souveränitätsabbau der Nationalstaaten in Richtung einer Weltregierung auszubauen. Wie stark dessen Realisierungswille besteht, wird an folgenden Aussagen einflußreicher Persönlichkeiten deutlich.

James Paul Warburg, Mitglied des Council on Foreign Relations und Finanzberater von Franklin D. Roosevelt, sagte am 17.2.1950 vor dem US-Senat: *"Wir werden eine Weltregierung haben, ob Sie nun wollen oder nicht, entweder durch Unterwerfung oder durch Übereinkunft."* (Wikipedia)

Richard Newton Gardner, US-Botschafter in verschiedenen Ländern, UN-Berater und Mitglied der Trilateralen Kommission schrieb im *CFR-Magazin Foreign Affairs, April 1974*: *"Das 'Haus der Weltordnung' wird man eher von unten nach oben hin, statt von oben nach unten herab aufbauen müssen. ... Denn wenn es darum geht die nationale Souveränität zu zerstören, ist es viel effektiver, sie Stück für Stück erodieren zu lassen als den altmodischen Frontalangriff durchzuführen."*

Dazu gehören offensichtlich durch Ausbeutung und Kriege herbeigeführte massenhafte Migrationsbewegungen, die zur Destabilisierung der Staaten, zu Verschmelzungen und Identitätsverlust der Völker führen sollen. Willy Wimmer, früherer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, schildert aus seiner Erfahrung in NATO-Übungen, daß Flüchtlingsströme immer Gegenstand militärischer Planung seien.

Von David Rockefeller, 36 Jahre Direktor, 20 Jahre Vizepräsident und 15 Jahre Vorstandsvorsitzender des Council on Foreign Relations, Gründer der Trilateralen Kommission und Lenker der Bilderberg-Konferenzen, wird vielfach berichtet, er habe beim Bilderberg-Treffen 1991 in Baden-Baden vom 6. bis 9. Juni den Medien dafür gedankt, *"daß sie sich an ihr Versprechen Diskretion zu wahren, beinahe vierzig Jahre lang gehalten haben.*

Es wäre uns unmöglich gewesen, unseren Plan für die Welt zu entwickeln, hätten wir all diese Jahre im hellen Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit gestanden. Aber die Welt ist jetzt ausgeklügelter und vorbereitet in Richtung auf eine Weltregierung zu marschieren. Die supranationale Souveränität einer intellektuellen Elite und der Weltbanker ist der in den vergangenen Jahrhunderten praktizierten nationalen Selbstbestimmung sicherlich vorzuziehen."

Das klingt authentisch, wenn man hinzunimmt, daß er in seinen Memoiren von 2002 auf Seite 405 offen bekennt: *"Manche glauben gar, wir seien Teil einer geheimen Kabale, die entgegen der besten Interessen der USA arbeitet, charakterisieren mich als 'Internationalisten' und Verschwörer, die gemeinsam mit anderen weltweit eine integrierte globale politische und wirtschaftliche Struktur schaffen - die einheitliche Welt, wenn Sie so wollen. Wenn das die Anklage ist, dann bin ich schuldig, und ich bin stolz darauf."* (Wikipedia)

Eliten-Netzwerk

Es ist auffällig, wie unter den Funktionseliten der westlichen Welt, mit Ausläufern bis in die der Schwellenländer und des postsowjetischen Raums, ein nahezu unangefochtener Konsens über diese Entwicklung besteht. Dabei versteht der größte Teil diese globale Ideologie als Inbegriff der Vernunft, die in Anbetracht der Geschichte alternativlos sei. Die globalen Probleme seien mit den alten nationalen Strukturen überhaupt nicht mehr zu lösen, insbesondere sei

der Friede in der Welt nur auf diesem Wege zu erreichen und zu erhalten.

Was einst verheimlicht und als Verschwörungstheorie diskreditiert wurde, wird nun - Rockefeller gab das Signal - offen als notwendiges Mittel zur Bewältigung der weltweiten Krisen ausgegeben. Gideon Rachman, Elitejournalist der *Financial Times* in London schrieb im Leitartikel vom 7.12. 2008: *"Zum ersten Mal in meinem Leben, glaube ich, die Bildung einer Art Weltregierung ist plausibel. Eine Weltregierung würde viel mehr als die Zusammenarbeit zwischen den Nationen bedeuten. Sie wäre ein Unternehmen mit staatsähnlichen Merkmalen, das durch eine Reihe von Gesetzen gestützt wird."*

David Held, Direktor der *London School of Economics*, einer der renommiertesten Universitäten der Welt, der die Zeitung *The Guardian* "mehr Einfluß auf die derzeitige politische Welt als jede andere Hochschule auf der Erde" bescheinigt (Wikipedia), sagte in einer am 14.4.2009 in 3Sat ausgestrahlten Sendung: *"Wir leben in einem geschichtlichen Moment, in dem eine globale Umstellung hin zu einer Weltregierung stattfindet."* An dieser Umstellung führe auf Dauer kein Weg vorbei, da die neuen globalen Krisen langfristig nicht von einzelnen Staaten, sondern nur von einer Weltregierung gelöst werden könnten.

Bundeskanzlerin Angela Merkel plädierte am 9.11.2009 während der Konferenz "Falling Walls" für den weiteren Verzicht auf nationale Zuständigkeiten:

"Eine der spannendsten Fragen, Mauern zu überwinden, wird sein: Sind Nationalstaaten bereit und fähig dazu, Kompetenzen an multilaterale Organisationen abzugeben, koste es, was es wolle; und sei es auch in der Form einer Verurteilung? ... Die Gründung der Welthandelsorganisation ist ein solches Beispiel, in dem es Schiedsverfahren gibt, in denen über Handelsfragen ohne Vetorecht irgendeines Mitgliedstaates entschieden wird und notfalls auch Vertragsstrafen verhängt werden. Aber wir haben zu wenig von solchen Beispielen." -

"Es wird so sein, daß ein friedliches Zusammenleben nur mit einer globalen Ordnung ... möglich ist."

Wolfgang Schäuble bezeichnet am 11.1.2013 in Heidelberg ebenfalls globale Strukturen als unausweichlich und notwendig: *"Diese Herausforderungen der Zukunft sind am stärksten geprägt durch das, was wir 'Globalisierung' nennen: eine sich beschleunigende Entnationalisierung und transnationale Verflechtung ökonomischer, politischer und kultureller Systeme. ... Die Globalisierung hat zur Folge, daß das Regulierungsmonopol des Nationalstaates auch außerhalb Europas an seine Grenzen stößt. Dadurch werden neue Formen von Governance hinzutreten."*

Auch der ganz auf absoluter Autorität beruhende Vatikan stimmt in den elitären Chor ein. Am 7.7.2009 meldete "Die Welt": *"Papst Benedikt XVI. hat die Schaffung einer Weltautorität als Antwort auf die globale Wirtschaftskrise ins Gespräch gebracht. ..."*

Die bereits von seinem Vorgänger Johannes Paul II. angeregte, über die UN hinausgehende Weltautorität ist nach Benedikts Worten nötig, 'um die Weltwirtschaft zu steuern, die von der Krise betroffenen Wirtschaften zu sanieren, eine Verschlimmerung der Krisen und sich daraus ergebenden Ungleichgewichten vorzubeugen.' Außerdem gehe es darum, eine geeignete vollständige Abrüstung zu verwirklichen, die Sicherheit und den Frieden zu nähren, den Umweltschutz zu gewährleisten und die Migrationsströme zu regulieren."

Sein Nachfolger Franziskus forderte ebenfalls mit einer neuen Enzyklika am 18.6.2015 *"eine ökologische Wende und wünscht sich, den 1963 verstorbenen Papst Johannes XXIII. zitierend, eine politische Weltregierung ("Weltautorität"), die Umweltschutz wirksamer durchsetzen könnte als Nationalstaaten."* (FAZ vom 18.6.2015)

Vorstufe "Vereinigte Staaten von Europa"

Wie oben angedeutet, pflegten schon die britischen Eliten Anfang des vorigen Jahrhunderts die Idee einer europäischen Föderation unter anglo-amerikanischer Dominanz. Aber nicht nur sie, sondern natürlich auch amerikanische Kreise unterstützten Coudenhove-Kalergi mit sei-

ner Paneuropa-Bewegung. Mächtigen Einfluß nahm Winston Churchill darauf. Am 14.5.1947 wurde er in einer Rede in London ganz deutlich:

"Wir geben uns natürlich nicht der Täuschung hin, daß die Vereinigten Staaten von Europa die letzte und vollständige Lösung aller Probleme der internationalen Beziehungen darstelle. Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endziel, das wir anzustreben haben.

Wenn nicht eine wirksame Welt-Superregierung errichtet und rasch handlungsfähig werden kann, bleiben die Aussichten auf Frieden und menschlichen Fortschritt düster und zweifelhaft. Doch wollen wir uns in Bezug auf das Hauptziel keiner Illusion hingeben: Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung. Die Vereinigung Europas ist der unverzichtbare erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles." (Speeches of Winston Churchill, New York 1974)

Ein Jahr später, welch merkwürdiger Einklang, verankerte der Parlamentarische Rat in Art. 24 des bundesrepublikanischen Grundgesetzes die Möglichkeit, Hoheitsrechte zur Wahrung des Friedens einem System kollektiver Sicherheit zu übertragen. In den Beratungen dazu sagte Dr. Carlo Schmid (SPD) am 10. November 1948 zum späteren Bundespräsidenten Theodor Heuss (FDP):

"Die Weltstaatbemühungen in allen Ehren! Die Idee ist des Schweißes der Edlen wert. Man sollte aufhören, bei diesen Dingen immerzu von Utopien zu sprechen, wie man es gern tut, um es sich leicht zu machen. Aber ich glaube nicht, daß wir zur Weltregierung kommen werden, ohne vorher durch Europa gegangen zu sein." Das bedeutet, auch die deutsche Elite war sich bereits 1948 einig, eine Weltregierung anzustreben, für die eine Europäische Union Voraussetzung wäre.

Der oben bereits zitierte Journalist Gideon Rachman schrieb in dem Leitartikel in der *Financial Times* vom 8.12.2008 weiter: *"Die Europäische Union hat bereits eine kontinentale Regierung für 27 Länder und könnte ein Modell sein. Die EU hat ein oberstes Gericht, eine Währung, Tausende von Seiten des Gesetzes, einen großen öffentlichen Dienst und die Fähigkeit zur Bereitstellung militärischer Gewalt. Könnte sich das europäische Modell weltweit verbreiten?"* Und das "europäische Modell" wird von der derzeitigen EU mittels der herbeigeführten Krisen unerbittlich zum vollen europäischen Staat vorangetrieben.

Und auch Wolfgang Schäuble plädiert in seiner oben angeführten Rede vom 11.1.2013 für die EU als Vorstufe zu einer globalen Regierung: *"Daher lautet meine erste Begründung für die Notwendigkeit einer weiter fortschreitenden europäischen Einigung, daß eben diese den mit Abstand am weitesten entwickelten Ansatz für neue Elemente von Regierungs- und Ordnungsstrukturen bildet, also eine Form von Governance, die auch die globalisierte Welt als Ganzes entwickeln muß.*

Diese neuen Elemente von Regierungs- und Ordnungsstrukturen in Europa sind zugleich ein Beitrag zu unserer globalen Verantwortung, die wir Europäer im Hinblick auf unsere weltgeschichtliche Rolle in den zurückliegenden Jahrhunderten nicht geringschätzen sollten."

Manfred Kleine-Hartlage zieht am Ende seines zitierten Essays ein ernstes Fazit: *"Die Umriss einer durchaus nicht kommunistischen oder faschistischen, wohl aber totalitären und, einmal errichtet, nicht mehr zu beseitigenden globalen Diktatur zeichnen sich deutlich ab. Alle zu ihrer Verwirklichung erforderlichen Strategien laufen bereits, und dies zum Teil schon seit vielen Jahrzehnten. Ob dieser Prozeß noch umkehrbar ist? Wenn ich Optimist wäre, würde ich sagen: Es ist 1 Minute vor 12." ...<<*

08.11.2019

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/15174" berichtet am 8. November 2019 (x1.049/...): >>>Fridays for Future - ein Instrument global-strategischer Interessen

"Fridays for Future" hat sich innerhalb kürzester Zeit zu einer globalen Klimaschutzbewegung entwickelt. Angesichts der enormen Wucht, mit der diese bereits jetzt Forderungen an die etablierte Politik stellt, gilt es inne zu halten. Betrachtet man nämlich ähnlich große Bewegungen oder Revolutionen in der Vergangenheit, so stellt man fest, daß die Menschen dabei als Werkzeuge fremder Interessen mißbraucht wurden. Könnte dies auch bei "Fridays for Future" der Fall sein?

Seit Greta Thunberg Mitte 2018 begann, sich aktiv in der Öffentlichkeit gegen die angeblich durch den Menschen verursachte Erderwärmung einzusetzen, hat sich "Fridays for Future" zu einer globalen Klimaschutzbewegung entwickelt. Beim Klimastreik am 20. September 2019 rief die "Fridays for Future-Bewegung" bereits in fast 160 Staaten zum Streik auf.

Angesichts des rasanten Wachstums dieser Bewegung und der enormen Wucht, mit der diese bereits jetzt Forderungen an die etablierte Politik stellt, gilt es innezuhalten, um einen Blick auf ähnlich große Bewegungen oder Revolutionen in der Vergangenheit zu werfen. Denn bereits der spanisch-amerikanische Philosoph und Schriftsteller George Santayana sagte: "Ein Volk, das sich seiner Geschichte nicht erinnert, ist dazu verurteilt, sie erneut durchleben zu müssen."

Betrachtet man die letzten großen Revolutionen der Vergangenheit, wie z.B. die Revolution in Rußland 1917, die chinesische Kulturrevolution 1966, die Farbrevolutionen wie z.B. 2004 in der Ukraine oder den Arabischen Frühling ab 2010, so waren diese Umstürze von langer Hand geplant und die Menschen wurden dabei als Werkzeuge fremder Interessen mißbraucht. Die Oktoberrevolution 1917 in Rußland wurde z.B. von der Finanzelite und insbesondere von den Rothschilds sorgfältig eingefädelt und mit gewaltigen finanziellen Mitteln unterstützt.

Der Führer der chinesischen Revolution Mao Zedong war ein Zögling von "Yale in China", einem getarnten Geheimdienstnetzwerk der US-Elite, das die Maoisten an die Macht brachte. Alle Farbrevolutionen und auch der Arabische Frühling wiederum wurden von den US-Regierungen von langer Hand geplant und mit Milliarden von Dollars durchgesetzt.

Interessanterweise ist jetzt auch die "Fridays for Future-Bewegung" nicht zufällig entstanden. Organisiert und geplant wurde sie bereits 2015 von der "Plant for the Planet-Foundation". Diese kontrolliert jetzt die Finanzen von "Fridays for Future" und kümmert sich auch um die gesamte Organisation der Bewegung. Hinter der Foundation stehen globalistische sogenannte Denkfabriken wie beispielsweise der von David Rockefeller gegründete und auch finanziell unterstützte "Club of Rome".

Auf der Mitgliederliste des "Club of Rome" stehen äußerst einflußreiche Personen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Medien, wie z.B. der Medienmogul Ted Turner. Daher ist der kometenhafte Aufstieg von Greta Thunberg und die massive Unterstützung von "Fridays for Future" durch die Medien in keiner Weise mehr verwunderlich. Auch finanziell hat die globale Klimaschutzbewegung mächtige Unterstützer.

So haben Aileen Getty, die Erbin des gewaltigen Getty Erdöl-Imperiums, und auch die Nachfahren der einflußreichen Kennedy-Dynastie bis zum Ende des Jahres Spenden in Höhe von einer halben Milliarde Euro in Aussicht gestellt. Ebenso setzt sich der Multimilliardär George Soros für den Klimaschutz ein.

Er unterstützt mittels seiner "Open Society Foundation" die radikale Klimaschutzorganisation "Extinction Rebellion" (Rebellion gegen das Aussterben). Auf diese Weise wird die junge Klimaschutz-Bewegung durch elitäre Kreise mit mächtigen finanziellen Mitteln ausgestattet, um gewaltigen Druck auf die Politik aufbauen zu können. Hier stellt sich natürlich die Frage, ob es all diesen einflußreichen Personen wirklich um Klimaschutz geht.

Wie in der Sendung "CLUB OF ROME-Schulen" aufgezeigt wurde, ist es nicht das Ziel des "Club of Rome", das Klima zu retten, sondern mittels solch globaler Krisen eine Eine-Welt-Regierung zu erschaffen. Auch David Rockefeller bekannte sich ganz offen dazu, Mitglied

einer geheimen Verschwörung zu sein, um dieses Ziel zu erreichen. Der Klimawandel ist somit eine willkommene Gelegenheit, um vor allem die besorgte Jugend für das Ziel der "Eine Welt Regierung" zu mißbrauchen. Greta Thunberg spricht sogar ganz offen aus, daß mit den bestehenden politischen Systemen ihre Ziele nicht zu erreichen sind und ruft damit indirekt zu einem Systemwechsel auf.

Wie interne Dokumente belegen, strebt "Extinction Rebellion" sogar eine internationale Rebellion an und will nach einem Zusammenbruch der westlichen Demokratien die Welt auf den richtigen Kurs bringen. Die Aktivisten dieser extremen Bewegung sind auch keine reinen Idealisten, sondern erhalten pro Woche bis zu 450 Euro "Aufwandsentschädigung" von "Extinction Rebellion" und sollen ab Dezember 2019 sogar über ein reguläres Lohn- und Gehaltssystem bezahlt werden!

Äußerst gefährlich bei der aktuellen Klimaschutzbewegung ist, daß die Jugend gegen die ältere Generation aufgehetzt wird und diese wiederum gegen die Jugend. Dies ist die alte Strategie nach dem Prinzip: "Teile sie und beherrsche sie!" Deshalb ist es äußerst wichtig, sich nicht gegeneinander aufhetzen zu lassen, sondern miteinander zu reden und gemeinsam die Werke dieser globalistischen Elite aufzudecken, die uns nur für ihre Ziele mißbrauchen möchte. ...<<

10.11.2019

BRD: Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" sendet am 10. November 2019: >>Ernie, Bert und viele ungezogene Monster

Als die "Sesamstraße" vor 50 Jahren aus Amerika kam, waren die Figuren ein Schock fürs Bildungsbürgertum. Besonders der in einer Mülltonne lebende Oskar und das vielfressende Krümelmonster sorgten für Empörung. Auch bei der Einführung in Deutschland gab es kräftig Gegenwind.

Von *Beatrix Novy*

Die Kinder der ersten bundesdeutschen Fernsehgeneration wuchsen mit pädagogisch untadeligen Jugendsendungen à la "Sport Spiel Spannung" auf und mit pädagogisch immerhin vertretbaren Import-Serien, die von klugen Pferden oder Hunden handelten, wie Fury und Lassie. Fernsehen für Vorschulkinder war selbstverständlich tabu.

Das konnte, bedenkt man die zügige Entwicklung zum damals noch allein herrschenden Massenmedium, nicht ewig so bleiben. Aber als in den USA Ende der 60er-Jahre die unter Sechsjährigen in den televisionären Blick genommen wurden, ging es nicht nur um die Bindung neuer Zielgruppen. Die Sesamstraße war ein Kind der von sozialen Konflikten bewegten Johnson- und Nixon-Ära, als man sich nach Strategien gegen Armut, Rassenspannungen, Chancenungleichheit umsah.

Man setzte voraus: Kinder, vor allem die weniger privilegierten, sitzen viel vor dem Fernseher. Und wenn sie da schon sitzen, kann man ihnen doch nachreichen, was fehlt: intellektuelle Förderung, Anregung, Wissen.

Rasant durch die Flimmerkiste

Die am 10. November 1969 ausgestrahlte erste Folge von "Sesame Street" bewies: Kompensatorische Erziehung kann sehr witzig sein. Nicht lustig, nein: witzig. Kein bemüht harmloser Kinderton, sondern Schwung, Skurrilität, Esprit. Am kindgerechten und doch erwachsenen Humor der genialen Puppen des Muppet-Schöpfers Jim Henson fanden auch die Großen ihr Vergnügen.

Etwas zwiespältig: das enorme Tempo. Diese Rasanz war den Lieblingssendungen kleiner Kinder abgeschaut, den Werbespots. Schon damals war die Theorie von den kürzesten Einheiten, die kindlicher Aufmerksamkeit zuzumuten sind, zur self-fulfilling-prophecy geworden. Zack, jetzt lernen wir Zahlen, zackzack, jetzt die Buchstaben, zackzackzack, ein Lied.

Zu viel essen und im Müll leben

Kein Wunder, daß sofort die Fetzen flogen, als sie 1973 im deutschen Fernsehen ankamen:

der aufgedrehte Ernie, der seriöse Bert, das Krümelmonster mit seiner erfrischend ungesunden Lebensweise, Graf Zahl "the Count" und die anderen Sesamstraßenbewohner. Der Bayrische Rundfunk hatte sich erst gar nicht an der Kooperation mit dem New Yorker Children's Television Network beteiligt, schon wegen des charakteristischen US-Großstadt-Hinterhofambientes der Sesamstraße, das stark nach Slum aussah.

Auch der für deutsche Verhältnisse ungewohnte Anblick schwarzer Gesichter sei doch realitätsfern, hieß es - für ein kluges Kind wahrlich kein Argument. Heute sind Minderheiten- und soziale Themen klares Programm, heute dürfen Ernie und Bert auch gern schwul sein - damals beschwerten sich entsetzte Eltern über den übellaunigen Mülltonnenbewohner Oskar; dabei hätte ein bildungsbürgerlicher Vergleich mit Diogenes in der Tonne durchaus nahegelegen.

Ganz anderer Trash überschwemmte nach der Einführung des Privatfernsehens die Bildschirme. Endlose Diskussionen, ob und wie gefährlich kindliches Fernsehschauen sei, versiegten irgendwann ohne rechtes Ergebnis. Im lärmigen Geschnatter schrottiger Animationsdutzendware erscheinen die Sesamstraße und andere engagierte Kinderprogramme nicht mehr als Einstiegsdroge, sondern als Festung der Qualität - jedenfalls, soweit sie noch auffindbar sind. Ohnehin hatte der federführende NDR sie schon in den 70ern ent-amerikanisiert, einen eigenen Rahmen und eigene Figuren geschaffen. Die vielen Debatten um die Eignung des Mediums zur Wissensvermittlung machten die Serie alltagsbezogener und bedächtiger.

Die Ersten waren die Besten

Das neue deutsche Personal, das Zottelmonster Samson, die altkluge Tiffy sowie ihre erwachsenen Partner - wirkten vergleichsweise kindertümelnd, manche Eltern schauten die Sesamstraße nur noch heldenhaft mit, damit der Nachwuchs nicht auf "Ein Colt für alle Fälle" ins ZDF umschaltete.

Die Kinder von damals allerdings lassen auf ihre Sesamstraße nichts kommen: "Das war doch schön mit Lilo Pulver" und so geht es wohl jeder Generation. Auch ein Stück Fernseh-Kindheit gehört unversehrbar zu der Persönlichkeit, die man geworden ist.<<

15.11.2019

BRD: Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet am 15. November 2019 (x1.112/...): >>>Der verdrängte Tod

"Die Kultur eines Volkes erkennt man daran, wie es mit seinen Toten umgeht."

Perikles, 493-429 v. Chr.

Ob sich die Existenz des Menschen nach dem Tode fortsetzt, ist die zentrale Frage jedes denkenden Menschen. Doch wie viel denkende Menschen gibt es noch, die diese entscheidende Lebensfrage nicht verdrängen? - Wie leer oder erfüllt sind die Toten-Gedenktage im November, wenn nach einer Statistik von 2017 in Deutschland nur noch 35 % an ein Weiterleben nach dem Tode glauben? 37 % glauben nicht daran, und 26 % sind unentschieden.

Sind unsere Verstorbenen geistig lebendig; stehen sie mit uns in Verbindung und bilden mit uns eine höhere Gemeinschaft, die aber wegen unsrer materialistischen Beschränktheit nicht fruchtbar werden kann?

Der Schweizer Schriftsteller Max Frisch schrieb noch 1945 unter dem Eindruck der 60 bis 70 Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges ein Drama mit dem Titel "Nun singen sie wieder", in dem er eine Gruppe erschossener Geiseln, die singend in den Tod gegangen waren, wieder als handelnde Personen auftreten läßt. Singend versuchen sie sich wieder bei den Lebenden bemerkbar zu machen und "sie dazu zu bringen, ein anderes Leben zu führen und sich miteinander zu versöhnen. Doch die Lebenden sehen den einzigen Trost darin, alles wieder aufzubauen wie zuvor und die Verstorbenen zu rächen." (Wikipedia)

Max Frisch geht davon aus, daß die Verstorbenen nach dem Tode eine höhere Lebensperspektive gewinnen, aus der sie nun das Leben auf der Erde betrachten und die Lebenden helfend beraten wollen. Doch diese können die Verstorbenen nicht wahrnehmen, sind völlig von ihnen

und ihrer Welt abgeschnitten und verharren im Sumpf ihrer irdischen Leidenschaften und Beschränkungen, so daß es keinen Fortschritt gibt. Das ist die furchtbare Tragik.

Veränderung des Bewußtseins

Je weiter man in der Geschichte zurückgeht, um so selbstverständlicher ist für die Menschen die Existenz der Verstorbenen in einer unmittelbar angrenzenden geistigen Welt höherer Wesen, deren Anwesenheit geahnt, empfunden, ja hellseherisch wahrgenommen wurde. Diese instinktive Verbundenheit ging ganz offensichtlich im Laufe der geschichtlichen Entwicklung immer mehr zurück.

Nur in den Mysterien wurde sie für wenige Auserwählte durch eine strenge Einweihungsschulung bewahrt und zu besonderer Höhe und Klarheit gesteigert. Noch bis ins Mittelalter hinein erlebten viele Menschen mehr oder weniger traumhaft die reale Nähe der mit ihnen verbundenen toten Menschen. Doch seit Beginn der Neuzeit ist das Bewußtsein der Menschen im Allgemeinen völlig auf die Wahrnehmung der sinnlich-materiellen Welt reduziert.

Die Tatsache, daß sie keine körperlosen geistigen Wesen und Menschen wahrnehmen können, verleitet viele Menschen zu dem naiven, ahistorischen Schluß, also gebe es nichts Übersinnlich-Geistiges. Und zu der eigenen intellektuellen Beschränktheit gesellt sich der Hochmut, die Menschen seien früher noch in einem primitiven Aberglauben befangen gewesen. Sie merken nicht, daß sie es selbst sind, die sich in einem Aberglauben befinden.

Denn die Tatsache, daß die Menschen aller früheren Kulturen übereinstimmend höhere Wesen und Verstorbene erlebt und wahrgenommen haben, führt zu dem einzig logischen Schluß, daß sich folglich bis heute Wahrnehmung und Erkenntnis der Menschen verändert haben - ohne ihr Zutun, wie durch höhere pädagogische Lenkung.

Erst jetzt ist der Mensch in seinem Bewußtsein völlig von den übersinnlichen Welten getrennt, sozusagen vollends aus dem Paradies vertrieben. Denn nur dadurch kann er zur Freiheit kommen. Solange noch Einflüsse aus einer höheren Welt ungefragt in sein Bewußtsein fließen und ihn so beeinflussen und bestimmen, ist er nicht frei. Und die bisher vergangenen fünfhundert Jahre der Neuzeit zeigen in allen Lebensgebieten eine intensive Entwicklung des abendländischen Menschen zur individuellen Freiheit.

Doch mit der eroberten Freiheit muß er wieder aus eigenem Willen die Verbindung zu den höheren Welten suchen, aus denen er stammt. Denn ohne deren Entwicklungsintentionen zu erkennen, driftet er immer mehr in Chaos und Zerstörung, wie die grauenvollen Kriege und sozialen Zustände der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart offenbar machen.

Die Fähigkeit, Verstorbene und höhere Wesen wahrzunehmen, ist aber nicht nur eine Sache weit zurückliegender Zeiten. Die Menschheit entwickelt sich nicht gleichmäßig in einer Linie. Was die abendländische weiße Menschheit hinter sich gelassen hat, wurde und wird in farbigen Völkern vielfach erst noch in der unmittelbaren Vergangenheit und Gegenwart durchgemacht. Oder sie befinden sich in einem langsamen schmerzhaften Übergangstadium.

Eine eindrucksvolle authentische Schilderung der Bewußtseinsverfassung seines eigenen Volksstammes gibt der Schwarzafrikaner Malidoma Patrice Somé in seinem Buch "Vom Geist Afrikas", das auch zum Verständnis der Mentalität der Schwarzafrikaner sehr aufschlußreich ist.

Zwischen zwei Welten

Er wurde 1956 im Volksstamm der Dagara in der westafrikanischen französischen Kolonie Obervolta, dem heutigen Burkina Faso, geboren. Im Alter von vier Jahren wurde er von einem mit seinem Vater befreundeten französischen Jesuiten-Missionar gekidnappt und fünfzehn Jahre in einem Internat, weit weg von seiner Familie, aufgezogen und in den Fächern "des weißen Mannes", in Geschichte, Geographie, Anatomie, Mathematik und Literatur unterrichtet.

"Zusammen mit diesen Fächern wurde mir eine gute Dosis Christentum verabreicht, mit sei-

nem leidenschaftlich zornigen Gott, der jeden Gläubigen zwingt, in dauernder Furcht vor ihm zu leben."

Im Alter von zwanzig riß er aus und kehrte zu seinem Volk zurück, mußte aber feststellen, daß er mit seinem jetzigen intellektuellen Bewußtsein nicht mehr in die instinktiv geistige Naturverbundenheit der Stammesgemeinschaft paßte. Um wieder in sein Volk aufgenommen zu werden, machte er zusammen mit den 13-14jährigen Jungens die wochenlangen Initiationsriten durch, die dazu führten, daß sie auf verschiedene Weise übersinnliche Erfahrungen außerhalb ihres physischen Leibes machten. Doch als er zweiundzwanzig war, forderten ihn die Ältesten des Stammes auf, in die Welt des weißen Mannes zurückzukehren und als Vermittler und Brücke zwischen beiden Kulturformen zu wirken.

Er studierte vier Jahre an einer von französischen Kolonialbeamten errichteten Hochschule des Landes und erwarb einen Magister in Soziologie, Literatur und Sprachwissenschaft sowie eine Promotion in Weltliteratur. Er erhielt ein Stipendium an der Sorbonne in Paris, wo er ein Diplom in Politikwissenschaft erwarb, ging dann noch in die USA und schloß an der Brandeis-Universität in Waltham/Boston ein weiteres Literaturstudium mit dem Dr. phil. ab. Er lebt jetzt in Amerika und gibt dort Kurse in afrikanischer Spiritualität.

Doch einmal im Jahr kehrt er für Wochen zu seinem Volk zurück, um seine Ältesten zu Hause sehen. "Nicht um sie zu besuchen, sondern um gereinigt zu werden. Nach mehreren Jahren dieser Praxis habe ich begriffen, daß ein Aufenthalt im Westen fast so ist, wie wenn man sich in hochradioaktiver Umgebung befände. Ohne diese periodische Reinigung könnte ich nicht leben."

Die spirituelle Lebensauffassung der Dagara

Malidoma Somé hat noch eine einigermaßen intakte Stammeskultur erlebt, die sich aber auch in langsamer Auflösung befindet.

Die Welt des Übernatürlichen, Übersinnlichen, die alles Physische umgibt und durchdringt, ist für die Dagara so selbstverständlich, daß sie in ihrer Sprache gar kein Wort dafür besitzen. "Am nächsten kommt diesem Begriff noch unser Wort 'Yielbongura', 'das Ding, das vom Wissen nicht gegessen werden kann'. Das Wort besagt, daß Leben und Kraft bestimmter Dinge auf ihrem Widerstand gegen das kategorische Wissen beruhen, das die Menschen heute allem überstülpen."

Es entzieht sich also dem intellektuellen Verstandesdenken, das ja auch nur Begriffe der sinnlich wahrnehmbaren Wirklichkeit bildet und zur Verfügung hat.

"In der Realität des Westens existiert eine deutliche Kluft zwischen dem geistigen und dem materiellen, dem religiösen und dem profanen Leben. Eine solche Vorstellung ist den Dagara fremd. Für uns ist, wie für viele andere Stammeskulturen auch, das Übernatürliche Bestandteil des Alltags. Für einen Dagara ist das Materielle nur das Form gewordene Spirituelle. Das Profane ist Religion auf niederer Ebene - ein Ort der trägen Ruhe im Vergleich zur Hochspannung des religiösen und spirituellen Lebens. ...

In der Dagara-Welt unterscheidet man auch nicht zwischen Realität und Imagination. Für uns besteht die engste Beziehung zwischen Gedanke und Wirklichkeit. Sich etwas vorzustellen, also die Gedanken stark darauf zu konzentrieren, kann dieses Etwas auch ins Dasein rufen. Menschen z.B., die das Dasein pessimistisch betrachten und immer das Schlimmste erwarten, erzeugen diese Realität im allgemeinen auch. Menschen dagegen, die erwarten, daß ihnen die Dinge zum Besten dienen, erleben die Welt meist auch so.

Im Reich des Heiligen reicht dieser Zusammenhang sogar noch weiter. Denn was ist Magie anderes als die Fähigkeit, Gedanken und Energien so zu konzentrieren, daß sich Ergebnisse auf der sichtbaren Ebene einstellen? Die Weltanschauung der Dagara ist umfassend. Kann sich jemand etwas vorstellen, so besteht zumindest die Möglichkeit, daß es auch ins Dasein tritt."

Die Realität der Verstorbenen

Ein entscheidendes Element einer harmonischen und gedeihlichen Kultur sieht er in einer lebendigen Beziehung der Lebenden zu den Verstorbenen. Diese stehen in der Welt der körperlosen geistigen Wesen den lebenden Menschen am nächsten und nehmen an ihrem Leben weiter den intensivsten Anteil. Es ist seine feste Überzeugung, daß die Unrast, die den modernen westlichen und verwestlichten Menschen umtreibt, ihre Wurzeln in einer gestörten Beziehung zu den Vorfahren hat.

In vielen nichtwestlichen Kulturen stehen die Ahnen mit der Welt der Lebenden "in innigster und absolut lebensnotwendiger Beziehung. Sie halten sich immer bereit, um Rat, Belehrung und Kraft zu geben. Sie bilden einen Weg zwischen dieser Welt und der künftigen. Und am wichtigsten - ja am paradoxesten - ist, daß sie die Richtlinien für ein erfülltes Leben verkörpern - für alles, was wertvoll im Leben ist. Aus einer ungleichgewichtigen Beziehung zwischen den Lebenden und den Toten kann nur Chaos entstehen" (S. 19-20).

Den meisten erwachsenen Dagara machen sich die Ahnen im ahnenden Gefühl und in Träumen bemerkbar, während die führenden Ältesten des Stammes durch esoterische Schulungen die Fähigkeit erworben haben, sie bewußt übersinnlich wahrzunehmen und mit ihnen zu kommunizieren; so auch sein bei allen hoch angesehener Großvater.

"Großvater wußte auch, wie man zur Leere spricht, oder besser: zu einem unsichtbaren Geisterpublikum. Bei den Dagara ist es so, daß man, je älter man wird, desto häufiger auf Geister und Vorfahren stößt. Hört man eine Person laut vor sich hinsprechen, redet man sie nicht an, weil sie mit Sicherheit gerade einen wichtigen Fall mit einem Geist oder Ahnen durchspricht. Aber diese Regel bezieht sich mehr auf heilige Älteste als auf Erwachsene im Allgemeinen.

Wenn ich mit Großvater zusammen war, hatte ich immer das Gefühl, wir seien von mehr Wesen umgeben, als man zählen könnte. Wenn er merkte, daß ich einmal nicht zuhörte, wandte er sich wieder diesen unsichtbaren Wesen zu. Niemals schien er sich darüber zu ärgern, daß ich ihm nicht zuhörte" (S. 40)

Aus der verehrungsvollen Verbindung mit den Ahnen, den Vorfahren, ergibt sich eine große Verehrung der Alten mit ihrer Weisheit, die bald zu den Verstorbenen gehören. Und es ergibt sich daraus eine große Liebe zu den Kindern, in denen vielfach wiedergeborene Ahnen gesehen werden.

"Es gibt eine enge Beziehung zwischen Großvätern und Enkeln. Die ersten Jahre verbringt ein Junge in der Regel nicht mit seinem Vater, sondern mit seinem Großvater. Was Großvater und Enkel verbindet - und daran hat der Vater keinen Anteil -, ist ihre besondere Nähe zum Kosmos. Denn der Großvater wird in kurzem dorthin zurückkehren, woher der Enkel gerade gekommen ist. Daher ist der Enkel der Überbringer von Nachrichten, die den Großvater brennend interessieren.

Der Großvater veranlaßt den Enkel auf alle Weise, ihm die Nachrichten von den Ahnen zu übermitteln, bevor das Kind sie wieder vergißt, was über kurz oder lang unweigerlich geschieht. Mein Großvater verschaffte sich diese Nachrichten mittels Hypnose. Er versetzte mich in Schlaf und fragte mich aus.

Aber diese Beziehung zum Enkel hat nicht nur für den Großvater Vorteile. Er muß nämlich die erhaltenen Nachrichten seinem Enkel weitergeben und sich dabei an die Regeln halten, die nur für Großväter und Enkel bestimmt sind. Er muß das neue Mitglied der Gemeinschaft mit den schweren Aufgaben vertraut machen, die auf der steinigen Straße des Lebens vor ihm liegen.

Für den Dagara ist jeder Mensch eine 'Inkarnation', d.h. ein Geist, der einen Körper angenommen hat. Unsere eigentliche Natur ist geistig. Man kommt auf diese Welt, um bestimmte Aufgaben zu erfüllen. Eine Geburt ist nichts anderes als die Ankunft von jemandem, normalerweise eines Vorfahren, den jemand anders schon kennt, in dieser Welt, in der er wichtige

Aufgaben zu übernehmen hat. Die Ahnen sind die eigentliche Lebensschule. Sie sind Träger der Weisheit, nach der sich die Menschen in dieser Welt richten sollen" (S. 35-36).

Als sein Großvater im Sterben lag, sagte dieser zu seinem Vater, der in gewisser Weise sein Sorgenkind war:

"Es ist soweit. Ich lege das Los der Familie in deine Hände. Ich muß jetzt zwar gehen, doch werde ich immer hier sein. Vom Reich der Toten kann ich dir noch besser helfen als bisher. Ich werde sogar zugleich dort und hier sein, denn ich habe kein Fleisch mehr. ... Laß mich dir nahe sein und mit dir zusammenwirken. Solltest du einmal nicht mehr weiter wissen, werde ich dir im Traum erscheinen und zu dir sprechen" (S. 88, 89).

In seiner Initiation hatte Malidoma tiefgehende spirituelle Erfahrungen. So schildert er, daß er sich - wie im Tode - außerhalb seines Leibes befand:

"In diesem Moment hatte ich eine Offenbarung. Ich erkannte, daß das Licht, dem wir auf der Straße des Todes begegnen, unser Selbst ist, das sich auf dem Weg zu sich befindet. Ich begriff, daß Licht unser ursprünglicher Zustand ist, aber daß wir Menschen einander helfen müssen, während wir uns auf die Küsten des Lichts zu bewegen. Viele Male müssen wir geboren werden und sterben, bis wir zu diesem Licht gelangen. Und zehntausend Jahre sind dabei wie ein Augenblick. Im Licht zu sein, bedeutet zu wissen, daß wir auch andere ins Licht hereinholen müssen. Die erleuchtete Seele kehrt voller Mitleid ins Leben zurück, um anderen Seelen auf deren Lebensreise zu helfen. ...

Jetzt war es mir, als sähe ich eine lange Reihe vergangener Leben, beginnend in einer weit zurückliegenden Zeit. Und plötzlich fühlte ich mich mehr ich selbst denn je zuvor. ...

Im Dorf gibt es ein Sprichwort: Beim Tod erleidet eine Welt einen Verlust, und eine andere feiert eine Geburt." (S. 383, 384, 385)

Das Sprichwort ist praktisch identisch mit dem Aphorismus des deutschen Romantikers Novalis (1772-1801), der aus der Morgenröte eines neuen spirituellen Denkens schrieb: "Sollte es nicht auch drüben einen Tod geben, dessen Resultat irdische Geburt wäre? Wenn ein Geist stirbt, wird er Mensch. Wenn der Mensch stirbt, wird er Geist."

Ausblicke

Natürlich kann es zur Überwindung des Materialismus kein Zurück zu der instinktiven Spiritualität alter Stammeskulturen geben, welche die abendländische weiße Menschheit bereits seit Jahrtausenden sukzessive hinter sich gelassen hat - auch für die Afrikaner selbst kann es keinen Weg zurück geben. Denn die Entwicklung zur individuellen Freiheit erfordert das Herauslösen aus der Fremdbestimmung durch die Stammes- und Sippongemeinschaften, sowie den Durchgang durch die völlige Reduktion des Bewußtseins auf die sinnliche Welt.

Mit dem so errungenen Ich- und Freiheitsbewußtsein muß aber auf höherer Ebene ein neuer Zugang zu den übersinnlichen Welten und der Sphäre der uns nahe stehenden Verstorbenen gesucht werden, wenn die Entwicklung nicht weiter blind in Chaos und Zerstörung abgleiten soll.

Rudolf Steiner, der einen dem modernen Bewußtsein angepaßten Erkenntnisweg in die höheren Welten geltend macht, wies in einem Vortrag auf eine vorbildliche Tat Platos hin, die wieder aufgegriffen werden müsse. Plato hat ja Wesentliches, das er philosophisch darstellen wollte, in Form von Gesprächen des - da schon gestorbenen - Sokrates mit seinen Schülern entwickelt. Nun war Plato, wie er im "Phädon" selbst andeutet, noch ein Eingeweihter der griechischen Mysterien, in denen die Verbindung mit den Verstorbenen gepflegt wurde.

Daher sagt Rudolf Steiner: "Plato knüpft an den toten Sokrates an in seinen Schriften. Das ist nicht nur eine belletristische Einkleidung, sondern das ist mehr. Das ist ... die Fortsetzung, der Nachklang dessen, was in den Mysterien gelebt hat, wo die Mysterienschüler hingeführt wurden zum Verkehr mit den Verstorbenen, die von der geistigen Welt weiterregieren die äußere sinnliche Welt."

Plato entwickelte also nach Auffassung Rudolf Steiners die Dialoge des Sokrates mit dessen Schülern aus dem unmittelbaren übersinnlichen Kontakt mit dem verstorbenen Sokrates selbst. Diese Idee, sich aus der Verbindung mit verehrten Verstorbenen inspirieren und befruchten zu lassen, müsse wieder aufgegriffen werden.

Malidoma Somé schrieb, daß für die Dagara "die engste Beziehung zwischen Gedanke und Wirklichkeit besteht." Das ist so. Wir denken subjektiv den Gedanken, sein Inhalt aber hat eine objektive Beziehung zu dem Gegenstand, den er gedanklich repräsentiert. Wenn wir an einen mit uns verbundenen Verstorbenen denken, ihn uns vorstellen, wird dieser Gedanke von ihm wahrgenommen und empfunden, vor allem wenn er mit warmem, hingebungsvollem Gefühl durchdrungen ist. Und wenn wir in dieser Weise Fragen an ihn richten, können wir nach einer gewissen Zeit in unserem Gedankenleben Antworten von ihm empfangen.

Rudolf Steiner weist daraufhin, daß diese Antworten besonders morgens kurz nach dem Aufwachen erlebt werden können. Wir müssen nur lernen, innerhalb unserer Gedanken diejenigen, die von uns selbst gedacht sind, von denen zu unterscheiden, die von dem Verstorbenen stammen, die uns sozusagen gekommen sind. Das bedarf natürlich einer längeren Übung und inneren Aufmerksamkeitsschulung.

Auch der Schweizer Dichter Conrad Ferdinand Meyer (1825-1898) war ganz von der Notwendigkeit eines Verkehrs mit den Verstorbenen durchdrungen. In einem Gedicht läßt er die Toten die Lebenden daran erinnern, daß sie vielfach das ernten, was von ihnen, den Toten, zeit ihres irdischen Lebens gesät worden ist. Nach ihrem Tode bleiben sie aber Teil der Menschheit und nehmen weiter mit tiefstem Interesse Anteil an den menschlichen Zielen.

Doch sie haben sich in der nachtodlichen geistigen Welt zu höheren Gesichtspunkten durchgerungen und gültige geistige Gesetze erkannt, von denen das irdische Leben bestimmt wird. Von dieser Perspektive aus können sie mit helfendem Rat dienen, wenn die Lebenden in der richtigen Weise die Verbindung zu ihnen suchen.

Chor der Toten

Wir Toten, wir Toten sind größere Heere
Als ihr auf der Erde, als ihr auf dem Meere!
Wir pflügten das Feld mit geduldigen Taten,
Ihr schwinget die Sicheln und schneidet die Saaten,
Und was wir vollendet und was wir begonnen,
Das füllt noch dort oben die rauschenden Bronnen,
Und all unser Lieben und Hassen und Hadern,
Das klopft noch dort oben in sterblichen Adern,
Und was wir an gültigen Sätzen gefunden,
Dran bleibt aller irdische Wandel gebunden,
Und unsere Töne, Gebilde, Gedichte
Erkämpfen den Lorbeer im strahlenden Lichte,
Wir suchen noch immer die menschlichen Ziele -
Drum ehret und opfert! Denn unser sind viele!<<

03.12.2019

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 3. Dezember 2019 (x1.000/...): >>Was ist der "Tiefe Staat"?

In den 1980ern hieß der Staatsfeind Nr. 1 Linksterrorismus. Heute hat sich die offizielle Sichtweise des Staatsfeindes auf den sogenannten "Rechtsterrorismus" verlagert. ...

Nach der Ermordung des deutschen CDU-Politikers Dr. Walter Lübcke Anfang Juni 2019 überschlugen sich wochenlang die Meldungen über die Hintergründe der Mordtat. Als Tatmotiv gilt "Haß von rechts", den sich Lübcke durch eine Äußerung im Jahr 2015 auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise zugezogen haben soll. Sofort vermittelten die Leitmedien ein fixes

Bild: "Der Rechtsterror ist die Gefahr Nummer 1". Noch in den 1980ern wurde der Linksterrorismus als "Staatsfeind Nr. 1" bezeichnet.

Wie konnte sich die öffentliche Sichtweise um 180° drehen? Sollen hier möglicherweise die Feindbilder "Rechtsterrorismus" und "Linksterrorismus" von ganz anderen Kräften ablenken, die im Hintergrund den Rechtsstaat und die Demokratie torpedieren? Der renommierte Schweizer Historiker und Friedensforscher Dr. Daniele Ganser spricht in diesem Zusammenhang vom sogenannten "Tiefen Staat", der mit verdeckter Kriegsführung und Operationen unter falscher Flagge die demokratischen Strukturen weltweit unterwandert hat. Diese Sendereihe widmet sich der Aufdeckung von Mechanismen und Instrumenten dieser Unterwanderung. Was ist der tiefe Staat?

Der Begriff "Tiefer Staat" beschreibt seit den 1970er Jahren demokratisch nicht legitimierte Macht- und Entscheidungsstrukturen in Geheimdiensten, Militär, Politik und Justiz. Seit den 1990er Jahren wurden weltweit agierende Netzwerke enttarnt, die im Verborgenen die Interessen einer heimlichen Machtelite verfolgen. Egal, welche politische Partei aktuell regiert, unter dem Deckmantel der Demokratie wurde und wird unbemerkt die Verwirklichung lang angelegter Pläne* vorangetrieben. Das Ziel sei die Machtausweitung und Geldanhäufung bei den global dominierenden Familien (z.B. Rothschilds, Rockefellers).

Die Mittel sind das durch FED und EZB (US-amerikanische und europäische Zentralbank) dominierte Finanz- und Wirtschaftssystem und die von Geheimdiensten initiierten Kriege, Krisen und Terroranschläge. Zur Verschleierung der Ziele und Mittel wird die öffentliche Meinung über Think-Tanks in enger Zusammenarbeit mit den Leitmedien derart manipuliert, daß selbst menschenfeindliche Handlungen als moralisch berechtigt empfunden werden. Die sichtbaren und unsichtbaren Akteure im Tiefen Staat werden durch ein Belohnungs- und Erpressungssystem gesteuert.

Wer nicht kooperiert oder die Machthierarchie gefährdet, wird im Ruf ruiniert, mit Sanktionen belegt oder ermordet. Verschwörungstheorie? Nein, sondern knallharte Verschwörungspraxis der Machtelite! Und deren Wunderwaffe ist der "Tiefe Staat". ...<<

05.12.2019

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 5. Dezember 2019 (x1.000/...): >>Jahrhundertealte Geheimpläne

... Man kann die Weltgeschichte in ihrer vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklung nur verstehen, wenn man begriffen hat, daß es nebst unseren sichtbaren sozialen Systemen wie Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Militär, Religion usw. auch noch geheime Gruppierungen und deren Systeme gibt, die aus dem Hinterhalt heraus operieren. Sie haben mächtigen Einfluß, stellen die Weichen auf allen Ebenen, und so herrschen und regieren sie, ohne daß die hart arbeitende Weltbevölkerung sie wahrnimmt, geschweige denn kennt.

Es sind Gruppierungen, die mit großem Geschick längst die Welt-Finanzströme unter ihre Kontrolle gebracht haben und auf diesem Weg Einfluß auf jedes Land der Welt ausüben: Sie manipulieren jede Politik, jedes Militär, jedes Wirtschaftssystem, jede Wissenschaft, jede Kultur, Religion, Ideologie und was es sonst noch so alles gibt. Sie operieren für das menschliche Auge unsichtbar. Schon seit Jahrhunderten arbeiteten diese Gruppierungen im Geheimen Strategien und Pläne zur Beherrschung der gesamten Welt aus. In ihrem Bewußtsein zählen sie sich zu keiner einzigen Nation oder Rasse dieser Welt.

Die Welt selber ist ihr Fokus. Sie möchten weder über ein Dorf, noch über eine Stadt oder irgendein Land herrschen. Noch nicht einmal über einen oder zwei Kontinente - sie streben vielmehr nach der ultimativen Weltherrschaft. Und um dieses unfaßbare Ziel zu erreichen entwarfen sie von Anbeginn Pläne, wie ihre Geheimorganisation über sämtliche Länder der Erde Herr werden kann.

Die einzelnen Länder und Kontinente sind für diese Globalplayer nichts weiter als seelenlose

Spielfelder auf ihrem Monopoly-Spielbrett. Die hart arbeitenden Völker sind für sie lediglich interessant und nützlich, aber in ethisch-moralischer Hinsicht völlig bedeutungslos. Ihr Denken entspricht also nicht dem des allgemeinen Volkes. Normalsterbliche denken in aller Regel kaum weiter als nur gerade vor ihre Nasenspitze. Diese in Geheimbünden organisierten Manipulatoren dagegen denken in Jahrzehnten und Jahrhunderten. Um auch nur schon eine einzige Großmacht unter Kontrolle bringen zu können, opfern sie - ohne mit der Wimper zu zucken - ganze Länder und Kulturen.

Um aber sämtliche Länder und Großmächte dieser Welt beherrschen zu können, schrecken sie nicht davor zurück, dieselben zuvor allesamt zu destabilisieren. So organisieren sie Chaos, fiktive Bedrohungen, Kriege und Terror aller Gattung. Und dies bringen sie leicht zustande, weil sie über Billionen-Budgets verfügen. Es geht um gewissenlose Finanz-Oligarchen, die schon seit es Geld gibt, nahezu den gesamten Geldfluß der Erde in ihre privaten Hände manipuliert haben. Ihre Gründer waren gleichsam die Erfinder des Geldes.

Sie haben das Geld mit keiner zweiten Absicht erfunden, als über den Zins- und Zinseszins-Geldfluß alles beherrschen zu können. Seit auch Staatsleute sich ihr Geld borgten, manipuliert dieser Geld- und Wirtschafts-Geheimbund unsere Politiker und sichtbaren Vorsteher frei nach Belieben. Ihre Organisationen nehmen schon seit mehreren hundert Jahren Einfluß auf alle Länder der Welt.

Wir fassen bis hierher zusammen: Man kann den nachfolgenden 100 Jahre-Rückblick politisch-militärischer Entwicklungen auf dieser Welt nur verstehen, wenn man begriffen hat, daß es in Geheimbünden organisierte Oligarchien gibt, die strategisch in Jahrhunderten denken. Um die Völker der Erde beherrschen zu können, planen sie in Jahrzehnte- bis Jahrhundert-Prozessen die strategische Zerstörung aller Groß- und Kleinmächte. Zuweilen planen sie Völkerschicksale wie etwa drei Weltkriege, wie sie schon 1871 durch Albert Pike, einem 33 Grad-Freimaurer klar skizziert wurden.

Zuerst müsse ein 1. Weltkrieg dazu dienen, das zaristische Rußland zu stürzen. Ein 2. Weltkrieg müsse zur Gründung des Staates Israel verhelfen und den Kommunismus stärken. Ein 3. Weltkrieg müsse seinen Anfang durch Kontroversen zwischen muslimischen Führern und dem politischen Zionismus nehmen. Der Rest der Welt soll jedoch, bis zur restlosen Erschöpfung auf allen Ebenen, in diesen Konflikt hineingezogen werden. So der satanische Plan des 33 Grad-Freimaurers und Satanisten Albert Pike 1871.<<

10.12.2019

BRD: Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtet am 10. Dezember 2019 (x1.075/...): >>Der Klimawahnsinn gefährdet die Lebensgrundlagen von Milliarden Menschen

Der Klimawahnsinn der letzten Monate zusammengefaßt:

Der Individualverkehr ist eine Quelle von CO₂. Der Individualverkehr muß eingeschränkt werden.

Der Individualtourismus mit Luxuslinern oder Billigflug ist eine Quelle von CO₂. Der Individualtourismus muß eingeschränkt werden.

Der individuelle Verbrauch von Strom und Energie basiert zu großen Teilen nach wie vor auf fossilen Brennstoffen. Fossile Brennstoffe müssen durch unzuverlässige Formen der Stromerzeugung ersetzt, der individuelle Verbrauch von Strom und Energie muß eingeschränkt werden.

Die Landwirtschaft emittiert zu viel CO₂. Die intensive Landwirtschaft muß eingeschränkt werden.

In der Landwirtschaft werden Herbizide eingesetzt, die Panikattacken bei Kenntnislosen auslösen. Der Einsatz von Herbiziden, der intensive Landwirtschaft erst ermöglicht, muß verboten werden.

Der Welthandel basiert auf Schifffahrt. Rund 80 % des globalen Handels wird über Schiffe abgewickelt. Schiffe, so hat die ZEIT neuerdings erkannt, emittieren CO₂, deshalb muß auch der Schiffsverkehr, der globale Handel mit Schiffen eingeschränkt werden.

Merken Sie, in welche Richtung der gesamte Klimaalarmismus weist? Es ist ein großangelegter Versuch, individuelle Rechte zu zerstören und den Lebensstandard von Menschen in westlichen Gesellschaften gleich mit. Menschen, die gut leben, so wohl das Kalkül, sind schwierig zu kontrollieren, denn man kann ihnen nicht einfach den Zugang zu Nahrung und Freiheitsrechten abschneiden, um sie gefügig zu machen.

Die Chinesische Regierung, von deren Vorreiterrolle in Punkto Zerstörung individueller Freiheitsrechte wir gestern berichtet haben, zeigt, in welchen Dimensionen Regierungen mittlerweile nicht nur denken, sondern handeln.

Die Vorgehensweise der Klimaalarmisten ist bifurkal, Bürger sollen regelrecht in die Zange genommen werden.

Die eine Stoßrichtung zielt darauf, Versorgung zu erschweren, etwa Stromversorgung und Zugänge zu Ressourcen, wie z.B. das eigene Auto, den Flug, die Kreuzfahrt zu kontrollieren. Die zweite Stoßrichtung zielt darauf, Produkte und Leistungen so zu verteuern, daß die Zahl derjenigen, die sie sich leisten können, radikal sinkt. Stoßrichtung 1 funktioniert über Verbote oder "den Ausstieg aus Technologien", Stoßrichtung 2 funktioniert über die hohe Subvention von nicht verlässlichen Technologien z.B. der Stromproduktion und über den CO₂-Ablaßhandel.

Egal, welcher Zugang gewählt wird, in jedem Fall sind Bürger diejenigen, die die Folgen der Regelungen zu tragen haben, Folgen, die sich in Freiheitsraub und in einer Verteuernung des jeweiligen Lebensstils niederschlagen, so daß das Leben, das Menschen in westlichen Gesellschaften in den 1960er, 1970er, 1980er, 1990er und 2000er Jahren gewohnt waren, für viele nicht mehr erreichbar sein wird.

Es ist fünf vor Zwölf, wenn dieser Wahnsinn noch gestoppt werden soll, denn die Scharfrichter der individuellen Freiheit sind derzeit in Madrid dabei, in Verträgen die Verarmung eines großen Teils der Bevölkerung zu beschließen.

Was die Durchsetzung diese Wahnsinns erleichtern soll, sind u.a. Beiträge in Medien, die einst Presse genannt wurden und die ihre Aufgabe heute offenkundig nur noch darin sehen, irgendwelchen Hysterikern und Mächtigenkontrolleuren die Möglichkeit zu geben, ihre Hirngespinnste auszuleben und sich bei staatlichen Funktionären anzudienen.

Ein Ablaßhandel wie der auf CO₂-Emissionen ist ein Riesengeschäft. Tatsächlich sind seit 2013 allein 2,5 Billionen US-Dollar in angebliche Maßnahmen gegen den Klimawandel geflossen. Effekt auf den CO₂-Ausstoß: Null. Die Emissionen sind weiter gestiegen und sie werden weiter steigen, denn China und Indien bauen Kohlekraftwerke. Dort ist man daran interessiert, den Lebensstandard der eigenen Bevölkerung zu heben, während in europäischen Gesellschaften die Senkung des Lebensstandards politisches Ziel zu sein scheint.

Am Ablaßhandel verdient eine Armada von Kostgängern mit. Kostgänger, die Studien erstellen, die Lobbypolitik für diejenigen betreiben, die alternative Produkte zu denen, die vom Ablaßhandel betroffen sind, vertreiben. Und die angebliche Qualitätspresse, deren Qualitäten vornehmlich darin zu finden sind, Kritik durch Anbiederung ersetzt zu haben, stellt den entsprechenden Kostgängern noch ein Forum zur Verfügung.

In der ZEIT, in der gerade Stimmung gegen den globalen Schiffsverkehr gemacht wird, liest sich das wie folgt:

"Doch während Kohle, Industrie und Verkehr unter Druck sind, ihren Treibhausgasausstoß zu senken, reguliert Europa die Schifffahrt bisher kaum - mit dem Ergebnis, daß die Emissionen in dieser Branche in den vergangenen Jahren stark angestiegen sind, statt zu sinken. Und weil die Schifffahrt mit dem Welthandel wächst, wird sich daran absehbar wohl kaum etwas än-

dern. Es sei denn, die Politik ergreift Gegenmaßnahmen.

Es bestehe die Gefahr, daß die Untätigkeit in der Schifffahrt die klimapolitischen Fortschritte in anderen Bereichen zunichte macht, warnen die Experten von T&E. Sie empfehlen, den Schiffsverkehr in den Europäischen Emissionshandel zu integrieren. Das Geld, das die Reedereien dann zahlen, könnte in einen Fonds fließen, der die Entwicklung von klimafreundlichen Antrieben fördert."

Die "Experten von T&E", sind "Experten", die in einer europäischen Lobbyvereinigung, die sich selbst als "NGO" bezeichnet, arbeiten. T&E charakterisiert sich selbst wie folgt:

"Transport & Environment's (T&E) vision is a zero-emission mobility system that is affordable and has minimal impacts on our health, climate and environment (Die eierlegende Wollmilchsau.)

Since we were created 30 years ago, T&E has shaped some of Europe's most important environmental laws. We got the EU to set the world's most ambitious CO2 standards for cars and trucks but also helped uncover the dieselgate scandal; we campaigned successfully to end palm oil diesel; secured a global ban on dirty shipping fuels and the creation of the world's biggest carbon market for aviation - just to name a few."

Die deutschen Mitglieder von T&E sind "die Experten" des NABU, der Deutschen Umwelthilfe und der Verkehrsclub Deutschland.

Alle, die sich bei T&E zusammengeschlossen haben, verfolgen das Ziel, fossile Brennstoffe zu ächten, ihren Gebrauch zu unterbinden oder mit hohen Kosten zu versehen. Alle, die dort zusammengeschlossen sind, reiten die Welle der CO2-Hysterie und werden dabei reich, sehr reich. Es lohnt sich also, die Welt zu retten, bzw. vorzugeben, dasselbe zu tun.

Wundert es jemanden, daß "die Experten von T&E" nun den globalen Handel über Seewege ins Visier genommen haben? Ehrlich gesagt ist es für uns eher erstaunlich, daß sie erst jetzt gemerkt haben, daß man auch durch die Erpressung von Reedern und die Erweiterung des Kinderkreuzzuges auf den globalen Handel per Schiff eine erhebliche Einkommensquelle erschließen kann.

Durch CO2-Emissionshandel oder durch ein Verbot bestimmter Schiffstypen, Schiffsantriebe. Egal, was am Ende herauskommen wird, die Bürger in Europa müssen dafür bezahlen. Egal, was am Ende herauskommen wird, die Bürger in Europa werden eine Einbuße im Lebensstandard hinnehmen müssen. Egal, was am Ende herauskommen wird, es wird KEINERLEI Effekt auf die globalen CO2-Emissionen haben, aber maximalen Schaden bei den Bürgern Europas bewirken. ...

Der weltweite CO2-Ausstoß im Jahr 2018 betrug 37,1 Gigatonnen. Im Vergleich zu 2017, in dem der Ausstoß bei 36,2 Gigatonnen lag, ist dies ein Plus von 0,9 Gigatonnen. Der gesamte Schiffsverkehr hat, wie in einer Studie aus dem Jahr 2014 geschätzt wird, einen Ausstoß von 796 Millionen Tonnen CO2. Nehmen wir an, der Ausstoß sei über die letzten vier Jahre um rund 9 % angestiegen, schreiben wir die Emissionen linear fort, dann ergeben sich 868 Millionen Tonnen CO2.

Der Anteil der Handelsschifffahrt am CO2-Ausstoß im Jahr 2018 betrug somit knapp 2,2 %. Der Anstieg der CO2-Emissionen im Vergleich der Jahre 2018 und 2017 betrug 2,4 %. Mit anderen Worten: Selbst wenn die Handelsschifffahrt von heute auf morgen eingestellt würde, würde dies nichts daran ändern, daß die CO2-Emissionen weltweit weiter steigen. Allerdings würde die Grundversorgung der Bürger mit Lebensmitteln dadurch unmöglich und eine Hungersnot unausweichlich.

Der verbreitete Alarmismus dient einzig und allein der Selbstbereicherung, der Legitimation eines der bislang systematischsten Versuche, Individualrechte und Lebensstandard zu zerstören und Bürger in Abhängigkeits- und Kontrollbeziehungen mit ihren Staaten zu zwingen:

"Es bestehe die Gefahr, daß die Untätigkeit in der Schifffahrt die klimapolitischen Fortschritte

in anderen Bereichen zunichte macht, warnen die Experten von T&E. Sie empfehlen, den Schiffsverkehr in den Europäischen Emissionshandel zu integrieren. Das Geld, das die Reedereien dann zahlen, könnte in einen Fonds fließen, der die Entwicklung von klimafreundlichen Antrieben fördert."

Und natürlich dient der ganze Raubzug auf die Einkommen, für die die meisten Bürger lange arbeiten müssen, der Umverteilung. Die CO₂-Steuer, die der Handelsschiffahrt auferlegt werden soll, wird natürlich auf die Preise umgelegt. In Madrid wird derzeit nicht darüber verhandelt, welche Unternehmen wie viel Abfall bezahlen müssen, sondern darüber, wie groß die Last sein wird, die den Bürgern in den einzelnen Staaten aufgebürdet wird. Denn es sind Bürger, Sie, wir, die die Kosten tragen müssen, die Kosten für teurere Transportwege, die Kosten für teurere Verpackungen, die Kosten für teurere Erzeugung, die Kosten für teurere Produktion u.v.m.

Die Erträge aus der CO₂-Steuer, die Bepreisung eines Moleküls, ohne das Leben auf der Erde nicht möglich wäre, so kann man nachlesen, sind bereits eine feste Rechnungsgröße im Budget der Klimawandel-Mafia.

Die höheren Kosten, die Senkung des Lebensstandards für viele, das ist der Preis dafür, daß das Klima, nein, der Planet, nein, die Welt vor etwas gerettet wird, was vor einigen Jahrzehnten frei erfunden wurde: dem menschengemachten Klimawandel, für den bislang jeder Beleg fehlt, denn was wir sehen ist Klimawandel, wie er sich seit Jahrtausenden auf der Erde ereignet. Daß Menschen daran einen Anteil haben sollen, ist der erfolgreichste PR-Stunt der letzten Jahrhunderte und der lukrativste obendrein.

Das IPCC hat im Vierten Assessment Bericht aus dem Jahre 2007 die folgende Abbildung des CO₂-Zyklus veröffentlicht, die deutlich zeigt, mit welcher Art von "Wissenschaft" man es bei den Klimaalarmisten zu tun hat:

Die roten Zahlen sollen zeigen, wie sich der Anteil von CO₂ durch menschliche Aktivitäten in der Atmosphäre verändert hat. Sie wurden durch einen simplen Vergleich mit Schätzungen für vor-industrielle Level von CO₂ im Jahre 1750 unter Verwendung der Grundrechenarten fabriziert. Wie man sieht, ist alles, was sich seit 1750 in der Atmosphäre verändert hat, auf menschlichen Einfluß zurückzuführen. Seit 1750 ist die Abgabe von CO₂ durch die Weltmeere konstant geblieben.

Es gab seit 1750 nichts, was zu mehr Pflanzenrespiration von CO₂ geführt hätte, keine Zunahme in der Freisetzung von CO₂ durch verrottende Pflanzen, es gab keine außergewöhnlichen Vulkanausbrüche, keine sonstigen Ereignisse, die mit einer hohen CO₂-Emission verbunden sind, einfach nichts. Die Natur bleibt stabil, passiv, hat sich seit 1750 nicht verändert. Alles, was sich seit 1750 verändert hat, ist auf menschlichen Einfluß zurückzuführen.

Wer dieses Märchen glaubt, der muß alle Märchen glauben, zum Beispiel dieses: Die erhöhte Konzentration von CO₂ in der Atmosphäre sei Ursache einer Erwärmung, die in der Realität so deutlich hinter den Vorhersagen der grandiosen Klimamodelle der Klimaalarmisten zurückbleibt, daß einem Wissenschaftler die Scham ins Gesicht geschrieben wäre, hätte er sich darauf verlassen. Eiskernbohrungen zeigen, daß ein Anstieg des CO₂-Levels in der Atmosphäre einer vorausgegangenen Erwärmung nachfolgt.

Märchen 1 ignoriert jeden Einfluß der Natur auch sich selbst und führt einen Kult anthropogener Einzigartigkeit ein.

Märchen 2 kehrt Ursache und Wirkung um, zerstört damit die Wissenschaft und verlangt von denen, die das Märchen glauben, der Rationalität abzuschwören.

Wenn es darum geht, arbeitende Menschen auszurauben, dann waren die leistungslosen Klassen, die Schwätzperten und sonstigen menschlichen Schilde gegen Probleme, die es ohne sie gar nicht gäbe, immer sehr erfindungsreich. Die Kunst, von der Arbeit anderer zu leben, ist eine der am weitesten entwickelten Künste, ihr derzeitiges Kultobjekt wird von einem UN-

Wanderzirkus durch die Länder der Erde getragen, sein Titel: "Menschengemachter Klimawandel".

Übrigens, wenn Sie wissen wollen, warum die Journallie und die politische Kaste, die sich für das Establishment hält, Donald Trump so hassen, hier eine Erklärung:

Patrick Moore, co-founder of Greenpeace: "The whole climate crisis is not only Fake News, it's Fake Science. There is no climate crisis, there's weather and climate all around the world, and in fact carbon dioxide is the main building block of all life." @foxandfriends Wow!

- Donald J. Trump (@realDonaldTrump) 12. März 2019<<

16.12.2019

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 16. Dezember 2019 (x1.000/...): >>**Tiefer Staat - Beispiele: NSU, Mordfall Lübcke, linker Terror**

... Beispiel 1: Verstrickungen deutscher Staatsorgane in den Fall NSU In den Jahren 2000 bis 2006 wurden die sogenannten "Dönermorde" begangen, für die man ausschließlich die rechte Terrorzelle "National- sozialistischer Untergrund" - kurz: NSU - um Beate Zschäpe verantwortlich machte. Verschiedene investigative Journalisten, wie z.B. Jürgen Elsässer, untersuchten den Fall, indem sie u.a. Gerichtsprotokolle auswerteten.

Es kam zum Vorschein, daß staatliche Organe, wie z. B. der Thüringer Verfassungsschutz, in den Fall NSU involviert waren. So war der Verfassungsschützer Andreas Temme nachweislich am Aufbau des NSU-Netzwerks und direkt oder indirekt an der Ausführung der genannten Dönermorde beteiligt, was aber juristisch nie gründlich aufgearbeitet wurde. Dem Thüringer Verfassungsschutz ist nachzuweisen, daß er maßgeblich an der Finanzierung und dem Aufbau des rechten Netzwerkes um den NSU herum beteiligt war.

Auch fand im Umfeld des NSU ein rätselhaftes Zeugensterben statt. Besonders brisant ist die Tatsache, daß 19 Akten des NSU-Falles vernichtet und die verbliebenen Akten zunächst mit einer Sperrfrist von 120 Jahren belegt wurden. Diese Sperrfrist wurde nachträglich bis Jahr 2044 verkürzt. Versucht hier der deutsche Staat, eine Verstrickung in die NSU-Affäre zu vertuschen?

Beispiel 2: Mordfall Lübcke: Ungereimtheiten und Instrumentalisierung durch Politik und Medien Seit der Ermordung des CDU-Politikers und Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke überschlugen sich die Meldungen und Kommentare über die Hintergründe dieser Mordtat. Laut offiziellen Angaben wurde Lübcke in der Nacht zum 2. Juni auf der Terrasse seines Anwesens durch einen Kopfschuß getötet.

Der Täter soll ein Rechtsextremer namens Stephan E. sein. Als mögliches Tatmotiv gilt "Haß von rechts", den der Politiker sich unter anderem durch eine Äußerung auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise zugezogen haben soll. Obwohl die Ermittlungen bisher noch keine klaren Schlüsse zulassen, vermitteln die Schlagzeilen der Medien bereits ein fixfertiges Bild: "Der Rechtsterror ist die Gefahr Nummer 1".

Zweifelsohne ist tatsächlicher Terror aus Haß durch Rechts- oder Linksextremisten frag- und vorbehaltlos aufs Schärfste zu verurteilen und zu ahnden. Doch kann der gewaltsame Tod Walter Lübckes tatsächlich eindeutig und ausschließlich einem rechtsextremen Hintergrund zugeschrieben werden? Zumindest einige Zusammenhänge werfen gewichtige Fragen auf:

1. Gefunden worden sei der Tote Walter Lübcke von seinem Sohn, der nicht etwa den Notarzt, sondern einen befreundeten Sanitäter von der gerade gegenüber stattfindenden Kirmesfeier herbeirief. Wie sich herausstellte, manipulierte dieser den Tatort, indem er Blut- und damit möglicherweise auch sonstige Spuren beseitigte. Die erst viel später eintreffenden Rettungskräfte nahmen Walter Lübcke mit, wobei erst im Krankenhaus die Einschußstelle im Kopf entdeckt worden sein soll.

2. Ex-Verfassungsschützer Andreas Temme, der bereits bei den Morden des rechten Netzwerkes NSU - sprich Nationalsozialistischer Untergrund - zwischen den Jahren 2000 und 2006

eine dubiose Rolle spielte, wechselte später in die Regierungsbehörde von Walter Lübcke. Temme war nachweislich am Aufbau des NSU-Netzwerks und an der Ausführung der Morde direkt oder indirekt beteiligt. Die Mordserie an zehn überwiegend türkischen Opfern wurde ausschließlich dem rechten Netzwerk zugeordnet.

Eine wirkliche Aufklärung der Morde wurde seitens des Staates massiv behindert. Ende 2011 vernichtete das Bundesamt für Verfassungsschutz mindestens 19 der brisanten Akten und auf den verbliebenen liegt eine Sperrfrist von 120 Jahren. Rund um den NSU-Prozess gab es ein auffälliges Zeugensterben von über einem Dutzend Personen. Denkwürdig ist, daß nun im Mordfall Lübcke erneut einer von Temmes V-Männern mit dem Beschuldigten Stephan E. in enger Verbindung steht.

3. Dem NSU-Untersuchungsausschuß lagen im Jahr 2015 Akten vor, in denen sich "ein geheim eingestuftes Dokument mit relevanten Informationen" zu dem im Fall Lübcke tatverdächtigen Stephan E. befand. Wie der Hessische Rundfunk berichtete, gäbe es im Landesamt für Verfassungsschutz jedoch keine Personalakte mehr über den mutmaßlichen Mörder des Kasseler Regierungspräsidenten. Die Fakten sind also alles andere als eindeutig. Dennoch wird ausschließlich gegen "rechts" ermittelt. Doch welche anderen möglichen Tatmotive gibt es im Mordfall Lübcke?

1. In Lübckes Regierungspräsidium werden unter anderem Genehmigungen für Windkraftanlagen erteilt. Im Zuge dieser Genehmigungen habe es in Lübckes Amtszeit immer wieder Konflikte gegeben, unter anderem, weil Lübckes Söhne selbst Betreiber mehrerer Wind- und Solarparks sind. Als Regierungspräsident genehmigte Lübcke sehr "engagiert" Windkraftanlagen, unter anderem auch in bedeutenden Naturschutzgebieten, was ihm teils wütende Proteste einbrachte.

2. Auch eine Bluttat der kalabrischen Mafia Ndrangheta ist denkbar. Diese ist seit Jahren in Kassel aktiv. Der Ndrangheta ist nachzuweisen, daß sie vor allem über Windkraftanlagen Geldwäsche von Milliardenbeträgen aus Drogen-, Waffen-, Rotlicht- und Wettbürogeschäften betreiben, weshalb bereits 2013 eine bundesweite Razzia durchgeführt wurde.

Zusammenfassend kommen verschiedene Aufklärungsplattformen zu dem Schluß, daß die Faktenlage im Mordfall Lübcke äußerst unklar bis widersprüchlich ist. Dennoch werden bisher ausschließlich "Rechtsextreme" für den Mord verantwortlich gemacht und seitens der Politik schon mal Konsequenzen gezogen: So will Bundesinnenminister Horst Seehofer den "Kampf gegen den Rechtsextremismus" deutlich verstärken. ...

In welche Richtung diese Konsequenzen aber eigentlich zielen, daran lassen Schlagzeilen wie diese keinen Zweifel: FAZ vom 19. Juni: "Mord an Walter Lübcke - CDU weist AfD Mitverantwortung zu" oder ZEIT ONLINE: "Annegret Kramp-Karrenbauer gibt AfD Mitschuld am Tod von Walter Lübcke". Der haushaltspolitische Sprecher der SPD Johannes Kahrs fordert per Twitter: "... AfD verbieten, dann AfD-Mitglieder aus dem Beamtenverhältnis entlassen." Diese Äußerungen knüpfen an der kritischen Haltung der AfD zur Migrationspolitik der Bundesregierung an, die völlig undifferenziert mit Ausländerhaß gleichgesetzt wird, welcher den Nährboden für diesen Mord gebildet habe.

Solche zur "großen Gefahr von rechts" aufgeblasenen medialen Inszenierungen wie die NSU-Morde und der Lübcke-Mord sollen ganz offensichtlich als Rechtfertigung von Zensur, Überwachung, Sanktionierung und Verbot von Parteien, wie z.B. der AfD, Aufklärungsbewegungen und freien Medien bis hin zum Ausschluß von Systemkritikern aus der Gesellschaft dienen.

Beispiel 3: Instrumentalisierung des linken Terrors

Der Schweizer Historiker und Friedensforscher Dr. Daniele Ganser legte in langjährigen Untersuchungen offen, daß seit 1944 auf Initiative der US-amerikanischen und englischen Regierungen in ganz Europa NATO-Geheimarmeen unter der Führung des CIA und des MI6 aufge-

baut wurden. Diese Geheimarmeen - auch "Gladio" genannt - verübten zahlreiche Bombenanschläge (z.B. auf den Bahnhof von Bologna und das Münchner Oktoberfest 1980) und versetzten die Völker so in Angst und Schrecken.

In den 1960er Jahren entstand in Deutschland die Rote-Armee-Fraktion (RAF). Diese gründete sich nach der Ermordung des Studenten Benno Ohnesorg, der am 2. Juni 1967 während einer Demonstration gegen den persischen Schah in Westberlin erschossen wurde. Von staatlicher Seite her wurde vertuscht, auf welcher skandalösen Weise Ohnesorg ums Leben kam und daß der Polizist Karl-Heinz Kurras, der ihn erschoss, gleichzeitig auch ein inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR war.

Die folgenden Ermordungen von Siegfried Buback, Jürgen Ponto, Hanns-Martin Schleyer und Detlef Rohwedder wurden nie vollständig aufgeklärt - trotzdem aber ausschließlich der RAF zugeschrieben.

Unter dem Schock der Anschläge konnten die Regierungen Anti-Terror-Gesetze durchsetzen, mit deren Hilfe die (Studenten) Proteste gegen die amerikanisch-imperialistische Kriegspolitik oder die spätere Anti-Atomkraft-Bewegung verfolgt wurden. Somit bewahrheitet sich, was der US-amerikanische PR-Fachmann Edward Louis Bernays schon 1928 in seinem Buch "Propaganda" sagte: "Organisationen, die im Verborgenen arbeiten, lenken die gesellschaftlichen Abläufe. Sie bilden eine unsichtbare Regierung, welche die wahre Herrschermacht unseres Landes ist."

Es ist eine Strategie dieser "Machtelite", das Volk möglichst im Unwissen zu halten. Daher ist es wichtig, sich der Existenz eines verborgenen sogenannten "Tiefen Staates" bewußt zu sein und die Akteure zu entlarven.<<

25.12.2019

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 25. Dezember 2019 (x1.000/...): >>**Weitere Werte- und Grenzauflösung bei Kitaleitungskongreß 2020?**

... Von März bis September 2020 findet in verschiedenen deutschen Städten der "Deutsche Kitaleitungskongreß" mit vielen zukunftsweisenden Vorträgen statt. Von fünf angekündigten Themenfeldern lautet das erste: "Vielfalt in Ihrer Kita". Für jeden, der sich noch nicht mit den Kita-Konzepten der letzten Jahre beschäftigt hat, mag diese Themenankündigung interessant klingen - ist doch Vielfalt etwas Positives, Erstrebenswertes.

Doch schaut man sich den Referenten etwas genauer an, läßt sich erahnen, um welche Art von Vielfalt es sich handelt. Es geht um die sexuelle Vielfalt, medienpräsent verkörpert durch den Travestie-Darsteller Oliver Knödel alias Olivia Jones. Dieser ist Betreiber einer Porno - und Karaoke-Bar und bewirbt diese als "Spaß für die ganze Familie". Zu den verheerenden Folgen von Pornokonsum, gerade für die Familie, sehen Sie im Anschluß einige Ausschnitte aus einem Vortrag von Dr. François Billot de Lochner.

Nun: In welche Richtung kann die Einladung eines Referenten wie Oliver Knödel zielen? Ein Blick in die USA könnte Aufschluß geben. Dort sind trotz massiver Elternproteste sogenannte "Drag Queen Story Hours" inzwischen an der Tagesordnung.

Worum geht es? Männer, verkleidet als schillernde Drag-Queen-Frauen ... bekommen eine Plattform, Kinder mit dem Thema Geschlechtervielfalt und Geschlechtsumwandlung zu konfrontieren. Aus deutschen Kindergärten und Schulen sind bislang nur wenige, ähnliche Beispiele bekannt, z.B. an einigen brandenburger Schulen (www.kla.tv 14025).

Doch wird seit Jahren unter dem Deckmantel der Vielfalt, Toleranz und Geschlechtergerechtigkeit auch in deutschen Kindergärten und Schulen zunehmend eine Form von "Sexual-Aufklärung" durch Lobbygruppen gefördert, die Kinder verwirrt und überfordert.

Geht es bei Kindergartenkindern auf den ersten Blick um harmloses Kennenlernen anderer sexueller Orientierungen, stehen laut "WHO-Standards für Sexualaufklärung in Europa" bei den 4-6jährigen jedoch bereits sexuelle Gefühle, Vergnügen und Lust beim Berühren des ei-

genen Körpers auf dem Programm. Bei den Schulkindern werden bereits konkrete Kenntnisse über eine Vielzahl sexueller Praktiken vermittelt.

Laut Praxisbuch "Sexuelle Vielfalt", herausgegeben von den deutschen Sexualpädagogen Elisabeth Tuidter und Stefan Timmermanns, gehört auch die Konfrontation mit Sexspielzeug zu den Methoden dieser Sexualpädagogik. Mit entsprechenden Unterrichtsempfehlungen wie "Der neue Puff für alle" bzw. ein "Freudenhaus der sexuellen Lebenslust" im Unterricht zu kreieren, wird selbst Prostitution als etwas völlig Normales dargestellt.

In vielen Sendungen hat Kla.TV bereits diese schamverletzenden und wertezerstörenden Methoden aufgedeckt. Laut Prof. Gerhard Amendt, bis 2003 am Institut für Geschlechter und Generationenforschung der Uni Bremen tätig, zielt die neue "Sexualaufklärung der Vielfalt" letztlich darauf ab, die Grenze zwischen den Generationen und den Geschlechtern zu verwischen und zu überschreiten, um sie dann ganz abzuschaffen.

Schon mehrfach wurde versucht, die Grenzen zwischen den Generationen, sprich Altersschranken und damit verbundene Tabus, aufzulösen und nicht nur Inzest - also den Geschlechtsverkehr zwischen Verwandten - sondern auch Pädophilie zu legalisieren.

Pro familia, die deutsche Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung, verbreitete in den 80er und 90er Jahren in ihren Vereinsmagazinen pädophilenfreundliche Ansichten, die Sex von Erwachsenen mit Kindern guthießen oder rechtfertigten.

Die Broschüre "Körper, Liebe, Doktorspiele" aus dem Jahr 2001 - zu Tausenden verteilt von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, BZgA - enthielt eindeutige Passagen, um übergriffiges Verhalten und pädophile Handlungen unter einem pseudowissenschaftlichen Mäntelchen salonfähig zu machen bzw. sogar zu fördern. ... Genau jene beiden Institutionen treiben auch heute wieder maßgeblich die "Sexualpädagogik der Vielfalt" voran.

Prof. Amendt erkennt ein neues Herangehen zwecks Aufhebung der Geschlechter- und Generationengrenze mittels der "Sexualpädagogik der Vielfalt". Dies erfolge nicht mehr als pädophiles Programm, sondern werde durch gezielte Indoktrination und Manipulation, die keine Kritik zuläßt, erzwungen.

Der Sexualwissenschaftler Prof. Dr. Jakob Pastötter sagte 2017: "Ich bin immer wieder erstaunt, daß da noch nie irgendwie die Verbindung gezogen worden ist, daß, wenn ich Kinder auffordere, "ihre Sexualität" zu entdecken, daß ich sie damit auffordere, den Erwachsenen zu Willen zu sein." Es scheint, auch die Bildungsinitiative "Vielfalt in Ihrer Kita" dient nur als weitere Maßnahme, um durch die Hintertür grundlegende, familiäre Werte zu zerstören und die Grenzauflösung zwischen den Geschlechtern und Generationen zu bewirken.

Wie angekündigt, möchten wir uns im Anschluß der Frage widmen, ob Pornokonsum tatsächlich ein "Spaß für die ganze Familie" ist. Sehen Sie dazu einige Auszüge des Vortrages: "Den Tsunami der Pornographie verstehen und bekämpfen" von Dr. François Billot de Lochner - dem Präsidenten des Vereins "Stop au porno", zu deutsch "Stopp der Pornographie". In diesem Vortrag thematisierte er die verheerenden Auswirkungen des Pornographiekonsums.

Diesen Vortrag hielt er am 17.11.2018 anläßlich der 16. AZK ... www.kla.tv/13489 "Was sind die Konsequenzen der Pornographie?" ...

1. Pornographie zerstört komplett die Person. Es tut mir sehr leid, aber wir haben sehr, sehr kleine Teile in unserem Körper: eine Seele, eine Intelligenz, ein Herz und einen gesamten Körper. Die Pornographen sagen, daß der Mensch nur ein kleiner Teil des Körpers sei. Das ist ein purer Skandal, wissenschaftlich, philosophisch, moralisch. Die Pornographen sind Feinde der gesamten Menschheit. Die Pornographie erreicht in Tiefen das Gehirn.

Wir haben in unserem Gehirn eine Substanz, die sich Dopamin nennt. Diese Substanz erlaubt uns, unseren Erstbedürfnissen zu antworten. Wenn ich auf dem Tisch schönes Essen sehe, handelt mein Dopamin - und ich habe Lust, dieses Essen zu verzehren. Das sind Erstbedürfnisse und die Sexualität gehört zu diesen Erstbedürfnissen. Auf lange Dauer ist aber Porno-

graphie dafür verantwortlich, daß Reaktionen von Dopamin ausgelöscht werden.

Und das ist der Grund, weshalb - wenn man sich komplett in Pornographie hinein gibt - Dopamin nicht mehr reagiert, die Sexualität problematisch wird und man braucht immer mehr Pornographie, um sich zu stimulieren. Es ist also eine komplette Zerstörung des Menschen!

2. Die Zerstörung durch Pornographie ist die Zerstörung der sozialen Kontakte. Wie könnten wir uns vorstellen, daß jemand, der dauerhaft pornographische Inhalte konsumiert, nicht denken wird, daß die Frau nicht mehr eine Frau ist, sondern ein Lustobjekt - ein Objekt, das man als Mann verbrauchen kann.

Und wie könnte man sich vorstellen, dieselbe Sache auf Frauen übertragen, die sich der Pornographie hingeben. Die Pornographie zerstört soziale Beziehungen. Außerdem sperren sich für gewöhnlich Menschen, die sich der Pornographie hingeben, zu Hause ein. Der zweite Aspekt ist das soziale Desaster.

3. Der dritte Punkt ist das familiäre Desaster. Wie könnte man sich vorstellen, daß während in einem Haushalt der Herr pornographische Inhalte konsumiert, daß die Dame des Hauses das akzeptiert. Und umgekehrt genauso. Was dazu führt, daß Pornographie eines der Hauptgründe für Scheidungen heutzutage ist. Hier sieht man deutlich, daß Pornographie nicht nur die Person tötet, sondern auch die sozialen Beziehungen.

In unserer Organisation haben wir erschreckende Zeugnisse von Leuten, die sich eingesperrt haben durch Pornographie und die uns berichten, daß sie von sich selber behaupten würden, daß sie tot sind. Die Pornographie ist wie der Tod eines Menschen. "Die Pornographie ist eine absolute Tragödie. Sie ist heute ein Monster. Sie ist eine riesige Industrie, die Vermögen einbringt. Auf der moralischen Ebene ist sie ein außergewöhnliches Mittel zur Zerstörung der Gesellschaft." <<

27.12.2019

BRD: Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet am 27. Dezember 2019 (x1.113/...): >>>Das Rätsel der zwei verschiedenen Geburtsgeschichten Jesu*

Das Fest der Geburt Jesu ist fester Bestandteil des Jahreslaufs im öffentlichen Leben, aber es ist vielfach zu einer kitschigen Geschenk- und Konsumorgie veräußerlicht. Immer weniger Menschen können seinen eigentlichen spirituellen Sinn noch erfassen und halten nur aus Tradition in Form eines großen Familientreffens daran fest. Dabei birgt Weihnachten noch tiefe Menschheits-Geheimnisse, die dem allgemeinen Bewußtsein verloren gegangen sind. Nur durch eine vertiefte Erkenntnis wird es möglich sein, die große Bedeutung des Weihnachtsfestes für das menschliche Gemüt zurückzugewinnen.

Doch schon die überlieferten Evangelien bieten der suchenden Erkenntnis mehr Nahrung und Perspektiven, als gewöhnlich ausgeschöpft wird. Man sollte halt nicht nur den tradierten Interpretationen folgen, die von den zerfallenden Kirchen vorgegeben sind, sondern selber denken.

Jesus Christus

ist nach christlicher Überlieferung mehr als ein großer Mensch. Er ist der Sohn Gottes, also selber ein hohes Gotteswesen, das aus Liebe irdische Menschengestalt angenommen hat, um der Menschheit Kräfte zu bringen, die sie aus Sünde und auswegloser Verstrickung in die irdische Welt erlösen können. Dies kommt in dem Doppelnamen Jesus, des Menschen aus Nazareth, und Christus, des göttlichen Messias, zum Ausdruck.

Vier Evangelien berichten von seinem Erdenleben. Es fällt auf, daß zwei von ihnen, das Lukas- und das Matthäus-Evangelium, mit der Geburt des Jesusknaben beginnen, über sein Leben nach der frühen Kindheit aber schweigen und dann ausführlich sein Leben von seiner im 30. Lebensjahr stattfindenden Taufe im Jordan an bis zu Tod und Auferstehung schildern.

Das Markus- und das Johannes-Evangelium sagen über Geburt und Kindheit gar nichts, sondern setzen gleich mit der Taufe des dreißigjährigen Jesus ein und schildern nur Ereignisse

seines dann noch etwa drei Jahre dauernden Lebens.

Das Wesentliche des Lebens und Wirkens Jesu Christi hat sich also für alle vier Evangelisten in den letzten dreieinhalb Jahren von der Taufe an abgespielt. Wenn man sich die Frage stellt, wann sich Christus, das Gotteswesen, in Jesus verkörpert hat, um aus seinem Leibe heraus als Mensch gewordener Gott auf Erden zu wirken, dann legt daher die ganze Komposition der vier Evangelien nicht den Zeitpunkt der Geburt, sondern den der Taufe im Jordan durch Johannes den Täufer nahe. Bis dahin hat es sich danach noch nicht um das Leben des Jesus-Christus, sondern nur um das Leben des zwar bedeutenden, aber eben doch nur des Menschen Jesus gehandelt.

Dafür spricht auch die Taufszene selbst, die Matthäus, Markus und Lukas nahezu übereinstimmend so beschreiben:

"Und da Jesus getauft war, stieg er alsbald herauf aus dem Wasser. Und siehe, da tat sich der Himmel auf, und er sah den Geist Gottes wie eine Taube herabfahren und über ihn kommen. Und siehe, eine Stimme vom Himmel herab sprach: Dies ist mein lieber Sohn, an welchem ich Wohlgefallen habe." (Matthäus 3; 16, 17 nach Luther) Eine andere Übersetzung des letzten Satzes lautet: "in ihm will ich mich offenbaren." Bei Johannes (1; 32-34) heißt es:

"Und Johannes (der Täufer) zeugte und sprach: Ich sah, daß der Geist herabfuhr wie eine Taube vom Himmel und blieb auf ihm. Und ich kannte ihn nicht; aber der mich sandte, zu taufen mit Wasser, der sprach zu mir: Auf welchen du sehen wirst den Geist herabfahren und auf ihm bleiben, der ist's, der mit dem heiligen Geist tauft. Und ich sah es und zeugte, daß dieser ist Gottes Sohn." Und Lukas fügt noch hinzu (3; 23): "Und Jesus war, als er anfang, etwa dreißig Jahre alt und wurde gehalten für einen Sohn Josephs, der war ein Sohn Elis. ..."

Also jetzt, wo der Christus, der Sohn Gottes, in Seele und Leib des Jesus von Nazareth eingezogen war, fing erst die Wirksamkeit des Jesus-Christus an; aber die Menschen wußten natürlich nicht, was sich mit Jesus ereignet hatte, und hielten ihn weiterhin nur für den Menschen Jesus, den Sohn Josephs.

Taufe Jesu

Bis in das 4. Jahrhundert hinein feierten die Christen Weihnachten auch nur am 6. Januar als das Fest der "Epiphania", der Erscheinung des göttlichen Christus im Menschen Jesus. Dann wurde dieses übersinnliche Ereignis nicht mehr recht verstanden und im Jahre 354 (nach Wikipedia 432) erstmals das Weihnachtsfest auf den 25. Dezember als Fest der Geburt Jesu verlegt und alle vorhandenen Gefühle für den göttlichen Erlöser damit verbunden. An die Stelle der nicht mehr begriffenen Geistgeburt des Gottes im Menschen Jesus trat die physische Geburt des Jesus, des Christophorus, des späteren Christusträgers.

Die Kindheitsgeschichten Jesu

Diese genauere Betrachtung wirft die gewohnte Vorstellung vom Christus, der schon als Kind mit der Geburt zur Erde gekommenen sei, über den Haufen. Und wir fragen uns bestürzt, was es denn dann mit dem Jesus auf sich hat, dessen Geburt wir zu Weihnachten feiern. Doch an der Größe und Erhabenheit dieses Festes, das die Geburt des Christkinds, des für den Christus bestimmten Kindes, feiert, ändert sich dadurch nichts. Es mußte ja ein ganz besonderer Mensch sein, sozusagen die Blüte der ganzen bisherigen Menschheitsentwicklung, die allein geeignet war, den Sohn Gottes in sich aufzunehmen.

Warum gibt es aber nun zwei verschiedene Geburtserzählungen, eine im Matthäus- und eine im Lukas-Evangelium? Für das allgemeine Bewußtsein der Christenheit gelten sie als die Schilderungen verschiedener aufeinander folgender Ereignisse um das eine Jesuskind, das einmal von den Hirten und etwas später von den Heiligen drei Königen angebetet wird. Wenn wir die beiden Evangelien jedoch genauer ins Auge fassen, bemerken wir Unterschiede, die sich nicht auf ein und dieselbe Familie beziehen können. So führen beide die Ahnen Josephs an, deren Namen völlig voneinander abweichen.

Bei Matthäus gehen sie von Joseph über Matthan Jakob, Eleasar Matthan, Eljud Eleasar usw. bis zu König Salomo, dem Sohn König Davids, dann weiter bis zu Abraham; bei Lukas über Eli, Melchi, Matthatias usw. bis zu dem Priester Nathan, einem anderen Sohn König Davids. Von David bis hinauf zu Abraham stimmen die Namen dann in beiden Evangelien überein, Lukas führt die Liste nur noch weiter bis zu Adam.

Joseph und Jesus bei Matthäus stammen also von König Salomo ab, Joseph und Jesus bei Lukas von dessen Bruder, dem Priester Nathan. Nimmt man die Evangelien ernst, kann es sich nicht um dieselbe Familie, sondern es muß sich um zwei verschiedene Familien handeln. Sie haben zwar alle dieselben Namen Maria, Joseph und Jesus; das war aber nicht ungewöhnlich, da diese Namen damals weit verbreitet waren.

Die Familie bei Lukas wohnte in Nazareth in Galiläa und mußte wegen der Volkszählung nach Bethlehem reisen, wo Jesus in einem Stall geboren wird. Bei Matthäus wohnt die Familie offenbar in Bethlehem. Denn die Heiligen Könige "gingen in das Haus", wie es ausdrücklich heißt, in dem sie das Kindlein fanden. Von einem Stall ist da nirgends die Rede.

Die von Matthäus geschilderte Familie des von König Salomo abstammenden Jesus mußte nach Ägypten fliehen, da sein Leben bedroht war.

Der unrechtmäßige König Herodes fürchtete, nachdem ihm die Heiligen drei Könige vom neugeborenen König der Juden gesprochen hatten, um seinen Thron und ließ alle Kinder bis zu zwei Jahren in Bethlehem und Umgebung töten. Das Geschehen ist hier von großer Dramatik durchzogen. Bei Lukas ist demgegenüber alles in einen heiligen Frieden getaucht. Zu der aus Nazareth nach Bethlehem gereisten Familie kommen die Hirten zur Anbetung des Knaben.

Die Eltern lassen ihn acht Tage nach der Geburt beschneiden und tragen ihn nach Ablauf der Reinigungstage, die traditionell 40 Tage dauerten, zur Darbringung in den Tempel nach Jerusalem. Darauf ziehen sie in aller Ruhe - nicht nach Ägypten - sondern in ihre Heimat Nazareth zurück.

Das bedeutete ja, daß inzwischen die tödliche Gefahr für die kleinen Kinder vorüber gewesen sein muß, weil Herodes gestorben war. Folglich muß der von Nathan abstammende Jesus des Lukas-Evangeliums, das in der Komposition des Neuen Testaments auch nach dem Matthäus-Evangelium folgt, einige Zeit später geboren sein als der salomonische Jesusknabe.

Natürlich tritt hier die große Frage auf, was es mit zwei Jesusknaben auf sich hat, wie sie sich voneinander unterscheiden und welcher denn der rechte ist. Denn einer nur kann es ja schließlich sein, in den der Christus bei der Taufe einzieht. Wozu aber ist dann der andere da? Beginnen wir mit den Unterschieden ihres Wesens, denn sie führen uns auch zu ihren unterschiedlichen Aufgaben.

Wesens-Unterschiede der beiden Jesusknaben

In den Evangelien selbst steht nur bei Lukas etwas direkt Charakterisierendes über den von Nathan abstammenden Jesusknaben. Nach der Heimkehr "in ihre Stadt Nazareth" heißt es (in der Übertragung von Emil Bock, der die von Luther für nicht ganz zutreffend hält): "Und das Kind wuchs heran, in seiner geistdurchdrungenen Seele reifend, göttliche Anmut ruhte auf ihm." Mehr findet man in den "apokryphen Evangelien", die nicht in den Kontext der Bibel aufgenommen wurden, wie das Arabische Kindheits-Evangelium, das Pseudo-Matthäus-Evangelium, das Jakobus- und das Thomas-Evangelium.

Dort wird er in vielen Erzählungen bildhaft als ein verträumtes Kind von einer wundersam unschuldigen Reinheit und unbegrenzten Liebefähigkeit beschrieben, die alle Wesen, welche in seine Nähe kamen, als elementar wohltuend erlebten. Kranke Menschen, die ihn oder Gegenstände von ihm berührten, wurden geheilt, wilde Tiere zahm und folgsam.

An äußerer Weisheit wenig interessiert, besaß er eine außerordentlich Gemüts- und Gefühlstiefe. Frische Lebenskräfte strömten von ihm aus, die auf alles übergingen, das sich ihm nahte.

In seiner engelhaften paradiesischen Güte und Liebe muß er wie ein noch ganz von überirdischer Anmut erfüllter Mensch vor dem Sündenfall gewirkt haben.

In den genannten Urkunden sind unter die Legenden auch solche gemischt, die das Jesuskind ganz anders charakterisieren, so daß es sich um einen anderen Knaben, also den salomonischen Jesus handeln muß. Er zeigte sich schon früh als ein hellwaches, außerordentlich begabtes und lernbegieriges Kind. Der Vater bemühte sich, ihn zu den besten und fähigsten Lehrern zu bringen. Doch bei keinem blieb er lange, da er sie schnell an Klugheit und Weisheit weit übertraf.

Bei einem Lehrer sah er einmal "ein Buch auf dem Lesepult liegen, und er nahm es, las aber nicht die Buchstaben, die drin waren, sondern tat seinem Mund auf und redete voll Heiligen Geistes und lehrte die Umstehenden das Gesetz. Eine große Menge aber strömte zusammen, sie standen dabei und hörten ihm zu, und sie wunderten sich über die Schönheit seiner Lehre und die Wohlgesetztheit seiner Worte, daß er, obwohl er ein unmündiges Kind war, derartig sich äußerte."

Im Pseudo-Matthäus-Evangelium wird die Szene ähnlich beschrieben:

"Als Jesus aber in die Schule eingetreten war, nahm er, geleitet vom Heiligen Geiste, dem Lehrer, der gerade über die Gesetzesvorschriften vortrug, das Buch aus der Hand und begann vor den Augen und Ohren des ganzen Volkes zu lesen. Aber er las nicht, was in dem Buche der Schriftgelehrten geschrieben stand. Sondern vom lebendig strömenden Gottesgeist erfüllt sprach er, als ob aus einer lebendigen Quelle ein machtvoller Wasserstrom entspränge. ...

So lehrte er das Volk mit Weltenschöpfermacht die Wunderfülle der lebensdurchpulsten Gotteswelt, so daß selbst der Lehrer in Anbetung vor ihm zur Erde fiel. Die Herzen des Volkes, das sich gelagert hatte und ihn solche Worte sprechen hörte, wurden von starrem Staunen ergriffen."

In einer anderen Erzählung bringt ein Lehrer dem Vater Joseph den Knaben mit den Worten zurück, er sei schon ein Meister, ihn könne er nichts mehr lehren.

Zahlreiche Maler des Mittelalters und der Renaissance hatten offensichtlich ein Bewußtsein von zwei verschiedenen Jesus-Knaben. So wird die Anbetung der Hirten vielfach mit einem verträumt auf dem Schoß Marias, auf dem Boden oder in der Krippe liegenden Jesuskind gezeigt. ...

Den Heiligen drei Königen dagegen, die zum salomonischen Jesusknaben kommen, schaut ein zumeist aufrecht sitzender, wacher Jesusknabe aufmerksam und nicht selten mit segnender Gebärde entgegen. ...

Zwei Jesus-Knaben in Nazareth

Als Herodes gestorben war, gab ein Engel - so berichtet das Matthäus-Evangelium - dem Joseph in Ägypten die Weisung, nach Israel zurückzukehren. Joseph befürchtete dort auch von dem neuen König Archelaos, dem Sohn des Herodes, eine Gefahr für das Kind, und zog nach einer weiteren göttlichen Offenbarung nicht nach Bethlehem zurück, sondern nach Galiläa, wo er in Nazareth Wohnung nahm.

So wohnten nun beide Familien, die des nathanischen Jesus und die des salomonischen Jesus, im selben Ort. Nazareth war nicht groß, so daß sich beide Familien sicher schnell kennengelernt haben. Irgendwelche Überlieferungen darüber sind bisher noch nicht aufgetaucht.

Doch gibt es Gemälde, auf denen zwei heilige Familien zusammen abgebildet sind, z.B. eines, das dem flämischen Maler Bernart van Orley, einem Schüler Raphaels, zugeschrieben wird. Ein auf dem Schoß einer jungen Madonna halb liegender Knabe schaut verträumt nach rechts in die Ferne, mit dem linken Arm dem 15 Monate älteren Johannes dem Täufer zugewendet, und zu Füßen einer älteren Frau sitzt ein zweiter heiliger Knabe, der in einer Schriftrolle schreibt und zu dem anderen Jesus nachdenklich aufblickt. ...

Raphael selbst malte eine Maria (Madonna del Duca di Terranuova) mit einem ebenfalls halb

liegenden Knaben auf ihrem Schoß, der sich liebevoll dem rechts stehenden Johannes zuwendet, der voller Hingabe zu ihm aufschaut. Links steht ein weiterer heiliger Knabe mit einem Aurenreif über dem Haupt, der mit wachem, ernstem Gesicht zu Maria schaut, die ihn mit der linken Hand noch etwas zurückzuhalten scheint. ...

Der 12-jährige Jesus im Tempel

Von den Evangelisten schildert nun nur noch Lukas eine Begebenheit aus der späteren Kindheit, die geheimnisvolle Szene des 12-jährigen Jesus im Tempel von Jerusalem. Wenn man nicht mit oberflächlichen Gedanken göttlichen Wunders darüber hinweggeht, bleibt das große Rätsel bestehen: Woher kam diese plötzliche ungeheure Verwandlung des nathanischen Jesus-Knaben, die sich dort abgespielt hat und die für seine Eltern völlig unbegreiflich war?

Die Eltern hatten ihn auf der Rückreise vom Osterfest auf einmal vermißt, waren umgekehrt und fanden ihn nach drei Tagen schmerzvollen Suchens endlich im Tempel. Er saß inmitten der Lehrer, der Schriftgelehrten, in gelehrte Gespräche mit ihnen vertieft.

Sie erlebten mit, wie die Weisen Jerusalems und alle Umstehenden nicht genug über die Fülle von Wissen und Weisheit staunen konnten, die in den Fragen und erst recht in den Antworten des Knaben zum Vorschein kam. Und die Eltern selbst erschraken und erkannten ihren Sohn nicht wieder. Denn solch Wissensfülle und Weisheit hatte ihr verträumtes, nur von innerlicher Liebe und Güte überfließendes Kind nie gehabt.

Stünde die Szene im Matthäus-Evangelium, wäre sie nicht weiter erstaunlich, denn ähnliches ist ja in den apokryphen Schriften vom salomonischen Jesus viel berichtet worden. Es war also, als ob das Ich des salomonischen Jesus in den nathanischen Jesus hinüber gegangen war und plötzlich aus ihm sprach. So etwas mußte sich abgespielt haben. Das ist ungewöhnlich, findet aber offenbar immer mal statt.

1954 erkrankte z.B. in dem indischen Dorf Rasulpur der Knabe Jasbir an Pocken und schien gestorben zu sein. Einige Stunden später gab er aber wieder Lebenszeichen von sich und das Bewußtsein kam allmählich zurück. Der Junge war aber ganz verändert, er drückte sich in der Redeweise der höheren Bramahnenkaste aus und behauptete, Sobha Ram aus dem 35 km entfernten Dorf Vehedi zu sein. Obwohl Jasbir und seine Familie niemals dort gewesen waren, schilderte er genau seine dortigen Lebensverhältnisse.

Er habe vor kurzem vergiftetes Konfekt gegessen und sei daran gestorben. Angehörige Sobha Rams kamen nach Rasulpur, und der Knabe "Jasbir" erkannte sie alle und machte völlig richtige Angaben über den Grad ihrer Verwandtschaft mit Sobha Ram. Er fuhr selbst später alleine nach Vehedi, fand sofort den Weg zum Haus der Familie Sobha Rams und identifizierte detailliert alle Familienmitglieder. Der Fall wurde von dem US-Medizinprofessor Stevenson 1961 und 1964 vor Ort überprüft und bestätigt.

Die von dem Evangelisten Lukas bewußt so geschilderte Szene von dem total verwandelten nathanischen Jesus legt also nahe, daß der salomonische Jesus nun in Leib und Seele des nathanischen Jesus lebte. Sein verlassener eigener Leib müßte danach rasch gestorben sein.

Frappierend ist nun, daß es in der Malerei eine ganze Reihe von Bildern der Szene des 12-jährigen Jesus im Tempel gibt, auf denen ein zweiter heiliger Knabe meist im Hintergrund zu sehen ist, der mit hingebungsvollem Antlitz zu dem Jesus in der Mitte blickt oder sich traurig abwendet. Das eindrucksvollste Bild, das von Borgognone stammt und in Mailand hängt, zeigt in der Mitte thronend den in blühender Jugendlichkeit redenden Jesus.

Vorne rechts von ihm sieht man in voller Größe einen gleich aussehenden und gleichgewandeten Knaben, der sich mit Abschied nehmender Geste und schmalem, fahlem Gesicht zum Gehen wendet. Jesus in der Mitte blickt ihm ernst nach, wie auch die Aufmerksamkeit einiger Priester auf ihn gelenkt wird. ...

Das Ganze verstärkt sich noch dadurch, daß sowohl in den 1947-1956 in der Wüste Juda entdeckten Schriftrollen von Qumran, die von dem jüdischen Essener-Orden (250 v. Chr. - 70 n.

Chr.) stammen, als auch in apokryphen Schriften merkwürdigerweise vielfach von zwei zu erwartenden, verschiedenen Messias-Gestalten die Rede ist: einem priesterlichen und einem königlichen. Und im Thomas-Evangelium z.B. weist der (ja noch unerkannte) Christus selbst auf die Lösung der Zweifelsfrage hin: "Auf die Frage der Salome, wann das Reich Gottes kommen werde, antwortete der Herr: Wenn die zwei eins werden und das Auswendige wie das Inwendige."

Es drängt sich also der Eindruck auf, daß zwei ganz verschiedene Menschen, eine wie paradiesisch reine, von großer liebevoller Innigkeit erfüllte Persönlichkeit und eine andere mit großer Erkenntniskraft und Weisheitsfülle ausgestattet, ausersehen waren, nacheinander den Leib und die Seele desjenigen Menschen aufzubauen und vorzubereiten, der das bestmögliche irdische Instrument für das göttliche Christuswesen abgeben konnte. Es konnte wohl nur ein Mensch der Träger des Christus sein, der zugleich ganz reines Kind und vollendeter Weiser war.

"Die Welt ist tief und tiefer als der Tag gedacht."<<

28.12.2019

BRD: Das Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtet am 28. Dezember 2019:

>>AKW im Ländle geht an Silvester vom Netz - wo jetzt der Ersatz-Strom herkommt

Das Atomkraftwerk Philippsburg 2 in Baden-Württemberg geht an Silvester vom Netz. Damit fehlen 13 Prozent des Stroms im Ländle. Woher kommt nun Ersatz?

Der Betreiber EnBW nutzt die Frist bis zum letzten Tag. So wird der Reaktor Philippsburg 2 erst am Silvestertag gegen 19 Uhr vom Netz gehen. Gesetzlich vorgeschrieben ist die Abschaltung des vorletzten noch arbeitenden Atomkraftwerks in Baden-Württemberg bis Mitternacht.

2020 startet dann der Rückbau des AKW. Die bereits stillgelegten Reaktoren Obrigheim, Philippsburg 1 und Neckarwestheim 1 werden schon seit Jahren zurückgebaut.

Der grüne Umweltminister Franz Untersteller beteuert, daß auch ohne den nun abzuschaltenden Meiler die Versorgung in seinem Bundesland sicher sei. Eine Herausforderung: Fällt jener Block 2 weg, fehlen über Nacht 13 Prozent des Stroms im Ländle. Der Ersatz gelinge "durch einen Maßnahmenmix aus Stromimport, Erzeugung durch erneuerbare Energien und Netzausbau."

"Sind überzeugt, daß wir noch eine gewisse Zeit Kohlekraftwerke brauchen"

Doch woher importiert der Südwesten nun seinen Strom? Wegen der Abschaltung werde verstärkt auf Importe aus anderen Regionen Deutschlands und aus dem benachbarten Ausland zurückgegriffen, sagte Hans-Josef Zimmer aus dem Vorstand des Energieversorgers EnBW diese Woche der "Stuttgarter Zeitung". "Unsere Handelsabteilung hat schon vor langer Zeit begonnen, Vorsorge zu treffen, damit EnBW den Kunden die benötigte Strommenge liefern kann." Den genauen Strommix legt der Versorger dabei nicht offen.

Daß nicht alles öko ist, was den fehlenden Atomstrom ersetzt, ist indes klar: "Wir sind überzeugt, daß wir noch eine gewisse Zeit auch Kohlekraftwerke und mittelfristig Gaskraftwerke brauchen, um zuverlässig jeden Tag 24 Stunden lang Elektrizität liefern zu können", erklärt Zimmer den "Stuttgarter Nachrichten" weiter.

Die staatlich beauftragte Studie "Versorgungssicherheit in Süddeutschland bis 2025 - sichere Nachfragedeckung auch in Extremsituationen?" kam schon früher im Jahr zu dem Schluß, daß Deutschland in deutlichem Umfang auf Importe aus Nachbarländern angewiesen sein werde. "Ob die Nachbarländer die von Deutschland benötigten Erzeugungsleistungen zur Verfügung stellen können und werden, wurde in der Untersuchung nicht überprüft", zitiert der SWR aus der Studie.

Derzeit stammen rund 72 Prozent des französischen Stroms aus Kernkraftwerken

Insgesamt beurteile die Studie die Versorgungssituation optimistischer als Vorgängerstudien.

Vor allem aus einem Grund: Insbesondere in Frankreich und in Polen würden Kern- und Kohlekraftwerke länger laufen als geplant.

Derzeit stammen rund 72 Prozent des französischen Stroms aus Kernkraftwerken. Zu den größten Importeuren gehört Deutschland. Und Frankreich setzt weiter auf Atomstrom, plant den Bau sechs neuer AKW.

Insgesamt exportiert Deutschland seit 2002 durchgehend jedes Jahr mehr Strom, als es aus dem Ausland bezieht. Vergangenes Jahr waren es nach Angaben der Bundesnetzagentur etwa 51,5 Terawattstunden, von 650 Terawattstunden, die netto ins Ausland flossen, rund zehn Prozent der gesamten deutschen Stromerzeugung.

Daß Deutschland weit mehr Strom produziert als es verbraucht, liegt daran, daß seit Jahren die erneuerbaren Energien ausgebaut werden, alte Kohle- oder Kernkraftwerke aber nicht in demselben Maße stillgelegt werden. Das wird sich spätestens ab 2023 ändern, wenn alle Atommeiler vom Netz gehen. Weil gleichzeitig auch am Kohleausstieg gearbeitet wird, könnte Deutschland bald sogar zum Nettoimporteur werden. Baden-Württemberg bezieht jetzt schon mehr Strom von außen, als es selbst erzeugt. Nach dem Ende von Philippsburg wird der bei etwa 14 Prozent liegende Import-Anteil steigen.

Frankreich hatte 2018 die Nase vorn

Bisher kommen Deutschlands Stromimporte überwiegend aus den Nachbarländern. Frankreich hatte 2018 mit 10,1 Terawattstunden (TWh) die Nase vorn und war damit das einzige Land, das mehr Strom nach Deutschland lieferte als es von dort einkaufte.

Bewahrt das Ländle also französische Kernkraft vor möglichen Blackouts? Nicht allein! Elektrizität werde, wie die "Stuttgarter Zeitung" berichtet, "je nach Lage" aus der Lausitz, dem Rheinland, aus der Schweiz, Österreich oder Frankreich eingekauft. "In einer Kältephase können wir von dort keine einzige Kilowattstunde bekommen", sagte EnBW-Mann Zimmer der "Stuttgarter Zeitung" weiter. Weil die Nachbarn im Westen mit Strom heizen, benötigen sie ihren Strom dann selbst.

Die Bundesregierung hatte den beschleunigten Atomausstieg nach der Erdbebenkatastrophe im japanischen Fukushima im Jahr 2011 beschlossen. Demnach sollen bis Ende 2022 alle Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet sein. Vor einem Jahr wurde auch der Kohleausstieg fixiert, der 2038 abgeschlossen sein soll.

Und die Aufgaben, die Energiewende mit einer wirklich positiven Öko-Bilanz zu meistern, wird auch im Südwesten nicht geringer: Dort läuft nun nur noch Neckarwestheim 2 im Kreis Heilbronn. Dieser Meiler geht Ende 2022 vom Netz.<<

2019

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2019 im COMPACT-Spezial Nr. 24 (x346/48): >>Das Sündenregister des BND

_ von Karel Meissner

Der Bundesnachrichtendienst steht seit seiner Gründung immer wieder im Zentrum von Skandalen. Nachfolgend sind die bekanntesten Fälle dokumentiert.

Der Fall Vera Brühne

Am 19. April 1960 wurden der BND-Informant Otto Praun und seine Haushälterin ermordet aufgefunden. Verurteilt wurde deswegen 1962 die "Lebedame" Vera Brühne. Am 6. September 1969 enthüllte jedoch die Bild-Zeitung: "Brühne-Mord war Geheimdienst-Arbeit!" Ein Ex-Agent des BND habe eingeräumt, daß er Praun in Begleitung zweier Bundeswehroffiziere besucht und erschossen habe.

Die Guillaume-Affäre

Am 7. Mai 1974 mußte Willy Brandt (SPD) als Regierungschef zurücktreten, nachdem sein Kanzleramtsmitarbeiter Günter Guillaume als Stasi-Spitzel enttarnt worden war. Die Geheimdienstexperten Regine Igel geht davon aus, "daß die westdeutschen Geheimdienste ... schon

lange über die Rolle Guillaumes Bescheid wußten, jedoch zögerten, seine Doppelrolle auffliegen zu lassen, um zum richtigen Zeitpunkt die Wirkung des Rücktritts (von Brandt) zu erzielen".

Der Tod von Uwe Barschel

Am 11. Oktober 1987 wurde der kurz zuvor zurückgetretene schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU) tot im Genfer Hotel Beau-Rivage aufgefunden.

Wurde Barschel als Mitwisser geheimer Waffengeschäfte zwischen den USA, Israel und dem Iran (Iran-Contra-Affäre) ermordet? Udo Ulfkotte schrieb in seinem Buch Verschlusssache BND, daß sich nach Angaben eines ranghohen Bonner Beamten in der Todesnacht mindestens ein BND-Mitarbeiter der Abteilung I (Operative Aufklärung) im selben Hotel aufgehalten habe. Der BND dementierte.

Erwiesen ist auf jeden Fall, daß der Privatagent Werner Mauss damals im Nebenhotel des Beau-Rivage wohnte. Dieser bestritt jeden Zusammenhang.

Die Juretzko-Affäre

Der BND-Agent Norbert Juretzko war an der Reaktivierung von Gladio in Deutschland beteiligt. Die Schwierigkeiten für ihn begannen, als er einen Fall von Landesverrat innerhalb des BND aufdeckte - und zwar zugunsten der verbündeten Briten. "Das Doppelspiel mit MI6" (Juretzko) führte zu einem Machtkampf im BND - und zwar zwischen der Gladio-Fraktion um Volker Foertsch und BND-Chef Konrad Porzner, einem Sozialdemokraten, der schließlich zurücktreten mußte. Juretzko packte 2004 in seinem Buch Bedingt dienstbereit aus.

Der Irak-Verrat

Der BND gab Ende 2002 Aussagen des irakischen Überläufers Curveball über angebliche Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins nach Washington weiter, wo sie in die Propaganda der Bush-Regierung einfließen. Obwohl der Informant seine Lügen später eingestand, blieb er weiter in den Diensten des BND, bekam eine neue Identität und die deutsche Staatsbürgerschaft.

Nach Kriegsbeginn 2003 spielten zudem zwei BND-Agenten in Bagdad eine verheerende Rolle: Sie haben, so ein Bericht der Bundesregierung, "mehr als 130 Meldungen" an die BND-Zentrale geschickt, von denen Pullach "sieben Koordinaten enthaltende Berichte an die US-Seite übermittelte". Dabei handelte es sich um Zielkoordinaten für Luftschläge. Außerdem sollen die beiden Agenten einen geheimen Verteidigungsplan der irakischen Armee an die US-Streitkräfte weitergegeben haben.

Zu dieser Zeit hatte die CIA keine eigenen Leute in Bagdad. Die Kooperation verstieß gegen "eine klare und eindeutige Auftrags- und Weisungslage" der Bundesregierung an den BND, die US-Kriegführung nicht zu unterstützen. Teile des Geheimdienstes hatten diese Direktive jedoch wissentlich ignoriert.

Die Gladio-Fortsetzung

Anfang Februar 2013 wurde nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Heidelberg die sogenannte Verbindungsstelle 61 des BND in Mainz enttarnt, die, so der Spiegel, "selbst innerhalb der Behörde nur wenigen bekannt ist und deren Existenz ... zunächst geleugnet wurde". Laut Insidern habe die Abteilung "die Aufgabe, Kontakt zu ausländischen Streitkräften und zur nahe gelegenen Außenstelle der CIA in Wiesbaden zu halten".

Der langjährige Leiter der Verbindungsstelle 61, Joachim von S., stand "unter dem Verdacht der Bildung einer bewaffneten Gruppe und des Verstoßes gegen das Waffengesetz" (Spiegel Online, 8.2.2013). Das riecht nach Gladio - ebenso wie die Einstellung der Ermittlungen.<<

Die deutsche AfD-Politikerin Alice Weidel berichtet im Jahre 2019 in ihrem Buch "WIDERWORTE. Gedanken über Deutschland" (x362/9-13): >>Unser Verhältnis zu Freiheit, Eigentum und Recht

Auf die Bürger kommt es an

Bürger - ein stolzes Wort. Denn der bürgerliche Mensch ist Rückgrat und Bollwerk der Republik: Er übernimmt Verantwortung für sich selbst und für andere, ohne die Zuständigkeit auf anonyme Instanzen abzuwälzen. Er fragt zuerst, was er für das Gemeinwesen tun kann, statt darauf zu warten, daß die Allgemeinheit etwas für ihn tun soll. Er hält die Familie hoch, als kleinste Zelle des Gemeinwesens und als Ort der Unabhängigkeit und der freien Rede, und verbittet sich jede übergriffige Einmischung von oben.

Er ist kein Befehlsempfänger und kein Mitläufer; Autorität, die er anerkennt, überzeugt durch Vorbild und Leistung. Freiheit ist für den Bürger nicht die Lizenz zum ungehemmten, rücksichtslosen Egoismus, sondern der notwendige Freiraum, um seine Verantwortung wahrzunehmen und eigene Entscheidungen zu treffen. In diesem Sinne bin ich ein bürgerlicher Mensch und ich bin stolz darauf. In linksgrünen Kreisen ist es Mode geworden, sich selbst für "bürgerlich" zu halten, nachdem man sich in der einst verachteten "bürgerlichen Gesellschaft" inzwischen behaglich eingerichtet hat.

Was für ein Etikettenschwindel! "Links" und "bürgerlich" gehen nämlich nicht zusammen. Entweder man ist links und kollektivistisch eingestellt, oder man ist Bürger und liebt die Freiheit, die republikanische Freiheit vor der Übergriffigkeit eines sich in sämtliche private Lebensbereiche einmischenden Staates.

Die Freiheit ist der große Gedanke, der den bürgerlichen Menschen antreibt. Freiheit ist der Motor der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen, der geistigen und kulturellen Weiterentwicklung. Seine Grenzen findet der Freiheitsdrang des Einzelnen in der Freiheit der anderen. Der Staat ist daher der natürliche und ewige Widerpart der Freiheit. Denn ohne gesellschaftliche und staatliche Ordnung und Organisation kann der Mensch, das soziale Wesen, das "Zoon politikon" des Aristoteles, nicht auskommen.

Er braucht die Gesellschaft anderer, um sich geistig, kulturell und wirtschaftlich zu entfalten, und diese Gesellschaft will organisiert sein. Denn der Mensch ist zugleich Mängelwesen. Gerade weil die Evolution ihn nicht auf eine bestimmte, eng umgrenzte ökologische Nische festgelegt hat und er sich auch an den widrigsten Lebensraum anpassen kann, bedarf er der Institutionen, die seine äußeren Lebensumstände ordnen und stabilisieren und ihm den Austausch mit anderen, den "Markt", erst ermöglichen.

John Locke, einer der Gründerväter des neuzeitlichen Liberalismus, definiert Leben, Freiheit und Eigentum als die unveräußerlichen Grundrechte des Menschen. Das Ringen um die Ordnung des Zusammenlebens, die dem Wesen des Menschen am besten gerecht wird, ist das Ringen um einen Staat, der diese unveräußerlichen Grundrechte gewährleistet. Und zwar nicht als huldvoll von oben herab gewährte Gnadenrechte, sondern als unumstößliche Grundlagen und Bedingungen, unter denen die Bürger bereit sind, staatlichen Institutionen Macht und Gewalt auf Zeit zu übertragen.

Der freiheitliche Staat ist deshalb der Staat, dem die Bürger zugleich einen Vertrauensvorschuß einräumen und ihm jederzeit wachsam mißtrauen. Ein Staat, über dessen Handeln die Bürger maximale Mitsprache und Kontrolle ausüben können. Die wirksamste Kontrolle ist die Kontrolle durch Wahlen und Abstimmungen - am effektivsten durch Volksabstimmungen -, durch die Ämter und Befugnisse samt den Mitteln zu ihrer Erfüllung übertragen und auch wieder zurückgenommen werden.

Deshalb ist der freiheitliche Staat zugleich ein Staat, in dem die Macht bei Gewählten liegt, die sie auf Zeit ausüben, und nicht bei Bürokratien. Diese haben nämlich zu allen Zeiten die Tendenz, sich zu verselbstständigen, ihre indirekte Macht auf Kosten des Souveräns und Steuerzahlers zu erweitern und seiner Kontrolle zu entziehen und damit Lobbyismus und Korruption Tür und Tor zu öffnen.

Die Deutschen und die Freiheit

Uns Deutschen wird oft ein gestörtes Verhältnis zur Freiheit und mangelhaft ausgeprägte

Freiheitsliebe nachgesagt. Der Vorwurf besteht zu Unrecht - und zu Recht. Zu Unrecht, weil die deutsche Nation eine lange und eindrucksvolle Freiheitsgeschichte hat, die sich vor denen anderer Nationen nicht zu verstecken braucht.

In der modernen Geschichte beginnt die deutsche Freiheitserzählung mit den Denkern und Vorkämpfern der Aufklärung und des Idealismus, mit Immanuel Kant und Friedrich Schiller, um nur zwei von ihnen zu nennen. Sie hatte ihre große Stunde in den Befreiungskriegen gegen die napoleonische Fremdherrschaft, der Geburtsstunde der deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung. Ihre Farben Schwarz-Rot-Gold, die Farben des Freikorps Lützow und der Burschenschaft, sind bis heute die Farben des demokratischen Deutschland.

Das Hambacher Fest von 1832, der Vormärz, die deutsche Revolution von 1848 und das Paulskirchen-Parlament sind eindrucksvolle Zeugnisse des deutschen Freiheitswillens, die bis heute fortwirken und den Geist der Weimarer Verfassung und des Grundgesetzes geprägt haben. Die Weimarer Republik und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland setzten unter schwierigsten Bedingungen diese Freiheitsgeschichte fort.

Zu ihr gehört auch der Widerstand gegen die totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts, das Heldentum der "Weißen Rose" und der Attentäter des 20. Juli 1944, der Volksaufstand gegen die kommunistische Diktatur in der "DDR" am 17. Juni 1953 und schließlich die friedliche Revolution von 1989 und der Fall von Mauer und Stacheldraht am 9. November.

Das macht die dunklen Kapitel unserer Vergangenheit, die NS-Diktatur und ihre furchtbaren Verbrechen, vor allem den millionenfachen Massenmord an den deutschen und europäischen Juden, nicht ungeschehen und löscht sie auch nicht aus. Aber es ist eine Tradition, auf die die Deutschen mit Stolz zurückblicken können, ohne ihre Verantwortung für im deutschen Namen begangene Untaten vergessen zu müssen.

Im Bewußtsein dieser positiven Traditionen könnte sich die deutsche Nation mit Mut und Freiheitsliebe den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen, um ihren wiedergewonnenen staatlichen Rahmen, die deutsche Republik, im Geist der Freiheit zu gestalten.

Doch das Verhältnis der Deutschen zur Freiheit hat zwei Seiten. Auf der Kehrseite steht die unselige Neigung, der herrschenden Obrigkeit länger zu vertrauen, als es guttut; die Augen viel zu lange vor Fehlentwicklungen zu verschließen in der trügerischen Hoffnung, "die da oben" wüßten schon, was sie tun, statt gegen die fortschreitende Entmündigung aufzubegehren.

Dabei haben gerade die Deutschen, als die gebrannten Kinder des 20. Jahrhunderts, allen Grund, ihren Regierungen mit dem steten und gesunden Mißtrauen zu begegnen, das den seiner Freiheit bewußten und sein Eigentum verteidigenden Bürger auszeichnet.

In den beiden großen Katastrophen des letzten Jahrhunderts sind die Deutschen gleich zweimal durch ihre Obrigkeiten, die Disziplin und Opferbereitschaft bis jenseits der Schmerzgrenze mißbrauchten, um die ererbten und mühsam geschaffenen Früchte ihrer Arbeit und ihres Fleißes gebracht worden. Die bürgerliche Mittelschicht hat das besonders schwer getroffen - mit gravierenden Folgen, die bis heute nachwirken.

Die Kosten des verlorenen Ersten Weltkriegs, die vom eigenen Land verursacht wie die von den Siegern auferlegten, bezahlten die Deutschen über die Masseneuteignung durch Hyperinflation. Reihenweise wechselten Privathäuser, die ihre Eigentümer nicht mehr halten konnten, mit der Spätfolge in öffentliches Eigentum, daß die Deutschen bis heute ein Volk von Mietern sind, deren Wohneigentumsquote und durchschnittliches Privatvermögen weit unter dem europäischen Standard liegen.

Noch gründlicher hat der Nationalsozialismus, der unsägliches Leid und Elend über Europa gebracht hat, auch das eigene Volk ruiniert: Erst durch sozialistische Defizitfinanzierung, Wirtschaftslenkung und Enteignung, welche die Staatsfinanzen noch in Friedenszeiten völlig zerrüttet hatten, dann durch den verbrecherisch vom Zaun gebrochenen Krieg, der Millionen

Überlebende ausgebombt, verelendet, vertrieben und entwurzelt in einem zerstörten und zerrissenen Land zurückgelassen hat. ...<<

Die deutsche AfD-Politikerin Alice Weidel berichtet im Jahre 2019 in ihrem Buch "WIDERWORTE. Gedanken über Deutschland" (x362/13-20): >>... **Zerbrechliches Vertrauen**

Daß der Wiederaufbau des verbliebenen Territoriums und der Wiederaufstieg der zunächst in den westlichen Landesteilen gegründeten Bundesrepublik Deutschland zu einer der führenden Industrienationen der Welt dennoch gelungen ist, ist fraglos eines der größten Friedenswerke, das die Deutschen vollbracht haben. Sie haben das übrigens im Wesentlichen aus eigener Kraft geschafft.

Die Einbeziehung Deutschlands in das "Europäische Wiederaufbauprogramm" (ERP) der USA hatte in erster Linie signalpolitische Bedeutung, weil damit die Phase der totalen Stigmatisierung und der harten Reparations-Demontagen endete. Die an Deutschland vor allem als indirekte Kredite für Warenlieferungen ausgereichten Hilfen aus dem "Marshallplan" wurden rasch und verzinst zurückgezahlt. Die beschlagnahmten deutschen Auslandsvermögen und Patente verblieben dagegen in US-Hand. Allein ihr Wert überstieg die deutschen Verbindlichkeiten gegenüber den USA bei Weitem, wie der Spiegel schon 1951 festhielt.

Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte wiederum begann auf dem Höhepunkt des "Wirtschaftswunders" auf Wunsch der Entsendestaaten, die ihre Zahlungsbilanz verbessern wollten. Türkische "Gastarbeiter" wurden sogar erst in den 1960er-Jahren und auf massives Drängen aus Ankara und den USA angeworben, als der Wiederaufbau längst abgeschlossen war und das Wirtschaftswunder schon seinen Zenit überschritten hatte. Daß in geschichtsklitternder Weise von etablierten Politikern immer öfter unwidersprochen behauptet wird, "die Türken" hätten Deutschland wieder aufgebaut, ist nur eine der Zumutungen, die sich die Bürger von jenen, die in ihrem Auftrag regieren, wieder viel zu gutmütig bieten lassen.

Wirtschaftswunder und Wiederaufbau, Ludwig Erhards Versprechen von "Wohlstand für alle", das durch besonnene und ordnungspolitisch solide Wirtschaftspolitik eingelöst wurde und einen Aufschwung begründete, an dem breite Schichten teilhaben konnten, hat den bürgerlichen Mittelstand - zu dem längst auch die aufstiegswillige und qualifizierte Arbeiterschaft zählt - wieder gestärkt und neues Vertrauen in die wiedererrichtete Republik der Deutschen und ihre demokratischen Institutionen geschaffen.

Dieses Vertrauen ist ein anfälliges Kapital, und es wird bereits seit geraumer Zeit dreist und massiv mißbraucht und ausgenutzt. Hier liegt der tiefere Kern der fundamentalen Krise, in der sich unser Land und unsere Republik befinden.

Überdeckt wurde diese Krise lange Zeit durch den Fleiß, die Leistungsbereitschaft und die Gutgläubigkeit ebenjener Mittelschicht, die sich trotz immer drückenderer Lasten weiter redlich abmüht, über die Runden zu kommen. Sie verwendet ihre ganze Kraft darauf, den eigenen Lebensstandard zu halten und an die nachfolgende Generation weiterzugeben, und hat sich dabei viel zu lange und zu bereitwillig auf die Beschwichtigungen der etablierten Wortführer in Politik und Medien verlassen, daß schon alles zu ihrem Besten geschehe.

Rechtsbruch und Staatskrise

Daß die etablierten Parteien sich den Staat zur "Beute" machen und dabei Verfassung, Gewaltenteilung und demokratische Institutionen bis zur bloßen Fassade entkernen, haben Kritiker wie Hans-Herbert von Arnim früh angeprangert. Wichtiger Teil der "Beute" ist der aus Zwangsgebühren üppig finanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk, der sich in einer Art Symbiose zum beiderseitigen Vorteil immer ungenierter in den Dienst von Partikularinteressen der von Arnim ausgemachten "politischen Klasse" stellt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel - Thilo Sarrazin hat sie anlässlich der Vorstellung seines jüngsten Buches so knapp wie vernichtend als "Inbegriff des Unheils für Deutschland" bezeichnet - hat durch historische Fehlentscheidungen diese Entwicklungen zur umfassenden

Staatskrise beschleunigt. Die drei großen Rechtsbrüche, die sie zu verantworten hat - von den vielen kleineren zu schweigen -, greifen so tief und schmerzhaft in die Grundrechte der Bürger ein, daß sich das Ausmaß der Krise nicht länger verheimlichen läßt.

Die "Euro-Rettung" hat die Tür zum europäischen "Superstaat" weit aufgestoßen - zulasten der Nationalstaaten und ihrer Staatsvölker, der eigentlichen demokratischen Souveräne auf dem Kontinent, deren Entmündigung Brüssels zentralistisch eingestellte Eurokraten beharrlich betreiben.

Die Nullzins- und Billiggeld-Politik der Europäischen Zentralbank ist ein direkter Angriff auf das deutsche Volksvermögen und Motor einer "Transferunion" zur kontinuierlichen Umverteilung von Nord nach Süd, von Bürgern zu Finanzindustrie und Staatshaushalten. Die Wohlstandsverluste für Deutschland belaufen sich nach Schätzungen schon jetzt auf einen dreistelligen Milliardenbetrag, die Haftungsrisiken haben die Billionengrenze erreicht. Die deutschen Privatvermögen schrumpfen inzwischen auch real.

Die "Energiewende" hat den Deutschen die höchsten Energiepreise Europas bei schwindender Versorgungssicherheit beschert, knöpft Bürgern und Unternehmen jährlich zweistellige Milliardenbeträge für die Förderung unsinniger Doppelstrukturen ab und treibt energieintensive Industrien samt wertvollen produktiven Arbeitsplätzen aus dem Land.

Und schließlich die unkontrollierte illegale Einwanderung von Millionen Menschen aus außereuropäischen Kulturkreisen, die das Land stärker und radikaler verändert als jede Fehlentscheidung zuvor, und das nicht zum Guten. Nur ein verschwindend geringer Prozentsatz der als "Asylbewerber" Eingereisten ist tatsächlich verfolgt und damit asylberechtigt, nur ein Bruchteil wird je in Arbeitsmarkt und Gesellschaft integrierbar sein. Abschiebungen und Zurückweisungen finden faktisch nicht statt. Geltendes Recht ist seit Jahren willkürlich außer Kraft gesetzt und wird vorsätzlich nicht mehr angewandt.

Schlimmer noch: Es scheint zunehmend zweierlei Recht zu gelten. Wer die Regeln anerkennt, wird streng gemessen und bestraft. Neuankömmlinge, die den Rechtsstaat und seine Werte schon vom Zeitpunkt ihrer Ankunft an offen mißachten, werden nicht selten mit Samthandschuhen angefaßt. "Haßverbrechen" gegen Migranten werden hart geahndet; bei Übergriffen von Zuwanderern auf Einheimische ergehen immer wieder unbegreiflich milde Urteile und Straftäter müssen mitunter selbst bei ellenlangem Deliktregister weder Haft noch Abschiebung fürchten.

Das untergräbt den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft und zerstört die Rechtssicherheit. Steigende Kriminalität, Terrorgefahr und Unsicherheit im öffentlichen Raum und vorauseilende Islamisierung, die durch den anhaltenden unregelmäßigen Zustrom muslimischer Migranten mit archaischen Kultur- und Wertvorstellungen noch beschleunigt wird, bedeuten für rechtstreue Einheimische und integrierte Einwanderer, und besonders für die Frauen, einen täglich spürbaren Verlust an Freiheit, Bedrohung des Eigentums und selbst Gefahr für Leben und körperliche Unversehrtheit. Mit anderen Worten: eine Bedrohung ebenjener unveräußerlichen Grundrechte, auf denen eine freiheitliche, bürgerliche Gesellschaft beruht.

Jahre nach dem verhängnisvollen "Wir schaffen das!" von Bundeskanzlerin Angela Merkel ist das einst wohlgeordnete Deutschland ein zutiefst zerrüttetes und gespaltenes Land. Die Bonner Republik ist Geschichte, die "Berliner Republik", wenn es sie denn je gab, verwandelt sich in der Spätphase der Regierung Merkel in einen gescheiterten Staat. Auf Kritik und spontanen bürgerlichen Protest gegen den Kontroll- und Sicherheitsverlust antworten etablierte Politik und regierungstreue Medien mit Belehrungen, Zurechtweisungen und politisch korrekter Stigmatisierung.

Es geht zweifellos zu weit, hier bereits eine "DDR 2.0" heraufziehen zu sehen. Gleichwohl muß daran erinnert werden, daß das Demonstrationsrecht im klassischen liberalen Verständnis ein Freiheitsrecht der Bürger gegen Übergrifflichkeiten der Obrigkeit ist. Wenn auf der einen

Seite Bürger bei der Wahrnehmung dieses Rechts mit Verwaltungsschikanen und durch geduldeten linksextremen Schlägertrupp eingeschränkt werden, während andererseits Politiker und Staatskünstler zu Massenkundgebungen zur Bekräftigung der Regierungslinie mobilisieren, stimmt die Balance der Freiheit zwischen Bürger und Staat nicht mehr.

Das Ende der Geduld

"Ein besonderer psychologischer Essay wird eines Tages über die fatalistische herdenmäßige Dulderfähigkeit und Geduldausdehnbarkeit im deutschen Volk zu schreiben sein", notierte Erich Kästner im Juni 1945 in seinem "Kriegstagebuch". Der Satz könnte, leider, aktueller nicht sein. Doch jede Geduld hat ein Ende.

Die Deutungshegemonie grün-linker Volkspädagogen, die widersprechende Meinungen aus dem politischen Diskurs auszugrenzen, zu diffamieren oder gar zu kriminalisieren trachten, zerbröckelt unter den harten Realitäten der Staatskrise. Die "Faschismus-Keule", mit der ihre Gralshüter immer wahlloser und panischer um sich schlagen, um ihre schwindende Interpretationsmacht zu verteidigen, wird morsch.

Und das Mißtrauen gegenüber den Regierenden wächst. Es kommt aus der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft, aus ebenjener Mittelschicht, die von der herrschenden Politik der alten und neuen Sozialisten und Halbsozialisten in ihren Grundlagen bedroht wird. Es wächst dort schneller, wo die Erfahrung mit der letzten sozialistischen Diktatur und ihren Propagandairitualen frischer ist. Und das ist grundsätzlich ein positives Zeichen, ein Zeichen des widererstickenden Freiheitswillens.

Dieses Freiheitsbewußtsein und die Prägung durch die bürgerliche Mittelschicht, der ich entstamme, ist auch mein politischer Antrieb. Aus der Überzeugung, daß die Achtung von Freiheit und Eigentum, Ordnung und die unbedingte Herrschaft des Rechts unabdingbare Voraussetzungen für Wohlstand und eine gerechte Gesellschaft sind, bin ich in die Politik gegangen. Mißstände aufzudecken und beim Namen zu nennen ist dabei nur der erste Schritt. Das Ziel ist, dieses Land zu reformieren und wieder auf jene Grundlagen zu stellen, auf denen Deutschland sich nach den Katastrophen des vergangenen Jahrhunderts erneut die Achtung und den Respekt der Welt erworben hat. ...<<

Die deutsche AfD-Politikerin Alice Weidel berichtet im Jahre 2019 in ihrem Buch "WIDERWORTE. Gedanken über Deutschland" (x362/21-22): >>... **Republik aus den Fugen**

Die Bundesrepublik Deutschland ist gründlich aus den Fugen geraten. Regeln und Gewißheiten, die jahrzehntelang verlässlich und unhinterfragt das Funktionieren des Gemeinwesens sicherstellten, sollen auf einmal nicht mehr gelten, werden über Nacht einseitig außer Kraft gesetzt oder willkürlich nur noch nach Stimmungslage angewandt. Kontrollmechanismen, die für die Balance der republikanischen Institutionen und die demokratische Gewaltenteilung unabdingbar sind, scheinen lahmgelegt.

Eine Kanzlerin trifft als Vollstreckerin eines gefühlten Zeitgeistes einsame Entscheidungen von schicksalhafter Tragweite, ohne das Staatsvolk oder seine gewählten Vertreter auch nur zu konsultieren, geschweige denn ihnen das letzte Wort zu geben. Im Medien-Mainstream, angeführt von den regierungsnahen öffentlichrechtlichen Fernsehsendern, dominierte der Applaus, kritische Nachfragen blieben die Ausnahme.

Gerade in der Migrationskrise sind die deutschen Leitmedien, die sich sonst so gerne selbstgefällig als "vierte Gewalt" sehen, dieser Rolle nicht gerecht geworden: Ihre Aufgabe wäre es gerade, jene Öffentlichkeit herzustellen, in der die politische Willensbildung der Bürger im Widerstreit der unterschiedlichsten Positionen und Argumente stattfinden und korrigierend auf Volksvertreter und Exekutive einwirken kann.

Die Kommunikation zwischen Bürgern und Politik ist vielmehr zutiefst gestört, bis zur Sprachlosigkeit und offenen Anfeindung. In grundlegenden Fragen breiten sich regelrechte politisch-mediale "Meinungskartelle" mit Absolutheitsanspruch aus: Der Euro und die immer

engere politische Integration der EU seien nicht hinterfragbare Errungenschaften, die allein den Frieden sicherten; Einwanderung sei als Wert an sich zu begrüßen und die Aufnahme von unterschiedslos als "Flüchtlinge" etikettierten Migranten eine humanitäre Pflicht; der Klimawandel sei menschengemacht und die Aufgabe fossiler Energieträger und der Stromgewinnung aus Nukleartechnik daher eine zwingende Notwendigkeit. ...<<

Die deutsche AfD-Politikerin Alice Weidel berichtet im Jahre 2019 in ihrem Buch "WIDERWORTE. Gedanken über Deutschland" (x362/117-118): >>... **Freiheit oder Islamisierung**

... Der Islam ist eben keine Religion wie das Christentum, nur mit etwas anderen Ritualen. Es ist eine Religion der Knechtschaft und der Unterwerfung, der Unterdrückung "Ungläubiger" und der Entrechtung von Frauen, die erst recht als wertlos erachtet werden, wenn sie auch noch "ungläubig" sind.

Hamed Abdel-Samad unterstreicht in seinem Buch über den "Islamischen Faschismus" nachdrücklich die Besessenheit des Islam von der Sexualität, und zwar der Sexualität des Mannes. Diese Besessenheit äußert sich nicht nur im buchstäblichen Verschwindenlassen von Frauen aus der Öffentlichkeit außerhalb des häuslichen Lebensbereichs durch mehr oder minder weitgehende Verhüllung, weil ja schon das Zeigen einer Haarsträhne "schamlos" sei und männliches Begehren wecken könne.

Anschaulich beschreibt Abdel-Samad, wie in der islamischen Überlieferung "Sex als Mittel des Dschihad" allgegenwärtig ist. Wenn Mohammed erobert, sollen die Männer der "ungläubigen" Feinde vernichtet und ihre Frauen genommen werden. Nicht nur um die Besiegten noch weiter zu erniedrigen, sondern vor allem, um den Islam weiter fortzupflanzen.

Man könnte das als historisch erledigte Beschreibungen von Exzessen betrachten, die für unsere Zeiten nicht mehr relevant sind. Frauen als Kriegsbeute zu betrachten war in jenen Zeiten schließlich auch in anderen Teilen der Welt alles andere als unüblich. Doch leider steht der Islam selbst der Historisierung seiner Schriften im Wege. Für überzeugte Muslime ist die Überlieferung in Koran und Hadithen unhinterfragbar; Strenggläubige nehmen sie noch heute als wörtliche Handlungsanweisung.

Wenn Dschihadisten des "Islamischen Staats" oder andere militante Islamisten in Irak und Syrien christliche und jesische Dörfer überfallen, die Männer töten und Frauen und Mädchen vergewaltigten und in die Sex-Sklaverei verkaufen, rechtfertigen sie auch diese Verbrechen als gute Tat im Dienste eines Gottes, der ihnen selbst im Fall des "Märtyrer-Todes" noch sexuelle Belohnungen verspricht. Und sie finden in vielen islamischen Ländern, einschließlich der muslimischen Parallelgesellschaften Europas, fanatische Gefolgsleute, die sich genau von diesen Verheißungen anwerben lassen.

Wie man es auch dreht und wendet: Die unabhängige, gleichberechtigte Frau hat im Islam bis heute keinen Platz. Ihr selbstbewußtes Auftreten in der Öffentlichkeit löst Aggressivität aus. Streng Islamgläubige können es nicht ertragen, wenn die Frau den untergeordneten Platz verläßt, den die kollektivistische Ideologie des Islam ihr zuweist, die sich anmaßt, bis ins Kleinste das gesellschaftliche und private Leben zu regulieren.

In jenen islamisch durchdrungenen Kulturen, in denen zugleich die Unterdrückungen und Tabuisierung der weiblichen Sexualität am strengsten ist, ist auch die aggressive Belästigung von Frauen, die sich ohne männlichen "Schutz" auf der Straße fortbewegen, unerträglicher Alltag, hält Hamed Abdel-Samad fest. Diese Gesellschaften sind auch unter den Hauptherkunftsländern von Asylbewerbern zu finden. ...<<

2020

Die Jugend von heute, ist der Untergang von morgen.
Spottvers der 68er Bewegung

09.01.2020

BRD: Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet am 9. Januar 2020 (x1.114/...): >>Die Zerstörung Deutschlands - Wie es den führenden Briten gelang, die Deutschen für sie kämpfen zu lassen

Ein Gastbeitrag von *Angelika Eberl*

"Menschlichkeit, Friede und Freiheit ist immer ihr Vorwand ... In Wahrheit aber schrieben die Times und die Königin im Interesse von England, das mit dem unsern nichts gemein hat. Das Interesse Englands ist, daß das Deutsche Reich mit Rußland schlecht steht, unser Interesse, daß wir mit ihm so gut stehen, als es der Sachlage nach möglich ist."

Otto von Bismarck, 7. April 1888

Das deutsche Volk ist umgeben von zahlreichen Nachbarvölkern. Ein deutscher Staat in der Mitte Europas hat somit das fundamentale Interesse, mit seinen Nachbarstaaten ein gutes Verhältnis zu pflegen, bis hin zu freundschaftlichen Bündnis-Beziehungen - auch und vor allem mit dem größten Nachbarn Rußland. Doch vor einem solchen freundschaftlichen Bündnis zwischen Deutschland und Rußland hatte bereit 1904 der britische Geograph und Geostrategie Sir Halford Mackinder die Eliten Englands gewarnt.

Er sagte vor der Königlich Geographischen Gesellschaft:

"Die Neuordnung des Gleichgewichts der Kräfte zugunsten des Drehpunktstaates (damit ist Rußland gemeint. A. E.), die seine Expansion über die am Rande gelegenen Staaten Eurasiens zur Folge hätte, würde den Einsatz seiner ungeheuren kontinentalen Ressourcen zum Flottenbau ermöglichen und ein Weltimperium hervorbringen. Dazu könnte es beispielsweise kommen, sollte Deutschland ein Bündnis mit Rußland eingehen."

Keine andere Menschengruppe erscheint so geschickt in Diplomatie und Politik, wie die britische politische Oberschicht. Nicht von ungefähr hatte sie sich ein Weltreich erobert: das British Empire.

In Bezug auf Europa bestand ihre Strategie stets darin, dafür zu sorgen, daß kein übermächtiger Hegemon auf dem Kontinent entstehe. Großbritannien verbündete sich in einem solchen Fall mit den Zweitstärksten, um den allzu mächtig werdenden Staat einzudämmen. "Balance of Power" nannte man diese Politik - und sie ermöglichte ihnen die weitgehend ungestörte Eroberung ihrer Kolonien. Sie waren "Schachspieler" - sie spielten mit Staaten, als ob sie Spielfiguren wären.

Gegenüber dem Geschick der britischen politischen Führenden waren und sind die Deutschen und ihre politischen Eliten ein sehr unpolitisches Volk, bei dem die Begabung des strategischen Denkens nur bei sehr wenigen entwickelt zu sein scheint.

Durch eine gewisse Leichtgläubigkeit, die annimmt, daß, das was gesagt wird, auch tatsächlich so gemeint sei und durch eine gewisse Übertölpelbarkeit eignet sich das deutsche Volk hervorragend als Strategie-Objekt. Strategisch denkende Briten setzten die Deutschen schon seit Jahrhunderten für ihre Zwecke ein, z.B. durch eine Politik, die sich aus Anregungen und "Geschenken" an die Deutschen zusammensetzte.

Die britische Außenpolitik gegenüber Deutschland im 18./19. Jahrhundert

Großbritannien benutzte im 18. Jahrhundert Friedrich II von Preußen. Er sollte durch Krieg das französische Heer auf dem Kontinent binden, so daß es beschäftigt war und Großbritannien somit kaum beim Ausbau seiner nordamerikanischen Kolonien behindern konnte.

Nach den Napoleonischen Kriegen wurde Preußen auf dem Wiener Kongreß ein Gebiet zugesprochen, das rechts vom Rhein lag - und wieder hatte ein britischer Politiker die Finger im

Spiel: Lord Castlereagh, der damalige British Foreign Secretary. Er hatte diese strategische Idee ursprünglich von William Pitt, dem Jüngeren: Preußen sollte neben Frankreich plaziert werden, um Letzteres, den traditionellen Rivalen Großbritanniens, in Schach zu halten.

Damals war Preußen den britischen Eliten also schon recht. Was ihnen allerdings nicht recht war, das war ein geschlossener deutschsprachiger Raum unter einem Staatsgebilde, also die sogenannte "großdeutsche Lösung." Während des Ersten und Zweiten Weltkriegs waren Deutschland und Österreich enge Verbündete. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde von den Siegermächten verfügt, daß Deutschland und Österreich dauerhaft getrennt bleiben müssen.

Auch Österreich-Ungarn wurde von einem bedeutenden britischen Staatsmann "bedacht": Auf dem Berliner Kongreß 1878 schlug Lord Salisbury vor, Österreich-Ungarn solle doch, zum Heile Europas, Bosnien-Herzegowina okkupieren. Österreich-Ungarn bekam damals zwar nur das Verwaltungsmandat - doch selbst das reichte aus, es dem Russischen Zarenreich zu entfremden.

Und als der österreich-ungarische Außenminister Aehrenthal nach mannigfaltigen Manipulationen von britischer Seite und von Seiten des russischen Außenministers Alexander Iswolski im Jahre 1908 schließlich die Annexion Bosnien-Herzegowinas vorantrieb, war der Bruch mit dem Zarenreich nicht mehr aufzuhalten.

Österreich-Ungarn galt fortan als "bedrohlich-aggressive" Macht, und Serben und Russen waren ihm spinnefeind geworden. Langfristige Manipulation geglückt.

Kaiser Wilhelm II. wurde ebenfalls von einem Mitglied der britischen Elite ein "Floh ins Ohr" gesetzt: Im März 1899 war es kein Geringerer als der britische Super-Imperialist Cecil Rhodes, der ihm während einer persönlichen Unterredung vermittelte, daß auf das Deutsche Kaiserreich im Nahen Osten große Aufgaben warteten: "Mesopotamien, der Euphrat und der Tigris, Bagdad, die Kalifenstadt, dort läge seine Zukunft." Er müsse schließlich "den Landweg nach Indien" bauen. Rhodes selbst stachelte den naiven Kaiser sozusagen zu einem expansiven Programm an - und 15 Jahre später zieht dann das Empire gegen den "expansiven" Kaiser unter anderem wegen der Bagdad-Bahn gegen ihn in den Krieg.

Auch beim Boxeraufstand 1899 war es wieder ein britischer Lord, Admiral Sir Edward Hobart Seymour, der gesagt haben soll: "The Germans to the front." Wahrscheinlich fand er, daß das deutsche Kaiserreich zu wenige Kriege geführt hatte, nämlich seit 1871 gar keine mehr. Das British Empire hingegen hatte allein zwischen 1871 und dem Boxeraufstand acht Kriege geführt, den Zulukrieg (1879), den Ersten Burenkrieg (1880/81), den Anglo-Ägyptischen Krieg (1882), den Mahdi-Aufstand (1881-1898), die Gordon Relief Expedition (1884/85), den Britisch-Sansibarischen Krieg (1896), den Zweiten Matabelekrieg (1896) und den Malakand Field Force (1897).

Da wundert man sich schon, wie es gelang, dieses deutsche Kaiserreich so stark zu diskreditieren. Doch Großbritannien besaß ein Weltreich und London war praktisch die Presse-Hauptstadt des Empire. Die Zeitung "The Saturday Review" brachte zum Beispiel in den späten 1890er Jahren drei deutschfeindliche Artikel heraus. Am 11.9.1897 endete ein Artikel mit dem Titel: "England and Germany" mit dem Aufruf: "Germania est delenda" - Deutschland muß zerstört werden.

Ab 1910 gab es heftige antideutsche Presse- Kampagnen in "The Times" und in der Empire-Zeitschrift "The Round Table", beides sehr wichtige Zeitungen, die Einfluß auf die Multiplikatoren im gesamten Empire ausübten. Schon die erste Ausgabe der Zeitschrift "The Round Table" vom November 1910 beinhaltete einen gegen Deutschland gerichteten Propaganda-Artikel mit dem Titel "Anglo-German Rivalry".

Der Artikel erschien anonym, doch der Autor war Philip Kerr, der spätere Lord Lothian. In diesem Artikel unterstellte er dem deutschen Kaiserreich "eine unerbittlich aggressive Politik, die weder Recht noch Gerechtigkeit jenseits des Orbits der deutschen nationalen Existenz an-

erkennt." Vom Britischen Empire hingegen schrieb er: "... das(britische) Empire ... ist kein Imperium, sondern ein Regierungssystem, das einem Viertel der Menschheit Frieden und Hunderten von Millionen rückständiger Völker eine bessere Regierung gibt, als sie auf andere Weise bekommen könnten ..."

Diese antideutsche Propaganda von damals wirkt bis heute.

Doch wieso hatte man im Empire ab einem gewissen Zeitpunkt das Deutsche Kaiserreich im Visier, während man doch bis in das 19. Jahrhundert hinein Zweckbündnisse mit deutschsprachigen Ländern abgeschlossen hatte? Wo hatte der neue, außenpolitische Kurs seine Wurzeln?

Beginn eines neuen, außenpolitischen Kurses in Großbritannien

Es war im Jahr 1885, da überlegte sich Lord Salisbury, der aus der einflußreichen Cecil-Familie stammte, wie der damalige Rivale des British Empire, das Russische Zarenreich, in Schach gehalten werden konnte und entwickelte folgende drei Langzeit-Strategien, die heute, mehr als hundert Jahre später, alle zur Anwendung gekommen sind:

1. Schwächung des russischen Gegners durch Hineintreiben in Zahlungsunfähigkeit und danach Entfachen von Revolutionen,
2. Wiederbelebung des Islams an Rußlands Rändern,
3. ein verlustreicher Ausblutungskrieg zwischen dem Zarenreich und Deutschland.

Doch obgleich er Rußland als eigentlichen imperialen Langzeit-Gegenspieler des angelsächsischen Weltreichs ansah, ging es Lord Salisbury zunächst darum, die deutschsprachigen Staaten einzukreisen und dazu ein Bündnis zwischen Frankreich und Rußland voranzutreiben, dem sich dann später auch England in einer lockeren "Entente" anschließen würde. Lord Salisbury sah Staaten ebenfalls als Figuren auf einem Schachbrett an - und er fand höchstrangige, unterstützende "Mitspieler": Kronprinz Edward von England, Papst Leo XIII., und - den russischen Diplomaten Alexander Petrowitsch Iswolski, dessen Rolle bei der "Schaffung der österreichischen Bedrohung" oben schon erwähnt wurde.

Wie ging Salisbury vor: Anfang 1887 traf er in Dieppe den französischen Diplomaten Graf Chaudordy und erörterte mit ihm die Grundlinien der späteren Ententepolitik, wobei die Frage entstand, wie man Rußland und Frankreich einander annähern könnte.

Bei dieser Annäherung spielte der Heilige Stuhl (!) eine wichtige Rolle: Ein enger Freund von Lord Salisbury, der katholische Herzog von Norfolk, reiste nach Rom und berichtete Papst Leo XIII. von den Bündnisplänen. Es kam daraufhin zu einem Politikwechsel des Heiligen Stuhls, indem Papst Leo XIII. den französischen Katholiken befahl, sich der laizistischen französischen Republik zu fügen.

Den polnischen Katholiken wiederum befahl er, sich der russisch-orthodoxen Zarenherrschaft zu fügen. So arbeitete er daran, ein Bündnis zwischen Frankreich und Rußland zu ermöglichen - unterstützt vom russischen Diplomaten Alexander Petrowitsch Iswolski, der ab 1888 Botschafter Rußlands (!) am Heiligen Stuhl wurde.

Nachdem der britische Kronprinz schließlich als Edward VII. den Thron bestiegen hatte, machte er im Frühjahr 1903 einen "Überraschungsbesuch" in Paris und leitete damit die "Entente Cordiale" ein, das "herzliche Einvernehmen" zwischen England und Frankreich. ...

Zerstörungstechniken

- Man kreiste Deutschland und Österreich-Ungarn ein und lockte Deutschland in einen Drei-Fronten-Krieg.
- Man zerstückelte das Gebiet des deutschen Kaiserreichs und Österreich-Ungarns in machtlose kleine Staaten, in denen die Deutschen und viele andere Völkerschaften zu diskriminierten Minderheiten wurden.
- Man drückte dem besiegten Deutschland irrsinnig hohe Reparationszahlungen auf.
- Man suchte einen "hervorragenden Demagogen", den man mit heimlichen Spenden, geheim-

dienstlicher Förderung und durch eine künstlich herbeigeführte Weltwirtschaftskrise auf den Posten des deutschen Reichskanzlers hieven half. Dann sorgte man durch Kredite, Propaganda und Appeasement dafür, daß er zunächst auf unblutige Weise außenpolitische Erfolge haben konnte. Danach lockte man ihn in eine Falle und schlug wieder mit einer weltweiten Bündnis-koalition zu, um Deutschland endgültig zu entmachten, zu dezimieren und zu helotisieren.

- Nach dem endgültigen Sieg und der dauerhaften Besetzung Deutschlands ließ man die Deutschen, zunächst in Westdeutschland, eine föderale Demokratie errichten, sorgte aber dafür, daß die Bundeskanzler und die wichtigsten Regierungspolitiker stramme Transatlantiker waren und sind und die Interessen der angloamerikanischen Kreise vertraten und immer noch vertreten. Gleichzeitig suggerierte man den Deutschen, daß man es gut mit ihnen meine und ein guter Freund sei.

Heute suggeriert man diesen deutschen Eliten, daß sie frei seien und zum Westen gehören und daß sie sich somit auch verhalten dürften, wie westliche Staaten. Und ein westlicher Staat müsse sich selbst verteidigen können.

- Durch Umerziehung, Indoktrination und Einflößen von Schuldgefühlen sorgt man dafür, daß das deutsche Volk sich selbst und seine großen Geister verabscheut. Man suggeriert ihm, daß das Böse in ihm stecke und daß es daher nie mehr "Alleingänge" machen dürfe, sondern praktisch immer unter der Kontrolle (Vormundschaft) der Angloamerikaner gehalten werden müsse.

Die Implantierung eines bösen Diktators zur dauerhaften Diskreditierung

Nach dem russischen Historiker Nikolay Starikov soll sich Hitler in seinem Pamphlet "Mein Kampf" den Briten angedient haben. Auf Seite 697 heiße es in "Mein Kampf": "Wer von dem obigen Gesichtspunkt aus eine Prüfung der heutigen Bündnismöglichkeiten für Deutschland vornimmt, muß zu der Überzeugung gelangen, daß als letzte durchführbare Bindung nur eine Anlehnung an England übrigbleibt." Hitler machte klar, daß er bereit sei, gegen die Sowjetunion vorzugehen. Starikov schreibt:

"Der Schlüssel zum Erfolg für das schwache und zerschlagene Deutschland ist das Bündnis mit den Siegermächten, weil sie an seiner weiteren Schwächung nicht interessiert sind! An dieser Stelle habe ich es begriffen: Nicht für die deutschen Bürger, ... nicht für die wohlgenährten SA-Leute und nicht für die ... SS hat Adolf Hitler sein Buch geschrieben. Die Seiten seines Buches 'Mein Kampf' gaben ihm die hervorragende Möglichkeit, sich an den Herrscher der damaligen Welt - an die Briten - zu wenden, um ihnen mit einfachen und klaren Worten seine Gedanken und seine Vorschläge zu unterbreiten."

Und auf S. 61 schreibt Starikov: "Ohne Zweifel lauteten die Fragen des britischen Geheimdienstes: Warum sollten wir einen derartigen Patrioten nicht unterstützen? Warum sollten wir ihm kein Geld geben? Warum sollen wir einen derartigen Freund von Großbritannien nicht helfen, an die Macht zu gelangen?"

Starikov weist auch auf die dubiose Rolle des amerikanischen Geheimdienst-Mannes (?) Ernst Hanfstaengl hin, der Hitler unterstützte, indem er ihm z.B. ihm im März 1923 ein Darlehen von 1.000 Dollar gab, was in der damals galoppierende Inflation sehr viel Geld war. Die Nazis kauften dafür zwei neue Druckmaschinen für den "Völkischen Beobachter", so daß ihr Propagandablatt künftig großformatig und täglich erscheinen konnte.

Des weiteren engagierte Hanfstaengl einen Karikaturisten dafür und gab Ratschläge für die Gestaltung des Blattes. Er beriet Hitler auch bei der Auswahl der Melodie von Marschmusik und komponierte selbst einige davon für die SA. Starikov beschreibt auch, wie Hanfstaengl sich für Hitlers Bücherregal eingehend interessierte. Offenbar hatte er die Aufgabe, Informationen über den künftigen "Führer" zu sammeln.

Hier könnte das Motiv liegen, weshalb Montague Norman, der Chef der Bank of England, die Union Banking Corporation in New York und die Harriman-Clique, die Rockefeller-Verbin-

dungen, die Chase-Bank, die britischen Appeaser um Philip Kerr und andere anglo-amerikanische Gruppen den Nazismus politisch, wirtschaftlich und finanziell unterstützten und ihm somit halfen, auch militärisch wieder hochzurüsten, wie es Historiker in ihren Werken darlegen, z.B. Antony Sutton in "Wall Street und der Aufstieg Hitlers" und in "America's Secret Establishment - An Introduction to the Order of Skull & Bones" und Guido Giacomo Preparata in "Wer Hitler mächtig machte", Gian Trepp in "Bankgeschäfte mit dem Feind" und Andrea Bosco in "The Round Table Movement and the Fall of the "Second" British Empire".

Boscos und Preparatas Forschungen machen deutlich, daß die britische außenpolitische Elite, die von Alfred Milner und dem Round Table und später von Philip Kerr und Lionel Curtis geleitet wurde, Fallen für Deutschland ausgelegt hatte, in die die Deutschen 1914 und 1939 zweimal bereitwillig hineingetappt sind.

Diese Fallen waren Teil des herbeigeführten Prozesses, Deutschland als Konkurrenzmacht auszuschalten und als "Rammbock" gegen die Sowjetunion zu benutzen. Deutschland und die Sowjetunion sollten sich in einem Vernichtungskrieg gegenseitig ausbluten - und dieser machiavellistische Plan ist im Zweiten Weltkrieg auch gelungen.

Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs war Deutschland vollständig besiegt und auch moralisch total am Boden, der Ruf für Jahrhunderte vollständig ruiniert und die Umerziehung und Knechtung konnte beginnen. Jedenfalls sagte sogar Wolfgang Schäuble auf dem Europäischen Bankenkongreß am 18. November 2011, daß Deutschland "seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen" sei.

Dies läßt vermuten, daß die anglo-amerikanischen Sieger des Zweiten Weltkriegs auch ein gewichtiges Wörtchen mitreden bei der Entscheidung, wer in Deutschland Bundeskanzler werden oder andere hochrangige Posten besetzen darf. Und daß das zumindest in einigen Fällen so war, dafür gibt es mindestens fünf Belege, wie der folgende Abschnitt zeigen wird:

Die "genehmigten" Bundeskanzler

1) Konrad Adenauer: Er war dem mächtigen Briten Alfred Milner aufgefallen, dem Verwalter des Rhodes-Trusts. Milner hatte vom Inhalt einer Rede Konrad Adenauers erfahren, die Adenauer am 1. Februar 1919 im Hansa-Saal des Kölner Rathauses vor den rheinländischen Abgeordneten der Weimarer Nationalversammlung gehalten hatte. In der Rede sagte Adenauer: "... daß sich die Länder am Rhein ... zu einem westdeutschen Bundesstaat, zu einer Westdeutschen Republik im Verbands des Deutschen Reiches, zusammenschließen. ... Würde Preußen geteilt werden, die westlichen Teile Deutschlands zu einem Bundesstaat der "Westdeutschen Republik" zusammengeschlossen, so würde dadurch die Beherrschung Deutschlands durch ein vom Geiste des Ostens, vom Militarismus beherrschtes Preußen unmöglich gemacht ..."

Adenauer wollte damit dem französischen Sicherheitsbedürfnis entgegenkommen und die drohende Abspaltung des linken Rheinufers von Deutschland abwenden. Er sprach also schon 1919 die Teilung Deutschlands an, die dann nach 1945 realisiert wurde.

Milner fügte den Text dieser Rede seinem Brief bei, den er an Philip Kerr schickte, seinen engen Vertrauten und damaligen Sekretär von Lloyd George. Milner legte Kerr nahe, diese Adenauer-Rede genau zu studieren und den damaligen britischen Premierminister Lloyd George mit ihren Grundgedanken vertraut zu machen.

Und nach 1945 wird Konrad Adenauer dann Bundeskanzler.

Philip Kerr, der spätere Lord Lothian, der dem alten schottischen Adel angehörte, formulierte übrigens den Wortlaut des Kriegsschuldparagraphen 231 des Versailler Vertrags. Ausgerechnet er, der als führendes Mitglied des kriegstreiberischen "Round Table" Movement schon in der ersten Ausgabe der gleichnamigen Zeitschrift "The Round Table" diesen anonymen, deutschfeindlichen Propaganda-Artikel geschrieben hatte, wie oben beschrieben und somit genau wußte, wer wirklich den "Großen Krieg" wollte, nämlich er selbst und sein eigener,

verehrter "King Arthur", nämlich Lord Milner und die "Tafelrunde", "The Round Table", also die Gruppe, der Kerr selbst angehörte.

Und dennoch besaß er die Chuzpe, dem deutschen Kaiserreich die Alleinschuld im Versailler Vertrag zuzuschreiben. Wie geht es eigentlich Engländern heute, wenn sie dies erfahren? Schämen sie sich heute wenigstens für diesen "Lord Lothian" und seine Lüge, so wie die Deutschen sich für Adolf Hitler schämen?

2.) Von Willy Wimmer gibt es einen interessanten Hinweis in Bezug auf die Regierungsbildung in der Bundesrepublik im Jahre 1982:

"Mir ist aus diesem Besuch ein Gespräch auf der obersten Etage der CIA in bleibender Erinnerung geblieben. ... Es kam allerdings auch die innenpolitische Situation in der damaligen Bundesrepublik zur Sprache, und wir klagten wohl heftig über die politischen Verwerfungen, die bei der Bundestagswahl 1980 die Wahl des Bundeskanzlers Helmut Schmidt und die damit verbundene Niederlage unseres Kandidaten Franz-Josef Strauß ... hervorgerufen hatte. Unser Gesprächspartner rief deshalb den für die Bundesrepublik Deutschland verantwortlichen Mitarbeiter sofort zu diesem Gespräch dazu. Der verkündete uns geradezu eine "frohe Botschaft", denn er bat uns, die kritischen Anmerkungen doch herunterzuschlucken. "In einem Jahr sind sie an der Regierung", war seine lapidare Feststellung."

1982 gab es dann tatsächlich eine neue Regierung mit Helmut Kohl von der CDU/CSU und der FDP.

3.) Auch bei der Bundeskanzlerwahl im Jahre 1998 gab es aktive Wahlkampfhilfe aus den USA für Gerhard Schröder. Jochen Scholz, Oberstleutnant a.D. berichtete im Herbst 2016 bei einer Sendung des Internetportals KenFM, daß Gerhard Schröder im Frühsommer 1998, während seines Wahlkampfes, in die USA gereist sei und daß man dort mit der Clinton-Regierung über den Kosovo gesprochen habe.

Im Anschluß seien Wahlkampfhelfer aus dem Clinton-Team zu Gerhard Schröder gesandt worden - im Gegenzug für gewisse Zugeständnisse. Jochen Scholz sagte: "Aber wir haben eben auf diesem Wege gehört, daß über das Thema Kosovo gesprochen wurde und zwar natürlich nicht in irgendeiner verbindlichen Form, sondern man hat das so ausgedrückt: "Also wenn es da mal zu einer Auseinandersetzung kommen sollte, dann erwarten wir schon, daß die neue Bundesregierung unter Schröder sich dann auch - mit - militärisch engagiert".

Da war noch nicht die Rede von UNO-Sicherheitsbeschlüssen, ... sondern nur "im Prinzip", ... daß die neue Regierung dem zustimmen würde. Das muß man natürlich vor dem Hintergrund sehen, daß ... mit Helmut Kohl dieser Krieg, diese deutsche Kriegsbeteiligung nicht zustande gekommen wäre. ...

Und deswegen mußte es, aus Clintons Sicht, Rot-Grün machen. Und die wollten ja an die Regierung. Also man hat ihnen sozusagen die Bratwurst hingehalten und gesagt: Wir tun auch noch ein bißchen Senf drauf und unterstützen euch im Wahlkampf. Und das hat man auch getan. Es sind Personen in die Wahlkampfzentrale der SPD geschickt worden, nach Bonn, aus dem Clinton-Team. Und es hat dann auch geklappt ..."

4.) Am 13. September 2002 hielt die damalige Oppositionspolitikerin Angela Merkel als CDU-Vorsitzende eine Rede im Deutschen Bundestag, in der sie vor einem "deutschen Alleingang" warnte. Darüber hinaus reiste sie nach Washington und verfaßte am 20. Februar 2003 einen Artikel für die Washington Post mit dem Titel: "Schroeder doesn't speak for all Germans."

Hat sie durch dieses Verhalten nicht signalisiert, daß sie die Politik von George W. Bush voll und ganz unterstützt hätte, wenn sie an der Macht gewesen wäre? Nun - bald war sie an der Macht.

Ursula von der Leyen wurde während der Europawahl 2019 nicht von den EU-Bürgern zur EU-Kommissionspräsidentin gewählt, sondern durch ein Gremium am 2. Juli 2019 dazu no-

minierte, nachdem sich der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs nicht auf den gewählten Kandidaten hatte einigen können. Bei ihr wird besonders deutlich, daß der Bürgerwille in der angeblichen "Demokratie" nichts zählt, sondern daß vielmehr ganz andere Gründe für ihre Nominierung ausschlaggebend gewesen sein dürften:

Sie hatte am 18. Januar 2019 einen Kommentar in die New York Times gesetzt, in dem sie die NATO als Bündnis beschrieb, welches auf den "gemeinsamen Bestrebungen seiner Mitglieder beruhe und entschlossen sei, die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation der Völker zu schützen, die auf den Grundsätzen von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit basieren." Rußland und China benannte sie als Bedrohungen, indem sie von der "russischen Aggression in Osteuropa" und der chinesischen Machtdemonstration im Südchinesischen Meer sprach.

Diese Staaten würden sich der "internationalen Ordnung" widersetzen und versuchen, die Regeln von Demokratie und Wohlstand, die nach dem Zweiten Weltkrieg etabliert worden seien, aufzuweichen. Deshalb sei die NATO nicht nur unersetzlich für eine, Freiheit und Frieden fördernde, internationale Ordnung sondern stelle auch eine "emotionale Verbindung" zwischen dem amerikanischen und dem europäischen Kontinent dar. Ursula von der Leyen war auch häufiger Gast bei den Bilderbergern. "Diese Treffen besuchte Frau von der Leyen als Verteidigungsministerin 2015, 2016, 2018 und 2019..."

Fragen zur weiteren Entwicklung

Sehen sich die anglo-amerikanischen Imperien in der Nachfolge des Römischen Imperiums? Die Römer nutzten Germanen, um sie gegen die Gegner des Imperiums kämpfen zu lassen. Auch haben die Römer die Fürstensöhne der von ihnen unterworfenen Völker in Rom erziehen lassen, um getreue Vasallen heranzuziehen - so wie deutsche Nachwuchs-Politiker in Young-Leaders-Programms von transatlantischen Organisationen "erzogen" werden - oder so, wie gewisse Politiker und Politikerinnen zu den Bilderbergern und anderen Veranstaltungen eingeladen werden.

Zuletzt soll noch auf ein ganz besonderes "Satire-Magazin" hingewiesen werden: Auf die neueste Asterix-Ausgabe von Jean-Yves Ferri und Didier Conrad: In "Die Tochter des Vercingetorix" gibt es eine Anspielung auf dieses Vorgehen einer solchen, forcierten "Adoption", besser gesagt "Umerziehung" durch die Römer: Asterix und Obelix verteidigen darin die Tochter des gallischen Widerstandskämpfers Vercingetorix vor den Römern, die sie als prominente gallische Geisel "romanisieren" wollen, sie also zu einer echten Römerin umerziehen wollen.

Dieser tapferen jugendlichen "Widerstandskämpferin", die sich nicht für römische Zwecke instrumentalisieren lassen will, wird auf den Seiten 37 und 40 des Comics ein wild trommelnder, "hyperaktiver und hochbegabter," blonder, gotischer Junge gegenübergestellt, der offenbar gerade erfolgreich zum Römer umerzogen wird, sich aber lautstark beklagt, daß er sich als Gote nicht ausleben dürfe.

Die Anspielung ist unschwer zu verstehen: Als Ziehsohn des Römers darf er den Takt angeben - so wie Deutsche zurzeit in der EU den Takt angeben dürfen.

Doch ist es nicht ein NATO-Takt, der einen antirussischen Kurs vorgibt? Denn zwei wichtige Funktionsträger der NATO, General Sir Nicholas Carter, höchstrangiger Militär der britischen Armee, und die NATO-Botschafterin Kay Hutchison fordern beide einen harten antirussischen Kurs. Und Deutschland scheint sich zu fügen.

Doch der französische Staatspräsident Emmanuel Macron wich erst kürzlich vom NATO-Konsens ab und signalisierte in einem Brief an den Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, einen Wunsch nach Annäherung an Rußland - während sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland weiter verschlechtern, was ganz im Sinne der NATO zu sein scheint. Offenbar hat in Deutschland die Umerziehung stärker gefruchtet als in Frank-

reich.

Und was hat das Imperium USA und seine NATO mit dem so erfolgreich "Umerzogenen" vor? ...<<

16.01.2020

BRD: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 16. Januar 2020 folgender Bericht über die "Souveränität" der Bundesrepublik Deutschland (x1.014/...): >>**Über die Souveränität des Staates Deutschland und die seiner Bürger**

Ein Kommentar von *Bernhard Loyen*

Haben sie es auch gelesen, davon gehört? Deutschland hatte ein bißchen Glück. Ja, Glück ist etwas Schönes und recht begehrt in aktuellen Zeiten. Glück ist nüchtern betrachtet das Ergebnis des Zusammentreffens besonders günstiger Umstände, die günstige Fügung des Schicksals.

Diese günstige Fügung des Schicksals erlebte unsere Regierung bei der Betrachtung des aktuellen Haushaltssparschweins. Ergebnis: ein erfreuliches Plus von 17,1 Milliarden Euro. Der Grund? Zitat: Finanzminister Scholz verkündete "*Wir hatten ein bißchen Glück, und natürlich haben wir auch gut gewirtschaftet*". Glückwunsch. Diese Summe entspricht einer Höhe, die auf Platz fünf von fünfzehn Posten des Haushalts 2020 der Bundesregierung zu finden wäre.

Leider haben davon die Menschen in Deutschland nicht wirklich was, blickt man etwas kritischer auf den Gesamtzustand dieses Landes, dieser Gesellschaft. Da, wo es essentiell für des Bürgers Glücksgefühl wird, angefangen bei den Kindergärten, den Schulen, dem Wohnungsmarkt, der Infrastruktur (also den Krankenhäusern, den Straßen, logistischen Großbauprojekten bekannter Art) schaut es eher mau aus. Eine leider langsam vergessene, aber immer noch treffende Umschreibung: schäbig.

Schäbig ist in gewisser Form auch der Umgang der ausführenden Politik mit ihrer Verantwortung gegenüber den Bürgern. Die Damen und Herren im Berliner Reichstag haben andere Ziele vor Augen bei den Investitionsschwerpunkten für die aktuelle Regierungszeit. Für den Bundeshaushalt 2020 steht an erster Stelle der Bereich Arbeit und Soziales mit 155 Milliarden Euro. Bundestagspräsident Schäuble machte sich dahingehend so seine Gedanken, Zitat: "*Wir müssen die Balance zwischen Fordern und Fördern richtig einhalten*", mahnte der CDU-Politiker beim Neujahrsempfang der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Hamburg.

Mit *Wir* meinte er aber nicht wir alle, sondern eine inzwischen abgehobene Politikaste, für die er stellvertretend der Souveränität des täglichen Daseins von Millionen Menschen noch einen Gedanken nachschob, Zitat: "*Denn wenn wir überfordern, zerstören wir die Motivation der Menschen und machen sie unglücklicher.*"

Schäuble sprach sich gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen aus. Müßten die Leute nicht mehr arbeiten, nehme ihnen der Staat den Anreiz, ihre persönliche Lebenserfüllung zu finden. Zumindest ehrliche Gedanken.

An zweiter Stelle kommt dann schon das Verteidigungsressort mit sagenhaften 45,1 Milliarden Euro. Ein Großteil der Deutschen Bevölkerung weiß sehr wohl, daß eine Summe dieser Größenordnung nicht allein für die Verteidigung unseres Landes benötigt wird. Dieses Land beteiligt sich, ausschlaggebend der Entscheidung gewählter Politiker, an sogenannten Auslandseinsätzen, internationalen Einsätzen. Krieg zu unterstützen, aktiv wie passiv, bedeutet auch die Folgen mit einzukalkulieren. Entsprechende Ergebnisse größeren Ausmaßes zeigen die Entscheidungen und daraus resultierenden Ereignisse seit 2015 in Deutschland. Breit dokumentiert und diskutiert.

Bekanntermaßen sind es die USA, die seit dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts Anfang der 90er Jahre vernichtend, zerstörend und mordend durch die Welt agieren. Seit ihrer

letzten Attacke gegen einen führenden Militär des Iran, über einen Drohnenmord, muß die gesamte Welt erneut die Luft anhalten, darauf hoffen, daß es nicht zu einem neuen Flächenbrand kommt, dessen Auswirkungen früher oder später auch in Deutschland zu spüren sind. Der Politiker Andrej Hunke von der Partei DIE LINKE wollte nun von der Bundesregierung erfahren, ob sich Deutschland dahingehend beteiligt hat, in diesem noch jungen Jahr zumindest mitschuldig zu sein einen 3. Weltkrieg zu provozieren. Stichwort - US-Airbase Ramstein, Relaisstation.

Zur Fragestunde im Bundestag am gestrigen Mittwoch, wollte er in Erfahrung bringen, Zitat: *Welche weiteren Relaisstationen sind der Bundesregierung für die Missionsführung von US-Drohnen bekannt, woraufhin sie zu der in der Bundespressekonferenz (BPK) vom 6. Januar 2020 vorgetragenen Einschätzung kommt, der US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein sei nur "eine" solche Anlage, aber nicht "die einzige" und wann hat sie sich zuletzt bei der US-Regierung zur völkerrechtskonformen Nutzung der Relaisstation in Ramstein erkundigt bzw. unaufgefordert eine entsprechende Zusicherung von der US-Seite erhalten.*

Die Antwort von Michael Roth (Staatsminister im Auswärtigen Amt) fiel freundlich aber gewohnt inhaltsleer aus. Man stehe mit den US-Amerikanischen Partnern in einem ständigen Austausch. Die bekannte Tatsache der Nutzung Ramsteins als Mordzentrale wird in der Antwort beeindruckend wie folgt dargestellt, Es handle sich aus Sicht der US-Regierung um eine, Zitat: *...globale Kommunikations-Infrastruktur für den Einsatz von unbemannten Luftfahrzeugen, inkl. verschiedener Relaisstationen.*

Zudem habe die US-Seite bei letzten Konsultationen erneut bestätigt, Zitat: *daß sie bei der Nutzung des Stützpunktes Ramstein Deutsches Recht achten.* Worthülsen. Phrasen des Bücklingtums. Zumindest wird jetzt schon mal öffentlich zugegeben, daß es mehrere Relaisstationen mit dem Wissen der Bundesregierung gibt. Nur die Standorte bleiben unbekannt. Das ist erbärmlich in der Ausführung, aber betrachten wir erneut die nüchterne Realität.

Überleitungsvertrag und "Feindstaatenklauseln"

Deutschland begeht am 3. Oktober dieses Jahres den 30. Jahrestags der Deutschen Wiedervereinigung. Der Wissenschaftliche Dienst der Bundesregierung veröffentlichte 2006 ein Gutachten mit dem Titel: *Überleitungsvertrag und "Feindstaatenklauseln"*. Zum Thema Souveränität finden sich folgende Zeilen, Zitat: *Der Begriff Souveränität bedeutet im völkerrechtlichen Sinne, daß Staaten gegenüber anderen Staaten befehlsunabhängig und nur der Völkerrechtsordnung unterworfen sind. ...*

Dieser Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten findet sich in Art. 2 Nr. 1 der Satzung der Vereinten Nationen. ... Da Beschränkungen der Souveränität eines Staates eine Ausnahme von der Regel darstellen, müssen sie besonders begründet werden.

Existieren solche Beschränkungen in der Gegenwart? Die politischen Grundlagen für die Deutsche Wiedervereinigung wurden im Sommer des Jahres 1990 im Zuge der sog. "2+4-Verhandlungen" erarbeitet, die schließlich zum sog. "2+4-Vertrag" vom 12. September 1990 führten. In diesem Vertrag finden sich Bestimmungen, dargelegt als sog. *"versteinertes Besatzungsrecht"*. Es findet sich die Erläuterung,

Zitat: *Schließlich bleiben "Maßnahmen, welche von den Regierungen oder mit ihrer Ermächtigung in der Zeit zwischen dem 1. September 1939 und dem 5. Juni 1945 wegen des in Europa bestehenden Kriegszustandes getroffen wurden", einschließlich eines diesbezüglichen Klagestopps, wirksam.*

Wie wird dies von Bundesseite gerechtfertigt, Zitat: *Die Tatsache, daß verschiedene Bestimmungen und Maßnahmen der Besatzungsmächte bestandskräftig sind, führt nicht zu dem Ergebnis, daß die Bundesrepublik Deutschland heute völkerrechtlich nicht vollständig souverän ist.*

Der Fortbestand des Besatzungsrechts basiert darauf, daß die Bundesrepublik Deutschland

freiwillig eine entsprechende völkerrechtliche Bindung eingegangen ist. Die Tatsache, daß sich ein Staat gegenüber anderen Staaten Bindungen auferlegt, ist jedoch kein Beweis für eine nur unvollständige Souveränität des Staates, sondern im Gegenteil gerade Ausfluß seiner Souveränität. Harter Tobak, der aber erstmal nicht weiter kommentiert werden soll.

Rechtfertigen diese Zeilen die Existenz der größten US-Militärbasis außerhalb der USA, auf deutschem Boden? Der Drohnen-Relaisstation Ramstein? Bevor wir dies betrachten, ist Ramstein eigentlich die letzte Liegenschaft der US-Army nach der Deutschen Wiedervereinigung 1990? Genaues weiß man anscheinend nicht.

Antwort der Bundesregierung aus dem Gutachten: ***Umfang und Standorte der in Deutschland stationierten US-Streitkräfte im Überblick*** aus dem Jahre 2017, Zitat: *Die Gesamtzahl der Standorte der US-Streitkräfte ist aufgrund des unterschiedlichen Alters der verfügbaren Quellen nicht präzise ermittelbar, dürfte sich aber im höheren zweistelligen Bereich bewegen.* Die Bundesregierung kennt also die genaue Zahl ihrer Untermieter nicht?

Absurd, aber nicht verwunderlich. Möchten sie noch eine Absurdität kennenlernen? Wissen sie eigentlich wodurch die Tatsache US-Amerikanischer Atomwaffen auf deutschem Boden geregelt ist? Abgesegnet gemäß Artikel 1 des Vertrags über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland vom - Achtung - 23. Oktober 1954. Bis heute, geduldet und unantastbar. Blicken wir nach Ramstein.

Ein Gutachten mit dem Titel: ***Der Militärstützpunkt Ramstein. Statusrechtliche Fragen und mögliche Konsequenzen bei Verstößen gegen das Stationierungsrecht*** aus dem Jahre 2017 informiert über die Rechtsgrundlagen für den Aufenthalt amerikanischer Truppen in Deutschland, Zitat:

Die Präsenz amerikanischer Militäreinrichtungen in Deutschland findet ihre Rechtsgrundlage im Stationierungsrecht. Grundlage für den dauernden Aufenthalt von US-Streitkräften in Deutschland ... ist bis heute der sog. Aufenthaltsvertrag vom 23. Oktober 1954. Im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands wurde die Fortgeltung des Aufenthaltsvertrags durch die "Vereinbarung vom 25. September 1990 zu dem Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland" bestätigt und ergänzt.

Bezugnehmend der aktuellen Ereignisse, um die drohngesteuerte Ermordung von Qasim Soleimani, sei Punkt 2 zitiert: ***Anwendbarkeit deutschen Rechts auf dem Gebiet ausländischer Militärliegenschaften:*** *Ausländische Militärliegenschaften in Deutschland sind kein "extraterritoriales" Gebiet des Entsendestaates. Die Militärbasis Ramstein liegt auf deutschem Hoheitsgebiet, d.h. als Konsequenz aus dem Territorialitätsprinzip ist deutsches Recht anwendbar.*

Nun ist noch nicht schlußendlich geklärt, ob der finale Knopfdruck in Ramstein erfolgte. Marcel Dickow, Leiter der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik formulierte es am 08.01 jedoch so, Zitat: *Es ist ziemlich wahrscheinlich, daß Ramstein zumindest einen technischen Anteil an dieser Operation hatte.*

Denn wir wissen, daß Ramstein als Relais-Station fungiert. Dort werden nämlich die Satellitendaten, mit denen die Drohnen gesteuert werden, umgeleitet auf eine Glasfaserverbindung, die dann in die USA führt. Diese technische Infrastruktur, die die USA schon seit vielen Jahren aufgebaut haben und dort betreiben, ist essentiell für den Drohnenkrieg und deswegen ist es sehr wahrscheinlich, daß Ramstein hier wenigstens eine technische Rolle gespielt hat.

Zusammenfassend. Der deutsche Staat, als Vermieter des Grundstücks, duldet völlig bewußt Straftaten, mit dem Wissen, ggf. Szenarien dadurch mitzuverschulden, über die wir nicht mal theoretisch im Ansatz nachdenken möchten. Nachweislich jedoch keinerlei Problem für Angela Merkel, Heiko Maas und Annegret Kramp-Karrenbauer, als politisch Verantwortliche. Warum will sich die Deutsche Bundesregierung politisch und vor allem juristisch von diesen Verbrechen nicht befreien? Wo bleibt das Statement von Christine Lambrecht? Kennen sie

nicht? Das ist unsere aktuelle Justizministerin aus dem Hause SPD.

Seit spätestens 2014 sind diese Verbrechen breiter bekannt. Der ehemalige Drohnenpilot Brandon Bryant (der damals 28-Jährige war bis April 2011 auf einem Luftwaffenstützpunkt in New Mexico stationiert und steuerte von dort aus Drohnen) gab zu Protokoll, Zitat: *"Ohne Deutschland wäre der gesamte Drohnenkrieg des US-Militärs nicht möglich"*. Bei Dienstbeginn habe er "immer als erstes in Ramstein angerufen".

Zitat aus dem Artikel: *Dokumente des US-Militärs und die Aussage eines ehemaligen Drohnenpiloten legen nun aber nahe, daß auch Einsätze in Pakistan und in Jemen über Ramstein abgewickelt werden. In beiden Ländern sind nach Schätzung der Nichtregierungsorganisation Bureau of Investigative Journalism seit dem Jahr 2004 etwa 1.000 Zivilisten bei Drohnenangriffen getötet worden.*

Das war vor sechs Jahren. Es wird weiter ungehindert von Ramstein ausgehend gemordet. Auch hierfür finden sich entsprechende Rechtfertigungen, auf die sich die Bundesregierung anscheinend bezieht. Ausruht? Es wird zumindest inzwischen geklagt, von Bürgern und von Opfern.

Nun wird es unangenehm, Zitat: *Wissenschaftliche Dienste, Ausübung militärischer Gewalt durch ausländische Staaten von Militärbasen in Deutschland, 2015: Nach Art. 53 Abs. 1 des Nato-Truppenstatuts (NTS-ZA) kann "eine Truppe innerhalb der ihnen zur ausschließlichen Benutzung überlassenen Liegenschaften die zur befriedigenden Erfüllung ihrer Verteidigungspflichten erforderlichen Maßnahmen treffen."*

Legt man das Zusatzabkommen - ebenso wie den Aufenthaltsvertrag - dynamisch im Lichte der aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen aus, so läßt sich der Begriff "Verteidigung" in Richtung "Terrorismusbekämpfung" "fortschreiben".

So wird das jahrzehntelangen Morden also juristisch definiert. Jetzt kommt Souveränitätseierei Made In Germany, Zitat:

Die Völkerrechtskonformität von Drohnenoperation zum Zwecke "gezielter Tötungen" (targeted killing) ist bis heute jedoch rechtlich umstritten; insbesondere divergieren die amerikanischen und deutschen Rechtsauffassungen zu dieser Frage, die an dieser Stelle auch nicht weiter vertieft werden soll.

Warum auch? Sterben ja nur ein paar Muselmanen am anderen Ende der Welt. ... Existiert nun ein Kündigungsrecht seitens der Deutschen?

Der Wissenschaftliche Dienst informiert auch hierzu, Zitat aus dem Gutachten *Der Militärstützpunkt Ramstein. Statusrechtliche Fragen und mögliche Konsequenzen bei Verstößen gegen das Stationierungsrecht*, 2017:

"Das Stationierungsrecht (erlaubt) in seiner derzeitigen Fassung keine vollständige Rechtmäßigkeitskontrolle der Bundesrepublik der Tätigkeiten fremder Streitkräfte in der Bundesrepublik. Zwar verpflichtet Artikel II des Nato-Truppenstatuts (NTS) die in Deutschland stationierten Streitkräfte dazu, deutsches Recht zu achten.

Damit erscheint eine Sanktionierung von Straftaten, welche möglicherweise auf dem Stützpunkt Ramstein begangen werden könnten, durch deutsche Behörden schwierig.

Schwierig? Schwierig ist es eher diesen Begriff in Verbindung zu bringen mit einem vermeintlich souveränen Staat. Gibt es denn nun eher unbekannte Möglichkeiten? Betrachten wir Punkt 4 dieses Gutachtens:

Kündigung des Stationierungsrechts:

Zitat: *Sowohl der Aufenthaltsvertrag als auch das NATO-Truppenstatut können aufgekündigt werden. Nach Nr. 3 der Vereinbarung vom 25. September 1990 zu dem Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland kann die Bundesrepublik Deutschland den Aufenthaltsvertrag in Bezug auf eine oder mehrere Vertragsparteien unter Einhaltung einer Frist von zwei Jahren beenden.*

Dies wäre aber nur in Verbindung zu bringen, also umsetzbar, mit politischer Souveränität im Denken. Diesen Gedanken wiederum in Verbindung zu bringen mit dem aktuellen politischen Personal ... lassen wir das.

Dem politischen Deutschland fehlt wie dargestellt seine darstellende Souveränität. Wie schaut es bei den Bürgern aus? Mit der Souveränität bei der, Zitat: *persönlichen Lebenserfüllung?* Der *Befehlsunabhängigkeit*, seitens der Vorgaben der regierenden Politik?

Beispiele:

Souveränität bei der Suche nach dem Kita und Schulplatz für das Kind schwierig, eher düster.

Souveränität bei der Suche nach bezahlbarem Wohnraum - schwierig, eher düster.

Souveränität in der Existenz, bzw. Suche eines realistisch entlohnten Berufes schwierig, eher düster.

Die Souveränität im alltäglichen Dasein, definiert über etwas Glück, Gesundheit, Zufriedenheit und dem bescheidenen Verständnis von materiellem Auskommen bleibt auch in diesem Jahr eine Herausforderung für Millionen Menschen in diesem Land, sehr eng gebunden an die Vorgaben der Politik.

Berlin 2020, Zitat: *Ex-Senator Harald Wolf verläßt das Abgeordnetenhaus und profitiert von der Stichtagsregelung zur Diätenerhöhung, die seit dem 1.1.2020 gilt. Alle Parteien, außer der AfD, hatten für dieses Modell votiert.*

Seit 1991 war Wolf Mda, zunächst für die PDS, zuletzt für die Linkspartei, für jedes Jahr erhält er einen Monat Versorgung auf Basis der letzten Diät. Hätte Wolf sein Mandat noch im Dezember niedergelegt, als er engen Vertrauten seine Absicht offenbarte, hätte er nur einen Anspruch auf monatlich 2.564 Euro gehabt. Jetzt, nur ein paar Tage später, für nur ein paar Tage länger im Parlament, sind es schon 4.062 Euro im Monat. Menschlich ist das verständlich, rechtlich verdient - aber politisch schwierig.

Alles beim Alten, auch 2020. Etwas Glück für Politiker. Schwierige Zeiten für den Normalbürger.<<

20.01.2020

BRD: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 20. Januar 2020 folgender Bericht über den Vertrag von Versailles (x1.014/...):

>>**Vertrag von Versailles - Nach dem Krieg ist vor dem Krieg**

Ein Kommentar von *Hermann Ploppa*

Es ist nun über hundert Jahre her, daß am 10. Januar 1920 der "Friedensvertrag" von Versailles in Kraft trat. Auch nach hundert Jahren können dieser Vertrag und seine Folgen die Gemüter der Nachgeborenen noch erhitzen. Der Versailler Vertrag besagte, daß Deutschland als allein schuldiger Verursacher des Ersten Weltkriegs festgestellt wurde. Aus diesem Grund sollte Deutschland über viele Jahrzehnte hinweg eine astronomische Summe an Geld sowie immense Sachleistungen an Großbritannien und Frankreich abliefern. Zudem sollte Deutschland Abschnitte seines Staatsterritoriums an seine Nachbarländer abtreten.

Das alles wurde in dem Vertrag von Versailles geregelt, der am 28. Juni 1919 unterzeichnet wurde.

War denn die Übereinkunft von Versailles überhaupt ein richtiger Vertrag?

Das kann man verneinen. Denn ein Vertrag wird zwischen zwei gleichberechtigten Parteien nach freien Verhandlungen abgeschlossen. So wurde nach der Niederlage des napoleonischen Frankreichs bei der Wiener Konferenz im Jahre 1815 der Vertreter der Verlierernation, Talleyrand, als gleichberechtigter Verhandlungspartner zugelassen. Talleyrand konnte am Verhandlungstisch für Frankreich vorteilhafte Regelungen aushandeln.

Als nun der Präsident der USA, Woodrow Wilson, in der Endphase des Ersten Weltkrieges nach Europa signalisierte, daß im Falle eines Waffenstillstands Deutschland faire Verhandlungen erwarten konnte, wurde ihm Glauben geschenkt. So schloß am 11. November 1918

eine deutsche Delegation mit den Vertretern Großbritanniens und Frankreichs einen Waffenstillstandsvertrag ab.

Die Deutschen erwarteten nun eine Einladung zu den Friedensverhandlungen, die in Paris stattfinden sollten. Als allerdings die Staatsoberhäupter der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens in Paris die Verhandlungen eröffneten, wurde die deutsche Delegation in einem Pariser Hotel unter Hausarrest gestellt. An einen Zugang zu den Verhandlungsräumen war überhaupt nicht zu denken. Was dort verhandelt wurde, erfuhr die deutsche Delegation nur sehr lückenhaft. Die Deutschen konnten sich überhaupt nur durch schriftliche Eingaben zur Sache äußern. Als Angeklagte wurden die deutschen Zivilpolitiker durch ein Spalier von Kriegsversehrten nach vorne geführt, um dann das Urteil anzuhören.

Gedemütigt wurden hier die zivilen deutschen Politiker, die jetzt aus Pflichtgefühl die politische Verantwortung übernehmen mußten für eine Niederlage, die sie gar nicht zu verantworten hatten. Politiker wurden als Angeklagte vorgeführt, die sich gegen den Krieg ihrer Militärjunta unter Ludendorff gewehrt hatten. Offenkundig ging es den Siegermächten auch darum, der neuen demokratischen Regierung gleich ein tödliches Stigma auf die Stirn zu brennen, um der jungen deutschen Demokratie umgehend das Genick zu brechen.

Die Urteilsverkündung fand übrigens im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles, etliche Kilometer vor den Toren von Paris, statt. Ein geschickt gewählter Ort. Hier regierte dereinst in absolutistischer Machtvollkommenheit König Ludwig der Vierzehnte, der gar sagte: *"Der Staat bin ich!"*

Und es war kein Geringerer als der hochgelobte deutsche Kanzler Otto von Bismarck, der nach dem Sieg der deutschen Truppen über Frankreich im Jahre 1871 die Neugründung des Deutschen Reichs mit der Kaiserkrönung Wilhelms des Ersten von Hohenzollern in eben diesem für die Franzosen so heiligen Spiegelsaal von Versailles besiegeln ließ.

Bismarck wollte den *"gallischen Hahn"*, wie er sich auszudrücken pflegte, hemmungslos mit dieser Aktion demütigen. Bismarck war es ja auch, der dem unterworfenen Frankreich knochenharte Friedensbedingungen auferlegte, die, so sagte der Eiserne Kanzler von Blut und Schwert, den Franzosen nur noch ihre zwei Augen übrig lassen sollten, mit denen sie dann über ihre *"Verluste weinen konnten"*.

Wie es in den Wald hineinschallt, so schallt es auch wieder heraus. Das unverschämte Benehmen Bismarcks gegen Frankreich hatte nun zur Folge, daß die französische Regierung den Deutschen diese Maßlosigkeit heimzahlen wollte, indem es die an der Niederlage vollkommen unbeteiligten deutschen Zivilpolitiker in eben diesem Spiegelsaal von Versailles erniedrigen und demütigen ließ.

Auf Seiten der Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich gab es durchaus vehementen Widerstand gegen den Diktatfrieden von Versailles, mit weitreichenden politischen Folgen in den betroffenen Ländern selber.

Der klarsichtigste Kritiker auf englischer Seite war der bedeutende Ökonom John Maynard Keynes. Keynes gehörte als Abgesandter des britischen Finanzministeriums zur Verhandlungsdelegation und hatte Zugang zu den innersten Kreisen. Als Keynes mit seinen Warnungen gegen die Unmäßigkeit der alliierten Forderungen an Deutschland nicht durchkam, trat er von seinem Posten zurück und alarmierte die Weltöffentlichkeit mit seinem Buch: *"Die Konsequenzen des Friedens"*.

Keynes gibt uns zunächst einen hautnahen Einblick in die Atmosphäre bei diesen geheimen Verhandlungen. Da thront als autistischer Mittelpunkt der amerikanische Präsident Woodrow Wilson. Welche Erwartungen waren diesem Geschichtspräsidenten aus den amerikanischen Südstaaten auf seinem Weg nach Europa vorausgeeilt! In Paris fuhr er als bejubelter Messias durch Menschenmassen, auf seinem Weg zum Verhandlungsort.

Wilson hatte mit seinen berühmten Vierzehn Punkten Hoffnung auf Frieden in Europa ge-

weckt. Die Völker sollten in Zukunft frei und selbstbestimmt ihr Schicksal gestalten können. Ein Völkerbund sollte Konflikte entschärfen, bevor es zum Krieg kommen konnte. Und nun hockt Wilson stumm herum und tut rein gar nichts. Statt dessen wuseln suspekte Gestalten um die Verhandlungstische herum. Die alten Männer der französischen Delegation leben in der Vergangenheit und sinnieren nach Rache für die Schmach von 1871.

Die Briten und die Franzosen wiederum wollen aus Deutschland gigantische Vermögenswerte rauspressen in Form von sogenannten Reparationen. Denn Frankreich und Großbritannien haben sich im Laufe des viel zu langen Krieges hoffnungslos bei amerikanischen Banken verschuldet, und müssen jetzt irgendwie die Schulden abzahlen. Das soll das deutsche Volk für sie besorgen. Durch Geld- und Sachleistungen. Und man will Deutschland noch Sahnestücke aus dessen Staatsterritorium herausschneiden.

Das alles hat nun allerdings herzlich wenig mit einer Friedensregelung zu tun, findet John Maynard Keynes. Haben denn die Macher der Verträge überhaupt kein Bewußtsein dafür, daß das Versailler Diktat geradewegs in ein Massenelend, in Chaos und letztendlich in einen neuen Krieg führen wird? Dieser sogenannte "Friedensvertrag" wird direkt in einen neuen Krieg in zwanzig Jahren führen, warnt Keynes. Anstatt aus den besiegten Ländern immense Mittel abzuziehen, müßte man Kredite und andere Starthilfen hineinpumpen, damit die Staaten wieder auf die Beine kommen können, meint Keynes.

Offensichtlich sahen das viele Menschen in den USA und Großbritannien ganz genauso wie Keynes. Denn sein Buch wurde ein Bestseller. Als 1920 in den USA eine neue Regierung gewählt wurde, gewann Warren Gamaliel Harding von der republikanischen Opposition die Präsidentschaft, und auch im Kongreß verzeichneten die Republikaner einen Erdrutschsieg. Der neue Präsident versprach, zur Normalität zurückzukehren und mit Deutschland einen separaten eigenen Vertrag zu unterzeichnen.

Der Washingtoner Kongreß lehnte die Versailler Verträge rundweg ab und die USA traten auch nicht dem von ihrem ehemaligen Präsidenten Wilson erschaffenen Völkerbund bei. Im Laufe der 1920er Jahre folgten dann amerikanische Banken dem Rat von Keynes und schnürten ein Kreditpaket für Deutschland, das dann als Dawes-Plan 1924 die deutsche Gesellschaft wesentlich subtiler unter amerikanische Kontrolle nehmen sollte als alle Raubverträge und Annexionen der Briten und Franzosen zuvor.

Und die Reaktion in Deutschland? Die zivilen Instanzen, die Reichsregierung und das Parlament, aber auch Kaiser Wilhelm der Zweite, waren im Krieg sukzessive in den Hintergrund geschoben worden. Die Generäle Hindenburg und Ludendorff hielten Deutschland in Schach und regierten selbstherrlich als Militärjunta. Ludendorff hatte die deutsche Niederlage mit seiner Irrsinnstrategie geradezu erzwungen. Mit der Anordnung des bedingungslosen U-Boot-Krieges gegen alle Schiffe im Atlantik hatte Ludendorff die Steilvorlage für den Eintritt der USA in den europäischen Krieg geliefert.

Die potentiellen Verbündeten aus der neuen bolschewistischen russischen Regierung hatte er gegen sich aufgebracht mit unverschämten Forderungen im Vertrag von Brest-Litowsk. Nachdem seine neue Strategie an der Westfront kläglich gescheitert war, kam Ludendorff im September 1918 auf die perfide Idee, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Ab sofort sollte in dieser hoffnungslosen Situation eine parlamentarisch legitimierte Reichsregierung die von Ludendorff in den Dreck gefahrenen Karre wieder herausziehen.

Ludendorff verkrümelte sich mit einem gefälschten Paß nach Schweden und tauchte erst in Deutschland wieder auf, als die Luft rein war. Jetzt durfte am 11. November 1918 der neue Finanzminister Erzberger, der mit dem Kriegsverlauf rein gar nichts zu tun hatte, anstelle von Hindenburg und Ludendorff den Waffenstillstand im Eisenbahnwaggon im französischen Compiègne unterzeichnen, flankiert von zwei relativ unbedeutenden Generälen aus dem deutschen Heer und der Marine.

Und auch hier wiederholt sich die Niederlage Frankreichs im Jahre 1871, diesmal mit umgekehrten Vorzeichen: 1871 hatte die französische Elite komplett abgewirtschaftet, und Bürgerkomitees übernahmen in Paris die Verwaltung und die Ordnung. Die französischen Eliten krochen unter die Fittiche Bismarcks und ließen mit deutschem Geld und deutscher Munition über 30.000 Pariser Bürger abschlachten. Nun 1918: auch hier war der Totalbankrott der bisherigen militärpolitischen Eliten offensichtlich.

Auch in Deutschland begannen sich die Bürger selber zu organisieren. Jetzt krochen die deutschen Eliten unter die Fittiche der Briten und Franzosen. Der deutsche Unternehmer Karl Helfferich sammelte 500 Millionen Reichsmark für den Antibolschewistenfond und ließ aus traumatisierten gedemütigten Soldaten eine Killertruppe aufbauen, die in der jungen Weimarer Republik als Freikorpsverbände schreckliche Leichenberge aufschichtete.

Der sogenannte Kapp-Putsch 1920 wurde mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit vom englischen Geheimdienst gesteuert und sollte die Weimarer Demokratie durch eine Militärdiktatur ersetzen. Politiker, die sich dem Diktat von Versailles entgegenstellten und die versuchten, mit der Sowjetunion zusammen ein souveränes Deutschland zu errichten, wurden von Schergen der Helfferich-Verbände ermordet oder schwer verletzt.

Hier sind stellvertretend für viele zu nennen: Finanzminister Erzberger, Außenminister Walther Rathenau und Philipp Scheidemann. In absurder Umkehrung der Tatsachen wurde dann verbreitet, man habe diese Männer angegriffen, weil sie "Erfüllungspolitiker" seien: sie hätten also das Versailler Diktat besonders eifrig unterstützt.

Es gab indes tatsächlich einen "Erfüllungspolitiker", der energisch die Intentionen des Versailler Vertrags durchgesetzt hat: ein Münchner Politiker namens Adolf Hitler. Zu den äußerst umstrittenen Regelungen des Versailler Vertrags gehörte die Übergabe des österreichischen Südtirols an Italien.

In seinem Buch "Mein Kampf" fordert Hitler ausdrücklich die Übergabe Südtirols an Italien. Zudem plädiert Hitler für die Unterordnung Deutschlands unter das Britische Weltreich. 1934 ist unter der Diktatur Hitlers ein wesentlicher Agendapunkt endlich erfüllt: Deutschland tritt als Juniorpartner Englands einem Staatenbund von Großbritannien, Italien und Frankreich bei. Von dort aus vergingen nur noch fünf Jahre, nach denen dann auch noch die Voraussage von John Maynard Keynes exakt eingetroffen ist: im Jahre 1939 begann bekanntlich der nächste große Krieg.

Anmerkungen

**John Maynard Keynes: The Consequences of the Peace. London 1919<<*

31.01.2020

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 31. Januar 2020 (x1.000/...): >>Soziale Experimente am Volk

Beruhet der moralische Verfall und die fortschreitende Auflösung aller traditionellen Werte in der westlichen Welt auf einem sorgfältig geplanten Programm? So lehren es zumindest erfolgreiche Täuschungsmanöver der Vergangenheit. Denn in den 60er Jahren ist die Hippie-Bewegung nicht zufällig entstanden ...

Im Jahr 1913 wurde in London das Tavistock-Institut gegründet. Nach dem 1. Weltkrieg bildete es viele "Ableger", so daß ein regelrechtes Netzwerk solcher Institute entstand. Finanziert wurde es zunächst durch das englische Königshaus, später jedoch u.a. von den Rothschilds und den Rockefeller-Stiftungen. Der Auftrag des Instituts bestand darin, Propagandatechniken zur psychologischen Kriegsführung zu entwickeln, um die öffentliche Meinung in eine bestimmte Richtung zu lenken.

Diese Techniken wurden jedoch nicht nur für Kriegszwecke genutzt. Laut Dr. John Coleman, einem ehemaligen Mitarbeiter des britischen Geheimdienstes MI6, ist auch der moralische Verfall und die fortschreitende Auflösung aller traditionellen Werte in der westlichen Welt

das Ergebnis eines sorgfältig geplanten Programms des Tavistock-Instituts. Demnach wurde die Bevölkerung offensichtlich gezielt manipuliert und in diese Richtung gelenkt. Ein Musterbeispiel ist das legendäre Woodstock-Festival im US-Bundesstaat New York, das sich am 15.8.2019 zum 50. Mal jährte.

Das Festival gilt bis heute als Höhepunkt der Hippiebewegung der 1960er Jahre. Ausdruck dieser sog. Jugendbewegung waren Friedens-Demos, neue Musik, sexuelle Freizügigkeit und Drogen. Der Schriftsteller Robin de Ruiter und die Philosophin Dr. Claudia Simone Dorchain sehen in der Hippiebewegung jedoch keine selbstbestimmte Entwicklung von jungen Menschen. Diese seien lediglich Opfer eines groß angelegten sozialen Massenexperiments geworden. Demnach wurde die gesamte Hippiebewegung von Handlangern des CIA und des britischen Geheimdienstes MI6 unterwandert und vom Tavistock-Institut gesteuert.

John Lennon, Sänger und Gitarrist der britischen Rockband "The Beatles", sagte hierzu, daß Drogen wie das außergewöhnlich bewußtseinsverändernde LSD mit voller Absicht in der Gesellschaft verbreitet worden waren, um soziales Chaos anzurichten und einen allgemeinen Zusammenbruch der gesellschaftlichen Ordnung herbeizuführen. Den Gipfel der Manipulation sieht Dr. Dorchain bei diesem "Drogenexperiment" allerdings darin, daß der jungen Generation diese gezielte Beeinflussung als großer Befreiungsschlag verkauft wurde.

Die erfolgreichen Täuschungsmanöver der Vergangenheit lehren uns, daß die betrogenen Menschen dafür einen hohen Preis zahlen mußten. So wurde allein durch das "Drogenexperiment" der Hippiebewegung die Gesundheit und das Leben vieler Jugendlicher ruiniert. Deshalb ist es jetzt um so wichtiger, all die Täuschungsmanöver unserer Zeit rechtzeitig ans Licht zu bringen und über die Zusammenhänge zu informieren.<<

Januar 2020

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 9 berichtet im Januar 2020 über den Luftkrieg der Alliierten gegen die deutsche Zivilbevölkerung (x359/12-14):

>>Strategie ohne Moral

Die Alliierten schreckten vor Terrorbombardements der Zivilbevölkerung nicht zurück. Im Frühjahr 1945 radikalisierten sie ihr Vorgehen weiter.

Die Royal Air Force (RAF) begann die Angriffe auf deutsche Städte am 15./16. Mai 1940. Die deutschen Angriffe auf England setzten nach dem Frankreichfeldzug am 13. August 1940 ein. Großbritannien hatte das Friedensangebot Hitlers abgelehnt.

Am 14. September 1940, zehn Tage nach dem er öffentlich das "Ausradieren" englischer Städte angekündigt hatte, erklärte Hitler gegenüber dem Generalstabschef der Luftwaffe: "... der Angriff auf kriegswichtige Teile ist immer das Wichtigste, weil er Werte zerstört, die nicht zu ersetzen sind. Solange man noch ein kriegswichtiges Ziel hat, muß man auf diesem bleiben." Er befahl Luftangriffe auf London gegen kriegs- und lebenswichtige Ziele.

Royal Air Force (RAF)

1944 rechtfertigte J. M. Spaight, Unterstaatssekretär im Luftfahrtministerium, den britischen Bombenkrieg: "Wir boten unsere Städte der Vergeltung dar. Deutschland sollte britische Städte bombardieren, um Roosevelt den Kriegseintritt innenpolitisch zu ermöglichen. Wir begannen, Ziele im feindlichen Hinterland zu bombardieren, bevor die Deutschen anfangen, Ziele im britischen Hinterland zu bombardieren."

Mit der Entwicklung geeigneter Navigationsgeräte zur Auffindung von Städten bei Nacht und Bewölkung im Laufe des Jahres 1941 wies Oberbefehlshaber Charles Portal in einer Direktive vom 15. Februar 1942 darauf hin, "daß die dicht bebauten Wohngegenden die Zielpunkte seien und nicht etwa Hafenanlagen oder Flugzeugfabriken".

Das Flächenbombardement, der unterschiedslose Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung, begann - Opfer unter Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitskräften, französischen Zivilisten sowie "Kollateralschäden" in der neutralen Schweiz wurden in Kauf genommen - und

sollte kurz vor Ende des Krieges in Europa mit der Zerstörung Dresdens seinen Höhepunkt erreichen. Dresden war eine jener alten, historischen deutschen Städte, die "mehr einem Feuerzeug gleichen, denn als menschliche Behausung gebaut sind".

Der britische Philosoph Anthony C. Grayling zitiert eine Mitteilung an das Luftfahrtministerium von Arthur Harris, den Oberbefehlshaber des Bomberkommandos der Royal Air Force: "Man drängt mich immer, ausschließlich Brandbomben einzusetzen", schreibt er, "aber ich bin mit dieser Strategie nicht einverstanden. Die moralische (d.h. psychologische) Wirkung von Sprengbomben ist enorm.

Menschen können aus Feuersbrünsten entkommen, und die Zahl der Opfer bei einem reinen Brandangriff wäre verschwindend gering. Zusätzlich zu dem Schrecken des Feuers wollen wir Boches unter den Trümmern ihrer Häuser begraben, Boches (Schimpfwort für Deutsche) umbringen und Boches terrorisieren. Daher der Anteil an Sprengbomben. Harris' Luftkriegsstrategie war für die Besatzungen der Flugzeuge verlustreich.

Nahezu 45 Prozent kehrten nicht heim, insgesamt kamen 55.573 Flieger bei den Angriffen auf Deutschland um. Auch deswegen wurde Harris oft "Butcher" (engl. für Schlächter) genannt." In seinen Memoiren schrieb Luftmarschall Harris 1947, die Deutschen hätten im Bombenkrieg gegen England ihre Chance nicht wahrgenommen, englische Städte durch Brandbomben zu zerstören.

United States Army Air Forces (USAAF)

Um die Öffentlichkeit in Amerika auf den Kriegseintritt der USA vorzubereiten, setzte die US-Presse fantastische Bedrohungsvorstellungen in die Welt: Deutschland werde von englischen und französischen Kolonialgebieten in Westafrika über Südamerika amerikanische Ziele an der Ostküste mit Bombern angreifen. Angesichts der Möglichkeiten der deutschen Luftwaffe, die kaum den Südtteil der britischen Insel nachhaltig angreifen konnte, war dies eine haltlose Vorstellung. Dabei ging es um die Rechtfertigung einer gewaltigen Rüstung, welche die USA auf die Teilnahme am Krieg vorbereiten sollte.

In diesem Zusammenhang schrieb der englische Generalmajor J. F. C. Fuller bereits 1936: Geld sei "das Bindeglied zwischen Demokratie und Bolschewismus - zwischen oligarchischen und staatskapitalistischen Nationen. Da Deutschland außerhalb dieses goldenen Ringes steht, ist es verdächtig.

Deutschland beginnt bereits mehr mit den Begriffen der Arbeit zu operieren, als mit den Begriffen des Geldes. Führt Deutschland ein vernünftiges Finanzsystem ein, in welchem kein Geld aufgekauft werden kann, dann wird die Goldblase platzen und die Grundlagen des Staatskapitalismus brechen zusammen. Es muß um jeden Preis daran gehindert werden. Daher die fieberhaften Vorbereitungen zu seiner Vernichtung".

Nach der Münchner Konferenz im Oktober 1938 ordnete Roosevelt an, die Planungsgrundlagen für den Aufbau strategischer Luftstreitkräfte zu entwerfen. Danach konnten die amerikanischen und, um das Neutralitätsgesetz zu umgehen, die kanadischen Produktionskapazitäten ausgebaut werden oder über eine kanadische Gesellschaft die Abwicklung von Exporten nach Frankreich und England erfolgen. Ende Januar 1941 begannen Besprechungen zwischen britischen und amerikanischen Generalstäben in Washington. Gegen Deutschland war ein sich ständig steigendes Luftbombardement vorgesehen.

Die USAAF griff am Tage Industrieziele an. Ihre Verbände wurden durch die Flak-Abwehr in Höhen über 7.000 Meter gezwungen. Die Streuung der Bomben war entsprechend weit und traf auch Wohnsiedlungen. Bei schlechter Sicht galten auch Städte als Ausweichziel. In den letzten zwei Monaten des Krieges richteten sich die Angriffe auch gegen Stadtzentren. ...<<

05.02.2020

BRD: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 05. Februar 2020 (x1.109):

>>Die Selbstzerstörung Deutschlands

Transatlantische Kreise bringen Deutschland gegen Rußland in Stellung - deutsche Politiker assistieren bei dem selbstmörderischen Plan.

von *Angelika Eberl*

Politiker sind dem Wohl der Menschen in ihrem Land verpflichtet - Menschen, von denen viele sie gewählt haben. Es liegt im vitalen Interesse Deutschlands, mit Rußland in Frieden zu leben und fruchtbare Handelsbeziehungen mit China zu pflegen. Es mag ja im strategischen Interesse der USA sein, Europa und den Osten zu entzweien, um ihr eigenes machtpolitisches Süppchen zu kochen. Absolut unverständlich ist es jedoch, daß deutsche Politikerinnen und Politiker devot dabei assistieren - so als hätten sie ihren Amtseid auf Donald Trump und die Profite der US-amerikanischen Rüstungsindustrie abgelegt.

Deutschland ist nicht Initiator dieser politischen Spannungen, aber es wäre das Schlachtfeld kommender Auseinandersetzungen. Es ist fahrlässig und geradezu selbstmörderisch, daß sich Deutsche auf dieses böse Spiel einlassen.

In diesem Frühjahr ist das größte Manöver auf europäischem Boden seit Ende des Kalten Krieges geplant: Defender Europe 20. Rund 20.000 US-amerikanische Soldaten werden samt Ausrüstung und Fahrzeugen von den USA in sechs europäische Staaten verlegt, um von dort aus bis zur östlichen Grenze des NATO-Gebietes vorzudringen. Unterstützt wird die Militärübung von Soldaten und Zivilisten aus ganz Europa. Deutschland soll zur logistischen Drehscheibe werden. Angesichts der hochbelasteten europäischen Vergangenheit ist dies eine aggressive Provokation gegenüber Rußland.

Die Völker Mitteleuropas müßten eigentlich das vitalste Interesse daran haben, mit ihrem großen Nachbarn Rußland ein gutes Verhältnis zu pflegen. Doch die vergangenen Jahrzehnte wurde Rußlands häufig ausgestreckte Hand zur Versöhnung mit einer fühllosen Kaltschnäuzigkeit zurückgewiesen. Transatlantisch organisierte Politiker und mediale Kampagnen, die seit vielen Jahren die Kriegspolitik der USA unterstützen, bringen Deutschland gegen Rußland und China in Stellung und wenn nicht ein Umdenken einsetzt, dann könnten Krieg und Zerstörung Deutschlands und vielleicht sogar Europas die fatale Folge sein.

Angesichts der Tatsache, daß noch im Jahre 2003 Millionen Menschen in Deutschland gegen den Irak-Krieg demonstrierten, sieht die Lage für die Friedenswilligen im Jahre 2020 ziemlich düster aus. Der in London abgehaltene NATO-Gipfel vom Dezember 2019 hat praktisch ohne nennenswerten Widerstand der Mitgliedsländer die Vorgaben der USA übernommen: eine noch aggressivere Politik gegenüber Rußland und die Eindämmung Chinas.

Da die NATO der bewaffnete Arm der EU ist, bedeutet dies, daß Europa in diese Politik einbezogen werden wird. Und dies könnte für Deutschland und Europa selbstmörderisch sein. Doch eine diesbezügliche Einsicht scheint bei der deutschen Verteidigungsministerin, Annegret Kramp-Karrenbauer nicht vorhanden zu sein, wie ihre Grundsatzrede im November zeigte.

Grundsatzrede der Verteidigungsministerin

Am 7. November 2019 - zwei Tage vor dem "Schicksalsdatum" der Deutschen - hielt die deutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer an der Universität der Bundeswehr München eine Grundsatzrede. Sie sprach von der "russischen Aggression" in der Ukraine und der "Annexion der Krim", dem weltweiten Terrorismus und dem "machtpolitischen Aufstieg Chinas", der mit einem "Herrschaftsanspruch" einhergehe:

"... Es besteht breite Übereinstimmung, daß Deutschland angesichts der strategischen Herausforderungen aktiver werden muß. ... Ein Land unserer Größe und unserer wirtschaftlichen und

technologischen Kraft, ein Land unserer geostrategischen Lage und mit unseren globalen Interessen, das kann nicht einfach nur am Rande stehen und zuschauen.

Nicht einfach nur abwarten, ob andere handeln, und dann mehr oder weniger entschlossen mittun, oder auch nicht mitzutun. ... Unsere Partner im Indo-Pazifischen Raum - allen voran Australien, Japan und Südkorea, aber auch Indien - fühlen sich von Chinas Machtanspruch zunehmend bedrängt. Sie wünschen sich ein klares Zeichen der Solidarität. ...

Wir sind die Handelsnation, die von internationaler Verlässlichkeit lebt. Wir sind neben China führend in der internationalen Containerschifffahrt - und auf freie und friedliche Seewege angewiesen. ... Denn natürlich hat Deutschland wie jeder Staat der Welt eigene strategische Interessen, zum Beispiel als global vernetzte Handelsnation im Herzen Europas".

Die im Zitat behauptete "breite Übereinstimmung" besteht nicht. Umfragen aus jüngerer Zeit beweisen, daß die große Mehrheit der Deutschen keine Bundeswehreinsätze im Ausland will. Aber was die Bevölkerung will, zählt offenbar nicht.

Danach appellierte Kramp-Karrenbauer an das schlechte Gewissen: "... unsere Partner wünschten sich ein klares Zeichen der Solidarität". Das ist Verdummung, denn es besteht kein Militärbündnis mit Australien, Japan, Südkorea und Indien. Diese Länder sind zwar Handelspartner, aber keine militärischen Verbündeten. Außerdem ist auch China unser Handelspartner. Doch mit dem Satz, Deutschland habe "natürlich eigene strategische Interessen" läßt die CDU-Vorsitzende die Katze aus dem Sack. Damit sagt sie unverblümt, daß Krieg als Mittel zur Durchsetzung von "Interessen", also von Handelsinteressen oder sonstiger "Interessen", zulässig sei.

Das ist aber nicht der Fall, denn das UNO-Gewaltverbot besagt eindeutig, daß internationale Konflikte ohne Gewalt gelöst werden müssen. Außerdem fordert das deutsche Grundgesetz, daß die Bundesrepublik Deutschland einen Beitrag zum Frieden in der Welt leisten muß.

Wenn man bedenkt, daß es noch im Jahre 2003 "die größte Demo aller Zeiten" gegen den Irak-Krieg gegeben hatte, bei der "Millionen Menschen ... auf die Straße gegangen" waren, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) damals schrieb, dann stellt diese Rede Kramp-Karrenbauers einen weiteren Dambruch für die Ziele der transatlantischen Falken dar.

Denn endlich, nach so vielen Jahren unermüdlicher Indoktrination, haben sie einige politische Entscheidungsträger in Deutschland so weit gebracht, daß diese bereit sind, in künftigen Kriegen deutsche Bodentruppen in weit entfernte Auslandseinsätze zu entsenden, "bei denen getötet und gestorben wird", wie eine Moderatorin am 24. Oktober 2019 in einer ZDF-Fernsehsendung formulierte. Immerhin sage die CDU-Vorsitzende ehrlich, "was alle meinen, wenn sie sagen, Deutschland solle mehr Verantwortung in der Welt übernehmen".

Kramp-Karrenbauers Vorstoß kommt nicht aus heiterem Himmel. Von transatlantischen Kreisen und ihren Medien wurde das friedliebende deutsche Volk jahrzehntelang bearbeitet, um es allmählich für Auslandseinsätze bereitzumachen.

Jahrzehntelange Bearbeitung des deutschen Volkes

Gegen den Zweiten Golfkrieg 1990 gab es in Deutschland heftige Proteste und Demonstrationen. Der Spiegel schrieb unter dem Titel: "Nie mehr Täter sein" am 28. Januar 1991:

"Als er (Bundeskanzler Helmut Kohl, Anmerkung der Autorin) sich am vergangenen Mittwoch endlich zum Krieg am Golf äußerte, setzte es erst mal Prügel für die Friedensfreunde auf Deutschlands Straßen: Bei manchen Marschierern bestürze ihn, so Kohl, 'die moralische Gleichgültigkeit, die krasse Verdrehung der Tatsachen und das bewußte Aufpeitschen von Emotionen'. ...

Doch weil sich die Kampierer vor amerikanischen Konsulaten niederlassen, weil immer wieder 'ein Blut für Öl' skandiert wird und 'Amis raus aus Saudi-Arabien', sind Israelis, Amerikaner und Briten verstört: 'Viele, vor allem die Jungen, sehen nicht die Parallelen zwischen dem

deutschen Angriff auf Polen 1939 und der irakischen Besetzung Kuwaits 1990', monierte die Financial Times".

Keine Frage, Irak war damals der Aggressor. Dennoch verdient die Vorgeschichte Beachtung: Der irakische Präsident Saddam Hussein hatte sich zuvor beklagt, daß Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate sich nicht an die vereinbarten OPEC-Förderquoten gehalten hätten, was dem Irak Milliardenverluste verursache. Kuwait würde außerdem schräg unter der Landesgrenze irakische Ölfelder anbohren. Am 25. Juli 1990 erklärte er der US-Botschafterin im Irak, April Glaspie, es sei nicht akzeptabel, daß Kuwait den Preis für Erdöl tief halte und auf Kosten des Irak sein Territorium ausgedehnt habe. Glaspie antwortete darauf:

"... Wir haben keine Meinung zu den innerarabischen Konflikten wie dem Grenzkonflikt mit Kuwait. ... Wir hoffen, daß Sie das Problem mit den Ihrer Meinung nach passenden Mitteln lösen können."

Ramsey Clark, ehemaliger US-Justizminister unter Präsident Lyndon B. Johnson ist der Meinung, daß Glaspie damit dem irakischen Diktator eine Falle gestellt habe.

Der seinerzeit breite Widerstand zeigte, daß viele Deutsche - obwohl sie die näheren Umstände nicht kannten - dennoch das richtige Gefühl hatten, daß es hier primär um Öl und imperiale Machtinteressen ging. Dennoch sah sich Wolf Biermann veranlaßt, diese Friedensfreunde in einem Artikel der ZEIT vom 1. Februar 1991 zu schmähen:

"Damit wir uns richtig mißverstehen: Ich bin für diesen Krieg am Golf".

Acht Jahre später, am Abend des 24. März 1999, begann der ordinäre, völkerrechtswidrige Angriffskrieg der NATO auf die Bundesrepublik Jugoslawien - und Deutschland war dabei. Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), der Außenminister Josef Fischer (Die Grünen), der Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD), der abtretende Außenminister Klaus Kinkel (FDP) und auch der abtretende Verteidigungsminister Volker Rühle (CDU) sprachen sich für eine Kriegsbeteiligung aus und verkauften sie - unter Einsatz von Phrasen und Lügen - als "humanitären" Einsatz.

Die deutschen Massenmedien unterstützten dies mit verlogener Kriegspropaganda, wie im WDR-Dokumentarfilm "Es begann mit einer Lüge" dargestellt. Deutschland war zum unkritischen Erfüllungsgehilfen imperialistischer US-Politik geworden.

Dies war wie der Wegfall einer wirksamen Schranke. Zwei Jahre später, nach den Anschlägen des 11. September 2001, rief der damalige US-Präsident George W. Bush den NATO-Bündnisfall aus und forderte einen Auslandseinsatz der Verbündeten in Afghanistan. Der Angriff auf Afghanistan ab dem 7. Oktober 2001 war ein illegaler Angriffskrieg ohne UN-Mandat.

Doch als es 2003 erneut unter einem Vorwand gegen Saddam Hussein gehen sollte, regte sich Widerstand in Deutschland. "Die größte Demo aller Zeiten" titelte die FAZ am 16. Februar 2003:

"Welttag des Protestes: Millionen Menschen sind am Samstag auf die Straße gegangen, um gegen einen Irak-Krieg zu protestieren. Die Berliner Kundgebung wurde zur größten Friedensdemonstration in der Geschichte der Bundesrepublik".

Die Schröder-Regierung nahm an diesem Krieg gegen den Irak nicht teil. Doch die damalige Oppositionspolitikerin Dr. Angela Merkel lehnte diesen "Alleingang" entschieden ab und berief sich auf die Ansprache des evangelischen Bischofs Wolfgang Huber im ökumenischen Gedenkgottesdienst anläßlich des ersten Jahrestages von 9/11 im Berliner Dom. -

Und diese Predigt hatte es mit ihrer Wirkung in sich an diesem hoch traumatischen Datum: Huber verkündete, die Worte der Bergpredigt "Selig, die Frieden stiften; denn sie werden Söhne und Töchter Gottes genannt werden" würden oft als Aufforderung verstanden, Unrecht einfach hinzunehmen. Doch das sei ein Mißverständnis. Es gehe Jesus, dem Bergprediger, nicht darum, Gewalt und Unrecht passiv hinzunehmen. Beides zu überwinden, sei das Ziel.

"Selig sind die Friedensstifter - nicht die Friedfertigen also, sondern die Friedensverfertiger. Das ist die entscheidende Botschaft der Bergpredigt. Ein Jahr nach dem 11. September ist unserer Welt zu wünschen, daß es zu einer Achse des Friedens kommt. Denn auch der Frieden läßt sich in einer globalisierten Welt nur noch global sichern".

Mit dieser Auslegung lieferte Bischof Huber der Christdemokratin Merkel die Vorlage, das Wort "Friedensstifter" so deuten zu können, daß die demokratieliebenden Staaten sich zusammmentun müßten, um einen Diktator zu bestrafen, der mit 9/11 gar nichts zu tun hat! Und wenn man bedenkt, wie der sogenannte "War on Terror" seitdem den ganzen Nahen Osten in Flammen setzt, dann entlarven sich die Worte "Friedensstifter" und "Achse des Friedens" in diesem Kontext zu grausamen Phrasen.

Zwei Tage später, am 13. September 2002, sagte Merkel in ihrer Rede im Bundestag, die Globalisierung verlange von uns, über das Verhältnis von innerer und äußerer Sicherheit neu zu denken. Beides sei nicht zu trennen, und beides könnten wir für unsere Länder nur durchsetzen, wenn wir eine Allianz der Staaten dieser Welt bildeten, die Demokratie und Freiheit wollen und Deutschland keine Alleingänge mache.

"Und am 11. September haben wir alle in einem beeindruckenden Gottesdienst im Berliner Dom der Opfer des 11. September gedacht. Bischof Huber hat gesagt: Selig die Frieden stiften, denn sie werden Söhne und Töchter Gottes genannt - aus der Bergpredigt. Und er hat es uns ausgelegt ...".

Oppositionsführerin Merkel hielt also die Führer der Allianz der Willigen, den damaligen US-Präsidenten George W. Bush und den britischen Premierminister Tony Blair, für "Friedensstifter" im Sinne der Bergpredigt.

Aber Frieden stiften diese nicht, und für vernünftige Menschen war schon damals absehbar, daß der Frieden nicht mit einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg und Bomben gesichert werden kann. Heute, 16 Jahre später, versinkt der Irak noch immer in Chaos und Gewalt. Der Frieden wurde nachhaltig zerstört.

Beachtenswert sind die Karriereschübe, die Huber und Merkel bald darauf hinlegten: Bischof Wolfgang Huber wurde 2003 Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Dr. Angela Merkel 2005 deutsche Bundeskanzlerin.

Die Friedensdemonstration hatte allerdings Wirkung gezeigt - doch die Kriegsfalken gaben sich nicht geschlagen. Neue Vorstöße kamen: Am 22. Mai 2010 ließ der damalige Bundespräsident Horst Köhler verlauten, Deutschland "müsse mit seiner Außenhandelsabhängigkeit zur Wahrung seiner Interessen im Zweifel auch zu militärischen Mitteln greifen". Dies galt damals noch als Tabubruch.

Vier Jahre später, am 31. Januar 2014, eröffnete Bundespräsident Joachim Gauck die 50. Münchner Sicherheitskonferenz mit einer Rede, in der er praktisch "mehr Verantwortung" Deutschlands in der Welt forderte.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) reagierten seinerzeit positiv auf Gaucks Rede.

Die Medien unterstützten die neuen deutschen Hardliner. Ein weiteres Beispiel dafür ist ein Artikel vom 10. Januar 2016 der Berliner Morgenpost, der die Rolle Joseph Fischers und seines Staatssekretärs im Außenamt, Wolfgang Ischinger, beim Jugoslawienkrieg positiv darstellt:

"Fischer stimmte, kaum im Amt, zu, daß erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg deutsche Soldaten in einen Kampfeinsatz geschickt wurden. Deutsche Tornados bombardierten Belgrad mit dem Ziel, die serbische Regierung zum Einlenken zu zwingen. Gleichzeitig wurde ihr ein Friedensplan vorgelegt ... Und wohl auch kein Zufall, daß Ischinger als Staatssekretär seine Hände im Spiel hatte. Zudem hatte Fischer den Nicht-Grünen Ischinger befördert und damit zu seinem wichtigsten Mitarbeiter gemacht".

Nach Donald Trumps Wahlsieg biederte sich Wolfgang Ischinger, seit 2008 Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz, am 11. November 2016 der neuen US-Regierung durch einen Artikel in der New York Times an, indem er schrieb:

"Aber wo immer Mr. Trump hinschauen wird, er wird keine besseren Partner für die Arbeit finden, die strategischen Interessen der USA zu sichern und als Multiplikator für ihre militärische Macht zu dienen".

Anfang 2018 hebt sich General Sir Nicholas Carter, damals Kommandant der britischen Landstreitkräfte, besonders markant hervor. In seiner Rede beim Royal United Services Institute im Vereinigten Königreich warnte er am 22. Januar vor Rußland und verlangte das, was Kramp-Karrenbauer laut ihrer Rede vom 7. November 2019 bereit ist zu liefern: Carter forderte "Boots on the ground", also Bodentruppen der NATO-Verbündeten. Ab diesem Zeitpunkt verstärken sich auch die medialen Kampagnen in diesem Sinne:

Pressekampagne zur Vorbereitung von Kramp-Karrenbauers Grundsatzrede?

Die US-NATO-Botschafterin Kay Hutchison gab am 8. Juni 2018 ein Interview im Deutschlandfunk, in dem sie sagte: "Wir wünschen uns, daß Deutschland Führung übernimmt."

Als größte Volkswirtschaft in Europa sei Deutschland das Land, das am meisten beitragen könne - und aus Sicht der USA deswegen auch eine Führungsrolle im europäischen Bündnis übernehmen sollte. Die Nato-Botschafterin der USA meint also, Deutschland solle auch im Falle einer Konfrontation mit Rußland eine führende Rolle übernehmen.

Kay Hutchinson kennt die deutsche Geschichte. Die Moderatorin wies sie auf die belastete Vergangenheit hin. Doch Hutchison entschuldigte die Deutschen. Deutschland sehe leider noch nicht, daß es über seine Vergangenheit hinausgewachsen sei und daß es heute "demokratisch" und ein "Wächter der Demokratie" sei.

Sie glaube, daß sich Europa eine deutsche Führungsrolle wünsche, weil Deutschland so erfolgreich aus seiner dunklen Geschichte herausgekommen sei und die Wiedervereinigung geschafft habe. Es gäbe keinen Grund, warum Deutschland nicht die Führungsrolle in Europa innehaben sollte, aber das bedeute auch, daß man in der Lage sein solle, sich selbst zu verteidigen. Daß dies für Deutschland die Vernichtung bedeuten würde, wird von ihr nicht gesagt.

Zwei Monate später, am 11. August 2018, gab Wolfgang Ischinger dem Tagesspiegel ein Interview, in dem er folgende, bemerkenswert grenzdebile Aussage machte:

"Als deutscher Botschafter in den USA habe ich gerne gesagt: In der Geschichte haben wir Deutschen oft auf der falschen Seite gestanden. Nun werden wir immer auf der richtigen Seite stehen".

Scheint Ischinger zu denken, man mache immer alles richtig, wenn man nur auf der Seite des Westens stehe? Angesichts der Tatsache, daß die Eliten der USA schon früher andere Staaten durch Fallenstellen schachmatt gesetzt haben, wie z. B. den Irak unter Saddam Hussein, eine absolut hirnlose Bemerkung.

Am 5. Mai 2019 drängte US-Botschafter Richard Grenell Deutschland zu höheren Rüstungsausgaben. Bald darauf, angesichts der dubiosen Vorfälle um den britischen Tanker im Persischen Golf im Sommer, konnten sich gleich drei Deutsche vorstellen, daß Deutschland "mehr Verantwortung übernimmt": Am 26. Juli gab Karl-Theodor zu Guttenberg dem CNBC ein Interview zum Thema, zwei Tage darauf forderte Wolfgang Ischinger die deutsche Beteiligung an einer EU-Schutzmission im Golf. Und auch Grünen-Chef Robert Habeck zeigte sich am 3. August 2019 offen für einen derartigen Einsatz.

Der Präsident der Berliner Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Karl-Heinz Kamp, attestierte im Cicero am 5. September 2019 China einen "Griff nach der Welt" und behauptete, "daß der Aufstieg Chinas dramatische Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Europa haben" werde.

"Langfristig werden die großen europäischen Staaten allerdings, sofern sich der weltpolitische Aufstieg Chinas auch militärisch immer deutlicher realisieren wird, nicht darum herumkommen, in einem dritten Schritt ihrerseits Fähigkeiten zur weitreichenden Machtprojektion vor allem im maritimen Bereich aufzubauen. Das gilt nicht nur aus der Perspektive der NATO, sondern auch aus der Sicht der EU, wenn diese ihrem eigenen Anspruch des "global players" gerecht werden will".

Das klingt wie die Blaupause für die Rede der Verteidigungsministerin vom 7. November 2019.

Doch schon vorher machte Kramp-Karrenbauer am 21. Oktober einen Vorstoß, indem sie eine internationale Sicherheitszone in Nordsyrien forderte, für den sie von Friedrich Merz zwei Tage und von Wolfgang Ischinger drei Tage später gelobt wurde.

Und dann meldete sich am 29. Oktober noch Wolfgang Schäuble zu Wort. Im Tagesspiegel heißt es:

"Schäuble fordert stärkeres militärisches Engagement Deutschlands. Der Bundestagspräsident will Deutschlands Bündnisfähigkeit stärken: Wolfgang Schäuble rückt vom Parlamentsvorbehalt ab und plädiert für eine Syrien-Schutzzone. ... Es gebe durchaus Unterstützung in der Bevölkerung für mehr deutsche Verantwortung, betonte der Bundestagspräsident. 'Eine Mehrheit will, daß Deutschland sich nicht nur für die eigene Sicherheit, sondern auch die seiner Verbündeten und bei der Terrorismusbekämpfung engagiert'."

Dieser Satz ist die Unwahrheit, wie die oben angeführten Umfragen zeigen.

Man sieht, welche massive Kampagne von diesen relativ wenigen, aber prominenten Politikern vor der Grundsatzrede der Verteidigungsministerin stattgefunden hat - eine Kampagne, die die Medien begleiten - bis hin zu Talkshows wie Maybrit Illner, bei denen auch Sigmar Gabriel, mittlerweile Vorsitzender der Atlantikbrücke, in diesen Tenor einstimmt.

Als Krönung des Ganzen hielt dann am 8. November 2019 — also einen Tag vor dem "Schicksalstag" der Deutschen — die seinerzeit designierte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen eine Rede vor der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin, in der sie sagte:

"Europa muß auch die Sprache der Macht lernen."

Die sogenannte Soft power reiche heute nicht mehr aus, wenn sich die Europäer in der Welt behaupten wollten.

"Das heißt zum einen, eigene Muskeln aufbauen, wo wir uns lange auf andere stützen konnten - zum Beispiel in der Sicherheitspolitik."

Die EU brauche mehr militärische Fähigkeiten. Zum anderen müsse sie die vorhandene Kraft stärker nutzen, um europäische Interessen durchzusetzen.

Fazit

Die transatlantischen Hintergrundmächte drängen sehr stark, daß Deutschland - und womöglich alle EU-Staaten - künftig das Leben ihrer Soldaten für die Wirtschaftsinteressen des Westens einsetzen sollen.

In einem Beitrag bei KenFM zitiert der Historiker Wolfgang Effenberger den ehemaligen Stabschef General Omar N. Bradley mit seiner Aussage im Hinblick auf die eben gegründete NATO vom 20. Juli 1949 vor dem US-Kongreß:

"Erstens werden die Vereinigten Staaten mit den strategischen Bombenangriffen betraut, ... denn die erste Priorität in der gemeinsamen Verteidigung ist unsere Fähigkeit, Atombomben zu transportieren. Zweitens wird die Kriegsmarine der Vereinigten Staaten und der westlichen Seemächte die Hauptseeoperationen, einschließlich des Schutzes der Seewege, durchführen. Die Westeuropäische Union und die übrigen Staaten werden die Verteidigung der eigenen Häfen und Küsten übernehmen. Drittens sind wir der Meinung, daß der Hauptteil der Landstreitkräfte aus Europa kommen sollte."

Der Hauptteil der Landstreitkräfte soll aus Europa kommen. Das muß man zusammenbringen mit der, ebenfalls in Effenbergers Artikel zitierten Aussage des Generals a.D. Gerd Schmückle, ehemaliger stellvertretender NATO-Oberbefehlshaber, der die neuen Interventionsziele der NATO auf den Punkt brachte:

"Letzten Endes entscheiden die Interessen der Vereinigten Staaten darüber, wo interveniert wird. Alles dreht sich um die Ökonomie. Wo gibt es Öl, wo sind die zukünftigen Ölquellen?". Es geht also nicht um "eigene strategische Interessen" Deutschlands oder der EU, wie Kramp-Karrenbauer behauptet, sondern um die Interessen der Vereinigten Staaten. Das Schockierende an der Formulierung vom 7. November 2019 ist, daß die deutsche Verteidigungsministerin die rechtliche, völkerrechtliche und grundgesetzliche Frage gar nicht gestellt hat.

Die deutsche Bundeswehr ist nicht dazu da, um Interessen durchzusetzen. Und schon gar nicht ist sie dazu da, um die Interessen des US-Imperiums durchzusetzen. Zudem: Von China und Rußland geht überhaupt keine Gefahr aus. So sieht es jedenfalls Oberstleutnant a.D. Jochen Scholz.

Daß Krieg als Mittel zur Durchsetzung egoistischer Handelsinteressen oder anderer Interessen zulässig sei, postuliert Kramp-Karrenbauer in aller Öffentlichkeit. Ist ihr denn nicht klar, daß sie damit den Vorwand liefert, diese Rede später einmal so zu behandeln wie einige bewußt mißverständene Reden von Kaiser Wilhelm II.? Ist ihr nicht klar, daß diese Rede später als Beleg für die angebliche deutsche Kriegslust dienen kann - obwohl 73 Prozent der Deutschen heute keinen Krieg wollen? Man muß doch die Frage stellen: Was heißt das, daß so ein unverblümter, sich rein auf Interessen beziehender Vorstoß von einer Deutschen kommt?

Daß dieser Vorstoß mit transatlantischen Kreisen abgesprochen ist, erscheint, bei Betrachtung der in diesem Essay geschilderten Kampagnen, ziemlich sicher - auch, daß eine Frau das machen sollte. Aber erkennen Kramp-Karrenbauer und all die anderen deutschen Transatlantiker, die sie unterstützen, denn nicht, daß sie damit in eine Falle laufen?

Eine Falle deshalb, weil die Bundesrepublik eben nicht so einfach - "wie jeder Staat der Welt strategische Interessen" kriegerisch einfordern kann, denn sie liegt in der Mitte Europas und hat die meisten Nachbarn. Deshalb kann sie sich keinen Krieg erlauben, weil die Gefahr viel zu groß ist, daß ein mächtiger, außereuropäischer Kriegsgegner ein Nachbarland als Verbündeten gewinnen könnte - und dann wäre Deutschland wieder einem Zweifrontenkrieg ausgesetzt.

Um alle Deutschen wieder und weiterhin in ein geistiges Gefängnis der Schuldgefühle bannen zu können, das bisher Deutschland jahrzehntelang so erfolgreich helotisiert hat, brauchen diejenigen, die hinter dem Vorhang agieren, unbedingt eine Kriegsbeteiligung Deutschlands an einem künftigen großen Krieg. Und wenn den Hintergrundmächten gar ein Weltkrieg mit deutscher Beteiligung gelänge, dann würde das den Grund liefern, ein für alle Mal mit den Deutschen Schluß zu machen - wenn sie nicht durch Atomschläge bereits physisch verschwunden sind.

Wie gewaltig muß doch die Indoktrination gewisser deutscher Eliten sein, daß sie diese Gefahr nicht sehen?<<

09.02.2020

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 9. Februar 2020 (x1.000/...): >>>**Schaden größer als Nutzen bei derzeit vorgeschriebenen Impfstoffen**

Interview mit *Robert Kennedy jr.*

In den USA ist seit 1989 eine deutliche Zunahme von neurologischen, allergischen und Autoimmunkrankheiten bei Kindern zu verzeichnen. Ist es Zufall, wenn jede dieser Krankheit auch als Impfstoff-Nebenwirkung auf den Beipackzetteln von Impfstoffen aufgelistet ist? Warum ist es in den USA im Wesentlichen unmöglich, einen Impfstoffhersteller zu verklagen? ...

Robert F. Kennedy jr., Harvard-Absolvent und Umweltschützer sowie Neffe von John F. Ken-

nedey, hat Kla.TV erfreulicherweise im Dezember 2019 ein Interview gegeben. Kennedy ist Präsident und Gründer der Waterkeeper Alliance sowie Vorsitzender und Gründer der Children's Health Defense, einer Organisation, die sich der Gesundheit der Menschen und der unseres Planeten widmet.

Deren Mission ist es, die Krankheitsepidemien in der Kindheit zu beenden. Kennedy scheut sich nicht, die Verantwortlichen dafür zur Rechenschaft zu ziehen. Er arbeitet unermüdlich daran, die Lügen des CDC (US-Seuchenschutzbehörde) und die anderer Regierungsorganisationen bloßzustellen, um die engen Verbindungen ans Licht zu bringen, die Forscher zu großen Pharmaunternehmen haben. Unermüdlich kämpft er um eine offene Debatte über Impfungen.

Seinen Anspruch formuliert er so: "Was wir brauchen, ist Wissenschaft, keine Zensur. ... Ich will robuste, transparente Sicherheitsstudien und unabhängige Regulierungsbehörden." Sehen Sie nun das Interview mit Robert F. Kennedy jr.

Interviewer: Stellen Sie sich vor, Sie treffen im Aufzug eines New Yorker Wolkenkratzers auf ein unfreiwilliges Publikum. Die Tür schließt sich und jemand neben Ihnen sagt: "Mr. Kennedy, ich finde es toll, was Sie mit Waterkeeper machen. Ich respektiere Ihre Arbeit sehr, aber ich kann nicht gegen Impfungen sein. Ich glaube, Sie stellen sich gegen die Wissenschaft." Was würden Sie ihnen sagen?

Kennedy: Nun, zunächst einmal würde ich sagen, daß ich nicht gegen Impfungen bin. Ich will nur sichere Impfstoffe, die wie andere Medikamente getestet werden. Und ich schätze, das Wichtigste, was ich über Impfstoffe sagen würde, ist, daß wir sie alle mit Vorsicht und Skepsis betrachten sollten, und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens: Alle 72 Impfstoffe, die jetzt für amerikanische Kinder vorgeschrieben sind, werden alle von einem von vier Unternehmen hergestellt. Und alle vier dieser Unternehmen sind Serienverbrecher, die in den letzten zehn Jahren 35 Milliarden Dollar - Milliarden Dollar - an Strafen und Bußgeldern bezahlen mußten, als Schadenersatz für den Betrug mit den Behörden, für die Fälschung der Wissenschaft, für die Täuschung von Ärzten und Beamten und für die Tötung von Hunderttausenden von Amerikanern mit Medikamenten, von denen sie wußten, daß sie gefährlich sind, von denen sie wußten, daß sie Menschen töten würden.

Und sie haben es niemandem erzählt. Also wissen Sie, die eine Sache ist: Warum sollte jemand glauben, daß diese vier Unternehmen ihr kriminelles Verhalten geändert haben, wenn es um Impfungen geht? Die andere Sache ist, daß die Impfungen die einzige Gelegenheit sind, bei der sie niemals erwischt werden können, weil der US-Kongreß es im Wesentlichen unmöglich gemacht hat, einen Impfstoffhersteller zu verklagen.

Interviewer: Die einzige Gelegenheit, bei der sie niemals erwischt werden können?

Kennedy: Sie können nie erwischt werden. Denn sie werden in all den anderen Fällen gefaßt. Und selbst wenn sie erwischt werden, egal wie fahrlässig sie sind, egal wie böse sie waren, egal wie gefährlich die Zutat ist, egal wie ungeheuerlich die Verletzung, man kann sie nicht verklagen. Also gibt es keine Konsequenzen. Es gibt keine Konsequenz, wenn sie Dich durch einen Impfstoff krankmachen. Es gibt keinen Anreiz für sie, es sicherer zu machen.

Zweitens: Auch müssen die Impfstoffe nicht getestet werden. Es ist das einzige Medizinprodukt, das weder als Medikament noch als Medizinprodukt jemals einem Doppelblind-Placebo-Test unterzogen wird, was aber die einzige Möglichkeit ist, ein Risikoprofil für ein Produkt zu ermitteln und festzustellen, ob dieses Produkt tatsächlich mehr Probleme abwendet, als es verursacht.

Es gibt also keinen Anreiz - sie wissen nicht, ob es sicher ist oder nicht, was sie Ihnen verkaufen. Sie haben keine Möglichkeit, das zu wissen, weil sie keinen der 72 Impfstoffe, die sie jetzt an die amerikanische Öffentlichkeit verkaufen, auf Sicherheit geprüft haben.

Interviewer: Und sie müssen es nicht.

Kennedy: Drittens: Impfstoffe sind gesetzlich vorgeschriebene Produkte. Es gibt keine Ausweichmöglichkeit, so daß man sagen könnte: Weißt du, ich will das nicht kaufen, weil ich denke, es könnte mir schaden. Das funktioniert nicht, also gibt es buchstäblich keinen Anreiz für sie, ihr Produkt sicher zu machen. Und wissen Sie, die andere Sache, von der ich meine, daß die Leute im Fahrstuhl dies wissen sollten, ist diese: Wir sollten sehr, sehr skeptisch und mißtrauisch gegenüber Impfstoffen sein, weil wir uns bereits inmitten der größten Epidemie chronischer Krankheiten in der Geschichte der Menschheit befinden!

Und übrigens, ich habe drei Impfungen bekommen, als ich ein Kind war, und das galt als völlig ausreichend. Die heutigen Kinder bekommen 72 Impfungen und der Zeitplan für Impfungen hat sich seit 1989 am dramatischsten verändert. Und diese Epidemie chronischer Krankheiten begann laut EPA (United States Environmental Protection Agency) im Jahr 1989. Wenn Sie also vor 1989 geboren sind, haben Sie eine 12 %ige Chance, eine chronische Krankheit zu bekommen. Wenn Sie nach 1989 geboren sind, haben Sie eine 54 %ige Chance. Es handelt sich hierbei um neurologische Entwicklungsstörungen.

Wissen Sie, ich habe nie jemanden gekannt, der diese hatte, als ich ein Kind war: ADD, ADHD, Sprechverzögerung, Sprachentwicklungsverzögerung, TICS, Narkolepsie, ASD, Autismus. Autismus stieg von einem bei 10.000 auf eines bei 34 Kindern. Niemand hat uns je erklärt, wie das passiert ist. Es scheint so, als würde sich niemand dafür interessieren. Die Autoimmunkrankheiten wie Rheumatische Arthritis und jugendlicher Diabetes, die demyelinisierenden Krankheiten sind nach 1989 ebenfalls explodiert ... und sind jetzt eine Epidemie in unseren Kindern.

Was die allergischen Erkrankungen betrifft: Ich habe nie jemanden gekannt, der eine Erdnußallergie hatte. Ich hatte 10 Geschwister und wahrscheinlich 70 Cousins, doch ich kannte niemanden mit einer Erdnußallergie. Aber meine Kinder haben Erdnuß-Allergien und man findet sie jetzt überall. Woher kommen sie? Lebensmittelallergien, Rhinitis, Ekzeme, Asthma, all die allergischen Krankheiten, Anaphylaxie explodierten nach 1989.

Also auf dieser Liste mit den drei Kategorien gibt es etwa 300 Krankheiten, die anerkannt sind. Und ist es ein Zufall, daß jede dieser 300 Krankheiten auch als Impfstoff-Nebenwirkung auf den Beipackzetteln der Impfstoffe aufgeführt ist? Und übrigens, wenn jemand mit einer anderen Erklärung kommt, dann segne ihn Gott.

Eine CDC kann nicht einfach immer wieder sagen: Wir wissen nicht, wo es herkommt, das ist alles ein großes Rätsel. Das CDC ist das "Center for Disease Control". Was tun sie, um diese chronische Krankheitsepidemie zu kontrollieren? Buchstäblich nichts. Und der Grund dafür ist, daß sie wissen, woher sie kommt. Es kommt von den Impfstoffen! Und das ist sehr, sehr klar durch die unabhängige Wissenschaft geworden, die vor allem jetzt in anderen Ländern durchgeführt wurde, aber ein Teil davon kommt auch aus den Vereinigten Staaten. Hauptsächlich, wissen Sie, in anderen Ländern.

Die CDC hat alles getan, um sicherzustellen, daß die Wissenschaftler diese Studien nicht durchführen. Die Wissenschaftler machen sie dennoch. Und es gibt eine Menge Regierungswissenschaftler unter ihnen. Sie werden bestraft und ins Exil geschickt, die Fördergelder werden ihnen entzogen, aber sie bleiben trotzdem dran. Und es ist erschreckend, wenn man ihre anerkannten Studien liest!

Interviewer: Und sind einige dieser Regierungswissenschaftler auf der Big-Pharma-Gehaltsliste?

Kennedy: Oh, da gibt es Regierungswissenschaftler auf der Gehaltsliste der großen Pharmaunternehmen, die diese epidemiologischen Studien verdrehen, um aufzuzeigen, daß sie keinen Zusammenhang zwischen zum Beispiel Autismus und Impfstoffen finden können ... oder zumindest dem MMR-Impfstoff. Aber es gibt auch unabhängige, wirklich großartige Wissenschaftler der Regierung: Leute wie Ari Goldman, der die Windpocken-Impfstoffstudien durch-

geführt hat, und Bart Classen, der ein Wissenschaftler der NIH (National Institutes of Health) war, der einen Zusammenhang zwischen Diabetes und Impfstoffen gefunden, und die größten epidemiologischen Studien der Geschichte dokumentiert hat.

Und viele, viele andere, die dann ihren Job verlieren. Judy Mikovits, die, wie Sie wissen, krebserregende Affen- und Mäuse-Retroviren in Impfstoffen gefunden hat, die mit ziemlicher Sicherheit die Schuld an der Explosion von Weichteil- und Knochenkrebs bei den Babyboommern und bei der heutigen Generation tragen. Also das waren Wissenschaftler der Regierung, die ihre Arbeit verloren, weil sie Zusammenhänge entdeckten und sich weigerten, sich zurückzuziehen und zum Schweigen gebracht zu werden. Aber es gibt sie, na Sie wissen schon, die man die Voreingenommenen nennt.

Das sind diejenigen Wissenschaftler, die Geld von der CDC und der Pharmaindustrie annehmen, um genau diese Art von listigen Studien zu machen, die zeigen sollen, daß Impfstoffe nicht in Verbindung stehen mit irgendwelchen krankmachenden Nachwirkungen. Aber diese eine Studie, die sie bisher nie gemacht haben, ist diejenige die Sie machen würden, wenn Sie wirklich diese Frage der Auswirkungen von Impfstoffen beantworten wollten. Die würde darin bestehen, sich eine ungeimpfte Bevölkerung anzusehen und die Gesundheitsergebnisse mit einer geimpften Bevölkerung zu vergleichen.

Interviewer: Aber wurde solch eine Studie nicht schon mal durchgeführt?

Kennedy: Nein, nun, sie wurde von unabhängigen Wissenschaftlern durchgeführt. Ich habe etwa 41 dieser Studien, Zusammenfassungen davon, auf meinem Instagram account veröffentlicht. Und jede dieser Studien zeigt, daß die geimpften Kinder viel kränker sind.

Interviewer: Und die CDC ignoriert dies einfach.

Kennedy: Oh und was ich der CDC und anderen gesagt habe, die sich über meinen Aktivismus in dieser Angelegenheit beschwert haben, ist Folgendes: Zeigen Sie mir nur eine Studie, die zeigt, daß geimpfte Kinder gesünder sind als ungeimpfte Kinder! Ich werde diese Studie auf meiner Website veröffentlichen und ich werde zurückgehen, ich werde die Children's Health Defense verlassen und mich wieder dem Schutz von Flüssen widmen, was ich viel lieber tun möchte. Sie werden niemanden diese Studie machen lassen, weil sie wissen, was passiert, wenn sie es tun.

Interviewer: Sie kennen die Studien da draußen, sie wissen, daß die Wissenschaft da ist. Wie können Leute mit einem Gewissen für die CDC arbeiten?

Kennedy: Nun, wissen Sie, das ist eine interessante Frage, weil ich denke, daß die meisten - also nicht jeder bei der CDC weiß, daß dies geschieht. Es ist eine gewisse enge Gruppe innerhalb des Impfsicherheitsbüros, wie sie es nennen, die tatsächlich das meiste von dem, was ich weiß, wissen und es absichtlich verbergen. Und alle anderen werden gewissermaßen in der Rechtgläubigkeit gefangen. Und es ist, wissen Sie, ich denke, die treffendste Analogie ist die, wie sie in der katholischen Kirche und dem Pädophilen-Skandal geschah - daß sie ein paar Priester hatten, die Kinder vergewaltigten und Kinder ausbeuteten.

Aber die gesamte Organisation der katholischen Kirche wurde zum Komplizen. Ich meine, wissen Sie, Sie hatten Älteste, Bischöfe und sogar den Vatikan, die das deckten, weil sie diese Idee hatten, daß es wichtiger sei, die Institution Kirche zu schützen als diese kleinen Kinder, die zu Opfern wurden. Und die Menschen haben die Fähigkeit, sich selbst davon zu überzeugen.

Und sie sagen, nun, in diesem Zusammenhang sagen sie zu sich selbst: "Das Impfprogramm ist so wichtig, daß wir seine Mängel vor der Öffentlichkeit verbergen und einfach so tun, als ob alles in Ordnung wäre, so daß es nicht mit diesen Krankheiten in Verbindung steht. Denn wenn die Menschen anfangen, an den Impfstoffen zu zweifeln, werden die Konsequenzen für die Gesellschaft entsetzlich sein. Und so sind wir berechtigt, die Menschen zu belügen und all diese falsche Wissenschaft zu schaffen und all diesen anderen Unfug zu machen, den sie

betreiben."

Das ist eine perfekte Analogie für das, was sie tun und wie sie es vor sich selbst rechtfertigen. Es ist wie bei der katholischen Kirche. Als sie dies taten, da gab es viele katholische Bischöfe, die sich als gute Menschen verstanden und glaubten, daß sie einem edlen Zweck dienten und etwas Schwieriges tun mußten, nämlich diesen Skandal zu verbergen. Aber in Wirklichkeit wurden sie in eine sehr üble Rechtgläubigkeit eingebunden.

Interviewer: Ja, nach Ihrer Erklärung kann ich nachvollziehen, wie die Leute bei der CDC sagen könnten: Okay, nun, wir müssen ein paar Lügen zulassen, damit das Gemeinwohl geschehen kann. Wir wollen sicherlich keine Polio-Epidemie mehr und wir brauchen die Impfstoffe dafür. Aber ich habe mir Ihre Videopräsentation angesehen, die Sie in Hawaii gehalten haben und wo Sie übrigens erwähnten, daß Sie eine neue Enkelin haben - Herzlichen Glückwunsch - und in diesem Video war für mich die interessanteste Folie die, die gezeigt hat, daß Krankheiten im neunzehnten Jahrhundert fast vollständig bis zum frühen 20. Jahrhundert ausgerottet waren. Und dann kam die Einführung von Impfstoffen nach dieser fast vollständigen Ausrottung.

Kennedy: Ja, ich kann nur sagen, daß die Masern vor der Einführung des Impfstoffs zu 96,9 % in diesem Land und zu etwa 99 % in Großbritannien ausgerottet waren. Und wissen Sie, daß sich die CDC darauf tatsächlich beruft? Wissen Sie, viele Leute denken oder behaupten, daß für diesen großen Rückgang der Sterblichkeit im 20. Jahrhundert tatsächlich die Impfstoffe verantwortlich sind. Die CDC hat tatsächlich, zusammen mit der Johns-Hopkins-Universität, eine Studie durchgeführt, von der ich diese Woche Auszüge auf meinem Instagram Account veröffentlicht habe.

Und die Schlußfolgerung der CDC, ihre eigene Schlußfolgerung, die in der Fachzeitschrift der amerikanischen Vereinigung der Kinderärzte veröffentlicht wurde, also in der amerikanischen Vereinigung der Kinderärzte, sie sind die stärksten Impfbefürworter der Welt. Und die Schlußfolgerung der CDC war, daß Impfstoffe fast nichts mit dem Rückgang dieser Krankheiten und der Sterblichkeit durch Infektionskrankheiten im zwanzigsten Jahrhundert zu tun hatten. Daß es die Hygiene war, es die Kläranlagen waren, es die Chlorbehandlung des Wassers war, es die elektrische Kühlung war, die half, die Ernährung zu verbessern. Und diese Verbesserungen, die technischer Art waren, hatten fast nichts mit Medizin zu tun.

Interviewer: Wow, das waren also die eigenen Schlußfolgerungen der CDC.

Kennedy: Die Schlußfolgerung der CDC selbst. Und wissen Sie, Sie können sich die Schlußfolgerung der Studie ansehen, die ich auf Instagram, ich denke vor vier Tagen, veröffentlicht habe. Und wenn Sie zu meinem Instagram-Feed gehen, sehen Sie ein Zitat davon. Wenn Sie auf den Link zu dieser Studie gehen und sich die Originalstudie anschauen, steht dort geschrieben: Der Rückgang von Krankheiten im 20. Jahrhundert hatte fast nichts mit Impfstoffen zu tun.

Interviewer: Sie erwähnten all die modernen aktuellen Krankheiten, von denen wir sagen, daß sie von Impfstoffen kommen, was die CDC leugnet. Und auf der Website der CDC habe ich den Impfkalender für Kinder nachgeschlagen, der vier oder fünf notwendige Impfstoffe enthält, jeweils drei bis fünf Dosen, die normalerweise mit zwei Monaten beginnen, aber bei Hepatitis beginnt man sogar bei der Geburt. Und dann geht man auf die nächste Seite und da steht "Probleme" sowie "ernsthafte Probleme": "Nach der DTaP-Impfung (Dreifachimpfung) wurden lang andauernde Anfälle, Koma, Bewußtseinsstörungen und dauerhafte Hirnschäden gemeldet.

Diese Berichte sind extrem selten." Und es heißt: "Wie bei jeder Medizin besteht eine sehr geringe Wahrscheinlichkeit, daß ein Impfstoff eine schwere Verletzung oder den Tod verursacht". Wird hier über die Anzahl der Verletzungen und Todesfälle, die durch Impfstoffe verursacht werden, gelogen?

Kennedy: Nun, sie haben ein System, ein Überwachungssystem, das VAERS, vaccine adverse event reporting system, genannt wird. Und dieses System wurde entwickelt, um Impfschäden zu verbergen. Und in der Tat gibt es eine Studie des HHS (United States Department of Health and Human Services), die 2010 von Harvard Pilgrim (Harvard Pilgrim Health Care) in Auftrag gegeben und von Harvard-Wissenschaftlern durchgeführt wurde. Sie kam zu dem Ergebnis, daß weniger als 1 % der Impfschäden überhaupt gemeldet werden.

Weniger als 1 %. Und trotzdem hat die Regierung vier Milliarden Dollar an Menschen mit Impfschäden ausgezahlt. Multiplizieren Sie das also mit 100 und Sie erhalten eine Vorstellung - mit mehr als 100, da weniger als 1 % gemeldet werden. Und dort, wo diese Studie durchgeführt wurde, benutzten sie tatsächlich das maschinelle Zählsystem, anstatt eines freiwilligen Systems. Und mit dem maschinellen Zählsystem fanden sie heraus, daß etwa 2,6 % der Impfungen, also etwa jede 39te Impfung, Schaden verursacht.

Interviewer: Nicht eine in einer Million.

Kennedy: Nicht einer von einer Million, wie sie es öffentlich sagen. Und wenn die Leute das wüßten, würde sich niemand mehr impfen lassen, weil beim Impfen eine Schädlichkeitsrate von 2,6 % besteht. In den Gardasil-Studien bekamen 2,3 % der geimpften Mädchen innerhalb von sechs Monaten eine Autoimmunkrankheit - von den Mädchen, die den Impfstoff bekamen. Und das bei einer Impfung, die angeblich dazu gedacht ist, Krebs zu verhindern, der erst 50 Jahre später auftritt.

Interviewer: Ein technischer Fehler verhinderte leider die Aufzeichnung des Interviews in seiner vollen Länge. Den wichtigsten Satz, den Robert Kennedy im restlichen Teil des Interviews verlauten ließ, ist folgender: "Wir haben wirklich gute wissenschaftliche Erkenntnisse, die darauf hinweisen, daß praktisch alle derzeit vorgeschriebenen Impfstoffe weitaus mehr Schaden anrichten, als die ursprüngliche Krankheit es tun würde, gegen die sie vermarktet werden."

Um mehr über Kennedys Bemühungen zu erfahren und sich über die neuesten Impfnachrichten auf dem Laufenden zu halten, verweisen wir auf den untenstehenden Link zu Children'sHealthDefense.org sowie auf die Rubrik Gesundheit und Medizin bei Kla.TV. ...<<
12.02.2020

BRD: Die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages stellt am 12. Februar 2020 folgenden Antrag - Atommüll-Endlager vermeiden - Hochradioaktive Reststoffe verwerten. Drucksache 19/17127 (x1.038/...): >>>Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Partitionierung und Transmutation (PuT) ist eine weltweit anerkannte und verfolgte Strategie zum Umgang mit nuklearen "Abfällen". Mit PuT können die für ein Endlager benötigten Kapazitäten substantiell, prinzipiell sogar auf einen vernachlässigbaren Umfang reduziert werden.

Die Bestandteile der hochaktiven Reststoffe können zum Teil, ggf. nach der entsprechenden Abklingzeit, auch abseits der kerntechnischen Nutzung verwendet werden (z.B. Edelmetalle Rhodium, Ruthenium, Palladium oder Americium-241 für Nuklidbatterien in Weltraumfahrzeugen, siehe auch Kleine Anfrage 19/11736).

Hierzu sind die Entwicklung und der Betrieb von Schnellsplaltreaktoren, z.B. jene der 4. Generation (sogenannte GenIV-Typen) sowie Partitionierungsanlagen erforderlich. Die Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet wird in Deutschland gar nicht bzw. in völlig unzureichender Weise gefördert.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Partitionierung und Transmutation (PuT) als gleichermaßen geeignete und wirksame alternative, mindestens ergänzende Strategie zur direkten Endlagerung für die Entsorgung hochaktiver Reststoffe einzustufen und anzuerkennen,

2. die Forschung umfassend auf diesem Gebiet national zu unterstützen und sich international hierfür zu engagieren, nicht nur in Hinsicht auf die nukleare Sicherheit,
3. die Nutzung der in Frage stehenden Reststoffe in möglichst vielseitiger Weise, auch in nukleartechnischen Anlagen für PuT, in Übereinstimmung mit den internationalen Verträgen sowie Richtlinien zur Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen zu gestatten,
4. die Genehmigung und den Betrieb von hierfür geeigneten Reaktoren sowie Trennanlagen zu unterstützen,
5. im Lichte der vorgenannten Zielsetzungen Anpassungsvorschläge für das Atomgesetz (AtG) vorzulegen und dabei insbesondere darauf hinzuwirken, dieses kompatibel zur Absicht, die friedliche Nutzung der Kernenergie zum Zweck der Entsorgung nuklearer Rückstände zu ermöglichen, abändern zu lassen (insbesondere §§ 1, 7 und 9 AtG).

Berlin, den 18. Oktober 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Forschungen zu Partitionierung und Transmutation (PuT) wie etwa basierend auf den Empfehlungen der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften, werden von der Bundesregierung nicht oder nur marginal unterstützt und wegen der Beschlüsse zum Kernenergieausstieg als "nicht zielführend" (siehe Drucksache 19/12630), sogar kontraproduktiv angesehen. Basis dieser Einschätzungen ist die Tatsache, daß auch Forschungen an Konzepten der Generation IV als Wiedereinstieg angesehen werden und eine Gleichsetzung dieser Techniken mit der heute etablierten Infrastruktur pauschal vorgenommen wird (Drucksache 19/12630).

Zugleich werden die neuartigen Eigenschaften zukünftiger Systeme aber gerade wegen ungenügender Forschung und Erfahrung, z.B. im Bericht der Endlagerkommission des Deutschen Bundestages, angezweifelt. Weitere Forschungs- und Entwicklungsbemühungen werden also vor allem wegen mangelnder Kenntnisse in diesem Feld als ungeeignet oder nicht lohnenswert verworfen - ein widersinniger Zirkelschluß.

Die gegenwärtige aus Sicht der Antragsteller einseitige Diskussion über den als "alternativlos" angesehenen Ausstieg aus der Nukleartechnologie verbaut somit den Blick auf mögliche Antworten bestehender Fragen, etwa der Entsorgung hochaktiver Reststoffe. Die Entwicklung in der Welt zeigt aber, daß auf diesem Gebiet aktuell geforscht wird, wovon sich Deutschland offenkundig nun abkoppeln möchte und nach Meinung der Antragsteller technologisch rückzufallen droht.

Die Eigenschaften der Konzepte der Generation IV, insbesondere jene der Flüssigkernreaktoren und pyrochemisch arbeitender Partitionierungsanlagen - entsprechende Forschungen werden unter anderem im Rahmen des Horizon2020-Programms der EU durchgeführt, siehe <http://samofar.eu/concept/> - gehen jedoch deutlich über das bereits hohe Sicherheitsniveau und die Brennstoffausnutzung der heute etablierten Infrastruktur hinaus.

So ist allgemein anerkannt, daß mit solchen Systemen die Verwertung der zu entsorgenden Brennelemente und damit die drastische Reduktion der Endlagerkapazitäten weit besser gelingt als mit aktuell genutzten Kernkraftwerken und Aufarbeitungsanlagen mit PUREX-Verfahren.

So können die heutigen Bestände eben genannter hochaktiver Reststoffe, welche noch geologisch über mehrere 100.000 Jahre eingeschlossen werden müßten, praktisch vollständig abgebaut und in Reststoffe (Spaltprodukte) umgewandelt werden, welche nach nur wenigen 100 Jahren auf ungefährliches Niveau abklingen.

Flüssigkernreaktoren sind zudem prinzipiell inhärent sicher auslegbar, arbeiten praktisch überdrucklos und könnten nach bisherigen Erkenntnissen sehr kompakt gebaut sowie wirtschaftlich betrieben werden.

Die Verwertung der erzeugten Wärmeenergie kann formal konform zum Atomgesetz (AtG) idealerweise für Prozeßanwendungen geschehen, wenn eine wirtschaftliche Nutzung gewünscht wird, ansonsten kann sie einfach in die Umgebung abgeführt werden, anders als von der Bundesregierung unterstellt wird (Drucksache 19/12630).

Die Funktionsweise der pyrochemischen Trennanlagen ist prinzipiell aus der pyrometallurgischen Industrie (z.B. Elektrolyse mit Salzschnmelzen, fraktionierte Destillation und Rektifikation) bekannt. Diese zeigen erhebliche Vorteile bei der Trennschärfe, bei der wirtschaftlichen Effizienz und beim Abfallstrom. Danach würde auch die Proliferationssicherheit, die Resilienz (Widerstandskraft) gegen die Verbreitung von Nuklearwaffen, beibehalten, eher noch erhöht werden.

Weiterhin würden die bereits im Rückstellungsfonds des Bundes für die Endlagerung hochaktiver Reststoffe bereitgestellten Mittel (knapp 25 Mrd. Euro) hiernach ohne weiteres alternativ auch für einen Partitionierungspfad oder auch für eine komplette PuT-Strategie zur schadlosen Verwertung dieser Brennelemente genügen.

Letztere könnte sogar Erträge erwirtschaften, unabhängig von der Verfahrensweise in Bezug auf die aktuell gültige Fassung des AtG - eine Nutzung zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität, wie in dieser Stellungnahme der Bundesregierung (Drucksache 19/12630), ist nicht zwingend erforderlich. Zudem dürfte die Beteiligung Deutschlands an diesem strategisch wichtigen Feld im Lichte der internationalen Ausrichtung geboten sein.

Zusammengefaßt würde der Einbezug von PuT in die Entsorgungsstrategie für gebrauchte Nuklearbrennstoffe nach Ansicht der Antragssteller fast keine bisherigen nationalen Beschlüsse berühren, jedoch die Option auf eine wirklich nachhaltige Nutzung und Entsorgung hochaktiver Stoffe eröffnen und zusätzlich technologische (z.B. Hochleistungsmaterialien oder moderne Industrietechnologien) wie wirtschaftliche Vorteile bieten.<<

18.02.2020

BRD: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 18. Februar 2020 folgender Bericht über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x1.014/...): >>>Thesen zur "deutschen Schuld"

Auszug aus dem Buch "Der neue West-Ost-Konflikt - Inszenierung einer Krise

von Wolfgang Bittner

Sowohl der Erste als auch der Zweite Weltkrieg wurden durch den Eintritt der USA auf Seiten Englands, Frankreichs und Rußlands entschieden, und nach verbreiteter Meinung traf die Schuld an diesen Menschheitskatastrophen Deutschland.

Zwar wird Geschichte von den Siegern geschrieben, aber zahlreiche Dokumente und Äußerungen damaliger Politiker belegen, daß diese festgeschriebene Schuld Deutschlands einer genaueren Betrachtung bedarf.

Von der englischen und US-amerikanischen Geschichtsschreibung wurde der Historiker und Bestsellerautor Fritz Fischer, der von der Hauptschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg ausging, als der bedeutendste Historiker des 20. Jahrhunderts gepriesen. In seinem 1961 erschienenen Werk "Griff nach der Weltmacht" suchte er akribisch eine Kontinuität aggressiven deutschen Weltmachtstrebens in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, also vom Kaiserreich bis zur NS-Diktatur, nachzuweisen.

Über die von ihm konstatierten imperialistischen Machbestrebungen des Deutschen Reiches, die nach seiner Meinung den Ersten Weltkrieg ausgelöst haben, schrieb er: "Bei der angespannten Weltlage des Jahres 1914, nicht zuletzt als Folge der deutschen Weltpolitik, mußte jeder begrenzte (lokale) Krieg in Europa, an dem eine Großmacht beteiligt war, die Gefahr eines allgemeinen Krieges unvermeidbar nahe heranrücken.

Da Deutschland den österreichisch-serbischen Krieg gewollt, gewünscht und gedeckt hat, und, im Vertrauen auf die deutsche militärische Überlegenheit, es im Jahre 1914 bewußt auf einen

Konflikt mit Rußland und Frankreich ankommen ließ, trägt die deutsche Reichsführung einen erheblichen Teil der historischen Verantwortung für den Ausbruch des allgemeinen Krieges." Hinsichtlich der Seriosität der Einsichten dieses Historikers ist zu berücksichtigen, daß er als Exponent des Hitlerfaschismus galt und als solcher nach Kriegsende in den "Automatischen Arrest" kam.

1933 in die SA und 1937 in die NSDAP eingetreten, wurde er 1939 Stipendiat am Institut des NS-Historikers Walter Frank. Er bot Vorträge zum Einfluß des Judentums auf Staat und Gesellschaft an, zum Beispiel: "Das Eindringen jüdischen Blutes in Kultur und Politik Deutschlands in den letzten 200 Jahren" oder "Die Rolle des Judentums in Wirtschaft und Staat der USA". 1942 wurde er auf Empfehlung des nationalsozialistischen Hochschulpolitikers Adolf Rein zum außerordentlichen Professor an der Hamburger Universität ernannt.

Seltsamerweise wurde Fischer entlastet und erhielt schon 1948 wieder eine Professur in Hamburg. Er widmete sich als "kompromißloser Aufklärer" der Geschichte des Ersten Weltkriegs und bildete eine Anzahl seinen Thesen zugewandter (eher linksorientierter) Schüler aus. Seine Nazivergangenheit verleugnete er und betonte statt dessen, kein Anhänger des Nationalsozialismus gewesen zu sein.

Wie immer man zu Fischers Vergangenheit und seinem Werk, das den Alliierten sehr gelegen kam und von ihrem Weltmachtstreben absah, stehen mag: Ein Mangel ist vor allem, daß ihm (wie auch Karl Kautsky, Hermann Kantorowicz, Imanuel Geiss und anderen, die dazu publizierten) nicht die Dokumente aus den Archiven der Alliierten zur Verfügung standen, die bis dato gesperrt sind.

Eine andere, eher vermittelnde Meinung vertrat der in Cambridge lehrende australische Historiker Christopher Clark in seinem 2013 in deutscher Sprache erschienenen Werk "Die Schlafwandler - Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog". Er umgeht die Frage nach der Kriegsschuld, indem er schreibt: "In dieser Geschichte gibt es keine Tatwaffe als unwiderlegbaren Beweis, oder genauer: Es gibt sie in der Hand jedes einzelnen wichtigen Akteurs. So gesehen war der Kriegsausbruch eine Tragödie, kein Verbrechen."

Die Veröffentlichungen Fischers und Clarks führten zu einer bis heute andauernden Kontroverse in der deutschen und ausländischen Geschichtswissenschaft. Clark wurde vorgeworfen, er wolle die Deutschen durch "Verkürzungen", "Verdrehungen" und "Verfälschungen" weißwaschen.

Aber auch die Thesen Fischers blieben nicht unwidersprochen. Als namhafte Kritiker Fischers sind die Historiker Wolfgang J. Mommsen, Paul Sethe und Thomas Nipperdey zu nennen, die eine alleinige Schuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg in Frage stellten.

Mehr zu diesem Thema: Wolfgang Bittner, Der neue West-Ost-Konflikt - Inszenierung einer Krise, S. 113.-139, in den Kapiteln über die britisch-amerikanische Imperialpolitik, den Ersten Weltkrieg, Versailler Vertrag, Hitler und den Zweiten Weltkrieg.<<

Der Schriftsteller und Publizist Dr. jur. Wolfgang Bittner lebt in Göttingen. 2017 erschien von ihm "Die Eroberung Europas durch die USA - Eine Strategie der Destabilisierung, Eskalation und Militarisierung", und im März 2019 der Roman "Die Heimat, der Krieg und der Goldene Westen".

Klappentext: Bereits 1961 warnte der US-Präsident und ehemalige Generalstabschef Eisenhower vor den verhängnisvollen Verflechtungen des "militärisch-industriellen Komplexes" mit der Politik der USA. "Wir dürfen", so Eisenhower, "es nie zulassen, daß die Macht dieser Kombination unsere Freiheiten oder unsere demokratischen Prozesse gefährdet."

Wenn wir uns die gegenwärtige politische Weltlage ansehen, wird deutlich, was Eisenhower meinte. Doch Wolfgang Bittner beschränkt sich nicht auf die jüngere Zeit, vielmehr geht er zurück auf eine mehr als ein Jahrhundert währende britisch-amerikanische und französische Imperialpolitik, der das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn zum Opfer gefallen sind, und

die nach wie vor - ausgehend von Interessengruppen in den USA - Deutschland im Fadenkreuz hat.

Sein Buch bietet eine Gesamtschau der globalen politischen Entwicklung im 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart, von Europa über Nord- und Südamerika bis nach Asien. Bittner deckt die Hintergründe der Aggressions- und Interventionspolitik einer gewissenlosen Allianz unter Führung der USA mit der von ihr dominierten NATO auf. Der Autor stellt damit auch eine faktenreiche Argumentationshilfe in der längst fälligen Auseinandersetzung mit der akut drohenden Kriegsgefahr zur Verfügung.<<

28.02.2020

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 28. Februar 2020: >>**Die Bauern verdienen unseren Dank**

Holger Douglas

Jeder Städter weiß es besser als die Bauern: Die Landwirte quälen ihre Tiere, vergiften die Nahrungsmittel mit Chemie und düngen zu viel. Städter können zwar kaum Roggen von Gerste unterscheiden, sind aber fest davon überzeugt, daß Bio besser als konventioneller Ackerbau und daß eine "Agrarwende" dringend notwendig ist.

Und überhaupt: die viele "Chemie". Früher ging es doch "viel natürlicher" zu, träumen die Städter vom Bauern, der im März seine Rößlein anspannt. Da lohnt ein kurzer Blick auf aktuelle Virus-Monitoringkarten, auf denen sich Landwirte über die aktuell drohende Schädlingslage informieren. ...

Nikotin ist das stärkste Pflanzengift

Während gerade Coronavirus-Panik beim Menschen geschürt wird, fiel im vergangenen Jahr häufig die Zuckerrübenenernte weitgehend aus. Der Grund: ein gefährlicher Virus. Grüne Pflirsichblattlaus und schwarze Bohnenlaus haben beim Saugen an den Blättern den Rübenvergilbungsvirus (BMVYV) übertragen.

Der läßt bei den infizierten Pflanzen die Blätter orange-gelb und brüchig werden. Aus diesen Rüben wird nichts mehr. Das bedeutet für den Bauern: kompletter Ertragsausfall. Nur aufgrund der Überproduktion merkt das niemand mehr im Supermarkt. Weltweiter Handel gleicht solche Ernteausfälle, wie sie immer wieder vorkommen, aus. Früher wurde das Saatgut vor allem mit den berüchtigten Neonicotinoiden gebeizt, einer sehr wirkungsvollen Waffe, die vom Pflanzengift Nikotin aus der Tabakpflanze abgeschaut wurde.

Nikotin ist übrigens eines der stärksten Pflanzengifte, die die Natur kennt und an die Wirkstoffe aus der "bösen Chemie" nicht im entferntesten herankommen. Seit dem Verbot der "Neonics" bleibt den Landwirten noch der Wirkstoff Tefluthrin (Force 20 CS) gegen die Bodenschädlinge zur Verfügung.

Strafzahlungen drohen

Viele Krankheiten und Schädlinge bedrohen die Nutzpflanzen auf dem Acker. So übertragen vier Millimeter große Zikaden einen Virus, der beim Weizen die Blätter gelb färben läßt und verhindert, daß Ähren aus der Blattscheide wachsen und sich entwickeln können. Folge: totaler Ausfall der Weizenernte. Dazu kommen noch die Risiken des Wetters.

Es ist ein harter Kampf von Wissenschaft und Technik sowie Landwirten, der Natur regelmäßig eine ausreichende Ernte abzutrotzen. Volle Lebensmittelregale sind keine Selbstverständlichkeit, verleiten aber zu Übermut. Am 2. April soll die neue Düngeverordnung beschlossen werden, heftig forciert von Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD). Schon fast mit Begeisterung verweist sie auf die drohenden Strafzahlungen der EU. 850.000 Euro soll Deutschland nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs zahlen, weil die Nitratwerte im Grundwasser angeblich über den Grenzwerten liegen. Pro Tag wohl gemerkt.

Nicht zuletzt deswegen wehren sich die Landwirte drastisch gegen die Düngeverordnung, weil die Meßwerte falsch sind, und die nach Brüssel gemeldeten Nitratwerte nicht stimmen. Diese

Daten stammen zudem noch aus den Jahren 2003 bis 2005 sowie 2006 und 2010.

Rückfall in Produktionsweise unserer Vorfahren

Die Düngeverordnung ist einer der gewaltigen Hebel, um der Landwirtschaft den Garaus zu machen. Nach dieser Verordnung sollen die Landwirte nun ihre Düngemengen schrittweise reduzieren: im ersten Jahr um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr, im darauffolgenden Jahr wiederum weniger - jeweils bezogen auf die bereits reduzierte Menge. Eine Abwärtsspirale.

Diese einschneidenden Einschränkungen bedeuten, daß die Pflanzen nicht mehr genügend Nährstoffe bekommen, ihr Wachstum entsprechend reduziert wird und damit die Erträge der Landwirte weiter sinken. Dies würde ein Ende der Landwirtschaft in Deutschland bedeuten, das zu einem Importland für Agrarprodukte werden könnte. Dafür bekommen die NGOs ihre gewünschten Blühflächen.

Dies bedeutet weiterhin einen erheblichen Raubbau am Boden und den Rückschritt in die landwirtschaftliche Produktionsweise unserer Vorfahren. Die entzogen den Böden brutal die wenigen Stickstoffmengen. Sie mußten deswegen die Äcker regelmäßig brachliegen lassen, damit sie sich ein wenig erholen konnten.

Die Landwirte verdienen unseren Dank

Erst als die beiden Chemiker Fritz Haber und Carl Bosch Anfang des 20. Jahrhunderts ihr bedeutendes Verfahren entwickelten, Stickstoff aus der Luft zu entziehen und mit Wasserstoff Ammoniak zu synthetisieren, wurde es möglich, zusätzlich mit Stickstoff Böden zu düngen.

Neben der Mechanisierung der Landwirtschaft mit raffinierten und leistungsstarken Maschinen, war dies der zweite bedeutende Schritt, die Nahrungsproduktion auf den Äckern zu steigern. Resultat: Ernährte um 1900 ein Landwirt etwa drei Menschen, so sind es heute 140 bis 150.

Erst diese signifikante Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion läßt Proteste gegen eben diese Landwirtschaft zu. Waren in früheren Zeiten die Menschen vollauf damit beschäftigt, Äcker zu bestellen, Unkräuter zu zupfen, zu säen, schließlich die Ernte einzubringen, zu dreschen, so müssen heute immer weniger Menschen für das tägliche Brot arbeiten. Lena, Lisa, Greta und Co sollten den Landwirten für ihre Arbeit auf den Äckern danken, anstatt sie zu beschimpfen.

Holger Douglas ist Wissenschafts- und Technikjournalist, arbeitete für das ZDF und Al Jazeera. 2018 erschien sein Buch "Die Diesel-Lüge".<<

Februar 2020

Schweiz: Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 31, berichtete im Februar 2020 (x355/4-8): >>Hybride Kriegsführung: Wenn in Zeiten des Friedens Kriege toben

Von *Gerhard Wisniewski*

Tue Schlechtes und rede darüber. Und wenn du darüber redest, dann schiebe es anderen in die Schuhe: Das ist eine ganz neue Variante des alten Sprichwortes "Tue Gutes und rede darüber". Gemeint ist die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der hybride Krieg gegen Deutschland, Europa und andere Teile der Welt. Sie wissen schon: "Hybrid" wie "hybrides Auto" - ein Fahrzeug mit gemischtem Antrieb, zum Beispiel elektrisch und konventionell. "Hybrid" heißt also so viel wie gemischt. Im Falle des Krieges bedeutet das einen Krieg an allen Fronten und mit allen Mitteln, quasi einen totalen Krieg. Klassische militärische Mittel spielen dabei nur noch eine Nebenrolle, wenn überhaupt.

Die "hybride Kriegsführung seitens Rußlands" sei in allen europäischen Ländern täglich zu spüren, sagte da plötzlich die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel am 25. Januar 2019 bei der Münchner Sicherheitskonferenz.

"... und diese hybride Kriegsführung im Internet ist sehr schwer zu erkennen, weil Sie plötzlich Bewegungen haben, von denen Sie gedacht haben, daß sie nie auftreten. ... In Deutschland protestieren jetzt Kinder für den Klimaschutz. ... Aber daß plötzlich alle deutschen Kinder,

nach Jahren, ohne jeden äußeren Einfluß, plötzlich auf die Idee kommen, daß man diesen Protest machen muß, das kann man sich auch nicht vorstellen."

Ein Instrument der hybriden Kriegsführung

Mit anderen Worten beschrieb Merkel die sogenannte Klimabewegung als Instrument der hybriden Kriegsführung: Der Begriff war damit in der Welt. Denn es handelt sich um einen Terminus, der in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist und die Vorstellungskraft des Normalbürgers übersteigt. Bei Kriegen denkt der Durchschnittsmensch (und auch der Durchschnittspolitiker) nun mal an Bomben und Panzer, und ihre Abwesenheit verwechselt er mit Frieden. Woran er nicht denkt, ist ein ganzes Bündel von propagandistischen, psychologischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die ein Land sogar noch nachhaltiger zerstören können als jeder Bombenteppich:

"Die traditionellen Begriffe von regulär und irregulär oder von konventionell und unkonventionell haben ihre bisherige Trennschärfe verloren", schreibt der Oberst im Generalstab, Uwe Hartmann, in seinem Buch

"Hybrider Krieg als neue Bedrohung für Freiheit und Frieden" (Berlin 2015): "Der Begriff der hybriden Kriegsführung dagegen hilft, das Kriegsgeschehen ganzheitlicher zu verstehen.

Er beugt verengten Vorstellungen über künftige Kriege und zu einfachen Kriegsbildern vor, weitet den Blick und macht den Weg frei für eine schöpferische Antwort auf neue Bedrohungen" (S. 15).

Der hybride Krieg sei eine "neue Bedrohung von Freiheit und Frieden" und zeichne sich "durch die kreative, den Gegner überraschende Kombination unterschiedlichster Mittel und Wege aus". Er zielt "nicht vorrangig auf die Zerschlagung gegnerischer Streitkräfte, sondern auf die Destabilisierung staatlicher Strukturen und gesellschaftlicher Institutionen sowie die Schwächung des nationalen Zusammenhalts in einem Land".

Also exakt das, was wir derzeit in Deutschland und anderen Ländern Europas erleben. Die hybride Kriegsführung verfolge "die Erosion von Staatlichkeit durch Instabilität der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage sowie durch De-Legitimation von Regierung und Eliten" (S. 19). Da der momentan laufende Dritte Weltkrieg hybrid geführt wird, ist er für das Publikum, aber selbst für Politiker und Militärs, eigentlich kaum durchschaubar.

Von "hybrider Kriegsführung" zu sprechen, war von Merkel deshalb schon ein Sakrileg an sich, lüftete es doch ein wenig den Vorhang zwischen dem Normalbürger und den globalen Eliten - insbesondere den strategischen Eliten.

Universeller Krieg gegen Deutschland und Europa

"Für die sonst so bedachte Kanzlerin Angela Merkel war das ein bemerkenswerter Fehler", rügte denn auch Spiegel Online (24.02.2019) die Merkel'schen Worte. Allerdings:

Was, wenn sich der Gedanke der "hybriden Kriegsführung" verselbstständigen und von der Verknüpfung mit Rußland ablösen würde? Kaum auszudenken! Denn in Wirklichkeit ist der hybride Krieg real; er ist nicht nur ein versteckter Krieg, sondern auch ein universaler Krieg, der in allen Bereichen eines Staates und einer Gesellschaft tobt - um nicht zu sagen: ein "totaler Krieg".

Und geführt wird er nicht zuletzt von niemand Geringerem als der deutschen Bundeskanzlerin selbst. Unter ihrer Regierung gab und gibt es Angriffe auf die Geburtenraten, die Wirtschaft, die Autoindustrie, die Luftfahrtbranche, die Energieversorgung, die Landwirtschaft, die Bildung, die Kultur, die Bundeswehr, das Recht, die freie Meinungsäußerung und nicht zuletzt auf die deutschen Grenzen und damit die Integrität des Staatswesens.

Um einen Feind zu vernichten, zielt der hybride Krieg nun mal auf alles: Fortpflanzung, Finanzen, Währung, Volkswirtschaft, Energieversorgung, Verkehr, Bildung, Verteidigung, Grenzen, Gesundheit - und auf der psychologischen Ebene auf Identität, Nationalbewußtsein und vieles andere mehr.

Denn wie man nach dem Zweiten Weltkrieg gesehen hat, können ja selbst massivste Bombenteppiche ein Land und ein Volk nicht unbedingt auf Dauer zerstören. Zynisch betrachtet kann eine Nation unter günstigen Bedingungen dabei sogar erneuert und neu belebt werden wie ein Wald nach einem Waldbrand.

Nicht zufällig schossen nach dem Krieg in vielen Industrieländern auch die Geburtenraten in die Höhe ("Baby Boom"), bis der "Pillenknick" und viele weitere Geburtenkontrollprogramme dem ein Ende bereiteten (Abtreibung etc.).

Aber nicht nur das: Deutschland erlebte einen nie dagewesenen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Boom. Siemens-Kernkraftwerke versorgten das Land mit bezahlbarer Energie, mit einer Wiederaufbereitungsanlage versuchte Deutschland einen geschlossenen Brennstoffkreislauf mit weniger Atommüll zu schaffen, die Magnetschwebebahn Transrapid versprach das Verkehrssystem zu revolutionieren, am Finanzplatz Frankfurt stieg die Deutsche Bank zum Global Player auf, und das dreigliedrige Schulsystem, Berufsausbildung und Universitäten versorgten den boomenden Industrie- und Wissenschaftsstandort jederzeit mit einem exzellent (aus-)gebildeten Nachwuchs. Innerhalb kürzester Zeit wurde Deutschland zu einer der führenden Industrienationen des Planeten und zu einem der wichtigsten Motoren der wissenschaftlich-technischen Zivilisation.

Konjunkturprogramm Wiederaufbau

Der Wiederaufbau nach einem konventionellen Krieg kann eben wie ein gewaltiges Konjunkturprogramm wirken - und zwar dann, wenn grundlegende Strukturen intakt bleiben, im Falle einer Nation Mentalität, Identität, Bildung, Intelligenz, Kultur und die Gesellschaftsstruktur.

Sowohl gesunde Individuen als auch Nationen verfügen über ein Ich, eine Identität und Interessen. Nur wer ein Ich, also ein "Selbst-Bewußtsein", besitzt, kann auch eine Identität ausbilden und Interessen formulieren.

Eines der ersten Dinge, deren sich ein Kind bewußt wird, ist zum Beispiel, ob es ein Junge oder ein Mädchen ist. Schon dieses erste und ursprünglichste Selbstbewußtsein wird jedoch angegriffen und ins Wanken gebracht, indem man Kinder in Kitas beispielsweise zu "geschlechtsfremden" Aktionen animiert, wie etwa Jungs, sich die Fingernägel zu lackieren. Die Geschlechtsidentität ist jedoch der Kern der Identität, noch vor der nationalen Identität. Wenn man die Geschlechter und damit ihre Identität abschafft, schafft man jede andere Identität auch ab - einschließlich der familiären und der nationalen Identität.

Sobald man ein Individuum so sehr verwirrt, daß es nicht einmal mehr weiß, ob es Männlein oder Weiblein ist, kann es erst recht nicht mehr wissen, ob es Deutscher, EU-Bürger oder Weltbürger ist, und so ist es jedem äußeren Angriff hilflos ausgeliefert. Jüngstes Beispiel für diesen Versuch ist Heidi Klums Transen-Show "Queen of Drags", die im November 2019 auf Pro7 Premiere hatte - ein massiver Angriff auf die Geschlechtsidentität, die das Geschlecht bis zur Unkenntlichkeit verzerrt.

Deutschland ist nicht nur wegen der Sabotage an der Bundeswehr wehrlos, sondern vor allem wegen seiner zerstörten inneren Verfassung. Durch den jahrzehntelangen Schuldskult wurde das Selbstbewußtsein dieser Nation in Selbsthaß verwandelt, und jeder einzelne wurde so zum geistigen Komplizen des hybriden Krieges gegen Deutschland. Nur wenn sich Deutschland auf sich und seine Identität zurückbesinnen könnte, könnte es all diese Schäden vielleicht wieder beheben.

Sabotage an Staat und Gesellschaft

Ein wirklich wirksamer Krieg kann daher auf Bombenteppiche verzichten, um statt dessen zentrale soziologische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Strukturen anzugreifen - zum Beispiel mit Verblödung. Alles andere erledigt sich dann von selbst, weil die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Prozesse dysfunktional werden (siehe "Klimaforschung"):

Wenn der Geist kollabiert, kollabiert früher oder später auch alles andere. Wenn ein Mensch schwer geisteskrank wird, kann er auch nicht mehr für sich selbst sorgen. Daß ausgerechnet Angela Merkel den Begriff "hybride Kriegsführung" gegen Deutschland "leakte", ist, genau wie Spiegel Online das charakterisierte, aus der Perspektive der globalen Eliten eine einmalige Fehlleistung. Denn in Wirklichkeit führt Merkel diesen Krieg selbst an vorderster Front - als Werkzeug der strategischen Eliten.

Die "Energiewende", die "Verkehrswende", die Elektromobilität (die in Wirklichkeit eine Immobilität ist), der CO2-Wahn und die Masseneinwanderung sind nur einige wenige Beispiele für Angela Merkels maoistische Sabotage an Staat und Gesellschaft. Daß diese katastrophalen Fehlleistungen auf Unvermögen oder Irrtümern beruhen, kann wohl ausgeschlossen werden.

Der perfideste Krieg von allen

Der hybride Krieg ist die effektivste und perfideste Form des Krieges überhaupt: "Ziel der Angreifer ist es, nicht nur Schaden anzurichten, sondern insbesondere Gesellschaften zu destabilisieren und die öffentliche Meinung zu beeinflussen", heißt es sogar auf der Website des Bundesverteidigungsministeriums.

"Offene pluralistische und demokratische Gesellschaften bieten hierfür viele Angriffsflächen und sind somit leicht verwundbar" Und zwar, weil "offen" in diesem Fall nicht weltoffen bedeutet, sondern aufgerissen und schutzlos. Genau deshalb betreiben Geostrategen wie der berühmte Milliardär George Soros auch Stiftungen wie die "Open Society-Foundation", die nichts anderes zum Ziel hat, als den Schutz und die Grenzen von Staaten und Gesellschaften zu penetrieren und abzubauen und Revolutionen und Umstürze zu organisieren. Soros ist daher auch als einer der obersten Kriegsherren der Hybriden Kriegsführung anzusehen.

Hybrider Völkermord

Stellen Sie sich vor, auf einer großen Ebene stehen sich zwei Armeen mit Panzern, Geschützen und Gewehren gegenüber, wobei eine Seite plötzlich zu schießen beginnt - schon haben wir offensichtlich einen Angriffskrieg.

Aber was ist, wenn in einem Land plötzlich beide Elternteile arbeiten müssen, Kinder als Ballast betrachtet werden und daraufhin die Geburtenraten fallen? Wenn zusätzlich unfruchtbare Lebenskonzepte "in Mode kommen" wie Homosexualität, Transgender und Geschlechtsumwandlung? Wenn zur Behebung des dann auftretenden "Fachkräftemangels" nicht etwa Nachwuchs propagiert wird, sondern Zuwanderung? Ist das eine spontane gesellschaftliche Entwicklung oder ein Schlachtfeld des hybriden Krieges? Das Ergebnis ist schließlich dasselbe wie bei einem konventionellen Krieg: Die Bevölkerung des Feindes wird dezimiert. Und wenn dies eine gezielte Strategie ist, dann sprechen wir hier von Völkermord.

Denn als Völkermord im Sinne der UN-Völkermordkonvention gelten alle Handlungen, "die sich gegen nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen mit der Absicht richten, diese ganz oder teilweise zu vernichten". Dazu zählen auch die "vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen; Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind.

Da dieser Völkermord als hybrider Krieg geführt wird, hofft man, daß er nicht als solcher erkannt wird und damit weder auf Gegenwehr stößt, noch in den Geschichtsbüchern stehen wird. Das Ganze soll einfach als "natürliche Entwicklung" erscheinen ("Demographischer Wandel").

Sabotage der Verteidigung

Oder nehmen wir nach den Geburtenraten die Streitkräfte eines Landes: Was ist, wenn auch hier der "Nachwuchs" fehlt, die Wehrpflicht abgeschafft wird und das Militär kein Personal mehr bekommt, für Panzer, Hubschrauber und Flugzeuge keine Ersatzteile mehr da sind, durch die Rekrutierung von Frauen die körperliche Leistungsfähigkeit der Truppe fällt, erst

recht, wenn sogar Schwangere Dienst tun sollen, die Verteidigungsministerin Abermilliarden wertvoller finanzieller Ressourcen verpulvert, unter anderem für dubiose Beraterdienste, gleichzeitig die nationale Identität zerstört wird, die Soldaten (und die Soldatinnen, natürlich) also gar nicht mehr wissen, WOFÜR sie eigentlich kämpfen sollen?

Wird diese Armee dann nicht irgendwann genausowenig einsatzbereit sein wie eine Armee, die soeben vom Feind zerschossen wurde? Und ob. Zwar dauert das Ganze viel länger, da all diese Maßnahmen aber scheinbar vernünftig begründet, über Jahrzehnte kultiviert und tradiert werden, sind sie auch viel nachhaltiger, und es gibt viel weniger Gegenwehr als bei einem offensichtlichen konventionellen Angriff. Man tut sich ja schon schwer, diesen Krieg überhaupt zu erkennen.

Denn merke: Der beste Krieg ist derjenige, der gar nicht bemerkt wird, so daß man sich nicht wehren kann.

Und der schlimmste Feind ist derjenige, der ebenfalls nicht als solcher erkannt, sondern vielleicht sogar noch als Freund betrachtet wird. Nehmen wir beispielsweise die Europäische Union: Regelmäßig treffen sich Europäischer Rat und Ministerrat zu freundschaftlichen Konferenzen, ein Küßchen hier und eine Umarmung da. Hinter dieser Fassade tobt freilich ein Kampf jedes gegen jeden und aller gegen die Bevölkerungen.

Ein multidimensionales Schach

Sich gegen einen geschickt geführten hybriden Feldzug zur Wehr zu setzen, ist denn auch sehr schwierig: Hybride Kriegführung sei der Versuch, "politische Ziele zu erreichen, indem eine Vielzahl von unterschiedlichen, aber synchronisierten legalen wie auch illegalen Mitteln und Wegen oftmals verdeckt und überraschend eingesetzt werden", so Hartmann (S. 23). Streitkräfte kämen, wenn überhaupt, erst zum Einsatz, "wenn die Situation reif" sei (S. 24).

Das Ganze gleicht einem multidimensionalen Schachspiel, das jedoch nie offiziell eröffnet wird. So kann es geschehen, daß ein Land bereits seit Jahren in einem solchen Schachspiel steckt, ohne es überhaupt zu wissen und auch nur einen einzigen Gegenzug gemacht zu haben. Denn:

- Wie soll man einen hybriden Angriff überhaupt von einer spontanen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen oder psychologischen Entwicklung unterscheiden?
- Wie soll man den Angreifer identifizieren?
- Wo hat er welche negativen Entwicklungen ausgelöst, und auf welche Weise?
- Geschah dies wirklich in feindlicher Absicht oder zum Beispiel nur in Verfolgung legitimer wirtschaftlicher Partikularinteressen?
- Hat der mutmaßliche Angreifer nur eine Entwicklung ausgelöst oder ein ganzes Bündel (= hybrider Krieg)?
- Geht dieses Bündel negativer Entwicklungen auf ein ganz bestimmtes Machtzentrum, zum Beispiel ein anderes Land, zurück?
- Wie soll man einen Angreifer, der selbstverständlich alles abstreiten wird, beschuldigen, ohne selbst einen - womöglich konventionellen - Kriegsgrund zu liefern?
- Wie soll man einen Angreifer bekämpfen, der sich selbst als absolut friedliebend und die Beschuldigungen als böswillig und paranoid darstellen wird?
- Wie soll man einen noch wirksameren hybriden Krieg entwickeln, aus dem die Gegenseite keinen Grund für einen (auch konventionellen) Gegenschlag entwickeln kann?

Eine ungeheure intellektuelle Herausforderung

"Die Analyse der hybriden Kriegführung eines potentiellen Gegners ist daher alles andere als trivial", schreibt Oberst Hartmann in seinem Buch. "Sie setzt eine Auseinandersetzung mit den eigenen Defiziten und Brüchen in der Gesellschaft voraus. Denn diese wird ein potentieller Gegner in sein Kalkül einbeziehen; dort wird er seine Angriffe mit hoher Wahrscheinlichkeit ansetzen" (S. 21). Hybride Kriege seien "eine ungeheure intellektuelle Herausfor-

derung. Ihre Komplexität muß ganzheitlich verstanden werden".

Jede Seite werde versuchen, "die Komplexität so weit zu erhöhen, daß sie für den jeweiligen Gegner unbeherrschbar wird, während die eigene Seite noch denk - und handlungsfähig bleibt" (S. 50). Die allermeisten Bürger, Politiker und Militärs dürften damit wohl heillos überfordert sein. "Politiker stehen ebenso wie sicherheitspolitische Experten und militärische Berater vor dem Problem, die Komplexität der Geschehnisse zu begreifen".

Ist das noch Frieden oder schon Krieg?

Gegenwehr gegen einen geschickt geführten hybriden Angriff ist daher äußerst schwierig. Ja, nicht einmal in den Geschichtsbüchern wird er stehen, weil ihn nämlich niemand erkannt und benannt hat: "Das Besondere an der hybriden Kriegsführung ist die Verschleierungstaktik", schreibt das (wehr- und vaterlandslose) Bundesverteidigungsministerium: "Die Täter operieren entweder anonym oder bestreiten Beteiligungen an Vorfällen und Konflikten.

Sie gehen dabei äußerst kreativ und koordiniert vor, ohne die Schwelle zu einem offiziellen Krieg zu überschreiten. Eben dies macht die Abwehr solcher Attacken so schwierig: Wenn es keinen eindeutigen Angriff oder Angreifer gibt, fällt die Gegenwehr schwer. Unberechenbarkeit wird zur Waffe.

Sind wir noch im Frieden, oder befinden wir uns schon im Krieg?" Tja, das ist eine gute Frage. Diese Ausgabe der ExpressZeitung wird Ihnen eine eindeutige Antwort darauf geben und belegen, daß der Dritte Weltkrieg längst begonnen hat - ein Krieg gegen die westliche Zivilisation und ihre führenden Nationen.<<

Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 31, berichtet im Februar 2020 (x355/46-49): >>Seuchenpanik und WHO - die Weltregierung der "Gesundheit"

Von *Gerhard Wisniewski*

Januar 2020: Die Panik geht um. Ein neues Virus versetzt die Menschen in Angst und Schrecken: das Corona-Virus! Am 31. Dezember 2019 hatten die chinesischen Behörden die Weltgesundheitsorganisation (WHO) über eine neue mysteriöse Lungenkrankheit mit einem unbekanntem Erreger informiert. Eine Woche später meldete die WHO, das Virus sei identifiziert. Es handele sich um ein sogenanntes Corona-Virus, wie es auch für Schnupfen, aber auch die geheimnisvolle Seuche SARS verantwortlich sein soll. Am 11. Januar wurde der erste Todesfall gemeldet, am 13. Januar bestätigte die WHO den ersten Fall außerhalb Chinas. Am 20. Januar meldete China die erste Ansteckung zwischen Menschen, am 26. Januar zählten Chinas Behörden 56 Tote und knapp 2.000 Infizierte.

Wenig später, am 28. Januar, starben die Menschen schon wie die Fliegen - nun ja, vorausgesetzt in China gab es genau 106 Fliegen. So viele Tote wurden der Infektion mit dem neuartigen Virus bis dahin zugeschrieben.

Bei einer Einwohnerschaft von 1,4 Milliarden war das jedoch gar nichts. Auch die 4.500 Infizierten, die inzwischen angeblich gezählt wurden, repräsentierten nur ein Dreihunderttausendstel der chinesischen Bevölkerung - also ebenfalls nichts. Der Panikmache tat das jedoch keinen Abbruch. Auch in Deutschland wurde besorgt jeder einzelne, mit dem Virus infizierte China-Rückkehrer gezählt. Anfang Februar sollen es genau 11 gewesen sein. Bei 82 Millionen Einwohnern.

Dabei waren die Infizierten nicht einmal krank. "Die Vier sind pumperlgsund, haben keine Symptomatik, sind fieberfrei, husten nicht", berichtete Chefarzt Clemens Wendtner über vier isolierte Patienten im Schwabinger Krankenhaus: "Denen ist so langweilig, daß sie uns ständig mit der Entlaß-Frage nerven". Gleichwohl erklärte der Leiter der WHO-Notfallprogramme, Michael Ryan, am 30. Januar, nun müsse "die ganze Welt in Alarmbereitschaft sein". Am selben Tag rief die WHO eine "gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite" aus.

Um dieselbe Zeit, da in China 4.500 Infizierte und einige hundert Tote beklagt wurden, lagen

allein in Deutschland wahrscheinlich mehrere zehntausend Menschen mit einer veritablen Grippe auf der Nase. Die Grippewelle 2017/18 zum Beispiel "hat nach Schätzungen rund 25.100 Menschen in Deutschland das Leben gekostet". In der Grippesaison 2018/19 registrierte das Robert-Koch-Institut von Oktober bis Mitte Mai Insgesamt 182.000 "labordiagnostisch bestätigte Grippefälle", schrieb das Deutsche Ärzteblatt am 30. September 2019 (online).

Und wer sich eine Liste der ersten 24 bekannten Corona-Todesopfer anschaute, staunte nicht schlecht: Die größte Gruppe stellten die über 70- und 80-Jährigen, zwei waren bereits 89 Jahre alt. Also in einem Alter, in dem man auch eines natürlichen Todes sterben kann, mitunter sogar an einem Schnupfen oder einer Grippe. Nur drei "Corona-Opfer" waren unter 60.

Die eigentliche Krankheit heißt WHO

Die Frage lautet deshalb auch weniger: Wer oder was ist eigentlich das Coronavirus? Sondern: Wer oder was ist eigentlich die Weltgesundheitsorganisation (WHO)? Während hinsichtlich der Herkunft des Coronavirus ein Gerücht das andere jagte (mutiert? Aus dem Labor?), kümmerte sich kein Mensch um das eigentliche Problem und um die eigentliche Krankheit: die WHO.

Seit Jahrzehnten ruft sie eine internationale Seuchenpanik nach der anderen aus, von der am Schluß kaum etwas anderes übrig bleibt als heiße Luft. Und natürlich Milliardenumsätze für die Pharmaindustrie. Denn selbstverständlich wird sofort nach einem passenden "Impfstoff" gesucht. Das gilt für die Vogelgrippe genauso wie für die Schweinegrippe oder SARS - und nun eben für das Coronavirus, das, wenn überhaupt, in der Regel einen Schnupfen verursacht.

Wer tot ist, ist immerhin nicht mehr krank

Die offizielle Lösung lautet wie gesagt "Impfung". Denn kaum bricht irgendwo angeblich eine neue "Seuche" aus, kommt wie das Amen in der Kirche der Ruf nach einer Immunisierung. Wobei sich niemand fragt, warum allein in Deutschland angesichts der weit verbreiteten Grippeimpfung pro Jahr eigentlich Hunderttausende an Influenza leiden und 25.000 Menschen daran sterben.

Egal: Jeweils am Höhepunkt der Panik läßt sich die Impfstoffforschung am besten an den Mann bringen. Auch bei Corona wurde umgehend nach einem neuen Vakzin gesucht, während Politiker die Öffentlichkeit vertrösteten, es könne "drei bis fünf Monate dauern, bis ein Impfstoff entwickelt ist" (bild.de, 30.01.2020). Laut Münchner Merkur könnte es sogar ein "ungewöhnlicher Medikamentencocktail" tun: "Demnach wurde eine mit dem Coronavirus infizierte Frau aus China mit einer Mischung aus Grippe- und HIV-Medikamenten behandelt. Der Zustand der Frau habe sich daraufhin drastisch verbessert.

Innerhalb von 48 Stunden nach der Gabe des Medikamenten-Cocktails sei der Virus dann nicht mehr nachweisbar gewesen." Donnerwetter: Vielleicht weil sie tot war? Denn "verabreicht worden sei der Frau eine Mischung aus den bei HIV-Erkrankungen eingesetzten Wirkstoffen Ritonavir und Lopinavir, sowie dem Grippe-Mittel Oseltamivir" (online, 2.2.2020). Was für eine phantastische Geschäftsidee: Einfach mehrere Aids- und Grippe-Mittel auf einmal essen lassen! So wird man zum Müllschlucker der Pharmaindustrie!

Doch wir waren bei der Impfung: Das Gremium, das bei jeder neuen Seuchenpanik die "Impfempfehlungen" der WHO herausgibt, heißt SAGE: Die "Strategische Beratergruppe von Immunisierungsexperten" (Strategic Advisory Group of Experts).

In dieser Gruppe sitzen WHO-Impfexperten einträchtig mit Vertretern der Pharmaindustrie zusammen und beratschlagen über weltweite Impfkampagnen wie zum Beispiel auch die gegen das Schweinegrippen-Phantom aus dem Jahr 2009. Zwar haben die Pharmavertreter, "um Interessenkonflikte zu vermeiden", nur Beobachterstatus, aber das ist reine Augenwischerei. Tatsache ist, daß die WHO ihre Impfempfehlungen unter den Augen der globalen Pharmaindustrie entwirft und niemand die möglichen Verflechtungen zwischen den SAGE-Mitgliedern

und den bei den Sitzungen vertretenen Pharmakonzernen durchschauen kann.

Niemand kann beispielsweise SAGE-Mitglieder daran hindern, direkt oder indirekt Aktien jener Hersteller zu besitzen, deren Impfstoffe und Grippemittel sie der gesamten Menschheit aufs Auge bzw. in den Arm drücken wollen. So wurden durch die von dem WHO-SAGE-Komitee geschürte Schweinegrippen-Hysterie exakt die Aktienkurse jener Unternehmen "geimpft" beziehungsweise "gedopt", die in der SAGE Beobachterstatus haben.

Die Papiere hatten das auch bitter nötig. So waren die Anteilsscheine von Novartis und GlaxoSmithKline bis kurz vor "Ausbruch" der Schweinegrippe kräftig abgeschmiert. Seit März 2009 aber breitete sich das Schweinegrippevirus, Influenza A (H1N1) beeindruckend schnell aus, so damals die Deutsche Welle (online, 12.6.2009). Und seit März 2009 stiegen auch beeindruckend schnell die Kurse von Novartis und GlaxoSmithKline.

Impfstoffe für alle!

An der Sitzung vom 7. Juli 2009 zum Beispiel, die über die weitere Impfstrategie der WHO für die kommenden Monate entscheiden sollte, nahmen mindestens zwei Dutzend Impfstoffkocher teil, neben jenen von Novartis und GlaxoSmithKline auch welche von Baxter, Sanofi Pasteur sowie von diversen Pharmadachverbänden. Unter den Augen der Vertreter dieser Milliarden-Industrie kamen die SAGE-Mitglieder zu dem lapidaren Schluß: "Da die Verbreitung des pandemischen Virus als unaufhaltsam angesehen wird, werden Impfstoffe für alle Länder gebraucht." Für alle Länder - wow!

Das heißt im Fall der WHO wirklich alle - nämlich alle 194 Staaten der Erde mit ihren damals 6,75 Milliarden Bewohnern! Kurz: Die für jedermann ebenfalls offensichtlich harmlose "Schweinegrippe" war bis dahin die größte und bisher aggressivste Marketingkampagne für Impfstoffe und fragwürdige Grippemittel, die dieser Planet jemals gesehen hat. Ja, das "Marketing" hätte sogar so weit gehen können, das Produkt den "Konsumenten" gleich zwangsweise zu verabreichen - nämlich im Rahmen einer Zwangsimpfung (die inzwischen bei der sogenannten "Masernimpfung" verwirklicht wurde). Ein Traum für jeden Hersteller.

Der größte Menschenversuch aller Zeiten?

Am selben Tag, dem 7. Juli 2009, beschloß das SAGE-Komitee der WHO eine "Impfempfehlung", die an Skrupellosigkeit nicht mehr zu überbieten war. Damit läutete die WHO den größten Menschenversuch aller Zeiten ein, denn in ihrer "Pandemic (H1N1) 2009 briefing note 2" über das Meeting bekannte sie ohne jedes Unrechtsbewußtsein: "Da bei der Produktion von einigen Impfstoffen neue Technologien zur Anwendung kommen, die bisher nicht intensiv auf ihre Sicherheit in Bezug auf bestimmte Bevölkerungsgruppen ausgewertet wurden, ist eine bestmögliche Beobachtung nach der Vermarktung sehr wichtig."

Ja, Sie haben richtig gelesen:

1. Das Impfkomitee der WHO empfahl nicht ausreichend auf ihre Sicherheit getestete Impfstoffe für die Anwendung am Menschen.
2. Das Impfkomitee der WHO wollte die Reaktionen der Menschen auf diese Impfstoffe nach deren massenhafter Verabreichung auswerten.

So zum Beispiel auch in Schweden und Finnland. In beiden Ländern hatte man im Zuge der Pandemie-Panik von 2009 auf Massenimpfungen gesetzt. Kurz danach litten 168 Schweden und 121 Finnen, meistens Kinder, an der Schlafkrankheit Narkolepsie. Das Leben von Kindern - zerstört durch die Pharmaindustrie?

Dieser Zusammenhang gilt in den beiden skandinavischen Ländern inzwischen als naheliegend. Ja, nicht nur das: Daß zwischen dem Impfstoff "Pandemrix" (GlaxoSmithKline) und Narkolepsie "ein direkter Zusammenhang besteht", sehe die finnische Gesundheitsbehörde sogar "als erwiesen an", schrieb die österreichische Tageszeitung "Die Presse" (Online) am 22. Februar 2012. Inzwischen lagen die Zahlen auf dem Tisch. Während ein Impfschutz "nicht nachweisbar" gewesen sei, sei in Finnland "ein mehr als zwölfmal höheres Narkolepsierisiko

bei mit Pandemrix geimpften Kindern festgestellt" worden. Die jungen Leben lägen "in Trümmern", schrieb "Die Presse".

Wer nun bei den Verantwortlichen auf Reue oder Einsicht gehofft hatte, war allerdings schief gewickelt: "Alle Arzneimittel haben Nebenwirkungen, und bei der Schweinegrippe hätten sie nur wenige getroffen", zitierte "Die Presse" Anders Tegnell von Schwedens Sozialbehörde, die für die Durchführung der Massenimpfungen verantwortlich gewesen war. "Es gebe also keinen Grund zur Angst, es wäre eine 'Katastrophe', wenn nun eine generelle Skepsis gegenüber Impfungen ausbräche." Und zwar eine Katastrophe für die Pharmaindustrie.

In Wirklichkeit war schon die sogenannte Schweinegrippe ein Lehrstück über die kriminelle Zusammenarbeit von WHO, Politik, Pharmaindustrie und Medizin. Was bei der Schweinegrippe aufflog, war wohl nur die Spitze des Eisbergs und dürfte auch auf anderen Gebieten funktionieren.

Eine Seuchenpanik dieser Art ist allerdings vielseitig einsetzbar, der Gewinn der Pharmakonzerne ist nur ein Aspekt einer multifunktionalen Operation: Mit einem (WHO-) Gesundheitsnotstand können Staaten bzw. die UNO ihre Macht ausbauen und in die Rechte der vermeintlich betroffenen Menschen eingreifen.

Die Quarantäne über der chinesischen Stadt Wuhan stellt wohl den bisherigen Höhepunkt der Eingriffe in die Freiheitsrechte im Namen der Gesundheit dar. Mit dem Vorwand einer gefährlichen Pandemie lassen sich totalitäre Maßnahmen nun mal einfacher rechtfertigen.

Rockefeller und WHO

Das also sind die Machenschaften der sogenannten "Weltgesundheitsorganisation" WHO: Marketing für die Pharma- und Impfstoffindustrie.

Dabei ist das nicht etwa neu. In Wirklichkeit sind die Kampagnen erprobt und altbewährt. Die WHO macht ihre Geschäfte seit über 100 Jahren. Damals hieß die WHO aber noch nicht WHO, sondern "Rockefeller Sanitary Commission" (1909 bis 1915), International Health Commission (1913-1916) oder auch International Health Division (IHD; 1916-1927). "Nach der Gründung der WHO im Jahr 1948 wurde das IHD aufgelöst. Es war jedoch jahrzehntelang indirekt präsent: Sowohl der Nachkriegsdirektor des WHO-Büros für Amerika als auch der langjährige zweite WHO-Generaldirektor waren führende IHD-Männer in Brasilien gewesen", so die medizinische Fachzeitschrift The Lancet (online, 11.5.2013).

1948 wurde schließlich die Weltgesundheitsorganisation, "die als Nachfolger der IHD gilt, gegründet, und die IHD ging 1951 in der größeren Rockefeller-Stiftung auf und stellte ihre Arbeit in Übersee ein" (Wikipedia US). "Die Rockefeller Foundation (RF), das beispiellose Schwergewicht der Gesundheitsphilanthropie des 20. Jahrhunderts, prägte die WHO zutiefst und unterhielt lange und komplexe Beziehungen zu ihr, auch wenn sich beide Institutionen im Laufe der Zeit veränderten", schrieb 2014 auch das Fachmagazin Public Health.

Ein Lieblingsprojekt der Rockefellers

Kurz: "Die Vereinten Nationen waren schon immer ein Lieblingsprojekt der Familie Rockefeller. Sie stiftete das Grundstück, auf dem jetzt das UN-Gebäude steht. Es ist anzunehmen, daß sie die Vereinten Nationen als den vollkommensten Mechanismus zur Durchsetzung globaler Monopolmacht sieht, eine Rolle, für die sie aufgrund ihrer Struktur geradezu prädestiniert sind", schrieb Edward Griffin in seinem Buch "Eine Welt ohne Krebs".

Mit anderen Worten: Das Rockefeller-Erbe bestimmt das Schicksal der Menschheit bis auf den heutigen Tag. Heute lassen sich mit Seuchenpanik Milliarden verdienen sowie die Umsätze von Arzneimittelherstellern und Aktienkurse pushen. Die "Schul-Medizin" und die Pharma-Lobby führen seit einem Jahrhundert weltweit einen menschenverachtenden Krieg um und gegen jeden Patienten.

Ziel dieses Krieges ist es, jeden Menschen zu einem chronisch kranken Menschen zu machen, der nie wieder gesund werden soll und möglichst lange mit den "zugelassenen" Medikamen-

ten, patentierten Apparaten und monopolisierten Methoden der Pharma-Industrie profitbringend "behandelt" werden kann.<<

Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 31, berichtet im Februar 2020 (x355/82-84): >>**Klimaschutz: Krieg gegen den Naturschutz**

Von *Gerhard Wisniewski*

Klima-Alarmisten wie FfF halten weiterhin an ihrem Kampfbegriff "Klimakiller" fest: Das sollen Menschen sein, die viel Fleisch essen, "dicke" Autos fahren und viel Energie verbrauchen. Sie haben angeblich das Klima "auf dem Gewissen".

Was dabei verschwiegen wird: In Wirklichkeit wird genau andersherum ein Schuh draus: Die schlimmsten Umweltverbrechen werden heute im Namen des Klimaschutzes verübt. In Wahrheit ist es der Klimaschutz, der den Planeten ruiniert. Mittlerweile stehen echte Umweltschützer weltweit gegen "Klimaschützer" oder "Klimaschutzprojekte" auf. Nehmen wir beispielsweise die hochgelobten "regenerativen Energien" wie Windkraft oder Photovoltaik. Mit einem Mal werden ganze Landschaften mit riesigen Windrädern verschandelt, und der Bauer baut auf seinen Feldern plötzlich kein Getreide mehr an, sondern stellt die Gegend mit häßlichen Solaranlagen zu: "Landschaftspflege" im Zeitalter des Klimaschutzes.

Die monströsen Windräder zerstören nicht nur die Landschaft, sondern auch das Leben von Menschen und Tieren. Und sie decken nur einen minimalen Teil unseres Endenergieverbrauchs. Das "Aktionsbündnis Gegenwind-Oberfranken" hat ein langes Sündenregister der großen Strompropeller aufgestellt:

"Windkraftanlagen zerstören die Landschaft, die Natur, unsere Heimat und damit unsere Identität, führen zu einer erheblichen Verschlechterung der Lebensqualität, gefährden unsere Gesundheit und das Wohlbefinden, töten Vögel und Fledermäuse (und Insekten, siehe S.71), entwerten Immobilien und Grundeigentum, verhindern die Entwicklung des Fremdenverkehrs, vernichten Arbeitsplätze durch übersteigerte Stromkosten, sind völlig unwirtschaftlich aufgrund der schwachen Windverhältnisse in unserer Region, ersetzen kein einziges Kraftwerk, weil der Wind unregelmäßig oder gar nicht weht, gefährden die Netzstabilität und damit die nationale Stromversorgung, denn Windstrom kann nicht großtechnisch gespeichert werden; sind absolut überflüssig und dienen nur zur wirtschaftlichen Umverteilung von unten nach oben, spalten die "soziale Gemeinschaft."

Die Lüge vom Energie-Speichern

Dabei ist das noch gar nicht alles. Denn Windräder und Solarflächen kommen selten allein, sondern haben noch Speicherseen und Pumpspeicherkraftwerke im Gepäck. Und diese müssen in die Wirtschaftlichkeitsrechnung dieser sogenannten regenerativen Energien mit einbezogen werden. Da der Strom aus Windrädern und Photovoltaikanlagen prinzipiell unberechenbar ist, kann man ihn auch nicht bedarfsgerecht produzieren, so daß die Stromwirtschaft im Prinzip so haushalten muß, als gäbe es ihn gar nicht. Kurz, sie muß genauso viele Kraftwerke und Kapazitäten vorhalten wie ohne Windräder oder Solaranlagen. Wenn der Strom witterungsbedingt dann aber anfällt, gibt es plötzlich zu viel davon, er wird nicht oder nicht in nennenswertem Umfang gebraucht und muß irgendwohin.

Ja, aber warum denn? Kann man die Windanlagen dann nicht einfach drosseln oder abstellen? Eigentlich schon, aber laut Erneuerbare-Energien-Gesetz haben die Anlagenbetreiber "Anspruch auf unverzüglichen und vorrangigen Anschluß ihrer Anlage an das Stromnetz. Darüber hinaus besteht Anspruch auf unverzügliche und vorrangige Abnahme des gesamten zur Einspeisung angebotenen Stroms aus erneuerbaren Energien sowie dessen Übertragung und Verteilung".

Das heißt, daß derartige Anlagenbetreiber auf Teufel komm raus produzieren können, egal, ob der Strom gebraucht wird. Er muß abgenommen werden, und zwar zu einem garantierten Preis! Auf der anderen Seite lassen sich auch viele konventionelle Kraftwerke nicht drosseln,

weil sie dafür nicht gebaut wurden. Der eingespeiste Strom ist also in jedem Fall zu viel. Daher ziehen "regenerative Energien" wie Wind- und Sonnenkraft weitere Kosten und Landschaftszerstörungen nach sich, nämlich in Form von Speicherseen und Pumpspeicherkraftwerken, die irgendwo in Ausflugs- und Erholungsgebieten errichtet werden, um die "regenerativen Energien" zu speichern.

Weil die Befürworter dieser Energieform hierzulande nicht wissen, wohin mit den überschüssigen "Stromspitzen" durch Windkraft und Sonnenenergie, müssen Staubecken her, um Wind- und Sonnenkraft zu speichern: Bei Stromüberschuß soll das Wasser hinaufgepumpt, bei "Stromtälern" abgelassen werden und in Turbinen Strom erzeugen.

Von dem enormen Energieaufwand für den Bau eines solchen Kraftwerks redet allerdings niemand. Und auch nicht von der Energie, die allein dafür verbraucht wird, Millionen Tonnen Wasser einen Berg hoch zu pumpen. Von "Speichern" kann also eigentlich keine Rede sein, vielmehr bliebe von der erzeugten "regenerativen Energie" unterm Strich nur ein Rest übrig, während die Kosten für das Projekt auf den Strompreis umgelegt würden. Abgesehen davon fehlt es in Deutschland schlicht an Standorten für solche Kraftwerke.

Verbrechen im Namen des Klimaschutzes

Die verheerenden Folgen der "regenerativen Energien" werden von "Klimaschützern" und Politikern verschwiegen und/oder schönegeredet. Während alle Welt von "Klimakillern" spricht, redet niemand von Klimaverbrechen, die im Namen des "Klimaschutzes" verübt werden. Der wissenschaftlich nicht begründbare "Klimaschutz" hat sich längst zu einer gefährlichen Ideologie entwickelt, welche die Zukunft unseres Planeten bedroht. Nur im Jahr 2013 blitzte dieses Thema einmal kurz auf, um gleich wieder im Gedächtnisloch unserer gleichgeschalteten Medienwelt zu verschwinden.

Damals hatte es eine TV-Dokumentation mit dem Titel "Climate Crimes - Umweltverbrechen im Namen des Klimaschutzes" gerade mal in das Programm von 3sat geschafft, und zwar an einem Dienstag um 22.25 Uhr. Zu behaupten, die Dokumentation sei vergessen, wäre deshalb wohl übertrieben - in Wirklichkeit hat die breite Öffentlichkeit sie gar nicht zur Kenntnis genommen.

Nachdem der Film quasi heimlich gesendet worden war, hörte man hierzulande nie wieder davon - weder in anderen deutschen Sendern noch in den Spalten der Zeitungen.

Die dringend notwendige öffentliche Diskussion im Anschluß an die Ausstrahlung fand nicht statt. Dabei hatte es die Botschaft des Films in sich. Zwar ist äußerst zweifelhaft, ob es den menschengemachten "Klimawandel" überhaupt gibt, daß aber unter dem Deckmantel des Klimaschutzes schwerste Umweltverbrechen verübt werden, ist eine Tatsache. Beim "Klimaschutz" geht es schon längst nicht mehr mit rechten Dingen zu.

In Wirklichkeit, so zeigte die erwähnte Dokumentation Climate Crimes damals, zerstören "Klimaschützer" inzwischen regelrecht unseren Planeten: "Der Kampf gegen den Klimawandel soll unsere Erde retten", hieß es in dem Film: "Doch er löst den größten Schub an Naturzerstörung aus, den die Erde in den vergangenen Jahrzehnten erlebt hat. Enorme Summen fließen in Staudämme, Atomkraftwerke oder Monokulturen für Biosprit und Biogas." Ausgehend von der Weltklimakonferenz in Cancun, Mexiko, im Jahr 2010, zeigte der Film die Reise des deutschen Naturschützers Ulrich Eichelmann zu einigen Brennpunkten des Klimawahnsinns. ...<<

14.03.2020

BRD: Der deutsche Physiker Dr. Rüdiger Paschotta berichtet am 14. März 2020 im "RP-Energie-Lexikon" über die Reaktorsicherheit (x1.027/...): >>Der Betrieb von Kernreaktoren, insbesondere von großen Reaktoren innerhalb von Kernkraftwerken, birgt massive Gefahren. Deswegen gehören Überlegungen und Maßnahmen für eine möglichst hohe Reaktorsicherheit zu den essentiellen Aspekten der Nutzung der Kernenergie. ...

Einschluß radioaktiver Substanzen

Bereits die Freisetzung eines geringen Prozentsatzes des radioaktiven Inventars eines Kernreaktors bedeutet eine nukleare Katastrophe!

Ein entscheidender Aspekt der nuklearen Sicherheit ist der sichere Einschluß der radioaktiven Substanzen - insbesondere der hochradioaktiven Spaltprodukte ... Man beachte, daß das radioaktive Inventar des Reaktors eines typischen Kernkraftwerks, das bereits für einige Zeit betrieben wurde, weitaus höher ist als beispielsweise das, welches von der Hiroshima-Atombombe freigesetzt wurde. Deswegen bedeutet bereits die Freisetzung eines geringen Prozentsatzes des radioaktiven Inventars eines Atomreaktors eine nukleare Katastrophe. ...

Nachzerfallswärme

Auch nach Beendigung der nuklearen Kettenreaktion ist eine effektive Kühlung des Reaktors unbedingt notwendig!

... Bei den allermeisten Kernreaktoren ist die Nachzerfallswärme für lange Zeit nach dem Abschalten so stark, daß sie zur Beschädigung des Reaktors und in der Folge zu einem katastrophalen Unfall führen kann, wenn sie nicht in ausreichendem Maße abgeführt werden kann. Die zuverlässige Funktion des Kühlsystems unter allen Umständen ist also für die Reaktorsicherheit essentiell ...

Beispielsweise beim Reaktorunglück in Fukushima in 2011 wurde genau dies in mehreren Reaktorblöcken zum entscheidenden Problem: Die Reaktoren mußten wegen des Erdbebens abgeschaltet werden, konnten also keine elektrische Energie mehr erzeugen, und das Hochspannungsnetz fiel ebenfalls aus. In dieser Lage funktionierten zunächst noch die Notstromgeneratoren (auf der Basis von Dieselmotoren), bis auch diese durch den folgenden Tsunami zerstört wurden.

Für kurze Zeit gab es noch elektrische Energie aus großen Batterien, aber bald stand nicht mehr genügend Energie für eine ausreichende Kühlung zur Verfügung - nicht einmal für den Betrieb der Leitwarte. In der Folge wurden mehrere Reaktorkerne und ebenfalls Lagerbecken für ausgediente Brennelemente unzureichend gekühlt, so daß sie sich übermäßig erhitzen. In der Folge kam es zu schweren Wasserstoffexplosionen, zur Zerstörung von mehreren Reaktorgebäuden und zur massiven Freisetzung radioaktiver Substanzen in die Luft, das Meer und das Grundwasser. Die Arbeiten zur Wiederherstellung der Kühlung wurden stark behindert durch die extreme Radioaktivität in der gesamten Umgebung. ...

Nicht nur der Reaktorkern, sondern auch Abklingbecken für verbrauchte Brennelemente können ein enormes Sicherheitsrisiko darstellen!

Man beachte, daß bei vielen Reaktoren ein oder mehrere stark gefüllte Abklingbecken vorliegen, in denen eine größere Menge von Radioaktivität lagern kann als im Reaktorkern. Die Kühlung von Abklingbecken kann deswegen ebenso kritisch sein wie die des Reaktors, zumal die Abklingbecken meist weniger gut gesichert sind als der Reaktorkern. Nach den vorliegenden Informationen hätte in Fukushima leicht noch eine viel größere Katastrophe entstehen können, wenn ein bereits trockengefallenes Abklingbecken nicht zufällig als Folge eines schweren Lecks an anderer Stelle zusätzliches Wasser erhalten hätte.

Kernschmelze

Bei einem massiven Ausfall der Kühlung kann eine Kernschmelze einsetzen: ... Wenn der geschmolzene Kern mehrere tausend Grad Celsius heiß wird, kann er sich durch den Reaktor-druckbehälter und durch den Sicherheitsbehälter und das Betonfundament hindurchfressen. So kann ein großer Teil des radioaktiven Materials bis zum Grundwasser gelangen. Bei Kontakt mit Wasser können weitere Explosionen auftreten, die das radioaktive Material stark weiter verteilen.

Bei fast allen derzeit betriebenen Kernreaktoren muß eine Kernschmelze als ein nicht mehr beherrschbares Schadensereignis (ein "Super-GAU") gelten. Es muß deswegen alles Mögliche

unternommen werden, um eine Kernschmelze zu verhindern, damit katastrophale Auswirkungen vermieden werden. ...<<

Das Online-Nachschlagewerk Wikipedia berichtet über die Abklingbecken von Kernkraftwerken (x1.024/...): >>**Abklingbecken** (auch Naßlager, Brennelementebecken oder Brennelementelager) sind mit Wasser gefüllte Becken in Kernkraftwerken, in denen die im Kernreaktor verbrauchten (abgebrannten), anfänglich hochradioaktiven Brennelemente zum Abklingen, das heißt zur Verminderung der restlichen Strahlungsaktivität und Temperatur (Nachzerfallswärme) bis zur Transportfähigkeit mehrere Jahre gelagert und gekühlt werden können.

Abklingbecken liegen in der Regel in unmittelbarer Nähe des Reaktors, da die Brennelemente beim Transport vom Reaktorkern zum Abklingbecken dauernd gekühlt werden müssen. Auch aus Strahlenschutzgründen müssen die Brennelemente ständig von genügend Wasser umgeben sein. Die Mindestüberdeckung mit Wasser beträgt ca. zwei Meter.

Abklingprozeß

Die Brennelemente kommen mit einer durch die Zerfallswärme entstehenden Temperatur von über 100° C aus dem Reaktor ins Abklingbecken. Da das als Kühlmittel benutzte Wasser als Moderator wirkt, müssen im Abklingbecken zusätzlich Neutronenabsorber vorhanden sein, um eine Kritikalität (einen kritischen Zustand) zu vermeiden.

Während der Lagerung zerfallen die bei der Kernspaltung im Reaktor gebildeten, größtenteils kurzlebigen Radionuklide. Die dabei frei werdende Energie wird in Form von Wärme an das umgebende Wasser abgegeben und über Kühlkreisläufe abgeführt.

Dabei ist hier oft und gut das Phänomen des sogenannten Tscherenkow-Lichts zu beobachten: eine bläuliche Leuchterscheinung, die beim Durchgang schneller Elektronen durch Wasser hervorgerufen wird. Unter normalen Umständen beträgt die Wassertemperatur im Abklingbecken weniger als 50° C (im Regelbetrieb unter 45° C). Dieses Wasser dient, zumindest in neueren Kernkraftwerken, zwecks Erhöhung des Wirkungsgrades dem Sekundärkreislauf als Speisewasservorerwärmer.

Die Brennelemente verbleiben im Abklingbecken, bis ihre Radioaktivität und damit die entstehende Nachzerfallswärme so weit abgenommen hat, daß sie transportiert werden können. Begrenzend ist hierbei sowohl die Dosisleistung als auch die Wärmeleistung, da es gesetzlich vorgeschriebene Grenzwerte für die äußere Dosisleistung und die Oberflächentemperatur bei den Transportbehältern (wie etwa beim CASTOR) gibt. Nach dem Abklingen werden die Brennstäbe in Zwischenlager gebracht. ...

Lagerzeit

G. Schmidt vom Öko-Institut in Darmstadt bezeichnete wegen der zur Lagerung notwendigen aktiven Kühl- und Reinigungssysteme mit der für sie benötigten Energie eine Dauer von maximal vier Jahren für die sogenannte Naßlagerung als geeignet; diese bestätigte der Leiter für interne Kommunikation des Kernkraftwerks Grohnde.

Nach Angaben von Michael Sailer, dem ehemaligen Leiter der deutschen Reaktor-Sicherheitskommission, lagern in den Abklingbecken deutscher Kernkraftwerke die Brennelemente ca. 5 Jahre, in denen des japanischen Kernkraftwerks Fukushima Daiichi ca. 15 Jahre.

Mangels geeigneter Endlager werden zum Beispiel auch in den USA die dort vorgesehenen 5 Jahre deutlich überschritten. ...

Einwirkungen von außen

Bei Kernkraftwerken mit internen Abklingbecken befinden sich diese stets direkt neben dem Flutraum des Reaktors, um die Brennelementehandhabung zu erleichtern, und somit innerhalb des Reaktorgebäudes. Der Schutz gegen Einwirkungen von außen hängt damit von der Gebäudekonstruktion des Reaktorgebäudes ab, die in Deutschland seit Mitte der 1980er Jahre beispielsweise den Schutz gegen Flugzeugabsturz berücksichtigt. Bei Druckwasserreaktoren befindet sich das Becken innerhalb des Sicherheitsbehälters.

Kühlung

Bei einem Leck oder Ausfall der Kühlung kann das Becken durch Auslaufen bzw. Verdampfung <<https://de.wikipedia.org/wiki/Verdampfung>> (teilweise) trocken laufen. In diesem Fall können sich die dort gelagerten Brennelemente übermäßig erhitzen. Ist im Becken dabei noch Wasser vorhanden, kann bei ca. 800 ° C das Zircaloy (Metall-Legierung) der Hüllrohre mit dem Wasser(-dampf) in einer exothermen Redox-Reaktion zu Zirconiumoxid und Wasserstoff reagieren und sich in kurzer Zeit ein explosives Knallgasgemisch bilden.

Bei kompletter Trockenlegung der Brennstäbe können diese in Brand geraten, was eine Zerstörung der Brennelemente zur Folge hat. Auch bei diesem Szenario wird Radioaktivität freigesetzt; zusätzlich werden mit dem entstehenden Rauch die verschiedenen in den verbrauchten Brennelementen vorhandenen Radionuklide in die Atmosphäre freigesetzt (Kamineffekt, siehe Katastrophe von Tschernobyl).

Die einzige Gegenmaßnahme ist das rechtzeitige Nachfüllen kühlen Wassers, um den Wasserspiegel im Becken ausreichend hoch für die notwendige Kühlung zu halten. Da das Wasser neben der Kühlwirkung auch als Abschirmung für die ionisierende Strahlung der Brennelemente im Becken dient, ist im Falle eines zu niedrigen Wasserspiegels ein Auffüllen zusätzlich durch unter Umständen starke ionisierende Strahlung erschwert. Ebenfalls besteht die Gefahr, daß bei hoher Brennstofftemperatur durch die Wassernachspeisung die oben erwähnte Wasser-Zircaloy-Reaktion gestartet wird. ...

Undichtigkeiten

Sollte das Kühlwasser durch ein größeres Leck relativ schnell entweichen und sollten Notfallmaßnahmen zur Nachspeisung des Wassers etwa mittels Tanklöschfahrzeugen nicht rechtzeitig funktionieren, so droht bei starker Entleerung des Beckens ein sogenannter Zirkoniumbrand, d.h. die Zirkon-Hüllrohre der Brennelemente reagieren nach ihrer Aufheizung heftig mit Sauerstoff. Neue Experimente mit einzelnen Brennstäben haben ergeben, daß es nach einer durchschnittlichen Zeitdauer nach Entnahme aus dem Reaktor rund 12 Stunden dauert, bis eine Entzündung auftritt. Wurden die Brennelemente allerdings erst vor kurzer Zeit dem Reaktor entnommen (die Nachzerfallswärme ist so noch höher), kann sich diese Zeitdauer bis zur Entzündung jedoch erheblich verkürzen.

Wasserstoffbildung

Im Normalbetrieb kann sich durch Radiolyse in der Nähe der eingelagerten Brennelemente das Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff spalten. Damit sich keine größeren Ansammlungen dieser beiden Gase (Knallgas) unter dem Dach des Abklingbeckens sammeln können, muß die Luft von dort kontinuierlich abgesaugt werden, da ansonsten gegebenenfalls nach einiger Zeit Explosionsgefahr besteht. ...<<

20.03.2020

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 20. März 2020: >>"No Way!" statt freie Fahrt

Herbert Kickl

Die Lage in Griechenland ist dramatisch, und es ist sicher nicht übertrieben, von einem Angriff auf die Außengrenze der Europäischen Union zu sprechen. Die Türkei versucht sich in einer Art hybrider Kriegsführung gegen die EU mit dem Ziel, zuerst den Süden und in weiterer Folge die gesamte Union zu destabilisieren. Neben denjenigen, die derzeit versuchen, die Außengrenzen zu durchbrechen, existiert ein gigantisches Potential von Millionen Menschen, die sich - im schlimmsten Fall unter Anwendung von Gewalt - mit hoher Wahrscheinlichkeit auch auf den Weg nach Europa machen würden, wenn man die Vorhut gewähren läßt und Erdogans Begehrlichkeiten nachgibt.

Der deutsche Innenminister Horst Seehofer hat sich wider jede Vernunft für eine "Koalition der Willigen" in der EU ausgesprochen. Die deutsche Bundesregierung hat bereits bekanntge-

geben, Migrantenkinder aus Griechenland aufzunehmen. Illegale Einwanderung zahlt sich aus - das ist die Botschaft, die Angela Merkel damit an die Schlepper dieser Welt und ihre Kunden aussendet.

Wie im Jahr 2015 öffnet sie einen Spalt der Tür nach Europa. Denn Merkel spricht von Kindern und verschweigt dabei, daß ihnen selbstverständlich Mütter, Väter, Brüder und Onkel folgen werden. Die deutsche Kanzlerin spielt dem türkischen Diktator Erdogan in die Hände. Das ist ein neuerlicher Sündenfall der Wiederholungstäterin Merkel auf Kosten der Europäer. Die Allianz der sogenannten Willigen ist in Wahrheit eine Allianz der willfährigen Erfüllungsgehilfen Ankaras.

Wir brauchen eine Allianz der Vernünftigen gegen Merkel und Co.

Deshalb brauchen wir eine europäische Allianz der Vernünftigen gegen Merkel und Co. Wer sich nach dem Fiasko, das sie ihrem Land und dem ganzen Kontinent 2015 eingebrockt hat, im Angesicht eines neuerlichen illegalen Migrantenansturms wieder an Merkel-Deutschland orientieren will, der ist ganz bewußt auf die Schädigung Europas aus. Diese "Koalition der Willigen" ist eine "Koalition der Naivlinge und Unverantwortlichen" und ist aus zweierlei Gründen brandgefährlich: Erstens knickt die EU damit erneut vor dem Erpresser Erdogan ein. Andererseits wird dieses Verhalten eine enorme Magnetwirkung entfalten und so für massiven zusätzlichen Druck auf die Grenzen sorgen, diesmal ganz ohne Erdogans Zutun.

In Österreich wehrt sich der - vor allem in Deutschland - maßlos überschätzte Bundeskanzler Sebastian Kurz gegen die Aufnahme zusätzlicher Migranten, allerdings nur gegen die freiwillige Aufnahme. Sollte aber die EU eine solche Aufnahme vorschreiben, wäre er bestimmt wieder der erste Musterschüler. Denn vor den beiden Europa-Gefährderinnen Ursula von der Leyen und Angela Merkel umzufallen, ist ihm schon einige Male passiert.

Erinnern wir uns daran, was Frau von der Leyen ganz oben auf ihre Agenda der Kommissionspräsidentschaft gesetzt hat, nämlich die Frage der Verteilung von Migranten in der EU. Das ist ihr großes Projekt neben dem "Green Deal". Das heißt, jetzt werden zwar vordergründig Abwehrmaßnahmen geplant, aber die Zwangs- und Pflichtverteilung von Migranten wird kommen, nicht gleich und durch die Hintertür, aber das ist der Plan.

Wichtig wären jetzt andere Maßnahmen

Wichtig wären jetzt ganz andere Maßnahmen. Der Desinformation, die von seiten der organisierten Schlepperkriminalität und vermutlich auch des türkischen Regimes betrieben wird, muß entgegengetreten werden. Auf allen Kanälen muß in den betroffenen Regionen, aber auch in den Herkunftsländern und in potentiellen Drittstaaten über elektronische Medien bis hin zu Klassikern wie dem Flugblatt oder Lautsprecherdurchsagen eine einfache Botschaft kommuniziert werden: "No way! Versucht es erst gar nicht! Ihr habt keine Chance! Europa ist eine Festung!" Australien macht das seit dem Jahr 2013, und zwar höchst konsequent. Dort hat niemand, der als Bootsflüchtling aufgegriffen wurde, auch nur ansatzweise die Chance, eine Aufenthaltsgenehmigung in Australien zu bekommen.

Zudem wären die Länder der EU gut beraten, sich mittels umfassender Grenzschutzübungen auf den Migrantenansturm vorzubereiten. In Österreich wurde eine solche gemeinsame Übung von Polizei und Militär im Jahr 2018 auf meine Veranlassung als damaliger Innenminister bereits einmal erfolgreich durchgeführt. Damit haben wir auch ein klares Signal echter Abwehrbereitschaft in die Welt geschickt. Wir werden nicht Herr der Lage werden können, wenn wir die Hände in den Schoß legen oder sie zur Raute formen. Als Politiker sind wir verpflichtet, die Bevölkerung unseres Landes zu schützen, und zwar mit allen Mitteln, die dafür notwendig sind.

Das Vorgehen der Türkei darf nicht ohne Konsequenzen bleiben

Griechenland hat das Asylrecht temporär ausgesetzt. Das sollte Österreich auch tun. Es darf nicht mehr möglich sein, einen Asylantrag auf österreichischem Boden zu stellen. Jene, die

jetzt zu Tausenden die griechische Grenze bestürmen, sind in Wahrheit illegale Einwanderer. Menschen, die in der Türkei bereits Schutz haben, nicht in die EU zu lassen, ist unser Recht und unsere Schuldigkeit gegenüber unserer eigenen Bevölkerung. Auch alle anderen, die mehrere sichere Länder durchquert haben, wo sie längst einen Asylantrag hätten stellen können, sind in Wahrheit illegale Einwanderer.

Der Antrag ist dort zu stellen, und so ist es in der Genfer Flüchtlingskonvention gedacht, wo man den ersten sicheren Punkt erreicht hat. Sich über Hunderte oder Tausende Kilometer dorthin zu begeben, wo es ökonomisch am günstigsten ist, hat mit dem Asylgedanken und mit der Genfer Flüchtlingskonvention nichts zu tun.

Auch das Vorgehen der Türkei darf nicht ohne Konsequenzen bleiben. Das Flüchtlingsabkommen muß sofort gekündigt und durch das endgültige Aus der aktuell auf Eis liegenden EU-Beitrittsverhandlungen signalisiert werden, daß die Türkei keinen Platz in der europäischen Staatengemeinschaft hat. Wobei der Deal von Anfang an hinterfragbar war. Denn selbst wenn er funktionieren würde, wäre es ein Nullsummenspiel. Denn er besagt ja nur, daß die Türken für einen illegalen Migranten, den sie zurücknehmen, das Recht haben, uns einen legalen zu schicken.

Die illegalen Zuwanderer werden in der Türkei umetikettiert, und dann stehen sie wieder auf europäischem Boden. Dafür hat die Europäische Union Milliarden bezahlt, anstatt dieses Geld in sinnvolle Grenzschutzmaßnahmen zu investieren. Und es sind etwa zehnmal mehr Menschen aus der Türkei nach Europa gebracht worden als von Griechenland in die Türkei.

Die EU steht vor einer Grundsatzentscheidung

Abseits der aktuellen Entwicklungen steht die Europäische Union vor einer Grundsatzentscheidung, die überfällig ist: Arbeiten wir weiter im Reparaturmodus oder stellen wir das Asylsystem auf neue Beine? Und sind wir endlich bereit, die Begriffe zu entwirren und Ordnung ins Chaos zu bringen? In der politischen beziehungsweise medialen Debatte werden ja gern die Begriffe vermengt. Jeder Migrant wird zum Flüchtling erklärt. Die Genfer Flüchtlingskonvention schütze sie angeblich alle - selbst wenn sie mehrere sichere Staaten durchquert haben, bis sie in einem Land ihrer Wahl Asyl beantragen. Das war sicher nicht im Sinne der Flüchtlingskonvention.

Die Konvention unterscheidet auch zwischen Flüchtlingen und Vertriebenen, die wegen eines gewaltsamen Konfliktes ihr Land verlassen haben. Völkerrechtsprofessor Michael Geistlinger von der Universität Salzburg hat in einem Interview ein schönes Beispiel formuliert, anhand dessen er den Unterschied klarmacht:

"Stellen Sie sich eine Landgemeinde mit 2.500 Menschen vor. 2.400 leben unter dem Regime, beklagen sich über verschlechterte Zustände, aber sie werden nicht direkt vom Regime behelligt. Und dann gibt es einen Lehrer, der öffentlich Kritik übt. Der wird von der Polizei aufgesucht, im schlimmsten Fall sogar gefoltert. Dieser eine Lehrer ist laut Genfer Flüchtlingskonvention ein Flüchtling. Er wird persönlich verfolgt. Alle anderen, die vor den Zuständen flüchten, sind Vertriebene. Und die haben kein Recht auf eine Anerkennung als Flüchtling."

Asyl auf den ursprünglichen Gedanken zurückführen

Also führen wir Asyl doch auf seinen ursprünglichen Gedanken zurück und bringen wir das gesamte System auf die Höhe der Zeit des Jahres 2020. Mit einem klaren strategischen Ansatz, der "innerkontinentalen Fluchtalternative".

In einer globalisierten Welt sind Instrumente aus der Mitte des letzten Jahrhunderts, die primär für Dissidenten aus den Diktaturen des damaligen Ostblocks geschaffen wurden und nicht für Menschenmassen, die sich in einer Art Völkerwanderung auf den Weg machen, nicht mehr tauglich. Es braucht die "innerkontinentale Fluchtalternative". Das bedeutet, Asyl kann es nur mehr auf dem Kontinent geben, von dem die Migranten stammen. In anderen Worten: Die Person muß entweder in einem direkten Nachbarstaat Europas verfolgt sein oder keine

realistische Möglichkeit auf Schutz in einem Land haben, das näher am Herkunftsstaat liegt als die EU. Das entspricht auch der Intention der Genfer Flüchtlingskonvention.

Herbert Kickl, Jahrgang 1968, war von Dezember 2017 bis Mai 2019 Bundesminister für Inneres der Republik Österreich. Zuvor war der ehemalige FPÖ-Generalsekretär (2005 bis 2018) elf Jahre Abgeordneter im Nationalrat, dem österreichischen Parlament. Dort ist er nun geschäftsführender Vorsitzender der FPÖ-Parlamentsfraktion.<<

27.03.2020

BRD: Auf der Webseite "https://kenfm.de ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 27. März 2020 folgender Bericht über die Ziele der Corona-Pandemie (x1.014/...): >>**Corona-Diktatur? Machtergreifung im Deckmantel der Volksgesundheit?**

"Wenn der Faschismus wiederkehrt, wird er nicht sagen: "Ich bin der Faschismus". Nein, er wird sagen: "Ich bin die Pandemie."

Die Demokratie in Europa wurde vorübergehend auf Eis gelegt. "Wir befinden uns im Krieg", sagen immer mehr Spitzenpolitiker. Der Feind heißt Corona. Corona ist extrem gefährlich, erklären Regierungen überall in der EU. Daher gilt: Hausarrest für Alle. Auf unbestimmte Zeit. Warten bis ein Medikament erfunden wurde, das uns alle rettet.

Remdesivir, vom US-Pharma-Riesen Gilead Sciences, könnte das sein. Hauptaktionär der Firma ist Donald Rumsfeld. Er hatte schon 2009 bei Tamiflu die Finger im Spiel. Tamiflu wurde seinerzeit für Milliarden an X Regierungen verkauft, um die Welt vor der Schweinegrippe zu retten. Die kam dann aber gar nicht. Pech.

Die Verträge zwischen Big-Pharma und unserer Regierung sind wie immer geheim. Transparenz endet in der Demokratie, wenn die Pharma-Industrie das befiehlt. Der Bürger hat kein Recht zu wissen, was die Regierung für ihn zu welchem Preis einkauft. Der Bürger soll Befehle abwarten. Impfpflicht mit Remdesivir? Möglich.

Wir erleben aktuell die Wiederholung eines Geschäftes, das 2009 schon einmal abgewickelt wurde. Damals machte Arte noch auf diesen Deal aufmerksam. "Profiteure der Angst. Impfstoff-Marketing mit erfundenen Pandemien", nannte sich die Doku. Zu finden bei YouTube. Damals ging es darum, Impfstoffe gegen die Schweinegrippe an die Regierungen der Welt zu verkaufen. Die WHO hatte die Schweinegrippe zu einer Pandemie erklärt. Wer sich den Bericht ansieht, faßt sich an den Kopf, nur daß es der Pharma-Industrie jetzt gelungen ist, die Demokratie abzuschaffen. Ist das eine vorübergehende Machtergreifung oder wird das etwas Längeres? Wer es wagt, das zu fragen, ist suspekt.

Es ist erschreckend, wie einfach es heute wäre, eine totale Diktatur umzusetzen. Alles, was man heute benötigt, um die Bürger in den eigenen vier Wänden zu verbannen, ist ein Feind, den man nicht sehen kann, eine paar Ärzte, die als Super-Autorität inszeniert werden und Massenmedien, die jeden in den Staub treten, der Fragen stellt oder gar Zweifel äußert.

Der Shutdown ist ein shut up für den Bürger. Die Demokratie wurde weggesperrt und das Volk gehorcht. 1933 wäre schon morgen wieder möglich. Fakt ist, dieses Land kann nie wieder zu Tagesordnung übergehen. Die Menschen müssen endlich erkennen, wie man sie gedrillt und dressiert hat.

Die Regierung macht einen guten Job? Mag sein. Nur für wen?<<

30.03.2020

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. März 2020: >>**Durch Corona-Shutdown droht Massenarbeitslosigkeit: Operation gelungen, Deutschland tot?**

Nicht nur aus der Wirtschaft, sondern auch aus der Medizin werden immer mehr Zweifel an Nutzen und Verhältnismäßigkeit des Corona-Shutdowns laut. Experten befürchten bei einem längeren wirtschaftlichen Stillstand eine Verdoppelung der Arbeitslosenzahlen. Für den Flensburger Lungenfacharzt und Ex-SPD-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wodarg ist das Coronavirus ohnehin nur eines von vielen Viren, das Erkrankungen der Atemwege auslösen

kann. Auch der Internist Claus Köhnlein aus Kiel kritisiert die Panikmache rund um Covid-19 und bemängelt zudem die Unzuverlässigkeit der Tests.



Droht uns eine neue Weltwirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit wie in den 1930er Jahren?

Schützenhilfe erhalten beide Ärzte vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München. Dessen Chef Clemens Fuest warnt davor, das Herunterpegeln der Volkswirtschaft auch nur einen Tag zu verlängern. In der jüngsten ifo-Expertise, die auch dem Bundeswirtschaftsminister vorliegt, heißt es:

"Schon bei einer Shutdown-Dauer von zwei Monaten reduziert sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts zwischen 7,2 und 11 Prozentpunkten, bei drei Monaten zwischen zehn und 20 Prozentpunkten. Aus der astronomischen Höhe der Kosten folgt, was dringend zu empfehlen ist, jeden denkbaren Betrag zu leisten, der die Dauer des Shutdown verkürzt." <<

12.04.2020

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 12. April 2020 (x1.000/...): >>**Verdeckte Kriegsführung & teuflische Besessenheit**

Der einzelne Mensch für sich genommen ist potentiell gut, schöpferisch, liebenswert. Daß er aber dennoch unter den Einfluß teuflischer Besessenheit geraten kann, wird längst von Medizin, Psychologie, Religion und Bildung attestiert.

Dieser Dokumentarfilm legt daher einmal den Finger auf teuflisch besessene Eliten, die einen hybriden, sprich verborgenen Krieg gegen die gesamte Menschheit führen. Ihre hybride Kriegsführung fordert mehr Menschenleben als jeder frühere, konventionelle Krieg. Der Film dokumentiert zehn wichtige Schauplätze solcher Kriegsführung. ...

Matthäus 8, 16: "Als es aber Abend geworden war, brachten sie viele Besessene zu Jesus; und er trieb die Geister aus mit seinem Wort, und er heilte alle Leidenden."

Der Mensch an sich ist gut, schöpferisch - liebenswert. Daß er allerdings unter teuflische Besessenheit geraten kann, wird seit je von allen Religionen attestiert.

Längst müssen aber auch Medizin, Psychologie, Wissenschaft, Bildung usw. kapitulierend zugeben, daß das Unerklärlichste unter dem Himmel einzig durch teuflische Besessenheit erklärbar wird. Laut Evangelien bestand der Dienst von Jesus Christus etwa zu einem Drittel aus Dämonen-Austreibungen.

Was sind die typischen Merkmale teuflisch Besessener? Jede vernünftige Kommunikation mit ihnen ist von vorneherein absolut unmöglich. Sie kennen kein Mitgefühl, kein Erbarmen, keine Einsicht, keine Reue. Weder Logik noch Wahrheit ist bei ihnen vorhanden. Besessene sind

nur und einzig auf ihre eigenen Triebe, Begierden, Interessen, Lüste, Süchte usw. fixiert. Es gibt viele Arten der Besessenheit: von Unreinheiten bis zu blutigen Exzessen, von Boshaf-tigkeiten bis zu mörderischen Quälsüchten, von der Pädophilie bis zum Kannibalismus, von der Kleptomanie bis zur Volksplünderung, von notorischer Streitsucht bis zur gnadenlosen Zerstörungswut, von der Rechthaberei bis zum diktatorischen Meinungs-zwang, von der Ge-wohnheitslüge bis zum professionellen Dauerbetrug jeder Gattung usw. usf.

Die Probleme, die sie verursachen, sind unzählbar. Wie bringt man es z.B. einem kleinen Kind bei, falls seine Eltern teuflisch besessen sind? Dieselbe Frage muß leider auch auf Völ-kererebene gestellt werden: Wie bringt man es ahnungslosen Völkern bei, deren Regierungen in den Bann teuflisch Besessener geraten oder gar selber von dieser Sorte sind? Wer hier vor-schnell religiösen Extremismus wittert, irrt. Bedauerlicherweise ist genau diese Tragik zu ei-nem Hauptproblem der Weltgemeinschaft geworden.

Was wir alle wie kleine Kinder nicht hören wollen, muß aber dennoch einmal deutlich gesagt sein: Völker, nehmt es zur Kenntnis, daß teuflisch Besessene einen hybriden, sprich verborge-nen Krieg gegen die gesamte Menschheit führen. Sie meinen, von satanischem Wahn getrie-ben, die ganze Welt unterwerfen und beherrschen zu müssen. Wir dürfen dabei die Abwesen-heit von Bomben nicht weiter mit der Abwesenheit von Krieg verwechseln! Denn seit Jahren treiben solch wahnhaftige Eliten diese neue Form des Krieges voran - er kann bedenkenlos als Dritter Weltkrieg auf hybrider, sprich vielfältiger und vor allem verborgener Ebene bezeichnet werden.

Ihr Ziel: eine Neue Weltordnung unter ihrer totalen Kontrolle. Ihre hybride Kriegsführung richtet dabei mehr Schaden auf allen Ebenen an und fordert mehr Menschenleben als jeder frühere Krieg, der mit konventionellen Waffen, sprich Bomben usw. geführt wurde. Die gute Nachricht: So wie es schon immer einen Weg gab, die Einwirkung teuflischer Mächte zu ban-nen, gibt es einen solchen auch auf aktuell höherer Ebene. Jesus war ständig damit beschäf-tigt, den Einfluß dämonischer Wesen außer Kraft zu setzen. Auch aus der Gewalt gegenwärtig besessener Eliten gibt es daher einen Ausweg. Doch darüber mehr am Schluß.

1. Demographie

Wie in jedem Krieg steht auch im hybriden Krieg die psychische Vernichtung des Zielobjek-tes an erster Stelle. In demographischer Hinsicht wird seine Vernichtung vorab durch psycholo-gisch-soziale Maßnahmen eingeleitet: so etwa durch die Bekämpfung traditioneller Rollen-bilder, durch Schwächung der Institution Ehe, durch immer zahlreichere Formen der Emp-fängnisverhütung, durch Förderung von Abtreibungen bis mittlerweile schon nach der Geburt, u.v.m. Der soziale Niedergang wird durch diese Eingriffe effektiver besiegelt als durch jeden Bombenkrieg. Millionen potentieller "Feinde" werden gar nicht erst geboren.

2. Nationalstaaten

Um ihrer Neuen Weltordnung willen treiben hybride Kriegstreiber gezielt den Untergang aller bestehenden Nationalstaaten voran. Einmal mehr werden Flüchtlingsströme als "Migrations-waffe" verwendet - übrigens ein sowohl altbekanntes als auch bewährtes Mittel von Militärs und Geostrategen. Ursachen für Migrationswellen liegen in gezielt geführten Kriegen, Kon-flikten und Revolutionen. So werden unsere Sozialsysteme gleichsam hybrid bombardiert - mit dem Ziel, alle Nationalstaaten zu destabilisieren und sie durch die Errichtung eines einzi-gen sozialistischen Gesellschaftssystems zu ersetzen.

3. Technologien

Weltführende Wissenschaftler haben für diese Kriegstreiber Technologien entwickelt, mit denen sie die gesamte Menschheit beliebig lenken, nach Belieben krank machen und auch töten können: Atombomben, tödliche Viren als biologische Kampf-waffe, Gentechnologien, Überwachungsgeräte an jeder Ecke und im Weltall - und tausenderlei mehr - gehören zu ihrer Standardausrüstung.

4. Gesundheit

Auch auf die Gesundheit zielt die hybride Kriegsführung ab: Fast alle ursprünglich natürlichen Heilmethoden wurden längst zur chemischen Arzneimittelbehandlung umgeleitet. Sollen unter dem Würgegriff der Pharma zunehmend alle Völker gelenkt, nach Belieben eingeschränkt, mit Verboten verhängt, noch restlos ausgeplündert und systematisch ruiniert werden?

Es wird Zeit, all dieses Treiben einmal gründlich zu untersuchen, ob sich hinter der vorgegebenen gesundheitlichen Vorsorge nicht etwa ein hybrider Kriegstreiber verbirgt. Pharma-Industrielle verdienen immerhin täglich Milliarden an unseren Krankheiten. Und obgleich ihre Produkte längst als Hauptursache fast all unserer Krankheiten entlarvt wurden, zeigen sich deren Verfilzungen zu allerlei Großmächten als so teuflisch unnachgiebig, daß bislang keinerlei Änderungen eintreten konnten.

5. Verarmung und Versklavung

Die hybride Kriegstaktik vernichtet gerade weltweit gezielt unsere Wirtschaft - mit Ziel auf die restlose Plünderung, Verarmung und Versklavung aller Völker. Um nur einmal zwei hybride Schachzüge unter tausenden ähnlicher zu nennen: Die zur Geldfälschung ermächtigte Hochfinanz, sprich die FED, reißt sich seit über 100 Jahren täglich Milliarden-Gewinne ohne sachliche Gegenleistung unter den Nagel. Durch immer teuflischere Derivate, sprich Finanzwetten und Börsentricks plündern die mit ihr verfilzten Geldeliten gnadenlos alle Nationen aus, treiben sie gezielt in den Ruin, in die Verarmung - in die totale Versklavung!

Muß die gegenwärtige Corona-Pandemie vielleicht sogar für die gezielte Verschleierung jenes weltweiten Finanz-Kollapses herhalten, der aufgrund kriminellster Finanzwetten entstanden ist? So könnte die Schuld am gerade stattfindenden wirtschaftlichen Totalzusammenbruch gleichsam dem Corona-Virus in die Schuhe geschoben werden.

6. Massenmedien

Seit Jahrzehnten belügen von finsterner Macht gesteuerte Massenmedien die Weltgemeinschaft, so daß bald jeder zweite Mensch der Meinung zustimmt, daß die Presse nicht die Wahrheit berichtet. Wie ist es zugleich möglich, daß sich dennoch nie etwas ändert? Zeigen sich hier derart starke Verfilzungen zu teuflischen Schattenmächten, daß sich keine unabhängige Regierung der Welt gegen sie zu erheben wagt?

7. Bildung

Eine weitere hybride Attacke zielt auf unsere Bildung. Ist der totale Zusammenbruch unserer Bildungssysteme das Ziel? Durch zum Beispiel unkontrollierte Migration, durch die zunehmend künstliche Intelligenz auf dem Weg der Digitalisierung? Bildungsermächtigte zwingen zumindest schon einmal weltweit unsere Kinder in Frühsexualisierung, in den Gender-Wahnsinn und vielerlei mehr.

Sollten eines Tages irgendwelche übergeordneten Mächte den Weltnetzstecker ziehen, zeigten sich dann nicht alle Völker in einem Moment als verdummt? Ein rasender Bildungszerfall ist daher im Ansturm. Der künftige Mangel an zuverlässigen Arbeitskräften ist voraussehbar. Ist der Totalzusammenbruch von Infrastruktur und Wirtschaft Programm? Die UNO und ihre hörigen Politiker treiben zumindest schon einmal allerlei sabotageähnliche Maßnahmen und Gesetze voran.

8. Wirtschaft

Auch unsere gesamte Wirtschaft steht im Kreuzfeuer dieser neuartigen, verdeckten Kriegsführung. Haben es die Saboteure unter dem Deckmantel des Umweltschutzes und der Reduzierung von CO2 gezielt auf unsere gesamte Produktion und den Konsum abgesehen? Zumindest wurde die gegenwärtige Klima-Hysterie mit Gruppen wie Fridays for Future oder Extinction Rebellion von langer Hand geplant: Schon 2016 erschien das am grünen Tisch erarbeitete Strategiepapier "Wie man die Öffentlichkeit in den Notfallmodus führt".

"The Climate Mobilization" - eine US-amerikanische Gruppe hinter dem Strategiepapier - fördert die totale Mobilmachung der Gesellschaft zur Bekämpfung des angeblich menschengemachten Klimawandels. ... (Quelle: <https://www.theclimatemobilization.org/emergency-mode>) Die USA diktiert durch sie wieder das Vorbild: Die ganze Gesellschaft soll ihre individuellen Bedürfnisse für das große Ziel der Neuen Weltordnung unter dem Vorwand der Klimaretterung opfern.

9. Energieversorgung

Auch unsere Energieversorgung liegt im Fadenkreuz der hybriden Kriegstreiber. Deutschland und Westeuropa verlieren durch ihren Atom- und Kohle-Ausstieg gerade ihre Energie-Souveränität. Die untergejubelten "erneuerbaren, aber ineffizienten Energien" führen dabei gezielt in die totale Abhängigkeit von Energie-Importen.

10. Nahrungsversorgung

Nicht einmal vor unserer Nahrungsversorgung macht die verdeckte Kriegsführung halt: Landwirtschaftliche Produktionen werden immer mehr durch Vorschriften und Auflagen eingeschränkt. Folge davon ist das Bauernsterben und die sinkende Produktion von Nahrungsmitteln.

In dieser Weise könnte man noch vieles aufzählen: die hybride Kriegsführung gegen unsere Verkehrsplanungen und Infrastrukturen, gegen Natur und Wetter, gegen alle konservativen Trends in der Politik, gegen jede Religion außer gegen den Satanismus, den Angriff auf unsere Gesundheit durch flächendeckenden Mobilfunkausbau, welcher durch 5G noch drastisch verstärkt wird und fatale Folgen auch auf die Tier- und Pflanzenwelt haben wird, usw. usf.

Bezüglich aller Angriffsziele muß zusammenfassend festgestellt werden, daß sie systematisch den Ratschlag von Sun Tsu umsetzen.

Sun Tsu war ein chinesischer Kriegsstratege der Antike, der schon etwa 500 Jahre vor Christus schrieb: "Die größte Kunst besteht darin, den Widerstand des Feindes ohne Kampf zu brechen: Zersetzt alles, was im Lande des Gegners gut ist. Verwickelt die Vertreter der herrschenden Schichten in verbrecherische Unternehmungen. ... Verbreitet Uneinigkeit und Streit unter den Bürgern des feindlichen Landes. Hetzt die Jungen gegen die Alten. Zerstört mit allen Mitteln die Ausrüstung, die Versorgung, die Ordnung der feindlichen Streitkräfte. Entwertet alte Überlieferungen und Götter ..."

Abschließend also noch zur Frage, wie die Völker aus dem Würgegriff ihrer besessenen Angreifer befreit werden können. Das Geheimnis eines erfolgreichen Exorzisten, sprich Teufels-austreibers, liegt bekanntlich in seinem gestählten, sprich unerschütterlichen Willen.

Richtet er diesen gezielt gegen eingenistete Dämonen aus und befiehlt jenen, aus dem Besessenen herauszukommen, erzeugt er damit eine geistliche Feuersbrunst und die Dämonen fliehen in Panik. Genau dasselbe wird daher geschehen, sobald die unter dem hybriden Krieg gepeinigten Völker das diabolische Spiel durchschauen und Kraft ihres vereinigten Willens allen teuflischen Werken und dadurch Mächten den Riegel vorschieben.

Die synergische Entschlossenheit der Völker wird gleichsam jene stählerne Kette um den Teufel winden, wie es schon vor 2.000 Jahren prophetisch skizziert wurde.

Offenbarung 20 bringt die Entmachtung der Wurzel allen Übels mit folgendem Bild zum Ausdruck: "Und ich sah einen Engel aus dem Himmel herabkommen, der den Schlüssel des Abgrundes und eine große Kette in seiner Hand hatte. Und er ergriff den Drachen, die alte Schlange, die der Teufel und der Satan ist; und er band ihn für tausend Jahre und warf ihn in den Abgrund und schloß zu und versiegelte über ihm, damit er nicht mehr die Nationen verführe ..." (V. 1-3).

Die geschundene Menschheit sollte allerdings nicht passiv darauf warten, bis irgendein Engel vom Himmel herabschwebt und diesen Job für sie ausführt - die erwachten Völker selber sind letztlich mit dieser Kette gemeint. Der Engel, wörtlich Gesandte, symbolisiert nur unser Zeit-

alter der Überwindung des Unbezwingbaren. Die aufrichtigen Völker selber aber sollen zu jener unüberwindbaren Kette, sprich allseitigen Einheit gegen hybride Bösewichte werden. Zu dieser Kette werden sie, wann immer sie gründlich über die hybride Tragik aufgeklärt werden. Zunehmend machen sie sich bereits in vereint stählernem Willen gegen diese üblen Werke und Mächte auf. Und auf diese Weise entziehen sie den Kriegstreibern unweigerlich jede teuflisch gesponserte Energie, jeden fremd verliehenen Mut, jede satanische Phantasie und Visualisierungsmacht.

So geraten die zuvor Unbezwingbaren unaufhaltsam in geistige Schockstarren, versinken über Nacht in Furcht und Schrecken, in Verzagtheit und Ohnmacht. Die vereinigte Willenskraft der Völker und ihr synergischer Ruf des Guten soll, kann und wird all dem benannten Spuk ein Ende machen. ...<<

14.04.2020

BRD: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 14. April 2020 folgender Bericht über die Rechtsanwältin Beate Bahner (x1.014/...): >>>STANDPUNKTE - Rechtsanwältin Beate Bahner in Psychiatrie

Beate Bahner landet in Heidelberger Psychiatrie!

Mit dem Corona-Shutdown wurden durch die Regierung Merkel wesentliche Teile des Grundgesetzes vorübergehend, aber unbegrenzt, auf Eis gelegt. Betroffen ist auch der Artikel 8 des Grundgesetzes, der die Versammlungsfreiheit des Bürgers garantiert. Wenn dieses Recht aufgehoben wird, hat die Bevölkerung praktisch keine Möglichkeit mehr im öffentlichen Raum gegen die Politik der Regierung zu protestieren. Homeoffice bedeutet in Wahrheit jede Form von Widerspruch zu ersticken. Und das alles wegen eines Virus, dessen "Vernichtungspotential" noch nicht einmal in die Nähe einer gewöhnlichen Influenza kommt!

Was geht vor in der BRD?

Das RKI zählt bewußt jeden Toten als einen durch Corona Verstorbenen, sobald das Virus bei ihm nachgewiesen wurde. Es spielt für das RKI keine Rolle, ob eine Mensch mit oder an Corona gestorben ist. Was nicht paßt, wird passend gemacht. Man sollte diese Form, ein zuvor angekündigtes Szenario zumindest zahlenmäßig zu erhalten, als das benennen, was es ist: Eine Fälschung.

Wenn aktuell ein Mensch bei einem Motorradunfall ums Leben kommt und bei ihm wird der Corona-Virus nachgewiesen, fließt er höchst offiziell in die Corona-Toten-Statistik mit ein. Was hat das noch mit Wissenschaft zu tun? Soll hier, wie schon 2009 bei der Schweinegrippe, nur der Weg bereitet werden einen neuen Impfstoff für Milliarden an X Staaten zu verkaufen? Dieser Verdacht liegt nahe.

Alle Spuren führen zur Bill und Melinda Gates Foundation. Die sogenannte Stiftung ist der größte Geldgeber der WHO und bestimmt faktisch, was gesund ist und was nicht. Auf welchem Gebiet geforscht wird und zu welcher Pandemie in der Zukunft ein entsprechender Impfstoff her muß.

Gates ist an CureVac beteiligt. Die Firma arbeitet mit Hochdruck an einem Corona-Impfstoff. Gates unterstütze mit 20 Millionen Dollar die private Johns Hopkins Universität, deren Mortalitätsraten, wenn es im Corona geht, erheblich von denen abweichen, die Professor Hendrik Streeck bei seiner Studie in Heinsberg ermittelte. Es geht hier um den Faktor 5. Die Mortalitätsrate in Heinsberg lag bei 0,37 %. Die der Hopkins Universität nahe 2 %!

Der Mann, der seit Monaten als Gesicht der Charite die Gefährlichkeit des Corona-Virus festlegt, Professor Drosten, wird ebenfalls direkt von Bill Gates unterstützt.

Man kann es platt zusammenfassen, wann immer wir etwas aus offiziellen Quellen über Corona erfahren, können wir davon ausgehen, daß das die 100 %-Meinung des Bill Gates ist.

Der Mann hat nicht nur Asche bis der Arzt kommt, er hat auch weltweite mediale Kontakte und weiß diese zu nutzen. Am 12. April bekam er zur Prime-Time in der Tagesschau die

Chance Werbung für sich, seine Foundation und das neueste Produkt zu machen, an dem er arbeitet.

Ein Mittel gegen Corona. Was dann aber gesagt wurde, ist ein Schlag ins Gesicht all jener, die immer noch davon ausgehen wir würden in einer Demokratie leben. Gates sagte im Flagg-schiff der ARD, der Tagesschau, die Welt könne erst dann wieder zur Normalität übergehen, wenn es einen Impfstoff gegen Corona gäbe, den er aber, sehr viel schneller als üblich, bereits dabei wäre zu entwickeln.

Natürlich müsse man da ein paar Zugeständnisse machen, was die Sicherheit angeht, denn langjährige Tests, über Jahre, wie normalerweise üblich, müsse man eindampfen.

Der Hammer aber war die Äußerung des Bill Gates, er würde sieben Milliarden Menschen impfen, erst dann wäre Entwarnung angesagt.

Ist das noch Größenwahn oder schon globale Diktatur durch die Hintertür?

Wurde Gates in der Tagesschau kritisch befragt? Fehlanzeige.

Für alle, die es nicht wissen, Bill Gates wurde nie demokratisch in seine selbst ernannte Funktion gewählt. Er hält sich für den Impfpapst der Welt, aber er ist nur ein Mensch, der mit Software Milliarden scheffelte. Daß die meisten von uns diese Selbstherrlichkeit, diese Selbstkrönung nicht stört, hat damit zu tun, daß wir uns sehr schnell an alles gewöhnen, sobald es nur regelmäßig passiert. Gates spielt den Impfpapst schon seit Jahren. Wir kaufen ihm diese Rolle damit ab. Aber er spielt sie nur.

Wie würden wir reagieren, wenn Jeff Bezos von Amazon morgen beschließt, statt Gates die WHO zu übernehmen. Was, wenn man dann über Alexa direkt mit einem Amazon-Arzt sprechen könnte? Medikamente gäbe es selbstverständlich nur und exklusiv bei Amazon. Amazon hätte auch die entsprechende Krankenversicherung im Angebot. Eine absurde Vorstellung? Wieso? Jeff Bezos ist noch reicher als Bill Gates. Und kaufen kann man als Privatperson längst alles.

Eben auch die Weltgesundheitsorganisation. Warum stört uns das nicht?

Warum benennen wir die WHO nicht ehrlicher um in "Gates-Impf-Imperium".

Das Land hat sich in eine Corona-Diktatur verwandelt. Wer, wie TAZ Journalist Anselm Lenz, auf dem Rosa-Luxemburg-Platz eine Kundgebung gegen die Aufhebung des Artikel 8 organisiert, wurde vom eigenen Arbeitgeber als Verschwörungstheoretiker verhöhnt und dauerhaft beurlaubt.

Ich selber war Zeuge wie der Kollege und Betreiber des Blogs Rationalgalerie, Uli Gellermann, von der Polizei massiv bedrängt wurde, als er dem Portal MMnews von Michael Mross ein Interview geben wollte. Die Beamten wurden aggressiv, weil Gellermann und der Reporter dichter als 1,5 Meter zusammenstanden.

Welcher Reporter kann von sich behaupten einen Arm zu haben, der länger als einen Meter 50 ist? Darf man noch direkt neben seinem Kameramann stehen? Ist eine Reportertätigkeit in der BRD jetzt aus hygienischen Gründen nicht mehr möglich? Vorübergehend? Aber unbegrenzt? Es ist kein gesundes Zeichen für eine Demokratie, wenn jeder, der von der Mainstream-Meinung abweicht, von den Massenmedien geschlossen als Irrer, als Verwirrter oder Scharlatan bezeichnet und in eine Ecke gedrängt wird.

Erst traf es Amtsarzt Dr. Wolfgang Wodarg. Dann Professor Sucharit Bhakdi, Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie in Mainz. Später Professor Hendrik Streeck, Direktor des Instituts für Virologie an der Uniklinik in Bonn. Sie alle beurteilen die Gefährlichkeit von Covid 19 anders als Charite und RKI, aber vor allem anders als die Bill Gates Foundation.

Wer Covid 19 nicht als saugefährlich einstuft - saugefährlich wie Schweinegrippe, die ein Reinfall war - gefährdet das Geschäftsmodell des Bill Gates und seiner Foundation und da gibt es diverse Unterabteiler und viele Förderer. So ist auch die gesamte Rüstungsbranche

über Umwege Teil der Bill und Melinda Gates Stiftung. Man finanziert Personen direkt in der WHO. Hat quasi eigenes Personal plaziert, um Einfluß auszuüben.

Das ist Lobbyismus in Reinkultur.

Kommen wir zu einer Frau, die bis eben noch versuchte gegen das, was sie in der BRD mit ansehen mußte, juristisch vorzugehen.

Beate Bahner. Bahner ist Fachanwältin für Medizinrecht und veröffentlicht seit Jahren Fachbücher zu diesem Thema. Zum Beispiel "Recht im Bereitschaftsdienst: Handbuch für Ärzte und Kliniken".

Beate Bahner ist eine wache Demokratin. Ihr ging die Entrechtung des Bürgers mit dem Corona-Shutdown entschieden zu weit. Also entschloß sie sich mit einem Eilantrag gegen diesen Staatlichen Eingriff juristisch vorzugehen. Unmittelbar nachdem sie dies öffentlich formuliert hatte, wurde ihr vorgeworfen die Bürger zu einer Straftat aufgerufen zu haben. Spontan wurde ihre Homepage in den Shutdown geschickt. Der Staat hatte Druck auf ihren Netzbetreiber ausgeübt. Ähnlich offline schickte man zuvor auch Dr. Wodarg. Von Dr. Bodo Schiffmann, ebenfalls ein Kritiker des Shutdowns, löschte Youtube gleich vier Videos.

Der Eilantrag von Bahner wurde am Ende des Tages vom Bundesverfassungsgericht abgelehnt. Daraufhin erklärte die Anwältin sie sehe keinen Sinn mehr darin als Fachanwältin zu arbeiten und verkündete ihren Beruf ab sofort an den Nagel zu hängen.

Dazu beigetragen haben könnte der mediale Hohn und Spott, der sich über die Frau aus Heidelberg ergossen hatte, seit sie es gewagt hatte, sich für demokratische Grundrechte einzusetzen. Unsere Grundrechte. Die TAZ schrieb über das Scheitern der Anwältin: "Gegen die Corona-Tyrannie. Sie war die juristische Hoffnung der Corona-Skeptiker. Doch nun ermittelt die Polizei und Juristin Beate Bahner plant den persönlichen 'Shutdown'."

Bevor wir darauf eingehen nur noch ein Wort zu der Sprach-Kombination "vorübergehend" und "dauerhaft".

Man muß schon sehr jung und sehr naiv sein, um nicht zu erkennen, welche Gefahren für die Demokratie mit dem Corona-Shutdown vor uns liegen.

Stichwort "Corona-App". Spontan kündigte die in Gesundheitsfragen von Bill Gates beratene Bundesregierung an, eine entsprechende App in Vorbereitung zu haben. Die App weiß, wer ein Corona-Virus-Träger ist und erstellt dessen Bewegungsprofil.

Jeder, der in die Nähe dieses Menschen kommt, wird via Bluetooth informiert und registriert. Das alles geschieht natürlich streng anonymisiert und auch nur, wenn man diese Corona-App freiwillig installiert habe.

Doch jetzt will man bei der CDU noch mehr. Junge Union Chef Tilman Kuban fordert jetzt eine automatische Installation der Corona-App auf allen Handys. Das soll dezent im Hintergrund passieren. Automatisch mit dem nächsten Update und auch nur, wenn die App keine Bewegungsprofile erstellt. Wie wir aus der Vergangenheit wissen, hält sich Google nicht an diese Vorgaben.

Die Corona-App ist der feuchte Albtraum des Überwachungs-Staates. Und wie denkt der Richter und Datenschutzexperte Ulf Buermeyer darüber?

Er sagt der Zeitung Welt folgendes: "Man solle den Bürgern ein oder zwei Monate Zeit geben, sich die App freiwillig zu installieren. Erst wenn man merkt, daß man Menschen irrationale Ängste vor Überwachung nicht nehmen kann, muß man möglicherweise über Zwangs-Apps nachdenken. Das wäre rechtlich gesehen machbar".

Noch Fragen. Ach ja. Shutdown für Beate Bahner. Am Ostersonntag wurde die Frau spontan von der Heidelberger Polizei aufgegriffen. "Sie wirkte verwirrt", wie es später hieß.

Man verpaßte ihr, nach eigenen Aussagen, Handschellen und fuhr die Verwirrte direkt in die Psychiatrie der Heidelberger Uniklinik.

Hier wird sie bis zur Stunde vorübergehend, aber vielleicht dauerhaft, beobachtet. Rechtsbei-

stand? Ist erst mal nicht vorgesehen. Fakt ist: Die Anhörung vor einem Richter, bezüglich ihrer Aufforderung den Artikel 8 des GG weiter zu leben, wird wohl ohne sie stattfinden. Ob die Frau jetzt wirklich durchgedreht ist, oder für durchgedreht erklärt wurde, ist aktuell nicht zu beantworten.

Wir alle müssen uns aber fragen, was los ist in diesem Land, daß jeder, der sich nicht dem Gleichschritt anschließt, egal um welches Thema es geht, einen dermaßen medialen Druck erfährt, daß er daran zu zerbrechen droht. Ist das Demokratie?

Wie geht es weiter in unserem Land? Was ist noch übrig von der Demokratie, wenn wir so weitermachen? Weiter zusehen? 83 Millionen Bürger in der Hand einiger weniger Experten? Wohin das führen kann, müssen wir nicht ahnen. Wir wissen es aus der Vergangenheit und wir spüren es aktuell.

So Gates nicht weiter!<<

16.04.2020

BRD: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 16. April 2020 folgender Bericht über die Ziele der Corona-Pandemie (x1.014/...):

>>**STANDPUNKTE - Der Wahnsinn und die Realität**

Anläßlich der Aussetzung von immer mehr unveräußerlichen Grundrechten im Land trennt Rubikon-Herausgeber Jens Wernicke die Tatsachen von den Mythen zur Corona-Pandemie.

Ein Standpunkt von *Jens Wernicke*

Wo nur sind sie hin - die Medien als "vierte Gewalt" im Staate, jene Instanz also, die die Politik überwacht, kritisiert, hinterfragt? Die den Mächtigen auf die Finger klopft - die Demokratie verteidigt und schützt?

Vom Redakteur beim Nachrichtenmagazin über den Tagesthemen- und Heute-Moderator bis hin zum Mitarbeiter der Presseagentur, zum Rundfunkplauderer, zum Social-Media-Texter, zum Talkshow-Gastgeber: Ungefiltert bringen sie die offiziellen Horrorzahlen unters Volk, ohne zu hinterfragen, wie diese überhaupt zustande kommen; wie sie ausgewertet werden; was sie eigentlich besagen; wie es um andere Zahlen steht.

Sie machen im Eilverfahren zugelassene, mangelhafte und überprüfte Tests wichtig und notwendig, ohne zu beleuchten, was diese überhaupt messen; was aus ihnen folgt und was nicht; wie hoch die Fehlerquote ist; wer von ihrem Masseneinsatz profitiert - und vor allem: ohne zu skandalisieren, daß unser aller Freiheiten ohne eine auch nur irgendwie belegte Gefahr inzwischen de facto abgeschafft sind. Rubikon-Herausgeber Jens Wernicke nennt weithin verleugnete Fakten zum Corona-Notstand und leistet einen unverzichtbaren Realitätsabgleich.

Liebe Leserinnen und Leser,

seit Beginn dieses Notstandes kann ich oft nur noch den Kopf schütteln. Die Rechtsanwältin Beate Bahner, die wegen ihres Aufrufes zu Demonstrationen gegen die massiven Verfassungsbrüche im Land nun vom Staatsschutz "verfolgt" wird, bringt es stellvertretend für mich auf den Punkt:

Sehr geehrte Damen und Herren Bundesverfassungsrichter,

in Ergänzung zu meinem Eilantrag auf sofortige Aussetzung aller Corona-Verordnungen vom 8. April 2020 übersende ich Ihnen zwei Schreiben des Polizeipräsidiums Mannheim, Kriminalpolizeidirektion Heidelberg vom 9.4.2020.

Gegen mich wird wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten gem. § 111 StGB ermittelt, weil ich zu der bundesweiten Demonstration „Coronaia 2020“ am Ostersonntag, 11. April 2020 um 15 Uhr eingeladen habe. Der Straftatbestand lautet: „*Wer öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften zu einer rechtswidrigen Tat auffordert, wird bestraft.*“

Seit wann ist Demonstrieren eine Straftat? Sind wirklich innerhalb von nur zwei Wochen die **fundamentalen Grundrechte** der **freien Meinungsäußerung** nach Art. 5 GG und der **Versammlungsfreiheit** nach Art. 8 GG **zu Straftaten mutiert**? Ist das **Grundgesetz** wirklich **schon abgeschafft**? Meine Homepage wurde auf Anordnung der Polizei abgeschaltet.

Haben wir schon die **Diktatur** und die **Tyrannie** hier in unserem Land? Ich fürchte das Allerschlimmste, wenn Sie als **Hüter der Verfassung** diesem bösen Spuk nicht sofort abhelfen! Ich bin zutiefst erschüttert in meinem Glauben an den Rechtsstaat!

Mit freundlichen Grüßen



fachanwältin für medizinrecht

Die allermeisten nun zu Covid-19 einsetzenden Diskussionen sind leider weniger als Rückzugsgefechte denn als Ablenkungsdebatten zu verstehen. Denn sie lenken - und das ist das Wesen der Propaganda - vom Wesentlichen ab:

Alle reden über "Messungen" und "Tests" - die nachweisbar durchschnittliche Gefahr und das gleichgebliebene allgemeine Lebensrisiko werden jedoch nicht thematisiert.

Das ist in etwa so, als würden wir nur noch darüber diskutieren, *welche* Massenvernichtungswaffen ein unseren Eliten unliebsamer Führer, an dessen Öl und Bodenschätze man gelangen will, wohl besitzt - anstatt darüber zu sprechen, ob diese Behauptung überhaupt stimmt.

Konkret: All die Diskussionen zu Tests und Virusnachweisen führen weg vom Effekt, den der neue Erreger zoonotischen Ursprungs haben soll - und zwingend zurück zu den Panikzahlen der Infizierten. Sie drehen sich also im Kreis.

Die längst vorliegenden Daten belegen jedoch in aller Deutlichkeit, daß der Effekt des Virus auf die Sterblichkeitsrate sehr, sehr klein ist. Das Durchschnittsalter der Verstorbenen liegt in Deutschland und im europäischen Ausland bei 80 Jahren und mehr - bei hoher Komorbidität. In Italien haben 50 Prozent der Verstorbenen 3 oder mehr Vorerkrankungen.

Die sehr geringe Pathogenität des Erregers sowie fehlende Abweichung von der normalen, altersbedingten Sterblichkeit wurde zuletzt von Ioannidis et al. sowie Posch et al. bestätigt:

Ioannidis et al.: "Population-level COVID-19 mortality risk for non-elderly individuals overall and for non-elderly individuals without underlying diseases in pandemic epicenters", medrxiv, 8. April 2020

Posch et al.: "Erste Analysen österreichischer COVID-19 Sterbezahlen nach Alter und Geschlecht", IMS, Medizinische Universität Wien, 7. April 2020

Das Institut für Medizinische Statistik (IMS) aus Österreich vermeldet denn auch:

"Die beobachtete Altersabhängigkeit ist konsistent mit der des allgemeinen jährlichen Sterberisikos in Österreich."

Die vorgeblich "wegen Corona" ergriffenen Maßnahmen sind durch nichts, aber auch gar nichts zu rechtfertigen. Sie setzen nicht nur unser aller Bürgerrechte außer Kraft, sondern verursachen auch Not und Leid überall in unserem Land.

Und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit inzwischen sogar unnötige Todesfälle - nicht "nur" unter den isolierten, hilflosen Alten in Pflegeheimen und Hospizen, sondern auch unter der Allgemeinbevölkerung, wie Dr. Matthias Thöns, Facharzt für Anästhesiologie, Notfall-, Schmerz- und Palliativmedizin zu berichten weiß:

"Wenn man ehrlich ist, dann ist Covid-19 keine intensivmedizinische Erkrankung. Es sind im Schnitt über 80jährige Patienten schwer betroffen, die in den allermeisten Fällen multimorbid, also mehrfach erkrankt sind. Die bekommen durch dieses Virus eine Lungenentzündung und die ist dann tödlich. Den Großteil der Betroffenen hat schon immer die Palliativversorgung behandelt."

Früher nannte man die Lungenentzündung am Ende des Lebens den Freund des alten Menschen. Und jetzt geht man her, diagnostiziert die Corona-Infektion und macht daraus einen Intensivfall und kann die Patienten natürlich trotzdem nicht retten. Die sind einfach zu schwer krank. ... Es gibt aber mehrere Faktoren der Gerechtigkeit: Da ist einmal die Gerechtigkeit, wenn ein unrettbarer 80jähriger Patient beatmet in einem Bett liegt, daß die 30jährige junge Mutter nach einem Verkehrsunfall keinen Beatmungsplatz hat und stirbt."

Liebe Leserinnen und Leser, meine herzliche Bitte anlässlich der Oster-Feiertage an Sie lautet: Helfen Sie mit, unsere Grundrechte zu schützen, und unterstützen Sie diesbezügliches Engagement nach Kräften.

Denn, wie schrieb bereits Albert Camus?

"Die einzige Art, gegen die Pest zu kämpfen, ist die Ehrlichkeit."

Es geht dabei auch nicht nur "um Corona" und eine vermeintlich "gefährliche Pandemie", sondern ebenso um das, was sich "jenseits von Corona" bereits abzuzeichnen beginnt ...

Die *Frankfurter Rundschau* berichtet etwa:

"Die Gesundheitsbehörden (in Dänemark) können ab sofort Zwangstests, Zwangsimpfungen sowie Zwangsbehandlungen anordnen und für die Durchsetzung ihrer Anordnungen neben der Polizei auch Militär sowie private Wachdienste einsetzen."

Damit auch Sie, liebe Leserinnen und Leser, in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis mit guten Argumenten zur Sache aufwarten können, gebe ich im Folgenden einmal die aktuell belegbaren Fakten wieder:

Laut den Daten der am besten untersuchten Länder wie Südkorea, Island, Deutschland und Dänemark liegt die Letalität von Covid-19 insgesamt im unteren Promillebereich und damit bis zu zwanzigmal tiefer als von der WHO ursprünglich angenommen.

Eine Studie in *Nature Medicine* kommt selbst für die chinesische Stadt Wuhan zu einem ähnlichen Ergebnis. Die zunächst deutlich höheren Werte für Wuhan ergaben sich, weil sehr viele Personen mit milden oder keinen Symptomen nicht erfaßt wurden.

50 Prozent bis 80 Prozent der testpositiven Personen bleiben symptomlos. Selbst unter den 70 bis 79 Jahre alten Personen bleiben rund 60 Prozent symptomlos, viele weitere zeigen nur milde Symptome.

Das Medianalter der Verstorbenen liegt in den meisten Ländern (inklusive Italien) bei über 80 Jahren und nur circa 1 Prozent der Verstorbenen hatten keine ernsthaften Vorerkrankungen. Das Sterbeprofil entspricht damit im Wesentlichen der normalen Sterblichkeit.

Viele Medienberichte, wonach auch junge und gesunde Personen an Covid-19 sterben, haben sich als falsch herausgestellt. Viele dieser jungen Menschen starben entweder nicht an Covid-19, oder sie waren bereits schwer vorerkrankt (zum Beispiel an einer unerkannten Leukämie).

Die normale *tägliche* Gesamtsterblichkeit liegt in den USA bei circa 8.000, in Deutschland bei circa 2.600, in Italien bei circa 1.800 und in der Schweiz bei circa 200 Personen pro Tag. Die Grippemortalität liegt in den USA bei bis zu 80.000, in Deutschland und Italien bei bis zu 25.000 und in der Schweiz bei bis zu 1.500 Personen pro Winter.

Stark erhöhte Sterblichkeiten wie in Norditalien können durch zusätzliche Risikofaktoren wie sehr hohe Luftverschmutzung, Legionellen- und Asbestbelastung sowie einen Kollaps der Alten- und Krankenpflege durch Massenpanik und Lockdown beeinflusst sein.

In Ländern wie Italien und Spanien sowie teilweise Großbritannien und den USA haben Grippepandemien bereits früher zu einer Überlastung des Gesundheitssystems geführt. Derzeit sind zudem bis zu 15 Prozent der Ärzte und Pfleger in Quarantäne, auch ohne Symptome.

Eine wichtige Unterscheidung betrifft die Frage, ob die Personen nur *mit* oder auch *durch* Coronaviren sterben. Autopsien zeigen, daß in vielen Fällen die Vorerkrankungen entscheidend sind, aber die offiziellen Zahlen reflektieren diesen Umstand zumeist nicht.

Zur Beurteilung der Gefährlichkeit der Krankheit ist daher *nicht* die oft genannte Anzahl der testpositiven Personen und Verstorbenen entscheidend, sondern die Anzahl der tatsächlich und unerwartet *an einer Lungenentzündung* Erkrankten oder Verstorbenen.

Die oft gezeigten Exponentialkurven mit "Coronafällen" sind irreführend, da auch die Anzahl der Tests exponentiell zunimmt. In den meisten Ländern bleibt das Verhältnis von positiven Tests zu Tests insgesamt (sogenannte Positivenrate) konstant bei 5 Prozent bis 15 Prozent oder steigt nur langsam.

Länder *ohne* Ausgangsbeschränkungen und Kontaktverbote, wie zum Beispiel Japan, Südkorea und Schweden, haben bisher keinen negativeren Verlauf als andere Länder erlebt. Dies könnte die Wirksamkeit solcher sehr weitgehender Maßnahmen in Frage stellen.

Laut Lungenfachärzten ist die invasive Beatmung (Intubation) von Covid-19-Patienten häufig kontraproduktiv und schädigt die Lungen zusätzlich. Die invasive Beatmung bei Covid-19 geschieht insbesondere aus Angst vor einer Verbreitung des Virus durch Aerosole.

Entgegen ursprünglicher Vermutungen stellte die WHO Ende März fest, daß es bisher keine Evidenz für eine weiträumige Verbreitung des Virus durch Aerosole gibt. Auch ein deutscher Virologe fand in einer Pilotstudie keine Aerosol- und keine Schmierinfektionen.

Viele Kliniken in Deutschland und der Schweiz sind bisher stark unterbelegt und mußten teilweise bereits Kurzarbeit anmelden. Zahlreiche Operationen und Therapien wurden abgesagt, selbst Notfallpatienten bleiben aus Angst teilweise zuhause, was zu Todesfällen führen kann.

Mehrere Medien wurden bereits dabei ertappt, wie sie die Situation in Kliniken zu dramatisieren versuchten, teilweise sogar mit manipulativen Bildern und Videos. Generell hinterfragen viele Medien selbst zweifelhaft offizielle Angaben und Daten nicht.

Die international verwendeten Virentestkits sind fehleranfällig: Frühere Studien haben gezeigt, daß auch normale Coronaviren ein falsches positives Resultat ergeben können. Der aktuell verwendete Virentest wurde aus Zeitdruck zudem nicht klinisch validiert.

Zahlreiche international renommierte Experten aus den Bereichen Virologie, Immunologie und Epidemiologie halten die getroffenen Maßnahmen für kontraproduktiv und empfehlen eine rasche natürliche Immunisierung der Allgemeinbevölkerung und den Schutz von Risikogruppen.

Die Anzahl an Menschen, die aufgrund der Maßnahmen an Arbeitslosigkeit, psychischen Problemen und häuslicher Gewalt leiden, ist in den USA und weltweit explodiert. Mehrere Experten gehen davon aus, daß die Maßnahmen mehr Leben fordern werden als das Virus.

NSA-Whistleblower Edward Snowden warnte, daß die Corona-Krise für den massiven und permanenten Ausbau weltweiter Überwachungsinstrumente genutzt werde. Der renommierte Virologe Pablo Goldschmidt sprach von einem "globalen Medienterror" und "totalitären Maß-

nahmen". Der britische Infektiologe John Oxford sprach von einer "Medien-Epidemie". ...<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. April 2020: >>**Trotz Corona:**

Weniger Tote in NRW als im Vorjahr

Schlechte Nachrichten für alle Corona-Hysteriker: Die Gesamtsterblichkeitsrate in Deutschland scheint sich seit Ausbruch der Pandemie nicht erhöht zu haben. Nach vorläufigen Daten aus dem bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen starben im März 2020 an Rhein und Ruhr insgesamt sogar weniger (!) Menschen als im März des Vorjahres. "Hinweise auf eine durch die Covid-19-Pandemie erhöhte Sterblichkeit sind aus diesen Daten für März 2020 nicht abzulesen", heißt es in einer Mitteilung der statistischen Landesbehörde in Düsseldorf. Für den März 2020 registrierte NRW demnach rund 18.800 Todesfälle. Das waren 300 weniger als im März 2019 (19.100 Tote).<<

April 2020

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2020 berichtet im April 2020 über die Corona-Krise: >>**Die Welt danach**

Die Abstandsgesellschaft führt nicht nur zu einer Vereisung der zwischenmenschlichen Kontakte - der Staat greift auch massiv in unsere Freiheitsrechte ein. Eine Übersicht.

_ von Pföhringer/Klemm/Grassmann

App: digitale Fußfessel

Freizügigkeit und Reisefreiheit - das war einmal. In Vorbereitung ist eine App, die Bewegungsprofile von jedem Nutzer erstellt. Sie spürt uns beim Betreten von Stränden, Kirchen oder anderen verbotenen Orten auf und zwingt uns in die Quarantäne, wenn wir den gesetzlich verordneten Mindestabstand nicht einhalten. Schon jetzt wertet das Robert-Koch-Institut (RKI) massenhaft die Handys der Bürger aus. Bedenklich ist dabei, wie freigebig die Mobilfunkriesen mit den Daten ihrer Kunden umgehen.

Über den Apple-Kartendienst und anhand der Bewegungsaufzeichnung der Telekom können die führenden Virologen problemlos überwachen, in welchem Maß sich die Bevölkerung an die staatlich auferlegten Corona-Maßnahmen hält. Eine sogenannte Tracing-App könnte jetzt noch tiefere Einblicke in das Privatleben der Bürger ermöglichen.

Die Initiative PEPP-PT hat eine solche App programmiert und im April den Regierungen aller EU-Staaten anempfohlen. PEPP-PT ist die Abkürzung für Pan-European Privacy-Preserving Proximity Tracing. Hinter dem sperrigen Namen steckt ein Team von über 130 Wissenschaftlern und Technologen, die sowohl für staatliche Behörden als auch für internationale Institutionen und Großkonzerne arbeiten.

Im Gegensatz zum oft synonym verwendeten Tracking wird beim Tracing der Standort des Überwachten nicht in Echtzeit übermittelt. Für Freiheitsliebende ist das jedoch nur ein schwacher Trost. Denn aufgezeichnet wird die vom App-Nutzer zurückgelegte Route trotzdem. Auf diese Weise will der Staat herausfinden, mit welchen Personen Infizierte Kontakt gehabt haben und wer sich deshalb umgehend in Quarantäne begeben oder sich einem Test unterziehen muß. "Es muß unser Ziel sein, jede Infektionskette verfolgen zu können. Dafür arbeiten wir ja auch an einer App", erklärte Kanzlerin Merkel bei einer Pressekonferenz am 15. April.

Was, wenn wir die heruntergeladene App nicht mehr los werden?

Bis dato heißt es, das Herunterladen solle freiwillig sein - nur Österreichs Kanzler Sebastian Kurz hat bereits eine App-Pflicht ins Spiel gebracht. Experten gehen davon aus, daß zwei Drittel der Telefonkunden mitziehen müßten, damit das Tracing Erfolg hat - also genauso viele wie bei WhatsApp. Aber was passiert, wenn ein Teil der Bevölkerung sich weigert? Mit welchen Strafen werden die Download-Verweigerer dann belegt? Völlig unklar ist auch, wie lange die Überwachungstechnik auf den Smartphones der Bürger verbleiben soll. Schließlich kann es immer wieder zu Grippewellen kommen, auch zur neuerlichen Ausbreitung von Coronaviren. Was, wenn wir die einmal heruntergeladene App nicht mehr loswerden?

Zwangsimpfung: Körperverletzung

"Darf der Staat das? Darf er einem Säugling gegen den Willen der Eltern abgeschwächte Viren injizieren, die eine Hirnhautentzündung auslösen können? Das Risiko, daß die Masernimpfung eine derartige Schädigung nach sich zieht, ist zwar verschwindend gering. ... Doch so gering das Risiko auch sein mag, und sei es nur für leichtere Reaktionen wie Fieber und Ausschlag, es bleibt die Grundsatzfrage: Hat der Staat das Recht, die Gesundheit Einzelner aufs Spiel zu setzen, um die Gesundheit vieler zu schützen?"

So kommentierte *Die Zeit* im Oktober 2019 die Masernimpfpflicht für Schüler und Kita-Kinder, die schließlich beschlossen wurde. "Dieser bußgeldbewehrte Zwang kollidiert mit drei Verfassungsgarantien: dem Recht auf körperliche Unversehrtheit, dem Erziehungsrecht der Eltern und der Menschenwürde", resümierte das Blatt.

Bei Corona drohte die Kanzlerin, Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen müßten so lange gelten, "bis es einen Impfstoff gibt". Doch die bloße Existenz eines Impfstoffes bringt diesen noch nicht in den Körper eines Menschen. Im Klartext müßte die Botschaft der Kanzlerin also so übersetzt werden: Solange nicht ein Großteil der Bevölkerung die erforderliche Injektion erhalten hat, werden die drastischen Maßnahmen bestehen bleiben.

Die Kontrolle, ob sich jeder fleißig seinen Cocktail spritzen ließ, könnten dann möglicherweise die von Bill Gates höchstpersönlich in Auftrag gegebenen Hautchips übernehmen. Schon 2019 wollte er damit Länder in der Dritten Welt überwachen lassen. "Ein unsichtbares Quantenpunkt-Tattoo könnte verwendet werden, um geimpfte Kinder zu identifizieren", hieß es damals in der Zeitschrift *Science Alert*.

Der Forscher Kevin McHugh lobte das Vorhaben: "In Bereichen, in denen Papierimpfkarten häufig verloren gehen oder gar nicht existieren und elektronische Datenbanken unbekannt sind, könnte diese Technologie die schnelle und anonyme Erkennung der Impfgeschichte von Patienten ermöglichen, um sicherzustellen, daß jedes Kind geimpft wird."

Hautchip: Ende der menschlichen Würde

"Die Würde des Menschen ist unantastbar", heißt es im Artikel 1 des Grundgesetzes. Aber einige Menschen pfeifen drauf. *Der Westen* meldete schon im März 2015: "Es hört sich nach Science-Fiction an: Ein Mikrochip unter der Haut - und schon öffnet sich die Tür zum Büro. Nur ein Reiskorn groß ist das Teil, das sich schwedische Mitarbeiter unter die Haut pflanzen lassen können. ... Die Chips können bereits im Internet bestellt werden, mit steriler Spritze. Das schwedische Recht erlaubt es den Bürgern, das Einspritzen des Chips unter die Haut daheim im Badezimmer vorzunehmen."

Die Sparda-Bank verschenkt Hautchips als Prämie.

In Deutschland hat sich die Sparda-Bank um die Verbreitung der gruseligen Technologie verdient gemacht. Seit September gibt es ein Werbeangebot für Baufinanzierung - mit Mikrochip-Bonus. "Wer einen Kredit über mindestens 50.000 Euro aufnimmt, bekommt gratis einen eingesetzt", berichtete der Stern im März 2020. In Deutschland sollen bereits bis zu 3.500, im bevölkerungsarmen Schweden 3.000 Menschen das Teilchen implantiert haben - freiwillig. Die Vorteile für den Staat und die Pharmaindustrie in Zeiten der stimulierten Seuchenpanik liegen auf der Hand. Die Biotech-Firma Profusa plant einen Chip, der frühzeitig erkennen soll, ob jemand mit dem Coronavirus infiziert ist oder nicht. Die Forschung wird durch die Pentagonbehörde für militärische Forschung DARPA unterstützt.

Bargeldverbot: Angriff auf das Privatvermögen

"Bargeld ist schmutzig! Die Weisheit, die schon Kinder eingebleut bekommen, setzt sich in Corona-Zeiten auch bei den Erwachsenen in die Köpfe", unkte die Bild am Sonntag am 19. April. Laut einer aktuellen Studie der Unternehmensberatung Oliver Wyman könnte der Anteil der Barzahlungen am gesamten Zahlungsverkehr im deutschen Einzelhandel bis 2025 auf 32 Prozent sinken. Schon jetzt werde etwa die Hälfte aller Transaktionen per Giro- und Kre-

ditkarten sowie Apps getätigt. Corona forcieren den Trend hin zu bargeldlosem Zahlungsverkehr noch einmal, vermutet die international tätige Beratungsagentur mit Hauptsitz in New York.

Den Internationalen Währungsfonds (IWF) unter seiner Präsidentin Christine Lagarde dürften solche Nachrichten freuen. Seit Ausbruch der Pandemie trommelt die Schwesterorganisation der Weltbank verstärkt für die Abschaffung von Geldscheinen und -münzen. Neuerdings wird dabei der Gesundheitsschutz als Argument ins Feld geführt. Doch geht es den Globalisten wirklich um das Wohl der Menschen?

Das erscheint mehr als fraglich. Forderungen nach einer Abschaffung oder gar einem Verbot des Bargelds gibt es schon seit Langem. "Die Zentralbanken könnten auf diese Weise leichter Negativzinsen durchsetzen, um so die Wirtschaft anzukurbeln", erklärte der frühere IWF-Chefökonom Kenneth Rogoff schon im November 2014 auf einer Veranstaltung des Ifo-Instituts in München.

Auffällig ist, daß der Währungsfonds erst im Januar dieses Jahres - also zu einer Zeit, als Corona ein im Wesentlichen auf die chinesische Stadt Wuhan beschränktes Problem war - die Empfehlung an die Notenbanken ausgegeben hatte, im Falle einer Rezession die Zinsen tief in den negativen Bereich zu drücken. Ohne Bargeldverbot hat die Maßnahme aber keinen Sinn: Wer auf dem Konto anspart, würde zwar bei Negativzinsen Verluste erleiden - doch könnte er das leicht umgehen, indem er Bares abhebt.

Statt eines direkten Verbots wird vom IWF auch ins Spiel gebracht, alle Barzahlungen mit einem Aufschlag zu belegen. Allerdings sollten solche Maßnahmen schrittweise erfolgen, um eine öffentliche Diskussion zu vermeiden, rät der Währungsfonds in seinem Papier vom Januar 2020 ausdrücklich.

Einschränkungen des Bargeldverkehrs wären "nicht gerechtfertigte Eingriffe in Freiheitsrechte, nämlich in die Vertragsfreiheit und Privatautonomie", meint der Staatsrechtler und frühere Verfassungsrichter Hans-Jürgen Papier. Das in Wien ansässige Hayek Institut schreibt: "Diese Idee ist im Grunde nichts anderes als ein weiterer Angriff auf das Vermögen der Bürger", die ohnehin schon seit Jahren "unter stiller Enteignung durch die Entwertung ihres Sparguthabens durch niedrige Zinssätze und Inflation" litten.

Bereits 2016 notierte der damalige FAZ-Mitherausgeber Holger Steltzner: "Beim Feldzug gegen das Bargeld geht es um mehr als das Bezahlen. ... Es geht um das Ende von Privatheit und selbstbestimmter Entscheidung, um Lenkung von Verhalten und um den Zugriff auf das Vermögen."

"Das auf dem Geldstück klebende Virus würde ich ... vergessen."

Christian Drost

Einen medizinischen Grund für die Abschaffung des Bargeldverkehrs gibt es übrigens nicht. "Das auf dem Geldstück klebende Virus würde ich mal weitgehend vergessen", erklärte dazu Christian Drost, Chefvirologe der Berliner Charité, in seinem NDR-Podcast.

_ Daniell Pföhringer ist COMPACT-Redakteur, Paul Klemm und Roy Grassmann sind regelmäßige Mitarbeiter unserer Zeitschrift.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2020 berichtet im April 2020 über die Corona-Krise: >>**Schutzmasken und Souveränität**

Zurück im Spiel: In der Corona-Krise erleben wir die Nationalstaaten wieder als handlungsfähige Subjekte - wenngleich stark geschwächt durch die Globalisierung. Endlich besinnen sich einige Entscheider wieder auf "Made in Germany" - auch als sicherheitspolitische Vorsorgestrategie.

_ von Joachim Paul

Finanzkrise, Euro-Krise, Migrationskrise - und nun Corona-Krise. Krisen decken Bruchlinien auf, unterteilen in Mächtige und Ohnmächtige. In Italien wird politisch ausgeflagt: Das Ster-

nenbanner der EU an den Rathäusern verschwindet. Mit eigenen Händen rollen es die "borgomastri" (Bürgermeister) ein und hissen mancherorts die russische Trikolore.

Während EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen filmisch das richtige Händewaschen erklärte, landete das größte Transportflugzeug der Welt, die legendäre Antonow, in Italien. From Russia with Love: Neben einem Stab von Militärärzten wurden medienwirksam Desinfektionsmittel und Beatmungsgeräte ausgeladen. Mag sein, daß nicht jede einzelne Einheit tauglich und das Krisenmanagement daheim in Putins Reich eher holprig ist, der Fuchs im Kreml weiß jedoch um die Wirkung solcher Bilder.

Offenkundig ist es nicht nur Ungarn möglich, über Nacht Staatsgrenzen zu schließen, und Griechenland wehrt mit vereinten nationalen Kräften die Migrationswaffe des Erdogan-Regimes ab. Der Breitbart-Journalist Chris Tomlinson betitelte am 10. März ein Handy-Video, das eine Formation griechischer Polizisten beim Zurückdrängen eines aggressiven Mobs junger Orientaler am Grenzzaun zeigt, lakonisch unter Verweis auf die Antike: "Kampf an Thermopylen, 480 vor Christi - nachträglich koloriert."

Wildwestmethoden in Fernost

Doch wie buchstabiert man Souveränität im Zeitalter globaler Krisen? Vielleicht mit dem Atemschutz in der Hand - ein Stück Stoff mit Gummiband, Materialwert: wenige Cent. Auf dem Scheitelpunkt der Pandemie beklagten französische Politiker, daß Transportflugzeuge mit ganzen Paletten an Masken von US-Einkäufern, die mit Bündeln von Cash wedelten, noch auf Rollfeldern in Fernost in die USA umgeleitet worden sind. Tatort Bangkok: Hier wurden 200.000 Einheiten Atemschutz vor dem Beladen vermutlich noch schnell an besser bietende Glücksritter verhöckert.

Das Nachsehen hatte auch die Berliner Polizei. Innensenator Andreas Geisel (SPD) sprach von "Wildwest-Methoden" und "Piraterie". Wenig später dementierte US-Hersteller M3, daß es überhaupt eine Bestellung aus Berlin gegeben habe. Hintergrund: M3 produziert exklusiv in China ... Das Weiße Haus verdonnerte wenige Tage später den US-Konzern General Motors, die Produktion auf Atemschutz umzustellen. Das Gezerre um Masken, Medikamente, Beatmungs- und Desinfektionsgeräte - Güter von überschaubarem Wert - weist auf die Achillesfersen westlicher Industrienationen hin.

Als Gegengewicht zu Huawei muß Nokia im Markt gehalten werden.

Sie sind von ganzen Produktions- und Lieferketten in Fernost abhängig geworden - und haben sich dabei nur wenig um das machtpolitische Erpressungspotential geschert. Die österreichische Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck (ÖVP) dirigierte angesichts des Bedarfs von zwölf Millionen Einheiten an Masken für vier Wochen eine Produktionsoffensive der heimischen Wirtschaft. Der Mangel in der Krise sei ein "Weckruf für Gesamteuropa".

Die verträumte Nation

Ein Blick auf unser Land, das 185 Professuren für Gender-Studies hat, aber nur an 22 Hochschulen Pharmazie lehrt. Die meisten Hersteller von Wirkstoffen, die medizinisch als "versorgungsrelevant" gelten, sind in China oder Indien ansässig. In Deutschland werden zum Beispiel kaum noch Antibiotika produziert. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte sieht derzeit bei über 300 Medikamenten mögliche Lieferengpässe. Die gesundheitspolitische Sprecherin der AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, Dr. Sylvia Groß, fordert angesichts der Krise die Wiederherstellung der Souveränität über die Arzneimittelproduktion. Es räche sich bitter, daß Deutschland, einst "Apotheke der Welt", nach dem Motto "Hauptsache billig" in Asien produzieren lasse.

Eine realistischere Sicht auf die Globalisierung und damit ein Paradigmenwechsel kündigte sich aber bereits vor Corona an - und zwar im beschaulichen Kaiserslautern, Standort des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz. Auf einer Informationsveranstaltung im Februar kippten zwei ausgewiesene Experten im Zuge einer lebhaften Diskussion das

Weltbild der anwesenden Moderatorin - Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD). Digitalisierungs- und Mobilfunkexperte Prof. Hans Schotten räumte mit einem lieb gewonnenen Narrativ auf:

"Früher dachten wir, die Globalisierung bringe uns eine amorphe Welt, geprägt von gegenseitigem Ausgleich und Zusammenarbeit. Nun müssen wir feststellen, daß Forschung und Technik Teil der geopolitischen Auseinandersetzung sind, Deutschland und Europa müssen investieren, um ihre digitale Souveränität zu verteidigen." Seine Kollegin Prof. Dr. Katharina Zweig (TU Kaiserslautern) sprang ihm bei: Auch die heimische Produktion von Hardware bedeute Souveränität.

An 185 Hochschulen gibt es Gender Studies - nur an 22 wird Pharmazie gelehrt.

Es gebe keine durchgängige Chip-Produktion mehr in Europa, sie müsse zurückgeholt werden. Schotten wies auf die zu erwartende Monopolstellung der chinesischen Tech-Riesen Huawei und ZTE hin. Ihr Vollsortiment an Bauteilen für bestehende und kommende Mobilfunkstandards dürfe nicht alternativlos sein, man müsse deshalb die skandinavischen Mobilfunk-Unternehmen Nokia und Ericsson (summierter Marktanteil: 30 Prozent) unbedingt "im Markt halten".

Offenkundig dämmert einigen, daß die naiv-bunten One-World-one-Market-Träume geradezu zu einem Spielplatz freier Kräfte führen, auf dem die chinesische Staatswirtschaft das politische Streben nach Hegemonie mittels überlegener Technik durchsetzt.

Chip- und Prozessortechnik können kaum überschätzt werden. Strom- und Wasserversorgung, Bankautomaten, schon einfache Verwaltung setzen funktionierende und krisenfeste IT-Infrastrukturen voraus. Die Chip-Produktion - und damit auch die Forschung - findet aber seit Jahrzehnten schwerpunktmäßig in Korea, Japan und Taiwan statt.

Die Unternehmen aller europäischen Staaten bringen es lediglich auf verschwindend geringe sieben Prozent Marktanteil. Die technologische Abhängigkeit gebiert dramatische Sicherheitsrisiken: Die Nano-Teilchen aus Fernost könnten in undurchsichtigen Fertigungsprozessen so manipuliert werden, daß sie Daten fehlerhaft berechnen. Strukturen, die ausländische Kraftwerke wie durch Geisterhand abschalten können, üben technologische und militärische Macht aus.

Peking diktiert beim Markteintritt eines europäischen Konzerns ins Reich der Mitte übrigens weitreichende Auflagen: die Beteiligung chinesischer Firmen und die Aushändigung der Schlüssel zu den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen. Damit gehen Beamte des chinesischen Staates ein und aus. Daß sie auch im Sinne ihrer Sicherheitspolitik in Deals reingrätchen können, beweist die verhinderte Übernahme des niederländischen Prozessorherstellers NXP durch den US-Halbleiterkonzern Qualcomm. Ihr Faustpfand: Zwei Drittel der Produktionsanlagen von NXP befinden sich in China.

Schlachtfeld Künstliche Intelligenz

Es liegt auf der Hand, daß das englische, 1887 als Diskriminierung eingeführte Etikett "Made in Germany" nun neu gedacht werden muß - sicherheitspolitisch. Stichwort historisches Gedächtnis: Die Chinesen treibt eine Erfahrung an - jahrhundertlang waren sie Spielball europäischer Mächte. Für sie gilt: nie wieder. Vor diesem Hintergrund ist der jüngste Aufbau der Halbleiterfertigung durch den Bosch-Konzern in Dresden so wichtig. Der in der Gründerzeit des Kaiserreichs entstandene Konzern investierte 2017 mehr als eine Milliarde Euro. Die Fertigung soll 2021 beginnen.

Auf dem Schlachtfeld der Künstlichen Intelligenz (KI) ist hingegen noch alles offen. Denn weder fernöstliche Staaten noch die USA haben einen uneinholbaren Vorsprung auf einem Markt, der 2022 bereits drei bis zehn Milliarden Euro schwer sein könnte. Deutschland hat sich eine aussichtsreiche Position erkämpft - durch solide Grundlagenforschung. Bei den wissenschaftlichen Publikationen lag Deutschland im letzten Jahr auf Rang sechs.

Unsere KI-Forscher wurden entsprechend oft zitiert und belegten sogar Rang drei - hinter den Kollegen aus den USA und Großbritannien. Doch die erdrückende Dominanz der Tech- und Online-Giganten wie Google, Facebook und Amazon zeigt die Gefahren eines technologischen Zurückfallens auf. Der US-Riese Amazon, der bequem Steuervorteile kombiniert, dürfte Gewinner der Corona-Krise sein, während Einzelhändler hier vor Ort reihenweise Insolvenz anmelden.

Der Staatstheoretiker Carl Schmitt (1888-1985) schrieb einst, souverän sei, wer den Ausnahmezustand bestimme. Mit der Formel "wegen Corona" wurden Versammlungsverbote, die Schließung von Geschäften und öffentlichen Institutionen und Ausgangssperren verhängt. Das war durchaus ein Souveränitätsnachweis, wenn auch mit zweifelhaftem Inhalt und lediglich nach innen. Souveränität sollte aber vor allem nach außen demonstriert werden - in der Durchsetzung eigener Interessen in der internationalen Politik.

_ Joachim Paul (*1970) ist Gymnasiallehrer, stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz, Stadtrat in Koblenz und Mitglied des Bundesvorstandes seiner Partei. Als Mandatsträger beschäftigt er sich unter anderem mit Wissenschaft, Bildungspolitik und Kultur. Für COMPACT schrieb er zuletzt anlässlich des 100. Todestages des Koblenzer Flieger-Asses Hans Kirschstein (Ausgabe 10/2018).<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.08.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x335/79) = Finanz-Mächte. Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20, Seite 79.

x335	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Finanz-Mächte</u> . Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018.
x346	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Tiefer Staat</u> . Geheimdienste und Verfassungsschutz gegen die Demokratie. COMPACT-Spezial Nr. 24. Werder (Havel) 2019.
x355	Barmettler, André (Hg.): <u>Die hybride Kriegsführung</u> . ExpressZeitung. Ausgabe 31. Februar 2020. Oberwil/Schweiz.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verbrechen an Deutschen</u> . Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.
x359	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Dresden 1945</u> . Die Toten, die Täter und die Verharmloser. COMPACT-Geschichte Nr. 9. Werder (Havel) 2020.
x362	Weidel, Alice: <u>WIDERWORTE</u> . Gedanken über Deutschland. 3. Auflage. Kulmbach 2019.

Internet

x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x940	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/06/27/versailles-1919-die-unterwerfung-deutschlands-unter-das-kriegsschuld-diktat/ - November 2019
x948	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/11/04/die-europaeische-union-von-anfang-an-instrument-der-us-geostrategie/#more-5772 - November 2019
x949	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/09/23/die-eu-als-vorstufe-zu-einer-weltregierung/ - November 2019
x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.014	https://kenfm.de – Juni 2021
x1.017	https://blackout-news.de - August 2021
x1.021	https://ulrich-von-kusserow.de/images/Beitraege/Arbeitskreise/GBE/Energiewende-_Gau_im_Illusions-Reaktor.pdf - September 2021
x1.024	https://de.wikipedia.org/wiki/Abklingbecken - September 2021
x1.026	https://www.planet-wissen.de/technik/energie/elektrizitaet/blackout-deutschland-ohne-strom-100.html - September 2021
x1.027	https://www.energie-lexikon.info/reaktorsicherheit.html - September 2021
x1.032	https://erasmus-stiftung.de/mediathek-2/publikationen/ - November 2021
x1.038	https://dserver.bundestag.de/btd/19/171/1917127.pdf - Januar 2022
x1.049	https://www.kla.tv - Februar 2022
x1.058	https://www.rubikon.news/artikel/das-wundermittel - Januar 2022
x1.061	https://www.rubikon.news/artikel/gralshuter-des-journalismus - Januar 2022
x1.062	https://www.rubikon.news/rubrik/2/artikel/der-tod-vor-unserer-haustur - Januar 2022
x1.063	https://www.rubikon.news/rubrik/2/artikel/kein-frieden-ohne-gerechtigkeit - Januar 2022
x1.075	https://eike-klima-energie.eu/2019/12/10/der-klimawahnsinn-gefaehrdet-die-lebensgrundlagen-von-milliarden-menschen/ - März 2022
x1.082	https://eike-klima-energie.eu/2019/03/13/der-ausgeblieben-weltuntergang-was-ist-eigentlich-in-fukushima-los/ - März 2022
x1.085	https://www.kla.tv - März 2022
x1.087	https://horst-koch.de/klimasuender-a-kuenstle/ - April 2022
x1.088	https://horst-koch.de/deutschland-wohin-helmes/ - April 2022
x1.089	https://horst-koch.de/holdomor-stalins-terror-applebaum/ - April 2022
x1.090	https://horst-koch.de/ursprung-der-klimadrangsal-d-auerbach/ - April 2022
x1.107	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/04/03/geschlechterquoten-der-neue-rassismus/#more-5310 - April 2022
x1.108	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/05/28/arabische-sippen-und-clans-archaische-elemente-einer-anti-freiheitlichen-kulturinvasion/#more-5430 - April 2022
x1.109	https://www.rubikon.news/artikel/die-selbsterstörung-deutschlands - April 2022
x1.110	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/09/19/wie-eine-rechtspflicht-zur-souveraenitaetsaufgabe-konstruiert-und-das-volk-zum-mythos-gemacht-wird/ - April 2022
x1.112	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/11/15/der-verdraengte-tod/#more-5796 - April 2022

x1.113	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/12/27/das-raetsel-der-zwei-verschiedenen-geburtsgeschichten-jesu/#more-5855 - April 2022
x1.114	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2020/01/09/die-zerstoerung-deutschlands-wie-es-den-fuehrenden-briten-gelang-die-deutschen-fuer-sie-kaempfen-zu-lassen/#more-5918 - April 2022

Bildnachweis

Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)

Internetquelle: <http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm> Stand - 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages

Internetquelle: <http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/> Stand: 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages

Internetquelle: <http://www.welt.de/dossiers/60jahredeutschland/article3800834/Adler-oder-fette-Henne.html> - 8. Mai 2014